ED 718-23-1

Band 23: Materialien zur Ostermarschbewegung
März 1964 - März 1965

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. 7842/90 Best. ED 718/
Rep. Braun Kat. / 23

ED 718-23-2

Arbeitsmappe 1965

26. 2. 65 V.

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Nichts auf die Erde werfen!
Danke!

Frans Masereel

An meine Landsleute

Von Bertolt Brecht

Ihr, die ihr überlebtet in gestorbenen Städten
Habt doch nun endlich mit euch selbst Erbarmen!
Zieht nun in neue Kriege nicht, ihr Armen
Als ob die alten nicht gelanget hätten:
Ich bitt euch, habet mit euch selbst Erbarmen!

Ihr Männer, greift zur Kelle, nicht zum Messer!
Ihr säßet unter Dächern schließlich jetzt
Hättet ihr auf das Messer nicht gesetzt
Und unter Dächern sitzt es sich doch besser.
Ich bitt euch, greift zur Kelle, nicht zum Messer!

Ihr Kinder, daß sie euch mit Krieg verschonen
Müßt ihr um Einsicht eure Eltern bitten.
Sagt laut, ihr wollt nicht in Ruinen wohnen
Und nicht leiden, was sie selber litten:
Ihr Kinder, daß sie euch mit Krieg verschonen!

Ihr Mütter, da es euch anheimgegeben
Den Krieg zu dulden oder nicht zu dulden
Ich bitt euch, lasset eure Kinder leben!
Daß sie euch die Geburt und nicht den Tod dann schulden:
Ihr Mütter, lasset eure Kinder leben!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718 - 23-31

extrablatt 1/65

atomarer Selbstmord?

Mit Atomminen wird die Selbstverstümmelung Deutschlands für den „Ernstfall" vorbereitet. Atomraketen lagern in unserem Lande. Und unsere Regierung drängt nach weiterer atomarer Bewaffnung. Atomarer Selbstmord ist der Rüstungsweisheit letzter Schluß. Die Kampagne für Abrüstung tritt für eine bessere Politik ein: Abrüstungsinitiativen der Regierung – atomwaffenfreie Zone – Sicherheit für alle

Der berühmte Physiker und Nobelpreisträger Professor Max Born schrieb nach Bekanntwerden des Projektes eines atomaren Minengürtels:

„Ein Atomkrieg im großen bedeutet den Untergang der zivilisierten Menschheit, vielleicht allen Lebens auf der Erde. Die Atommächte wissen das und streben danach, Bedingungen der Koexistenz zu finden. Die größte Gefahr ist eine durch Zufall oder menschliches Versagen verursachte Atomexplosion, die die Katastrophe auslösen könnte. Darum sind Washington und Moskau durch den ‚heißen Draht' verbunden worden, der eine schnelle Verständigung ermöglicht und einen blinden Gegenschlag verhüten soll.

Ein Atomminengürtel würde genau das Gegenteil der vernünftigen Maßnahmen bedeuten. Er würde die Atomexplosion dem blinden Zufall ausliefern. Und selbst wenn es gelänge, im Falle einer ungewollten Explosion rechtzeitig Verständigung zu erzielen, würde mitten in Deutschland ein weites Gebiet, vielleicht mit größeren Städten, in eine Wüste verwandelt, in der es kein Leben mehr gibt. Wie muß es in den Köpfen der Leute aussehen, die sich so etwas ausdenken! Es ist mein Trost, daß es offensichtlich unter den jungen Leuten viele gibt, die Vernunft und Menschlichkeit höher werten als Ideologie und Nationalismus. Ich bin froh, daß ich – trotz meiner 82 Jahre – ihrem Protest Ausdruck geben darf.

Persönlichkeiten, deren Wort in unserem Lande etwas gilt, rufen zum Ostermarsch 1965 auf. Der Bundestagsabgeordnete Professor Dr. Fritz Baade, der katholische Publizist Walter Dirks, die Schriftsteller Rolf Hochhuth, Günter Eich, Max von der Grün, Robert Jungk, Martin Walser, die Professoren Helmut Gollwitzer, Wolfgang Abendroth, Dietrich Goldschmidt, Heinrich Vogel, Ossip K. Flechtheim, Weltkirchenpräsident Martin Niemöller, der Gewerkschafter Hinrich Oetjen, der Kabarettist Wolfgang Neuss, der Verleger H. M. Ledig-Rowohlt und viele andere unterzeichneten den folgenden

Aufruf zum Ostermarsch 1965

Die Vereinten Nationen haben die Völker der Welt aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. 1965 sind zwanzig Jahre seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre seit der Gründung der UN vergangen. Am Ende des Zweiten Weltkrieges stand die Zahl von 60 Millionen Toten – am Beginn der UN stand die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.

Seit 1945 ist in allen Nationen viel geleistet worden. Aber noch leben die Menschen in Furcht vor einem dritten Weltkrieg, der ganze Völker auslöschen würde. Neue Staaten streben nach Kernwaffenbesitz und erhöhen so die Unsicherheit. Fast alle Politiker in Ost und West beteuern ihre Bereitschaft zur Abrüstung, bewilligen aber trotzdem ungeheure Summen für weiteres Wettrüsten. Gleichzeitig herrscht in weiten Teilen der Welt Hunger, und soziale und kulturelle Aufgaben werden vernachlässigt.

Die Forderung der Vereinten Nationen nach Vereinbarungen über Friedenssicherung stimmt überein mit der Einsicht der Völker: Nur auf dem Wege der Entspannung und Abrüstung kann die Kriegsgefahr ausgeschaltet, Sicherheit und menschenwürdige Existenz für alle Bürger der Erde erreicht werden. Es gibt heute erste Erfolge bei dem Versuch, Kriegsrisiko abzubauen, Verständigung herzustellen und eine stabile Friedensordnung zu schaffen. In der Kubakrise siegte Vernunft über Prestigedenken und Politik der Stärke. Durch das Moskauer Teststoppabkommen wurde der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre Einhalt geboten. Der „heiße Draht" zwischen Moskau und Washington, die Einschränkung der Uranproduktion in den USA und der UdSSR und die Vereinbarung, den Weltraum von Kernwaffen freizuhalten, sind Schritte, die hoffen lassen.

Der Druck der Öffentlichkeit kann die Politiker ermutigen oder zwingen, diese Strategie des Friedens fortzusetzen. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf und fordern:

- **Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde**
- **Verbot der Weitergabe von Atomwaffen**
- **Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen**
- **erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung**

Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regierung und das Parlament unseres Landes. Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise, der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen.

In Ost und West wächst neues Mißtrauen gegenüber unserem Land, wächst die Furcht vor einer von Atomwaffen gestützten deutschen Machtpolitik. Der atomare Rüstungsehrgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes, versperrt jeden Weg zur Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland. Die Rüstungspolitik führt zur Militarisierung des öffentlichen Lebens, zu der Tendenz, Bürgerrechte durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen – wie die Notstandsgesetze – einzuschränken. Der Plan eines Gürtels von Atomminen quer durch Deutschland hat den selbstmörderischen Charakter jeder Atomrüstung in Deutschland offenbar gemacht.

Ziel einer deutschen Politik muß es sein, die Demokratie und den Frieden zu sichern. Deshalb fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen **eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung.** Wir stimmen mit diesen Forderungen überein. Nur eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen entspricht den wahren Interessen unseres Landes. Nur eine Politik der Entspannung gibt uns die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes für kulturelle und soziale Ziele einzusetzen.

Deshalb schlagen wir vor:

- **Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen**
- **Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen – keine Atomwaffen auf deutschem Boden!**
- **Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung – Mitteleuropa atomwaffenfrei!**

Wir bitten alle Mitbürger:

- Unterstützen Sie öffentlich unsere Vorschläge.
- Arbeiten Sie in der Kampagne mit, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist und keine einseitige Stellungnahme im Kalten Krieg kennt.
- Übernehmen Sie Verantwortung in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung.
- Helfen Sie mit, den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne werden zu lassen.

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes: dem Frieden der Welt zu dienen. Wir können weitere Schritte zur Entspannung, zur Abrüstung und zu einer internationalen Friedensordnung erreichen, wenn alle, die der Sache der Abrüstung zustimmen, die Kampagne für Abrüstung zu ihrer Sache machen.

Sicherheit für alle durch Abrüstung!

statt Atomminen – atomwaffenfreie Zone

Aus Holzarbeiterzeitung

Abrüstung und Deutschlandfrage

Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands sind nur denkbar, wenn man sich in Mitteleuropa auf Entspannung und Abrüstung einigt. J. W. Klefisch sagt hierzu in seinem Buch „Schluß mit Deutschland?" (Verlag Wissenschaft und Politik, Köln):

„Solange mit Bonn nicht konkret über Abrüstung zu reden ist, gilt dies auch vom Wiedervereinigungs-Gespräch ... Die Großmächte haben nämlich ihr Interesse an einer deutschen Wiedervereinigung insofern verloren, als sich heute damit kein Einbruch in das gegnerische Machtsystem mehr koppeln läßt. Wenn es nicht im Zusammenhang mit der Idee einer Entspannungszone aufgefrischt wird, wird es völlig erlahmen ... In diesem Zusammenhang wird man freilich nicht umhinkönnen, bisher verworfene Modelle zur Lösung der deutschen Frage wieder hervorzuholen und sie unter dem Gesichtspunkt von Abrüstung und Rüstungskontrolle neu zu prüfen. Obwohl sie heiße Eisen sind, die Tabus der Leidenschaften sich gegen sie erheben und obwohl jahrelang hier so verleumdete Begriffe wie Disengagement und Neutralität wieder genannt werden müßten ... Das Junktim, mit dem Bonn seit 1955 Entspannung und Wiedervereinigung verkettet hat, blokkiert seither jeden europäischen Entflechtungsplan. Es muß erst einmal gelöst werden, will man wieder über die deutsche Frage reden ..."

Notstandsgesetze = Abbau der Demokratie

Bekannte Gewerkschafter, Professoren und Publizisten legen offen, was die Notstandsgesetze in Wahrheit bedeuten:

„Mit größter Beunruhigung beobachten wir das Bemühen der Bundesregierung, die Notstandsgesetze noch im Frühjahr 1965 verabschieden zu lassen.

Während sich die USA und die UdSSR um den Abbau der zwischen den Weltblöcken bestehenden Spannungen bemühen, soll durch die geplanten Notstandsgesetze die Verfassungsordnung unserer Bundesrepublik Deutschland den Erfordernissen einer totalen Militarisierung schon in Friedenszeiten angepaßt werden. Solche Maßnahmen müßten sich nicht nur auf die Möglichkeiten der Entspannung in Europa ungünstig auswirken; auch die Chancen einer deutschen Wiedervereinigung würden durch sie weiter vermindert. Die Bundesrepublik würde im gegenwärtigen Zeitpunkt durch die Annahme der Notstandsgesetze ihr Ansehen in der Welt weiter herabsetzen, neues Mißtrauen gegen ihre Absichten hervorrufen und damit die politische Atmosphäre in Europa weiter vergiften.

Durch die Notstandsgesetze wären wir ständig von einer Nebenverfassung bedroht, die die rechtsstaatliche und freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staatswesens zum zweitenmal in diesem Jahrhundert auf ‚legale' Weise aufheben würde. Das Ausmaß der durch die Notstandsgesetze schon im Frieden sanktionierten Eingriffe in die Freiheitssphäre und der parlamentarisch nicht mehr kontrollierbaren Behördenvollmachten ist unübersehbar und weder mit dem Geist noch mit dem Buchstaben des Grundgesetzes vereinbar. Wir warnen vor dieser Ausnahme- und Notstandsverfassung, deren militärisches und technologisches Kriegsbild überdies von den längst überholten Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges bestimmt ist und die Wirtschaftskraft unseres Volkes für die Erfüllung der vor uns liegenden großen friedlichen Aufgaben aufs schwerste beeinträchtigen müßte.

Das Notstandsverfassungsgesetz und die bisher bekannt gewordenen zehn ‚einfachen' Notstandsgesetze ermöglichen der jeweiligen Regierung faktisch jederzeit die autoritäre Umgestaltung unseres politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Sie würden der Regierung praktisch eine Generalvollmacht in die Hand geben, wann immer sie wollte, das Leben jedes einzelnen in den Dienst einer schranken- und lückenlosen Militarisierung zu stellen. Ihr einziger sicherer ‚Erfolg' wäre jedenfalls eine psychologisch bedingte Erhöhung der Kriegsgefahr.

Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesrepublik zu Rechtsstaatlichkeit, zu Demokratie und zu einer Politik, die den Frieden sichert. Nur wenn der Geist dieses Verfassungsgebotes ungebrochen lebendig bleibt, kann unser Volk eine friedliche Zukunft haben. Deshalb dürfen die Notstandsgesetze nicht verabschiedet werden."

Wilhelm Boakenkrüger, Minister a. D., Neustadt
Otmar Günther, Leiter der Abteilung Jugend beim Hauptvorstand der IG Metall, Frankfurt
Dr. Helmut Lindemann, Publizist, Lindau
Egon Lutz, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, Stuttgart
Aenne Kolb, Frankfurt
Prof. Dr. jur. Werner Maihofer, Saarbrücken
Rechtsanwalt Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt
Manfred Pahl-Rugenstein, Verleger, Köln
Prof. Dr. jur. Hellmut Ridder, Bonn
Robert Scholl, Oberbürgermeister i. R., München
Werner Vitt, Hannover

Statt Atomwaffen Brot für die Welt

Die Rüstungsausgaben in der Welt des Jahres 1964 beliefen sich auf insgesamt 120 Milliarden Dollar, das sind 504 Milliarden Mark. Diese Summe entspricht etwa 9% der jährlichen Welterzeugung an Waren und Diensten oder mindestens zwei Dritteln des gesamten Volkseinkommens aller Entwicklungsländer zusammen.

Die Gesamtkosten für die Entwicklung eines der letzten Überschall-Kampfflugzeuge wurden auf über 6,5 Milliarden Dollar geschätzt. Dafür könnte man 600 000 Wohnungen zu je 10 000 Dollar für über 3 Millionen Menschen bauen.

Mit den Kosten eines neuen Bombertyps samt Ausrüstung ließen sich das Jahresgehalt für 250 000 Lehrer oder die Kosten für 75 vollständig eingerichtete Krankenhäuser zu je 100 Betten oder für 30 naturwissenschaftliche Fakultäten für je 100 Studenten oder die Kosten für 50 000 Traktoren oder 15 000 Erntemaschinen bestreiten. Die neuesten atomaren Unterseeboote kosten pro Stück 160 Millionen Dollar. Damit könnte man in mehr als 50 Städten ein modernes Krankenhaus errichten.

500 Milliarden Mark in einem Jahr für Militärausgaben und so viel Elend in der Welt! Wie lange soll dieser Wahnsinn noch weiter praktiziert werden?

Die Ostermärsche 1965 finden von Ostersamstag bis Ostermontag statt. Die Märsche führen in die neun deutschen Großstädte Hamburg, Bremen, Hannover, Dortmund, Frankfurt, Saarbrücken, Stuttgart, München und Nürnberg. Ein Dreiländermarsch geht nach Basel. Am Nachmittag des Ostermontags werden in diesen Städten die großen Abschlußkundgebungen veranstaltet.

Marsch 1: Kiel, Lübeck, Ahrensburg, Hamburg; Informationen: Hans-Jürgen Willenberg, 24 Lübeck, Wendische Str. 61

Marsch 2: Oldenburg, Wilhelmshaven, Bremerhaven, Elmenhorst, Bremen; Informationen: Detlef Dahlke, 28 Bremen 2, Wilh.-Wolters-Str. 50a

Marsch 3: Braunschweig, Salzgitter, Peine, Hannover; Informationen: H. G. Friedrich, 33 Braunschweig, Schunterstr. 57

Marsch 4 und 5: Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund und Bielefeld, Gütersloh, Hamm, Dortmund; Informationen: Kampagne für Abrüstung, Regionalausschuß West, 463 Bochum, Wittener Str. 183

Marsch 6: Mainz, Rüsselsheim, Hofheim, Höchst, Frankfurt; Informationen: Kampagne für Abrüstung, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648

Marsch 7: Kaiserslautern, Kusel, Saarbrücken; Informationen: Pfarrer H. J. Oeffler, 6751 Siegelbach, Bergstraße 8

Marsch 8: Durlach, Karlsruhe, Freiburg, Weil, Basel; Informationen: Dr. Hannelis Schulte, 6904 Ziegelhausen, Sitzbuchweg 14

Marsch 9 und 10: Eßlingen, Mettingen, Stuttgart und Ludwigsburg, Kornwestheim, Stuttgart; Informationen: Manfred Neu, 7 Stuttgart-Birkach, Muttergartenweg 10

Marsch 11: Marktschwaben, Vaterstetten, München; Informationen: G. Schmid, 89 Augsburg, Brenderstr. 28

Marsch 12: Erlangen, Fürth, Zirndorf, Stein, Reichelsdorf, Eibach, Nürnberg; Informationen: Horst Klaus, 85 Nürnberg, Heimgartenweg 58

Marsch der Vernunft

Professor Dr. Helmut Gollwitzer

Weil wir für das Leben demonstrieren, für Recht und Hoffnung alles Lebendigen, darum ist der Ostermarsch nicht die Angelegenheit einiger Oppositioneller, einiger Sektierer und Weltverbesserer, einiger idealistischer Pazifisten. Wir demonstrieren für alle mit, die nicht mitdemonstrieren. Wir marschieren für das wahre Interesse aller, auch der Minister und der Abgeordneten in Bonn, auch jener Schreiberesel, die in pseudonymen Broschüren uns verdächtigen.

Das, was wir vorschlagen, gefährdet weder unsere Freiheit noch unsere Sicherheit. Es braucht keiner unruhig zu schlafen, weil wir gegen Atomwaffen für die Bundeswehr, für die allgemeine Ächtung der ABC-Waffen, für eine atomfreie Zone in Mitteleuropa eintreten. Es kann im Gegenteil jeder, der sich den Verstand nicht durch Scheinargumente der Propaganda vernebeln läßt, leicht ausrechnen, daß er ruhiger wird schlafen können, wenn diese Vorschläge realisiert worden sind.

Wir proklamieren nicht abstrakte Ideale, nicht idealistische Träume, nicht den Austritt aus der NATO und nicht die Abschaffung der Bundeswehr. Es sind Pazifisten unter uns, und wir freuen uns, daß es sie unter uns gibt. Aber wenn Pazifismus heißt, die Abschaffung jeglicher Rüstung zu fordern, dann ist der Ostermarsch nicht pazifistisch. Die Forderungen, für die wir eintreten, sind Forderungen der politischen Vernunft und liegen im Bereich des politisch Möglichen. Sie verändern nicht das Kräfteverhältnis und bringen keiner Seite einseitige Vorteile. Wir wünschen uns eine Bundesregierung, die eindeutig nicht nach Atomwaffen strebt, weder durch heimliche Umwege mit den Franzosen noch auf dem Wege über die multilaterale Atommacht, die sich auch von ihren Generalen nicht einreden läßt, der Besitz von Atomwaffen gehöre heute zur Würde eines souveränen Staates, sondern die vorangeht im ausdrücklichen Verzicht auf Atomwaffen, die aktiv und erfinderisch sich an den Abrüstungsbemühungen beteiligt.

Wir möchten, daß bei der Bundesregierung und unseren Bundestagsparteien diejenigen Männer sich durchsetzen, die den Kalten Krieg beenden wollen, weil sie den heißen Krieg als die Katastrophe erkannt haben, die unter allen Umständen verhütet werden muß, die deshalb die Strategie des Kalten Krieges ersetzen wollen durch eine Strategie des Friedens.

Darum ist der Ostermarsch ein Marsch für alle.

Der erste Ostermarsch in der Bundesrepublik im Jahre 1960 forderte die Einstellung der Kernwaffentests — heute gibt es das Moskauer Teststoppabkommen. Der Ostermarsch 1964 forderte eine Abrüstungsbehörde in Bonn — jetzt wird eine solche Behörde eingerichtet. Kennedy hat einmal gesagt, daß Abrüstung nur durch Druck der Öffentlichkeit durchgesetzt werden könne. In allen Ländern der Welt drängen die Menschen auf Friedenssicherung. In der Bundesrepublik hat die Kampagne für Abrüstung realisierbare Vorschläge: Sicherheit für Deutschland durch atomwaffenfreie Zone und kontrollierte Rüstungsbeschränkung in Mitteleuropa! Ein solches Konzept hat Chancen in West und Ost. Für dieses Konzept demonstriert der Ostermarsch 1965. Prüfen Sie unsere Argumente, helfen Sie mit in der Kampagne, gehen Sie mit beim Ostermarsch!

Bestimmt wünschen Sie weitere Informationen über die Ostermärsche. Füllen Sie den folgenden Abschnitt aus und senden Sie ihn an die Sie interessierende Marschgruppe laut obenstehender Adressenangabe.

Ich erbitte Material über die Kampagne für Abrüstung.

Name: .....

Adresse: .....

Stand, Beruf: .....

Datum: .....

Unterschrift: .....

Die Kampagne für Abrüstung finanziert ihre Arbeit durch die Spenden vieler einzelner. Das Postscheckkonto: Kampagne für Abrüstung, Zentraler Ausschuß, 6255 PSA Frankfurt.

Kampagne für Abrüstung · Ostermarsch

Herausgegeben und verlegt von Dr. Andreas Buro, 806 Dachau, Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner; Geschäftsführung Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Postfach 648; verantwortlich für den Inhalt Dr. Arno Klönne, Bochum; Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt am Main

ED 718-23-4

Machen Sie mit beim Ostermarsch 1965

Die Ostermärsche 1965 finden von Ostersamstag bis Ostermontag statt. Die Märsche führen in die neun deutschen Großstädte Hamburg, Bremen, Hannover, Dortmund, Frankfurt, Saarbrücken, Stuttgart, München und Nürnberg sowie ein internationaler Dreiländermarsch (Deutschland, Frankreich, Schweiz) nach Basel, wo in den frühen Nachmittagsstunden des Ostermontags die großen Abschlußkundgebungen veranstaltet werden.

Marsch 1: Kiel, Lübeck, Ahrensburg, Hamburg; Informationen: Hans Jürgen Willenberg, 24 Lübeck, Wendische Straße 61

Marsch 2: Oldenburg, Wilhelmshaven, Bremerhaven, Elmenhorst, Bremen; Informationen: Detlef Dahlke, 28 Bremen 2, Wilh.-Wolters-Straße 50 a

Marsch 3: Braunschweig, Salzgitter, Peine, Hannover; Informationen: H. G. Friedrich, 33 Braunschweig, Schunterstraße 57

Marsch 4 und 5: Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund; Bielefeld, Gütersloh, Hamm, Dortmund; Informationen: Kampagne für Abrüstung, Regionalausschuß West, 463 Bochum, Wittener Straße 183

Marsch 6: Mainz, Rüsselsheim, Hofheim, Höchst, Frankfurt; Informationen: Kampagne für Abrüstung, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648

Marsch 7: Kaiserslautern, Kusel, Saarbrücken; Informationen: Pfarrer H. J. Oeffler, 6751 Siegelbach, Bergstraße 8

Marsch 8: Durlach, Karlsruhe, Freiburg, Weil, Basel; Informationen: Dr. Hannelis Schulte, 6904 Ziegelhausen, Sitzbuchweg 14

Marsch 9 und 10: Eßlingen, Mettingen, Stuttgart; Ludwigsburg, Kornwestheim, Stuttgart; Informationen: Manfred Neu, 7 Stuttgart-Birkach, Muttergartenweg 10

Marsch 11: Marktschwaben, Vaterstetten, München; Informationen: Gerhard Schmid, 89 Augsburg, Brenderstraße 28

Marsch 12: Erlangen, Fürth, Zirndorf, Stein, Reichelsdorf, Eibach, Nürnberg; Informationen: Horst Klaus, 85 Nürnberg, Helmgartenweg 58

Bestimmt wünschen Sie weitere Informationen über die Ostermärsche. Füllen Sie den folgenden Abschnitt aus und senden Sie ihn an die Sie interessierende Marschgruppe laut obenstehender Adressenangabe.

Ich unterstütze den Aufruf zum Ostermarsch 1965 und erbitte Material über die Kampagne für Abrüstung.

Name: .....

Adresse: .....

Stand, Beruf: .....

Datum: ....

(Unterschrift)

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Keine Atom waffen auf deutschem Boden

Freundschaft mit Frankreich, aber ohne die Bombe

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie

Pacem in terris

Den nächsten Krieg gewinnt der Tod Damit 1970 noch Menschen leben

Statt Atomwaffen Brot für die Welt

Rüstung kostet unser Geld Krieg kostet unser Leben Unruhe ist die erste Bürgerpflicht

SICHERHEIT FÜR ALLE: ABRÜSTUNG

Von Köln bis Warschau atomwaffenfrei

MITTELEUROPA - ATOMWAFFENFREI ENTSPANNUNGSZONE BRÜCKE ZWISCHEN OST UND WEST

Nicht Grundgesetz ändern Politik ändern

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Aufruf zum Ostermarsch 1965

Die Vereinten Nationen haben die Völker der Welt aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. 1965 sind zwanzig Jahre seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre seit der Gründung der UN vergangen. Am Ende des zweiten Weltkrieges stand die Zahl von 60 Millionen Toten – am Beginn der UN stand die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.

Seit 1945 ist in allen Nationen vieles geleistet worden. Aber noch leben die Menschen in Furcht vor einem dritten Weltkrieg, der ganze Völker auslöschen würde. Neue Staaten streben nach Kernwaffenbesitz und erhöhen so die Unsicherheit. Fast alle Politiker in Ost und West beteuern ihre Bereitschaft zur Abrüstung, bewilligen aber trotzdem ungeheure Summen für weiteres Wettrüsten. Gleichzeitig herrscht in weiten Teilen der Welt Hunger und soziale und kulturelle Aufgaben werden vernachlässigt.

Die Forderungen der Vereinten Nationen nach Vereinbarungen über Friedenssicherung stimmen überein mit der Einsicht der Völker: Nur auf dem Weg der Entspannung und Abrüstung kann die Kriegsgefahr ausgeschaltet, Sicherheit und menschenwürdige Existenz für alle Bürger der Erde erreicht werden. Es gibt heute erste Erfolge bei dem Versuch, Kriegsrisiko abzubauen, Verständigung herzustellen und eine stabile Friedensordnung zu schaffen. In der Kubakrise siegte Vernunft über Prestigedenken und Politik der Stärke. Durch das Moskauer Teststoppabkommen wurde der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre Einhalt geboten. Der „heiße Draht" zwischen Moskau und Washington, die Einschränkung der Uranproduktion in den USA und der UdSSR und die Vereinbarung, den Weltraum freizuhalten, sind Schritte, die hoffen lassen.

Der Druck der Öffentlichkeit kann die Politiker ermutigen oder zwingen, diese Strategie des Friedens fortzusetzen. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf und fordern:

- **Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde**
- **Verbot der Weitergabe von Atomwaffen**
- **Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen**
- **erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung**

Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regierung und das Parlament unseres Landes. Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise, der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen. In Ost und West wächst neues Mißtrauen gegenüber unserem Land, wächst die Furcht vor einer von Atomwaffen gestützten deutschen Machtpolitik. Der atomare Rüstungsehrgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes, versperrt jeden Weg zu Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland. Die Rüstungspolitik führt zur Militarisierung des öffentlichen Lebens, zu der Tendenz, Bürgerrechte durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen – wie die Notstandsgesetze – einzuschränken. Der Plan eines Gürtels von Atomminen quer durch Deutschland hat den selbstmörderischen Charakter jeder Atomrüstung in Deutschland offenbar gemacht.

Ziel einer deutschen Politik muß es sein, die Demokratie und den Frieden zu sichern. Deshalb fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Wir stimmen mit diesen Forderungen überein. Nur eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen entspricht den wahren Interessen unseres Landes. Nur eine Politik der Entspannung gibt uns die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes für kulturelle und soziale Ziele einzusetzen.

Deshalb schlagen wir vor:

- **Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen**
- **Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen – keine Atomwaffen auf deutschem Boden! –**
- **Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung – Mitteleuropa atomwaffenfrei! –**

Wir bitten alle Mitbürger:

- **Unterstützen Sie öffentlich unsere Vorschläge.**
- **Arbeiten Sie in der Kampagne mit, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist und keine einseitige Stellungnahme im Kalten Krieg kennt.**
- **Übernehmen Sie Verantwortung in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung.**
- **Helfen Sie mit, den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne werden zu lassen.**

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes: dem Frieden der Welt zu dienen. Wir können weitere Schritte zur Entspannung, zur Abrüstung und zu einer internationalen Friedensordnung erreichen, wenn alle, die der Sache der Abrüstung zustimmen, die Kampagne für Abrüstung zu ihrer Sache machen.

★

Dem Aufruf, der anläßlich einer Großkundgebung am 31. Januar 1965 in Gelsenkirchen veröffentlicht wurde, haben sich schon viele prominente Bürger durch ihre Unterschrift angeschlossen. Einige Namen sollen stellvertretend genannt sein: Wolfgang Abendroth, Inge Aicher-Scholl, Fritz Baade, Margherita von Brentano, Walter Dirks, Günter Eich, Herbert Faller, Helmut Gollwitzer, Max von der Grün, Heinz-Joachim Heydorn, Wolfgang Hildesheimer, Rolf Hochhuth, Robert Jungk, Heinz Kloppenburg, Willy Krassmann, Heinz Krüger, Susanne Leonhard, Frans Masereel, Richard Münch, Wolfgang Neuss, D. Martin Niemöller, Hans A. Nikel, Ursula Noack, Hinrich Oetjen, Fritz Raddatz, Harold Rasch, Stefan Reisner, Renate Riemeck, Rudolf Rolfs, H. M. Ledig-Rowohlt, Paul Schallück, Gerhard Schoenberner, Robert Scholl, Alexander Spoerl, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Martin Walser.

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Zentraler Ausschuß
Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Buchrainweg 161
Druck: Grawo-Druck, Offenbach

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-5

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach/Main 4
Postfach 648
Buchrainweg 161

B e s t e l l u n g

	DM
..... x je 16 Pflichtslogans, Satz DM 4,-	.....
..... x je 4 graphisch gestaltete Slogans, Satz 1,20	.....
..... Plakate DIN A 2 "Männchen aus Slogans" 100 Stück DM 30,--	.....
..... Plakate DIN A 2 gelb mit großem DM - Emblem 100 Stück DM 25,--	.....
..... Plakate DIN A 2 mit Weltkugelmotiv 100 Stück DM 40,--	.....
..... Plakate DIN A 1 mit Weckermotiv 100 Stück DM 35,--	.....
..... Plakate DIN A 2 mit Weckermotiv 100 Stück DM 25,--	.....
..... Flugblätter "Grundsätze", 100 Stück DM 2,--	.....
..... Flugblätter "Wer steht hinter diesem Zeichen" 100 Stück DM 2,--	.....
..... Flugblätter "Männchen aus Slogans" und Aufruf Rückseite mit Angaben zum Hessischen Ostermarsch mit Anmeldezettel, 100 Stück DM 3,--	.....
..... Flugblätter "Kann man nichts ändern?" 100 Stück DM 2,--	.....
..... DM-Aufruf 1965 zum Unterschreiben 100 Stück DM 2,--	.....
..... IZA - Sondernummer "Informationen über die Kampagne", 100 Stück DM 25,--	.....
..... Fördererbons á DM 2,--, 100 Stück DM 10,--	.....

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

DM

..... Luftballons mit verschiedenen Pflichtslogans
100 Stück DM 12,-- .....

..... Papierfähnchen mit versch. Pflichtslogans
100 Stück DM 10,-- .....

..... x 4 Stück kleine Matern DM-Emblem
Satz DM 3,-- .....

..... Mater DM-Emblem 7 x 7 cm, DM 3,-- .....

..... Abzeichen, groß, Stück DM 1,-- .....

..... Abzeichen, klein, Stück DM 1,-- .....

..... Abzeichen mit Wechselbild zum DM 65
Stück DM 1,-- .....

..... Kugelschreiber - Stück DM 1,-- .....

..... Briefaufkleber, 100 Stück DM 1,50 .....

..... Autokleber, selbstklebend, Stück DM 1,-- .....

..... Postkarten, Satz zu 7 Stück DM o,50 .....

Das Material ist zu liefern an: _____

_____

Name, genaue Anschrift, Postleitzahl

_____ _____

Datum Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-6

Senden Sie mir bitte regelmäßig _____ Exemplar(e) der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Den Abonnementpreis von DM 8.- für ein Jahr überweise ich auf Anforderung sofort.

Vorname Zuname

Postleitzahl und Wohnort Straße und Hausnummer

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Bitte schicken Sie ein Probeheft der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG unverbindlich an meine folgenden Bekannten:

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

Porto
15 Pf.

Verlag

Informationen zur Abrüstung

C/O Kampagne für Abrüstung

Zentraler Ausschuß

605 Offenbach 4

Postfach 648

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

An alle Bürger der Bundesrepublik

In diesem Jahr sind 50 Jahre seit Beginn des ersten und 25 Jahre seit Beginn des zweiten Weltkrieges vergangen. Jetzt wartet die Welt auf einen deutschen Beitrag zur Abrüstung. Die Petition an den Deutschen Bundestag zeigt einen Weg hierzu. Wir bitten die Bürger der Bundesrepublik mit uns die Petition zu unterstützen.

D. Martin Niemöller
Hans Magnus Enzensberger
Dr. Harry Pross
Dr. W. Abendroth
Herbert Faller
Dolf Segall
DD. H. Kloppenburg
Max von der Grün
Horst Symanowski
Dr. Robert Jungk
Günther Schwarz
Berthold Kiekebusch

(Zur Information über die Personen, die Sie privat und persönlich bitten, die Petition zu unterzeichnen: D. Martin Niemöller, Kirchenpräsident; DD. Heinz Kloppenburg, Oberkirchenrat; Hans Magnus Enzensberger, Schriftsteller; Max von der Grün, Schriftsteller; Dr. Harry Pross, Chefredakteur von Radio Bremen; Horst Symanowski, Pfarrer; Dr. Wolfgang Abendroth, Professor; Dr. Robert Jungk, Schriftsteller; Herbert Faller, Angestellter, Bundesjugendleiter der Naturfreunde Deutschlands; Günther Schwarz, Angestellter, Gewerkschaftssekretär der IG Metall; Dolf Segall, Angestellter, Gewerkschaftssekretär der IG Chemie-Papier-Keramik; Berthold Kiekebusch, Angestellter, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft ÖTV.)

ED 718-23-7

Petition an den Deutschen Bundestag

Die Voraussetzung für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West ist, daß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden wird. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.**

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.**

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.**

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Bitte deutlich schreiben!

Name Vorname	Leitzahl Ort Straße	Unterschrift
1	ED7/18-23-8	
2		
3		
4		
5		

Zu dieser Petition ruft die Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner — auf. Mit ihrer Unterzeichnung entsteht jedoch keine Verpflichtung oder Bindung gegenüber der Kampagne. Die Namen von Unterzeichnern dieser Petition werden von der Kampagne nicht veröffentlicht.

Diese Petition darf jeder Bürger der Bundesrepublik nur einmal unterzeichnen. Die abgeschlossenen Listen senden Sie bitte direkt an den Hessischen Ausschuß der

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner

605 Offenbach 4, Waldstr. 99, Postfach 648

Herausgeber, Verleger und verantwortlich: Klaus Vack, Offenbach

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

FÖRDERBON

DM 2,– (zwei)

zur Deckung der Unkosten für den Ostermarsch. Sie helfen hiermit Flugblätter, Plakate, Anzeigen und die vielen Organisations- und Werbungskosten für die Kampagne für Abrüstung finanzieren.

Vielen Dank!

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner,

Adresse umseitig ED 718-23-9

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner,
Zentraler Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648 Bild: Kettner

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-10

Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß

Kann man nichts ändern?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kann man nichts ändern?

Ein Autobus fährt auf einer nicht befestigten Straße.
Eine Bergstraße; rechts ein Abgrund, links eine Felswand.
An besonders gefährlicher Stelle bleibt er stecken.
Die Räder wühlen sich immer tiefer ein, und durch den abbrechenden Boden droht das Fahrzeug in den Abgrund zu stürzen.
Der Bus ist bis auf den letzten Platz besetzt.

Bemerkenswert ist das Verhalten der Passagiere in dieser Situation.
Sie tun so, als gäbe es gar keine Gefahr für sie.
Sie bleiben in dem Fahrzeug sitzen, packen ihre Brote aus, vergnügen sich an der Musik aus ihren Kofferradios und genießen den an dieser Stelle durchaus reizvollen landschaftlichen Ausblick.

Nur wenn der Bus durch die fortgesetzten Fahrbemühungen ab und zu weiter merklich absackt, schimpfen sie über den Fahrer.
Es ist unerhört, sagen sie, daß er eine solche Route gewählt hat.
Oder: Jetzt soll er mal zusehen, wie er damit fertig wird usw. usw.
(Man weiß ja, was die Leute bei solchen Gelegenheiten sagen.)
Ab und zu steigt auch mal ein Passagier aus und besieht sich das Malheur von außen.

Steigt er wieder ein, hört man ihn sagen: Verdammter Mist. Man müßte eigentlich mal zu schieben versuchen. Aber bei diesem schweren Bus kann man allein nichts machen; die Räder stecken bereits zu tief im Boden.

Das Ende der Geschichte:
Der Bus ist nach einiger Zeit – wie man in der Zeitung lesen konnte – abgestürzt.

Die Leser der Zeitung waren mit Recht sehr erstaunt. Sie sagten zueinander: Was müssen das für seltsame Leute gewesen sein, die in dem Bus saßen. Wie kam es nur, daß sie nicht begriffen haben, was das Naheliegendste gewesen wäre; nämlich: Durch gemeinsames Handeln den Bus wieder flottzumachen und dadurch aus der gefährlichen Situation herauszukommen . . .

Liebe Leser dieser Begebenheit!
In den nächsten Tagen kommen Mitarbeiter der Kampagne für Abrüstung zu Ihnen. Man wird Sie bitten, Ihre Unterschrift unter eine Petition an den Deutschen Bundestag zu schreiben.

Folgende Situation ist gegeben:

Tatsache Nr. 1:
Die Menge der in Ost und West einsatzbereiten, atomaren Vernichtungsmaschinen reicht aus, die Bevölkerung in West und Ost mehrfach zu vernichten. Die Möglichkeit dazu besteht jeden Tag. Die Möglichkeit erhöht sich, wenn die Verfügung über diese, fälschlicherweise „Waffen" genannten Vernichtungsmaschinen, ausgedehnt wird.

Die Petitionsforderung Nr. 1 an den Deutschen Bundestag lautet deshalb:
Ich bitte den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.

Tatsache Nr. 2:
Um der atomaren Katastrophe zu entgehen, muß das wichtigste Weltproblem gelöst werden.
Das wichtigste Weltproblem heißt: Abrüstung heute.
In West und Ost wurden brauchbare Abrüstungspläne entwickelt, die als erste Schritte praktizierbar sind.

Die Petitionsforderung Nr. 2 an den Deutschen Bundestag lautet deshalb:
Ich bitte den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.

Tatsache Nr. 3:
Abrüstung ist heute notwendig und sie ist möglich, wenn die vorliegenden Pläne ernsthaft geprüft und verfolgt werden.

Die Petitionsforderung Nr. 3 an den Deutschen Bundestag lautet deshalb:
Ich bitte den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.

Es ist richtig:
Als Einzelner kann man wenig ausrichten.
Aber einige hunderttausend Einzelne zusammen bringen eine richtige Sache in Bewegung.
Sie sind einer dieser hunderttausend.

Deshalb werden wir Sie um Ihre Unterschrift bitten.

Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
605 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Waldstraße 99, Postscheckkonto Frankfurt 576 48

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718- 23-11

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch Kampagne für Abrüstung

Institut für Zeitgeschichte Archiv

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH (MAIN) 4 - POSTFACH 648

ED718-23-12

An die Ausschüsse der Kampagne

Betr.: Arbeitsmappe 1965

Liebe Freunde,

erstmalig legt Ihnen der Zentrale Ausschuß eine Arbeitsmappe vor. Das beiliegende Material soll Ihnen helfen bei der Öffentlichkeitsarbeit zur Publizierung des Ostermarsches 1965.

Mit der Arbeitsmappe werden die Ausschüsse in die Lage versetzt, sehr schnell über einen geeigneten Text für ein Flugblatt, eine Zeitungsanzeige oder eine anderweitige Veröffentlichung zu verfügen. Sie wissen außerdem, welches Material zur Verfügung steht und beim Zentralen Ausschuß bzw. beim zuständigen Regionalausschuß bestellt werden kann.

Nach verschiedenen Diskussionen, die sich in den vergangenen Monaten im Zentralen Ausschuß der Kampagne ergeben haben, sei noch einmal darauf hingewiesen, daß sämtliche politischen Erklärungen unserer Ausschüsse, gleich in welcher Form sie veröffentlicht werden, vorher mit dem Zentralen Ausschuß abgestimmt werden müssen. Die Arbeitsmappe bietet eine Fülle an Material (es sei nur auf die drei jeweils kürzeren Abfassungen des Aufrufes 1965 oder die verschiedenen Flugblatt-Texte verwiesen), das dann, wenn ein Örtlicher Ausschuß einen bestimmten Text sehr schnell benötigt und eine Rückfrage beim ZA nicht mehr möglich ist, auf dieses Material zurückgegriffen werden kann.

Besonders weisen wir auf das Zeitungsflugblatt "extrablatt" hin, dessen erste Ausgabe beigefügt ist. Ein zweites, vierseitiges Zeitungsflugblatt, das sehr ausführlich über die einzelnen Ostermärsche informieren wird, steht am 20. März 1965 zur Verfügung (die Preise für die Zeitungsflugblätter werden bei Bestellung bekannt gegeben.)

Das auf blauem Briefbogen gedruckte Anschreiben mit OM-Aufruf 1965, gedacht zum Sammeln von Unterschriften auf örtlicher und regionaler Ebene, ist so abgefasst, daß es von dem Ausschuß, der es verschickt unterzeichnet werden kann und daß der zum Unterzeichnen vorgeschriebene Abriß vorher mit dem Stempel des jeweiligen Ausschusses versehen werden kann.

Umseitig finden Sie eine Aufstellung aller Materialien, die dieser Arbeitsmappe beigefügt sind.

Wir hoffen, daß Sie mit dieser Arbeitsmappe eine gute Unterstützung für die Arbeit Ihres Ausschusses erhalten haben und sehen kritischen und ergänzenden Meinungen zu der Arbeitsmappe gerne entgegen, die wir dann bei der "Arbeitsmappe 1966" - falls eine solche noch notwendig sein wird - gerne verwenden werden.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.: Dr. Andreas Buro
- Sprecher

gez.: Klaus Vack
- Geschäftsführer -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Inhaltsangabe zur Arbeitsmappe 1965

1. Bestellkarte für die "Informationen zur Abrüstung"
2. Muster der kleinen Petitionslisten mit Vorspann
3. Briefflugblatt zur Ankündigung bei Unterschriftensammlungen für die Petition von Haus zu Haus
4. Förderer-Bon
5. Flugblatt "Männchen aus Slogans"
6. "extrablatt" 1/65
7. ein Bogen Briefaufkleber
8. Bestellzettel für Material (dreifach)
9. Bestellzettel für Schrifttum
10. Aufruf zum Ostermarsch 1965 mit Anschreiben zum Sammeln von Unterschriften
11. Kurzfassung I zum Ostermarschaufruf 1965
12. Kurzfassung II zum Ostermarschaufruf 1965
13. Textvorlage für Anzeigen
14. Angaben über OM-Embleme, von denen Matern vorhanden sind
15. Flugblatt für junge Leute
16. Flugblatt zur gezielten Verteilung vor Arbeitsstätten (längerer Text)
17. Flugblatt zur gezielten Verteilung vor Arbeitsstätten (kürzerer Text)
18. Flugblatt an die evangelischen Christen
19. Flugblatt für Studenten
20. Luftschutz-Flugblatt
21. Grundsätze der Kampagne
22. Flugblatt "Wer steht hinter diesem Zeichen?"
23. Stellungnahme zur Notstandsgesetzgebung
24. Slogans für den Ostermarsch 1965
25. Plakate zur Werbung für den Ostermarsch
26. Filmliste
27. IZA-Sondernummer "Informationen über die Kampagne"

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-13

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach/Main 4
Postfach 648
Buchrainweg 161

B e s t e l l u n g

DM

..... x je 16 Pflichtslogans, Satz DM 4,- .....

..... x je 4 grafisch gestaltete Slogans, Satz 1,20 .....

..... Plakate DIN A 2 "Männchen aus Slogans"
100 Stück DM 30,-- .....

..... Plakate DIN A 2 gelb mit großem DM - Emblem
100 Stück DM 25,-- .....

..... Plakate DIN A 2 mit Weltkugelmotiv
100 Stück DM 40,-- .....

..... Plakate DIN A 1 mit Weckermotiv
100 Stück DM 35,-- .....

..... Plakate DIN A 2 mit Weckermotiv
100 Stück DM 25,-- .....

..... Flugblätter "Grundsätze", 100 Stück DM 2,-- .....

..... Flugblätter "Wer steht hinter diesem Zeichen"
100 Stück DM 2,-- .....

..... Flugblätter "Männchen aus Slogans" und Aufruf
Rückseite mit Angaben zum Hessischer Ostermarsch
mit Anmeldezettel, 100 Stück DM 3,-- .....

..... Flugblätter "Kann man nichts ändern?"
100 Stück DM 2,-- .....

..... DM-Aufruf 1965 zum Unterschreiben
100 Stück DM 2,-- .....

..... IZA - Sondernummer "Informationen über die
Kampagne", 100 Stück DM 25,-- .....

..... Förderer bons à DM 2,--, 100 Stück DM 10,-- .....

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

DM

..... Luftballons mit verschiedenen Pflichtslogans
100 Stück DM 12,-- .....

..... Papierfähnchen mit versch. Pflichtslogans
100 Stück DM 10,-- .....

..... x 4 Stück kleine Matern DM-Emblem
Satz DM 3,-- .....

..... Mater DM-Emblem 7 x 7 cm, DM 3,-- .....

..... Abzeichen, groß, Stück DM 1,-- .....

..... Abzeichen, klein, Stück DM 1,-- .....

..... Abzeichen mit Wechselbild zum DM 65
Stück DM 1,-- .....

..... Kugelschreiber - Stück DM 1,-- .....

..... Briefaufkleber, 100 Stück DM 1,50 .....

..... Autokleber, selbstklebend, Stück DM 1,-- .....

..... Postkarten, Satz zu 7 Stück DM 0,50 .....

Das Material ist zu liefern an: ----------

Name, genaue Anschrift, Postleitzahl

Datum

Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-14

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner

Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Buchrainweg 161, Postfach 648

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Telefon (0611) 88 60 51/52

Postscheck Hannover 239648
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto Braunschweig

Febr./März 1965

Sehr geehrte Damen und Herren!

Auch in diesem Jahr demonstriert in der Bundesrepublik die Kampagne für Abrüstung zu Ostern gegen atomare Waffen und für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung. Den Aufruf zum Ostermarsch 1965, der die politische Zielsetzung dieser Demonstration im einzelnen beschreibt, finden Sie auf der nächsten Seite. Dem Aufruf haben sich bisher unter vielen anderen durch ihre Unterschrift angeschlossen: Wolfgang Abendroth, Inge Aicher-Scholl, Fritz Baade, Margarita von Brentano, Walter Dirks, Günter Eich, Herbert Faller, Helmut Gollwitzer, Max von der Grün, Heinz-Joachim Heydorn, Wolfgang Hildesheimer, Rolf Hochhuth, Robert Jungk, Heinz Kloppenburg, Willy Kressmann, Heinz Krüger, Susanne Leonhard, Frans Masereel, Richard Münch, Wolfgang Neuss, D. Martin Niemöller, Hans A. Nikel, Ursula Noack, Hinrich Oetjen, Fritz Raddatz, Harold Rasch, Stefan Reisner, Renate Riemeck, Rudolf Rolfs, H. M. Ledig-Rowohlt, Paul Schallück, Gerhard Schoenberner, Robert Scholl, Alexander Spoerl, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Martin Walser.

Wir möchten nun auch in unserem Bereich für den Gedanken des Ostermarsches 1965 werben; zu diesem Zweck wollen wir hier den Aufruf zum Ostermarsch mit den Unterschriften von Bürgern herausgeben, die in unserem Gebiet bekannt sind und die sich mit ihrem Namen für die Sache der Abrüstung einsetzen. Unsere Bitte an Sie geht dahin, den Aufruf zu prüfen und uns, sobald es Ihnen möglich ist, unter Verwendung des anhängenden Abschnittes mitzuteilen, ob auch Sie bereit sind, den Text zu unterzeichnen. Informationen über die Kampagne für Abrüstung fügen wir Ihnen bei.

Mit freundlichen Grüßen,
Kampagne für Abrüstung
für den Zentralen Ausschuß
gez.: Dr. Andreas Buro, Sprecher
gez.: Dr. Arno Klönne, Pressereferent
gez.: Klaus Vack, Geschäftsführer

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
für den Orts-, Landes-
oder Regional-Ausschuß

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Cecil K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maier, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Johannes Ude, Heinrich Vogel, D. E. Wolf.

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Dr. Andreas Buro, 806 Dachau, Schwarzhölzlstraße 20, Telefon (08131) 5888

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Aufruf zum Ostermarsch 1965

Die Vereinten Nationen haben die Völker der Welt aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. 1965 sind zwanzig Jahre seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre seit der Gründung der UN vergangen. Am Ende des zweiten Weltkrieges stand die Zahl von 60 Millionen Toten – am Beginn der UN stand die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.

Seit 1945 ist in allen Nationen viel geleistet worden. Aber noch leben die Menschen in Furcht vor einem dritten Weltkrieg, der ganze Völker auslöschen würde. Neue Staaten streben nach Kernwaffenbesitz und erhöhen so die Unsicherheit. Fast alle Politiker in Ost und West beteuern ihre Bereitschaft zur Abrüstung, bewilligen aber trotzdem ungeheure Summen für weiteres Wettrüsten. Gleichzeitig herrscht in weiten Teilen der Welt Hunger und soziale und kulturelle Aufgaben werden vernachlässigt.

Die Forderungen der Vereinten Nationen nach Vereinbarungen über Friedenssicherung stimmen überein mit der Einsicht der Völker: Nur auf dem Weg der Entspannung und Abrüstung kann die Kriegsgefahr ausgeschaltet, Sicherheit und menschenwürdige Existenz für alle Bürger der Erde erreicht werden. Es gibt heute erste Erfolge bei dem Versuch, Kriegsrisiko abzubauen, Verständigung herzustellen und eine stabile Friedensordnung zu schaffen. In der Kubakrise siegte Vernunft über Prestigedenken und Politik der Stärke. Durch das Moskauer Teststoppabkommen wurde der radikalen Verseuchung der Atmosphäre Einhalt geboten. Der „heiße Draht" zwischen Moskau und Washington, die Einschränkung der Uranproduktion in den USA und der UdSSR und die Vereinbarung, den Weltraum von Kernwaffen freizuhalten, sind Schritte, die hoffen lassen.

Der Druck der Öffentlichkeit kann die Politiker ermutigen oder zwingen, diese Strategie des Friedens fortzusetzen. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf und fordern:

- **Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde**
- **Verbot der Weitergabe von Atomwaffen**
- **Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen**
- **erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung**

Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regierung und das Parlament unseres Landes. Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise, der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen. In Ost und West wächst neues Mißtrauen gegenüber unserem Land, wächst die Furcht vor einer von Atomwaffen gestützten deutschen Machtpolitik. Der atomare Rüstungsehrgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes, versperrt jeden Weg zur Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland. Die Rüstungspolitik führt zur Militarisierung des öffentlichen Lebens, zu der Tendenz, Bürgerrechte durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen – wie die Notstandsgesetze – einzuschränken. Der Plan eines Gürtels von Atomminen quer durch Deutschland hat den selbstmörderischen Charakter jeder Atomrüstung in Deutschland offenbar gemacht.

Ziel einer deutschen Politik muß es sein, die Demokratie und den Frieden zu sichern. Deshalb fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Wir stimmen mit diesen Forderungen überein. Nur eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen entspricht den wahren Interessen unseres Landes. Nur eine Politik der Entspannung gibt uns die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes für kulturelle und soziale Ziele einzusetzen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-15

Deshalb schlagen wir vor:

- **Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen**
- **Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen – keine Atomwaffen auf deutschem Boden! –**
- **Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung — Mitteleuropa atomwaffenfrei! –**

Wir bitten alle Mitbürger:

- **Unterstützen Sie öffentlich unsere Vorschläge.**
- **Arbeiten Sie in der Kampagne mit, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist und keine einseitige Stellungnahme im Kalten Krieg kennt.**
- **Übernehmen Sie Verantwortung in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung.**
- **Helfen Sie mit, den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne werden zu lassen.**

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes: dem Frieden der Welt zu dienen. Wir können weitere Schritte zur Entspannung, zur Abrüstung und zu einer internationalen Friedensordnung erreichen, wenn alle, die der Sache der Abrüstung zustimmen, die Kampagne für Abrüstung zu ihrer Sache machen.

..... Hier unterzeichnen und bitte recht bald einsenden .....

An die
Kampagne für Abrüstung
— Ostermarsch der Atomwaffengegner —
c/o

Ich unterstütze den Aufruf zum Ostermarsch 1965:

Name: .....

Adresse: .....

Stand, Beruf ..... Datum: .....

.....
(Unterschrift)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH (MAIN) 4 - POSTFACH 648

ED718-23-16

A r b e i t s m a p p e 1 9 6 5
= = = = = = = = = = = = = = = = = =

Betr.: Kurzfassung I zum Ostermarschaufruf 1965

AUS DEM AUFRUF ZUM OSTERMARSCH 1965

Die Vereinten Nationen haben die Völker der Welt aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. 1965 sind zwanzig Jahre seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre seit der Gründung der UN vergangen. Am Ende des zweiten Weltkrieges stand die Zahl von 60 Millionen Toten, - am Beginn der UN stand die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.
Seit 1954 ist in allen Nationen viel geleistet worden. Aber noch leben die Menschen in Furcht vor einem dritten Weltkrieg, der ganze Völker auslöschen würde. Neue Staaten streben nach Kernwaffenbesitz und erhöhen so die Unsicherheit. Fast alle Poliker in Ost und West beteuern ihre Bereitschaft zur Abrüstung, bewilligen aber trotzdem ungeheure Summen für weiteres Wettrüsten. Gleichzeitig herrscht in weiten Teilen der Welt Hunger, und soziale und kulturelle Aufgaben werden vernachlässigt.
Nur auf dem Wege der Entspannung und Abrüstung kann die Kriegsgefahr ausgeschaltet, Sicherheit und menschenwürdige Existenz für alle Bürger der Erde erreicht werden. Es gibt heute erste Erfolge auf dem Wege zur Abrüstung. Der Druck der Öffentlichkeit kann die Politiker ermutigen oder zwingen, die Strategie des Friedens fortzusetzen. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf und fordern:

+ Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde
+ Verbot der Weitergabe von Atomwaffen
+ Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen
+ erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung

Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näher zu kommen. Der atomare Rüstungsehrgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes, versperrt jeden Weg zur Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland. Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regierung und das Parlament unseres Landes:

+ Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen
+ Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen
+ Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung

Wir bitten alle Mitbürger, unsere Vorschläge zu prüfen, unsere Arbeit zu unterstützen und den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne für Abrüstung zu machen. Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes: dem Frieden der Welt zu dienen. Wir können weitere Schritte zur Entspannung, zur Abrüstung und zu einer internationalen Friedensordnung erreichen, wenn alle, die der Sache der Abrüstung zustimmen, die Kampagne für Abrüstung zu ihrer Sache machen.

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH (MAIN) 4 - Postfach 648

ED718-23-17

A r b e i t s m a p p e 1 9 6 5

Betr.: Kurzfassung II zum Ostermarschaufruf 1965

AUS DEM AUFRUF ZUM OSTERMARSCH 1965

Zur Weiterführung der begonnenen Strategie des Friedens fordern wir:

+ Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde
+ Verbot der Weitergabe von Atomwaffen
+ Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen
+ erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung

Unsere Forderungen an Parlament und Regierung der Bundesrepublik lauten:

+ Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen
+ Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen
+ Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung

Wir rufen alle Mitbürger auf, unsere Vorschläge zu prüfen, unsere Arbeit zu unterstützen und den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne für Abrüstung zu machen.

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH(MAIN) 4 - POSTFACH 648

A r b e i t s m a p p e 1 9 6 5

ED 718-23-18

Betr.: Textvorlage für Annoncen

Unsere Vorschläge für die Fortsetzung der Strategie des Friedens:

* Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde
* Verbot der Weitergabe von Atomwaffen
* Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen
* erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung

Unsere Vorschläge für Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung:

* Verzicht der Bundesregierung auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen
* Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen
* Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung

Diese Vorschläge aus dem Aufruf zum Ostermarsch 1965 der Kampagne für Abrüstung unterstützen u.a. (hier die Namen von prominenten, örtlicher Unterzeichnern angeben.)

Schließen Sie sich den Ostermärschen an!
(Folgen evtl. Zeit- und Marschangaben)

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner -

Ziel einer deutschen Politik muß es sein, die Demokratie und den Frieden zu sichern. Deshalb fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der deutschen Bundesregierung. Diesen Forderungen stimmen wir zu. Nur eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen entspricht den wahren Interessen unseres Landes. Nur eine Politik der Entspannung eröffnet die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes auf kulturelle und soziale Leistungen hinzulenken. - Für diese Ziele rufen wir zum Ostermarsch 1965.

(Folgen evtl. Zeit- und Marschangaben.)

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner -

Über den Vereinten Nationen, die 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit ausgerufen haben, steht die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Diese Hoffnung kann nur durch eine Politik der Entspannung und Abrüstung verwirklicht werden. Um diese Politik durchzusetzen, rufen wir auf zum Ostermarsch 1965.

(Folgen Zeit- und Marschangaben)

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner -

Der Ostermarsch 1965 demonstriert für Sicherheit durch Abrüstung - gegen Verbreitung atomarer Waffen - für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa. Schließen Sie sich an!

(Folgen Zeit- und Marschangaben)

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner -

Wir fordern konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung und Initiativen der Bundesregierung für dieses Ziel. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf.

(Folgen Zeit- und Marschangaben)

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-18

Matern

für Flugblattdruck, Zeitungsanzeigen, Briefbogen usw.

I

II

III

IV

V

Matern I - IV Satz DM 3,–
Mater V Stück DM 3,–

Bestellung an:

Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß – 605 Offenbach am Main 4 · Buchrainweg 161 · Postfach 648

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-20

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG — OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH (MAIN) 4 - POSTFACH 648

Arbeitsmappe 1965

Betr.: Flugblatt für junge Leute
(Zur Verteilung an Berufsschulen, Höheren und Handelsschulen. Bitte prüfen Sie, ob es möglich ist, mit einem Begleitbrief jeweils 20 - 25 dieser Flugblätter an alle Jugendgruppen am Ort zu schicken. Sicher werden nicht alle verteilt, aber die Jugendgruppen arbeiten meist sehr demokratisch, sodaß es sicher vielerorts zu Diskussionen kommt.)

POLITIK - EIN SCHMUTZIGES GESCHÄFT

Es sieht so aus!
In weiten Teilen der Welt herrscht Hunger, soziale und kulturelle Aufgaben rangieren weit hinter dem Komma. Politiker in Ost und West beteuern ihre Bereitschaft zur Abrüstung und bewilligen gleichzeitig ungeheure Summen für weiteres Wettrüsten. Was soll's also?

Trotzdem stimmt es nicht ganz.
Es gibt auch Erfolge. Der große Knall, der anläßlich der Kubakrise schon in der Luft lag, blieb aus. Die Vernunft siegte über Prestigedenken und "Politik der Stärke". Es gibt das Moskauer Teststoppabkommen, es gibt den "heißen Draht" zwischen Washington und Moskau, es gibt die Vereinbarung, den Weltraum von Kernwaffen freizuhalten.

Das ist noch nicht genug? Eben. Man muß mehr gute Politik machen.

Aber man muß das auch tun und für seine Sache eintreten - klar, ohne faule Kompromisse, aufrichtig und mit Nachdruck. Wir versuchen das mit der Kampagne für Abrüstung. Nicht in den festgefahrenen Gleisen irgendeiner Organisation, sondern als Leute, die in einer Sache einer Meinung sind. Jeder kann sich uns anschließen, der sich für die Sache der Abrüstung einsetzen will; jeder kann mitdiskutieren und mithandeln.

Wie schon in den vergangenen Jahren rufen wir auch 1965 zum Ostermarsch der Atomwaffengegner auf. Unsere Forderungen:

+ Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde
+ Verbot der Weitergabe von Atomwaffen
+ Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen
+ erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung

Wir sind außerdem der Meinung, daß auch gerade für unser Land bessere Politik gemacht werden muß. Es gibt besseres als Atomminen; es gibt besseres als krampfhafte MLF-Diskussionen mit dem Ziel, irgendwie an den Atomdrücker heranzukommen; es gibt besseres als Notstandsgesetze.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Wir halten für besser:

+ Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen
+ Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen - keine Atomwaffen auf deutschem Boden! -
+ Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und Rüstungsbeschränkung - Mitteleuropa atomwaffenfrei! -

Wir wollen, daß sich unsere Politiker endlich den Kopf über Fragen der Abrüstung zerbrechen, anstatt nur groß daherzureden und neue Atomraketenpläne auszuknobeln. Darum gehen wir zu Ostern auf die Straße - in allen Teilen der Bundesrepublik, drei Tage lang. Bequemlichkeiten: keine. Stimmung ist einbegriffen. Machen Sie mit!

Zum Ostermarsch 1965 haben u.a. aufgerufen: (Namen prominenter Unterzeichner und Angaben über Zeit und Marschstrecke)

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-1

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH (MAIN) 4 POSTFACH 648

A r b e i t s m a p p e 1 9 6 5
= = = = = = = = = = = = = = = = = = = =

Betr.: Flugblatt zur gezielten Verteilung vor Arbeitsstätten (längerer Text)

Man sieht auf Sicherheit in der Bundesrepublik.
Mit Recht.
Die Zeiten, die hinter uns liegen, waren unsicher genug, - stellenweise lebensgefährlich. Man hat seine Erfahrungen.
Und die Zeiten, die vor uns liegen?

Wer einen guten Lohn, wer ein gutes Gehalt hat, will es behalten.
Mindestens das!
Aber, - ist das, was man hat, gesichert?
Unsicher ist zum Beispiel, ob wir uns mit unserem Lohn noch das kaufen können, was wir vor einem Jahr dafür bekamen.
Unsicherheiten sind: Steigende Mieten, die sich verringernde Kaufkraft, fragwürdige Arbeitsversorgungen und so weiter und so weiter.
Viele spüren das; wenige denken darüber nach, fragen nach den Ursachen; zu wenige überlegen, was man dagegen tun kann.

Denn: Mit Sicherheit, von der so viel geredet wird, ist das so eine Sache.
Die Regierung sagt zum Beispiel:
Unsere Sicherheit ist nur garantiert durch Rüstung. Sie rüstet gewaltig.
Die Raketenbatterien, die Düsenjäger, die Kasernen vermehren sich von Tag zu Tag. Da kann jeder sehen, wo das Geld, das ihm der Staat abnimmt, bleibt.

Soll man die Regierung loben, für so viel Anstrengungen um unsere Sicherheit?
Oder gibt es da nicht auch ein paar Unsicherheiten?
Zum Beispiel die Differenz zwischen so viel Waffen und Militär und so wenig politischer Anstrengung, mit den Nachbarn versuchsweise auch einmal über ein friedliches Zusammenleben zu sprechen.
Sichern Sie Ihre Wohnung, indem Sie in Ihren Zimmern Sprengstoff stapeln, nur weil man Ihnen sagt, der Nachbar täte das auch?
Die Vertreter, die Sprengstoff verkaufen, gehen von Tür zu Tür. Sie machen gute Geschäfte. Ihre Sprengstoff-Pakete tragen die Werbeaufschrift "Sicherheit".
Zu wenige denken darüber nach.

Warum wird nicht abgerüstet?
Obgleich doch fast alle wissen:
Nur dann, wenn keine Rüstung, keine Atombomben, keine Raketen, keine Armeen mehr sind, nur dann ist der Friede gesichert.
Ist es so schwierig, daraus Konzequenzen zu ziehen?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Die Antwort auf vernünftige Fragen vernünftiger Leute gibt nicht unsere Regierung. Man bekommt sie nicht von den Herstellern der Atombomben. Und auch nicht von einem gewissen Groschenblatt.
Die Antwort müssen die vernünftigen Frager selbst finden.
Könnte die Antwort nicht lauten:
Wir, die kleinen Leute, die in zwei Kriegen fast vor die Hunde gegangen wären, haben unsere Sache, nämlich:

F r i e d e n u n d S i c h e r h e i t d u r c h A b r ü s t u n g

leider bisher nicht in die eigenen Hände genommen.
Haben wir z.B. vernünftige Angebote unserer Nachbarn, die, genauso wie wir, verblutet aus zwei großen Kriegen herausgekrochen sind, selbst einmal gründlich unter die Lupe genommen?
Konkret: Es liegen vernünftige Angebote auf dem internationalen Verhandlungstisch.
Sie lauten: Rüstungsstopp; kontrollierter, gleichzeitiger und gleichmäßiger Rüstungsabbau in Ost und West.
Und als erste Schritte dazu:
Einrichtung einer atomwaffenfreien Entspannungszone in Mitteleuropa. Damit die Bundesrepublik da mitmacht, ist es notwendig, d a ß S i e s i c h d a f ü r e i n s e t z e n.

Zur Zeit lautet die Rechnung, die man uns für eine falsche Politik auf den Tisch legt "nur":
R o t e Z a h l e n i m H a u s h a l t s b u c h d e r A r b e i t n e h m e r.
Wenn aber das Wettrüsten nicht beendet wird, kann die Rechnung bald noch ganz anders lauten ...

Die Kampagne für Abrüstung - der Ostermarsch der Atomwaffengegner - ist die Bewegung der Vernünftigen, um durchzusetzen, was für alle nützlich ist:
Frieden, Entspannung und Sicherheit durch Abrüstung.
Damit es gelingt, bedarf es Ihrer Mitarbeit.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH (MAIN) 4 - POSTFACH 648

ED 718-23-11

A r b e i t s m a p p e 1 9 6 5
= = = = = = = = = = = = = = = = = = = =

Betr.: Flugblatt zur gezielten Verteilung vor Arbeitsstätten
(Kürzerer Text)

Man sieht auf Sicherheit in der Bundesrepublik.
Mit Recht.
Die Zeiten, die hinter uns liegen, waren unsicher genug, - stellenweise lebensgefährlich. Man hat seine Erfahrungen.
Und die Zeiten, die vor uns liegen?

Wer einen guten Lohn, wer ein gutes Gehalt hat, will es behalten.
Mindestens das!
Aber, - ist das, was man hat, gesichert?
Unsicher ist zum Beispiel, ob wir uns mit unserem Lohn noch das kaufen können, was wir vor einem Jahr dafür bekamen.
Unsicherheiten sind: Steigende Mieten, die sich verringernde Kaufkraft, fragwürdige Altersversorgungen und so weiter und so weiter.
Viele spüren das; wenige denken darüber nach, fragen nach den Ursachen; zu wenige überlegen, was man dagegen tun kann.

Denn: Mit der Sicherheit, von der so viel geredet wird, ist das so eine Sache.
Die Regierung sagt zum Beispiel:
Unsere Sicherheit ist nur garantiert durch Rüstung. Sie rüstet gewaltig.
Die Raketenbatterien, die Düsenjäger, die Kasernen vermehren sich von Tag zu Tag. Da kann ein jeder sehen, wo sein Geld bleibt.

Sind wir dadurch wirklich gesichert?
Durch den Plan eines Atomminengürtels quer durch Deutschland ist eines ganz klar geworden: Daß wir Deutschen die ersten Opfer eines militärischen Konfliktes sein würden.

Gibt es einen besseren Weg zu unserer Sicherheit?
Eine solche Möglichkeit sah Kennedy, als er seine Friedensstrategie entwickelte. Sie lautete: Frieden und Sicherheit durch Entspannung und Abrüstung.
Auch aus dem Osten liegen vernünftige Angebote auf dem internationalen Verhandlungstisch.
Sie lauten: Rüstungsstopp; kontrollierter, gleichzeitiger und gleichmäßiger Rüstungsabbau in Ost und West.
Und als erste Schritte dazu:
Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

Manche Äußerungen in führenden Kreisen der Bundesrepublik zeigen, daß die Einsicht, es gäbe einen besseren Weg zur Sicherheit, auch bei uns vorhanden ist. Doch bisher belastete das Kalte-Kriegs-Denken der Ära Adenauer die politischen Vorstellungen so stark, daß die Regierung noch nicht diesen Weg gefunden hat. Unsere Aufgabe ist es, die Einsichtigen, in welcher politischen Gruppe sie sich auch immer befinden, mutiger zu machen.

Die Kampagne für Abrüstung - der Ostermarsch der Atomwaffengegner - ist die Bewegung der Vernünftigen, um durchzusetzen, was für alle nützlich ist:

Frieden, Entspannung und Sicherheit durch Abrüstung.
Damit das gelingt, bedarf es Ihrer Mitarbeit.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH (MAIN) 4 - POSTFACH 648

A r b e i t s m a p p e 1 9 6 5

ED 718-23-23

Betr.: Flugblatt an die evangelischen Christen
(Es ist gedacht, unter dieses Flugblatt örtlich oder regional Unterschriften von evangelischen Pfarrern zu sammeln und es vor oder nach dem Gottesdienst vor Kirchen an die evangelischen Christen zu verteilen. Sicher wird es teilweise möglich sein, den Pfarrer dafür zu gewinnen, daß er in seiner Predigt einen Bezug zu dem Inhalt des Flugblattes herstellt. Bei einer Unterschriftensammlung unter das Flugblatt empfiehlt es sich, darauf hinzuweisen, daß der Text von Prof.D. Helmut Gollwitzer verfasst wurde. Im gedruckten Flugblatt selbst sollte der Name von Prof. Gollwitzer als Urheber des Textes nicht genannt werden. Bei Platzmangel kann der eine oder andere Abschnitt "Worte der Kirche" weggelassen werden. Keinesfalls sollten in einem Abschnitt Kürzungen oder Veränderungen vorgenommen werden.

W O R T E D E R K I R C H E

"Niemand von uns sollte sich zum Werkzeug einer Propaganda machen lassen, durch die eine Feindschaft zwischen Staaten gefördert oder eine Handlung kriegerischer Gewalt vorbereitet wird.
Insbesondere mahnen wir alle Glieder unseres Volkes, nicht dem Wahn zu verfallen, als könne unserer gemeinsamen Not durch einen neuen Krieg abgeholfen werden. Auf der Gewalt liegt kein Segen, Kriege führen nur tiefer in Bitterkeit, Haß, Elend und Verwahrlosung hinein. Die Welt braucht Liebe, nicht Gewalt. Sie braucht Frieden und nicht Krieg."

(Worte der Kirchenversammlung der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Frieden, Eisenach, 13. Juli 1948)

"Wir rufen alle Glieder unseres Volkes im Westen und im Osten zu: Werdet eindringlich und unermüdlich, vorstellig bei allen, die in politischer Verantwortung stehen, daß sie nicht in einen Krieg willigen, in dem Deutsche gegen Deutsche kämpfen."

(Botschaft der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland, Berlin-Weißensee, 27. April 1950)

"Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir nicht das Wort reden, weder was den Westen noch was den Osten anbelangt. Die Pflicht der Kirche kann es immer nur sein, die schwer gerüsteten Mächte der Welt wieder und wieder zu bitten, dem heillosen Wettrüsten ein Ende zu machen und friedliche Wege zur Lösung der politischen Probleme zu suchen."

(Worte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Wiederaufrüstung, 27. August 1950)

"Erniedrigt die hohen Werte von Frieden, Freiheit und Einheit nicht zu leeren Phrasen! Was Not tut, sind nicht Kriegsvorbereitungen, sondern ein Wagnis für den Frieden. Es liegt ein Fluch auf Waffen, die wider das Gewissen in die Hände gezwungen oder genommen werden. Es liegt aber Gottes Segen auf jedem Opfer, das für einen Frieden in der Wahrheit, in der Gerechtigkeit und in der Freiheit gebracht wird."

(Ruf der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg zu den Regierungen in Ost und West, 10. August 1952)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

"Unser Volk sollte den Versuchen widerstehen, unter Ausnutzung von Machtbündnissen eine Gewaltpolitik treiben zu wollen. Es sollte sich mit einer kontrollierten Begrenzung seines militärischen Potentials einverstanden erklären. Insbesondere ruft die Synode, die nach wie vor zu ihrer Verwerfung von Massenvernichtungsmittel steht, erneut zum Verzicht des deutschen Volkes auf jede atomare Bewaffnung. Eine Politik der gegenseitigen Abschreckung im Teufelskreis der Angst droht anstelle des von den Völkern sehnlichst erhofften Frieden eine unvorstellbare Weltkatastrophe heraufzuführen."

(Notwort der Synode der Evangelischen Kirche der Union, Februar 1959)

"Wir sollten über erste Schritte nachdenken, die praktisch zu tun sind zur Entspannung, zur Entgiftung der Atmosphäre, zum Abbau des Hasses, zur Annäherung und Versöhnung. Wir sollten uns anstrengen, mit der Phantasie der Liebe Möglichkeiten zu entdecken und zu nutzen, wo wir schon heute trotz aller bestehenden Gegensätze zusammenarbeiten können. Das fördert den Mut zum Risiko und das Wagnis des ersten Schrittes.
Wer Koexistenz sagt, findet sich nicht damit ab, daß in beiden Teilen Deutschlands gerüstet wird.
Die Gemeinde Jesu Christi insbesondere wird ihr priesterliches Amt darin wahrnehmen, daß sie Brücken schlägt, auch wenn sie dafür von beiden Seiten angefeindet wird. Sie hat - bei allen auch in ihren Reihen vorhandenen Verschiedenheiten - der Welt unbeirrbar vorzuleben, was Koexistenz ist."

(Aus der Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Friedensfrage, 1962)

E V A N G E L I S C H E R C H R I S T !

Diese Worte haben Synoden und leitende Kreise der Evangelischen Kirche in Deutschland in den letzten Jahren uns zugerufen. Sollen das nur Worte gewesen sein? Müssen daraus nicht politische Taten folgen? Stimmt aber das, was wir als "christliche Politik" in diesem Jahre erlebt haben, mit solchen Worten überein?

Die Kirche und ihre Botschaft werden unglaubwürdig, wenn die Christen es bei schönen Worten bewenden lassen, (und wenn "christliche Politik" genannt wird, was den Aufrufen der Kirche widerspricht).

Wir wollen, daß diese Worte der Kirche, die mit dem Evangelium übereinstimmen, nicht nur auf dem Papier stehen. Sie sollen in Politik umgesetzt werden; denn nur so sind sie gemeint.

Die Kampagne für Abrüstung, die Ostermärsche gegen Atomwaffen in Ost und West, sind eine Antwort auf die Appelle der Kirche. Im Aufruf zum Ostermarsch 1965 heißt es:

+ Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde
+ Verbot der Weitergabe von Atomwaffen
+ Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen
+ erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-24

Und von der Bundesregierung wird gefordert:

+ Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen
+ Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen
  - Keine Atomwaffen auf deutschem Boden! -
+ Einbeziehung ganz Deutschlands in eine Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung
  - Mitteleuropa atomwaffenfrei! -

Wir fragen alle evangelischen Christen, ob sie nicht unsere Bestrebungen unterstützen, unsere Demonstrationen mitmachen, unsere Petitionen unterschreiben sollten. Unsere Regierung bereitet unser Volk mit vielen Gesetzen auf den Kriegsfall vor, der der Untergangsfall sein wird. Ist es nicht die Pflicht aller Christen, stattdessen für eine Politik der Festigung des Friedens und der Beseitigung der Kriegsgefahren einzutreten? Oder soll es wieder dahinkommen, daß die überlebenden Christen nach einer europäischen Ktastrophe sagen müssen, wie schon die Evangelische Kirche in Deutschland im Oktover 1945 in dem "Stuttgarter Schuldbekenntnis": "Wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben".

Diesem Aufruf haben sich in ..... folgende evangelischen Pfarrer angeschlossen: ....

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH (MAIN) 4 - POSTFACH 648

A r b e i t s m a p p e 1 9 6 5
= = = = = = = = = = = = = = = = = = =

Betr.: Flugblatt für Studenten

ED718-23-25

Seite 1

(oben: Graphik "Schafherde")

Leute wie dieses schwarze Schaf
laufen nicht freiwillig in den Abgrund.
Sie schalten ihren Verstand nicht ab, wenn es um militärische Dinge geht.
Sie haben etwas gegen selbstmörderische Atomminen, gegen die Lang- und Kurzstreckenraketen einer atomaren Militärpolitik, die das zu verteidigende Gebiet höchstens zerstören, aber nie retten kann.
Sie halten es für sinnvoller, mit den Staaten des Ostens zu einem vernünftigen Arrangement zu kommen, als die Folgen eines verlorenen Krieges mit einer Politik der atomaren Stärke korrigieren zu wollen.

"Bei der Bedeutung der Angelegenheit wäre es gut gewesen, wenn sie mit mir als dem verantwortlichen Leiter der Politik gesprochen hätten", meinte der ehemalige Bundeskanzler Adenauer zu der Göttinger Erklärung der 18 Atomwissenschaftler vom April 1957 (vgl. Archiv der Gegenwart 6385 A), in der diese Wissenschaftler jede Beteiligung an Herstellung, Erprobung oder Einsatz von Atomwaffen aus wissenschaftlicher Verantwortung abgelehnt und einen Verzicht der Bundesrepublik auf Atomwaffen befürwortet hatten.

Kritische Intelligenz erkundigt sich nicht bei der Obrigkeit vor jeder öffentlichen Äußerung, ob auch opportun sei, was man sagen will. Sie verzichtet auch nicht darauf, ihr politisches Handeln durch Reflexion leiten zu lassen.
Es ist unmöglich, auf zwei Flugblattseiten eine politische Analyse zu liefern. Aber schauen Sie sich unsere Forderungen an: haben Sie nicht auch schon ähnliches gedacht?

Seite 2

Die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner ist parteipolitisch unabhängig, weder pro kommunistisch noch militant antikommunistisch orientiert, und stellt eine außerparlamentarische Opposition auf dem Boden des Bonner Grundgesetzes dar. Sie ist Treffpunkt derer, die das allgemeine Unbehagen an unserer, in den Grundsätzen von keiner im Parlament vertretenen Partei angefochtenen Verteidigungspolitik in wirksame politische Aktion verwandeln wollen. Sie fordert von Parlament und Regierung der Bundesrepublik:

+ Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen
+ Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen
+ Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Wie die außerdeutschen Gruppierungen der "Campaign for Nuclear Disarmament" fordert sie außerdem:

+ Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde
+ Verbot der Weitergabe von Atomwaffen
+ Erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung

1965 werden Ostermärsche der Kampagne für Abrüstung in mehreren Teilen des Bundesgebietes diesen Forderungen Ausdruck verleihen. Je größer die Beteiligung, desto größer die Wirkung. Warum eigentlich nicht mitmarschieren?

Wenden Sie sich an Ihren Regionalausschuß oder an den Zentralen Ausschuß (605 Offenbach, Buchrainweg 161) und fordern Sie Informationsmaterial über die Kampagne und die einzelnen Regionalmärsche! Melden Sie sich an und seien Sie Ostern 1965 dabei!

Aus dem Universitätsbereich haben den Aufruf zum diesjährigen Ostermarsch u.a. unterzeichnet: .....

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-26

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH(MAIN) 4 - POSTFACH 648

A r b e i t s n e p p e 1 9 6 5
= = = = = = = = = = = = = = = = = = =

Betr.: Text für ein Luftschutz-Flugblatt

W e n n d e r G r o s c h e n f ä l l t . . .

Man kann Bundesminister Höcherl zustimmen, wenn er in der Luftschutzfibel sagt: ... "es ist dem Menschen auferlegt, vernünftig und verantwortungsbewußt Vorsorge zu treffen für alle Gefahren, die ihn bedrohen können." Mit den Luftschutzbemühungen der Bundesregierung hat dies allerdings nichts zu tun, im Gegenteil. Was nützt der Luftschutz wirklich?

Er kann im "kleinen" Krieg, der aber nach Meinung der meisten Militärs nicht eintreten wird, Menschenleben retten. Er kann beim Einsatz von taktischen Atomwaffen (z.B. Hiroshima-Bombe) nur noch wenigen Menschen helfen. Er kann im großen Nuklear-Krieg fast nichts mehr schützen, und mit dem Katastrophenschutz hat er so gut wie gar nichts zu tun.

. . . f ä l l t d i e B o m b e n i c h t .

Die geringen Möglichkeiten des Schutzes werden gewöhnlich von dem Argument begleitet ... "wenn nur einige Menschenleben gerettet werden, lohnen sich schon alle Anstrengungen!" Das ist scheinbar sehr menschlich gedacht, aber nur scheinbar. Denn: Es geht nicht um die Rettung weniger in einem Atomkrieg, sondern um die Rettung aller vor dem Atomkrieg. Wer "verantwortungsbewußte Vorsorge" treffen will, muß Sicherheit für alle schaffen, die nur durch Entspannung und allgemeine Abrüstung zu erreichen ist.

Hierfür hat die Bundesregierung fast nichts getan. Sie hat weder die vielen Vorschläge für militärische Entspannung aus West und Ost durch Verhandlungen ernsthaft geprüft, noch hat sie eigene Vorschläge dafür ausgearbeitet.

D e r L u f t s c h u t z i n d e r B u n d e s r e p u b l i k

entspricht nicht der "verantwortungsbewußten Vorsorge". Seine Ziele sind offenkundig anderer Art:

* Durch den Luftschutz soll der Eindruck erweckt werden, als ei in einem modernen Krieg der Schutz der Bevölkerung noch möglich. Wer dieser Illusion verfällt, wird weiterhin bereit sein, den Krieg als ein mögliches Mittel der Politik zu betrachten, wird weiterhin dem Versuch zustimmen, politische Probleme durch Auf- und Wettrüsten zu lösen und wird nicht auf eine stabile Friedenssicherung durch Abrüstung drängen.
* Durch den Luftschutz mit seinem Organisationssystem kann, wie im Weltkrieg II, die gesamte Bevölkerung bis in die kleinste

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Einheit erfaßt werden. Wir geben zu, daß die totale Erfassung der Bevölkerung für den totalen Krieg notwendig ist. Doch ihn gerade gilt es zu verhindern. Oder "wollt Ihr den totalen Krieg?"

Weil Luftschutz von der vordringlichsten Aufgabe, Schutz für alle, ablenkt, können wir weder den Luftschutzbestrebungen der Bundesregierung noch denen irgendeiner anderen Regierung in Ost und West zustimmen. Luftschutz ist letzten Endes Vervollständigung der militärischen Aufrüstung im zivilen Bereich. Wir sagen daher:

E n t s p a n n u n g -

A b r ü s t u n g -

F r i e d e - sind der beste L u f t s c h u t z .

Einem staatlichen Verband, der sich intensiv um diese Art Luftschutz bemühte, würden wir, und wahrscheinlich auch Sie, sofort beitreten .... nur leider: er existiert nicht. Daher arbeiten wir in der Kampagne für Abrüstung.

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

sationen. Die Namen der unterstützenden Organisationen treten nur in Ausnahmefällen, die der ZA feststellt, in Erscheinung.

- Jeder gemeinsame Protest findet im allgemeinen auf Massenbasis statt.
- Jeder gemeinsame Protest repräsentiert die Gesamtheit der internationalen, unabhängigen Atomwaffengegner.

B. Die organisatorische Form

1. Der OM ist keine Mitglieder-Bewegung, sondern stellt eine lockere Aktionseinheit von gleichgesinnten Staatsbürgern dar.
2. Unabhängige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bilden zum Zwecke der äußeren Repräsentation das Kuratorium und bürgen mit ihrem Namen für die politische Unabhängigkeit des Ostermarsches.
3. Das Führungsgremium auf Bundesebene ist der Zentrale Ausschuß (ZA). Zu seinen Sitzungen werden die Kuratoren eingeladen. Sie sind im ZA stimmberechtigt.
   Der ZA setzt sich zusammen aus:
   dem Sprecher und dem Geschäftsführer
   je drei Vertretern der Regionalen Ausschüsse
   je einem Vertreter der unterstützenden Organisationen und Institutionen.
   Die Aufgaben des ZA sind:
   Festlegung der politischen Linie (u. a. für Reden, Slogans, Flugblätter)
   Festlegung der Richtlinien für die organisatorische Planung
   Vertretung der Interessen auf Bundesebene
   Administration durch Einrichtung einer Geschäftsstelle.
   Der ZA wählt aus seiner Mitte den Sprecher und den Geschäftsführer, sowie weitere 5 Personen für den Arbeitsausschuß. Diese 5 Personen, der Sprecher und der Geschäftsführer sind der Arbeitsausschuß.
4. Der Arbeitsausschuß (AA) bearbeitet die zentralen Aufgaben im Auftrage des ZA. Die Mitglieder des AA erhalten einzelne Aufgabengebiete, die sie in enger Fühlungnahme miteinander bearbeiten.
   Der Geschäftsführer wird von den AA-Mitgliedern über ihre Tätigkeit auf dem laufenden gehalten.
   Wichtige Entscheidungen im Rahmen seiner Kompetenzen trifft der AA gemeinsam.
   Der Sprecher des ZA ist auch Vorsitzender des AA.
5. Die praktische organisatorische Arbeit leisten die örtlichen Ausschüsse, die Landesausschüsse und die Regionalen Ausschüsse.
   Von ihnen kommen die Anregungen für die künftige gemeinsame Arbeit.
   Sie arbeiten selbständig und aus eigener Initiative, sind aber im Interesse der einheitlichen politischen Wirkung an diese Erklärung und an die Beschlüsse des ZA gebunden.
   In sämtlichen Planungen berücksichtigen sie die Bedürfnisse der anderen regionalen Marschgruppen und bleiben allen deutschen Atomwaffengegnern verpflichtet.
6. Den Auftrag für die Vorbereitung und Durchführung von Aktionen erhalten die verantwortlichen Organisationen von keiner Instanz als dem eigenen Gewissen. Sie sind deshalb nicht von irgendeinem fremden Gremium für diese Arbeit wählbar (ausgenommen die Vertreter der Organisationen im ZA) oder absetzbar.
7. Die Arbeit des OM wird unter dem Zeichen der internationalen Atomwaffengegner geführt.

Zentraler Ausschuß

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Hans-Konrad Tempel, Ahrensburg

Geschäftsführung des ZA und verantwortlich für dieses Blatt: Dr. Andreas Buro
München 55, Andreas-Vöst-Straße 5

Druck: Buchdruckerei Ernst Wolferstätter, München 54

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch der Atomwaffengegner

ED 718-23-27

Grundsätze

Die politischen Erfahrungen der Ostermarsch-Organisatoren in den vergangenen Jahren haben gezeigt, daß die Absichten dieser Aktion aus den verschiedensten Gründen nach dieser oder jener Seite hin ausgedeutet wurden – und zwar nicht nur von unseren Gegnern, sondern auch von unseren Freunden. Um dieser Gefahr für die Zukunft zu begegnen und um damit zugleich zu griffigeren politischen Zielsetzungen zu kommen, soll im folgenden eine ganz einfache, unmißverständliche Darstellung der Zielsetzung und der organisatorischen Struktur des Ostermarsches gegeben werden, in der bisherige Gesichtspunkte mit neuen verbunden sind.

Diese Grundsätze sind vom Zentralen Ausschuß auf seiner Sitzung am 14./15. Oktober 1961 in Kassel gebilligt worden. Sie sind für die weitere Arbeit des Ostermarsches verbindlich.

Zielsetzung der Kampagne

A. Allgemeine Zielsetzung

1. **„Widerstand gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in West und Ost".**
Dies bedeutet:

- Unter **„Atomwaffen jeder Art"** sind erstens sämtliche Massenvernichtungsmittel auf atomarer Basis zu verstehen, Flugabwehrgeschosse mit Atomsprengkopf ebenso wie Atomraketen und Wasserstoffbomben. Logischerweise gehören dazu auch zweitens alle jene Waffen, die zwar ohne atomaren Sprengkopf einsatzfähig, aber speziell für den Atomkrieg konstruiert worden sind. Drittens schließt dieser Begriff alle Massenvernichtungsmittel ein, die den genannten entsprechen, seien es chemische, bakteriologische oder herkömmliche Waffen, und zwar viertens nicht nur im Zustand der Anwendung, sondern auch der Konstruktion, Herstellung, Erprobung und Lagerung.
- Unter **„Atomwaffen jeder Nation"** sind die Massenvernichtungsmittel aller Nationen und Staatengruppen oder Paktsysteme zu verstehen. Dieser Begriff schließt also die Massenvernichtungsmittel der UdSSR und des Warschauer Paktes ebenso ein wie die der USA und der NATO oder wie die Frankreichs oder Chinas. Der Zusatz „in West und Ost" dient folglich nur der Verdeutlichung und Verstärkung.
- Unter **„Widerstand gegen Atomwaffen"** ist erstens die uneingeschränkte Verneinung von Massenvernichtungsmitteln durch aktive Maßnahmen von einzelnen oder Gruppen in Tat, Wort, Bild und Schrift im Rahmen des Grundgesetzes und der Charta der Menschenrechte der UNO zu verstehen. Dazu gehören zweitens u. a.
die Absicht, politischen Einfluß zu erlangen und das Gewissen der Staatsbürger zu schärfen,
der Wille, alle Handlungen zu verweigern, die der Konstruktion, Herstellung, Erprobung, Lagerung und Vorbereitung der Anwendung von Massenvernichtungsmitteln dienen, und andere aufzufordern, dasselbe zu tun,
die Entschlossenheit, sich keinem Druck – weder durch Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Wirtschaftskreise noch durch Behörden und Presse – zu fügen, der darauf zielt, uns von unserem Widerstand abzubringen oder abzuhalten.

2. Wir begründen unseren Widerstand wie folgt:
Wir sehen uns vor unserem Gewissen verpflichtet, mit allen uns zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln jede Politik der Gewalt (deren äußeres Zeichen die Atombombe darstellt) zu bekämpfen, weil durch sie nicht nur die Menschheit schlechthin in ihrem Bestand gefährdet ist, sondern auch der einzelne Mensch auf Grund der Menschenverachtungen der Regierungen entmündigt und entwürdigt wird.

- **„Die Menschheit ist in ihrem Bestand gefährdet."** Diese Feststellung haben die bedeutendsten Physiker und Biologen beider Machtblöcke entgegen allen Verharmlosungen der Politiker unmißverständlich ausgesprochen. Sie bedeutet, daß die Menschheit allein bei der Fortführung der atomaren Teste unabschätzbaren Gesundheitsschädigungen ausgesetzt ist und sich auch ohne kriegerische Auseinandersetzung am Rande der Selbstvernichtung befindet. Ein atomarer Krieg würde sogar nach der Meinung von Militärsachverständigen die totale Zerstörung ganzer Staatengruppen, wenn nicht ganzer Erdteile bewirken.
- **„Der einzelne Mensch wird auf Grund der Menschenverachtung der Regierungen entmündigt und entwürdigt."**
Erstens: Regierungen in West und Ost, die Atomwaffen zum Mittel internationaler Politik machen, machen wollen oder als Mittel beibehalten wollen, handeln unmenschlich; sie offenbaren, daß ihre politischen Prinzipien, wie immer sie diese nach außen deklarieren, nicht die Sittlichkeit und die Würde des Menschen respektieren, da sie den Tod von Millionen von Menschen als Mittel zur Erreichung ihrer politischen Ziele einkalkulieren.
Eine Wasserstoffbombe kann bei „günstigem" Wind ein Gebiet von 250 km Länge und 50 km Breite total verseuchen, so daß das Leben sämtlicher Einwohner von Moskau mit einer einzigen Bombe ebenso ausgelöscht werden kann wie das Leben sämtlicher Einwohner von London, also jeweils mehr als 6 Mill. Menschen. Nach stichhaltigen wissenschaftlichen Aussagen gibt es keinen wirkungsvollen Schutz gegen eine solche Vernichtungsbombe. Wer trotzdem die Möglichkeit eines atomaren Krieges bewußt in Kauf nimmt, handelt in Menschenverachtung.
Zweitens: die tatsächliche Anwendung von Atomwaffen unterscheidet sich wesentlich von der Anwendung herkömmlicher Kampfmittel:
- Das Ausmaß der Vernichtung ist nicht mehr vorstellbar. Eine Honest-John-Rakete hat die Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe (unmittelbare Wirkung 84 000 Tote); eine Nike-Flugabwehr-Rakete kann ein ganzes Geschwader (50 Flugzeuge) in der Luft zerstäuben.
- Die Wirkung der Vernichtung ist nicht mehr kontrollierbar. Weder die unmittelbare Explosionskraft, noch die Druckwelle sind exakt vorauszusehen. Die radioaktive Strahlung und der später einsetzende radioaktive Staubfall können überhaupt nicht gesteuert werden.
- Der Ort der Vernichtung ist nicht mehr überschaubar. Die akute Vernichtung ist nicht im Augenblick der Explosion zu Ende. Strahlenschäden können noch nach Jahren auftreten. Die Verantwortung für die Anwendung solcher Instrumente kann kein Mensch mit vollem Bewußtsein tragen. Wer kleinere oder größere Atomwaffen anwenden oder sich auf deren Anwendung vorbereiten soll, ist moralisch überfordert. Wer ihn trotzdem dazu anhält, entmündigt und entwürdigt ihn. Somit ist der Mensch bereits vor der faktischen Anwendung in seinem Menschsein gefährdet.

3. **Wir erkennen, daß militärisches, mit der atomaren Massenvernichtung rechnendes Gewaltdenken und eine undemokratische und totalitäre Entwicklung eng miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig stützen und fördern. Daher gilt: „Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie", eine Absage an politischen Terror und totalitäre Bedrohung.** Wir widersetzen uns insbesondere jeder Behinderung unseres Protestes gegen die atomare Bewaffnung in West und Ost.

B. Konkrete politische Zielsetzung

1. Die Bundesrepublik soll an ihrem Platz alles tun, damit eine Welt ohne Furcht und Haß, ohne Krieg und Unterdrückung entsteht. Die Bundesrepublik soll daher konkrete Vorschläge zur Entspannung und Abrüstung ausarbeiten und propagieren. Sie soll den Willen zu Verhandlungen aufbringen, in denen die Bereitschaft zu einer vernünftigen und auch für ihre Nachbarn annehmbaren Politik zum Ausdruck kommt.
2. Wir fordern den Verzicht auf jegliche militärische Verwendung der Atomenergie in Ost und West und appellieren mit unserem Marsch an unsere Bundesregierung, durch Verzicht auf eine atomare Aufrüstung mit gutem Beispiel voranzugehen.
Insbesondere verlangen wir:

- Sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche
- Verzicht auf weitere Produktionen von Kernwaffen
- Vereinbarungen über die Bildung atomwaffenfreier Zonen
- Allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen.

Struktur der Kampagne

A. Die Ebene des Widerstandes

1. Die Grundform unseres gemeinsamen Widerstandes ist der öffentliche Protest gegen Atomwaffen. Die Grundform unseres individuellen Widerstands ist die Ablehnung jeder unmittelbaren Dienstleistung zugunsten der atomaren Bewaffnung.
2. Der gemeinsame Widerstand findet regelmäßig Ausdruck in den Ostermärschen, die zu Ostern jeden Jahres, im allgemeinen als Sternmärsche, die entschiedenen Atomwaffengegner zu etwa fünf Demonstrationsgruppen vereinen.
3. Andere Aktionen werden je nach den politischen Gegebenheiten auf örtlicher oder auf Bundesebene durchgeführt.
4. Die Grundbedingungen für alle Widerstandsaktionen lauten:

- Jeder gemeinsame Protest findet grundsätzlich auf verfassungsmäßiger Basis statt.
- Jeder gemeinsame Protest ist grundsätzlich ein Protest von einzelnen, nicht von Organi-

Institut für Zeitgeschichte

ED718-23-28

Sicherheit für alle

In weniger als 40 Jahren wird sich die Weltbevölkerung verdoppeln. Aber schon jetzt hungern über die Hälfte aller Menschen. Wenn nicht geholfen wird, steigt der Anteil der Hungernden von Jahr zu Jahr. Hunger bedeutet Krieg. Krieg bringt Hunger für alle.

Unsere Aufgabe ist Überwindung von Hunger und Krieg, um Sicherheit für alle Menschen zu schaffen. Das setzt Abrüstung und Zusammenarbeit der Völker voraus. Dies sind die Hauptforderungen des Ostermarsches.

Noch vertrauen Ost und West nur ihrer militärischen Macht. Beide Seiten haben bisher zu wenige ernsthafte Anstrengungen unternommen, um zu Abrüstung und Zusammenarbeit zu kommen. Daher müssen die Völker des Ostens und Westens den Druck auf ihre Regierungen ausüben, der sie zu den notwendigen Anstrengungen veranlaßt. Mitteleuropa diesseits und jenseits der Elbe wird bei einem dritten Weltkrieg ausgelöscht. Das gemeinsame Interesse der mitteleuropäischen Völker ist damit offensichtlich: Abrüstung und Zusammenarbeit. Wir fordern deshalb:

Mitteleuropa – atomwaffenfrei
Mitteleuropa – militärisch verdünnte Entspannungszone
Mitteleuropa – Brücke zwischen Ost und West

Darin enthalten ist der Verzicht auf direkte oder indirekte Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und auf die multilaterale Atommacht.

Unsere Chancen sind gut

Wir meinen: es bestehen heute reale Chancen, daß sich die Vernunft durchsetzt und eine Politik ohne Bombe an die Stelle der traditionellen Militärpolitik tritt. Diese Umwandlung der Politik können die Regierungen offensichtlich nicht ohne eine intensive Mitarbeit der breiten Öffentlichkeit wagen und bewerkstelligen. Die Öffentlichkeit muß daher immer wieder eindringlich auf Möglichkeiten und Gefahren der gegenwärtigen Situation aufmerksam gemacht werden und aufmerksam machen, damit es zu dieser Wandlung kommt.

Die Erkenntnis, daß eine grundlegende Änderung der Politik erforderlich ist, setzt sich in der ganzen Welt mit einer erstaunlichen Geschwindigkeit durch. Dafür zeugt nicht nur der wachsende Einfluß der blockfreien Staaten, die Enzyklika Johannes XXIII, die Haltung der UNO und die Erklärungen hervorragender Politiker in West und Ost, sondern auch, daß in zunehmendem Maße Menschen in aller Welt sich zu Gruppen zusammenschließen, um die Aufgaben zu bewältigen, die wir in der Kampagne für Abrüstung angreifen.

Immer mehr Menschen in aller Welt handeln wie wir

WERDEN AUCH SIE SICH ENTSCHEIDEN?

Verleger, Verfasser, Herausgeber: Dr. Andreas Buro, München 55, Andreas-Vöst-Straße 5
Geschäftsführung, Zentraler Ausschuß, Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch für Atomwaffengegner
Druck: Fr. Stützinger, München

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch

der Atomwaffengegner

Unter diesem Zeichen wird heute in fast allen Teilen der Welt geworben

- für Abrüstung in West und Ost
- für Entspannung und atomwaffenfreie Zonen
- für Rechtsstaat und Freiheit
- für die Zusammenarbeit aller Völker zur Lebenssicherung der Menschheit

Wer steht hinter diesem Zeichen?

Menschen, die froh sind, sich mit einem persönlichen Beitrag für ein Zusammenarbeiten aller Völker einsetzen und damit gegen die überholte Politik der Bombe und der Gewalt- und Kriegsandrohung ihren Protest öffentlich einlegen zu können. Menschen, und besonders viele junge unter ihnen, die die einigenden Bestrebungen der UNO unterstützen, da sie schon heute über die nationalen Grenzen hinweg verantwortlich im Weltmaßstab denken und handeln wollen.

Der Ostermarsch ist unabhängig von allen politischen Parteien und im Kalten Krieg, den wir entschieden ablehnen, nicht einseitig engagiert. Die Kampagne bemüht sich, in ihrem Land die Rolle zu übernehmen, die die blockfreien Staaten in der internationalen Politik der letzten Jahre in zunehmendem Maße zum Vorteil der Menschheit spielen konnten.

Das Symbol, unter dem wir marschieren, ist das internationale Zeichen der Atomwaffengegner. Es ist aus dem Zeichen für N und D des internationalen Signalalphabetes entstanden. ND = Nuclear Disarmament – Atomare Abrüstung.

Ziel Aldermaston, Washington, Moskau

Die Ostermärsche begannen in England, dem Lande der traditionellen Achtung vor den demokratischen Umgangsformen und der Zivilcourage. Sie führten von dem Atomforschungszentrum in Aldermaston nach London. In der Bundesrepublik fanden Ostermärsche bisher jedes Jahr seit 1960 statt.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

1962 gab es entsprechende Demonstrationen in Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Belgien, Italien, Irland, Kanada, USA, Neuseeland und Australien. Später haben sich Griechenland, Frankreich, Österreich und die Schweiz angeschlossen.

Der längste Marsch unter unserem Zeichen dauerte 1 Jahr und führte von San Franzisko nach Moskau. Vor dem State Department in Washington wurden die gleichen Forderungen erhoben wie bei der Mahnwache auf dem Roten Platz in Moskau. Die Menschen in beiden Städten waren gleichermaßen interessiert wie mißtrauisch gegenüber dieser neuen Ausdrucksform demokratischer Verantwortlichkeit.

Und in Deutschland

Im Unterschied zu den anderen Ländern gehen in der Bundesrepublik die Märsche nicht auf die Hauptstadt zu, sondern es zieht sich ein ganzes Netz von Märschen über das Land. In der Regel werden an zwei oder drei Tagen je 20 bis 40 km zu Fuß marschiert. Zu Beginn des Marsches und unterwegs werden Kundgebungen abgehalten und die Bevölkerung durch Plakate, Sprechchöre und Lieder auf die Gefahr des Rüstungswettlaufes hingewiesen und zu aktivem Verhalten aufgerufen. Höhepunkt der Märsche sind die Abschlußkundgebungen am Ostermontagnachmittag oder -abend. Dabei hatten wir als Sprecher:

Stefan Andres, Erich Kuby, Dr. Erich Kästner, Robert Scholl, Dr. Fritz Katz, D. Martin Niemöller, D. Heinz Kloppenburg, Rudolf Rolfs, Christian Geißler, die englischen Unterhausabgeordneten Frank Allaun, Sidney Silvermann und Fenner Brockway und viele andere. Im letzten Jahr nahmen ca. 23000 an den Märschen und über 50000 an den Kundgebungen teil.

Während des Jahres wird durch Einzelarbeit und Veranstaltungen für die Abrüstung und die fälligen Schritte hierzu geworben.

Rot oder schwarz finanziert?

Die Arbeit der Ostermarsch-Ausschüsse wird von einzelnen Staatsbürgern getragen und finanziert. Über ihre Finanzierung geben die Ausschüsse Rechenschaft. Außerdem unterstützen einige unabhängige Organisationen die Kampagne. Es sind dies: Deutsche Friedensgesellschaft, Versöhnungsbund, die beiden großen Kriegsdienstgegnerverbände IdK und VK, Naturfreundejugend, Kirchliche Bruderschaften, SDS, Kampfbund gegen Atomschäden, das Komitee gegen Atomrüstung und die Quäker.

Diese Organisationen senden je eine Person in den Zentralen Ausschuß, der außerdem von je drei Vertretern der Regionalen Ausschüsse gebildet wird und alle für die Kampagne wichtigen prinzipiellen Entscheidungen trifft. Der Ostermarsch bemüht sich um die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und allen unabhängigen Gruppen. Da er seine Ideen allen politischen Parteien nahebringen will, bevorzugt er keine von ihnen und nimmt auch keine Hilfe von ihnen an.

Der einseitige Protest

Findet der Protest gegen die atomare Rüstung vorwiegend im Westen statt? Diese Frage muß mit einem klaren Ja beantwortet werden. In Ländern, wo nach amtlicher Auffassung eine vollkommene Einheit zwischen dem Willen der Bevölkerung und dem Handeln der Regierung besteht, ist für solche Aktionen des einzelnen Bürgers wenig Spielraum. Immerhin scheint sich ein gewisser Wechsel anzubahnen, der unsere Aufmerksamkeit und Hilfe verdient. Internationale Aktionen unter unserem Zeichen wie der San Franzisko–Moskau-Marsch und das Projekt Everyman III oder die Pilgerfahrt von Opfern aus Hiroshima und die freimütigen Gespräche auf dem Kongreß für Frieden und Abrüstung in Moskau konnten schon unsere Vorstellungen weit im Ostblock bekannt machen.

Ist aber der einseitige Protest eine Gefährdung des Westens oder der Demokratie? Im Gegenteil! Die Demokratie wird durch demokratische Aktionen und durch die politische Mitarbeit des einzelnen Bürgers gestärkt. Sie lebt und bewährt sich in dem verantwortungsbewußten Wechselspiel zwischen Regierenden und Opposition. Ihre Freiheit ist ein Prüfstein der Demokratie, die sich auf Anerkennung von verschiedenen, einander widerstreitenden oder sich ergänzenden Richtungen als wesentlichen Faktoren der Meinungs- und Willensbildung gründet.

Tut den zweiten Schritt

Das Moskauer Atomstopp-Abkommen, obwohl von Frankreich und China bisher nicht unterzeichnet, schützt uns vor den unmittelbaren Folgen des Rüstungswettlaufes, vor weiteren Strahlungsschäden. Aber es kann nur der Anfang sein zur endgültigen Sicherung des Friedens, das heißt: zur vollständigen Abrüstung in aller Welt.

Der Weg dorthin ist weit. Aus Angst und Mißtrauen wagt keiner den nächsten Schritt. Weder die Menschen im Osten noch die Menschen im Westen wünschen den Krieg, aber keiner weiß dies mit Sicherheit vom anderen. Daher muß jeder dem anderen seine Bereitschaft zum Frieden glaubhaft beweisen. Wir versuchen dies durch unsere Kampagne.

Ein englisches Plakat sagt: „Wenn Du Dich fürchtest, bewaffne Dich – wenn Du Mut hast – rüste ab, habe keine Angst!" Daß die Mutigen die größeren Chancen haben, ist eine Binsenweisheit der Weltgeschichte. Wir wollen daher die Menschen unseres Volkes ermutigen, auf dem Wege zur Sicherung unserer Zukunft voranzuschreiten und den nächsten Schritt zu wagen.

Unser Ziel ist

Institut für Zeitgeschichte Archiv

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH (MAIN) 4 - POSTFACH 648

ED 718-23-29

A r b e i t s m a p p e 1 9 6 5

Betr.: Stellungnahme zur Notstandsgesetzgebung

Bekannte Wissenschaftler, Publizisten und Gewerkschafter, darunter Prof. Helmut Ridder, Prof. Werner Maihofer, Prof. Harold Rasch, Otmar Günther, Werner Vitt, Egon Lutz und Dr. Helmut Lindemann, haben an die Parteien im Deutschen Bundestag appelliert, den vorbereiteten Notstandsgesetzen nicht zuzustimmen.

Die Kampagne für Abrüstung hat sich dieser Aufforderung angeschlossen und sich dabei insbesondere die unter 1), 2) und 6) dargelegten Argumente zueigen gemacht.

Wir meinen, daß diese Erklärung eine gute Grundlage für die Argumentation der Ausschüsse der Kampagne in der Frage der Notstandsgesetzgebung gibt:

Appell an die Vorstände und Fraktionen der Parteien

Mit größter Beunruhigung beobachten wir das Bemühen der Bundesregierung, die Notstandsgesetze noch im Frühjahr 1965 verabschieden zu lassen.

1) Während sich die USA und die UdSSR um den Abbau der zwischen den Weltblöcken bestehenden Spannungen bemühen, soll durch die geplanten Notstandsgesetze die Verfassungsordnung unserer Bundesrepublik Deutschland den Erfordernissen einer totalen Militarisierung schon in Friedenszeiten angepaßt werden. Solche Maßnahmen müßten sich nicht nur auf die Möglichkeiten der Entspannung in Europa ungünstig auswirken; auch die Chancen einer deutschen Wiedervereinigung würden durch sie weiter vermindert. Die Bundesrepublik würde im gegenwärtigen Zeitpunkt durch die Annahme der Notstandsgesetze ihr Ansehen in der Welt weiter herabsetzen, neues Mißtrauen gegen ihre Absichten hervorrufen und damit die politische Atmosphäre in Europa weiter vergiften.

2) Durch die Notstandsgesetze wären wir ständig von einer Nebenverfassung bedroht, die die rechtsstaatliche und freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Staatswesens zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert auf "legale" Weise aufheben würde. Das Ausmaß der durch die Notstandsgesetze schon im Frieden sanktionierten Eingriffe in die Freiheitssphäre und der parlamentarisch nicht mehr kontrollierbaren Behördenvollmachten ist unübersehbar und weder mit dem Geist noch mit dem Buchstaben des Grundgesetzes vereinbar.

Wir warnen vor dieser Ausnahme- und Notstandsverfassung, deren militärisches und technologisches Kriegsbild überdies von den längst überholten Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges bestimmt ist und die Wirtschaftskraft unseres Volkes für die Erfüllung der vor uns liegenden großen friedlichen Aufgaben aufs schwerste beeinträchtigen müßte.

Das Notstandsverfassungsgesetz und die bisher bekannt gewordenen zehn "einfachen" Notstandsgesetze ermöglichen der jeweiligen Regierung faktisch jederzeit die autoritäre Umgestaltung unseres

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Sie würden der Regierung praktisch eine Generalvollmacht in die Hand geben, wann immer sie wollte, das Leben jedes einzelnen in den Dienst einer schranken- und lückenlosen Militarisierung zu stellen. Ihr einziger sicherer "Erfolg" wäre jedenfalls eine psychologisch bedingte Erhöhung der Kriegsgefahr.

3) Wir halten das Grundgesetz, nachdem es sich im "Kalten Krieg" bewährt hat, erst recht für ausreichend, die Schwierigkeiten der Entspannung zu meistern. Uns scheint gegenwärtig eine freiere Entfaltung der öffentlichen Meinung und eine stärkere Kontrolle des Parlaments über die Regierung dringlicher als die Übertragung weiterer Macht vom Parlament auf die Regierung. Wir sehen in der Erhaltung und Stärkung der vollen Funktionsfähigkeit unserer freiheitlichen demokratischen Ordnung den besten Schutz vor den Anschlägen ihrer Gegner von innen und außen, nicht aber in der Aufhebung wesentlicher Grundrechte und in der Beschränkung der demokratischen Freiheiten zugunsten einer autoritären Exekutivgewalt.

4) Die Bundesregierung will die Notstandsgesetze noch vor den Bundestagswahlen in Kraft treten lassen. Wir protestieren gegen die damit beabsichtigte Verfälschung des Sinnes demokratischer Wahlen; der Wähler muß zu der beabsichtigten einschneidendsten Verfassungsänderung seit Inkrafttreten des Grundgesetzes nach ausführlicher Information und Diskussion Stellung nehmen können. Wir fordern auch aus diesem Grunde, daß die Bundesregierung auf ihr Notstandssofortprogramm verzichtet.

5) Wir können uns auch nicht mit der Erwartung beruhigen, daß die Bundesregierung den Gewerkschaften und der parlamentarischen Opposition in Einzelfragen entgegenzukommen und vielleicht den "inneren Notstand" zu opfern bereit wäre, weil dadurch an der Grundtendenz der Entwürfe nichts geändert würde. Solange der "äußere Notstand" nicht ausschließlich auf den Fall des Verteidigungskrieges beschränkt wird, läßt er sich nicht eindeutig vom "inneren Notstand" abgrenzen.

6)Das Grundgesetz verpflichtet die Bundesrepublik zu Rechtsstaatlichkeit, zu Demokratie und zu einer Politik, die den Frieden sichert. Nur wenn der Geist des Verfassungsgebotes ungebrochen lebendig bleibt, kann unser Volk eine friedliche Zukunft haben. Deshalb dürfen die Notstandsgesetze nicht verabschiedet werden.

Frankfurt (Main), den 23. Januar 1965

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-30

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH (MAIN) 4 - POSTFACH 648

Arbeitsmappe 1965

Betr.: Slogans für den Ostermarsch 1965

1. Pflichtslogans
(Die 16 Pflichtslogans wurden vom ZA gedruckt und können zum Preis von DM 4.-- je Satz bei der Geschäftsstelle bezogen werden. 4 Slogans sind graphisch teilweise mehrfarbig gestaltet. Nach einer gut eingeführten Regelung müssen die Pflichtslogans in ausreichender Zahl in jedem Marsch mitgeführt werden.)

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie
Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation
Statt Atomwaffen Brot für die Welt
Mit der UNO für Abrüstung
Keine Atomwaffen auf deutschem Boden
Nicht Grundgesetz ändern, Politik ändern
Keine Ausbreitung von Atomwaffen - atomwaffenfreie Zonen!
Mitteleuropa - atomwaffenfrei
Brücke zwischen Ost und West
Sicherheit für alle: Abrüstung
Entspannungspolitik statt Notstandsgesetze
Keine Atomwaffen - weder national noch multilateral
Frankreich und China an den Genfer Tisch
Nur Friede ist Luftschutz
Kürzt den Rüstungsetat in beiden Teilen Deutschlands
Ohne kleine Leute keine großen Kriege
Keine Atomminen quer durch Deutschland

2. Pflichtslogan
(wird als Transparent in jedem Marsch mitgeführt und wird nicht gedruckt.)

Das Grundgesetz fordert: "Dem Frieden der Welt zu dienen"

3. Wahlslogans
(werden nicht gedruckt)

Von Köln bis Warschau atomwaffenfrei
Für atomwaffenfreie Zonen - gegen multilaterale Atommacht
Bonn braucht eine Abrüstungsbehörde
Entspannung, Abrüstung, Sicherheit
Pacem in terris
Freundschaft mit Frankreich, aber ohne die Bombe
Völker in Ost und West stoppt die Rüstung
Nach dem Teststopp - Rüstungsstopp
Friedensforschung statt Kriegsforschung
Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind entschlossen, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren.
Präambel der Charta der Vereinten Nationen (hinter einer UNO-Flagge zu tragen)
Rüstung kostet unser Geld - Krieg kostet unser Leben
Westliche Atombomben wirken genauso wie östliche
Ausbildung an Atomwaffen = Ausbildung zum Massenmord

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Verteidigung der Freiheit durch Mord?
Unser größter Feind ist der Krieg
Keine Atomwaffen auf deutschem Boden
Statt starker Armeen mehr Mut und Ideen
Besser Ko-Existenz als No-Existenz
Der wahre Mut zeigt sich im Mut zu neuen Wegen
Ich bin mitverantwortlich - auch Du
Was willst Du verteidigen, wenn nichts übrig bleibt?
Unruhe ist die erste Bürgerpflicht
Gewalt löst keine Probleme
Mütter, es geht um Sicherheit und Zukunft Eurer Kinder
Das ist Hiroshima: 1945 250 000 Tote, 1961 230 000 Atomkranke
Damit 1970 noch Menschen leben
Fort mit Atomwaffen in Ost und West
Barbaren werden wir durch barbarische Mittel
Du sollst nicht töten
Hätte Jesus die Bombe genommen?
Die Bombe ist Gotteslästerung
Für nüchterne Informationen, gegen gefährliche Illusionen
Auch Dein Hiroshima wird vorbereitet
Abrüstung verlangt Mitarbeit
Alle müssen einmal sterben - aber alle auf einmal?
Den nächsten Krieg gewinnt der Tod
Nicht Atomwaffen und Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerfrieden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH (MAIN) 4 - POSTFACH 6?3

A r b e i t s m a p p e 1 9 6 5

ED 718-23-31

Betr.: Plakate zur Werbung für den Ostermarsch

Von der Geschäftsstelle des ZA können folgende Plakate bezogen werden:

1. DIN A 2 - Plakat, weißes Plakat, Druckfarben rot und schwarz, Motiv: Männchen gebildet durch Slogans, als Muster siehe das der Arbeitsmappe beiliegende DIN A 5 - Flugblatt mit dem Aufruf zum Ostermarsch 1965. Kosten DM 30,-- je 100 Stück.

2. DIN A 2 - Plakat, intensiv leuchtendes gestrichenes gelbes Papier, Aufdruck in schwarzer Farbe, großes OM-Emblem und "Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner". Im unteren Viertel Raum für Eindrucke der Ausschüsse. Kosten DM 25.-- je 100 Stück.

3. DIN A 2 - Plakat, weißes Papier, Motiv: Weltkugel in blauer Farbe mit OM-Emblem in schwarzer Farbe und Text "Damit die Welt zusammenhält". Kosten DM 40.-- je 100 Stück (Beschreibung ist ungenau, da dieses Plakat von einem Regionalausschuß hergestellt wird und der Geschäftsstelle zur Zeit eine genaue Vorlage nicht vorliegt.)

4. DIN A 1 - Plakat, weißes Papier, schwarze Farbe, Motiv: Wecker der signalisiert und Symbol für die Kampagne sein soll. Unteres Drittel frei für Eindrucke der Ausschüsse, gut geeignet zur Bekanntgabe von Veranstaltungen. Kosten DM 35.-- je 100 Stück.

5. DIN A 2 - Plakat, gleiches Plakat mit Weckermotiv wie oben beschrieben. Kosten DM 25.-- je 100 Stück.

6. DIN A 1 - Plakat, rötlich-braunes Papier mit großem runden OM-Emblem in weißer Farbe, ca. 40 cm Durchmesser. Mehr als das untere Drittel frei für Überkleber. Gut geeignet für Hinweise auf Veranstaltungen. Kosten DM 50.-- je 100 Stück. Hierzu Bestellungen an: Kampagne für Abrüstung, Regionalausschuß West, 463 Bochum, Wittener Str. 189.

7. Vier Pflichtslogans wurden graphisch gestaltet und können jeweils im Satz zum Preis von DM 1.20 gesondert bezogen werden. Format DIN A 2, weißes Papier.

   Es handelt sich um folgende Pflichtslogans:

   "Sicherheit für alle: Abrüstung" - schwarzer Druck
   "Mitteleuropa - atomwaffenfrei
   Brücke zwischen Ost und West"-schwarzer Druck
   "Ohne kleine Leute keine großen Kriege" - schwarzer und roter Druck
   "Statt Atomwaffen Brot für die Welt" - schwarzer und blauer Druck

Wenn zur Bekanntgabe von Veranstaltungen das Plakat mit Wecker-Motiv oder das Plakat mit großem rundem OM-Emblem verwendet wird, empfehlen wir bei Litfaßsäulen-Reklame das Plakat einige Tage so aufzuhängen (das macht die Leute neugierig) und dann erst den Überkleber anzubringen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
ZENTRALER AUSSCHUSS - 605 OFFENBACH (MAIN) 4 - POSTFACH 648

ED 718-23-32

A r b e i t s m a p p e 1 9 6 5

= = = = = = = = = = = = = = = = = = = =

Betr.: Filme, die geeignet sind für die Ergänzung und Ausgestaltung von Veranstaltungen der Kampagne

Die Filme behandeln nicht nur Themen, die sich unmittelbar auf militärische Vorgänge oder die Auseinandersetzung mit dem Krieg selbst beziehen. Bewußt wurden auch Filme in den Vorschlag einbezogen, die, gesellschaftskritisch, bestimmte Verhaltensweisen von Menschen unter Zuständen beschreiben, in denen Dummheit und Roheit regieren und der Mensch als ein seiner selbst entfremdetes Wesen lebt; denn in solcher Misere entstehen gleichfalls Haltungen, die die Vorbereitung und Ausführung von Kriegen ermöglichen. Sämtliche Filme bieten ausreichend Stoff für eine ergänzende und notwendige Diskussion.

Alle hier aufgeführten Filme sind 16 m/m Streifen, die auf transportablen Lichttonprojektoren vorgeführt werden können. Solche Geräte können bei Landesfilmdienststellen, in Schulen und öffentlichen Jugendpflegeeinrichtungen ausgeliehen werden. Die Leihgebühr der Filme beträgt in der Regel 35.-- bis 50.-- DM pro Tag. Eine formlose Bestellung bei dem angegebenen Verleih genügt. Bei der Bestellung ist, außer bei Bruno Schmidt, Berlin, der Zusatz notwendig: Schmalfilmabteilung.

Centfox-Film, 6 Frankfurt, Kirchenstr. 2, Telefon 2 06 86

"Das Tagebuch der Anne Frank"
Filmische Nachgestaltung der bekannten Tagebuchaufzeichnungen.

Schmalfilmvertrieb Bruno Schmidt, 1 Berlin 15, Kurfürstendamm 187 Telefon 91 19 37

"Die Caine war ihr Schicksal"
Eine psychologisch interessante Auseinandersetzung mit der militärischen Forderung nach bedingungslosem Gehorsam

"Bitterer Honig"
Sozialpsychologische Studie mit Milieu einer englischen Großstadt. Zwei junge Menschen versuchen einander zu helfen, um in der Trostlosigkeit ihrer Situation eine Insel der Zuflucht einzurichten; um Umstände zu meistern, die sie zwingen, gesellschaftliche Außenseiter zu sein.

"Kirmes"
Ein in den letzten Kriegstagen erschossener Deserteur läßt in einem Westerwälder Dorf die vergessene oder verdrängte Vergangenheit wieder lebendig werden. Die Frage nach der Schuld oder Mitschuld der Überlebenden wird gestellt. Direkten Bezug auf diesen Film nimmt die Rede Christian Geißlers, die er anläßlich der 1. September-Kundgebung in Frankfurt 1964 hielt. Exemplare dieser Rede können bei der Geschäftsstelle der Kampagne für Abrüstung in Offenbach, Buchrainweg 161 bezogen werden. (nur noch in kleinen Mengen.)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

(weiter Bruno Schmidt)

"Hunde wollt ihr ewig leben"
Bedingt verwendbarer bundesrepublikanischer Antikriegsfilm

"Jakobowski und der Oberst"
Ein polnischer Oberst und ein polnischer Jude (beide Emigranten) versuchen, den in Frankreich einfallenden deutschen Truppen zu entgehen. Eine parodistische, aber sehr pointierte Filmerzählung nach dem Roman von Franz Werfel.

"Unruhige Nacht"
Die letzte Nacht eines deutschen Deserteurs vor seiner Hinrichtung. Der Verfasser der dem Film zugrunde liegenden Novelle ist der Stuttgarter Pfarrer A. Goes.

"Wir sind alle Mörder"
Gezielter Film gegen die Todesstrafe

Studio Film-Verleih, 465 Gelsenkirchen, Augustastr. 18, Tel. 2 44 4

"Rotation"
Aufriß politischer Abläufe in Deutschland von den zwanziger Jahren bis 1945; aufgezeigt an den Erfahrungen und den Verhaltensweisen von drei Generationen einer Arbeiterfamilie.

"Lissy"
Analyse der gesellschaftlichen Verhaltensweisen eines Mannes, der sich dem Mittelstand zugehörig fühlt und der in der Zeit um 1930 als typischer Vertreter dieser Zwischenklasse durch seine ideologische Bindung Faschist wird.

"Affaire Blum"
Aufdeckung der Ursachen und Wirkungen des Antisemitismus in bestimmten Bereichen der deutschen Gesellschaftsstruktur.

Materna-Filmverleih, 7 Stuttgart, Bismarckplatz 5, Tel.: 6 98 24

"Wenn die Kraniche ziehen"
Sowjetischer Antikriegsfilm, der zugleich eine Wende in der sowjetischen Filmproduktion kennzeichnet. Die Beendigung der heroischen Heldenbeschreibung und Hinwendung zur Aufzeigung des Elends und Leiden kleiner Leute im großen Krieg.

Universal-International, 6 Frankfurt, Kaiserstr. 66, Tel.:33 69 44

"Im Westen nichts Neues"
Die bekannte Verfilmung des Antikriegsromans von Erich Maria Remarque.

Deutscher Filmdienst, 8 München, Forstenrieder Str. 73, Tel.:7 59 14

"Der Untertan"
Der tragikomische Bericht über den deutschen Kleinbürger mit Großdeutschen Ansprüchen in der "wilhelminischen Ära". Es wird darin verdeutlicht, wie die Niederlage der bürgerlichen Revolution in Deutschland zum Nationalismus und zur menschlichen Deformation führte.

"Wir Wunderkinder"

"Wieder aufgerollt: Der Nürnberger Prozess"

Zusammenstellung und Kurzkommentare: Heiner Halberstadt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Lesebuchgeschichten

Von Wolfgang Borchert

ED 718-23-33

Kegelbahn. Zwei Männer sprachen miteinander. Nanu, Studienrat, dunklen Anzug an. Trauerfall? Keineswegs, keineswegs. Feier gehabt. Jungens gehn an die Front. Kleine Rede gehalten. Sparta erinnert. Clausewitz zitiert. Paar Begriffe mitgegeben: Ehre, Vaterland. Hölderlin lesen lassen. Stalingrad gedacht. Ergreifende Feier. Ganz ergreifend. Jungens haben gesungen: Gott, der Eisen wachsen ließ. Augen leuchteten. Ergreifend. Ganz ergreifend. Mein Gott, Studienrat, hören Sie auf. Das ist ja gräßlich. Der Studienrat starrte den anderen entsetzt an. Er hatte beim Erzählen lauter kleine Kreuze auf das Papier gemacht. Lauter kleine Kreuze. Er stand auf und lachte. Nahm eine neue Kugel und ließ sie über die Bahn rollen. Es donnerte leise. Dann stürzten hinten die Kegel. Sie sahen aus wie kleine Männer.

Als die Friedenskonferenz zu Ende war, gingen die Minister durch die Stadt. Da kamen sie an einer Schießbude vorbei. Mal schießen, der Herr? riefen die Mädchen mit den roten Lippen. Da nahmen die Minister alle ein Gewehr und schossen auf kleine Männer aus Pappe. Mitten im Schießen kam eine alte Frau und nahm ihnen die Gewehre weg. Als einer der Minister es wiederhaben wollte, gab sie ihm eine Ohrfeige. Es war eine Mutter.

Es war einmal

Es waren einmal sechs Männer: ein Gewerkschaftsfunktionär, ein Kultusminister, ein Philosophieprofessor, ein Volkswirt und zwei Kommunisten. Sie beschlossen eine Friedenskonferenz abzuhalten. Aber dann überlegten sich's die Sechs noch einmal gründlich.

Der Kultusminister argwöhnte, die Kommunisten könnten die Konferenz für ihre Zwecke ausnutzen. Da waren es nur noch fünf.

Der Volkswirt hatte das Gefühl, die Kommunisten hätten die Überhand in der Konferenz. Da waren es nur noch vier.

Der Gewerkschaftsfunktionär stellte fest, daß die Hälfte der Konferenzteilnehmer Kommunisten seien. Da waren es nur noch drei.

Der Philosophieprofessor erkannte, daß die Mehrheit mit dem Kommunismus sympathisiere. Da waren es nur noch zwei.

Die beiden Kommunisten beschlossen, die Friedenskonferenz trotzdem abzuhalten. Und als der Minister, der Volkswirt, der Gewerkschaftler und der Philosoph in der Zeitung die Entschließungen lasen, die gefaßt worden waren, wurde ihr Argwohn aufs schlimmste bestätigt: Alle Teilnehmer der verdammten Konferenz waren Kommunisten.

Da wußten sie, daß sie es richtig gemacht hatten. Und wenn sie nicht gestorben sind ...

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

D718-23-34

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Protokoll zur Sitzung des Arbeitsausschusses am 23.2.65 in Offenbach.

2.3.65

Anwesend: Vack, Winkler, Feiler, Halberstadt, Amann, Arlt, Strass

Es fehlten: Farr und Andres

Tagesordnung:

1. Bericht über die wichtigsten Aktionen
2. Aktion an der Zonengrenze
3. Paulskirchen-Veranstaltung
4. weitere Veranstaltungen und Aktionen
5. Jahreshauptversammlung
6. Ostermarsch 1965
7. nächste Sitzung mit den örtl.Ausschüssen
8. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

Klaus Vack gibt einen Bericht über die zentrale Auftaktveranstaltung in Gelsenkirchen im Januar. Heiner Halberstadt berichtet über den Verlauf der Rom-Konferenz, bei der sich keine Höhepunkte ergaben. Es ergaben sich jedoch eine Reihe von Kontakten und Informationen zu und über andere Organisationen. Die deutsche Delegation konnte nachweisen, daß in Deutschland eine Kampagne mit qualifizierten politischen Vorstellungen arbeitet.

Fritz Strass berichtet, daß sich in Oberursel ein neuer, aktiver Ausschuß konstituiert hat.

In Hanau versuchte der örtl. Ausschuß mit unterschiedlichem Erfolg Schüler anzusprechen.

Der bisher weniger aktive örtl. Ausschuß Siegerland hat in Siegen eine große Petitionsaktion veranstaltet.

Obwohl in Darmstadt nicht allzuviel Mitarbeiter zur Verfügung standen, wurden auch hier an einem Samstag bei einem Informationsstand über 200 Unterschriften gesammelt.

Zu Punkt 2 der TO

Der örtliche Ausschuß Kassel veranstaltet am 13.3.65 eine Aktion gegen den geplanten Atomminengürtel entlang der Zonengrenze. Ein Marsch von Witzenhausen über Bad Sooden-Allendorf nach Eschwege wird vorbereitet. Von Ort zu Ort sollen die Teilnehmer mit PKW in Form eines Auto-Korso fahren. Durch die einzelnen Ortschaften soll demonstriert werden. Eine Anfangskundgebung ist in Witzenhausen vorgesehen, bei der Schlußveranstaltung in Eschwege wird Heiner Halberstadt sprechen.

-2-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-35

Auf Anregung des Arbeitsausschusses soll bei dieser Gelegenheit eine repräsentative Umfrage bei etwa 1000 Leuten veranstaltet werden. Herbert Faller und Norbert Winkler werden dazu jeweils einen Text-vorschlag unterbreiten.

Der örtl.Ausschuß Kassel soll gebeten werden, bei dieser Aktion nur 2 Kundgebungen zu veranstalten.

Zu Punkt 3 der TO

Von der Stadtverwaltung liegt für die Vermietung der Paulskirche noch keine endgültige Zusage vor. Professor Gollwitzer hat als Redner zugesagt. Professor Flechtheim, der ebenfalls zugesagt hat, soll gebeten werden, besonders auf die geplante Notstandsgesetzgebung einzugehen. Weiterhin hat Christian Geißler zugesagt. Er soll gebeten werden, sich mit der Militarisierung des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik zu befassen. Heiner Halberstadt wird bei seiner Rede auf aktuelle politische Vorgänge eingehen. Er wird die Hauptpunkte seines Referates bei der nächsten Arbeitsausschuß-Sitzung bekanntgeben. Dr. Buro soll bei der Veranstaltung besonders auf die Forderungen der Kampagne eingehen. Frenk Allaun hat zugesagt, entweder selbst zu kommen oder einen Labour-Abgeordneten zu vermitteln.

Die Redner wurden gebeten, nicht länger als 5 Minuten zu sprechen. Herbert Faller hat die Versammlungsleitung übernommen.

Am 11.3. - 11.oo Uhr - soll in Frankfurt eine Pressekonferenz stattfinden, bei der von der Kampagne Prof.Heycorn, Herbert Faller, Klaus Vack, Norbert Winkler, Heiner Halberstadt und Pfarrer Freudenberg anwesend sein sollen.

Unmittelbar vor der Paulskirchenveranstaltung soll eine weitere Pressekonferenz stattfinden. Den Pressevertretern soll eine Arbeitsmappe zur Verfügung gestellt werden.

Agitation - Der Arbeitsausschuß beschließt, ein besonders Zeitungsflugblatt "Extrablatt" für die Paulskirchenveranstaltung zu drucken. Verantwortlich für die Zusammenstellung des Materials ist Heiner Halberstadt. Die Angelegenheit wird bei der nächsten Sitzung des AA noch besprochen werden.

In der Zeit vom 12.-22.3.65 sollen in Frankfurt 300 DIN A 1 Plakate (mit großem OM-Abzeichen) geklebt werden. Dazu müssen Überkleber hergestellt werden.

Norbert Winkler wird sich darüber hinaus mit der Deutschen Städtereklame wegen Plakatierung vor Ostern in Verbindung setzen.

Der AA beschließt, in der FR eine Anzeige zur Paulskirchenveranstaltung aufzugeben.

Der ZA hat mehrere 100 bildende Künstler angeschrieben, mit der Bitte um Spende eines Kunstwerkes. Die Erlöse der Auktionen in München und Frankfurt gehen an den ZA. 20 % der Einnahmen erhalten die jeweiligen RA. Die Auktion in Ffm. soll vor der Paulskirchenveranstaltung stattfinden. Norbert Winkler wird sich um einen geeigneten Raum bemühen. Halberstadt, Winkler und Vack werden sich mit einigen Künstlern aus dem Raum Ffm. - Offenbach, die Erfahrungen mit derartigen Auktionen haben, zu einem vorbereitenden Gespräch treffen. Vom ZA wird ein besonderes DINA 1 Plakat für die Auktion hergestellt.

-3-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-36

Zu Punkt 4 der TO

Unter diesem Punkt wird lediglich das Diskussionstreffen am 6.3. besprochen. Arlt schlägt das Thema "Wen kann ein Ostermarschierer heute noch wählen?" vor. Als Diskussionsredner sollen teilnehmen Faller, Halberstadt, Mochalski, Becker. Nach eingehender Diskussion kommt der AA zu der Auffassung, daß diese Thematik nicht bei einem Ostermarsch-Diskussionstreffen besprochen werden soll.

Vetk und Strass sollen sich überlegen, ob das Diskussionstreffen mit einem anderen Thema stattfinden kann.

Der fortgeschrittenen Zeit wegen, ist der Arbeitsausschuß nicht mehr in der Lage, die nächsten Punkte ausführlich zu behandeln. Es wird daher beschlossen, zur nächsten Sitzung des AA am 4.3. einzuladen. Zu dieser Sitzung können Herbert Faller und Fritz Strass nicht kommen.

Die nächste Sitzung des HA mit demAA soll am 9.3. stattfinden.

605 Offenbach, den 26.2.65

Für die Protokollführung :
Fritz Strass

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach, 22. Febr. 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648
Telefon 88 60 51

24.2.65

An die Örtlichen Ausschüsse und die Mitglieder
des Hessischen Ausschusses

ED718-23-37

Liebe Freunde,

noch knapp zwei Monate sind es bis zum Ostermarsch und es ist notwendig, daß wir Sie über die nächsten Planungen des Hessischen Ausschusses informieren, die recht bald in einer Sitzung besprochen werden müssen. Bitte machen Sie sich die Mühe, dieses Rundschreiben durchzulesen.

1. Nächste gemeinsame Sitzung

Am 23. Febr. sollte die nächste gemeinsame Sitzung sein. Leider läßt sich diese Sitzung aus verschiedenen Gründen nicht durchführen. Bitte notieren Sie sich heute schon Dienstag, 9. März 1965 für eine Sitzung von HA und Örtlichen Ausschüssen.

2. Diskussionstreffen

Am Samstag, 6. März, 15.30 - 18 Uhr werden wir im kleinen Saal des Volksbildungsheimes in Frankfurt ein Diskussionstreffen veranstalten. Die Diskussionsthemen und die Namen der Einführungsreferenten werden mit den Einladungsflugblättern in den nächsten Tagen bekannt gegeben.

3. Atomminen

Am 13. März (Samstag) wird der Örtliche Ausschuß Kassel im Zonengrenzgebiet eine Aktion gegen den Atomminenplan machen. An dieser Aktion sollen sich aus Südhessen ca. 50 Personen beteiligen. Auch über diese Aktion und ihre organisatorischen Fragen werden wir demnächst in einem ausführlichen Rundschreiben an alle hessischen Anhänger der Kampagne informieren.

4. Auftaktveranstaltung

Wie alle Jahre findet am 20. März (Samstag) in der Frankfurter Paulskirche eine Großkundgebung als Auftakt für den Ostermarsch statt. Die Kundgebung in der Paulskirche wird verbunden sein mit einer Ausstellung und einer anschließenden "Auktion für Abrüstung". Bildende Künstler haben der Kampagne aus ihren Werken gespendet, die zugunsten der Kampagne bei der "Auktion für Abrüstung" versteigert werden sollen. Es werden Einnahmen von mehreren tausend Mark erwartet, die bei der Finanzierung unserer Arbeit verwendet werden sollen.

Bei der Kundgebung in der Paulskirche werden sprechen: Prof.D. Helmut Gollwitzer, Prof. Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Rudolf Rolfs, Dr. Andreas Buro, evtl. Frank Allaun und ein prominenter Mitarbeiter der dänischen Kampagne.

5. Zeitungsflugblätter "extrablatt"

Beigefügt finden Sie das erste Zeitungsflugblatt "extrablatt", das wir den Örtlichen Ausschüssen zum Preis von DM 15.-- je 1000 Stück zur Verfügung stellen. Das Zeitungsflugblatt sollte

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

bis spätestens 15. März 1965 verteilt werden. Für die Paulskirchen-Veranstaltung werden wir entweder ein eigenes hessisches Zeitungsflugblatt "extrablatt" herstellen oder nur ein geeignetes Flugblatt. Dieses Flugblatt für die Paulskirchen-Veranstaltung wird ab spätestens 10. März zur Verfügung stehen und muß dann in der Zeit bis zum 20. März verteilt werden.

Örtliche Ausschüsse, die von dem "extrablatt" I/65 noch nicht bestellt haben, werden gebeten, Ihre Bestellung sofort an die Geschäftsstelle des HA zu geben.

6. Anmeldung zum Ostermarsch 1965

In niedriger Auflage werden wir ein besonderes Flugblatt mit dem Aufruf zum Ostermarsch 1965 und mit organisatorischen Hinweisen zum hessischen Ostermarsch sowie mit Anmeldezettel drucken lassen. Dieses Flugblatt erhalten alle unsere Anhänger, damit sie die Möglichkeit haben, sich rechtzeitig zum Ostermarsch anzumelden. Außerdem wird in der nächsten vierseitigen Ausgabe des Zeitungsflugblattes "extrablatt" ausführlich Information über unseren Marsch gegeben und ein Anmeldezettel abgedruckt. Dieses "extrablatt" soll in Hessen wieder mit ca. 100 000 Exemplaren verteilt werden.

7. Örtliche Unterzeichner zum OM-Aufruf 1965

Sie finden beigefügt das gedruckte Schreiben mit dem örtlich Unterschriften unter den OM-Aufruf 1965 gesammelt werden sollen. Vom ZA ist geplant, lediglich etwa 100 prominente Mitbürger der Bundesrepublik als Unterzeichner zu gewinnen und darüber hinaus bestimmte Berufsgruppen, z.B. Pfarrer, Professoren, Gewerkschaftssekretäre usw. Die Örtlichen Ausschüsse sollen im örtlichen Maßstab das gleiche machen, also prominente Bürger der Stadt oder des Ortes als Unterzeichner gewinnen. Es ist nicht an eine zweite Massenunterschriftensammlung gedacht, die neben der Petition läuft, sondern Unterschriftensammlung für den OM-Aufruf soll beschränkt bleiben auf den Kreis der für den jeweiligen Bereich Prominenten und auf die zentrale Unterschriftenaktion bei Berufsgruppen.

Das beigefügte Schreiben zum Sammeln von Unterschriften ist so abgefasst, daß oben mit Schreibmaschine die Adresse des Empfängers eingesetzt werden kann und rechts unten vom Vertreter des Örtlichen Ausschusses persönlich unterschrieben werden kann. Auf dem Abschnitt auf der dritten Seite ist Platz gelassen zum Eindruck des jeweiligen Stempels, da ja die Unterschriften nicht zentral, sondern örtlich gesammelt und ausgewertet werden sollen. Sofern örtliche Unterzeichner gewonnen werden, die so prominent sind, daß man ihre Unterschrift auch in einem hessischen oder zentralen Flugblatt bzw. Pressedienst publizieren kann, bitten wir, dies der Geschäftsstelle mitzuteilen.

8. Slogans und Plakate

Jeder Örtliche Ausschuß sollte für örtliche Aktionen einige Slogans und Plakate zur Verfügung haben. In diesem Jahr wurden 16 Pflichtslogans gedruckt, im DIN A 2 - Format stehen sie den Örtlichen Ausschüssen zum Preis von DM 4.-- je Satz zur Verfügung. Die Trageschilder für den Marsch werden wieder zentral vom HA hergestellt, die Örtlichen Ausschüsse sollten deshalb nur ihren Bedarf für örtliche Aktionen bestellen.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Archiv

ED7/18-23-38

Der Zentrale Ausschuß wird in diesem Jahr mehrere Plakate im DIN A 1 und DIN A 2 - Format zur Verfügung stellen. In den nächsten Tagen erhalten alle Örtlichen Ausschüsse eine Arbeitsmappe, in der das Material des ZA bekannt gegeben wird. Dort werden auch die Plakate näher erläutert. Heute möchten wir nur auf das beigefügte Plakat hinweisen, das zum Stückpreis von DM 0,30 bei der Geschäftsstelle bezogen werden kann.

9. Örtliche Veranstaltungen

Wie in den vergangenen Jahren steht wieder ein Lichtbildervortrag und zwar vom Ostermarsch 1964 zur Verfügung. Dieser Vortrag sollte von jedem Örtlichen Ausschuß eingesetzt werden. Zu jeder Vorführung des Lichtbildervortrages wird gleichzeitig ein Redner zur Verfügung stehen. Zu den Veranstaltungen mit dem Lichtbildervortrag sollten alle Örtlichen Ausschüsse bemüht sein, nicht nur die "traditionellen Ostermarschierer", sondern bisher Außenstehende als Teilnehmer zu gewinnen.

Mit besten Grüßen,

Ihr Klaus Vack (Klaus Vack) Fritz Straß (Fritz Straß)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-39

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner

Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Buchrainweg 161, Postfach 648

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Telefon (0611) 89 60 51/52

Postscheck Hannover 239848
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto Braunschweig

Febr./März 1965

Sehr geehrte Damen und Herren!

Auch in diesem Jahr demonstriert in der Bundesrepublik die Kampagne für Abrüstung zu Ostern gegen atomare Waffen und für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung. Den Aufruf zum Ostermarsch 1965, der die politische Zielsetzung dieser Demonstration im einzelnen beschreibt, finden Sie auf der nächsten Seite. Dem Aufruf haben sich bisher unter vielen anderen durch ihre Unterschrift angeschlossen: Wolfgang Abendroth, Inge Aicher-Scholl, Fritz Baade, Margarita von Brentano, Walter Dirks, Günter Eich, Herbert Faller, Helmut Gollwitzer, Max von der Grün, Heinz-Joachim Heydorn, Wolfgang Hildesheimer, Rolf Hochhuth, Robert Jungk, Heinz Kloppenburg, Willy Kressmann, Heinz Krüger, Susanne Leonhard, Frans Masereel, Richard Münch, Wolfgang Neuss, D. Martin Niemöller, Hans A. Nikel, Ursula Noack, Hinrich Oetjen, Fritz Raddatz, Harold Rasch, Stefan Reisner, Renate Riemeck, Rudolf Rolfs, H. M. Ledig-Rowohlt, Paul Schallück, Gerhard Schoenberner, Robert Scholl, Alexander Spoerl, Hans Konrad Tempel, Heinrich Vogel, Martin Walser.

Wir möchten nun auch in unserem Bereich für den Gedanken des Ostermarsches 1965 werben; zu diesem Zweck wollen wir hier den Aufruf zum Ostermarsch mit den Unterschriften von Bürgern herausgeben, die in unserem Gebiet bekannt sind und die sich mit ihrem Namen für die Sache der Abrüstung einsetzen. Unsere Bitte an Sie geht dahin, den Aufruf zu prüfen und uns, sobald es Ihnen möglich ist, unter Verwendung des anhängenden Abschnittes mitzuteilen, ob auch Sie bereit sind, den Text zu unterzeichnen. Informationen über die Kampagne für Abrüstung fügen wir Ihnen bei.

Mit freundlichen Grüßen,
Kampagne für Abrüstung
für den Zentralen Ausschuß
gez.: Dr. Andreas Buro, Sprecher
gez.: Dr. Arno Klönne, Pressereferent
gez.: Klaus Vack, Geschäftsführer

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
für den Orts-, Landes-
oder Regional-Ausschuß

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maier, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Johannes Ude, Heinrich Vogel, D. E. Woll.

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Dr. Andreas Buro, 806 Dachau, Schwarzhölzlstraße 20, Telefon (08131) 5686

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Aufruf zum Ostermarsch 1965

Die Vereinten Nationen haben die Völker der Welt aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. 1965 sind zwanzig Jahre seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre seit der Gründung der UN vergangen. Am Ende des zweiten Weltkrieges stand die Zahl von 60 Millionen Toten – am Beginn der UN stand die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.

Seit 1945 ist in allen Nationen viel geleistet worden. Aber noch leben die Menschen in Furcht vor einem dritten Weltkrieg, der ganze Völker auslöschen würde. Neue Staaten streben nach Kernwaffenbesitz und erhöhen so die Unsicherheit. Fast alle Politiker in Ost und West beteuern ihre Bereitschaft zur Abrüstung, bewilligen aber trotzdem ungeheure Summen für weiteres Wettrüsten. Gleichzeitig herrscht in weiten Teilen der Welt Hunger und soziale und kulturelle Aufgaben werden vernachlässigt.

Die Forderungen der Vereinten Nationen nach Vereinbarungen über Friedenssicherung stimmen überein mit der Einsicht der Völker: Nur auf dem Weg der Entspannung und Abrüstung kann die Kriegsgefahr ausgeschaltet, Sicherheit und menschenwürdige Existenz für alle Bürger der Erde erreicht werden. Es gibt heute erste Erfolge bei dem Versuch, Kriegsrisiko abzubauen, Verständigung herzustellen und eine stabile Friedensordnung zu schaffen. In der Kubakrise siegte Vernunft über Prestigedenken und Politik der Stärke. Durch das Moskauer Teststoppabkommen wurde der radikalen Verseuchung der Atmosphäre Einhalt geboten. Der „heiße Draht" zwischen Moskau und Washington, die Einschränkung der Uranproduktion in den USA und der UdSSR und die Vereinbarung, den Weltraum von Kernwaffen freizuhalten, sind Schritte, die hoffen lassen.

Der Druck der Öffentlichkeit kann die Politiker ermutigen oder zwingen, diese Strategie des Friedens fortzusetzen. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf und fordern:

- **Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde**
- **Verbot der Weitergabe von Atomwaffen**
- **Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen**
- **erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung**

Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regierung und das Parlament unseres Landes. Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise, der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen. In Ost und West wächst neues Mißtrauen gegenüber unserem Land, wächst die Furcht vor einer von Atomwaffen gestützten deutschen Machtpolitik. Der atomare Rüstungsehrgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes, versperrt jeden Weg zur Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland. Die Rüstungspolitik führt zur Militarisierung des öffentlichen Lebens, zu der Tendenz, Bürgerrechte durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen – wie die Notstandsgesetze – einzuschränken. Der Plan eines Gürtels von Atomminen quer durch Deutschland hat den selbstmörderischen Charakter jeder Atomrüstung in Deutschland offenbar gemacht.

Ziel einer deutschen Politik muß es sein, die Demokratie und den Frieden zu sichern. Deshalb fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Wir stimmen mit diesen Forderungen überein. Nur eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen entspricht den wahren Interessen unseres Landes. Nur eine Politik der Entspannung gibt uns die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes für kulturelle und soziale Ziele einzusetzen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-40

Deshalb schlagen wir vor:

- **Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art der Beteiligung an atomaren Waffensystemen**
- **Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen — keine Atomwaffen auf deutschem Boden! —**
- **Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung — Mitteleuropa atomwaffenfrei! —**

Wir bitten alle Mitbürger:

- **Unterstützen Sie öffentlich unsere Vorschläge.**
- **Arbeiten Sie in der Kampagne mit, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist und keine einseitige Stellungnahme im Kalten Krieg kennt.**
- **Übernehmen Sie Verantwortung in den Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung.**
- **Helfen Sie mit, den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne werden zu lassen.**

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes: dem Frieden der Welt zu dienen. Wir können weitere Schritte zur Entspannung, zur Abrüstung und zu einer internationalen Friedensordnung erreichen, wenn alle, die der Sache der Abrüstung zustimmen, die Kampagne für Abrüstung zu ihrer Sache machen.

..... Hier unterzeichnen und bitte recht bald einsenden .....

An die

Kampagne für Abrüstung

— Ostermarsch der Atomwaffengegner —

c/o

Ich unterstütze den Aufruf zum Ostermarsch 1965:

Name: .....

Adresse: .....

Stand, Beruf ..... Datum: .....

.....

(Unterschrift)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-41

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4
Postfach 648
Buchrainweg 161

Termin: sofort

Der Örtliche Ausschuß ..... bestellt:

..... Stück "extrablatt I/65, 1000 Stück DM 15.--

..... Stück Aufruf zum OM 65 zum Unterzeichnen
100 Stück DM 2.--

..... Stück Flugblatt für die Paulskirchen-Veranstaltung
1000 Stück DM 20.--

..... Satz (je 16 Stück) Pflichtslogans, Satz DM 4.--

..... Plakate "Männchen aus Slogans", Stück DM 0,30

Das Material ist zu liefern an: .....

.....

- -

Termin: sofort

1) Der Örtliche Ausschuß ..... möchte den Lichtbildervortrag "Ostermarsch 1964" ..... vorführen.
2) Außerdem soll ein Redner mitkommen. Ja / nein
Wünsche für eine bestimmte Person: .....
3) Die Veranstaltung findet statt im: .....
4) Es werden ..... Besucher erwartet
5) Auswahltermine: .....- .....
6) Adresse, mit der in dieser Angelegenheit Kontakt gehalten werden soll:

.....
Name Anschrift Telefon

....., den ....
Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

4.2.65

ED718-23-42

A T O M M I N E N ?

Trotz aller Beteuerungen der Politiker (v.Hassel am 16. Dezember 64, Mende am 15. Januar 1965) erhärtet sich der Verdacht, daß die Pläne für einen Minengürtel entlang der Demarkationslinie zwischen der Bundesrepublik und der DDR von der Bundesregierung verwirklicht werden; gegen den heftigen Protest der Bevölkerung, besonders in den hessischen Zonenrandgebieten.

Das Hessische Fernsehen meldet:

hr 15. Januar 65:
"Die Gerüchte um eine geplante Lagerung von Atomminen entlang der Zonengrenze erhielten heute durch eine Meldung aus Osthessen neue Nahrung. Danach sollen zur Zeit im Raum Hünfeld/Fulda gruben zur Lagerung der Minen ausgehoben werden. In einem Telefongespräch mit der Hessenschau erklärte dazu heute nachmittag der stellvertretende Pressereferent im Bundesverteidigungsministerium , Oberstleutnant Siegel, e s w ü r d e n z w a r i n d e m b e t r e f f e n= d e n G e b i e t G r u b e n a u s g e h o b e n; diese seien jedoch nicht für Atomminen, sondern für herkömmlichex Sprengstoffe bestimmt, aber auch diese würden dort zur Zeit nicht gelagert."

Daß die friedens- und wiedervereinigungsfeindlichen Pläne des Bundesverteidigungsministeriums bereits verwirklicht werden, wird damit zugegeben.

Deshalb haben verantwortungsvolle Journalisten in letzter Zeit angebliche militärische Geheimnisse der Öffentlichkeit preisgegeben. Anstatt ihnen eine "Tapferkeitsmedaille" für Verdienste um Menschenleben und Demokratie zu verleihen, versucht man, sie als Landesverräter abzustempeln.

Hiermit rufen wir alle mitbürger auf, von ihrem Recht auf Widerstand Gebrauch zu machen. Artikel 147 der Hessischen Verfassung:

"Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist jedermanns Recht und Pflicht."

Rufen Sie Ihren Abgeordneten an. Informieren Sie sich, was er zu tun gedenkt.

Telefon: CDU 28996 SPD 291096 FDP 492178

Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch, Poststelle Studentenhaus, Mertonstr. 28

Verantwortlich: S. Schirmbeck, K. Katarski, B. Moritz.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-43

Übersetzung von MAURER vom 10. 2. 65

FRANK ALLAUN London an Klaus VACK

~~vom 28.~~ vom 28. 1. 65

Lieber Klaus,

danke für Deinen Brief vom 7. 1., den ich jetzt übersetzt bekommen habe. Ich sehe, daß Du den mit uns sympathisierenden Mitgliedern unseres Parlamentes, die ich Dir genannt habe, ~~korrespondiert~~ geschrieben hast. (Ich hoffe, daß Du ihnen in Englisch geschrieben hast, da sie nicht alle Übersetzer bekommen können.)

Ich kann nicht allen von ihnen schreiben, da ich sehr mit Arbeit überlastet bin. Ich habe jedoch vier, von denen ich glaube, daß sie unter denen sind, die am ehesten antworten, angeschrieben und sie gebeten, Dir zu schreiben, wenn sie gehen können.

Mit besten Grüßen

F R A N K

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-44

Übersetzung von MAURER vom 10. 2. 65

THE DAVIS BADGE Comp. Ltd Birmingham England
an Klaus VACK/KAPAGNE vom 29. 1. 65

Sehr geehrter Herr,

wir danken für Ihren Auftrag vom 26. Januar über 5000 CND-Plaketten. Lieferzeit der Plaketten 5 - 6 Wochen, Preis 77 Schilling ((etwa DM 46,20 wenn 1 £ = DM 12,-)) pro 1000 Stück.

Wir wären dankbar, wenn Sie ~~Ihre Instruktionen übermitteln würden~~ Ihren Auftrag aufrechterhalten würden.

Ihr ergebener

-Unterschrift-

M. P. BRIGNAL
...

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner

ED 718-23-45

Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Lohrweg 15, Postfach 648

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Telefon 883764 und 883913

Postscheck Hannover 239846
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto Braunschweig

Herrn
Horst Maurer
Ffm.

3.2.65 va /ur.

4.2.65
10.2.

Lieber Horst!

Beigefügt zwei kleine Briefe, die ich recht gerne unverzüglich übersetzt zurück hätte.

Vielen Dank, Dein

(Klaus Vack)

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maier, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, D. E. Wolf.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4, 28. Jan. 1965
Buchrainweg 161 Postfach 648
Telefon 88 60 51/ 52

30.1.65

An die Örtlichen Ausschüsse und die
Mitglieder des Hessischen Ausschusses

ED 718-23-46

Liebe Freunde,

am kommenden Sonntag, 31. Januar 1965 findet in Gelsenkirchen die Auftaktveranstaltung der Kampagne für den Ostermarsch 1965 statt. Nach diesem Zeitpunkt gilt es nun, wie in den vergangenen Jahren, mit viel Einsatz den Ostermarsch vorzubereiten und unsere politischen Vorstellungen noch stärker als das ganze Jahr über der Bevölkerung bekanntzumachen.

Die örtlichen Aktivitäten sollten sich in den nächsten Wochen auf vier Dinge konzentrieren:

1) Weitere verstärkte Unterschriftensammlung für die Petition
2) Gezielte Sammlung von Unterschriften örtlich prominenter Bürger unter den Aufruf 1965
3) Verteilung unseres ersten Zeitungsflugblattes
4) Örtliche Veranstaltungen und Lichtbildervorträge

Am Ende unserer Bemühungen sollte die hessische Auftaktveranstaltung am 20. März 1965 in der Paulskirche stehen, mit der eine Kunstausstellung und eine "Auktion für Abrüstung" verbunden ist, die unter anderem dazu beitragen soll, unsere schmale Kasse zu füllen.

1) Das jetzige Zwischenergebnis der Petition zeigt, daß wir rund 100 000 Unterschriften haben. Die hier vorliegenden Petitionslisten und die der anderen Regionalausschüsse werden in den nächsten 14 Tagen an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages geschickt. Wir sammeln dann Unterschriften weiter und schliessen die Petition Ostern 1965 ab. Heute schon sollte vorbereitet werden, daß die Unterschriftensammlung für die Petition mit Informationsständen über die Kampagne verbunden wird und daß diese Stände überall in der Zeit vor der Paulskirchenveranstaltung errichtet werden sollten.

Dabei dürfen wir nicht vergessen die Unterschriftensammlung von Haustür zu Haustür, die dort, wo sie richtig angepackt wurde, fast immer Erfolg zeigte. Es ist empfehlenswert, bei den Petitionslisten den Punkt 3 "Abrüstungsbehörde" mit dem Stempel zu versehen: bereits erledigt.

2) Der Aufruf zum Ostermarsch 1965 wird bei der Auftaktveranstaltung in Gelsenkirchen bekanntgegeben und auch die ersten Unterzeichner. Vom Zentralen Ausschuß ist geplant, lediglich etwa 100 prominente Bürger der Bundesrepublik als Unterzeichner zu gewinnen und darüber hinaus bestimmte Berufsgruppen, z.B. Pfarrer, Professoren, Gewerkschaftssekretäre etc. anzusprechen.

Darüber hinaus sollen die Örtlichen Ausschüsse im örtlichen Maßstab das gleiche machen, also prominente Bürger der Stadt oder des Ortes als Unterzeichner gewinnen. Es ist also nicht an eine zweite Massenunterschriftensammlung gedacht, die neben der Petition läuft, sondern die Unterschriftensammlung für den Ostermarschaufruf soll beschränkt bleiben auf den Kreis der für den jeweiligen Bereich Prominenten und auf die zentrale Unterschriftenaktion bei Berufsgruppen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Wir bitten die Örtlichen Ausschüsse, als nächstes bei uns ihren Bedarf an vorgedruckten Briefen mit Aufruf und Unterschriftenabriß bekanntzugeben.

ED718-23-47

3) Zentral werden in diesem Jahr zwei Zeitungsflugblätter hergestellt mit dem Titel "Extrablatt". Das erste Zeitungsflugblatt steht zwar bereits am 20.2. zur Verfügung, sollte wegen der Faschingszeit in Hessen jedoch erst vom 4. - 15.3.1965 zur Verteilung kommen. Das Zeitungsflugblatt hat die Originalgröße der Frankfurter Rundschau, vorder- und rückseitig bedruckt. Es kostet uns das Tausend DM 22.--. Wir geben es den Örtlichen Ausschüssen zu DM 15,-- das Tausend ab, allerdings in einer begrenzten Zahl, über die eine Aufstellung beigefügt ist. Mehrbedarf muß dann mit DM 22.-- je 1000 Stück bezahlt werden. Wir bitten, für diese Bestellung wie auch für die Bestellung des Aufrufes als letzten Termin den 3. Februar 1965 einzuhalten.

4) Wie in den vergangenen Jahren steht wieder ein Lichtbildervortrag und zwar vom Ostermarsch 1964 zur Verfügung. Dieser Vortrag sollte von jedem Örtlichen Ausschuß eingesetzt werden.

Zu jeder Vorführung des Lichtbildervortrages wird gleichzeitig ein Redner zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist es bei rechtzeitiger Planung möglich, für andere Veranstaltungen, je nach Größe der Veranstaltung, auch prominente Redner zu vermitteln.

Für die Vorführung des Lichtbildervortrages sollten alle Örtlichen Ausschüsse bemüht sein, nicht nur die "traditionellen Ostermarschierer", sondern auch bisher Außenstehende als Teilnehmer zu der Veranstaltung zu gewinnen.

Wir planen zur Zeit ein einfaches Flugblatt, in dem jeweils ein Hinweis auf die geplanten Veranstaltungen eingedruckt werden kann. Wir werden dieses Flugblatt nach Fertigstellung in Musterstücken an alle Örtlichen Ausschüsse schicken.

Für die nächste Zusammenkunft mit den Örtlichen Ausschüssen bitten wir den 23. Februar 1965 zu reservieren.

Mit besten Grüßen,

Ihr Klaus Vack
(Klaus Vack)

- -

Termin: 3. Februar 1965

1) Der Örtliche Ausschuß .....möchte den Lichtbildervortrag "Ostermarsch 1964" am ..... vorführen.

2) Außerdem soll ein Redner mitkommen. Ja / nein

") Wünsche für eine bestimmte Person: .....

3) Die Veranstaltung findet statt im: .....

4) Es werden .... Besucher erwartet

5) Auswahltermine: ....

6) Adresse, mit der in dieser Angelegenheit Kontakt gehalten werden soll:

.....
Name Anschrift Telefon

....., den ....
Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Aufstellung über die Stückzahl des Zeitungsflugblättes "Extrablatt", das der Hessische Ausschuß den Örtlichen Ausschüssen zum Preis von DM 15.-- je 1.000 Stück anbietet:

Örtlicher Ausschuß	Anzahl	Kosten
Bad Hersfeld	2.000	30.--
Bad Vilbel	1.000	15.--
Borken	2.000	30.--
Darmstadt	6.000	90.--
Kreis Dieburg	4.000	60.--
Frankfurt	20.000	300.--
Friedberg	1.000	15.--
Gelnhausen/Büdingen	2.000	30.--
Gießen	3.000	45.--
Ginsheim	1.000	15.--
Groß Gerau	3.000	45.--
Hanau	4.000	60.--
Herborn	1.000	15.--
Hofheim	2.000	30.--
Kassel	6.000	90.--
Koblenz	3.000	45.--
Langen/ Egelsbach	2.000	30.--
Mainz	6.000	90.--
Marburg	4.000	60.--
Mörfelden	3.000	45.--
Neu Isenburg	3.000	45.--
Oberursel	2.000	30.--
Offenbach	4.000	60.--
Pfungstadt	2.000	30.--
Rüsselsheim	4.000	60.--
Siegerland	2.000	30.--
Sprendlingen	3.000	45.--
Stockstadt	1.000	15.--
Walldorf	1.000	15.--
Wiesbaden	4.000	60.--

ED 718-23-48

Termin: 3. Februar 1965

Der Örtliche Ausschuß ..... bestellt ..... Exemplare des Zeitungsflugblattes "Extrablatt" zum Preis von DM 15.-- je 1.000 Stück und ..... weitere Exemplare zum Preis von DM 22.-- je 1.000 Stück.

Weiterhin werden bestellt ..... Stück Aufruf zum Unterzeichnen für DM 0.02 das Stück.

Das Material ist zu liefern an: .. ..

.....

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Übersetzung von MAURER vom 27. 1. 65

ED 718-23-49

KAMPAGNEN MOD ATOMVABEN Kopenhagen Dänemark
an Klaus VACK Offenbach vom 23. 1. 65

Lieber Klaus Vack,

bitte entschuldige, daß ich ~~m~~ Ihnen in englisch schreibe. Ich verstehe Deutsch sehr gut, aber zum Schreiben ist mir die Sprache zu schwierig, ich nehme an, daß Sie Englisch verstehen.

Sie haben mit Claus IVERSEN ~~diskutiert~~ besprochen, soweit ich das übersehe, daß etwa 30 gutbekannten Dänen Ihr Material übersandt wird. Soweit ich weiß, haben Sie dem zugestimmt, und ich hoffe, daß Sie auch jetzt noch dafür sind, da ich das für eine sehr gute Sache halte.

Ich weiß nicht genau, was zu schicken wäre, aber bitte: soviel wie möglich. - Das Problem für uns ist, diesen Leuten einen Eindruck von Ihrer Bewegung zu geben, und den werden sie bekommen durch eine ständige Information über alles, was Sie tun, Handzettel, Ihr gutes kleines Magazin, Broschüren und vielleicht halb interne Informationen ((Rundschreiben offenbar)).

Wir hätten es gern, wenn Sie es übersenden, von Deutschland, und sind natürlich bereit, Ihre Arbeit zu bezahlen. Wir können jetzt anfangen, aber senden Sie bitte die ersten 35 Exemplare von dem, was ~~für~~ Sie für interessant halten, an uns. Es ist besser, daß die erste Sendung mit einer Erklärung von uns kommt, dann können Sie übernehmen.

Bitte finden Sie daher anbei eine Liste von 30 Personen und fünf anderen, nämlich dem Vorstand des dänischen CND und mir selbst.

Ich sehe Ihrer Stellungnahme entgegen.

Beste Wünsche,

S T E F F E N L A R S E N

~~S T E F F~~
STEFFEN LARSEN

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

DD718-23-50

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß

605 Offenbach 4, Buchrainweg 161, Postfach 648

25.1.1965

26. 1. 65

Kurzmitteilung an: Horst Maurer

Betr.: beigefügter Brief vom 23.1.65 der dänischen Kampagne

Lieber Horst,

ich gebe Dir beigefügt einen Brief der dänischen Kampagne für Abrüstung an den ZA. Ich bin Dir sehr dankbar, wenn Du mir hiervon eine Übersetzung zukommen läßt.

Herzliche Grüße,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Übersetzung von MAURER vom 27. 1. 65

ED 718-23-51

INTERNATIONAL CONFEDERATION ... London
(an KAMPAGNE Offenbach)

vom 21. 1. 65

BOTSCHAFT FÜR DAS TREFFEN AM 31. JANUAR 1965

Liebe Freunde,

Ihr Treffen am 31. Januar ist von entscheidender Bedeutung für uns alle.

Mahr als jemals zuvor ist die Haltung Deutschlands im Zusammenhang mit der europäischen Sicherheit von größter Bedeutung.

Ihr Treffen zeigt klar den wachsenden Einfluß innerhalb Ihres Landes für eine Politik des Friedens und der Verständigung.

Für Ihr Treffen und Ihre zukünftige Arbeit wünschen wir Ihnen Erfolg.

K E N N E T H L E E

KENNETH LEE

Präsident der ICDP

~~ICDP~~

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-52

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß

605 Offenbach 4, Buchrainweg 161, Postfach 648

26.1.1965

271.

Kurzmitteilung an: Horst Maurer

Betr.: Übersetzung

Lieber Horst,
der beigefügte Brief ist kurz, die Übersetzung benötige ich bis spätestens Freitagfrüh. Vielen Dank und herzliche Grüße,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-53

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Frankfurter Ausschuss

Hermann Sittner
Frankfurt a/M
Fliederweg 17

22.1.65

Liebe Freunde,

vom Hessischen Ausschuss wurden Sie schon benachrichtigt: die große Auftaktveranstaltung des Ostermarsch 1965 findet am Sonntag, den 31. Januar 1965, in Gelsenkirchen statt. Bei der Veranstaltung, die in den vergangenen Jahren in Frankfurt in der Paulskirche stattfand, sprechen eine Reihe prominenter Persönlichkeiten, an erster Stelle zu nennen der europäische Präsident des Weltkirchenrates, D. Martin Niemöller.

Wir bitten Sie sehr herzlich, sich so schnell wie möglich zur Teilnahme an dieser bedeutenden Veranstaltung beim Hessischen Ausschuß, Offenbach, Waldstr.99, anzumelden. Die Hinfahrt erfolgt mit Bussen am Sonntagvormittag, der Fahrpreis beträgt etwa DM 15.

Bitte beachten Sie auch die beiliegende Einladung zu einer Diskussion über die Notstandsgesetze, die vom Pahl-Rugenstein-Verlag veranstaltet wird. Es wäre gut, wenn dort auch die Verbindung der Notstandsgesetze mit der Rüstungspolitik dargestellt würde.

In der Hoffnung, dass Sie sich für den einen oder anderen Termin entscheiden können, bleiben wir mit freundlichen Grüßen

i.A. Hermann Sittner

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-54

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß -

Vorschlag für eine detaillierte Tagesordnung zur ZA-Sitzung am 16./17. Januar 1965 17.1.65 Wi./z.hd.!

---

1. Bericht über die Paris-Aktion
2. Rom-Konferenz von ICDP
3. Stellungnahme zur Notstandsgesetzgebung
4. Auftaktveranstaltung am 31.1.1965
   - 4.1. Redner
   - 4.2. Weitere Ausgestaltung der Veranstaltung
   - 4.3. Propagierung (auch im gesamten Bundesgebiet)
   - 4.4. Beteiligung der Regionalausschüsse
5. Stand der Petitionskampagne
   - 5.1. Konkretes Zahlenergebnis
   - 5.2. Weitere Propagierung der Petition
   - 5.3. Petition an den Hochschulen
6. Stand der Vorbereitungen zum OM 65
   - 6.1. Aufruf zum OM 65 (auch regionale Unterschriftensammlung)
   - 6.2. Marschstrecken und polizeiliche Anmeldungen
   - 6.3. Information an den ZA über genaue Marschstrecken mit Zeitplan
   - 6.4. Redner für die Kundgebungen
   - 6.5. Redner-Disposition
   - 6.6. Kabaretts, Künstler usw.
   - 6.7. Ausländische Teilnehmer
7. Agitationsmaterial und Finanzierungsmöglichkeiten der Arbeit
   - 7.1. Zeitungsflugblatt I (1.2. - 15.3.65)
   - 7.2. Zeitungsflugblatt II (16.3. - Ostern 65)
   - 7.3. Zeitungsflugblatt (nach Ostern)
   - 7.4. Plakatwerbung
   - 7.5. Kinowerbung
   - 7.6. Liste von Filmen
   - 7.7. Arbeitsmappe für die Ausschüsse
   - 7.8. IZA - Sondernummer
   - 7.9. Druck der Pflichtslogans
   - 7.10. Luftballons und Fähnchen
   - 7.11. Aktion für Abrüstung
   - 7.12. Förderer-Bons
   - 7.13. Postkartenschallplatte
   - 7.14. Sonderabzeichen für OM 65
   - 7.15. Tombola
   - 7.16. Kalender 1966
8. Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der dänischen Kampagne
9. Seminare, Mitarbeitertreffen u.ä.
10. Verhalten der Kampagne im Bundestagswahlkampf
11. Verschiedenes
    - 11.1. Kundgebung der TH Stuttgart
    - 11.2. Rechtsstreit gegen Landratsamt Kaiserslautern
    - 11.3. Nächste ZA - Sitzung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

D718-23-55

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß -

Betr.: Kurzinformation über die Pressewirksamkeit der Paris-Aktion

Aus dem Pressedienst des Zentralen Ausschusses der Kampagne:

"Vor rund 4.000 Teilnehmern einer Kundgebung in Paris erklärte der Sprecher der Kampagne für Abrüstung, Dr.Andreas Buro, ohne das fortgesetzte Streben der deutschen Bundesregierung nach atomarer Verfügungsgewalt, wäre das Projekt einer MLF nie zustande gekommen. Auch nach dem voraussichtlichen Scheitern der MLF, sei der deutsche Atomwaffenanspruch keineswegs beendet. Die Kampagne für Abrüstung werde deshalb ihre Anstrengungen vermehren, um eine grundsätzliche Veränderung der deutschen Politik zu erwirken. Die Alternative zum Wettrüsten könne nur ein umfassendes Disengagement und schrittweise Abrüstungsvereinbarungen in Mitteleuropa sein, so wie es z.B. als atomwaffenfreie Zone konzipiert sei.

Zahlreiche deutsche Gewerkschaftsfunktionäre, Vertreter beider Kirchen und auch SPD-Abgeordnete haben die Demonstration der Kampagne in Paris begrüßt.

Auch aus England, Belgien, Italien und anderen Nato-Staaten waren Demonstranten und Sprecher von Friedensbewegungen nach Paris gekommen und beteiligten sich an der Aktion.

Der kürzlich in das englische Oberhaus aufgenommene frühere Labour-Abgeordnete, Lord Brockway, der ebenfalls auf der Pariser Kundgebung sprach, wurde von dem Mitglied der englischen Nato-Delegation, Bushell, empfangen und forderte bei dieser Gelegenheit die bedingungslose Ablehnung aller Versuche, die auf eine Ausdehnung der Atomwaffenverteidigung, auch im Rahmen der Nato, hinausliefen."

Da die französischen Behörden mit Ausnahme der Saalkundgebung am Abend alle Demonstrationen untersagt hatten, kam es zu Schwierigkeiten mit der Pariser Polizei. Die Frankfurter Rundschau schrieb hierzu u.a.:

Als um die Mittagszeit die 68 hessischen Teilnehmer auf den Champs-Elysées und unmittelbar vor dem Nato-Ratsgebäude ihre Spruchbänder über die vorweihnachtlich geschmückten Boulevards trugen, griffen die Hüter der Ordnung zu; elegant, aber mit bestimmter Gewalt, wurde knapp die Hälfte in die "Schwarzen Minnas" verladen. Man brachte sie in die Präfektur, verhörte sie zum Teil und hielt sie sechs Stunden lang in einer kalten Turnhalle fest - auf daß sie keinen weiteren politischen Schaden anrichten könnten.Alle Bemühungen der Übriggebliebenen, über die Botschaft der Bundesrepublik und das Konsulat die politischen Freunde möglichst schnell wieder herauszuholen, scheiterten: Die maßgeblichen Herren seien zum Mittagessen, hieß es - und das dauere bis drei Uhr ...

Zur abendlichen Kundgebung freilich hatte man sie wieder freigelassen. Und die Worte des Sprechers der deutschen "Kampagne für Abrüstung/ Ostermarsch der Atomwaffengegner", Dr.Andreas Buro, wurden mit orkanartigem Beifall belohnt. Buro sagte: "Wir haben in Paris das Kuriose erlebt, von Polizisten verhaftet zu werden, die während des Krieges in deutscher Gefangenschaft waren, die also unter einem der Kriege gelitten haben, die wir bekämpfen ..."

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Sie hatten sich diese Paris-Reise, die mit Haft endete, pro Kopf fast 100 Mark kosten lassen, die zumeist jugendlichen Teilnehmer aus Deutschland. Genauso wie die Hunderte von Teilnehmern aus England, Italien, Kanada, Belgien und anderen Nato-Staaten, hatten sie zudem mindestens einen Tag Urlaub geopfert, um zum erstenmal über die Ostermärsche hinaus eine internationale Willenskundgebung zu zeigen.

Das muß einigen Leuten um Nato-Generalsekretär Brosio gar nicht gepaßt haben. Denn dieses Sekretariat verhinderte nicht nur, daß die Deutschen - darunter Dr. Buro und der Frankfurter Heiner Halberstadt - ihre Petitionen direkt an die 13 Vertreter der Nato-Staaten übergeben und das Nato-Ratsgebäude betreten durften; Von hier aus soll auch der Wunsch an die Pariser Polizei weitergegeben worden sein, mit diesen lästigen Demonstranten kurzen Prozeß zu machen.

Wie perfekt der Polizeiapparat funktioniert, erfuhr der Chronist aus eigener Anschauung. Er war zusammen mit den hessischen "Friedens-Okkupanten" des Jahres 1964 nach stürmischem Flug am frühen Vormittag in Paris eingetroffen. Der "Generalstab" war im - später ebenfalls sorgfältig bewachten - "Café des Sports" nahe dem Arc de Triomphe untergebracht. Entgegen dem in Frankreich bestehenden Verbot politischer Demonstrationen auf offener Straße ("Jaja, die Zeiten des Sturms auf die Bastille sind vorbei ...", resignierte einer), beschlossen die Teilnehmer um den Geschäftsführer Klaus Vack aus Offenbach, dennoch in Ruhe einige Transparente durch die Stadt zu tragen.

Die Reaktion der Franzosen war zumeist positiv: "Serr gutt!" ermunterte eine ältere Dame die Jugendlichen, nachdem sie gelesen hatte: "Keine Atomwaffen - weder national noch multilateral". Einige lächelten auch - genauso überlegen, wie später die Nato-Stenotypistinnen und -Angestellten hinter den Vorhängen des Nato-Ratsgebäudes.

Die ersten "Flics" reagierten vor dem Triumphbogen: sie eilten zum nächsten Telefon. Und zehn Minuten später brausten drei Einsatzwagen und etwa 25 Mann Verstärkung herbei. Ein französischer Pater mit wehendem Bart, der aussah wie der Patriarch aller Pazifisten, setzte sich prompt auf den Hosenboden. Ein zweiter warf ein Bündel Flugblätter mitten in den Schwarm der herannahenden Uniformierten. Das war des Schlechten zuviel: die Sitzenden wurden ins Auto getragen, die übrigen in dieselbe Richtung gedrängt.

Am Abend, vor dem Versammlungssaal Maubert-Mutualité, waren dann die wieder in die Freiheit Entlassenen allgemeiner Mittelpunkt. "Mir haben sie die Taschen nach Waffen durchsucht", sagte eine junge Dame. Regenschirm und Nagelfeile nahm man ihr ab, auch ein Obstmesser. Sie bekam es später zurück. Einige sahen sich sogar in den Zellen wieder - es fand hinter Gittern eine internationale Verbrüderung mit Engländern und Amerikanern statt ...

Eine Presseanalyse ergab, daß neben der 'Frankfurter Rundschau' nur noch vier weitere Tageszeitungen Kurzmeldungen über die Paris-Aktion brachten. Sie informierten noch weniger als die 'Frankfurter Rundschau' über den politischen Sinn der Aktion und beschränkten sich auf eine kurze Kommentierung der Verhaftungen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-56

Der Hessische Rundfunk hatte in seiner Sendung "Zeitfunk" ein etwa fünfminütiges Interview mit Klaus Vack gesendet, in dem sich dieser über das politische Anliegen der Aktion äußern konnte.

Vor der Paris-Aktion berichteten ca. 20 Zeitungen und einige Rundfunkstationen darüber, daß geplant sei, mit Charterflugzeugen nach Paris zu fliegen, um dort gegen die MLF zu demonstrieren.

Die französischen Tageszeitungen berichteten teilweise sehr ausführlich über die Aktion. Die Berichterstattung dürfte teilweise auf die gut besuchte Pressekonferenz der Internationalen Konföderation zurückzuführen sein, bei der Rundfunk, Fernsehen und fast alle größeren Pariser Tageszeitungen vertreten waren. Eine Auswertung des französischen Pressecechos wurde von Freunden, die in Paris leben, versprochen, liegt jedoch noch nicht vor.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

D 218-23-57

Sollen wir atomaren Selbstmord begehen?

Der Vorschlag des Generalinspekteurs der Bundeswehr, General Trettner, entlang der Zonengrenze einen atomaren Minengürtel einzurichten, hat die Gemeingefährlichkeit der atomaren Rüstungspolitik offenbar gemacht. Wir brauchen eine andere Politik, wir brauchen Sicherheit durch Abrüstung.

Prüfen Sie die Argumente der Kampagne für Abrüstung, kommen Sie zur

Kundgebung:

„Gegen Verbreitung atomarer Waffen - für atomwaffenfreie Zone"

Sonntag, den 31. Januar 1965, um 15 Uhr
Gelsenkirchen, Hans-Sachs-Haus

Es sprechen: **Weltkirchenpräsident D. Martin Niemöller**
Kaplan Peter Kühne
Dr. Andreas Buro
Gewerkschaftssekretär Theo Eder
Dr. Arno Klönne

Es singen und spielen: Fasia, Dieter Süverkrüp und Skifflegroups

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG, NRW

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Frank Werkmeister, Bochum, Wittener Str. 183. Druck: Joussen & Gocke oHG, Dortmund.

ED718-23-58

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch der Atomwaffengegner

- Zentraler Ausschuß -

Nicht vor dem 1. Februar 1965 veröffentlichen oder anderweitig publizieren !

Vorlage zur ZA-Sitzung am 16./17.1.1965

Betr.: Aufruf zum Ostermarsch 1965

Die Vereinten Nationen haben die Völker der Welt aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. 1965 sind zwanzig Jahre seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre seit der Gründung der UN vergangen. Am Ende des zweiten Weltkrieges stand die Zahl von 60 Millionen Toten, - am Beginn der UN stand die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.

Seit 1945 ist in allen Nationen viel geleistet worden. Aber noch leben die Menschen in Furcht vor einer dritten Weltkrieg, der ganze Völker auslöschen würde. Neue Staaten streben nach Kernwaffenbesitz und erhöhen so die Unsicherheit. Fast alle Politiker in Ost und West beteuern ihre Bereitschaft zur Abrüstung, bewilligen aber trotzdem ungeheure Summen für weiteres Wettrüsten. Gleichzeitig herrscht in weiten Teilen der Welt Hunger, und soziale und kulturelle Aufgaben werden vernachlässigt.

Die Forderungen der Vereinten Nationen nach Vereinbarungen über Friedenssicherung stimmen überein mit der Einsicht der Völker: Nur auf dem Wege der Entspannung und Abrüstung kann die Kriegsgefahr ausgeschaltet, Sicherheit und menschenwürdige Existenz für alle Bürger der Erde erreicht werden. Es gibt heute erste Erfolge bei dem Versuch, Kriegsrisiko abzubauen, Verständigung herzustellen und eine stabile Friedensordnung zu schaffen. In der Kubakrise siegte Vernunft über Prestigedenken und Politik der Stärke. Durch das Moskauer Teststoppabkommen wurde der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre Einhalt geboten. Der "heiße Draht" zwischen Moskau und Washington, die Einschränkung der Uran-Produktion in den USA und der UdSSR und die Vereinbarung, den Weltraum von Kernwaffen freizuhalten, sind Schritte, die hoffen lassen.

Der Druck der Öffentlichkeit kann die Politiker ermutigen oder zwingen, diese Strategie des Friedens fortzusetzen. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf und fordern:

+ Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde
+ Verbot der Weitergabe von Atomwaffen
+ Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen
+ erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regeirung und das Parlament unseres Landes. Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise, der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen. In Ost und West wächst neues Mißtrauen gegenüber unserem Land, wächst die Furcht vor einer von Atomwaffen gestützten deutschen Machtpolitik. Der atomare Rüstungsehrgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes, versperrt jeden Weg zur Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland. Die Rüstungspolitik führt zur Militarisierung des öffentlichen Lebens, zu der Tendenz, Bürgerrechte durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen - wie die Notstandsgesetze - einzuschränken.

Ziel einer deutschen Politik muß es sein, die Demokratie und den Frieden zu sichern. Deshalb fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen e i g e n e A b r ü s t u n g s i n i t i a t i v e n d e r B u n d e s r e g i e r u n g . Wir stimmen mit diesen Forderungen überein. Nur eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen entspricht den wahren Interessen unseres Landes. Nur eine Politik der Entspannung gibt uns die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes für kulturelle und soziale Ziele einzusetzen.

Deshalb schlagen wir vor:

+ Verzicht der Bundesrepublik auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen
+ Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen
+ Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung
+ Beschleunigte Einrichtung einer Abrüstungsbehörde

Wir bitten alle Mitbürger:

+ Unterstützen Sie öffentlich unsere Vorschläge.
+ Arbeiten Sie in der Kampagne mit, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist und keine einseitige Stellungnahme im Kalten Krieg kennt.
+ Übernehmen Sie Verantwortung in unseren Ausschüssen der Kampagne für Abrüstung.
+ Helfen Sie mit, den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt der Kampagne werden zu lassen.

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes: dem Frieden der Welt zu dienen. Wir können weitere Schritte zur Entspannung, zur Abrüstung und zu einer internationalen Friedensordnung erreichen, wenn alle, die der Sache der Abrüstung zustimmen, die Kampagne für Abrüstung zu ihrer Sache machen.

-3-

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

ED718-23-59

Betr.: Entwurf der Kurzfassung I zum OM-Aufruf 1965

Die Vereinten Nationen haben die Völker der Welt aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. 1965 sind zwanzig Jahre seit dem Ende des zweiten Weltkrieges und zwanzig Jahre seit der Gründung der UN vergangen. Am Ende des zweiten Weltkrieges stand die Zahl von 60 Millionen Toten,-am Beginn der UN stand die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg.

Seit 1945 ist in allen Nationen viel geleistet worden. Aber noch leben die Menschen in Furcht vor einem dritten Weltkrieg, der ganze Völker auslöschen würde. Neun Staaten streben nach Kernwaffenbesitz und erhöhen so die Unsicherheit. Fast alle Politiker in Ost und West beteuern ihre Bereitschaft zur Abrüstung, bewilligen aber trotzdem ungeheure Summen für weiteres Wettrüsten. Gleichzeitig herrscht in weiten Teilen der Welt Hunger, und soziale und kulturelle Aufgaben werden vernachlässigt.

Nur auf dem Wege der Entspannung und Abrüstung kann die Kriegsgefahr ausgeschaltet, Sicherheit und menschenwürdige Existenz für alle Bürger der Erde erreicht werden. Es gibt heute erste Erfolge in diesem Sinne. Der Druck der Öffentlichkeit kann die Politiker ermutigen oder zwingen, diese Strategie des Friedens fortzusetzen. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965 auf und fordern:

+ Beendigung aller Atomwaffentests, auch unter der Erde
+ Verbot der Weitergabe von Atomwaffen
+ Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen
+ erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung

Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf andere Weise, der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen. Der atomare Rüstungsehrgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes, versperrt jeden Weg zur Entspannung, Verständigung u. Wiedervereinigung in Deutschland. Als Bürger der Bundesrepublik Deutschland richten wir unsere Forderungen nach einer Politik der Abrüstung insbesondere an die Regierung und das Parlament unseres Landes:

+ Verzicht der Bundesrepublik auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen
+ Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen
+ Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkung
+ Beschleunigte Einrichtung einer Abrüstungsbehörde

Wir bitten alle Mitbürger, unsere Vorschläge und Arbeit zu unterstützen und den Ostermarsch zu einem Höhepunkt der Kampagne 1965 zu machen. Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes: dem Frieden der Welt zu dienen. Wir können weitere Schritte zur Entspannung, zur Abrüstung und zu einer internationalen Friedensordnung erreichen, wenn alle, die der Sache der Abrüstung zustimmen, die Kampagne für Abrüstung zu ihrer Sache machen. -----

-4-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Betr.: Entwurf der Kurzfassung II zum OM-Aufruf 1965

Im Aufruf zum Ostermarsch 1965 fordert die Kampagne für Abrüstung im Zeichen des von den Vereinten Nationen proklamierten Jahres der internationalen Zusammenarbeit und der begonnenen Strategie des Friedens:

+ Beendigung aller Atomwaffentest, auch unter der Erde
+ Verbot der Weitergabe von Atomwaffen
+ Beteiligung Chinas und Frankreichs an den Abrüstungsverhandlungen
+ Erste konkrete Schritte zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung

Die Forderungen an Parlament und Regierung der Bundesrepublik lauten in dem Ostermarschaufruf 1965:

+ Verzicht der Bundesrepublik auf Verfügungsgewalt über Atomwaffen
+ Verzicht auf jede Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen
+ Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und kontrollierten Rüstungsbeschränkungen
+ Beschleunigte Einrichtung einer Abrüstungsbehörde.

Die Kampagne für Abrüstung ruft alle Mitbürger, ihre Vorschläge und Arbeit zu unterstützen und den Ostermarsch 1965 zu einem Höhepunkt zu machen.

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

ED718-23-60

Kampagne für Abrüstung
- Ostermarsch der Atomwaffengegner -
Zentraler Ausschuß

Vorlage für die ZA-Sitzung am 16./17.1.1965

Betr.: Entwürfe für Anzeigentexte

1. Ziel einer deutschen Politik muß es sein, die Demokratie und den Frieden dauerhaft zu sichern. Deshalb fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund, kirchliche und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der deutschen Bundesregierung. Diesen Forderungen stimmt die Kampagne für Abrüstung zu. Wir sagen: Nur eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen entspricht den wahren Interessen unseres Landes. Nur eine Politik der Entspannung eröffnet die Möglichkeit, die materiellen und geistigen Kräfte unseres Volkes auf kulturelle und soziale Leistungen hinzulenken. - Für diese Ziele rufen wir zum Ostermarsch 1965.

2. Die Vereinten Nationen haben die Völker der Welt aufgerufen, das Jahr 1965 zum Jahr der internationalen Zusammenarbeit zu machen. Über der UNO steht die Hoffnung: Verständigung und Einigung aller Völker in einer Welt ohne Krieg. Wir wollen diese Hoffnung trotz des Wettrüstens in West und Ost verwirklichen. Wir rufen daher zum Ostermarsch 1965, um einer Strategie des Friedens den Weg zu bereiten.

3. Es gibt heute erste Erfolge der Strategie des Friedens. Der Druck der Öffentlichkeit kann die Politiker ermutigen oder zwingen, weitere Schritte auf diesem Wege der Entspannung und Abrüstung zu gehen. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965.

4. Wir fordern konkrete Schritte zur allgemeinen, kontrollierten Abrüstung und Initiativen der Bundesregierung zu diesem Ziel. Deshalb rufen wir zum Ostermarsch 1965.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-61

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß -

Vorlage für die ZA-Sitzung am 16./17.1.64

Betr.: Entwurf für ein Flugblatt für junge Leute

M a n k a n n d a s L i e d d e r F r e i h e i t
n i c h t a u f d e m I n s t r u m e n t d e r G e -
w a l t s p i e l e n . . .

Trotzdem: hierzulande herrscht eine verblüffende Logik:
"Krieg läßt sich nur dadurch verhindern, daß man ihn vorbereitet"
- sagt man und handelt nach solcher "Weisheit".

Kurz vor seinem Tode schrieb Max Planck, einer der Wegbereiter der modernen Physik:"Die größte Gefahr sind heute die Leute, die nicht wahrhaben wollen, daß das jetzt anhebende Zeitalter sich grundsätzlich von der Vergangenheit unterscheidet. Mit den überkommenen politischen Begriffen werden wir mit dieser Lage nicht fertig werden. Der Bankrott der traditionellen Vorstellungen von Krieg, Angriff und Verteidigung ist offenbar. Ohne Umdenken ist kein Ausweg aus der Gefahr möglich."

Haben wir mit dem Umdenken begonnen?

Unsere Militärs und Regierungspolitiker anscheinend nicht. Sie sind ratlos und denken sich immer wanwitzigere Pläne für eine immer perfektioniertere Scheinsicherheit aus; denn auch sie spüren: die bisherige Rüstungspolitik erhöht nicht unsere Sicherheit - sondern belastet nur unseren Geldbeutel. Die multilaterale Atomstreitmacht und das Projekt eines Atomminengürtels entlang der Ostgrenze der Bundesrepublik sind Ergebnisse ihrer Unfähigkeit, den Frieden militärisch zu sichern.

Bedauern wir sie um ihre Aufgabe: sie ist unlösbar; denn, wie Max Planck feststellte: Ohne Umdenken ist kein Ausweg aus der Gefahr möglich.

Doch es scheint, als hätte die zivile Vernunft noch nicht vor der Kalkulation der Militärs und Machtpolitiker in Ost und West abgedankt. Die Einsicht, daß die Kriegsgefahr nur durch Abrüstung und Entspannung ausgeschaltet werden kann, setzt sich immer mehr durch.

Fast alle Politiker in Ost und West betauern ihre Bereitschaft zur Abrüstung, bewilligen aber trotzdem ungeheure Summen für eine weitere Steigerung der längst sinnlos gewordenen Rüstung. Gleichzeitig herrscht in weiten Teilen der Welt Hunger, sozialer und kultureller Notstand.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Als "realistisch" gilt es hierzulande, bedauernd mit den Achseln zu zucken. Man hat uns so lange vorgemacht, daß die Politik "von denen da oben" gemacht wird, bis wir uns damit abgefunden haben.

Finden wir uns nicht länger damit ab!

Ermutigen wir die Politiker und zwingen wir die Militärstrategen, ihr Denken und Handeln nach antiquierten Vorstellungen durch eine "Strategie des Friedens" zu ersetzen, wie sie auch der ermordete amerikanische Präsident John F. Kennedy gefordert hat.

In Deutschland scheint das besonders nötig zu sein. Die Regierung der Bundesrepublik ist offensichtlich bestrebt, durch Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht oder auf eine andere Weise, der Verfügungsgewalt über Atomwaffen näherzukommen. In West und Ost wächst die Furcht vor einer von Atomwaffen gestützten deutschen Machtpolitik. Der Rüstungsehrgeiz der Bundesregierung stört die internationalen Abrüstungsbemühungen, vergrößert das Risiko eines nuklearen Konfliktes und versperrt jeden Weg zur Entspannung, Verständigung und Wiedervereinigung in Deutschland.

Die Anhänger der Kampagne für Abrüstung sind auch in diesem Jahr gezwungen, während der Osterfeiertage auf die Straße zu gehen, um so, sichtbar, gegen eine Politik der permanenten Unvernunft und Ratlosigkeit zu protestieren.

Die offizielle Politik wird heute nicht nur weitgehend von alten Männern gemacht, sondern auch von alten Vorstellungen beherrscht. Setzen wir Jungen ihnen unser Nein entgegen; ein Nein zum Wettrüsten, zum Kalten Krieg und zum vorgeplanten staatlichen Selbstmord. Denn: ein NEIN zur Bombe ist ein JA zur Demokratie.

Denken wir einmal darüber nach, es ist höchste Zeit zum Umdenken.

Übrigens: Falls sie sich an den Protestmärschen der Kampagne beteiligen wollen, dann wenden Sie sich bitte an Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - .....

Institut für Zeitgeschichte. Archiv

ED718-23-62

Kampagne für Abrüstung
- Ostermarsch der Atomwaffengegner -
Zentraler Ausschuß

Vorlage für die ZA-Sitzung am 16./17.1.1965

Betr.: Text für ein Luftschutz-Flugblatt

W e n n d e r G r o s c h e n f ä l l t , . . .

Natürlich stimmen wir Bundesminister Höcherl zu, wenn er in der Luftschutzfibel sagt: ... "es ist dem Menschen auferlegt, vernünftig und verantwortungsbewußt Vorsorge zu treffen für alle Gefahren, die ihn bedrohen können." Gerade das fordern wir seit vielen Jahren. Erfreulicherweise mit wachsenden Erfolg. Mit den Luftschutzbemühungen der Bundesregierung hat dies allerdings nichts zu tun, im Gegenteil. Denn was nützt der Luftschutz wirklich?

Er kann im "kleinen" Krieg, der aber nach Meinung der Militärs nicht eintreten wird, Menschenleben retten. Er kann beim Einsatz von taktischen Atomwaffen (z.B. Hiroshima-Bombe) nur noch wenigen Menschen helfen. Er kann im großen Nuklear-Krieg fast nichts mehr schützen, und mit dem Katastrophenschutz hat er so gut wie gar nichts zu tun.

. . . f ä l l t d i e B o m b e n i c h t .

Die geringen Möglichkeiten des Schutzes werden gewöhnlich von dem Argument begleitet .... "wenn nur einige Menschenleben gerettet werden, lohnen sich schon alle Anstrengungen!" Das ist scheinbar sehr menschlich gedacht, aber nur scheinbar. Denn: Es geht nicht um die Rettung weniger in einem Atomkrieg, sondern um die Rettung aller vor dem Atomkrieg. Wer "verantwortungsbewußte Vorsorge" treffen will, muß Sicherheit für alle schaffen, die nur durch Entspannung und allgemeine Abrüstung zu erreichen ist.

Hierfür hat die Bundesregierung fast nichts getan. Sie hat weder die vielen Vorschläge für militärische Entspannung aus West und Ost durch Verhandlungen ernsthaft geprüft, noch hat sie ei-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

gene Vorschläge ausgearbeitet. Sie hat bisher nicht einmal die Voraussetzungen hierfür durch Einrichtung einer Abrüstungsbehörde und durch Förderung der Friedensforschung geschaffen, wie z.B. die Vereinigten Staaten von Amerika.

D e r L u f t s c h u t z i n d e r B u n d e s r e p u b l i k entspricht demgemäß auch nicht der "verantwortungsbewußten Vorsorge". Seine Ziele sind offenkundig anderer Art:

+ Durch den Luftschutz soll der Eindruck erweckt werden, als sei in einem modernen Krieg der Schutz der Bevölkerung noch möglich. Denn wer dieser Illusion verfällt, wird weiterhin bereit sein, den Krieg als ein mögliches Mittel der Politik zu betrachten, wird weiterhin dem Versuch zustimmen, politische Probleme durch Auf- und Wettrüsten zu lösen und wird nicht auf eine stabile Friedenssicherung durch Abrüstung drängen. Luftschutz ist daher Zersetzung des Friedenswillens.
+ Durch den Luftschutz mit seinem Organisationssystem kann, wie im Weltkrieg II, die gesamte Bevölkerung bis in die kleinste Einheit erfaßt werden. Wir geben zu, daß die totale Erfassung der Bevölkerung für den totalen Krieg notwendig ist. Doch ihn gerade gilt es zu verhindern, nicht aber ihn vorzubereiten. Oder "wollt Ihr den totalen Krieg?" (Goebbels).

Weil Luftschutz von der vordringlichsten Aufgabe, Schutz für alle, ablenkt, können wir weder den Luftschutzbestrebungen der Bundesregierung noch irgendeiner anderen Regierung in Ost und West zustimmen. Luftschutz ist letzten Endes Vervollständigung der militärischen Aufrüstung im zivilen Bereich. Wir sagen daher:

E n t s p a n n u n g -
A b r ü s t u n g -
F r i e d e - sind der beste L u f t s c h u t z .

Einem staatlichen Verband, der sich intensiv um diese Art Luftschutz bemühte, würden wir, und wahrscheinlich auch Sie, sofort beitreten .... nur leider: er existiert nicht. Daher arbeiten wir in der Kampagne für Abrüstung.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718 - 23 - 63

Kampagne gegen MLF

Vorbehalte der Nato-Staaten

ITALIEN

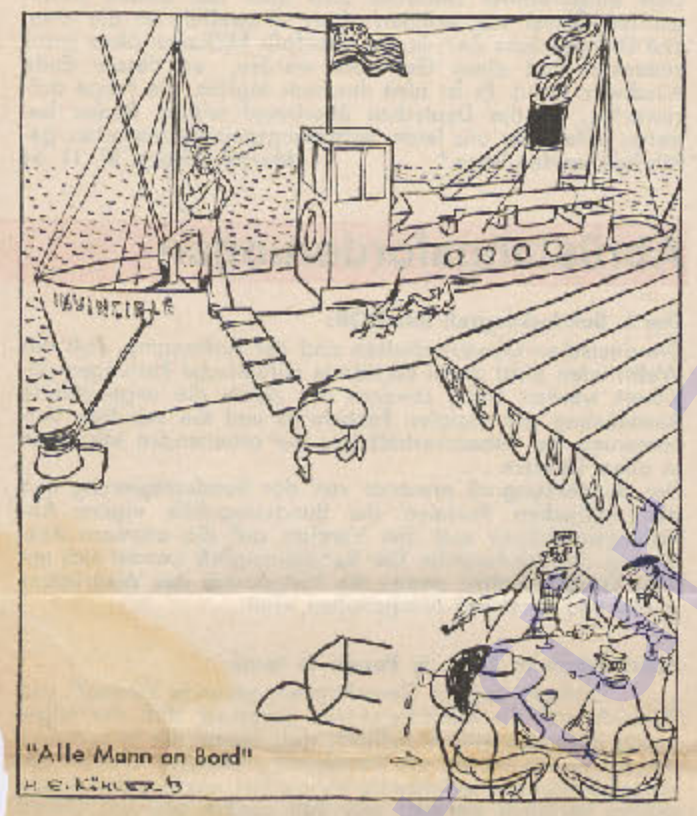
Außenminister Saragat sagte vor dem italienischen Senat: „Wir prüfen diese Frage und sind im Augenblick noch weit entfernt davon, zu entscheiden, ob die MLF wirklich die Verbreitung der Kernwaffen erschweren und den Frieden besser gewährleisten könnte. Die Regierung wird diese Probleme ohne Eile prüfen, ohne sich zu knappe Termine setzen zu lassen, und dann wird sie sie dem Parlament vorlegen."
AP, 9. 10. 64

NORWEGEN

Norwegen lehnt eine Teilnahme an der multilateralen Atomstreitmacht der NATO ab. Dies erklärte Ministerpräsident Einar Gerhardsen vor der Presse in Oslo. „Wir sind der Auffassung, daß eine multilaterale Atomstreitmacht zur Ausbreitung der Kernwaffen führen wird, und Norwegen ist grundsätzlich dagegen eingestellt."
UPI, 9. 10. 64

DÄNEMARK

Bedrängt von fragenden Abgeordneten hat der dänische Außenminister Per Häkkerup die Stellung Dänemarks zur Atomstreitmacht der NATO geklärt: Gemäß der Ablehnung atomarer Waffen für das dänische Territorium in Friedenszeiten will Dänemark auch nicht Teilhaber der MLF sein. Dänemark will aber kein Veto einlegen, wenn andere Länder der Nato sich über eine Atomstreitmacht einigen. Mit dieser Stellungnahme gaben sich weder der sozialdemokratische Abgeordnete Frode Jacobsen noch der ehemalige linksliberale Handelsminister Hilmar Baunsgaard, noch der Volkssozialist Aksel Larsen zufrieden. Frode Jacobsen, der eine führende Rolle in der Zivilverteidigung spielt und dementsprechend ein Befürworter der atlantischen Verteidigung ist, präzisierte seinen Standpunkt: entweder erhielten die Deutschen durch die Atomstreitmacht – von deren Kosten sie 40 % zu bezahlen hätten – keinen wirklichen Einfluß auf atomare Waffen oder sie bekämen den Einfluß. In diesem Fall handelt es sich um eine Herausforderung an den ganzen Ostblock, der dadurch wieder zusammengeschweißt werden würde.
dpa, 23. 10. 64



FRANKREICH

Die französische Regierung nahm mit aller Deutlichkeit gegen das Projekt der multilateralen Atomstreitmacht der NATO Stellung. Außenminister Couve de Murville erklärte vor der Nationalversammlung, es habe noch niemand klar gesagt, welches die wahren Ziele dieser Streitkraft sein sollen.
Couve de Murville fragte in der Etatdebatte, welches die politische Nützlichkeit dieses Projektes sein solle, dessen militärischer Wert auch noch nicht erwiesen sei. Man verstehe, daß Deutschland vom psychologischen Standpunkt aus eine gewisse Genugtuung über eine Beteiligung an der MLF haben könnte. Die Sowjets seien, ob zu recht oder zu unrecht, beunruhigt und innerhalb der NATO sei das Projekt Ursache zur Entzweiung. Für Frankreich sei es jedoch wesentlich, welches die Folgen der MLF hinsichtlich der Konstruktion einer wahren europäischen Union sein würden. dpa, 3. 11. 64

ENGLAND

Der britische Premierminister Wilson hat am Montagabend in London jede Vorstellung über eine separate europäische Atommacht als gefährlich für die Einheit des atlantischen Bündnisses und für den Weltfrieden kategorisch abgelehnt.
Der Premierminister sagte: „Ein solcher Vorschlag würde unsere amerikanischen Verbündeten zu einer ernsthaften Neueinschätzung ihrer Einstellung zu Europa veranlassen. Sie würde ein gefahrvoller Schritt hin zur Ausbreitung von Atomwaffen sein, und nach unserer Auffassung wäre sie ein verhängnisvoller Schlag hinsichtlich der Hoffnung auf eine weitere Entspannung und konstruktivere west-östliche Vereinbarungen." Nichts wirke schwächender als eine „Allianz innerhalb der Allianz".
Wilson betonte, ein Hauptziel der britischen Politik sei es, in den künftigen Verhandlungen zu verhindern, daß mehr Finger an den nuklearen Abzugshahn kommen. Seine Regierung strebe vor allem danach, die Tendenz zum Separatismus in der westlichen Allianz umzukehren und dafür Sorge zu tragen, daß weit stärkere Sicherungen gegen eine weitere Verbreitung der Kernwaffen – innerhalb und außerhalb der Allianz – gefunden würden.
dpa, 18. 11. 64

MLF bedeutet: Ausbreitung von Atomwaffen, erhöhtes Kriegsrisiko

Überall in der Welt spricht man jetzt von der MLF, der multilateralen Atommacht. Die Bundesregierung ist eifrig bemüht, die MLF so schnell wie möglich unter Dach und Fach zu bringen. Wir nähern uns einer Bundestagswahl, und offensichtlich möchte unsere Regierung in Bonn den Wählern die Entscheidung über die MLF ebenso ersparen, wie die Billigung oder Ablehnung der Notstandsgesetze. Es gibt viele schönklingende Begründungen, die man hierzulande für die MLF vorbringt. Da ist die Rede von einer „atlantischen Gemeinschaftsaufgabe", von „Integration der freien Welt durch atomare Verklammerung". Was steckt hinter diesen großen Worten?

Oft hört man, die Bundesrepublik komme mit der Beteiligung an der MLF einem dringenden Wunsch der USA nach. Tatsächlich ist die Sache umgekehrt. Nicht ein amerikanischer Wunsch, sondern eine amerikanische Furcht war der Vater des Gedankens, nämlich die Sorge der USA, die Bundesrepublik könne sich eine nationale Atommacht zulegen, wenn sie von diesem Ehrgeiz nicht rechtzeitig durch andere Pläne abgelenkt werde. Politiker der Regierungsparteien in Westdeutschland haben diese Furcht der Amerikaner ständig genährt. Sie haben demonstrativ genug von der Möglichkeit einer deutsch-französischen Atomstreitmacht gesprochen. Genau hier ist der Ursprung des ganzen MLF-Projektes zu suchen.

Was ist nun bisher bei diesem Projekt herausgekommen? Ist die MLF wirklich eine Klammer des atlantischen Bündnisses? Vorliebe für die MLF haben außer der Bundesrepublik nur Griechenland und die Türkei gezeigt, diese jedoch nur dann, wenn der jeweils andere Staat nicht beteiligt wird. Dänemark, Norwegen und Kanada haben die MLF abgelehnt. Sie sagen: die MLF bedeutet Ausbreitung von Atomwaffen. Italien, Belgien und die Niederlande haben kein Interesse an der MLF. Frankreich denkt nicht daran, seine Atomstreitmacht in die MLF einzubringen; einer deutschen Beteiligung an der MLF stehen die Franzosen ablehnend gegenüber. Großbritannien sieht in der MLF, wie sie bisher geplant wurde, eine große Gefahr: Die Bundesrepublik erhalte Mitverfügung über Atomwaffen, weitere Abrüstungsvereinbarungen zwischen Ost und West würden dadurch unmöglich gemacht. Es kann keine Rede davon sein, daß durch die MLF das atlantische Bündnis gefestigt wird. Das Gegenteil ist der Fall: das Drängen Bonns nach Beteiligung an einem atomaren Waffensystem hat Mißtrauen gegenüber Deutschland jetzt nicht nur im Osten, sondern auch im Westen geweckt. Die Furcht vor einer atomaren neuen deutschen Machtpolitik bringt überflüssige Spannungen in das westliche Lager, gleichzeitig wird der Osten zu neuen Rüstungsanstrengungen herausgefordert.

Von den Befürwortern der MLF wird gesagt, die MLF verhindere aber doch immerhin die Ausbreitung von nationaler Atomwaffenverfügung. Dieses Argument paßt schlecht zusammen mit den Äußerungen der Außenpolitiker und Wehrpolitiker unserer Bonner Regierung. Die sagen nämlich, die MLF könne nur ein Übergangsstadium sein, das amerikanische Veto beim Einsatz der MLF müsse abgebaut werden, die MLF müsse nach einiger Zeit in die selbständige Verfügung der daran beteiligten europäischen Mächte übergehen. Ist damit die Türkei gemeint? Gewiß nicht. Gemeint ist die Bundesrepublik. Der CSU-Politiker von Guttenberg hat es deutlich ausgesprochen: Die Bundesrepublik habe zwar auf die Produktion, nicht aber auf den Besitz von Atomwaffen verzichtet . . . Wundert man sich da, daß in Ost und West ein neuer Rüstungswettlauf angekündigt wird, wenn die Bundesrepublik an der MLF beteiligt werde?

Die Bundesrepublik muß sich entscheiden. Will sie atomare Machtpolitik? Dann ist der Preis dafür: Verzicht auf Sicherheit durch internationale Abrüstung, Verzicht auf jede Chance einer Wiederannäherung an einen einheitlichen deutschen Staat. Oder will sie Entspannung und eine internationale Friedensordnung? Dann ist der Preis dafür: Verzicht der Bundesrepublik auf jede Art atomarer Rüstung oder Rüstungsbeteiligung.

Stellungnahme der Kampagne

„. . . kommt die MLF zustande, dann werden die Folgen sein:
+ Internationale Abrüstungsgespräche werden gestört;
+ die Forderung, jede Ausweitung nuklearer Bewaffnung zu vermeiden, wird westlicherseits durchbrochen;
+ eine Streuung des Atomwaffenbesitzes im Ostblock über die UdSSR hinaus wird wahrscheinlich;
+ jeder Ansatz einer Lösung der Deutschlandfrage wird auf längere Sicht unmöglich gemacht.

Die MLF droht den Kalten Krieg wieder heraufzubeschwören, sie verschärft das Risiko eines nuklearen Konfliktes, sie versperrt jeden Weg zu einer Wiederannäherung an einen einheitlichen deutschen Staat.
Die deutsche Alternative zur multilateralen wie zur nationalen oder deutsch-französischen Atommacht ist der endgültige Verzicht auf jede Art von atomarer Bewaffnung in Deutschland und der Anschluß an eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen. Allein diese Politik liegt im Interesse Deutschlands und des Friedens der Welt."

Gegen MLF - für atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa

Archiv Institut für Friedensforschung

Prominente Bürger fordern deutschen Abrüstungsbeitrag

Günter Eich, Berthold Kiekebusch, Kirchenpräsident D. D. Martin Niemöller, Dr. Fritz Raddatz, Gerhard Zwerenz, Herbert Faller, Dolf Segall, Günther Schwarz, Ilse Aichinger, Rolf Hochhuth, Dr. Harry Pross, Prof. D. Helmut Gollwitzer, Pfarrer Horst Symanowski, Dr. Robert Jungk, Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Prof. Dr. Heinz Joachim Heydorn, Max von der Grün, Oberkirchenrat D. Heinz Kloppenburg, Hinrich Oetjen und Philip Pleß

gaben folgende Erklärung ab:

Es sind 50 Jahre seit Beginn des ersten und 25 Jahre seit Beginn des zweiten Weltkrieges vergangen. Jetzt wartet die Welt auf einen deutschen Beitrag zur Abrüstung. Die Petition an den Deutschen Bundestag zeigt einen Weg hierzu. Wir bitten die Bürger der Bundesrepublik, mit uns die Petition zu unterstützen.

Petition an den Deutschen Bundestag

Die Voraussetzung für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West ist, daß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden wird. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

■ **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.**

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

■ **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.**

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen, sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

■ **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.**

1. .....

2. .....

3. .....

Name Vorname Leitzahl, Ort, Straße Unterschrift

Zu dieser Petition ruft die Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner – auf. Mit Ihrer Unterzeichnung entsteht jedoch keine Verpflichtung oder Bindung gegenüber der Kampagne. Diese Petition darf jeder Bürger der Bundesrepublik nur einmal unterzeichnen. Die ausgeschnittene, unterzeichnete Petition senden Sie bitte umgehend an:

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
NRW Frank Werkmeister, 463 Bochum, Wittener Str. 183

Bitte ausschneiden!

Bitte ausschneiden!

...schließen Sie sich an!

Bitte vormerken:

Auftaktveranstaltung

Kampagne - Ostermarsch 1965

Sonntag, 31. 1. 1965, 15 Uhr

Hans-Sachs-Haus · Gelsenkirchen

Stimmen gegen die MLF

Der 7. Jugendtag der IG Bergbau und Energie:
In der einstimmig angenommenen Entschließung heißt es u. a.: „Die Delegierten sehen in dem Versuch, über die NATO eine multilaterale Atommacht zu bilden, eine Vergrößerung des internationalen Kriegsrisikos und eine Gefährdung der internationalen Abrüstungsbemühungen.

Bezirkskonferenz der SJD – Die Falken
Einstimmig angenommen hat die Bezirkskonferenz der Sozialistischen Jugend Deutschlands – die Falken des Bezirks Ostwestfalen-Lippe (Bielefeld, 31. 10./1. 11. 64) einen Beschluß, in dem die multilaterale Atomstreitmacht und eine deutsche Beteiligung an diesem Projekt" grundsätzlich abgelehnt werden. Bedauert wird in diesem Beschluß, daß besonders die Bundesrepublik um die Verwirklichung dieses „den Frieden hindernden Projekts bemüht ist".

Aus den Anträgen gegen die MLF auf dem SPD-Parteitag
Antrag 42 SPD-Unterbezirk Düsseldorf
Parteivorstand und Bundestagsfraktion werden aufgefordert, den Beitritt der Bundesrepublik zur multilateralen Atomstreitmacht abzulehnen.
In der Begründung heißt es u. a.: Der Unterbezirk „bezweifelt, ob das Ziel der MLF, die nationale Verfügungsgewalt über Kernwaffen (Frankreich-Großbritannien) zu eliminieren und damit das NATO-Bündnis zu festigen, überhaupt erreicht werden kann. Das dürfte schon an der Haltung Frankreichs und Großbritanniens scheitern."

FDP: MLF wäre Belastung des Verhältnisses zu Osteuropa
„Eine solche Entwicklung hätte der Bundesrepublik Deutschland auch gerade noch gefehlt", schreibt der FDP-Pressedienst zu der Meldung, ein bilaterales Abkommen zwischen Washington und Bonn sei nicht ausgeschlossen. Die FDP bezeichnet es als Tatsache, „daß eine Beteiligung Bonns an der MLF auf jeden Fall eine neue Belastung seiner Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten mit sich bringen muß". Sie meinte außerdem: „Der offensichtlich zeitweilig erwogene deutsch-amerikanische Bilateralismus in der atomaren Zusamenarbeit hätte jedoch darüber hinaus auch unser Verhältnis zu den westeuropäischen Staaten ernsthaft gestört und damit den Zerfall der NATO beschleunigt."

Frankfurter Neue Presse
„. . . Um so erstaunlicher ist, daß offenbar für Herrn von Hassel all diese Probleme der MLF bereits entschieden sind. Für die meisten Deutschen aber stellen sich über diese Überlegungen hinaus noch eine ganze Anzahl anderer Fragen. Die erste ist wohl die, daß Millionen Menschen im Zeitalter der Atomrüstung dazu angestellt werden, die mögliche Liquidierung von ganzen Völkern, vielleicht sogar der ganzen Menschheit mit vorzubereiten, diese „im Ernstfall" auch mit durchzuführen, und daß diese Millionen diese „Jobs" auch mit derselben Selbstverständlichkeit akzeptieren und erledigen, mit der sie ihnen angeboten und zugeteilt werden. Daß ausgerechnet Deutsche also auch auf diesen Atomschiffen Dienst tun, erinnert doch verzweifelt an die eben erst überwundene Zeit, in der ebenfalls Millionen ohne nachzudenken Rad eines Getriebes wurden, an dessen Ende Auschwitz stand. Es ist also durchaus legitim, die Frage aufzuwerfen, ob die Deutschen überhaupt wieder Boden betreten sollen, der uns leider erfahrungsgemäß besonders gefährlich werden kann." Marcel Schulte, 21. 11. 64

Abrüstungsforderungen

Der 6. Bundeskongreß des DGB:
Die deutschen Gewerkschaften sind der Auffassung, daß der Weltfrieden nicht durch verstärkte militärische Rüstungen gesichert werden kann, sondern nur durch die ungehinderte Ausdehnung des sozialen Fortschritts und die ständige Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen in allen Ländern . . .
Der Bundeskongreß erwartet von der Bundesregierung und den politischen Parteien der Bundesrepublik eigene Abrüstungsinitiativen und den Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Der Bundeskongreß wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Fortsetzung des Wettrüstens in Ost und West der zweigeteilten Welt . . .

Papst Johannes XXIII. in Pacem in terris:
„. . . . Deshalb fordern Gerechtigkeit, gesunde Vernunft und Rücksicht auf die Menschenwürde dringend, daß der allgemeine Rüstungswettlauf aufhört; daß ferner die in verschiedenen Staaten bereits zur Verfügung stehenden Waffen auf beiden Seiten und gleichzeitig vermindert werden; daß Atomwaffen verboten werden; und daß endlich alle auf Grund von Vereinbarungen zu einer entsprechenden Abrüstung mit wirksamer Kontrolle gelangen . . ."

Die SPD im Godesberger Grundsatzprogramm:
„. . . . Die Sozialdemokratische Partei fordert die völkerrechtliche Ächtung der Massenvernichtungsmittel auf der ganzen Welt. Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Masenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen . . ."

Das Konzil — 3. Sitzungsperiode
Im Text über die Frage des Friedens, der dem Konzil zur Beratung vorliegt, heißt es: „. . . Es müssen infolgedessen alle ehrlichen Anstrengungen unternommen werden, damit nicht nur der nukleare Krieg von allen Nationen und Kontinenten als ein unmenschliches Verbrechen feierlich geächtet wird, sondern damit auch die nuklearen oder ähnlich verheerenden Waffen vollständig vernichtet und unterdrückt werden. Das Konzil verurteilt den Rüstungswettlauf, denn er verletzt und verhindert den wahren Frieden, die Eintracht und das Vertrauen unter den Völkern, gefährdet das Leben eines großen Teiles der Menschheit und vergeudet die für höhere Güter notwendigen Reichtümer."

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED718-23-64

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß -

605 Offenbach 4
Postfach 648

Wichtig: Termin 18.1.1965

Bestellung	Preis pro 100 Stück	Gesamtpreis
..... x je 16 Pflichtslogans 1965 (Selbstkostenpreis; steht noch nicht fest)		.....
..... Zeitungsflugblätter (Selbstkostenpreis; steht noch nicht fest)		.....
..... Fördererbons a DM 2.--	5.--DM	.....
..... Postkartenschallplatte	80.--DM	.....
..... Arbeitsmappen für die Ausschüsse (für ÖA 3 Stück kostenlos; für RA 5 Stück kostenlos; Mehrbestellungen DM 1.50 je Stück)		.....
..... Informationen über die Kampagne Sondernummer der IZA	25.--DM	.....
..... Abzeichen groß oder	40.--DM	.....
..... Abzeichen klein	40.--DM	.....
..... Kugelschreiber (Zahlung bei Bestellung 100 Stck DM 50.--)	60.--DM	.....
..... Flugblätter - Grundsätze	2.--DM	.....
Wer steht hinter dieser Zeichen	2.--DM	.....
..... Postkarten - Satz zu 7 Stück	15.--DM	.....
..... Briefaufkleber	-.60DM	.....
..... Autokleber - selbstklebend	35.--DM	.....

Das Material ist zu liefern an:

Name: .....

Anschrift: .....
(Postleitzahl)
.....

.....
Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-65

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Offenbach, den 14.1.65
Postfach 648

16. 1. 65

Liebe Freunde!

Das neue Jahr hat gerade begonnen, und Ostern 1965 scheint noch in weiter Ferne zu liegen. Trotzdem muß die Kampagne für Abrüstung nun den Startschuß für die Vorbereitungen zum kommenden Ostermarsch geben, denn leider ist auch in diesem Jahr unsere Demonstration nicht überflüssig geworden.

Am 31. Januar 1965 werden aus allen Teilen der Bundesrepublik etwa 4000 Leute zur zentralen Auftaktveranstaltung zum Ostermarsch 65 nach Gelsenkirchen in die Hans-Sachs-Halle kommen. Bei dem Treffen, das unter dem Motto "Gegen die Verbreitung atomarer Waffen - für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa" steht, werden sprechen: Weltkirchenratspräsident D Martin Niemöller; Bezirkssekretär der IG-Chemie, Theo Eder; Dr. Andreas Buro und Dr. Arno Klönne. Vor einigen Stunden gab uns die Labour-Abgeordnete Ann Kerr die Zusage, nach Gelsenkirchen zu kommen. Herbert Feller wird die Veranstaltung leiten. Zum

---

auftakt zum ostermarsch 1965

Schluß werden der Aufruf zum Ostermarsch 65 und die Namen der ersten Unterzeichner bekannt gegeben.

Vor Beginn des Treffens planen wir drei bis vier Sterndemonstrationen mit Umhängeschildern und Transparenten durch Gelsenkirchen zur Hans-Sachs-Halle.

Der zentrale Ausschuß hat etwa 200 Plätze für die hessischen Teilnehmer reserviert. Da diese Veranstaltung für die kommende Arbeit sehr wichtig ist, darf kein Platz leer bleiben. Überlegen Sie bitte, ob Sie mitfahren können, und melden Sie sich bei uns an. Einzelheiten zur Anreise stehen auf der Rückseite.

Mit freundlichen Grüßen

Fritz Strass

(Fritz Strass)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Anreisemöglichkeiten (bitte genau beachten)

Die Veranstaltung beginnt am 31.1. um 15.oo Uhr und wird gegen 18.oo Uhr beendet sein.

Für die Südhessen

Wir werden am 31.1. mit 3 Bussen zwischen 7.30 und 8.30 Uhr abreisen. Von welchen Orten aus die Busse starten und in welchen Orten Zusteigemöglichkeiten bestehen, werden wir festlegen, wenn die Anmeldungen vorliegen. Genaue Abfahrtszeiten und -orte werden den angemeldeten Teilnehmern rechtzeitig mitgeteilt.

Da wir zeitig losfahren, können wir in Köln einen längeren Zwischenaufenthalt machen und uns in dieser Stadt etwas umsehen.

Die Anmeldung erbitten wir bis zum 23.1.65 auf dem abgedruckten Anmeldeabschnitt an die Geschäftsstelle. Die Teilnehmergebühr beträgt DM 15,-. Sie soll gleichzeitig mit der Anmeldung auf unser Postscheckkonto Ffm. 57648 mit dem deutlichen Vermerk "Teilnahme Gelsenkirchen" überwiesen werden. Zahlkarte liegt bei.

Für die Nordhessen (Kassel und Umgebung)

Hier organisiert Sigi Wenzel, 35 Kassel, Brüderstr. 5, die Anreise. Daher bitte die Anmeldungen auf dem vorgedruckten Formular direkt an ihn senden. Die Teilnehmergebühr dürfte weniger als DM 15,- betragen und wird während der Anreise kassiert. Den angemeldeten Teilnehmern werden weitere Einzelheiten mitgeteilt.

Für die Rheinland/Pfälzer (Koblenz, Mainz und Umgebung)

Olf Vetter, 54 Koblenz-Pfaffendorf, Hermannstr. 9 I, ist für die Anfahrt verantwortlich. Anmeldungen bitte direkt an ihn senden. Die Teilnehmergebühr wird im Bus kassiert. Der Bus soll ab Mainz über Koblenz fahren. Weitere Einzelheiten werden noch mitgeteilt.

Für alle

Wer nicht teilnehmen kann, aber einen Fördererbeitrag zahlen will, vermerke auf der Zahlkarte bitte "FB (Fördererbeitrag)Gelsenkirchen".

Termin: 23.Januar 1965

Ich nehme an der Fahrt zur Auftaktveranstaltung am 31.1.65 in Gelsenkirchen teil und möchte mich der - südhessischen - nordhessischen - rheinland/pfälzischen - Reisegruppe anschließen. (Zutreffendes bitte unterstreichen.)

Name: _____

Anschrift: _____

(Postleitzahl)

_____

(Unterschrift)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -

605 Offenbach, 14. Januar 1965
Waldstr. 99 Postfach 648

15. 1. 65

An die Örtlichen Ausschüsse
und die Mitglieder des Hessischen
Ausschusses

ED 718-23-66

Liebe Freunde,

es ist zu befürchten, daß dieses Rundschreiben sehr lang wird, denn wir möchten Ihnen kurz die wichtigsten Dinge, die wir auf unserer letzten gemeinsamen Sitzung am 7. Januar 1965 in Frankfurt besprochen haben, noch einmal schriftlich mitteilen. Trotzdem und deshalb bitten wir Sie, den Brief aufmerksam durchzulesen.

Atomminen

Verteidigungsminister Hassel und der Generalinspekteur der Bundeswehr Trettner hatten vor Weihnachten eine besondere Überraschung für die Bevölkerung der Bundesrepublik parat. Sie schlugen nämlich einen Atomminengürtel entlang der Zonengrenze vor. Ostermarschanhänger in Frankfurt stellten daraufhin einen Christbaum auf der Hauptwache auf, mit dem, entsprechend dekoriert, dieser Vorschlag gewürdigt wurde. In Offenbach geschah etwas ähnliches. Bei beiden Aktionen wurde eine große Anzahl von Unterschriften für die Petition gesammelt.

In diesem Zusammenhang diskutierten wir über eine Aktion im Zonengrenzgebiet. Die Örtlichen Ausschüsse Kassel und Borken wurden mittlerweile gebeten, sich überlegen, was man nun noch im Hinblick auf die Atomminen in Nordhessen tun kann.

Um in Zukunft eine schnelle Reaktion auf politische Vorgänge in der Bundesrepublik zu ermöglichen, soll eine Art 'Feuerwehr' geschaffen werden. Das heißt, daß von der Geschäftsstelle aus per Telefon in aktionsfähigen Örtlichen Ausschüssen Verbindungsleute informiert werden können, die ihrerseits weitere Ostermarschanhänger von einer geplanten Aktion informieren. Wir werden im Arbeitsausschuß über diesen Vorschlag diskutieren und bei der nächsten gemeinsamen Sitzung mit den Örtlichen Ausschüssen über die Sache sprechen.

Auftaktveranstaltung am 31. Januar 1965 in Gelsenkirchen

Diese erste zentrale Veranstaltung im neuen Jahr wird in Gelsenkirchen in der Hans-Sachs-Halle, die 3 - 4000 Leute fasst, stattfinden. Sie soll um 15 Uhr beginnen und etwa gegen 18 Uhr abgeschlossen sein. Als Redner haben bis jetzt zugesagt: der ehemalige Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Dr. Arno Klönne, Dr. Buro, Hinrich Oetjen, ein kath. Pfarrer. Wir bemühen uns noch einen Labour-Abgeordneten und Abgeordnete des polnischen und dänischen Parlamentes zu gewinnen.

Bei diesem Treffen wird der Aufruf zum Ostermarsch 1965 verkündet werden. Er soll in diesem Jahr nur von einer begrenzten Anzahl prominenter Persönlichkeiten in der Bundesrepublik unterschrieben werden.

Um die Bevölkerung von Gelsenkirchen auf uns aufmerksam zu machen, werden wir drei bis vier Sterndemonstrationen mit Ostermarsch-Umhängeschildern und Transparenten zur Hans-Sachs-Halle machen.

- 2 -

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Nun für die hessischen Teilnehmer:
Aus unserem Gebiet sollen 180 Leute kommen, davon mit drei Bussen 150 Personen aus Südhessen und 30 Personen aus Kassel und Umgebung. Da wir am Sonntagmorgen zeitig abreisen werden, können wir in Köln einen längeren Zwischenaufenthalt einschalten. Die Teilnehmergebühr wird sich zwischen 10 und 12.-- DM bewegen. Sämtliche Ostermarschanhänger werden noch im Laufe dieser Woche von der Veranstaltung informiert und gebeten, sich anzumelden. Die Abfahrtsorte der Busse werden nach den eingegangenen Anmeldungen festgelegt.

Nun liegt es auch zum größten Teil an den Örtlichen Ausschüssen, daß für diese Veranstaltung in Gelsenkirchen die Werbetrommel gerührt wird und unsere Busse voll besetzt ins Ruhrgebiet fahren.

Petitionskampagne

Bisher wurden etwa 100 000 Unterschriften in der Bundesrepublik gesammelt; 15 440 Unterschriften sind in der hessischen Geschäftsstelle vorhanden.

Die Örtlichen Ausschüsse berichteten über die von Ihnen durchgeführten Petitionsaktionen, die recht unterschiedliche Ergebnisse hatten. Wir glauben jedoch, daß dieser Erfahrungsaustausch bei unserer Sitzung sehr nützlich gewesen ist. Wir bitten alle Örtlichen Ausschüsse, die Petitionskampagne in ihrer Stadt oder Gemeinde mit großer Tatkraft fortzusetzen. Es ist zu bedenken, daß unsere organisatorische Kraft nicht groß ist, sodaß wir diese vorhandene 'Stärke' voll ausnützen müssen.

Zum hessischen Ostermarsch 1965

Entsprechend des Beschlusses unserer letzten gemeinsamen Sitzung wurde eine Marschroute festgelegt, über die in dieser Sitzung kurz diskutiert wurde.

Am 1. Tag werden wir in Mainz losmarschieren und die vorjährige Marschstrecke über Bischofsheim nach Rüsselsheim laufen. In Rüsselsheim ist nach der Mittagspause eine große Unterschriftensammlung aller 'Mitläufer' vorgesehen. Zur Übernachtung werden wir mit Bussen nach Mörfelden fahren.

Am 2. Tag geht es von Rüsselsheim über Flörsheim, Weilbach nach Hofheim. Hier machen wir zunächst eine Mittagspause und ähnlich wie in Rüsselsheim eine Petitionsaktion. Nach dem diese Aktion abgeschlossen ist findet eine Zwischenkundgebung statt und anschließend Abmarsch nach Kriftel und über Zeilsheim, Sindlingen nach Frankfurt-Höchst. Übernachtungsmöglichkeiten sollen in Frankfurt und Offenbach gesucht werden.

Vom Marktplatz in Höchst werden wir am 3. Tag über Sossenheim, Rödelheim, Bockenheim und durch die Frankfurter Innenstadt zum Römer laufen. Hier, wie jedes Jahr, unsere große Schlußkundgebung.

Zu Ihrer Information kurz die Kilometerzahlen: am 1. Tag 11 km, am 2. Tag 26 km und am 3. Tag 17 km.

Die Örtlichen Ausschüsse Rüsselsheim und Hofheim werden gebeten, ihre Städte nach Straßenzügen aufzuteilen und für 'Lotsen' zu sorgen, die die einzelnen Sammlergruppen zu ihrem Wirkungsbereich führen.

Statt des bisher üblichen Autokorso werden wir versuchen, in diesem Jahr einen Lkw oder einen Bus mit großer Sichtwerbung zu chartern, der die Marschstrecke abfährt.

- 3 -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-67

Mitteilungen des Zentralen Ausschusses

Zur Werbung vor Ostern wird der Zentrale Ausschuß zwei Zeitungsflugblätter, ähnlich wie sie auch am 1. September 1964 verteilt wurden, herstellen. Außerdem soll den Örtlichen Ausschüssen eine Arbeitsmappe zugeschickt werden, die verschiedene Flugblattentwürfe enthält.

Die Örtlichen Ausschüsse sollen nach dem 31. Januar 1965 den zentralen Ostermarschaufruf dazu verwenden, Unterschriften von prominten Bürgern ihrer Stadt oder Gemeinde zu sammeln, die örtlich publiziert werden.

Lichtbildervortrag vom Ostermarsch 1964

Die Örtlichen Ausschüsse werden gebeten, Termine für Vorführungen der Geschäftsstelle rechtzeitig mitzuteilen.

Tagungen, Seminare ...

Selbstverständlich werden wir uns vor Ostern noch mehrere Male treffen. Dabei soll auch über das äußere Bild (Skiffle-Groups, Transparente usw.) des Marsches diskutiert werden.

Darüber hinaus haben wir den Arbeitsausschuß bei dieser Sitzung beauftragt, nach Möglichkeit noch ein Seminar für Ostermarsch-Anhänger vor Ostern zu veranstalten.

Nach Ostern wird es uns möglich sein, eine größere Arbeitstagung mit aktiven Mitarbeitern der Örtlichen Ausschüsse zu machen, bei der über die Möglichkeiten einer Öffentlichkeitsarbeit diskutiert werden soll.

Zum Schluß noch zwei wichtige

Termine.

Am 6. März 1965 wird in Frankfurt ein Diskussionstreffen stattfinden. Die hessische Auftaktveranstaltung zum Ostermarsch 1965 werden wir am 20. März 1965 in der Paulskirche veranstalten.

Das war im Moment das Wichtigste.

Mit freundlichen Grüßen,

Fritz Straß

(Fritz Straß)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Om ED 718-23-68

Frau
Ann Werr MP

London SW 1
c/o House of Commons
Great Britain

13. Januar 1965
va/ha

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Ann Werr,

durch Peggy Duff erhielten wir heute die erfreuliche Mitteilung, daß Sie bereits bei der Auftaktveranstaltung der Kampagne für Abrüstung zum Ostermarsch 1965 am 31. Januar 1965 in Gelsenkirchen zu sprechen. Der Unterzeichnende dürfte Sie breits in Paris kennenlernen; wir saßen bei der Pressekonferenz am Vorstandstisch nebeneinander.

Nun zu den technischen details unserer Veranstaltung. Sie wird von 15 - 18 Uhr im Hans-Sachs-Haus Gelsenkirchen stattfinden. Sie steht unter dem Thema: Gegen die Verbreitung atomarer Waffen - für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.

Vor oder nach der Veranstaltung möchten wir gerne eine Pressekonferenz machen und wir sind deshalb sehr daran interessiert, daß Sie am 31.1.65 bereits am Vormittag anreisen können und Ihre Rückreise erst spät abends oder vielleicht sogar erst am 1.2.1965 antreten müssen. Wir können Ihnen für Ihre Reise zu uns die Flugkosten Touristenklasse von London nach Düsseldorf und zurück übernehmen. Teilen Sie uns bitte mit, um welche Uhrzeit Sie im Flughafen Düsseldorf eintreffen, damit wir Sie dort abholen und nach Gelsenkirchen bringen können.

Neben Ihnen wird evtl. ein polnischer Parlamentsabgeordneter sprechen und ein Redner der dänischen Kampagne. Von deutscher Seite spricht z u.a. Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller . Unter Berücksichtigung des Gesamtthemas würden wir es sehr begrüßen, wenn Sie in Ihrer Rede Möglichkeiten für eine stabile Friedensordnung in Mitteleuropa erörtern würden unter besonderer Beachtung der britischen Politik seit dem Sieg der Labour-Party.

- 2 -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Bitte lassen Sie uns bald an die Adresse Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Lohrweg 15, Postfach 648 Ihre Angaben zu unseren Vorschlägen und Fragen zugehen.

In aufrichtigem Dank für Ihre freundliche Zusage verbleiben wir

mit besten Grüßen,

K.V.

(Klaus Vack)
Geschäftsführer

ED 718-23-69

PS: I enclose a translation of this letter in English. Please do excuse the bad grammar - anyway the translation may help you along until you can arrange a better one yourself.

NS: Ich füge eine Übersetzung dieses Briefes in Englisch bei. Bitte entschuldigen Sie die schlechte Grammatik - die Übersetzung mag jedoch genügen, bis Sie sich selbst eine bessere besorgt haben.

---

14. 1. 65 - Maurer --- Originalbrief ab 15.1.65 7.00 Uhr Lupo/Express

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-70

Translation

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG, Zentraler Ausschuß, Offenbach, Germany

to Mrs. ANN KERR MP, London, Great Britain

from January 13th, 65

Dear Mrs. Ann Kerr M. P.,

from Peggy Duff we did receive the pleasing message today that you are prepared to adress the opening session of our Kampagne für Abrüstung to the Easter March 1965, on January 31st, at Gelsenkirchen. The signer of this letter was in favour of becoming acquainted with you in Paris: at the press conference we sat side by side at the committee's table.

Now for the technical datails of our arrangement: It will take place from 15 to 18 pm in the Hans-Sachs-Haus at Gelsenkirchen. The topic is: against diffusion ot atomic weapons - for a nuclear-free zone in middle Europa.

Before or after the meeting we would like to hold a press conferende and would therefore like it very much that you will arrive in the early morning of Jan. 31st already and take off for your home journey late in the evening or still better not before Feb. 1st.

Regarding the journey expenses, we could pay for your trip to us the plane fare/tourist class London - Düsseldorf and back. Please notify us from the time of your arrival at Düsseldorf airport so that we can pick you up there and see you to Gelsenkirchen.

Together with you there may be a Member of Parliament from Poland speak to the audience and a spaeker of the Danish campaign. From Germany, there'll speak D. Martin Niemöller, President of the World Conference of Church, and others. Seeing the topic in whole, we would be very glad e if you could show up possibilities of a stabilized peace scheme in central Europe in your speech, refferring esp. to the british politics since the winning of Labour.

Please send your notice in regard to our proposals and questions very soon to the adress Klaus VACK, 605 Offenbach 4, Lohrweg 15, Postfach 648, Deutschland.

With upright thanks for your friendly promise we remain

with the best wishes

K l a u s V a c k

Manager

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner

ED 718-23-71

Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Lohrweg 15, Postfach 648

Herrn
Horst Maurer

6 Frankfurt - Schwanheim
Am Ruhestein 43

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Telefon 883764 und 883913

Postscheck Hannover 239848
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto Braunschweig

13. Januar 1965
va/ha

14. 1. 65

Lieber Horst,

Du hattest mir am Telefon versprochen, für den beigefügten Brief an Ann Kerr die Übersetzung anzufertigen. Ich bitte Dich, die Arbeit sofort zu erledigen. Du benutzt für die Übersetzung am besten einen weißen Bogen und gibst eine kurze Einleitung, wo Du Dich evtl. auch für nicht ganz einwandfreies englisch entschuldigst. Auf meinen Brief schreibst Du unten in engl. Sprache als PS, daß die Übersetzung beigefügt ist. Ein Durchschlag des Briefes an Ann Kerr für Deine Akten. Schicke mir bitte einen Durchschlag der Übersetzung.

Vielen Dank und herzliche Grüße,

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maier, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Hans Konrad Tempel, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, D. E. Wolf.
Sprecher des Zentralen Ausschusses: Dr. Andreas Buro, 806 Dachau, Schwarzhölzstraße 20

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

ED718-23-72

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Arbeitskreis Bornheim

Maggie Jelinek
6 Frankfurt a/M
Wittelsbacher Allee 15a

11. 1. 65

Liebe Freunde,

auf unserer letzten Zusammenkunft wurde festgelegt, dass wir uns am

Mittwoch, den 13. Januar 1965 um 2o.oo Uhr

wieder im Haus der offenen Tür Bornheim, Ortenbergerstr. 4o, Naturfreunderaum, treffen wollten.
Mit diesem Schreiben möchte ich an diese Vereinbarung erinnern.

Hermann Sittner wird über die politische Entwicklung seit unserem letzten Treffen und die sich daraus ergebenden Notwenigkeiten kurz berichten.
In der Zwischenzeit fand insbesondere die NATO-Ratstagung in Paris statt, bei welcher einige unserer Freunde vor dem NATO-Hauptquatier demonstrierten. Vor uns steht vor allem die Ostermarsch-Auftaktveranstaltung am 31. Januar in Gelsenkirchen.

Da wir unsere Einladungen jeweils an einen sehr grossen Interessentenkreis verschicken, bitten wir alle diejenigen, welche kein Interesse an diesen Zusammenkünften haben, uns dies mittels einer Postkarte mitzuteilen. Diese Bitte sprechen wir besonders im Interesse unserer Finanzen aus. Die Karte wollen Sie bitte richten an

Hermann Sittner, Frankfurt a/M 2o
Fliederweg 17

Da die Besprechung sicherlich eine Reihe interessanter neuer Aufgaben stellen wird, hoffe ich, dass viele von Ihnen kommen werden.

Mit freundlichen Grüssen

Maggie Jelinek

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-73

INFORMATIONEN

ÜBER DIE KAMPAGNE

wer der sache der kampagne zustimmt ...

Die Kampagne für Abrüstung ist heute in der deutschen Öffentlichkeit nicht mehr ganz unbekannt. Immer mehr Bürger der Bundesrepublik fragen nach neuen Wegen zu einer Politik der Sicherheit, und viele von ihnen fragen zugleich, welchen Beitrag die Kampagne für Abrüstung hier leisten kann. Mit dieser Sondernummer unserer INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG möchten wir all jenen die freundschaftlich oder weniger freundschaftlich an der Kampagne interessiert sind, Struktur, Arbeitsweise und politische Zielsetzung unserer Kampagne vorstellen.

Die vorliegende Übersicht bietet dokumentarisches Material. Dabei muß leider vieles unberücksichtigt bleiben; es ist nicht möglich, auf so wenigen Seiten alle Aktionen, alle Erfolge - und alle Schwierigkeiten der Kampagne zu schildern.

Eine Bewegung, der es um stabile Friedenssicherung durch Abrüstung geht, hat es nicht leicht. Die Menschen brauchen Zeit, um sich umzustellen. Wer würde anderes erwarten, nach soviel Jahrhunderten, in denen Krieg als natürlich und kriegerisches Denken als selbstverständlich galten? Bewegungen, die neue Konzepte vertreten, machen zumeist einige Entwicklungsstadien durch. Zuerst werden sie belächelt oder verspottet - wer kennt nicht den Spruch von den guten, aber "wirklichkeitsfremden" Weltverbesserern. Werden solche Bewegungen dennoch mächtiger, so werden sie hart bekämpft. Auch die Kampagne für Abrüstung begegnet manchen Diffamierungsversuchen, ihre Mitarbeiter sind einigen Belastungen ausgesetzt. Immerhin scheint es so zu sein, daß einiges vom Konzept der Kampagne für Abrüstung schon ins dritte Stadium kommt, wo einst "unrealistisch" genannte Gedanken zur realistischen Selbstverständlichkeit werden. Davon spürt man etwas in der schon weitverbreiteten Redewendung: "Kein Mensch will heute mehr den Krieg!" Eine solche Einstellung kann aber nur ein Anfang sein. Mit der Abneigung gegen den Krieg allein ist es nicht getan. Auch die Kampagne für Abrüstung begnügt sich nicht mit dem Protest gegen eine Politik der Bombe, sie geht mehr und mehr dazu über, auch praktische Schritte zur Verhinderung des Krieges und für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung vorzuschlagen.

Am Beginn unserer Kampagne stand der Ostermarsch. Dieser Marsch ist ein wichtiges, aber nicht das einzige Mittel der Kampagne, die auf vielfältige Weise aufmerksam machen und unterrichten will. Dazu gehört die Demonstration, der Protest, und wenn notwendig, der Widerstand gegen gemeingefährliche Entwicklungen. Dazu gehört ebenso die Verbreitung von Informationen, die Diskussion und Ausarbeitung von konkreten Vorschlägen für eine Abrüstungspolitik, die ständige Aufklärungsarbeit bei einzelnen, bei Institutionen und Organisationen.

In der Kampagne haben sich Bürger unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Auffassungen auf bestimmte vordringliche politische Forderungen geeinigt und zu ihrer Durchsetzung verbündet. Gemeinsam ist ihnen allen das Mißtrauen gegenüber veralteten Schablonen eines militärischen Freund-Feind-Denkens und der Wunsch, unter den Bedingungen des Atomzeitalters neue Wege einer internationalen Friedensordnung zu finden. Die Kampagne arbeitet unabhängig von den Parteien, sie ergreift auch nicht Partei im Kalten Krieg. Sie beurteilt Fortschritte wie Rückschritte in Sachen Abrüstung auf allen Seiten und bei allen Staaten nach dem gleichen Maßstab.

Es hat in den letzten Jahren einige Fortschritte auf dem Weg zur Entspannung und Rüstungseinschränkung gegeben. Aber noch immer sind entscheidende Schritte zur Abrüstung hin nicht getan, im Gegenteil, atomare Rüstung breitet sich weiter aus. Kennedy hat einmal gesagt, eine Strategie des Friedens habe nur dann Erfolgschancen, wenn der fordernde und förderliche Druck der breiten Öffentlichkeit die Politiker beeinflusse. Genau hier sieht die Kampagne ihre Funktion. Wir können der Entspannung, der Abrüstung und einer stabilen Friedenssicherung näherkommen, wenn alle diejenigen, die der Sache der Kampagne zustimmen, die Kampagne zu ihrer Sache machen.

Dr. Andreas Buro
Sprecher der Kampagne für Abrüstung
in der Bundesrepublik Deutschland

... sollte die kampagne zu seiner sache machen

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG – OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER

Institut für Friedensforschung - Archiv

forderungen der kampagne für abrüstung

Im Ostermarschaufruf
1960

"Widerstand gegen atomare Kampfmittel jeder Art und jeder Nation."

Im Ostermarschaufruf
1961

"Herstellung, Erprobung und Lagerung von Atomwaffen – gleich an welchem Ort und in welcher Hand – sind eine Bedrohung des Lebens dieser Welt. Im Namen der Vernunft und der Menschlichkeit wenden wir uns daher an alle Regierungen in Ost und West, auf jede militärische Verwendung der Atomenergie zu verzichten. Wir appellieren an unsere Bundesregierung durch Verzicht auf eine atomare Aufrüstung der Welt ein Beispiel zu geben."

Im Ostermarschaufruf
1962

"Sofortige und endgültige Einstellung aller Kernwaffenversuche

Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen

Vereinbarungen über die Bildung atomwaffenfreier Zonen

Allgemeine kontrollierte Abrüstung und Abschaffung aller vorhandenen Kernwaffen.

... wir fordern für Deutschland

Verzicht auf atomare Bewaffnung in ganz Deutschland

Verzicht auf die Stationierung atomar gerüsteter Truppen auf deutschem Territorium

Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa."

Im Ostermarschaufruf
1963

"Die Forderung nach einer Entspannungszone in Mitteleuropa werden die unabhängigen Atomwaffengegner in aller Welt im Jahre 1963 in den Mittelpunkt ihrer Aktionen stellen. Der Ostermarsch 1963 steht unter dem Motto:

Mitteleuropa – atomwaffenfrei
Mitteleuropa – militärisch verdünnte Entspannungszone
Mitteleuropa – Brücke zwischen Ost und West

Ein neuer Krieg in Mitteleuropa, gleichgültig ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Es muß daher in unserem Lande alles vermieden werden, was den politischen und militärischen Konfliktstoff in Mitteleuropa verschärft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf seinem Kongreß in Hannover die Bundesregierung und die politischen Parteien aufgefordert, eigene Initiativen zur Abrüstung zu ergreifen und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten. Dieser Forderung stimmen wir zu."

Im Ostermarschaufruf
1964

"Die Einstellung der Atomwaffentests ist vereinbart und weitere Entspannungsabkommen bahnen sich an. Damit wächst die Hoffnung, daß der atomare Krieg verhindert und der Friede erhalten werden kann. Die Völker atmen auf: Der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre ist Einhalt geboten – ein erster Schritt zur umfassenden und kontrollierten Abrüstung ist getan!

Diese Abkommen sind ein Zeichen der Einsicht jener Politiker, die einen Anfang gemacht haben, sie sind ebensosehr ein Erfolg jener Millionen von Menschen in vielen Ländern, die seit Jahren gegen die atomare Rüstungspolitik auftreten.

Der Friedensplan des Generalsekretärs der UNO zeigt den Weg, auf dem weitere Fortschritte der Abrüstungspolitik möglich sind. Dieser Plan sieht vor:

Beendigung der Atomwaffentests auch unter der Erde
Verbot der Verwendung von Nuklearwaffen im Kriege
Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen
Verträge über atomwaffenfreie Zonen.

Dieser Plan muß Wirklichkeit werden!

Wir erklären: Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik: dem Frieden der Welt zu dienen. Eine Politik der Abrüstung in Mitteleuropa kann verhindern, daß der demokratische Stil unseres Landes durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen abgebaut wird."

Diese Aufrufe zu den Ostermärschen wurden von vielen namhaften Bürgern der Bundesrepublik unterschrieben. 1964 waren es 8000 Unterzeichner – darunter:

Prof. Ernst Bloch; Wolfgang Neuss; Prof. Helmut Gollwitzer; Kirchenpräsident Martin Niemöller; Dr. Erich Kästner; Robert Jungk; Rolf Hochhuth; Ilse Aichinger; Carl Amery; Prof. Wolfgang Abendroth; Dr. Gerhard Szesny; Prof. Otto Pankok; Dr. Erich Müller-Gangloff, Leiter der evang. Akademie in Berlin; der Dominikanerpater Franziskus Strathmann; Pfarrer Horst Symanowski; Günther Eich; Max von der Grün; Erich Kuby; der "Pardon"-Verleger Hans A. Nikel; der Kabarettist Rolf Ulrich; der Gewerkschaftler Olaf Radke; Prof. Ewald Mataré; Prof. Friedrich Heer; Bürgermeister Karl Appelmann; Prof. Theodor Gläß; Min. Dirig. Hans Alfken; Prof. Alfred von Martin; Paul Schallück; Prof. Dietrich Goldschmidt; Gerhard Zwerenz; Gösta von Uexküll; Dr. Elisabeth Heimpel; Richard Münch; Rabbiner Dr. R. Geis.

Unter diesen 8000 Unterzeichnern befinden sich allein 452 Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, 183 Professoren und Dozenten, 46 Stadtverordnete, 529 Pädagogen, 280 Juristen und Rechtsanwälte, 180 Schriftsteller und Publizisten, 237 Intendanten, Schauspieler, Musiker und über 1100 Geistliche verschiedener Konfessionen.

Prof. Dr. Max Born und der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Baade erklärten ihre Übereinstimmung mit den Forderungen des Ostermarsches.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

CD718-23-74

In der Erklärung der Kampagne zur MLF

12.8.64

Multilaterale Atommacht und deutsch-französische atomare Rüstungspläne sind Hindernisse auf dem Weg zur Abrüstung!

Einige führende Politiker in der Bundesrepublik erheben neuerdings unverhüllt die Forderung nach Verfügung oder Mitverfügung über Atomwaffen. Der außenpolitische Experte der CSU, Freiherr von Guttenberg, hat eine deutsch-französische Atomwaffenpolitik gefordert und geäußert, die Bundesrepublik habe zwar auf die Produktion, nicht aber auf den Besitz von Atomwaffen verzichtet. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Dr. Barzel, hat die Forderung keineswegs ausgeschlossen, sondern lediglich dazu geraten, doch erst einmal abzuwarten, was in der Multilateralen Atommacht "drin" sei.

Das Projekt der Multilateralen Atommacht und das Projekt einer deutschen-französischen Atomwaffenpolitik (letzteres in jedem Falle erpresserisch gegen die USA gerichtet, um die MLF nach den Wünschen Bonner Politiker durchzusetzen) stellen schwere Hindernisse auf dem kaum begonnenen Weg zur internationalen Abrüstung dar.

Nach dem Moskauer Teststopabkommen bestand in aller Welt die begründete Hoffnung, daß es zu weiteren Vereinbarungen über Rüstungsstop und damit zur Minderung des Risikos eines atomaren Weltkrieges kommen könne. In Ost und West war man einig darin, daß ein Abkommen gegen die weitere Streuung von Atomwaffenbesitz ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur Abrüstung sei. Entgegen diesen Hoffnungen bestehen zur Zeit kaum noch Aussichten, daß es - etwa im Zuge der Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz - zu einem derartigen Abkommen kommt. Das Hindernis, das sich in den Weg stellte, ist das Projekt einer multilateralen Atommacht (= MLF).

Ernsthaftes Interesse an der MLF zeigt nur die Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Die USA und andere NATO-Staaten betreiben das Projekt MLF offenbar nur zögernd und nur deshalb, weil sie sonst eine nationale atomare Bewaffnung der Bundesrepublik oder eine deutsch-französische atomare Rüstungspolitik befürchten.

Kommt die MLF zustande, dann werden die Folgen sein:

Internationale Abrüstungsgespräche werden gestört;

die Forderung, jede Ausweitung nuklearer Bewaffnung zu vermeiden, wird westlicherseits durchbrochen;

eine Streuung des Atomwaffenbesitzes im Ostblock über die UdSSR hinaus wird wahrscheinlich;

jeder Ansatz einer Lösung der Deutschlandfrage wird auf noch längere Sicht unmöglich gemacht.

Diese Folgen der MLF sind umso wahrscheinlicher, als führende Politiker der Bundesrepublik deutlich zu verstehen gegeben haben, das jetzt noch vorgesehene Monopol der USA bei der Verfügung über den Einsatz der MLF müsse später abgebaut und aufgegeben werden.

Die MLF droht den Kalten Krieg wieder heraufzubeschwören, sie verschärft das Risiko eines nuklearen Konfliktes, sie versperrt jeden Weg zu einer Wiederannäherung an einen einheitlichen deutschen Staat.

Die deutsche Alternative zur multilateralen wie zur nationalen oder deutsche-französischen Atommacht ist der endgültige Verzicht auf jede Art von atomarer Bewaffnung in Deutschland und der Anschluß an eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen. Allein diese Politik liegt im Interesse Deutschlands und des Friedens der Welt.

In der Petition an den Deutschen Bundestag

Die Voraussetzung für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West ist, daß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden wird. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen, sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.

Unter den ersten zehntausend Unterschreibern befanden sich Harry Pross, Walter Dirks, Hans Magnus Enzensberger, Hinrich Oetjen, Philipp Pleß, Berthold Kiekebusch.

Der prominente katholische Publizist Walter Dirks, selbst Unterzeichner der Petition der Kampagne für Abrüstung, schrieb in den "Frankfurter Heften":
"Es sollte nicht mehr diffamierend sein, sich zu den Forderungen zu bekennen, die die Ostermarschierer vertreten und die nun in einer Eingabe an den Petitionsausschuß ihren Ausdruck gefunden haben. Darin wird der Bundestag gebeten, "auf die Beteiligung der Bundesregierung an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern und die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten."

Der Text dieser Petition kann zur Unterschrift bzw. zur Sammlung von Unterschriften bis zum 1.4.65 angefordert werden bei: Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Str. 5 oder bei den Regional-Ausschüssen der Kampagne - Anschriften siehe Seite 10.

Institut für Neue Soziale Bewegungen

kampagne gegen atomwaffen

...in ost

An den Ministerpräsidenten der UdSSR N. S. Chruschtschow

11.8.62

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Chruschtschow!

Wir bitten Sie, unverzüglich die Atomwaffenversuche in der UdSSR einzustellen, und durch großzügige Zugeständnisse in Fragen der Versuchsstopkontrolle zur Schaffung einer Vereinbarung über das Verbot von Kernwaffenversuchen beizutragen. Damit würden Sie der Welt ein echtes Beispiel konstruktiven Friedenswillens geben.

Wie eine große Verschwörung östlicher und westlicher Militärs mutet uns die jüngste Geschichte der atomaren Versuchsexplosionen an. Nachdem im vorigen Jahr die UdSSR das freiwillige Versuchsmoratorium gebrochen hatte, um die Stärke der UdSSR zu demonstrieren, wie ziemlich unverhüllt in Ihrer hiesigen Botschaft zum Ausdruck gebracht wurde, haben sich westliche Militärs die Chance sofort zunutze gemacht, um ihrerseits an der Vervollkommnung ihrer Kriegsmaschinerie weiterzuarbeiten. Die UdSSR hat ihnen mit ihren Versuchen dafür die Rechtfertigung geliefert. Die US-Versuche auf den Weihnachts-Inseln haben nun offensichtlich wiederum den östlichen Anhängern militärischer Stärke die Argumente für eine weitere Fortführung von Atombombenversuchen gegeben...

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen können die wechselseitig abgegebenen Erklärungen der Regierungen der USA und der UdSSR über das Verbrecherische der Atomversuche des anderen Landes nur wie ein Hohn auf den ernsten Friedenswunsch der Völker dieser Welt empfunden werden...

Reden, in denen der Friedenswille betont wird, begleiten die kriegerische Geschichte Europas nicht erst seit den Bemühungen des Völkerbundes. Wir, die Vertreter der jungen Generation, sind nicht mehr gewillt, uns mit Reden allein zufrieden zu geben. Wir verlangen von den heutigen Politikern des Ostens und des Westens nicht Reden, sondern Taten des Friedens. Nach Ihrer Rede in Moskau, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Chruschtschow, begannen die neuen Atomwaffenversuche der UdSSR.

Die junge Generation in den westlichen Ländern will nicht mehr nationalistischen Parolen folgen und sie ist bereit, für den Frieden Opfer auf sich zu nehmen. Sie fühlt sich aber von den Staatsmännern in Ost und West verraten, da diese ihren Reden keine Taten des Friedens folgen lassen.

Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, daß sich die Menschen im Westen, und zwar Arbeiter, Intellektuelle, Bauern und Unternehmer von den östlichen Atombomben genauso bedroht fühlen, wie die Menschen im Gebiet der sozialistischen Staaten durch die westlichen Atombomben. Für die jeweilige Gegenseite gibt es keine Massenvernichtungsmittel, die dem Frieden dienen, sondern nur Waffen, die zum Töten entwickelt, gebaut und bereitgestellt wurden ...

In der Bundesrepublik Deutschland treten wir auch jetzt wieder zum Tag des Beginnes des 2. Weltkrieges dafür ein, daß keine atomar bewaffneten Truppen auf deutschem Boden verbleiben, Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa getroffen werden und eine vollständige, weltweite kontrollierte Abrüstung vereinbart wird und stattfindet. Wir protestieren daher nicht nur einseitig gegen die Atomwaffenversuche der UdSSR, sondern wenden uns gegen solche tödlichen Experimente in aller Welt. Wir bezeichnen sie als Mord und Vorbereitung zu weiterem Völkermord, gleichgültig ob diese Teste von Ländern des Ost- oder Westblocks ausgeführt werden...

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Zentraler Ausschuß
gez. Dr. Andreas Buro

...in west

An die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, Bad Godesberg

Sehr verehrter Herr Botschafter! 30. 4. 1962

Mit tiefer Trauer nehmen wir zur Kenntnis, daß nun auch Amerika die Versuche mit Atomwaffen in größerem Maße wieder aufgenommen hat. Damit wird dem Wettrüsten in West und Ost ein neuer Impuls verliehen, der nur zu einer weiteren Verschärfung der Beziehungen zwischen den Atommächten führen kann. Die Wiederaufnahme der Versuche wird darüber hinaus auch der Sowjetunion als Argument dienen, um die Versuche fortzusetzen, wie es bereits von ihr angekündigt worden ist.

Wenn wir heute an Sie schreiben, verkennen wir nicht, daß das freiwillige Moratorium der Kernwaffenversuche nicht von Ihnen, sondern von der Sowjetunion zuerst verletzt worden ist, wobei festzustellen ist, daß sich im Bereich des Westens die Republik Frankreich niemals an diesen freiwilligen Verzicht gehalten hat. Wir haben damals in sehr deutlicher Form in unserem Schreiben an die Sowjetische Botschaft in Bonn, an den Parteitag der KPdSU und an den Ministerpräsidenten der UdSSR unsere Auffassung dargelegt. Trotzdem verurteilen wir die Wiederaufnahme der Tests durch Ihr Land auf das schärfste, da diese einerseits die Strahlungsschäden vergrößern - daher unser Slogan "Auch Teste sind Mord" - und andererseits nur dazu dienen, die militärischen Vernichtungsmittel weiter zu perfektionieren, obwohl diese bereits seit langem die Dimension des Unmenschlichen erreicht haben. Darüber hinaus werden durch die Versuche die Menschen in Ihrem Lande und den anderen westlichen Ländern nur noch mehr und ausschließlich auf die Stärke ihrer militärischen Einrichtungen bauen und nicht ihre Kräfte für die Lösung der Konflikte zwischen den Völkern mit nicht-militärischen Mitteln mobilisieren.

Wir halten es dagegen für richtig, wenn Sie, ohne Rücksicht auf das Verhalten der Sowjetunion, auf die Weiterführung Ihrer Atomwaffenversuche verzichten und stattdessen der Sowjetunion anbieten, Kontrollstationen in den Vereinigten Staaten zu unterhalten. Dies wird in so überzeugender Weise vor der ganzen Welt Ihre Bereitschaft zur Verständigung und zur Abrüstung beweisen, daß die Sowjets hierdurch und den moralischen Druck der Weltöffentlichkeit ebenfalls zur Einstellung der Versuche gezwungen werden. Eine solche Haltung würde der besten amerikanischen Tradition entsprechen. Es würde einen entscheidenden Einbruch in das Mißtrauen zwischen den Mächten darstellen und die Grundlage für das gegenseitige Vertrauen schaffen, das die Voraussetzung für die Lösung der großen Probleme zwischen den Völkern ist.

Die Atombombe jedoch wird keinen Beitrag hierzu leisten, sondern nur Ihnen, den Sowjets und uns eines Tages eine Weltkata-

Internationales Archiv

ED718-23-75

strophe präsentieren als bittere Rechnung dafür, daß kein Volk bereit war, den ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung zu gehen...

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hans-Konrad Tempel, Sprecher des Zentralen Ausschusses
Dr. Andreas Buro, Geschäftsf. des Zentralen Ausschusses

... in west

Der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Abrüstung nahm zur Force de Frappe mit folgender Erklärung Stellung: 26. 1. 64

Das Moskauer Abkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche, das einen ersten Schritt zur Abrüstung und Entspannung darstellt und von der Weltöffentlichkeit mit Freude begrüßt wurde, ist in Gefahr, wenn Frankreich seine geplanten Wasserstoffbombenversuche durchführt.

Das dringende Bemühen aller mit Frankreich verbündeten Staaten, die das Moskauer Abkommen unterzeichnet haben, muß deshalb sein, die französische Regierung von ihrem Vorhaben abzubringen und sie zur Unterzeichnung des Moskauer Abkommens zu bewegen.

Die Kampagne für Abrüstung sieht es bei ihren Aktionen im Jahre 1964 als eine wichtige Aufgabe an, auf die Gefahr hinzuweisen, die aus der bisherigen Haltung Frankreichs in dieser Frage entsteht, und darauf hinzuwirken, daß die Gefahr abgewendet wird.

... in ost

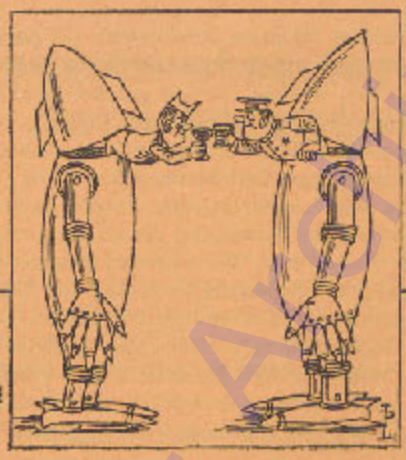
An den Ministerpräsidenten der Volksrepublik China

20.10.64

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident,

die Nachricht von der ersten chinesischen Atombombenexplosion veranlaßt uns, Ihnen zu schreiben. Wir glauben, daß diese Explosion eine Entwicklung bestärken wird, die sich für die Menschheit und auch das chinesische Volk unheilvoll auswirkt. Das Verderbliche dieser Entwicklung liegt nicht nur in den Schäden, die durch die Radioaktivität in der Lufthülle schon heute erheblich sind, sondern vor allem darin, daß durch den Aufbau einer eigenen chinesischen Atommacht sowohl den westlichen Ländern wie auch der UdSSR ein neuer Vorwand geliefert wird, keine konkreten Schritte zur Abrüstung zu tun, das Wettrüsten weiterzutreiben und die Gefahr einer Katastrophe zu vergrößern.

Es werden aber auch durch das französische und das chinesische Beispiel alle diejenigen Nationen zu atomarer Rüstung ermutigt, die bisher hierfür noch nicht ihre industrielle Kraft eingesetzt haben. Dazu gehören zweifellos bedeutende Industrienationen. So zum Beispiel unser eigenes Land, in dem ebenfalls ein gefährlicher Trend zu atomarer Bewaffnung vorhanden ist, wie es sich gerade in diesen Monaten bei den Verhandlungen über die MLF erweist. Die weitere Ausbreitung von Atomwaffen widerspricht aber auch dem vielfach geäußerten Wunsch der Völker, wie auch den Beschlüssen der UNO und der blockfreien Staaten...



Zum Wohle, Mensch!
Leger - SZ 1.1.64

Wir bedauern, daß die Volksrepublik China trotz ihrer großen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung bisher von vielen Staaten noch nicht anerkannt worden ist und nicht den ihr zustehenden Sitz in der UNO erhalten hat. Die USA haben zweifellos unrecht gehandelt, indem sie die allgemeine Anerkennung Ihrer Regierung und deren Aufnahme in die UNO verhinderten. Erfreulicherweise hat sich jedoch in den letzten Jahren auch bei den westlichen Staaten mehr und mehr die Erkenntnis durchgesetzt, daß der Volksrepublik China nicht die Anerkennung vorenthalten werden darf, und zwar unabhängig vom Besitz von Atomwaffen oder gar einer effektiven nuklearen Streitmacht. ...

Seit vielen Jahren verkünden Regierungen in Ost und West, daß ihnen nichts weiter als die kontrollierte Abrüstung und die Friedenssicherung am Herzen läge. Trotzdem ist kein wesentlicher Schritt zur Abrüstung getan worden. Stattdessen hat das größte Wettrüsten stattgefunden, daß die Welt je erlebt hat. Wir glauben daher den Staatsmännern nur noch Taten.

Ihr Verhandlungsangebot wird somit erst Vertrauen bei den Völkern erwecken, wenn Sie nicht mehr die Kraft Ihres Volkes auf den Bau von Atomwaffen, sondern auf die Schaffung einer stabilen Friedenssicherung konzentrieren. Wir glauben, daß die Volksrepublik China als volkreichstes Land der Erde es wagen kann, auf die herkömmlichen militärischen Machtattribute zu verzichten und stattdessen energisch, sachlich und glaubhaft mit Taten für den Weltfrieden einzutreten...

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Dr. Andreas Buro

... in ost und west

Erklärung der Kampagne für Abrüstung zur Cuba-Krise

Angesichts der Cuba-Krise stellen wir fest

- daß sich die Bürger der Sowjetunion von den amerikanischen Militärstützpunkten und Raketenbasen in aller Welt mit Recht genauso bedroht fühlen wie die Amerikaner durch den Bau von sowjetischen Raketenbasen in Cuba.
- die weitgehende Verantwortlichkeit der USA für die heutige Situation in Cuba, die durch ihr Verhalten die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten dieses Landes außerordentlich erhöht hat.
- daß die USA den cubanischen Vorschlag, die Insel völlig abzurüsten, wenn Amerika dafür eine Nichtangriffsgarantie übernimmt, zunächst abgelehnt haben und nach den Äußerungen maßgeblicher amerikanischer Politiker das Ziel verfolgen, die derzeitige cubanische Regierung zu stürzen.
- daß der Bau von Raketenbasen auf Cuba durch die Sowjetunion nicht in Einklang steht zu ihren sonstigen Erklärungen zum Frieden, wie sie in ihren Vorschlägen für die vollständige Abrüstung und in den Verlautbarungen der Kongresse für allgemeine Abrüstung und Frieden vorliegen.

Internationale Zeitschriften - Archiv

In dieser Situation unterstützen wir gemeinsam mit unseren Freunden in aller Welt die Bemühungen um die Entschärfung der Situation, wie sie von den zwischen den Fronten stehenden Kräften der UNO, den neutralen Staaten und den unabhängigen Bewegungen für Abrüstung, deren hervorragendster Vertreter Nobelpreisträger Earl Bertrand Russell ist, ausgehen. Wir erkennen ihre Bemühungen an, eine Politik zu entwickeln, die die Einplanung und Androhung der atomaren Vernichtung ganzer Völker ausschließt. Wir erkennen aber auch die in letzter Minute gezeigte Kompromißbereitschaft des Präsidenten der USA und des sowjetischen Ministerpräsidenten. Sowohl die Nicht-Angriffsgarantie gegenüber Cuba durch die USA wie auch die Bereitschaft der UdSSR, unter dieser Voraussetzung die Raketenbasen in Cuba unter Aufsicht der UNO abzubauen, werten wir als einen Akt staatsmännisch verantwortlichen Handelns.

zitate zur abrüstung

Der 6. Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes sagt im "Appell an alle, die guten Willens sind":

"... Gewalt als Mittel der Politik hat in der Welt nichts mehr zu suchen.

Die deutschen Gewerkschaften sind der Auffassung, daß der Weltfrieden nicht durch verstärkte militärische Rüstungen gesichert werden kann, sondern nur durch die ungehinderte Ausdehnung des sozialen Fortschritts und die ständige Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen in allen Ländern.

Die Bundesregierung und der Bundestag haben die Verantwortung und die Verpflichtung, mit größter Aktivität und durch geeignete Maßnahmen für die Erhaltung des Friedens und für die Einstellung des Wettrüstens in der Welt einzutreten. Der Bundeskongreß erwartet von der Bundesregierung und den politischen Parteien der Bundesrepublik eigene Abrüstungsinitiativen und den Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Der Bundeskongreß wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Fortsetzung des Wettrüstens in Ost und West der zweigeteilten Welt.."

In der Friedensenzyklika Pacem in terris von Papst Johannes XXIII. heißt es:

"... Deshalb fordern Gerechtigkeit, gesunde Vernunft und Rücksicht auf die Menschenwürde dringend, daß der allgemeine Rüstungswettlauf aufhört; daß ferner die in verschiedenen Staaten bereits zur Verfügung stehenden Waffen auf beiden Seiten und gleichzeitig vermindert werden; daß Atomwaffen verboten werden; und daß endlich alle auf Grund von Vereinbarungen zu einer entsprechenden Abrüstung mit wirksamer Kontrolle gelangen..."

Aus dem Godesberger Grundsatzprogramm der SPD:

"... Die Sozialdemokratische Partei fordert die völkerrechtliche Ächtung der Massenvernichtungsmittel auf der ganzen Welt. Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen..."

Einseitige Abrüstung?

Der Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik ist oftmals der Vorwurf gemacht worden, die Kampagne propagiere Abrüstungsmaßnahmen "unilateral" und offenbare dadurch, daß es ihr im Grunde um eine einseitige Schwächung westlicher Widerstandsfähigkeit zu tun sei.

Welchen Standpunkt nimmt in dieser Sache die Kampagne wirklich ein? In den "Grundsätzen" der Kampagne ist der "Widerstand gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in West und Ost" festgelegt und folgenderweise konkretisiert: "Wir fordern den Verzicht auf jegliche militärische Verwendung der Atomenergie in Ost und West und appellieren... an unsere Bundesregierung, durch Verzicht auf eine atomare Aufrüstung mit gutem Beispiel voranzugehen."

Bei dem Versuch, aus dieser generellen Forderung nun praktische Vorschläge für eine Politik der atomaren Abrüstung abzuleiten, hat die Kampagne - so etwa in den jeweiligen "Aufrufen zum Ostermarsch" - sehr wohl die realen derzeitigen Bedingungen internationaler Politik, unter denen Abrüstungsforderungen formuliert werden, berücksichtigt. Im "Aufruf" findet sich keine Forderung, deren Realisierung eine einseitige Abrüstung des Westens bedeuten würde. Gefordert werden u.a.: Verzicht auf atomare Abrüstung Deutschlands; atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa; weitere internationale Vereinbarungen zum Abbau der atomaren Rüstung. Die letzte Forderung ist ohne weiteres als "zweiseitig" erkennbar. Die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa wird von Politikern in Ost und West gerade mit dem Argument verlangt, daß auf diese Weise praktische Schritte der Abrüstung in einem bestimmten Raum geschehen können, ohne daß im großen Gleichgewicht der Kräfte Verschiebungen zugunsten der einen oder anderen Seite eintreten. Die Forderung nach dem Verzicht auf deutsche Atombewaffnung schließlich richtet sich wiederum nicht gegen jenes "Gleichgewicht", sondern richtet sich gegen eine Politik der Streuung von Atomwaffen, die katastrophale Extratouren möglich macht und den Abrüstungsvereinbarungen der Großmächte aufs äußerste hinderlich ist. (Genauso, wie die Nuklearpolitik Frankreichs und Chinas solche Abrüstungsvereinbarungen außerordentlich erschwert.)

Wir sehen also, daß die konkreten Vorschläge für eine Abrüstungspolitik, die von der Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik kommen, nicht "einseitige Abrüstung" verlangen, sondern von dem Konzept ausgehen, daß Abrüstung auf dem Wege mehrseitiger Vereinbarungen erreicht werden kann. Hierbei ist nicht nur an Vereinbarungen zwischen den beiden "Großen", d.h. den USA und der UdSSR gedacht, sondern ebenso an Verträge zwischen anderen Staaten oder Staatengruppen in Ost und West und aus dem Kreis der neutralen Staaten, schließlich auch an Vereinbarungen, die - wie der Moskauer Teststopvertrag - darauf hinzielen, möglichst alle Staaten der Erde einzubeziehen. Die Garantie solcher Abkommen durch die UNO dürfte dabei immer eine besonders positive Rolle spielen.

Dieses Prinzip der Mehrseitigkeit schließt durchaus ein, daß in bestimmten Situationen der eine oder andere Staat sich zu Vorleistungen für Abrüstungsvereinbarungen entschließen soll. te. Solche Vorleistungen können das Klima für Verhandlungen über Fragen, die komplizierter sind, entscheidend verbessern; Abrüstungsgespräche können durch erste Schritte neu in Gang

Internationales Archiv

ED718-23-76

zum politischen standort der kampagne

gebracht werden; das Mißtrauen der anderen Seite kann durchbrochen werden. Die wichtigste und überall auf der Welt immer stärker geforderte "Vorleistung" ist der Verzicht all jener Staaten, die zur Zeit keine atomaren Waffen besitzen, auf den Versuch, sich in den Klub der Nuklearbewaffneten hineinzudrängen und damit die Abrüstung noch mehr zu erschweren.

Wenn die Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik auch nicht – wie etwa die britischen Atomwaffengegner – für einseitige Abrüstung eintritt, so erkennt sie doch an, daß die ehrliche Forderung nach einseitiger Abrüstung immerhin das starre Denkschema traditionaler "Sicherheitspolitik", die ihrerseits einseitig militärisch orientiert ist, aufgebrochen hat.

Kampagne – demnächst eine Partei?

In jüngster Zeit ist an die Kampagne für Abrüstung von verschiedenen Seiten die Frage nach ihrer Stellung zu den politischen Parteien herangetragen worden. Der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Abrüstung hat zu dieser Frage folgende Stellungnahme abgegeben:
In der Kampagne für Abrüstung haben sich Bürger unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Auffassungen auf bestimmte vordringliche politische Forderungen geeinigt und zur Durchsetzung dieser Forderungen verbündet. Die Kampagne für Abrüstung hat sich zum Ziel gesetzt, die Friedenssicherung durch Entspannung und Abrüstung Kriterium politischer Entscheidungen werden zu lassen. Die Kampagne identifiziert sich bei ihrer Tätigkeit mit keiner politischen Organisation oder politischen Partei, sie wirbt nicht für einzelne von ihnen und versucht auch nicht, ihnen Mitglieder abzuwerben oder zuzuführen. Die Kampagne sieht ihre Aufgabe darin, im vorparlamentarischen Raum an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Sie hat nicht die Absicht, eine politische Partei zu werden oder zu bilden; der Kampagne geht es darum, die politischen Verbände und Parteien in der Bundesrepublik möglichst umfassend zu einer Politik der konsequenten Friedenssicherung zu bewegen, die nur durch Entspannung und Abrüstung erreicht werden kann. 8. 10.64

Östliche Bombe weniger gefährlich?

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Grotewohl 28.7.63

Der Zentrale Ausschuß des Ostermarsches der Atomwaffengegner, Kampagne für Abrüstung, dankt Ihnen für Ihr Schreiben und hat das von Ihnen erwähnte Programm des Friedens mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Der Zentrale Ausschuß begrüßt Ihre Entschlossenheit zum Verzicht auf Atomwaffen und zum Rüstungsstopp.

In Ihrem Schreiben haben Sie dem Ostermarsch Ihre Sympathie ausgesprochen und betont, daß die Politik des Ostermarsches ein fester Bestandteil der Regierungspolitik der DDR sei und Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß unsere politische Haltung von Ihnen aktiv unterstützt würde. Nach unserer Auffassung läßt eine ideelle Übereinstimmung mit den Forderungen der Kampagne noch keine Identifizierung mit ihren Zielen zu, solange keine konkrete Verwirklichung ihrer politischen Forderungen und kein Abbau der Militarisierung des zivilen Lebens und des Kalten Krieges als erster Schritt und als Zeichen des guten Willens sichtbar wird.

Wir gestatten uns daher noch einmal, Ihnen die Position der unabhängigen Atomwaffengegner in der Bundesrepublik darzulegen, um eine klare Interpretation unserer Haltung zu ermöglichen.

1. Der Widerstand der Kampagne richtet sich mit derselben Entschiedenheit gegen die Aufrüstungs- und Atomwaffenpolitik unseres Landes, der BRD, wie gegen gleichartige politische Auffassungen und Maßnahmen in allen anderen Ländern. Wir lehnen die Lagerung, Herstellung und Erprobung von Atomwaffen jeder Nation in West und Ost ohne jede Einschränkung ab.

2. Für uns sind die sowjetischen Atomwaffen kein Mittel der Friedenspolitik, als die sie Ministerpräsident Chruschtschow am 10. Juli 1962 hingestellt hat. Genausowenig werden wir die Atomwaffen der Vereinigten Staaten als Mittel einer Friedenspolitik akzeptieren. Die Gefahr eines Atomkrieges entsteht durch die Bereitschaft, einen Atomkrieg zu führen, gleichgültig was verteidigt werden soll und aus welchen Motiven. Wir meinen auch, daß die Bombe nicht deshalb ungefährlich wird, weil sie im Besitz einer Nation ist, in der wirtschaftliche Interessengruppen außerhalb der Regierung keinen Einfluß auf die Politik ausüben können.

3. Wir lehnen konsequenterweise auch die Rüstungs- und Atomwaffenpolitik aller Bündnissysteme ab, dieselben Vorbehalte, die wir gegenüber der NATO haben, haben wir auch gegenüber dem Warschauer Pakt, weil beide die Abschreckung für notwendig und friedenserhaltend ansehen.

4. Unsere Position im Spannungsfeld zwischen West und Ost ist mit der der blockfreien Staaten zu vergleichen, die vermittelnd zwischen Ost und West wirken wollen. Wie diese halten wir mit der nötigen Differenzierung die Friedenspolitik beider Seiten des Kalten Krieges für nicht ausreichend. Die von uns vertretene Forderung zum Brückenschlag ist unvereinbar mit einer politischen Haltung, die der Gegenseite aggressiv gegenübertritt, die Fehler nur bei den anderen sucht und ihren Friedenswillen nicht ernst nimmt.

Wir wollen uns in der BRD darum bemühen, daß man sich kein verzerrtes Bild von der Gegenseite macht, daß unser Wille zur Abrüstung auch den anderen Völkern glaubhaft wird und daß konkrete Schritte zur Abrüstung und Entspannung unternommen werden. Wir bitten Sie, in Ihrem Lande dasselbe zu tun.

Im Auftrag des Zentralen Ausschusses Dr. Andreas Buro

Nicht engagiert im Kalten Krieg

Erklärung des Geschäftsführers des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Dr. Andreas Buro.

In Verbindung mit den Ostermärschen ist der Kampagne für Abrüstung von westlicher Seite der Vorwurf gemacht worden, kommunistisch unterwandert zu sein, mit den Parolen des Kommunis-

Archiv für Friedenspolitik

mus zu liebäugeln oder dem Ostblock Handlanger-Dienste zu leisten. Für diese Behauptungen konnten allerdings keine stichhaltigen Beweise geliefert werden. Stattdessen wurde die belegbare, sehr eindeutige und unabhängige Haltung der Kampagne auch gegenüber der Rüstungspolitik der Ostblockstaaten verschwiegen.

Nun ist sinngemäß die gleiche Behauptung auch von einem maßgeblichen Sprecher der DDR aufgestellt worden. Nach den der Kampagne vorliegenden Meldungen hat Gerhard Eisler in der in Ost-Berlin erscheinenden Berliner Zeitung die Teilnehmer der Ostermärsche als "Verbündete der DDR" bezeichnet und zum Ausdruck gebracht, daß sie sich auf die "Macht des sozialistischen Lagers" stützten.

Wir weisen die Behauptung von Herrn Eisler zurück und stellen fest, daß die Behauptungen nicht der Wahrheit entsprechen. Wir begründen dies wie folgt:

1. Eine Kampagne für Abrüstung, die sich nachweislich gegen Atomwaffen, Wettrüsten und Rüstungspolitik in Ost und West mit gleicher Entschlossenheit richtet, kann nicht Verbündeter einer Regierung wie der DDR-Regierung sein, die sich selbst am Wettrüsten beteiligt, die Militarisierung des öffentlichen Lebens betreibt und ihrerseits keineswegs Stellung gegen die Atomwaffen in dem Bereich ihres Militärbündnisses bezieht...

2. Die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner stützt sich in keiner Weise auf das sozialistische Lager, sondern auf die Vernunft und Einsatzbereitschaft von Einzelpersönlichkeiten in der Bundesrepublik, die die Notwendigkeit einer Kampagne für Abrüstung erkannt haben und entsprechend handeln. Die Kampagne für Abrüstung lehnt den Kalten Krieg konsequent ab und ist in ihm nicht einseitig engagiert. ..

Die Diffamierung durch westliche und östliche Sprecher soll offenbar die Kampagne für Abrüstung politisch isolieren. Dies würde das Eindringen einseitig gebundener Kräfte in die Kampagne erleichertn, auf die dann wieder von beiden Seiten hingewiesen werden kann. Diese gemeinsame Taktik westlicher und östlicher Sprecher ist bisher jedoch wirkungslos geblieben. Dies zeigt sich unter anderem aus der großen Unterstützung, die der Aufruf zum Ostermarsch 1964 aus allen Schichten der Bevölkerung erhalten hat. Unabhängig von allen Diffamierungsversuchen wird die Kampagne für Abrüstung ihre neutrale Position beibehalten, um der Entspannung und Abrüstung sachlich dienen zu können.

München, 4. 4. 64

gez. Dr. Andreas Buro

zur geschichte der kampagne

An den Märschen, Kundgebungen und sonstigen Veranstaltungen in Verbindung mit den Osterdemonstrationen beteiligten sich

1960	etwa 1 000 Personen
1961	etwa 25 000 Personen
1962	etwa 40 - 50 000 Personen
1963	etwa 60 - 70 000 Personen
1964	etwa 100 000 Personen.

Der erste Anstoß kam aus Großbritannien, wo - zeitlich parallel zur ersten deutschen Anti-Atombewegung (Kampf dem Atomtod oder Paulskirchenbewegung), die damals von DGB und SPD weitgehend gestützt und finanziert wurde - die Campaign for Nuclear Disarmament (CND) vor allem unter jungen Menschen, in den Gewerkschaften und der Labour-Party rasch breiten Einfluß gewann und mit dem jährlichen Aldermaston-Marsch zu einem politischen Faktor wurde.

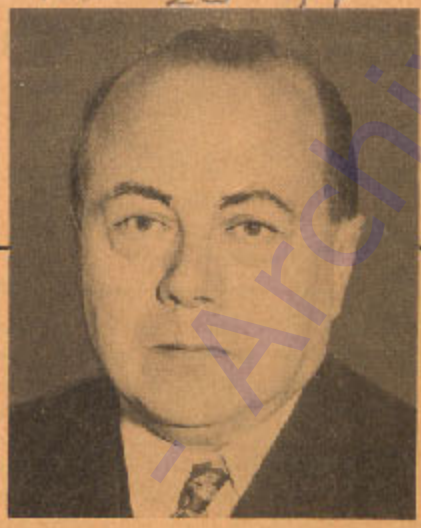
Die Anregungen aus England führten zu dem ersten deutschen Ostermarsch im Jahre 1960. Initiatoren waren die Hamburger Lehrer Hans-Konrad Tempel und Helga Stolle. Der erste Marsch war auf Norddeutschland beschränkt und die Teilnehmerzahl noch sehr gering. Der Gedanke fand jedoch ein großes Echo. 1961 bereits wurden Märsche in fast allen Teilen der Bundesrepublik ausgeführt. 1961 waren auch erstmals diejenigen Teile der Paulskirchenbewegung beteiligt, die an der Ablehnung der atomaren Bewaffnung Deutschlands festhielten. Bedeutende Personen stellten sich dem Kuratorium des Ostermarsches zur Verfügung. Große Organisationen, wie die Kriegsdienstverweigerer-Verbände, die Naturfreunde-Jugend und die Falken unterstützten die Kampagne.

Der zahlenmäßige Erfolg des Ostermarsches 1961 und die allge-

Netzwerk für Zeitgeschichtliches Archiv

ED 718-23-77

Anthony Greenwood, britischer Minister und einer der Vorsitzenden der Labour-Party sagte:
"Wir haben uns zusammengefunden und wir werden an Ostern marschieren, nicht als Kameraden in Waffen, sondern als Kameraden gegen die Waffen. Überall in der Welt werden Millionen für dieses Ziel marschieren. Die Bewegung ging aus von Großbritannien, hat Wurzeln geschlagen in Frankreich und ist bereits zu einer starken oppositionellen Kraft in Deutschland geworden. Die Entwicklung unserer Bewegung in diesen drei Ländern wird die Weltlage revolutionieren."



Prof. Baade, Kiel, Bundestagsabgeordneter der SPD, weltbekannter Wirtschaftswissenschaftler, ist Autor des Buches "Der Wettlauf zum Jahre 2000": "Sie wissen, wie sympatisch ich Ihren Bestrebungen gegenüberstehe. Ich würde mich freuen, wenn es diesmal mein Terminkalender erlauben wird, daß ich selbst am Ostermarsch teilnehme." Zu dem Argument, daß der SPD-Vorstand die Beteiligung von Kommunisten beim Ostermarsch fürchte und deshalb den Sozialdemokraten vom Ostermarsch abrate, meinte Baade: Da sei doch die beste Lösung, daß möglichst viele prominente Sozialdemokraten mitmarschieren.

---

meine politische Entwicklung ließen die Kampagne für viele politische Kräfte in der BRD interessant erscheinen. Dies brachte verschiedene Probleme mit sich, da Bestrebungen einsetzten, die Kampagne verstärkt in die eine oder andere Richtung zu drängen. Daß die Kampagne all diese Probleme so zu lösen verstand, daß der Ostermarsch 1962 ohne politische Konzessionen, ohne Einbuße an Unabhängigkeit und mit erheblichem Gewinn an Breite vor sich gehen konnte, spricht für die politische Koexistenz der Zielsetzungen.

Mit der Festigung der politischen Unabhängigkeit der Kampagne wurde auch die politische Aussage konkretisiert, wobei der reine Protest in den Hintergrund trat und die Betonung sich immer mehr auf positive erste Schritte zur Lösung der gegenwärtigen Probleme verlagerte. Im Verlauf dieser Bemühungen wurde auch der Name der Bewegung erweitert und der Bezeichnung "Ostermarsch der Atomwaffengegner" der Name "Kampagne für Abrüstung" vorangestellt.

Die politische Unabhängigkeit, die zunehmende Präzisierung der Forderungen und die Umsetzung des Protestes gegen die Bombe in positive und praktische Vorschläge für eine Abrüstungspolitik erklären den weiteren Erfolg der Bewegung. 1962, 1963 und 1964 erweiterten sich die Teilnehmerzahlen erheblich, so daß

---

eine weltverbreitete, der CDU nahestehende Leitartikelkorrespondenz schrieb: "Die Ostermarschierer sind allem Anschein nach weit über das Sektierertum hinausgekommen - anders läßt sich das Ansteigen dieser Bewegung nicht erklären."

Seit dieser Feststellung hat die Kampagne eine Fülle von Zustimmungserklärungen erreicht. Insbesondere die Gewerkschaftsjugend der verschiedenen IG, die Naturfreundejugend und Gruppen der Jungsozialisten und der Falken haben sich in vielen Beschlüssen für ihre Unterstützung ausgesprochen.

Von Beginn an hat die Kampagne ihre internationalen Beziehungen systematisch ausgebaut. Sie ist in die Europäische Föderation gegen Atomrüstung und die Internationale Konföderation für Abrüstung und Frieden aufgenommen worden, wo sie mit gleichgesinnten Organisationen aus vielen Teilen der Welt zusammenarbeitet. Der weltweiten Bedrohung durch die Militär-Allianzen soll eine internationale Kampagne für Abrüstung entgegengesetzt werden.
In der Bundesrepublik aber ist aus den Ostermärschen längst eine permanente Kampagne geworden, die sich in nüchterner Arbeit darum bemüht, daß auch von Deutschland ein Beitrag zu der Lösung unserer gegenwärtigen Probleme - insbesondere der Befreiung der Menschheit vom Krieg - geleistet wird.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

organisatorisches

Die Ostermärsche sind in der Bundesrepublik entstanden auf Grund der freien Initiative einzelner, die spontan, privat und ohne den Beschluß irgendeiner Organisation zu dieser Form einer Kampagne für Abrüstung aufriefen. Die Initiatoren sind darum bemüht, diesen Charakter der freien Initiative einzelner auch in der Struktur der Arbeit der Kampagne sichtbar werden zu lassen. Im Unterschied zu allen anderen Organisationen ist daher die Kampagne keine Mitgliederbewegung. Mitarbeiten kann grundsätzlich jeder, der die Grundsätze des Ostermarsches bejaht, d.h. vor allem, der keinen Zweifel läßt an der unterschiedslosen Ablehnung der Politik mit der Bombe im Osten und im Westen.

Die Kampagne gliedert sich in folgende Gremien:

1. Bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bilden zum Zwecke der Repräsentation das Kuratorium und bürgen mit ihrem Namen für die politische Unabhängigkeit der Kampagne für Abrüstung.

2. Das Führungsgremium auf Bundesebene ist der Zentrale Ausschuß (ZA), der die politische Aussage des Marsches und der gesamten Kampagne festlegt und die Richtlinien für die organisatorische Planung ausarbeitet. Zwischen den ZA-Sitzungen nimmt ein vom ZA aus seinen Reihen gewählter Arbeitsausschuß die Aufgaben des ZA wahr. Dem ZA gehören an:

a) Der Sprecher, der den ZA leitet und ihn nach außen vertritt – Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Väst-Str. 5

b) Der Geschäftsführer – Klaus Vack, Offenbach.

c) Je drei Vertreter der zehn Regionalen Ausschüsse.

- Hamburg / Schleswig-Holstein: Hans Jürgen Willenberg, 24 Lübeck, Wendische Str. 61
- Bremen: Detlef Dahlke, 28 Bremen, Wilh.-Wolters-Str. 50 a
- Niedersachsen: H.G. Friedrich, 33 Braunschweig, Schunterstraße 57
- Nordrhein-Westfalen: Frank Werkmeister, 463 Bochum, Wittener Str. 183
- Hessen/Rheinland: Klaus Vack, 605 Offenbach, Waldstr. 99
- Baden/Pfalz/Saar: Dr. Hannelis Schulte, 6904 Ziegelhausen bei Heidelberg, Sitzbuchweg 14
- Württemberg/Bodensee: Alfred Riedel, 7 Stuttgart-Bad Cannstatt, Kienbachstraße 57
- Bayern – Nord: Horst Klaus, 85 Nürnberg, Heimgartenweg 58
- Bayern-Süd: Gerhard Schmid, 89 Augsburg, Branderstr. 28
- Berlin: Franziska Menzel, 1 Berlin 12, Schlüterstr. 48

d) Je ein Vertreter der unterstützenden Organisationen: diese sind zur Zeit: Deutsche Friedensgesellschaft, Internationaler Versöhnungsbund, Verband der Kriegsdienstverweigerer, Internationale der Kriegsdienstgegner, Naturfreundejugend, Kirchliche Bruderschaften, Sozialistischer Deutscher Studentenbund, Kampfbund gegen Atomschäden, Komitee gegen Atomrüstung (München) und die Quäker.

e) Die Kuratoren haben Zugang zu jeder Sitzung des ZA.

Prof. H. Gollwitzer

"... endlich einmal muß man nicht Deckung nehmen, wenn Deutsche zu marschieren anfangen. Diesmal marschieren sie nicht, bis alles in Scherben fällt, sondern damit nicht alles – wieder und noch mehr! – in Scherben fällt. Diejenigen Deutschen marschieren, die früher als die Mehrheit gemerkt haben, worum es heute geht. Es ist die Demonstration der Vernunft, der Freiheit und der wahren Vaterlandsliebe."

3. Örtliche Ausschüsse sind die Arbeitsgruppen der Mitarbeiter der Kampagne, die die organisatorische Arbeit leisten und die Kampagne ausbreiten helfen. Örtliche Ausschüsse bestehen in allen Großstädten der Bundesrepublik.

4. Die zehn Regionalen Ausschüsse koordinieren die Arbeit in den jeweiligen Regionen. Sie setzen sich in der Regel zusammen aus je zwei Vertretern der in der Region arbeitenden Örtlichen Ausschüsse. Die Regionalen Ausschüsse können Örtliche Ausschüsse, die gegen die Grundsätze des Ostermarsches verstoßen, auflösen.

Die Arbeit des Ostermarsches wird unter dem Zeichen der Internationalen Atomwaffengegner und der Internationalen Kampagne für Abrüstung durchgeführt. Das Zeichen stellt die beiden Buchstaben N D (Nuclear Disarmament = Atomare Abrüstung) des Flaggenalphabetes dar.

Die Finanzierung der Kampagne erfolgt durch freiwillige Spenden von Förderern der Kampagne, die an keine politischen Bedingungen geknüpft sein dürfen.

KURATORIUM DER KAMPAGNE

Frank Allaun, House of Commons, London; Stefan Andres, Rom; Hedwig Born, Bad Pyrmont; Dr. Margherita von Brentano, Berlin-Dahlem; Benjamin Britten, Aldburgh/Suffolk/England; L. John Collins, Domherr, London; Herbert Faller, Frankfurt/M; Professor Dr. Ossip K. Flechtheim, Berlin; Christian Geißler, München; Prof. D. Helmut Gollwitzer, Berlin; Dr. Werner G. Haverbeck, Valdorf; Prof. Dr. Gustav Heckmann, Hannover; Prof. Dr. Hans-Joachim Heydorn, Frankfurt; Heinz Hilpert, Intendant, Göttingen; Dr. Robert Jungk, Wien; Dr. Erich Kästner, München; Dr. Arno Klönne, Bochum; Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg DD, Dortmund; Christel Küpper, München, Dr. Armin Prinz zur Lippe, Detmold; Prof. Wilhelm Maler, Hamburg; Doz. Dr. med. Bodo Manstein, Detmold; Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden; Professor Katharina Petersen, Hannover; Earl Betrand Russell, O.M., F.R.S., London; Prof. Dr. L. Ruzicka, Zürich; Oberbürgermeister i.R. Robert Scholl, München; Martin Schröter, Studentenpfarrer, Heidelberg; Konrad Tempel, Ahrensburg/Holst.; Helga Tempel-Stolle, Ahrensburg/Holst.; Prof. Dr. Johannes Ude, Grundlsee/Österreich; Prof. Dr. Heinrich Vogel, Berlin; Prof. Dr.Dr. Fritz Wenzel, Braunschweig; Prof. D. E. Wolf, Göttingen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-78

Bertrand Russell

Martin Niemöller

Als 1963 den englischen Atomwaffengegnern die Einreise in die Bundesrepublik nicht gestattet wurde, telegraphierte Russell: "Wenn mir mein hohes Alter eine größere Reise nicht verbieten würde, würde ich sofort in die Bundesrepublik einreisen, um zu protestieren." Der Philosoph Russell rief auch 1964 zur Beteiligung am Ostermarsch auf, da "die Kampagne für Abrüstung gerade in Deutschland eine entscheidende Verantwortung habe."

"... Wir rüsten uns jetzt wieder für die Ostermärsche, und wir dürfen und sollen das mit großer Zuversicht tun..." "... Wir wollen Menschen und Völker davon überzeugen, daß die Anwendung von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Menschlichkeit ist, dem sich alle Menschen entgegenstellen müssen. Das ist mit jedem Jahr deutlicher geworden, so sollen auch die Ostermärsche 1964 einen Schritt vorwärts bedeuten."

stellungnahmen zur kampagne

Ein Beschluß der 6. Zentralen Jugendkonferenz der IG Chemie, Papier, Keramik (Stuttgart, 24./25. Mai 1963) lautet:
"Die Gewerkschaftsjugend unterstützt alle Protestaktionen gegen die atomare Aufrüstung. Die Delegierten der 6. Zentralen Jugendkonferenz der IG Chemie, Papier, Keramik fordern deshalb zukünftig eine offizielle Mitarbeit und Teilnahme der Funktionäre und Mitglieder der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften an den Ostermärschen der Atomwaffengegner."

Die Delegiertenkonferenz der Jungsozialisten, Bezirk Hessen Süd, beschäftigte sich am 14. und 15.3.1964 mit dem Ostermarsch und faßte folgende Beschlüsse:
"Die Delegierten der Bezirkskonferenz der Jungsozialisten des Bezirks Hessen Süd begrüßen den Aufruf der Kampagne für Abrüstung und bedauern gleichzeitig, daß das Präsidium der SPD bei seiner ablehnenden Stellungnahme gegenüber diesem Aufruf geblieben ist."
"Die Delegierten der Jungsozialisten des Bezirks Hessen Südbegrüßen es, wenn die Jungsozialisten sich an den Ostermärschen der Atomwaffengegner beteiligen."

Die 6. Jugendkonferenz der IG Metall, die am 10./11. Mai 1962 in Stuttgart tagte, faßte einstimmig den folgenden Beschluß:
"Die 6. Jugendkonferenz der IG Metall verurteilt alle Atomversuche in Ost und West und appelliert an die verantwortlichen Politiker und Staatsmänner, endlich das beiderseitige Mißtrauen zu überwinden und geeignete Maßnahmen zu vereinbaren, die eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung ermöglichen, bevor es zu spät ist.
Die politische Lethargie der übergroßen Mehrzahl der Menschen ist jedoch gerade in dieser Situation lebensgefährlich. Die Delegierten begrüßen deshalb jede demokratische Initiative, die zum Ziel hat, die Öffentlichkeit aufzurütteln und aufzufordern zum Widerstand gegen Atomwaffen in Ost und West. Sie grüßen die jungen Menschen, die an dem englischen Aldermaston-Marsch und den Ostermärschen der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik und in allen europäischen Ländern teilgenommen haben.
Die jungen Mitglieder der IG Metall fordern wir auf, sich zu dieser demokratischen Aktivität zu bekennen und sie künftig durch ihre Teilnahme zu unterstützen."

Oberkirchenrat Helmut Rößler schrieb über die Ostermärsche:
"Ist es wirklich so unvernünftig, durch Protestmärsche dafür einzutreten, daß folgende Ziele zum Gegenstand der politischen und moralischen Anstrengung aller Völker gemacht werden: Einstellung der Kernwaffenversuche, Verhinderung der Ausdehnung des Besitzes von Atomwaffen, Verträge über atomwaffenfreie Zonen, Verzicht auf Produktion von weiteren Atomwaffen," (Also nicht einseitige Vernichtung der vorhandenen Bestände!). So zu lesen im Aufruf der Kampagne für Abrüstung.

Wir fragen: Befindet sie sich damit nicht in guter Gesellschaft? Vor acht Jahren haben 16 deutsche Kernphysiker sich öffentlich geweigert, weiterhin an der Atomforschung für Kriegszwecke teilzunehmen und stehen meines Wissens heute noch dazu. Im Dezember 1957 hat die vorletzte Synode der EKU feierlich erklärt, daß "sie alle Massenvernichtungsmittel und alle Versuche, sie zu rechtfertigen", verwerfen müsse und vor einer Fortsetzung des selbstmörderischen atomaren Wettrüstens der Weltmächte, insbesondere aber vor einer atomaren Bewaffnung deutscher Armeen in Ost und West gewarnt. Ich frage: Ist es Unvernunft, für solche Ziele auf die Straße zu gehen, wenn man der Überzeugung ist, daß weder Regierung noch Parteien noch öffentliche Meinungsbildung die Bevölkerung in genügender Weise über solche Tatbestände aufklären?"

Dr. Robert Jungk:

"Mehr und mehr stellt sich heraus, daß die Ostermärsche in aller Welt zum eigentlichen Motor, zum stärksten Antrieb der Friedensbewegung geworden sind. Darüberhinaus: Die Ostermärsche sind Anziehungspunkt und Sammelbecken für alle Menschen geworden, die nicht resignieren wollen, sondern ihren Einfluß für eine sinnvolle, vernünftige, für eine schönere Weltordnung in die Waagschale werfen.

Wir alle sind nicht nur Verteidiger des Lebens gegen die Möglichkeit milliardenfachen Atomtods, sondern sind vor allem auch Vorläufer, Pioniere eines neuen menschlicheren Denkens. Als Historiker, der sich besonders mit der Geschichte der Erneuerungsbewegung befaßt hat, wage ich vorauszusagen, daß die Geschichtsschreiber des dritten Jahrtausends die Ostermarschbewegung als sichtbaren Beginn eines neuen, reiferen, zukunftsbezogenen Denkens sehen werden."

Internationale Archiv für Zeitgeschichte - Archiv

slogans beim ostermarsch 1964

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie

Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation

Statt Atomwaffen Brot für die Welt

Mit der UNO für Abrüstung

Nicht Grundgesetz ändern, Politik ändern

Mitteleuropa – atomwaffenfrei

Mitteleuropa – Entspannungszone

Mitteleuropa – Brücke zwischen Ost und West

Sicherheit für alle: Abrüstung

Freundschaft mit Frankreich aber ohne die Bombe

Völker in Ost und West stoppt die Rüstung

Nach dem Teststopp – Rüstungsstopp

Für atomwaffenfreie Zonen – gegen multilaterale Atommacht

Kürzt den Abrüstungsetat in beiden Teilen Deutschlands

Bonn braucht eine Abrüstungsbehörde

Das Grundgesetz fordert: "Dem Frieden der Welt zu dienen".

luftschutz ?

Im September 1964 nahm der Zentrale Ausschuß zum Luftschutz Stellung. Die vollständige Erklärung ist in Nr. 15/1964 der "Informationen zur Abrüstung" wiedergegeben. Nach der Kennzeichnung der Grenzen und Gefahren des Luftschutzes kommt der ZA zu folgender Schlußfolgerung:

Wägt man die geringe Wirksamkeit des Luftschutzes gegen seine großen Gefahren ab, so ergibt sich eine klare prinzipielle Ablehnung des Luftschutzes, die nicht nur für den Luftschutz in der Bundesrepublik, sondern auch für die Länder des West- und Ostblocks in gleichem Maße gilt. Dagegen ist auch nicht das häufig benutzte Argument stichhaltig, daß alle Luftschutzanstrengungen gerechtfertigt seien, wenn auch nur wenige Menschenleben gerettet werden könnten. Dies human erscheinende Argument ist bei näherer Betrachtung inhuman. Es geht nämlich nicht darum, wenigstens einige Menschenleben in einem modernen Kriege, sondern alle Menschen vor einem solchen Krieg zu retten.

Mit der scheinbar humanen Redensart von der Rettung wenigstens einiger soll nur das eigentliche Problem verdeckt werden, nämlich der Schutz aller Deutschen. Er kann nur durch eine stabile Friedenssicherung erreicht werden. Hier hat die Bundesregierung allerdings fast nichts getan. Sie hat weder die vielen Entspannungsvorschläge aus Ost und West durch Verhandlungen ernsthaft geprüft, noch hat sie eigene realistische Vorschläge unterbreitet und sich um die kontrollierte Abrüstung und die Beendigung des Wettrüstens intensiv bemüht. An diesen wichtigen Aufgaben, die den Schutz aller erwirken können, arbeiten in offiziellem Auftrag heute in der Bundesrepublik nicht mehr als eine Handvoll Leute, wenn überhaupt so viel. Dagegen hat der Luftschutz bereits tausende von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfern. Dies macht den Luftschutz in der Bundesrepublik in besonderem Maße fragwürdig.

Wer Luftschutz betreibt, ohne den Frieden mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu sichern, kann nicht erwarten, daß seine möglichen Gegner an seine Friedensliebe glauben.

[redacted] Zum Schluß – wie könnte es anders sein: "Die Finanzierung der Kampagne für Abrüstung erfolgt durch freiwillige Spenden von Förderern der Kampagne..." Für die Rüstung werden Milliarden ausgegeben, in der Bundesrepublik Deutschland 1964 allein etwa 20 Milliarden DM. Diese Beträge werden bezahlt aus den Steuern, die Sie, die alle Bürger aufbringen. Die Kampagne für Abrüstung verfügt über keine finanziellen Mittel. Situation: David – Goliath!

Dürfen wir mit Ihrer Unterstützung rechnen? Unsere Postscheck-Nummer:
HANNOVER 239848 DR. ANDREAS BURO – SONDERKONTO BRAUNSCHWEIG

[redacted] INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG

publizieren Nachrichten, Dokumente und Meinungen zum Thema Entspannung – Abrüstung – Frieden und unterrichten über die Aktionen der Kampagne.

Die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG werden von der Kampagne für Abrüstung herausgegeben – sie erscheinen monatlich. Bitte, fordern Sie ein Probeexemplar an, oder benutzen Sie den folgenden Bestellschein:

BESTELLSCHEIN

An Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Adreas-Voest-Str. 5

Senden Sie mir regelmäßig ..... Exemplar(e) der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Den Abonnementspreis von 8,– DM für ein Jahr überweise ich auf das Postscheckkonto Hannover 239848, Dr. Andreas Buro, Sonderkonto Braunschweig.

Vorname _____ Zuname _____

Postleitzahl und Wohnort _____

Straße und Hausnummer _____

Datum _____ Unterschrift _____

Informationen zur Abrüstung – Herausgeber: Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner – Zentraler Ausschuß, verantwortlich: Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Str. 5, Telefon 74 66 61, Redaktion: Christel Beilmann, 463 Bochum, Kettelerstr. 14, Telefon 3 52 10. Bezugspreis: jährlich DM 8.--, einzuzahlen auf PSK Hannover 239 848 – Dr. Andreas Buro – Sonderkonto Braunschweig. Erscheinungsweise: 10 – 12 mal jährlich. – Dieses Material steht bei Quellenangabe zu freiem Abdruck zur Verfügung. Um Zusendung eines Belegexemplares wird gebeten. – Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Postverlagsort München 2. Druck: merkur-druck, Detmold.

Institut für Zeitgeschichte München Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

ED718-23-79

6o5 Offenbach/Main, 22.12.64
Waldstraße 99

24.12.64

An die örtlichen Ausschüsse und die Mitglieder des hessischen Ausschußes

---

Liebe Freunde,

Kurz vor Weihnachten noch zwei wichtige Dinge:

1. Atomminen

Bundesverteidigungsminister Kai Uwe von Hassel und der Generalinspekteur der Bundeswehr Trettner, haben sich für die deutschen Bürger östlich und westlich der Grenzen eine schöne Weihnachtsüberraschung ausgedacht: Sie wollen Atomminen legen, um, wie sie sagen, die Bundesrepublik wirksam verteidigen zu können. Vielerorts hat es wegen diesem Plan Proteste gegeben.

Für aktionsfähige örtliche Ausschüsse haben wir zwei Vorschläge, die in Frankfurt und Stuttgart praktiziert wurden, bzw. werden.

a) Die Frankfurter Rundschau veröffentlichte am 22.12.1964 ein Bild, das einen Tannenbaum zeigt, der mit aus Papier ausgeschnittenen Minen, Bomben und Raketen verziert ist und außerdem durch folgendes Plakat erläutert wird: "Fröhliche Weihnachten und erfolgreiche Himmelfahrt wünscht der Generalinspekteur der Bundeswehr Trettner, Erfinder der Atom-Grenzminen"; und ein weiteres Plakat: "Sie wollten schon immer fliegen??? Trettners Atomminen garantieren die Erfüllung Ihres Wunsches (vielleicht schon zum Weihnachtsfest)".

Die Frankfurter Rundschau hatte das Bild mit folgender Unterschrift versehen: "Bomben und Minen zieren den Weihnachtsbaum, den die Atomwaffengegner am Montagnachmittag auf der Hauptwache aufstellten. Sie greifen damit einen Vorschlag an, den der Generalinspekteur der Bundeswehr, Trettner, kürzlich gemacht hat. Demnach sollen Atomminen entlang der Zonengrenze gelegt werden, um einen eventuellen Angriff abzuwehren. Zahlreiche Frankfurter, die den Baum mit dem makabren Weihnachtsschmuck bestaunten, trugen sich in die Unterschriftenliste ein, die dem Bundeskanzler mit der Bitte überreicht werden soll, unter allen Umständen die Verwirklichung eines solchen Vorschlages zu verhindern. Diese Weihnachtswünsche werden wohl manchen Bürger nachdenklich gemacht haben..."

Die Initiative für diese kleine Frankfurter Aktion ging vom Frankfurter Ausschuß aus und da sich der "Weihnachtsbaum-Schmuck" und die Plakate leicht herstellen lassen, lässt sich die Sache vielleicht am Heiligen Abend noch von anderen örtlichen Ausschüssen wiederholen.

b) Der örtliche Ausschuß Stuttgart plant, mit einer kleineren Gruppe von etwa 20 Leuten am Heiligen Abend von 1o,oo bis 14,oo Uhr durch die Geschäftsstraßen zu lustwandeln, und dabei Transparente mitzuführen, die ebenfalls gegen den Atomminenplan Stellung nehmen. Die Plakate werden Aufschriften tragen wie: "Fröhliche Weihnachten, aber ohne Atomminen"; "Friede auf Erden - Keine Atomminen für Hassel"; "Fordert am Fest des Friedens: Hände weg von Atomminen".

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Man sollte darauf achten, daß möglichst alle Transparente und Plakate, die mitgeführt werden, unser Ostermarsch-Emblem tragen.

2, Sitzung hessischer Ausschuß mit den örtlichen Ausschüssen
Wie bereits früher angekündigt, findet die nächste gemeinsame Sitzung am Donnerstag, den 7. Januar 1965, 19,oo Uhr in Frankfurt/Main, im Haus der Jugend, Eingang Alte Rittergasse, statt. Die Tagesordnung sieht folgende Punkte vor:

1. Berichte
2. Auftaktveranstaltung in Gelsenkirchen
3. Petitionskampagne (hierzu Berichte der örtlichen Ausschüsse)
4. Marschstrecke 1965
5. Verschiedenes

Mit besten Grüßen und allen guten Wünschen auch zum Jahreswechsel verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen, Ihr

Klaus Vack

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kamagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

ED718-23-80

Protokoll zur Sitzung des Arbeitsausschußes am 21.12.1964 in Offenbach

24.12.64

Anwesend: Arlt, Vack, Andres, Amann, Winkler, Strass
Als Gast: Riedel
Es fehlten: Faller, Farr, Halberstadt

Tagesordnung:
1. Aussprache über die Paris-Aktion
2. Zentrale Auftaktveranstaltung
3. Diskussionstreffen
4. Hessische Auftaktveranstaltung in der Paulskirche
5. Vorbereitung der Sitzung mit den örtlichen Ausschüssen am 7.1.1965
6. Vorbereitung der Jahrshauptversammlung
7. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

Wird vertagt, bis sämtliche Ausschußmitglieder anwesend sein werden.

Zu Punkt 2 der TO

Nach einem vom zentralen Ausschuß aufgestellten Schlüssel sollen an der Veranstaltung in Gelsenkirchen im Hans-Sachs-Haus 18o Teilnehmer aus Hessen kommen. Das Hans-Sachs-Haus hat 2.ooo Sitzplätze und fasst im Vorraum weitere 1.ooo Personen. Der Arbeitsausschß beschließt, mit Bussen anzufahren und den öA Kassel zu bitten, ab Kassel einen eigenen Bus zu organisieren. Fritz Amann wird für Südhessen drei Busse besorgen, eine Kalkulation erstellen und Transparente für die Busse beschaffen. Es wird geprüft werden, in wie weit eine Fahrtunterbrechung in Köln sinnvoll ist. Der örtliche Ausschuß Gelsenkirchen wird gebeten werden, die Anmeldung für eine Demonstration der hessischen Teilnehmer in Gelsenkirchen zum Hans-Sachs-Haus zu klären. Sämtliche Skiffle-Groups aus Hessen sollen wegen einer Teilnahme angeschrieben werden. Fritz Strass wird 18o neue Umhängeschilder herstellen lassen.

Zu Punkt 3 der TO

Der Arbeitsausschuß beschließt, am 6. März in Frankfurt eine Forumsdiskussion stattfinden zu lassen. Arlt wird sich Gedanken über Form und Redner dieser Veranstaltung machen. Strass wird beauftragt, einen Raum zu mieten.

Zu Punkt 4 der TO

Von der Paulskirchenverwaltung liegt noch keine Zusage vor.

Bisher hat als Redner Dr. Buro, München, zugesagt. Angeschrieben wurden Enzensberger und Kloppenburg (mit der Bitte, entweder in der Paulskirche oder während der Schlußkundgebung zu sprechen). Weiterhin sollen angeschrieben werden: Heinz Raspini und Olaf Radke. Andres wird den neuen stellvertretenden Kirchenpräsidenten Herbert in dieser Sache ansprechen.

Zu Punkt 5 der TO

Bei dieser Sitzung wird die Marschstrecke erläutert werden. Die für die Marschstrecke verantwortliche Kommission soll sich daher vor der Sitzung mit den öA zu einer Besprechung treffen. Am 1o. Januar wird

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

von dieser Kommission die Strecke abgefahren werden.

Der Arbeitsausschuß legt folgende Tagesordnung fest:

1. Berichte
2. Auftaktveranstaltung in Gelsenkirchen
3. Petitionskampagne
4. Marschstrecke 65
5. Verschiedenes

Zu Punkt 6 der TO

Klaus Vack und Fritz Strass geben dem Arbeitsausschuß die Satzung mit den von ihnen vorgeschlagenen Änderungen bekannt, die der Jahreshauptversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Der Arbeitsausschuß wird der nächsten Jahreshauptversammlung folgende Personen zur Neuaufnahme vorschlagen: Karl Becker, Alfred Riedel, Dieter Bott, Robert Nonnenmacher, Heinz Goll.

Fritz Amann wird beauftragt, zusammen mit den Revisoren eine Revision durchzuführen, die ihren Bericht in der Jahreshauptversammlung geben wird.

Zu Punkt 7 der TO

Es liegt nichts vor.

6o5 Offenbach, den 22. Dezember 1964
Waldstraße 99

Für die Protokollführung:
Fritz Strass

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-81

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
HESSISCHER AUSSCHUSS
605 Offenbach, 17. Dez. 1964
Postfach 648, Waldstr. 99
Postscheckkonto: Ffm. 57 648

21.12.64

Wir bieten Ihnen zum Jahreswechsel einen Kartensatz an. Für DM 5,- liefern wir 25 Karten (davon 18 teils mehrfarbige Weihnachts- und Neujahrskarten mit Umschlägen, hergestellt von der britischen Kampagne und deshalb eine Reihe mit OM-Motiven). Der durchschnittliche Stückpreis beläuft sich somit auf DM 0,20 - also nicht teurer als derartige Karten üblicherweise sind, und Sie unterstützen damit unsere Arbeit.

karten

om auftakt

Am 31.1.1965 startet der zentrale Ausschuß der Kampagne die Ostermarschvorbereitungen 65 mit einer Großkundgebung im Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen. Wir Hessen wollen uns an dieser überregionalen Veranstaltung mit ca. 200 Leuten beteiligen. Wir werden mit Bussen oder Sonderwagen der Bundesbahn ins Ruhrgebiet fahren. Die Kundgebung wird mit internationaler und bekannten deutschen Rednern auch für Presse und Öffentlichkeit bedeutsam sein. Abgeordnete der Labour-Party und des polnischen Parlaments, sowie Kirchenpräsident D Martin Niemöller haben ihre Zusage bereits gegeben. Notieren Sie bereits heute in Ihrem Terminkalender, daß der 31.1.1965 von frühmorgens bis spätabends für die Veranstaltung freizuhalten ist. Kalkulieren Sie ca. DM 20,- bis 25,- an Reisekosten ein. Nähere Hinweise erhalten Sie Anfang Januar.

Wir möchten Sie wieder einmal auf unsere "Informationen zur Abrüstung" aufmerksam machen, jenes Mitteilungsblatt, mit dem wir die politischen Vorstellungen und Informationen über unsere Aktionen publizieren.

IZA

Beigefügt geben wir Ihnen eine Sonderausgabe der IZA mit Informationen über die Kampagne. Diese Sonderausgabe informiert sehr ausführlich über die politische und organisatorische Entwicklung der Kampagne. Sie sollten die Sonderausgabe auch in Ihrem Bekanntenkreis verbreiten. Bestellen Sie bei uns 10 Exemplare der Sonderausgabe zum Preis von DM 3,-- (portofrei) und / oder ein laufendes Abonnement der IZA.

bitte wenden

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

..... Satz mit 25 Karten (18 für Weihnachten und Jahreswechsel) a DM 5,- DM .....

..... 1/2 Jahresabonnement der "Informationen zur Abrüstung" (Januar - Ostermarsch 1965) DM 4,- DM .....

..... große Petitionslisten (bis 5 Stück kostenlos, bei größerer Abnahme Preis nach Vereinbarung) DM .....

..... Schallplatte der Mörfelder Skiffle-Group a DM 5,- DM .....

..... Broschüre "Der Weg zur Weltabrüstung - jetzt!" a DM 2,90 DM .....

..... Türschild "Gott beschütze uns und unser Haus vor Barry Goldwater und Josef Strauß" a DM 1,- DM .....

..... Briefverschlußmarken, 100 Stück DM 1,50 DM .....

..... Ostermarschabzeichen, klein, a DM 1,-- DM .....

..... Ostermarschabzeichen, groß, a DM 1,-- DM .....

..... Taschentücher mit OM-Emblem, a DM 1,-- DM .....

..... Druckkugelschreiber mit OM-Emblem a DM 1,- DM .....

..... Autoplaketten (selbstklebend) mit OM-Emblem a DM 1,-- DM .....

..... Presseanalysen der Märsche 1961, 1962 und 1963 zusammen DM 1,50 DM .....

Name: .....

Anschrift: .....

....., den .....

(Unterschrift)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

ED718-23-82

Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschußes am 9.12.1964 in Offenbach

21.12.64

Anwesend: Vack, Winkler, Arlt, Strass, Amann

Als Gast: Malkomes

Es fehlten: Andres, Faller, Farr, Halberstadt

Tagesordnung:

1. MLF - Aktion in Paris
2. Petitionskampagne
3. Ostermarsch 1965
4. Vorbereitung auf die Jahreshauptversammlung
5. Nächste Sitzung mit den örtlichen Ausschüssen
6. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

Bei der Vorbereitung zu dieser Aktion hat sich bisher keine wesentliche politische Änderung ergeben. Bemerkenswert ist, daß nur sehr wenige verantwortliche Mitarbeiter der Kampagne in Hessen an dem Flug nach Paris teilnehmen.

Die vom zentralen Ausschuß erarbeitete Stellungnahme und Dokumentation zur MLF wird den Mitgliedern des Arbeitsausschußes zur Kenntnis gegeben. Es soll versucht werden, aus dem hessischen Bereich zustimmende Erklärungen zu dieser Stellungnahme von verschiedenen Organisationen und Persönlichkeiten zu erhalten. (SDS, VK-Bundesvorstand, Naturfreundejugend, Studentischer Arbeitskreis gegen Atomare Rüstung, Gewerkschaftssekretäre, Kirchenpräsident D. Niemöller, Kirchliche Bruderschaften) Arlt wird dieserhalb Rolf Biber von den Jungsozialisten ansprechen.

Heiner Halberstadt und Fritz Strass übernehmen die Reiseleitung. Ein Vertreter der Frankfurter Rundschau ist zum Mitflug eingeladen worden.

Zu Punkt 2 der TO

Eine Kommission, die aus Klaus Vack, Norbert Winkler, Fritz Strass und Hermann Sittner besteht, soll besonders in dieser Frage engen Kontakt mit den örtlichen Ausschüssen halten. Die drei Erstgenannten geben einen kurzen Bericht über ihre Arbeit mit den örtlichen Ausschüssen, wobei sich zeigt, daß die Initiative recht unterschiedlich ist.

Soweit ein Kontakt zustande kam, wurde hierzu bereits ein Bericht angefertigt.

Zu Punkt 3 der TO

Der Arbeitsausschuß diskutiert über die von Willi Malkomes vorgelegten Vorschläge. Er kommt einstimmig zu der Auffassung, daß auch im nächsten Jahr ein 3-tägiger Marsch durchgeführt werden soll. Arlt hat grundsätzliche Bedenken gegen die auf der letzten Sitzung mit den örtlichen Ausschüssen festgelegte Marschrichtung.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Eine Aufstellung der Marschstrecke ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Malkomes, Strass, Nonnenmacher, Welskop und Weiler werden beauftragt, die Marschstrecke abzufahren und im Detail festzulegen.

Schlußkundgebung - Martin Luther King hat aus zeitlichen Gründen abgesagt, wäre jedoch für 1966 bereit. Auch Jewtuschenko wird nicht zur Schlußkundgebung Ostern 65 kommen können. Professor Gollwitzer wurde angeschrieben. Frank Allaun hat auf die Anfrage, ob es möglich sei drei Labour-Abgeordnete an Ostern nach Deutschland zu bekommen, optimistisch geantwortet.

Soweit das noch nicht geschehen ist, sollen noch Enzensberger, Mayer-Amery, Präses Beckmann, Professor Bade, Böll, Max van der Grün, Erich Kästner, Kloppenburg, Zwerenz, Friedrich Heer, Dürrenmatt, Frisch, Sebastian Haffner und Generalstaatsanwalt Dr. Bauer angesprochen werden.

Zu Punkt 4 der TO

Klaus Vack und Fritz Strass werden beauftragt, bis zur nächsten Arbeitsausschuß-Sitzung Vorschläge zu einer möglicherweise notwendigen Änderung und Neuformulierung der Satzungen des Hessischen Ausschußes vorzulegen.

Bei der weiteren Diskussion über die personelle Zusammensetzung des Hessischen Ausschußes im nächsten Jahr bestätigt Klaus Vack, daß er nicht bereit ist, die Funktion des Sprechers zu übernehmen. Er hält dies für unvereinbar mit seiner Tätigkeit als Geschäftsführer des Zentralen Ausschußes. Auch Herbert Faller ist nicht bereit, diese Stelle einzunehmen, da er durch andere Funktionen ausgelastet ist.

Zu Punkt 5 der TO

Die nächste Sitzung mit den örtlichen Ausschüssen wird auf den 7. Januar 1965 verlegt.

Zu Punkt 6 der TO

Die nächste Arbeitsausschußsitzung findet am 21. Dezember statt.

Klaus Vack schlägt vor, nochmals ein Rundschreiben an die hessischen Ostermarschanhänger zu senden, dem ein großer Petitionsschein beiliegt. Die Anhänger sollen gebeten werden, Unterschriften zu sammeln und ihre Erfahrungen auf einem Fragebogen dem Hessischen Ausschuß mitzuteilen. Der Arbeitsausschuß begrüßt diesen Vorschlag, da hierdurch für weitere Unterschriftensammlung noch ein Ansporn gegeben wird und die Auswertung der Fragebogen sehr informativ sein dürfte.

In der nächsten Nummer des OSTERMARSCH 65 sollen kleine und interessante Stories, die sich bei Unterschriftensammlungen ergeben haben, gedruckt werden.

Die Vorbereitung eines Pfarrerflugblattes wird vertagt.

605 Offenbach, den 18. Dezember 1964
Waldstraße 99

Für die Protokollführung:
Fritz Strass

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Anlage zum Protokoll der Arbeitsausschuß-Sitzung am 9. 12. 1964

ED718-73-83

Hessische Marschstrecke des Ostermarsches 1965

1. Tag	Mainz - Eröffnung			1o,oo Uhr
	Abmarsch			11,oo Uhr
	Kastel-Kostheim	3,o km		11,4o Uhr
	Bischofheim	4,o km		12,3o Uhr
	Rüsselsheim	4,o km		13,2o Uhr
		11,o km		
	Mittagspause			14,3o Uhr
	Agitationseinsatz		bis	17,oo Uhr
	Abendessen		bis	19,oo Uhr
	Stadthalle-Abendveranst.			19,3o Uhr
			bis	21,3o Uhr
	Mörfelden - Anfahrt mit Bussen zur Übernachtung			
2. Tag	Rüsselsheim - Abmarsch			9,3o Uhr
	Flörsheim	3,o km		1o,oo Uhr
	Weilbach	4,o km		11,oo Uhr
	Marxheim	2,9 km		11,3o Uhr
	Hofheim	2,5 km		12,oo Uhr
	Zwischenkundgebung			12,3o Uhr
	Mittagspause		bis	13,45 Uhr
	Petitionsaktion		bis	15,oo Uhr
	Abmarsch			15,3o Uhr
	Kriftel	2,6 km		16,oo Uhr
	Zeilsheim	2,3 km		16,3o Uhr
	Sindlingen	3,3 km		17,1o Uhr
	Höchst	3,8 km		18,oo Uhr
		24,4 km		
	Abendessen			18,15 Uhr
	Kundgebung (evtl. Jahrhunderthalle)			19,3o Uhr
	Übernachtung (evtl. Frankfurt und Offenbach)			
3. Tag	Höchst (Marktplatz) - Abmarsch			1o,oo Uhr
	Sossenheim	4,2 km		1o,5o Uhr
	Rödelheim	3,8 km		11,3o Uhr
	Bockenheim	4,o km		12,15 Uhr
	Mittagspause		bis	14,oo Uhr
	a) Schönhof - Falkenheim			
	b) Hessenplatz			
	c) Kurfürstenplatz			
	d) Hamburger Allee			
	Abmarsch			14,15 Uhr
	a) Schloßstraße - Festhalle - Friedrich-Ebert-Anlage- Platz der Republik - Hauptbahnhof - Kaiserstraße - Hauptwache - Neue Kräme - Römerberg	6,o km		15,3o Uhr
	b) Leipzigerstr. - Bockenh.Warte Bockenheimer Ldstr. -Opernplatz -Steinweg - Rossmarkt - Hauptwache - Neue Kräme - Römerberg	5,o km		15,15 Uhr
	Marschstrecke a)	18,o km		
	b)	17,o km		

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-84

informationen

ZUR PARIS-AKTION

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4, Postfach 648
Postscheckkonto Ffm. 57 648

21.12.64

Aus dem Pressedienst des Zentralen Ausschusses der Kampagne:

"Vor rund 4000 Teilnehmern einer Kundgebung in Paris erklärte der Sprecher der Kampagne für Abrüstung, Dr. Andreas Buro, ohne das fortgesetzte Streben der deutschen Bundesregierung nach atomarer Verfügungsgewalt, wäre das Projekt einer MLF nie zustande gekommen. Auch nach dem voraussichtlichen Scheitern der MLF, sei der deutsche Atomwaffenanspruch keineswegs beendet. Die Kampagne für Abrüstung werde deshalb ihre Anstrengungen vermehren, um eine grundsätzliche Veränderung der deutschen Politik zu erwirken. Die Alternative zum Wettrüsten könne nur ein umfassendes Disengagement und schrittweise Abrüstungsvereinbarungen in Mitteleuropa sein, so wie es z.B. als atomwaffenfreie Zone konzipiert sei.

Zahlreiche deutsche Gewerkschaftsfunktionäre, Vertreter beider Kirchen und auch SPD-Abgeordnete haben die Demonstration der Kampagne in Paris begrüßt.

Auch aus England, Belgien, Italien und anderen Nato-Staaten waren Demonstranten und Sprecher von Friedensbewegungen nach Paris gekommen und beteiligten sich an der Aktion.

Der kürzlich in das englische Oberhaus aufgenommene frühere Labour-Abgeordnete, Lord Brockway, der ebenfalls auf der Pariser Kundgebung sprach, wurde von dem Mitglied der englischen Nato-Delegation, Busheil, empfangen und forderte bei dieser Gelegenheit die bedingungslose Ablehnung aller Versuche, die auf eine Ausdehnung der Atomwaffenverteidigung, auch im Rahmen der Nato, hinausliefen."

Da die französischen Behörden mit Ausnahme der Saalkundgebung am Abend alle Demonstrationen untersagt hatten, kam es zu Schwierigkeiten mit der Pariser Polizei. Die Frankfurter Rundschau schrieb hierzu u.a.:

Als um die Mittagszeit die 58 hessischen Teilnehmer auf den Champs-Elysées und unmittelbar vor dem Nato-Ratsgebäude ihre Spruchbänder über die vorweihnachtlich geschmückten Boulevards trugen, griffen die Hüter der Ordnung zu; elegant, aber mit bestimmter Gewalt, wurde knapp die Hälfte in die "Schwarzen Minnas" verladen. Man brachte sie in die Präfektur, verhörte sie zum Teil und hielt sie sechs Stunden lang in einer kalten Turnhalle fest - auf daß sie keinen weiteren politischen Schaden anrichten könnten. Alle Bemühungen der Übriggebliebenen, über die Botschaft der Bundesrepublik und das Konsulat die politischen Freunde möglichst schnell wieder herauszuholen, scheiterten: Die maßgeblichen Herren seien zum Mittagessen, hieß es - und das dauere bis drei Uhr ...

Zur abendlichen Kundgebung freilich hatte man sie wieder freigelassen. Und die Worte des Sprechers der deutschen "Kampagne für Abrüstung/ Ostermarsch der Atomwaffengegner", Dr. Andreas Buro, wurde mit orkanartigem Beifall belohnt. Buro sagte: "Wir haben in Paris das Kuriose erlebt, von Polizisten verhaftet zu werden, die während des Krieges in deutscher Gefangenschaft waren, die also unter einem der Kriege gelitten haben, die wir bekämpfen ..."

Institut für Zeitungsforschung Archiv

Sie hatten sich diese Paris-Reise, die mit Haft endete, pro Kopf fast 100 Mark kosten lassen, die zumeist jugendlichen Teilnehmer aus Deutschland. Genauso wie die Hunderte von Teilnehmern aus England, Italien, Kanada, Belgien und anderen Nato-Staaten, hatten sie zudem mindestens einen Tag Urlaub geopfert, um zum erstenmal über die Ostermärsche hinaus eine internationale Willenskundgebung zu zeigen.

Das muß einigen Leuten um Nato-Generalsekretär Brosio gar nicht gepaßt haben. Denn dieses Sekretariat verhinderte nicht nur, daß die Deutschen - darunter Dr. Buro und der Frankfurter Heiner Halberstadt - ihre Petitionen direkt an die 15 Vertreter der Nato-Staaten übergeben und das Nato-Ratsgebäude betreten durften; Von hier aus soll auch der Wunsch an die Pariser Polizei weitergegeben worden sein, mit diesen lästigen Demonstranten kurzen Prozeß zu machen.

Wie perfekt der Polizeiapparat funktioniert, erfuhr der Chronist aus eigener Anschauung. Er war zusammen mit den hessischen "Friedens-Okkupanten" des Jahres 1964 nach stürmischem Flug am frühen Vormittag in Paris eingetroffen. Der "Generalstab" war im - später ebenfalls sorgfältig bewachten - "Café des Sports" nahe dem Arc de Triomphe untergebracht. Entgegen dem in Frankreich bestehenden Verbot politischer Demonstrationen auf offener Straße ("Jaja, die Zeiten des Sturms auf die Bastille sind vorbei ...", resignierte einer), beschlossen die Teilnehmer um den Geschäftsführer Klaus Vack aus Offenbach, dennoch in Ruhe einige Transparente durch die Stadt zu tragen.

Die Reaktion der Franzosen war zumeist positiv: "Serr gutt!" ermunterte eine ältere Dame die Jugendlichen, nachdem sie gelesen hatte: "Keine Atomwaffen - weder national noch multilateral". Einige lächelten auch - genauso überlegen, wie später die Nato-Stenotypistinnen und -Angestellten hinter den Vorhängen des Nato-Ratsgebäudes.

Die ersten "Flics" reagierten vor dem Triumphbogen: sie eilten zum nächsten Telefon. Und zehn Minuten später brausten drei Einsatzwagen und etwa 25 Mann Verstärkung herbei. Ein französischer Pater mit wehendem Bart, der aussah wie der Patriarch aller Pazifisten, setzte sich prompt auf den Hosenboden. Ein zweiter warf ein Bündel Flugblätter mitten in den Schwarm der herannahmenden Uniformierten. Das war des Schlechten zuviel: die Sitzenden wurden ins Auto getragen, die Übrigen in dieselbe Richtung gedrängt.

Am Abend, vor dem Versammlungssaal Maubert-Mutualité, waren dann die wieder in die Freiheit Entlassenen allgemeiner Mittelpunkt. "Mir haben sie die Taschen nach Waffen durchsucht", sagte eine junge Dame. Regenschirm und Nagelfeile nahm man ihr ab, auch ein Obstmesser. Sie bekam es später zurück. Einige sahen sich sogar in den Zellen wieder - es fand hinter Gittern eine internationale Verbrüderung mit Engländern und Amerikanern statt...

FINANZPROBLEME - Wir hatten in unserem letzten Rundbrief zu Spenden für die Paris-Aktion und für weitere Aktionen gegen die Ausbreitung von Atomwaffen und für atomwaffenfreie Zonen aufgerufen. Zwei Veranstaltungen - in Rom und Gelsenkirchen - stehen noch bevor. Sollten Sie nach dem letzten Rundbrief nicht von ihrem Recht der Kampagne einen Förderbeitrag zu überweisen, Gebrauch gemacht haben - Recht deshalb, weil nach dem Sammlungsgesetz nur die Anhänger unserer Bewegung um finanzielle Unterstützung gebeten werden dürfen - dann greifen Sie bitte zu Bleistift und Geldbörse und benutzen Sie die beigefügte Zahlkarte. DANKE !

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-85

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Zentraler Ausschuß -

17.12.64

DEUTSCHE ATOMWAFFENGEGNER DEMONSTRIERTEN IN PARIS

Die Kampagne für Abrüstung forderte anläßlich der Natoratstagung: Abrüstungsinitiativen und Entspannung statt Atomwaffenpolitik

Vor rund 4000 Teilnehmern einer Kundgebung in Paris erklärte der Sprecher der Kampagne für Abrüstung, Dr. Andreas Buro, ohne das fortgesetzte Streben der deutschen Bundesregierung nach atomarer Verfügungsgewalt, wäre das Projekt einer MLF nie zustande gekommen. Auch nach dem voraussichtlichen Scheitern der MLF, sei der deutsche Atomwaffenanspruch keineswegs beendet. Die Kampagne für Abrüstung werde deshalb ihre Anstrengungen vermehren, um eine grundsätzliche Veränderung der deutschen Politik zu erwirken. Die Alternative zum Wettrüsten könne nur ein umfassendes Disengagement und schrittweise Abrüstungsvereinbarungen in Mitteleuropa sein, so wie es z.B. als atomwaffenfreie Zone konzipiert sei.

Zahlreiche deutsche Gewerkschaftsfunktionäre, Vertreter beider Kirchen und auch SPD-Abgeordnete haben die Demonstration der Kampagne in Paris begrüßt.

Auch aus England, Italien, Belgien und anderen Nato-Staaten waren Demonstranten und Sprecher von Friedensbewegungen nach Paris gekommen und beteiligten sich an der Aktion.

Der kürzlich in das englische Oberhaus aufgenommene frühere Labour-Abgeordneter, Lord Brockway, der ebenfalls auf der Pariser Kundgebung sprach, wurde von dem Mitglied der englischen Nato-Delegation Bushell empfangen und forderte bei dieser Gelegenheit die bedingungslose Ablehnung aller Versuche, die auf eine Ausdehnung der Atomwaffenverteidigung, auch im Rahmen der Nato, hinausliefen.

Vormittags hatten vor allem die deutschen und englischen Teilnehmer der Aktion das Natoratsgebäude und die Botschaften der Nato-Staaten aufgesucht und Stellungnahmen überreicht. Dabei kam es zu zahlreichen Festnahmen durch die Pariser Stadtpolizei, die offensichtlich durch das Nato-Sekretariat als vorbeugende Schutzmaßnahmen inszeniert worden waren. Nach einigen Stunden wurden, nach Aufnahme der Personalien, sämtliche Demonstranten ohne weitere Zwischenfälle wieder freigelassen und konnten sich an der Kundgebung beteiligen.

Paris, 15. Dezember 1964

17.12.64

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-86

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß

X Geschäftsführung: Klaus Vack
605 Offenbach/M.4, d.11.12.64
Waldstr. 99, Postfach 648

12.12.64 V.

An die Ausschüsse und
Mitarbeiter der Kampagne

Betr.: Petition der Kampagne

Liebe Freunde,

ich möchte Ihnen heute eine Übersicht über die bisherigen Erfahrungen bei der Sammlung von Unterschriften für die Petition der Kampagne geben, damit auch Sie diese für Ihre Arbeit auswerten können. Zuvor aber noch etwas Allgemeines:

Im Laufe der vergangenen Monate hat die Petition mit ihren Forderungen an Bedeutung und Aktualität gewonnen. Der zentrale Ausschuß hat deshalb beschlossen, die Unterschriftensammlung für die Petition bis zum Abschluß der Ostermärsche 1965 verstärkt fortzuführen und auf eine große Unterschriftensammlung für den Aufruf zum OM 65 zu verzichten, damit alle Kräfte auf die Petition konzentriert werden können.

Die im Laufe der letzten Monate erprobten Formen der Unterschriftensammlung lassen jetzt bereits eine methodische Auswertung zu. Ganz allgemein ergab sich, daß alle die Formen der Sammlung erfolgreich waren, die zu einem persönlichen Kontakt mit Vertretern der Kampagne führten (z.B. Sammlung in Häusern, an Informationsständen, bei Bekannten), während ohne persönlichen Kontakt die Ergebnisse schlechter waren (z.B. Verteilung von Petitionslisten vor Betrieben, Anzeigen in Zeitungen, Verteilung von allgemeinen Flugblättern). In allen Fällen war es wichtig, neben dem Petitionstext auch bekannte Persönlichkeiten als Unterzeichner zu nennen. Dabei dürfen nicht nur überregionale Prominente genannt werden, da diese häufig lokal unbekannt sind, sondern auch örtlich bekannte Personen (vorher Erlaubnis einholen!). Bitte, beachten Sie dies, wenn Sie neue Petitionslisten drucken.

Bei den Petitionslisten hat sich noch etwas Bemerkenswertes gezeigt. Ist nur Platz für 3 Unterschriften vorgesehen, so werden die Unterschriften nur in der Familie selbst gesammelt und die Menschen nicht angeregt, auch mit ihren Bekannten über die Angelegenheit zu sprechen. Bei Platz für 25 Unterschriften beginnen viele erst gar nicht mit dem Sammeln. Es scheint daher zweckmäßig, Listen für etwa 10 bis 12 Unterschriften anzufertigen, was auch finanziell günstig mit einem A 5 Blatt und bedruckter Vor- und Rückseite zu erreichen ist.

Die folgenden Abschnitte sollen Ihnen Hinweise für eine erfolgreiche Arbeit geben:

1. Haussammlungen

Von vielen Seiten werden Haussammlungen als besonders erfolgversprechend bezeichnet. Es unterzeichnen zwischen 25 bis 60 % der Befragten. Wichtig ist hierbei allerdings systematisches Vorgehen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

a)Genaue Gebietseintailung, damit Überschneidungen vermieden werden.

b)3 - 4 Tage vorher Besuch ankündigen durch Briefflugblatt in den Hausbriefkasten, das bereits die Petition erläutert (s.Muster).

c)Besucht wird am besten am Sonntagvormittag mit Gruppen zu je zwei Personen. Mindestens sollten immer 5 Gruppen in einem Gebiet gemeinsam tätig sein, die sich vor- und hinterher zu gemeinsamer Besprechung treffen.

d)Die Erfahrung hat gezeigt, daß Diskussionen nur selten stattfinden. Immerhin werden auch Ihre Mitarbeiter durch eine solche Aktion ihre Argumente überprüfen und anwenden lernen können. Wenn Sie etwas Erfahrung gesammelt haben, laden Sie auch die Presse zu solchen Besuchen ein. Sie wird in der Regel interessiert sein.

a)Bei der Planung der Aktion können Sie auch die Ergebnisse der letzten Gemeinde- oder Landtagswahlen für die Auswahl des Einsatzgebietes mit heranziehen. Bei hohem SPD-Anteil ist mit den besten Ergebnissen zu rechnen. Lassen Sie u.U. auch aufnehmen, wer nicht zu Hause angetroffen worden ist, so daß eine "Nachlese" erfolgen kann.

2. Informationsstände u.ä.

Neben den Haussammlungen haben sich Informationsstände gut bewährt. Sie müssen hierbei jedoch beachten:

a) Die Stände müssen an einer belebten Stelle stehen.

b) Es sollten mindestens 5 Mitarbeiter ständig anwesend sein, um die Menschen anzusprechen oder mit ihnen zu diskutieren.

c) Es muß weit sichtbar auf die Möglichkeit der Petitionsunterzeichnung hingewiesen werden. Am besten auch die drei Forderungen groß auf eine Tafel schreiben.

d) U.U. konzentrieren Sie die Tätigkeit auf dem Stand nur auf die Hauptverkehrszeiten, wenn möglich, machen Sie etwas Musik, um die Menschen aufmerksam zu machen. Bei schlechtem Wetter sinkt der Erfolg meist schnell.

e) Es sollten neben der Möglichkeit einer Unterschriftsleistung für die Petition genügend Material über die Kampagne vorhanden sein (also wirkliche Informationsstände im Sinne des Wortes).

3. Flugblätter und Anzeigen

Flugblätter allgemeiner Art (so auch das Extrablatt zum 1.9.) und Zeitungsanzeigen haben meist wenig sichtbare Reaktion hervorgerufen, obwohl sie trotzdem erhebliche politische Bedeutung haben können. Eine positive Ausnahme hiervon machten Flugblätter, die am Tag der Bombardierung von Saarbrücken verteilt wurden, wobei sie dieses Ereignis mit der Petition verbanden.

4. Versammlungen sympathisierender Organisationen

Sehr leicht und schnell wurden Unterschriften bei Veranstaltungen sympathisierender Organisationen gesammelt. Wenn die Veranstaltungsleitung zustimmt, lassen Sie am besten Listen (mit Unterlage und Schreibe) durch die Reihen gehen. Das ist wirkungsvoller als das Sammeln an einem Tisch vor dem Veranstaltungsraum.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-87

5. Unterschriften von Bekannten

Erfahrungsgemäß werden von den Mitarbeitern der Kampagne die eigenen Bekannten nicht genügend angesprochen, obwohl gerade hier häufig erhebliche Unterstützung in jeder Hinsicht zu gewinnen ist. Einen vorgedruckten Brief, der in Hessen den Mitarbeitern der Kampagne zur Unterrichtung ihrer Bekannten zur Verfügung gestellt wurde, finden Sie in der Anlage. Sie sollten diese einfache Möglichkeit ebenfalls intensiv nutzen.

6. Sammlung vor Betrieben

Die Sammlung von Unterschriften durch Verteilung von Petitionen vor Betrieben und ihre spätere Wiedereinsammlung haben sich nicht als besonders wirksam erwiesen. Anscheinend spielen dabei psychologische Faktoren eine ausschlaggebende Rolle, die von uns nicht wesentlich beeinflußt werden können. Erfolge bei solchen Aktionen sind nur zu erwarten, wenn wiederum ein persönlicher Kontakt zwischen Betriebsangehörigen und Mitarbeitern der Kampagne außerhalb der Öffentlichkeit entsteht. Dies ist jedoch in den meisten Fällen nicht möglich.

7. Universitäten

Es liegen Berichte über recht positive Sammelaktionen vor. Als wichtig erwies sich, daß bereits bei Beginn der Aktion Unterschriften von wichtigen Persönlichkeiten der jeweiligen Universität angekündigt werden. Ferner muß der Informationsstand so liegen, daß die Studenten dicht an ihm vorbei kommen (z.B. Mensa). Prominente Namen und die drei Forderungen der Petition sollten auf großen Tafeln stehen, so daß sie leicht von Vorübergehenden gelesen werden können. Sonst gilt sinngemäß, was über die Informationsstände gesagt wurde. - Die Sammlung sollte nicht von einer einzelnen Gruppe, sondern am besten von einem Arbeitskreis getragen werden (in Frankfurt z.B. Arbeitskreis gegen Atomrüstung).

Für das Gelingen Ihrer Bemühungen müssen Sie auch die örtliche Presse ständig über Fortschritte, das Dazukommen neuer bekannter Namen usw. unterrichten, und Journalisten rechtzeitig zu Sammelaktionen einladen. Ferner sollten Sie die Mitglieder befreundeter Organisationen (nicht Parteien) zur Teilnahme einladen, so daß die Arbeit sinnvoll verteilt werden kann.

Die Petition hat nämlich nicht nur das eine Ziel, Unterschriften zu gewinnen - mittlerweile dürften es bereits mehr als 100 000 sein -, sondern soll auch den vielen Menschen, die bereit sind, für die Kampagne zu arbeiten, eine Möglichkeit hierzu geben. Darüberhinaus gibt die Petition die Möglichkeit, über den Kreis der Gleichgesinnten hinaus, andere Menschen mit unseren Vorstellungen und Forderungen zu konfrontieren. Unter diesen sollten auch die wichtigsten Personen des öffentlichen Lebens sein.

Übrigens, zur Argumentation für die "Petitionsgespräche" finden Sie in den "Informationen zur Abrüstung" immer weitere Hinweise und Nachrichten. Sie sollten daher auch Ihren Mitarbeitern die regelmäßige Lektüre der IZA empfehlen, damit sie besser im Gespräch ihren Mann stehen können. Sollte es bei wichtigen Gesprächen wünschenswert sein, die Kampagne mit ihren Auffassungen und ihrer Tätigkeit vorzustellen, so steht hierfür jetzt eine Sondernummer der IZA mit entsprechender

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Dokumentation zur Verfügung. (Bestellung bei Klaus Vack, Preis 100 Stück/DM 25,-

Und nun noch zum Schluß: Bitte, unterrichten Sie uns weiterhin über die Erfahrungen bei Ihren Aktionen, so daß wir Sie zum Nutzen aller Gruppen auswerten können und machen Sie in Ihrem Bereich die Kampagne für die Petition zu einem Schwerpunkt Ihrer Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr gez. Andreas Buro

Anlagen

Brief "Kann man nichts ändern?"
Briefentwurf für Freunde und Bekannte
Kleine Petittionsliste "An alle Bürger der Bundesrepublik"

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

An alle Bürger der Bundesrepublik

In diesem Jahr sind 50 Jahre seit Beginn des ersten und 25 Jahre seit Beginn des zweiten Weltkrieges vergangen. Jetzt wartet die Welt auf einen deutschen Beitrag zur Abrüstung. Die Petition an den Deutschen Bundestag zeigt einen Weg hierzu. Wir bitten die Bürger der Bundesrepublik mit uns die Petition zu unterstützen.

D. Martin Niemöller
Hans Magnus Enzensberger
Dr. Harry Pross
Dr. W. Abendroth
Herbert Faller
Dolf Segall
DD. H. Kloppenburg
Max von der Grün
Horst Symanowski
Dr. Robert Jungk
Günther Schwarz
Berthold Kiekebusch

(Zur Information über die Personen, die Sie privat und persönlich bitten, die Petition zu unterzeichnen: D. Martin Niemöller, Kirchenpräsident; DD. Heinz Kloppenburg, Oberkirchenrat; Hans Magnus Enzensberger, Schriftsteller; Max von der Grün, Schriftsteller; Dr. Harry Pross, Chefredakteur von Radio Bremen; Horst Symanowski, Pfarrer; Dr. Wolfgang Abendroth, Professor; Dr. Robert Jungk, Schriftsteller; Herbert Faller, Angestellter, Bundesjugendleiter der Naturfreunde Deutschlands; Günther Schwarz, Angestellter, Gewerkschaftssekretär der IG Metall; Dolf Segall, Angestellter, Gewerkschaftssekretär der IG Chemie-Papier-Keramik; Berthold Kiekebusch, Angestellter, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft ÖTV.)

ED 718-23-88

Petition an den Deutschen Bundestag

Die Voraussetzung für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West ist, daß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden wird. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.**

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.**

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.**

Bitte, deutlich schreiben!

Name Vorname	Leitzahl Ort Straße	Unterschrift
1		
2		
3		
4		
5		

Zu dieser Petition ruft die Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner – auf. Mit ihrer Unterzeichnung entsteht jedoch keine Verpflichtung oder Bindung gegenüber der Kampagne. Die Namen von Unterzeichnern dieser Petition werden von der Kampagne nicht veröffentlicht.

Diese Petition darf jeder Bürger der Bundesrepublik nur einmal unterzeichnen. Die abgeschlossenen Listen senden Sie bitte direkt an den Hessischen Ausschuß der

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner
605 Offenbach 4, Waldstr. 99, Postfach 648

Herausgeber, Verleger und verantwortlich: Klaus Vack, Offenbach

Institut für Vergleichende Friedensforschung

Kann man nichts ändern?

ED718-23-89

Ein Autobus fährt auf einer nicht befestigten Straße.
Eine Bergstraße; rechts ein Abgrund, links eine Felswand.
An besonders gefährlicher Stelle bleibt er stecken.
Die Räder wühlen sich immer tiefer ein, und durch den abbrechenden Boden droht das Fahrzeug in den Abgrund zu stürzen.
Der Bus ist bis auf den letzten Platz besetzt.

Bemerkenswert ist das Verhalten der Passagiere in dieser Situation.
Sie tun so, als gäbe es gar keine Gefahr für sie.
Sie bleiben in dem Fahrzeug sitzen, packen ihre Brote aus, vergnügen sich an der Musik aus ihren Kofferradios und genießen den an dieser Stelle durchaus reizvollen landschaftlichen Ausblick.

Nur wenn der Bus durch die fortgesetzten Fahrbemühungen ab und zu weiter merklich absackt, schimpfen sie über den Fahrer.
Es ist unerhört, sagen sie, daß er eine solche Route gewählt hat.
Oder: Jetzt soll er mal zusehen, wie er damit fertig wird usw. usw.
(Man weiß ja, was die Leute bei solchen Gelegenheiten sagen.)
Ab und zu steigt auch mal ein Passagier aus und besieht sich das Malheur von außen.

Steigt er wieder ein, hört man ihn sagen: Verdammter Mist. Man müßte eigentlich mal zu schieben versuchen. Aber bei diesem schweren Bus kann man allein nichts machen; die Räder stecken bereits zu tief im Boden.

Das Ende der Geschichte:
Der Bus ist nach einiger Zeit – wie man in der Zeitung lesen konnte – abgestürzt.

Die Leser der Zeitung waren mit Recht sehr erstaunt. Sie sagten zueinander: Was müssen das für seltsame Leute gewesen sein, die in dem Bus saßen. Wie kam es nur, daß sie nicht begriffen haben, was das Naheliegendste gewesen wäre; nämlich: Durch gemeinsames Handeln den Bus wieder flottzumachen und dadurch aus der gefährlichen Situation herauszukommen . . .

Liebe Leser dieser Begebenheit!
In den nächsten Tagen kommen Mitarbeiter der Kampagne für Abrüstung zu Ihnen. Man wird Sie bitten, Ihre Unterschrift unter eine Petition an den Deutschen Bundestag zu schreiben.

Folgende Situation ist gegeben:

Tatsache Nr. 1:
Die Menge der in Ost und West einsatzbereiten, atomaren Vernichtungsmaschinen reicht aus, die Bevölkerung in West und Ost mehrfach zu vernichten. Die Möglichkeit dazu besteht jeden Tag. Die Möglichkeit erhöht sich, wenn die Verfügung über diese, fälschlicherweise „Waffen" genannten Vernichtungsmaschinen, ausgedehnt wird.

Die Petitionsforderung Nr. 1 an den Deutschen Bundestag lautet deshalb:
Ich bitte den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.

Tatsache Nr. 2:
Um der atomaren Katastrophe zu entgehen, muß das wichtigste Weltproblem gelöst werden.
Das wichtigste Weltproblem heißt: Abrüstung heute.
In West und Ost wurden brauchbare Abrüstungspläne entwickelt, die als erste Schritte praktizierbar sind.

Die Petitionsforderung Nr. 2 an den Deutschen Bundestag lautet deshalb:
Ich bitte den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.

Tatsache Nr. 3:
Abrüstung ist heute notwendig und sie ist möglich, wenn die vorliegenden Pläne ernsthaft geprüft und verfolgt werden.

Die Petitionsforderung Nr. 3 an den Deutschen Bundestag lautet deshalb:
Ich bitte den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.

Es ist richtig:
Als Einzelner kann man wenig ausrichten.
Aber einige hunderttausend Einzelne zusammen bringen eine richtige Sache in Bewegung.
Sie sind einer dieser hunderttausend.

Deshalb werden wir Sie um Ihre Unterschrift bitten.

Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
605 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Waldstraße 99, Postscheckkonto Frankfurt 576 48

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß

Kann man nichts ändern?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-90

Muster für weitere Ausschüsse der Kampagne

für die Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß
605 Offenbach 4, Postfach 648

abgeschickt von

.....

.....

Sie wissen, daß ich die Kampagne für Abrüstung und die Ostermärsche unterstütze. Ich halte es für notwendig, etwas für die Erhaltung des Friedens zu tun und sehe darin eine Möglichkeit. Das Jahr 1964 war für Deutschland ein Jahr böser Jubiläen: 50 Jahre sind seit 1914, 25 Jahre seit 1939 vergangen. In beide Kriege war Deutschland unmittelbar verwickelt, ja an beiden vorrangig schuldig. Es ist hoch an der Zeit, daß in diesem unserem Heimatland etwas mehr für die Erhaltung des Friedens getan wird.

Die Kampagne für Abrüstung hat deshalb eine Petition an den Deutschen Bundestag gerichtet. Ich gebe Ihnen beigefügt eine Petitionsliste und würde mich sehr freuen, wenn Sie dieses Anliegen unterstützen könnten. Bitte, lassen Sie sich, wenn möglich, noch weitere Unterschriften geben, damit die Liste voll wird.

Schicken Sie die unterschriebene Petition an mich zurück oder direkt an die Kampagne für Abrüstung. Herzlichen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, den 11.12.64
Postfach 648, 12.12.64
Waldstr. 99

ED718-23-91

An die örtlichen Ausschüsse
und die Mitglieder des hessischen Ausschusses

Liebe Freunde,

bitte, nehmen Sie Folgendes zur Kenntnis.

1. Die für 18.12.64 (Freitag) geplante Sitzung mit den örtlichen Ausschüssen kann leider nicht stattfinden. Durch die Anti-MLF-Aktion in Paris waren wir im Arbeitsausschuß und in der Geschäftsstelle in den letzten Wochen sehr stark beschäftigt, so daß die notwendiger Vorbereitungen für eine gemeinsame Sitzung von örtlichen Ausschüssen und hessischem Ausschuß nicht getroffen werden konnten. Nach den Vorstellungen in der letzten Sitzung ging es ja im wesentlichen darum, einen gut durchdachten Vorschlag für die Marschstrecke zum Ostermarsch 1965 vorzulegen, und hierzu waren wir bisher nicht in der Lage.

   Der Arbeitsausschuß hat eine Kommission gebildet, die einen Streckenplan für den Ostermarsch 1965 ausarbeiten soll. Die Kommission: Willi Malkomes, Frankfurt; Robert Nonnenmacher, Mainz; Fritz Strass, Wiesbaden; Norbert Weiler, Hofheim; Werner Welskop, Rüsselsheim;

   Wir haben beschlossen, daß die nächste gemeinsame Sitzung am Donnerstag, den 7.1.65 in Ffm. stattfinden wird. Wir bitten bereits jetzt, den Termin vorzumerken. Die 2 wesentlichsten Tagesordnungspunkte werden sein: Unterschriftenaktion für die Petition; der Ostermarsch 1965.

2. Für unseren Charterflug nach Paris haben sich über 100 Freunde angemeldet, und wir mußten deshalb sehr vielen absagen, da in der Maschine nur 64 Personen mitfliegen können, und da wir aus finanziellen Gründen nicht in der Lage waren, eine zweite Maschine zu chartern. Wir sind der festen Überzeugung, daß wir ohne weiteres auch eine weitere Maschine hätten voll besetzen können. Obwohl sich gerade in den letzten Tagen einige neue Aspekte zur MLF ergeben haben und ziemlich fest damit gerechnet werden kann, daß das MLF-Projekt scheitert, scheint es doch sehr sinnvoll, daß diese erste größere internationale Aktion der Kampagne zustande kommt und daß wir von Hessen mit einer verhältnismäßig großen Delegation teilnehmen.

3. Zur Unterschriftensammlung für die Petition an den Deutschen Bundestag hat Dr. Andreas Buro (Sprecher des Zentralen Ausschusses der Kampagne) einen Erfahrungsbericht zusammengestellt, den wir diesem Rundschreiben beifügen.

   Wir erinnern noch einmal daran, daß wir bei unserer letzten Sitzung beschlossen hatten, daß jeder örtliche Ausschuß vor Weihnachten eine Unterschriftenaktion von Haus zu Haus organisiert, damit wir bei der nächsten Zusammenkunft über möglichst vielseitige Erfahrungen diskutieren können.

-2-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

4. Die erste Großaktion im Jahr 1965 wird die Auftaktveranstaltung am 31.1.65 in Gelsenkirchen sein. Aus Hessen wollen wir an dieser Veranstaltung mit rd. 200 Leuten teilnehmen. Wir sind daran interessiert, daß die hessische Beteiligung aus allen örtlichen Ausschüssen zustande kommt, damit wir von der Auftaktveranstaltung Impulse für die örtliche Arbeit mit nach Hause nehmen und dann mit Schwung an die Vorbereitung des Ostermarsches 1965 und den Abschluß unserer Unterschriftenaktion für die Petition gehen können.

Für heute nicht mehr.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Kla. Vack

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 218-23-92

12.12.64 V.

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß

605 Offenbach/M. 4
Postfach 649

Wichtig:
Termin für Pflichtslogans
31.12.1964

Bestellung	Preis pro 100 Stück	Gesamtpreis
..... x je 16 Pflichtslogans 1965 (Selbstkostenpreis steht noch nicht fest)		.....
..... Abzeichen - groß oder	40,--	.....
..... Abzeichen - klein	40,--	.....
..... Kugelschreiber (Bei Zahlung bei Bestellung 100 Stück/DM 50,-)	60,--	.....
..... Flugblätter - Grundsätze	2,--	.....
Wer steht hinter diesem Zeichen	2,--	
..... Postkarten - Satz zu 7 Stück	15,--	.....
..... Briefaufkleber	-,60	.....
..... Autokleber - selbstklebend	35,--	.....
..... Informationen zur Abrüstung - Sondernummer über die Kampagne -	25,--	.....

Das Material ist zu liefern an:

Name: ----------

Anschrift: ----------
(Postleitzahl)

(Unterschrift)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Hessischer Ausschuß

ED 718-23-93

Protokoll zur Sitzung des Arbeitsausschusses
am 2. Dez. in Offenbach
7. 12. 64

Anwesend: Vack, Halberstadt, Arlt, Winkler, Strass,
als Gäste Malkomes und Riedel.

Es fehlten Amann, Andres, Farr, Faller.

1. Klaus Vack erläutert die nun vorliegende Einnahmen und Ausgabenrechnung vom Ostermarsch 64. Es ist festzustellen, daß sich die Einnahmen durch Spenden und Materialverkauf wesentlich gegenüber den Vorjahren gesteigert haben. Demnach war die bisherige Finanzpolitik des Hess. Ausschusses erfolgreich. Die Einnahmen und Ausgabenrechnung wird demnächst revidiert und der Hauptversammlung vorgelegt werden.

2.1. Die Aktionen gegen MLF werden erörtert. In London hat ein großangelegtes Lobby einen gewissen Erfolg auf die Haltung der Labour-Party zur MLF gehabt.

2.2. Die geplante Tagung in Rom der Internationalen Konförderation mußte aus organisatorischen Gründen in den Januar 65 verschoben werden.

2.3. Paris-Aktion:
Folgendes ist geplant:

+ Lobby-Aktion vor dem Nato-Ratsgebäude und ausländischen Botschaften in Paris

+ Große Demonstration gemeinsam mit franz. Friedensorganisation. Zur Durchführung der Demonstration sind noch nicht alle Dinge geklärt. Winkler und Arlt sind der Auffassung, daß eine gemeinsame Aktion mit dem franz. Friedensrat sehr gut überlegt werden müßte und eine Zusammenarbeit bei dieser Gelegenheit verfrüht sei.

+ Pressekonferenz der Internationalen Konförderation, bei der auch die verantwortlichen Mitarbeiter der Kampagnen der Länder anwesend sein werden. Hier soll der Standpunkt der IK und ihrer Mitglieder erläutert werden.
+ Am Abend eine Saalkundgebung mit der Vereinigung von Claude Bourdet.

Über die technischen Einzelheiten der Aktion (Charterflugzeug Frankfurt - Paris - Frankfurt) sind Mitglieder des AA informiert. Ein Beschluß hierzu wurde telefonisch herbeigeführt. +)b. w.

6. Nächste Sitzung des Arbeitsausschusses am 9. 12. 64 - pünktlich 19,00 Uhr - bei Klaus Vack.

605 Offenbach, den 3. Dez. 1964
Waldstr. 99

Für die Protokollführung: Fritz Strass

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ergänzung zu Punkt 2.3. der TO

+) Eine schriftlich Anfrage des Landesfriedenskomitee Hessen wegen der MLF-Aktion in Paris wurde bereits von Klaus Vack mündlich beantwortet.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-94

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß
605 Offenbach 4, den 1.12.64 _ 3.12.64
Postfach 648, Tel. 863764

PARIS-AKTION ZUR MLF

Liebe Freunde!

Am 15.12.1964 beginnt die NATO-Ratstagung in Paris. Hauptpunkt der Tagesordnung ist das Projekt einer multilateralen Atomstreitmacht (MLF). Die Kampagnen für Abrüstung mehrerer europäischer Länder (England, Italien, Frankreich, Bundesrepublik) planen aus diesem Anlaß Aktionen gegen die MLF.

Wir wollen

* durch dutzende Delegationen à 20 - 30 Personen im NATO-Ratsgebäude und bei Botschaften von NATO-Staaten in Paris schriftliche Stellungnahmen gegen die MLF abgeben unter Berücksichtigung der politischen Situation in unseren Ländern;
* bei einer internationalen Pressekonferenz die Argumente der Kampagne gegen die MLF vertreten;
* mit französischen Friedensorganisationen eine Demonstration veranstalten;
* den Aktionstag gegen die MLF mit einer Saalkundgebung (erwartete Beteiligung 2000 - 3000 Leute) in Paris beschließen;

Die Bundesregierung hat ihr erklärtes Ziel, noch in diesem Jahr - notfalls allein mit den USA - den Vertrag über die MLF abzuschliessen, nicht erreicht. Die Haltung der NATO-Partner und der Bevölkerung in diesen Ländern haben dies mitbewirkt. Aber trotzdem strebt die Bundesregierung weiterhin nach atomarer Mitbestimmung und betreibt das MLF-Projekt.

Es gilt deshalb, den Widerstand gegen die MLF durch unsere Aktionen bei der NATO-Ratstagung zu stärken. Dabei muß die deutsche Delegation zahlenmäßig sehr stark sein. Es war geplant vom hessischen Ausschuß, mit ... b.w.

An die Kampagne für Abrüstung
605 Offenbach, Postfach 648

An dem Charterflug Frankfurt - Paris und zurück und der Paris-Aktion gegen die MLF nehme ich gegen Erstattung einer Teilnehmergebühr von DM 50,- teil.

Name, Vorname: _____

Wohnort, Straße: _____

(bitte leserlich schreiben)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

AVEC L'AVION - FRANKFURT - PARIS

.... Bussen nach Paris zu fahren, mit ca. 70 - 100 Personen. Dies ist nicht möglich, da Busfahrten in Frankreich zwischen 22.oo -6.oo Uhr nur mit Sondergenehmigung gestattet sind, von der wir nicht wissen, ob wir sie erhalten würden.

Da die Aktionen am Dienstag, dem 15.12.1964, sind, müßten Montag und Mittwoch als Reisetage gerechnet werden. Die Nebenkosten wären in Vergleich zu den Buskosten (letztere DM 35,-) sehr hoch.

Wir haben deshalb vom hessischen Ausschuß ein viermotoriges Flugzeug gechartert. Wir werden

am 15.12.1964, gegen 6.oo Uhr von Frankfurt, Flughafen ab - und um 23.oo Uhr von Paris zurückfliegen (Ankunft Frankfurt gegen o,30 Uhr).

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 50,- und ist sofort, spätestens beim Abflug zu zahlen.

Da wir das Projekt nur finanzieren können, wenn die Maschine total belegt ist, muß jeder Angemeldete den Betrag bezahlen, auch dann, wenn er plötzlich verhindert ist - es sei denn, er besorgt noch rechtzeitig einen anderen Mitreisenden.

Anmeldung bis spätestens 10.12.64 an die Geschäftsstelle. Bitte, beachten Sie, daß die Anmeldungen nach dem Eingangsdatum berücksichtigt werden. Sofortige Anmeldung wird empfohlen.

An Nebenkosten entstehen eine Flugplatzgebühr von 8 franz. Franken, die in Paris jeder persönlich bezahlen muß, und die Unkosten für Essen, Trinken, Metro (je nach den persönlichen Bedürfnissen von ca. 7 franz Franken aufwärts).

Voraussetzung für die Reise ist ein gültiger Reisepaß oder Bundespersonalausweis. Weitere organisatorische Hinweise erhalten die gemeldeten Teilnehmer.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Klaus Vack

(Klaus Vack)

PS: Wer mit einem eigenen Wagen oder sonstwie auf eigene Faust nach Paris fährt und an den Aktionen am 15.12.1964 teilnehmen möchte, erfrage organisatorische Details bitte schriftlich bei der Geschäftsstelle

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-95

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
HESSISCHER AUSSCHUSS
605 Offenbach, 1. Dez. 1964
Postfach 648, Waldstr. 99
Postscheckkonto: Ffm 57 648

3.12.64

ZUR FINANZLAGE ---

Wir sind der Meinung, daß die Kampagne für Abrüstung gerade jetzt gegen das MLF-Projekt besonders aktiv werden sollte. Deshalb die Aktion in Paris, deshalb vor wenigen Tagen ein Kongress von CND in England und eine Lobby-Aktion im Unterhaus, deshalb eine internationale Konferenz Anfang 1965 in Rom und deshalb die deutsche

GROSSKUNDGEBUNG
am 31.1. 1965 in Gelsenkirchen
unter dem Thema:
Gegen eine Verbreitung von Atomwaffen - für atomwaffenfreie Zonen!

Deshalb aber auch ein erneuter Aufruf zu finanziellen Opfern. Bedenken Sie, daß die Paris-Aktion, obwohl die Teilnehmer 80 % der Kosten selbst tragen, uns dennoch viel Geld kostet und daß die Kasse, wie immer, leer ist; von unserer deutschen Großkundgebung erst garnicht zu reden.

Wir bitten alle, die es irgendwie im Familienbudget verkraften können, noch sofort im Dezember oder gleich im neuen Jahr, wieder einen Förderbeitrag zu überweisen. Vielen herzlichen Dank! (Da wir annehmen, daß Sie noch im Besitz von Zahlkarten sind, die wir immer wieder beilegen, haben wir dieses Mal aus Kostenersparnis darauf verzichtet, schon wieder eine Zahlkarte beizufügen. Sollten Sie trotzdem keine Zahlkarte haben, dann überweisen Sie das Geld an obige Adresse und obiges Postscheckkonto.)

OM-KALENDER

Ein Ostermarsch-Kalender 1965 ist nicht zustande gekommen. Der Zentrale Ausschuß konnte sich nicht zu einem solchen Projekt entschließen und der Hessische Ausschuß mußte es nach finanzieller Überprüfung ebenfalls aufgeben.

GRUSSKARTEN

Wir bieten Ihnen jedoch zum Jahreswechsel einen Kartensatz an. Für DM 5.-- liefern wir 25 Karten (davon 18 mehrfarbige Weihnachts- und Neujahrskarten mit Umschlägen, hergestellt von der britischen Kampagne und deshalb ohne Reihe mit OM-Motiven). Der durchschnittliche Stückpreis beläuft sich somit auf DM 0.20. Wir hoffen, viele Freunde machen wir früher beim OM-Kalender von unserem Kartenangebot Gebrauch. (Bitte umseitige Bestelliste benutzen.)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

An die

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Meterial:

1.) ..... Satz mit 25 Karten (10 für Weihnachten und Jahreswechsel) a DM 5.-- DM .....

2.) ..... Schallplatte der Mörfelder Skiffle-Group a DM 5.-- DM .....

3.) ..... Broschüre "Der Weg zur Weltabrüstung - jetzt!" a DM 2.90 DM .....

4.) ..... Türschild "Gott beschütze uns und unser Haus vor Berry Goldwater und Josef Strauß" a DM 1.-- DM .....

5.) ..... Briefverschlußmarken 100 Stück DM 1.50 DM .....

6.) ..... OM-Abzeichen, klein oder groß, a DM 1.-- DM .....

7.) ..... Taschentücher mit OM-Emblem, a DM 1.-- DM .....

8.) ..... Druckkugelschreiber mit OM-Emblem a DM 1.-- DM .....

9.) ..... Autoplaketten (selbstklebend) mit OM-Emblem a DM 1.-- DM .....

10.) ..... Presseanalysen der Märsche 1961, 1962 und 1963 a DM 1.50 DM .....

Name: .....

Anschrift: .....

....., den .....

.....
Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-96

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, den 2.12.64
Postfach 648

3.12.64

Betr.: Petitionsaktion in Langen

Liebe Freunde,

Sie haben dem hessischen Ausschuß Ihre grundsätzliche Bereitschaft mitgeteilt, bei zentralen Aktionen zur Unterschriftensammlung für unsere Petition an den Deutschen Bundestag mitzuwirken. Am kommenden Sonntag, dem 6.12.64, wollen wir in Langen eine Unterschriften-Aktion von Haus zu Haus machen, und wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie dabei mitwirken könnten.

Wir treffen uns am Sonntagvormittag pünktlich um

9.oo Uhr in der Gaststätte Pausch
"Zum Lämmchen", Schafsgasse 29,
Tel. 3673.

Dort wollen wir die Aktion kurz besprechen und dann mit den Unterschriftenlisten von Haus zu Haus gehen. Wir haben zu diesem Zweck einen günstigen Stadtteil in Langen ausgewählt und dort vorher ein Flugblatt verteilt, in dem darauf hingewiesen wurde, daß wir am Sonntagvormittag um einen Unterschriftenleistung vorsprechen werden. Unsere Aktion soll um spätestens 12.oo Uhr beendet sein.

Wir würden uns sehr freuen, wenn wir Sie zu dieser Aktion in Langen begrüßen könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Kla Vack

(Klaus Vack)

P.S.
Bitte, einen Kugelschreiber mitbringen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-97

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
HESSISCHER AUSSCHUSS

605 Offenbach, 1. Dez. 1964
Waldstr. 99, Postfach 648

2.12.64

An die Örtlichen Ausschüsse und die Mitglieder des Hessischen Ausschusses

Liebe Freunde,

es hat lange gedauert, bis wir endgültig genaueres über die Paris-Aktion wußten. Viele telefonische Verhandlungen und eine Reise eines Vertreters des ZA nach Paris waren erforderlich, um ein gemeinsames Programm zu erstellen, mit dem wir nach den in Frankreich gegebenen Möglichkeiten zufrieden sein können.

Sie finden beigefügt ein Rundschreiben, das wir morgen oder übermorgen an alle Anhänger der Kampagne in Hessen verschicken werden. Mit dem Beschluß, ein Flugzeug zu chartern und mit unserer Delegation nach Paris zu fliegen, haben wir ein größeres Projekt auf uns genommen und es muß uns unbedingt gelingen, das Flugzeug voll zu besetzen.

Wir bitten deshalb unsere Örtlichen Ausschüsse, in den nächsten Tagen all jene Freunde persönlich aufzusuchen, die für eine Teilnahme an der Paris-Aktion in Frage kommen und so dazu beizutragen, daß wir eine gute Mannschaft zusammenbekommen.

Vergessen Sie darüber hinaus nicht unseren Beschluß, bis Weihnachten 1964 in allen Örtlichen Ausschüssen eine Aktion von Haus zu Haus in unserer Petitionskampagne zu unternehmen. Die Petition und die Paris-Aktion sollten in den nächten Wochen unser aller Unterstützung finden, damit wir bis zum Ende des Jahres in unserer Arbeit noch ein Stück weiterkommen.

Für heute nicht mehr!

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-98

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß
605 Offenbach 4, den 1.12.64
Postfach 648, Tel. 883764

PARIS-AKTION ZUR MLF

Liebe Freunde!

Am 15.12.1964 beginnt die NATO-Ratstagung in Paris. Hauptpunkt der Tagesordnung ist das Projekt einer Multilateralen Atomstreitmacht (MLF). Die Kampagnen für Abrüstung mehrerer europäischer Länder (England, Italien, Frankreich, Bundesrepublik) planen aus diesem Anlaß Aktionen gegen die MLF.

Wir wollen

* durch dutzende Delegationen a 20 - 30 Personen im NATO-Ratsgebäude und bei Botschaften von NATO-Staaten in Paris schriftliche Stellungnahmen gegen die MLF abgeben unter Berücksichtigung der politischen Situation in unseren Ländern;
* bei einer internationalen Pressekonferenz die Argumente der Kampagne gegen die MLF vertreten;
* mit französischen Friedensorganisationen eine Demonstration veranstalten;
* den Aktionstag gegen die MLF mit einer Saalkundgebung (erwartete Beteiligung 2000 - 3000 Leute) in Paris beschließen;

Die Bundesregierung hat ihr erklärtes Ziel, noch in diesem Jahr - notfalls allein mit den USA - den Vertrag über die MLF abzuschließen, nicht erreicht. Die Haltung der NATO-Partner und der Bevölkerung in diesen Ländern haben dies mitbewirkt. Aber trotzdem strebt die Bundesregierung weiterhin nach atomarer Mitbestimmung und betreibt das MLF-Projekt.

Es gilt deshalb, den Widerstand gegen die MLF durch unsere Aktionen bei der NATO-Ratstagung zu stärken. Dabei muß die deutsche Delegation zahlenmäßig sehr stark sein. Es war geplant vom hessischen Ausschuß, b.w.
mit ...

An die Kampagne für Abrüstung
605 Offenbach, Postfach 648

An dem Charterflug Frankfurt - Paris und zurück und der Paris-Aktion gegen die MLF nehme ich gegen Erstattung einer Teilnehmergebühr von DM 50,- teil.

Name, Vornahme: _____

Wohnort, Straße: _____

(bitte leserlich schreiben)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

AVEC L'AVION - FRANKFURT - PARIS

.... Bussen nach Paris zu fahren, mit ca. 70 - 100 Personen. Dies ist nicht möglich, da Busfahrten in Frankreich zwischen 22.oo -6.oo Uhr nur mit Sondergenehmigung gestattet sind, von der wir nicht wissen, ob wir sie erhalten würden.

Da die Aktionen am Dienstag, dem 15.12.1964, sind, müßten Montag und Mittwoch als Reisetage gerechnet werden. Die Nebenkosten wären im Vergleich zu den Buskosten (letztere DM 35,-) sehr hoch.

Wir haben deshalb vom hessischen Ausschuß ein viermotoriges Flugzeug gechartert. Wir werden

am 15.12.1964, gegen 6.oo Uhr von Frankfurt, Flughafen ab - und um 23.oo Uhr von Paris zurückfliegen (Ankunft Frankfurt gegen o,30 Uhr).

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 50,- und ist sofort, spätestens beim Abflug zu zahlen.

Da wir das Projekt nur finanzieren können, wenn die Maschine total belegt ist, muß jeder Angemeldete den Betrag bezahlen, auch dann, wenn er plötzlich verhindert ist - es sei denn, er besorgt noch rechtzeitig einen anderen Mitreisenden.

Anmeldung bis spätestens 10.12.64 an die Geschäftsstelle. Bitte, beachten Sie, daß die Anmeldungen nach dem Eingangsdatum berücksichtigt werden. Sofortige Anmeldung wird empfohlen.

An Nebenkosten entstehen eine Flugplatzgebühr von 8 franz. Franken, die in Paris jeder persönlich bezahlen muß, und die Unkosten für Essen, Trinken, Metro (je nach den persönlichen Bedürfnissen von ca. 7 franz. Franken aufwärts).

Voraussetzung für die Reise ist ein gültiger Reisepaß oder Bundespersonalausweis. Weitere organisatorische Hinweise erhalten die gemeldeten Teilnehmer.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Klaus Vack

(Klaus Vack)

PS: Wer mit einem eigenen Wagen oder sonstwie auf eigene Faust nach Paris fährt und an den Aktionen am 15.12.1964 teilnehmen möchte, erfrage organisatorische Details bitte schriftlich bei der Geschäftsstelle

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß

ED 718-23-99

Protokoll über die Sitzung des Zentralen Ausschusses am 21./22.11.64

2.12.64

Bitte vermerken: nächste Sitzung des ZA am 16./17.1.65

Verteiler: Kuratorium, Zentraler Ausschuß, Ausschüsse der Kampagne

Teilnehmer:

Sprecher
Andreas Buro

Geschäftsführer
Klaus Vack

Kuratorium
Arno Klönne

RA - Nord
Günter Lübke

RA - Bremen
Detlef Dahlke

RA - Niedersachsen
Peter Salge

RA - West
Christel Beilmann
Herbert Stubenrauch
Frank Werkmeister

RA - Hessen/Rheinland
Heiner Halberstadt
Fritz Strass

RA - Baden/Pfalz/Saar
Ernst Günter
Willi Marfeld
Irm de Ondarza

RA - Württemberg/Bodensee
Günter Fritz
Wolfgang Killguß
Manfred Neu

RA - Bayern-Süd
Gerhard Schmid
Claus Schreer

RA - Bayern-Nord
Hugo Stößinger

RA - Berlin
Klaus E. Diedrich
Jürgen Jebram
Hans Joachim Krüger

Verbände
Hannelies Schulte (DFG)
Wolfgang Liebegold (IdK)
Dieter Kramer (SDS)
Egon Becker (VK)

Gäste
Peter Thomas Krüger
Anders Boserup (Dänemark)
Klaus Iversen (Dänemark)
Hasso Ehinger (ö.A. Karlsruhe)
Christel Wenz (ö.A. Karlsruhe)
Hans Müller

Zu Punkt C der TO

C.1 Andreas Buro informiert den ZA, daß der AA Klaus Vack mit der Geschäftsführung beauftragt hat und daß Klaus Vack diese Tätigkeit ab 1.1.65 hauptamtlich übernehmen soll.

Der ZA beschließt bei 4 Stimmenthaltungen die Berufung von Klaus Vack als Geschäftsführer des ZA.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

0.2. Der ZA bevollmächtigt einstimmig den Sprecher Andrees Büro und den Geschäftsführer Klaus Vack, die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - Zentraler Ausschuß - im Sinne eines Vorstandes eines eingetragenen Vereins nach § 26 BGB zu vertreten.

Zu Punkt 1 der TO - Stand der Planungen zur MLF

Arno Klönne gibt in einem Kurzreferat einen Überblick über den derzeitigen Stand der Planungen zur MLF. Über diese Ausführungen wird eingehend diskutiert. Die Kampagne gegen die MLF soll weitergeführt werden, und zwar unter deutlichem Herausstellen einer Ablehnung jeglicher deutscher Verfügungsgewalt über Atomwaffen.

Zu Punkt 2 der TO - MLF-Aktionen

2.1 Flugblatt des ö.A. Karlsruhe gegen die MLF zum SPD-Parteitag

Die Vertreter des ö.A. Karlsruhe erläutern die Motive für ein Flugblatt, das gegen die MLF gerichtet ist und aus Anlaß des SPD-Parteitages an die Bevölkerung von Karlsruhe und an die Delegierten des Parteitages verteilt werden soll. Das Flugblatt liegt bereits gedruckt vor. Nach einer mehr als 2-stündigen Diskussion über diese Frage wird vom ZA noch einmal festgestellt, daß eigene örtliche oder regionale Flugblätter mit politischem Inhalt vor Drucklegung der Zustimmung des zentralen Arbeitsausschusses bedürfen.

Der Wunsch des örtlichen Ausschusses Karlsruhe, das Karlsruher Flugblatt an die Delegierten des SPD-Parteitages zu verteilen, wird vom ZA einstimmig abgelehnt. Ein Antrag, nach dem der ZA den ö.A. Karlsruhe bevollmächtigen soll, das vorliegende Flugblatt in der Zeit des Parteitages an die Bevölkerung zu verteilen, wird ebenfalls abgelehnt.

Mehrere Diskussionssprecher machen auf entsprechende Anfragen die Karlsruher Freunde darauf aufmerksam, daß der Beschluß des ZA verbindlich ist für den ö.A. Karlsruhe.

Das AA-Mitglied Heiner Halberstadt erklärt sich bereit, dem ö.A. Karlsruhe den Beschluß des ZA zu erläutern.

Klaus Vack macht für den Hessischen Ausschuß das Angebot, dem ö.A. Karlsruhe für einen Neudruck eines Flugblattes gegen die MLF ohne Bezug auf den SPD-Parteitag das notwendige Geld zur Verfügung zu stellen.

2.2 Konferenz von ICDP in Rom

Die Konferenz soll am 5./6.12.64 stattfinden. Das Arbeitsthema lautet: Gegen jede Verbreitung von Atomwaffen - für atomwaffenfreie Zonen. (Inzwischen hat die italienische Kampagne die Konferenz aus organisatorischen Gründen verschoben.)

2.3 Aktion zur NATO-Ratstagung

Es wird eine Lobby-Aktion zur NATO-Ratstagung in Paris am 15.12.64 beschlossen. Die Lobby-Aktion wird von der deutschen Kampagne eigenständig veranstaltet. Vorbereitung und Koordination liegen bei dem RA West.

Bei der Lobby-Aktion soll im NATO-Gebäude eine Materialzusammenstellung über deutsche Stimmen und Argumente zur MLF über-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-100

geben werden. Evtl. sollen auch verschiedene Botschaften von NATO-Ländern in Paris aufgesucht werden. Weitere Details sind durch den AA in Zusammenarbeit mit dem RA West zu klären.

Da weitere Kampagnen und auch andere Gruppierungen ebenfalls Aktionen zur NATO-Ratstagung in Paris veranstalten, wird vom ZA eine eigene Pressekonferenz der Konföderation empfohlen.

Der ZA beschließt, daß die Konföderation in Paris mit anderen Verbänden am Nachmittag des 15.12.64 eine Großkundgebung veranstalten soll, für die auch die deutsche Kampagne einen Redner stellt (wahrscheinlich Andreas Buro).

2.4 Weitere Aktionen

a) Es wird beschlossen, daß der ZA sich auf die Auftaktveranstaltung am 31.1.65 konzentriert und auch daher nicht die IdK-Demonstration am 5.12.64 in Bonn gegen die Notstandsgesetzgebung übernimmt.

b) Der AA wird beauftragt, einen Brief an Anthony Greenwood zu schreiben und ihn um eine Stellungnahme zur MLF zu bitten.

c) Der AA wird beauftragt, in der Frage MLF einen Brief an US-Vizepräsidenten Humphrey zu schreiben und ihm die Stellungnahme der Kampagne mitzuteilen. Außerdem soll der genaue Termin des Deutschland-Besuches von Hubert Humphrey ermittelt und geprüft werden, inwieweit die Kampagne bei dieser Gelegenheit in Erscheinung treten kann.

Zu Punkt 3 der TO - Haltung der Kampagne zur Notstandsgesetzgebung

Der ZA diskutiert die notwendige und mögliche Haltung der Kampagne zur Notstandsgesetzgebung. Bei den geplanten Gesetzen sind 2 Gesichtspunkte zu beachten. 1. Die mit der Notstandsgesetzgebung verbundene Militarisierung und psychologische Kriegsvorbereitung der Bevölkerung und 2. Die sozialen, wirtschaftlichen und allgemein politischen Aspekte. Der ZA ist der Auffassung, daß sich die Kampagne vorwiegend mit den Aspekten der Notstandsgesetzgebung befassen soll, die besonders die Fragen der Entspannung und Abrüstung betreffen.

Dem ZA liegt eine Stellungnahme von Prof. Dr. Helmut Ridder zur Notstandsgesetzgebung vor, die am 21.11.64 zusammen mit einigen prominenten Juristen veröffentlicht werden soll. Unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Zustimmung der Kampagne hierzu wird der AA beauftragt, zu prüfen und zu beschließen, ob sich die Kampagne der Erklärung von Prof. Ridder anschließen kann.

Zu Punkt 4 der TO - Stand der Petitionskampagne

Eine Zählung ergibt, daß insgesamt mehr als 100 000 Unterschriften vorliegen dürften. Nicht berücksichtigt sind die Unterschriften, die noch ausstehen und über die kein Überblick besteht. Der AA soll überprüfen, ob die Zahl aus Anlaß der Aktionen in Rom und Paris oder bei einer anderen Gelegenheit veröffentlicht werden soll.

Um die Petitionskampagne zu verstärken, wird nochmals ein Erfahrungsbericht zentral zusammengestellt. Alle Regionalausschüsse verpflichten sich, bis zum 4.12.64 an Andreas Buro einen Bericht über ihre Erfahrungen bei der Unterschriftensammlung zu geben.

-4-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Zu Punkt 5 der TO - "Ostermarsch-Nachbetrachtungen"

5.1 Der Arbeitsausschuß soll prüfen, inwieweit es sinnvoll ist, in die IZA Informationen über den Verlag, den Verfasser und weitere Zusammenhänge zu veröffentlichen.

5.2 Der AA wird beauftragt, Herrn Jenke zu einer Aussprache mit dem ZA einzuladen.

5.3 Es ergeben sich Anfragen über Personen, die nach der Broschüre eine bedeutende Rolle in der Kampagne spielen. Es kann festgestellt werden, daß es sich jeweils um Leute handelt, die in der Kampagne keine Funktion ausüben.

Zu Punkt 6 der TO - Auftaktveranstaltung am 31.1.65

Die Auftaktveranstaltung zum OM 1965 findet am 31.1.65, 15,30 - 18.oo Uhr im Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen statt. Arbeitsthema könnte sein, "gegen die Verbreitung der atomaren Waffen - für atomwaffenfreie Zonen". Als Redner sind vorgesehen: Parlamentsabgeordnete aus England und Polen, Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, evtl. weitere ausländische Gäste und weitere deutsche Redner, die vom AA festzulegen sind.

Damit die Auftaktveranstaltung für eine aktive Vorbereitungsarbeit zum OM 1965 anspornt, werden Delegationen aller Regionalausschüsse teilnehmen. Einmütig beschließt der ZA folgenden Delegationsschlüssel: Bayern-Süd 40 Teilnehmer; Bayern-Nord 40; Württemberg/Bodensee 80; Baden/Pfalz/Saar 80; Hessen 180; Niedersachsen 60; Bremen 40; Nord 60; Berlin 20 Teilnehmer. Für diese Teilnehmer werden vom RA West in dem 2000 Personen fassenden Veranstaltungssaal Plätze reserviert. Die übrigen Teilnehmer stellt der RA West.

Es wird empfohlen, die Veranstaltung aufgelockert und interessant zu gestalten. Hierüber werden sich der zentrale AA und der RA West beraten.

Zu Punkt 7 der TO - Ostermarsch 1965

7.1 Märsche und Kundgebungen

Wegen Zeitmangel kann über diesen Punkt nicht ausführlich diskutiert werden. Es wird lediglich beschlossen, daß der ZA grundsätzlich ein von der Schweiz vorgeschlagenes Grenztreffen unterstützt und der AA Baden/Pfalz/Saar gebeten wird, deshalb Kontakt zu der Schweizer Kampagne aufzunehmen.

7.2 Aufruf zum OM 1965

Der Entwurf für den Aufruf zum OM 1965 wird diskutiert und nach einigen Änderungen einstimmig beschlossen. Redaktionelle Verbesserungen werden durch den AA vorgenommen. Der Aufruf wird erst zur Auftaktveranstaltung am 31.1.65 veröffentlicht. Vorher sollen lediglich etwa 50 - 100 prominente Unterzeichner durch den ZA gewonnen werden.

Als Unterschriftenaktion wird die Petition bis zum Ende des OM 1965 fortgeführt. Den Aufruf zum OM sollen sowohl zentral als örtlich nur wenige, aber der Öffentlichkeit gut bekannte, prominente Persönlichkeiten unterzeichnen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-101

7.3 Pflichtslogans und Slogans

Die beschlossenen Pflichtslogans und Slogans sind dem Protokoll als Anlage beigefügt. Die Pflichtslogans werden wieder zentral gedruckt. Bitte, rechtzeitig bestellen!

7.4 Flugblätter

Es wird beschlossen, die Ostermärsche 1965 durch eine Reihe Zeitungsflugblätter vorzubereiten. Die zentrale Herstellung der Zeitungsflugblätter wird durch die Geschäftsführung organisiert. Als Redaktion werden benannt: Beilmann, Buro, Halberstadt, Vack, Klönne.

Der AA wird beauftragt, schnellstens eine Arbeitsmappe für die ö.A. mit verschiedenem Material zusammenzustellen, das bei der Vorbereitung für den OM 1965 gebraucht wird.

7.5 Plakate

Der AA wird sich durch Schreiben an RA und ö.A. um Entwürfe für Plakate bis zur nächsten ZA-Sitzung bemühen.

Zu Punkt 8 der TO - Werbematerial

8.1 Die nächste Nummer der IZA erscheint in Form einer Dokumentation über die Kampagne. Diese IZA-Ausgabe ist ausgezeichnet geeignet, um die Kampagne und ihre Ziele bekannt zu machen. Alle R.A. und ö.A. werden gebeten, sie für ihre Werbung zu verwenden und in möglichst großer Zahl zu verkaufen (empfohlener Verkaufspreis DM 0,80). Sonderbestellungen auf diese IZA werden mit DM 25,- je 100 Stück berechnet.

8.2 Die Geschäftsführung wird beauftragt, Spendenschecks mit anhängender Postkarte herzustellen und den Ausschüssen zur Verfügung zu stellen.

8.3 Es wird eine Postkartenschallplatte ("Unser Marsch ist eine gute Sache") hergestellt, die für DM 0,80 das Stück an die Ausschüsse abgegeben und zum Endpreis von DM 1,50 verkauft wird.

8.4 1965 soll unter Schirmherrschaft des ZA wieder eine Bilderausstellung mit Auktion erfolgen. Die Ausführung soll von der Künstlergruppe in Zusammenarbeit mit Andreas Buro übernommen werden, die bereits 1964 eine solche Ausstellung in München ausführte. Wenn möglich, soll Ausstellung und Auktion nach München weiterhin in einer oder zwei anderen Städten erfolgen.

8.5 Die Geschäftsführung soll überprüfen, ob für den OM 1965 ein Sonderabzeichen herausgebracht werden kann.

8.6 Die Geschäftsführung wird beauftragt, Finanzierungsmöglichkeiten für die Kampagne durch eine zentrale Tombola, durch die Herausgabe einer Langspielplatte mit Songs berühmter Interpreten und durch einen OM-Kalender 1965 zu überprüfen.

Zu Punkt 9 der TO - Verschiedenes

9.1 Die Mitarbeiter der dänischen Kampagne, die an der ZA-Sitzung teilgenommen haben, machen Vorschläge für zukünftige Zusammenarbeit.

-6-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

a) Aktionen von Deutschen und Dänen bei der Abreise des dänischen Außenministers zur NATO-Konferenz.

b) Brief der Kampagne an die dänische Regierung, in dem dargelegt wird, welche Bedeutung dänische Initiativen für die Bildung einer atomwaffenfreien Entspannungszone in Mitteleuropa haben könnten und welche einzelnen Schritte wir für wünschenswert halten. Gegebenenfalls könnte daraufhin ein dänischer Abgeordneter eine Anfrage im Parlament hierzu einbringen.

c) Materialsendung der deutschen Kampagne an ca. 20 Leute in Dänemark, die publizistisch und politisch arbeiten und die dieses Material ständig auswerten könnten.

d) Artikel über innerdeutsche Probleme, die mit der Kampagne für Abrustung zusammenhängen, an dänsiche Publizisten und Zeitungen.

e) Beteiligung von dänischen Delegationen an möglichst vielen deutschen Märschen zu Ostern 1965, um engere Kontakte herzustellen.

9.2 Unterlegen für das Verhalten der Kampagne bei den Bundestagswahlen wird der Arbeitsausschuß bei der nächsten ZA-Sitzung vorlegen.

9.3 Eine Zusammenstellung einer Liste von geeigneten Filmen für Veranstaltungen der Kampagne wird Heiner Halberstadt bis zur nächsten ZA-Sitzung vorlegen.

9.4 Die nächste ZA-Sitzung findet am 16./17.1.65 statt.

Offenbach, den 30.11.64

Für die Protokollführung

gez. Andreas Buro gez. Klaus Vack

Nachtrag zu Punkt 2.3 der TO

Wir fügen diesem Protokoll als Anlage einen Text des zentralen AA für ein Flugblatt zur Werbung für die Paris-Aktion der Kampagne bei. Der Text wäre jeweils durch die regional unterschiedlichen organisatorischen Details zu ergänzen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-102

Kampagne für Abrüstung
Zentraler Ausschuß

Andreas Buro
München, den 29.11.64

Flugblatt zur Werbung für die Paris-Aktion der Kampagne

Die Bundesregierung hat ihr erklärtes Ziel, noch in diesem Jahr - notfalls mit den USA allein - den Vertrag über die Multilaterale Atommacht (MLF) abzuschließen, nicht erreicht. Die Haltung der NATO-Partner und der Bevölkerung in diesen Ländern haben dies bewirkt. Aber trotzdem strebt die Bundesregierung weiterhin nach atomarer Mitbestimmung und betreibt das MLF-Projekt.

Das Projekt der MLF und das einer deutsch-französischen Atomwaffenpolitik (letzteres in jedem Falle erpresserisch gegen die USA gerichtet, um die MLF nach den Wünschen Bonner Politiker durchzusetzen) stellen schwere Hindernisse auf dem kaum begonnenen Weg zur internationalen Abrüstung dar. Aber sie gefährden auch die Ziele der deutschen Politik. Seit Jahren erklären unsere Politiker, der Frieden und die friedliche Wiedervereinigung unseres geteilten Landes seien ihre Hauptziele. Das Streben nach atomarer Mitverfügung aber widerspricht eindeutig diesen Zielen und gefährdet sie aufs stärkste. Kommt die MLF und die deutsche atomare Mitbestimmung zustande, dann werden die Folgen sein:

- Internationale Abrüstungs- und Entspannungsgespräche werden empfindlich gestört.
- Die Forderung, jede Ausweitung nuklearer Waffen zu vermeiden, wird vom Westen durchbrochen.
- Eine Streuung des Atomwaffenbesitzes im Ostblock über die Sowjetunion hinaus wird wahrscheinlich.
- Jeder Ansatz einer Lösung der Deutschlandfrage wird auf noch längere Sicht unmöglich gemacht.

Diese Folgen der MLF sind umso wahrscheinlicher, als führende Politiker der Bundesrepublik deutlich zu verstehen gegeben haben, das jetzt noch vorgesehene Monopol der USA bei der Verfügung über den Einsatz der MLF müsse später abgebaut und aufgegeben werden.

Erinnern wir uns: Vor 50 Jahren forderten deutsche Politiker "einen Platz an der Sonne". Durch Machtpolitik wollten sie die bestehenden Verhältnisse ändern. Ergebnis 6 Millionen Tote und bedeutender Landverlust.

-2-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Vor 25 Jahren forderten deutsche Politiker die "Selbstbestimmung aller Deutschen in einem Großdeutschen Reich"; durch Macht- und Erpressungspolitik sollten die Ergebnisse des ersten Weltkrieges geändert werden. Ergebnis 60 Millionen Tote, verwüstetes Land, weitere Gebietsverluste und ein geteiltes Restdeutschland.

Die einzige Konsequenz hieraus muß sein: Verzicht auf militärische Experimente, Verzicht auf atomare Ausrüstung der Bundeswehr und auf atomare Mitbestimmung.

In den vergangenen Zeiten des Kalten Krieges blieb für Westeuropa und die Bundesrepublik auch ohne eigene Atomwaffen der Friede erhalten. Benötigen wir also wirklich atomare Mitbestimmung in Zeiten der politischen Entspannung? Unsere Nachbarn, die NATO-Staaten Belgien, Dänemark, Holland, Italien und Norwegen haben die Unsinnigkeit eines solchen Vorhabens längst erkannt und sind deshalb nicht an der MLF interessiert. Auch unsere Regierung darf sich nicht länger dieser Erkenntnis verschließen!

Die einzige echte Alternative zur multilateralen oder deutsch-französischen Atommacht ist der Verzicht auf atomare Bewaffnung und Mitbestimmung, die Bildung einer atomwaffenfreien Entspannungszone in Mitteleuropa und eine Politik der Sicherheit durch internationale Abrüstungsvereinbarungen. Um dieser Alternative Nachdruck zu verleihen, werden Menschen aus fast allen NATO-Ländern am 15. Dezember dieses Jahres in Paris während der NATO-Ratstagung für weitere Schritte auf dem Wege zur Abrüstung und Entspannung demonstrieren. Aus dem gleichen Grunde propagiert die Kampagne für Abrüstung eine Petition an den Deutschen Bundestag mit diesen Forderungen.

Wir bitten Sie heute: Unterstützen Sie beide Aktionen der Kampagne tatkräftig durch Unterzeichnung der Petition und Teilnahme an den Demonstrationen in Paris. Bitte, setzen Sie sich gleich mit uns in Verbindung.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-103

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß

Slogans für den Ostermarsch 1965

Pflichtslogans

(werden vom ZA gedruckt und müssen in ausreichender Zahl in jedem Marsch mitgeführt werden.)

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie

Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation

Statt Atomwaffen Brot für die Welt

Mit der UNO für Abrüstung

Keine Atomwaffen auf deutschem Boden

Nicht Grundgesetz ändern, Politik ändern

Keine Ausbreitung von Atomwaffen - atomwaffenfreie Zonen!

Mitteleuropa - atomwaffenfrei
Entspannungszone
Brücke zwischen Ost und West

Sicherheit für alle: Abrüstung

Entspannungspolitik statt Notstandsgesetze

Keine Atomwaffen - weder national noch multilateral

Frankreich und China an den Genfer Tisch

Nur Friede ist Luftschutz

Für atomwaffenfreie Zonen - gegen multilaterale Atommacht

Kürzt den Rüstungsetat in beiden Teilen Deutschlands

Ohne Kleine Leute keine großen Kriege

Pflichtslogan

(wird als Transparent in jedem Marsch mitgeführt und wird nicht gedruckt.)

Das Grundgesetz fordert: "Dem Frieden der Welt zu dienen"

Wahlslogans

(werden nicht gedruckt)

Von Köln bis Warschau atomwaffenfrei

Bonn braucht eine Abrüstungsbehörde

Entspannung, Abrüstung, Sicherheit

Pacem in terris

Freundschaft mit Frankreich, aber ohne die Bombe

Völker in Ost und West stoppt die Rüstung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Nach dem Teststopp - Rüstungsstopp

Friedensforschung statt Kriegsforschung

Wir, die Völker der Vereinten Nationen, sind entschlossen, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren.
Präambel der Charta der Vereinten Nationen
(hinter einer UNO-Flagge zu tragen)

Rüstung kostet unser Geld - Krieg kostet unser Leben!

Westliche Atombomben wirken genauso wie östliche

Ausbildung an Atomwaffen = Ausbildung zum Massenmord

Verteidigung der Freiheit durch Mord?

Unser größter Feind ist der Krieg

Keine Atomwaffen auf deutschem Boden

Statt starker Armeen mehr Mut und Ideen

Besser Ko-Existenz als No-Existenz

Der wahre Mut zeigt sich im Mut zu neuen Wegen

Ich bin mitverantwortlich - auch Du

Was willst Du verteidigen, wenn nichts übrig bleibt

Unruhe ist die erste Bürgerpflicht

Gewalt löst keine Probleme

Mütter, es geht um Sicherheit und Zukunft Eurer Kinder

Das ist Hiroshima: 1945 250 000 Tote, 1961 230 000 Atomkranke

Damit 1970 noch Menschen leben

Fort mit Atomwaffen in Ost und West

Barbaren werden wir durch barbarische Mittel

Du sollst nicht töten

Hätte Jesus die Bombe genommen?

Die Bombe ist Gotteslästerung

Für nüchterne Information, gegen gefährliche Illusion

Auch Dein Hiroshima wird vorbereitet

Abrüstung verlangt Mitarbeit

Alle müssen einmal sterben - aber alle auf einmal?

Den nächsten Krieg gewinnt der Tod

Nicht Atomwaffen und Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerfrieden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Übersetzung

ED 718-23-104

FRANK ALLAUN/House of Commons, London,
an Klaus VACK Offenbach

vom 24. 11. 64

Lieber Klaus,

vielen Dank für Deine freundlichen Glückwünsche.

Es tut mir sehr leid, sagen zu müssen, daß ich es am 31. 1. nicht schaffe, aber ich wäre glücklich, Deine Einladung anzunehmen, zu einigen der Oster-Veranstaltungen zu sprechen.

Ich bin sehr glücklich, Dir sagen zu können, daß von den 90 neuen Labour-Abgeordneten etwa 40 nicht nur ausgezeichnete Männer und Frauen sind, sonderen auch unsere Ansichten über die BOMBE teilen.

Ich bin schrecklich beschäftigt, so daß ich Dir eine Liste von einigen von diesen schicken werde, die bereit sein könnten, entweder am 31. 1. oder an Ostern zu kommen. Du könntest Ihnen ins House of Commons schreiben, wobei natürlich zu bedenken ist, daß viele von ihnen, wie auch ich selbst, kein Deutsch verstehen. Könntest Du erwähnen, daß ich ihre Namen vorgeschlagen habe?

Hier sind einige von ihnen:

J. HORNER
Frau Renee SHORT
Norman BUCHAN
Norman ATKINSON
Stan ORME
David H. ENNALS
Frau Ann KERR ((=schon bei KNORR/DFU aufgetreten - siehe Heft AUSWEG/DFU-KNORR-Prozeß Seite 43 Bild oben))
Raymond FLETCHER
Hugh JENKINS

Mit allerbesten Wünschen,

F r a n k

---

28. 11. 64 Maurer an VACK
mit Orig.brief/zurück

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-105

Wird es Krieg geben?

Stoppt den Krieg! 22. Oktober 1962: 35-Megatonnen-Bombe im Notwurf von amerikanischen Düsenbomber B-52 über Nord-Carolina abgeworfen . . . nur die letzte Sicherung verhinderte eine Explosion.
Auch über unserem Land fliegen B-52-Maschinen mit H-Bomben an Bord!
Die deutsche Bundesregierung will es so!

Stoppt den Krieg! 23./24. Oktober 1962: Amerikanische und sowjetische Streitkräfte machen gefechtsklar . . . wegen Kuba.
Auch die Raketenstationen in Deutschland haben Alarm!
Die deutsche Bundesregierung will es so!

UND WIR?

Sollen wir mit Höscherl's Feuerpatsche resignieren und vor Angst in den Keller gehen?
Wichtig ist: Jetzt mutig und mit Vernunft handeln.
Das betrifft alle: **DEMONSTRATION FÜR DEN FRIEDEN!**

Am Dienstag, dem 30. Oktober 1962, um 18.30 Uhr

Treffpunkt: Kirchnerschule in Bornheim
Ecke Bergerstraße und Alt-Bornheim
Fackel-Schweige-Marsch über Bergerstraße,
Arnsburgerstraße, Sandweg, Zeil zur Hauptwache

19.30 Uhr: Kundgebung auf der Hauptwache

Motto: **Stoppt den Krieg**
Noch ist es nicht zu spät
Wir wollen keinen Krieg
Keine Atomwaffen im Kuba-Konflikt
Weg mit den Atomwaffen aus Deutschland
Weg mit den Atomwaffen in West und Ost
Nicht schießen: **VERHANDELN!**

Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
Verantwortl.: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648
Druck: W. Plauen · Offenbach am Main

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-106

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Kampagne für Abrüstung
Frankfurter Ausschuß

Hermann Sittner
Frankfurt a.Main
Fliederweg 17

25.11.64

Liebe FREUNDE,

nachdem wir bei unserer Zusammenkunft vereinbart hatten, uns öfter in diesem Kreise zu sehen und einige Maßnahmen für Bornheim vorzubereiten, war unsere zweite Zusammenkunft am 17.11.leider relativ schwach besucht. Sicher hing das mit der Einladung für den 21.11.zusammen; sie hob jedoch den ersten Termin nicht auf.

Um einige aktuelle politische Maßnahmen im Zusammenhang mit der NATO-Ratstagung zu beraten, wollen wir uns am 1.Dezember erneut im Jugendheim Bornheim, Ortenbergerstrasse 40 treffen. Fragen Sie bitte nach dem Naturfreunderaum. Wir hoffen sehr, daß Sie um 20 Uhr kommen können und bleiben bis dahin

mit freundlichen Grüßen,
i.A.

Hermann Sittner

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-107

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Frankfurter Ausschuss

Hermann Sittner
Frankfurt/Main 2o
Fliederweg 17

~ 17.11.64

Liebe Freunde,

die Bundesregierung ist mit ihrem Drängen, den Vertrag über die Multilaterale Atommacht noch im Dezember 1964 abzuschliessen und damit in den Besitz von Atomwaffen zu gelangen, gescheitert. Die Abneigung der infrage kommenden Partnerstaaten wird immer stärker, und lediglich die Bundesregierung hält klar und eindeutig an diesem Projekt fest.

Das bedeutet für uns zweierlei: Wir müssen die internationale Abneigung durch unsere Abneigung unterstützen - das Argument, die deutsche Öffentlichkeit beurteile die MLF sehr kritisch, spielt bei der jetzigen Haltung der USA z.B. eine grosse Rolle -, und wir haben Zeit gewonnen, mit unserer Petition noch stärker zu arbeiten, mit noch mehr Unterschriften der Kritik noch mehr Gewicht zu verleihen.

Wir möchten nun die für uns äusserst günstige Situation ausnützen und wollen deshalb zwei grosse Unterschriftensammlungen (von Haus zu Haus) in den Stadtteilen Bornheim und Bockenheim am 21.11. und 28.11. durchführen.
Beginn an beiden Tagen um 1o Uhr.

Treffpunkt am 21.11.64: in der Gaststätte "Am Bornheimer Uhrtürmchen"
(hier wird ein Mitglied des Frankfurter Ausschusses, Kennzeichen OM-Abzeichen und linker Arm in Gips, die Strasseneinteilung vornehmen).

Treffpunkt am 28.11.64: Büro des Weltkreis-Verlages, Robert-Mayer Str. 5o

Sollten Sie um 1o Uhr noch keine Zeit haben, so können Sie auch später kommen. Auf jeden Fall sind die Bewohner beider Stadtteile durch Flugblätter auf unseren Besuch vorbereitet.

Wir hoffen, dass Sie sich für diese Aktionen zur Verfügung stellen können und bleiben bis dahin

Mit freundlichen Grüssen

i.A. Hermann Sittner

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

OM ED 718-23-108

Herrn

Horst Maurer

Brief

17. 11. 64 (Bu. 47)
?

6 Frankfurt/M

Burgstr. 47

1 x 2. OM-Broschüre Köln

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner

ED718-23-109

Dr. Andreas Buro 8 München 55 Andreas-Vöst-Straße 5 Fernruf 18361

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Postscheck Hannover 239848
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto Braunschweig

14.11.64 V.

3.11.1964 + VK-BV V 17-6V V. 12.11.64

Liebe Freunde,

wir haben soeben erfahren, daß eine Fortsetzung der "Ostermarsch-Betrachtungen" des Herrn Robert Jenke unter dem Titel "Ostermarsch-Nachbetrachtungen" erschienen ist. Eine Abschrift hiervon fügen wir zu Ihrer Information bei. Nach unseren Beobachtungen hat die erste Broschüre nicht die vom Autor gewünschte Wirkung gehabt, was sich besonders deutlich in dem Ergebnis der diesjährigen Ostermärsche gezeigt hat. Wir glauben auch nicht, daß die neue Broschüre einen tieferen Eindruck hinterlassen wird. Die folgenden Hinweise sind für den Fall bestimmt, daß in Ihrem Bereich die Broschüre zur Diskussion gestellt wird.

Grundsätzliches: Die Broschüren gegen die Kampagne erscheinen nicht von ungefähr. Der Autor mit dem Pseudonym Robert Jenke (nach Berichten, die wir allerdings nicht nachkontrollieren konnten und wollten, soll es sich um einen Karl Tromsdorf, Köln-Höhenberg, Erlangerstr. 16, Tel.: 87 49 40 handeln, einen angeblichen, ehemaligen SED-Agenten, der jetzt für andere Kreise arbeitet) schreibt natürlich im Auftrag, genauso wie der Brückenbauer-Verlag nur im Auftrag handelt. Hinter diesen Bemühungen, die Kampagne in der Öffentlichkeit zu isolieren, steht nicht etwa die Befürchtung der kommunistischen Unterwanderung der Kampagne, sondern die Befürchtung der großen politischen Parteien, daß die Kampagne als außerparlamentarische, von keiner Partei kontrollierte Gruppe, Einfluß auf die öffentliche Meinung gewinnen könnte, was die Parteien in ihrer Politik berücksichtigen müßten. Wir glauben jedoch, daß diese Befürchtungen bei Parteien, die sich ernsthaft um Entspannung und Abrüstung bemühen, unbegründet sind, da die Kampagne gerade die demokratischen Kräfte zusammenhält und ihrer Aufgabe bewußter macht, die sich um konstruktive Lösungen für die Probleme einer stabilen Friedenssicherung bemühen und sich allen totalitären Tendenzen, sei es von rechts oder links, widersetzen. Die Kampagne wird sich daher niemals gegen solche Parteien wenden, wenn auch im einzelnen unterschiedliche Ansichten herrschen sollten.

Das Arbeitsziel: Da Jenke die Kampagne als Feind der unabhängigen Entscheidungsmöglichkeiten der Parteien betrachtet, will er "den Anfängen wehren". Er wählt daher, da sein eigentliches Motiv von der Öffentlichkeit nicht anerkannt werden würde, das bewährte Thema: "...denn Antikommunismus ist im geteilten Deutschland

- 2 -

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maier, Bodo Menstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Johannes Uda, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, D. E. Wolf,
Sprecher des Zentralen Ausschusses: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg/Holstein, Manhagener Allee 33, Fernruf 48 76

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

- nüchtern genommen - ein Synonym für Demokratie (Broschüre II) obwohl der Antikommunismus z.Zt. nur mehr noch Kursuert als Synonym für Entspannungsfeindlichkeit mit allen seinen Folgen hat. Dementsprechend versucht Jenke, die Kampagne als kommunistisch unterwandert und damit nicht-demokratisch darzustellen und sie zu isolieren. Gleichzeitig bemüht er sich, ihre Einheit zu sprengen, indem er zwischen guten, wenn auch naiven Pazifisten und schlechten Anderen unterscheidet.

Die Methode: Da Jenke zu wenig konkretes Material über die Kampagne vorbringen kann, verbindet er, um den nicht-kritischen Leser zu täuschen, verschiedenartige Dinge, die nichts miteinander zu tun haben in geschickter Zusammenstellung. Ein gutes Beispiel hierfür findet sich am Beginn der ersten Broschüre, wo Bertrand Russell die Rolle des guten Pazifisten spielt, der die Ossietzky-Medaille nach Ost-Berlin zurückschickt und Andreas Buro ein dubioser Dunkelmann ist, der die diesbezügliche Meldung in der Süddeutschen Zeitung zweimal gelesen haben dürfte. Beide werden dann mit dem Funktionär des Landesfriedenskomitees Hessen namens Harry Winter in so enge Scheinnachbarschaft gebracht, daß für den unbefangenen Leser die "Polit-Hochschule in Klein-Machnow" des Harry Winter auf Russell und Buro abfärben. Dabei kenne weder Lord Russell noch Andreas Buro Herrn Winter und die Kampagne hat keine Beziehungen zum hessischen Landesfriedenskomitee, das zum Weltfriedensrat orientiert ist.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Arbeitsweise von Jenke besteht im Fortlassen der wesentlichsten Aussagen der Kampagne. Hier liegt auch der Ansatzpunkt für unsere aufklärende Tätigkeit.

Die Vorwürfe: Zu den einzelnen Vorwürfen der Broschüre ist folgendes zu sagen:

Eine KP-Unterwanderung der Ausschüsse der Kampagne konnte Herr Jenke nicht nachweisen. Er nennt daher vorwiegend Personen, die entweder nichts mit der Kampagne zu tun oder sich nur an den Ostermärschen beteiligt haben. In der zweiten Broschüre behandelt er aus dem gleichen Grund vorwiegend Internas anderer Organisationen.

Ein weiterer Vorwurf ist die Mitgliedschaft der DFU. Natürlich gibt es auch Mitarbeiter der Kampagne, die der DFU angehören, genauso wie es Mitarbeiter aus der SPD oder FDP gibt. Die Kampagne lehnt eine Hexenjagd gegen die DFU ab. Sie lehnt jedoch ebenfalls aus bekannten Gründen jede organisatorische Zusammenarbeit mit politischen Parteien, also auch der DFU, ab. Sie unterstützt dementsprechend auch nicht eine Partei speziell ... Im übrigen dürfte in der Kampagne sehr viel mehr SPD- als DFU-Mitglieder arbeiten.

Für besonders schwerwiegend hält Jenke, daß einige Mitarbeiter der Kampagne gesellschaftsreformistische Ideen hätten. Daß solche Ideen in einer heterogenen Sammelbewegung auch vertreten werden, ist normal und selbstverständlich, man findet das gleiche in SPD und Gewerkschaften. Eine gesellschaftlich ideologische Grundlage hieraus für die Kampagne abzuleiten ist jedoch völlig absurd und von niemandem beabsichtigt, da damit der Kampagne die gemeinsame Grundlage entzogen würde.

-3-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-110

Für die Beschuldigung, daß die Kampagne sich von den reinen pazifistisch-gewaltlosen Idealen abkehre, gilt, daß die Kampagne, obwohl von Pazifisten begonnen, niemals unter pazifistisch-gewaltlosen Zeichen angetreten ist, sondern sich ihre Forderungen immer auf die politisch realisierbaren Möglichkeiten der Gegenwart bezogen haben. Dies wird ganz deutlich, wenn man die Stellungnahmen und Aufrufe der Kampagne von 1960 bis 1965 miteinander vergleicht. Von einem Kurswechsel ist da nichts zu erkennen. Es handelt sich also hier um eine reine Zweckbehauptung zur Abspaltung der Pazifisten aus der Kampagne.

Die politischen Stellungnahmen und Forderungen der Kampagne sind immer eindeutig und klar gewesen und haben nie einen Unterschied zwischen Ost- und Westbomben gemacht. Hierfür gibt es hinreichend dokumentarisches Material, das Jenke geflissentlich verschwiegen hat. Mit gleicher Nüchternheit hat sich die Kampagne um eine Bewertung von Entspannungs- und Abrüstungsvorschlägen bemüht, gleichgültig ob diese aus dem Westen oder dem Osten kamen. Sie wird dies auch weiterhin tun. Für uns ist nicht jeder Vorschlag aus dem Osten schlecht und aus dem Westen gut, sondern jeder gute Vorschlag ist gut und jeder schlechte schlecht. Wir glauben, daß für den Ostblock Entspannung und kontrollierte Abrüstung ebenso zu einer Überlebensfrage geworden sind wie für den Westen und die Entwicklung der letzten Jahre zeugt dafür, daß diese Erkenntnis sich mehr und mehr auf beiden Seiten durchsetzt.

Ich möchte Sie noch davon unterrichten, daß die Kampagne zur Zeit eine Sondernummer der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG vorbereitet, die unsere bisherige Tätigkeit dokumentiert und Einsicht in die Organisation unserer Arbeit gibt. Wir hoffen, daß diese Nummer in etwa 15 bis 20 Tagen vorliegt. Es wäre sicher nützlich, wenn Sie diese Nummer auch Ihren lokalen Zeitungen zusenden und für die Unterrichtung von Schlüsselpersonen und Interessenten verwenden würden. Bitte, geben Sie uns bald Ihre Bestellung. Bei hoher Auflage kann der Herstellungspreis, wie wir hoffen, von DM 0.35 auf 0.25 gesenkt werden.

Zum Abschluß noch eine Bitte: Reagieren Sie in Ihrem Bereich auf die Lohnarbeit des Jenke nicht mit Wut und Entrüstung. Das hilft nicht weiter. Die Kampagne ist kräftig und klar genug, um auch einen Herrn Jenke demokratisch zu ertragen. Bitte, machen Sie aber überall, wo es sich als notwendig erweist, auf die Broschüre einzugehen, an Hand der Tatsachen die eindeutige und unabhängige Linie der Kampagne deutlich.

Mit freundlichem Gruß
bin ich Ihr

gez.: Andreas Buro

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, den 13.11.64
Waldstr. 99
Postfach 648

14.11.64

ED 718-23-111

An die
örtlichen Ausschüsse und
die Mitglieder des Hess.Ausschusses

Liebe Freunde,

14.11.64

gestern, am Donnerstag, dem 12.11.64, hatten wir eine sehr arbeitsreiche Sitzung des hess. Ausschusses mit den örtlichen Ausschüssen, zu der erfreulicherweise Vertreter aus den meisten unserer örtlichen Ausschüsse erschienen waren. Obwohl das Besprochene und Beschlossene den Anwesenden noch in frischer Erinnerung sein dürfte, möchten wir mit diesem Rundschreiben die wesentlichsten Ergebnisse der Sitzung einem größeren Kreis, nämlich allen örtlichen Ausschüssen und allen Mitgliedern des Hessischen Ausschusses, zur Kenntnis geben.

1. Mitteilungen

Bei diesem Tagesordnungspunkt wurden einige Mitteilungen gegeben über die wichtigsten Ereignisse für die Kampagne in den letzten Wochen.

Es wurde kurz gesprochen über die Broschüre "Ostermarsch-Nachbetrachtungen", wobei den Anwesenden bereits vorher eine Abschrift dieser Broschüre zugegangen war, aus der sie sich mit dem Inhalt vertraut machen konnten. Gegen die Art, wie der Zentrale Ausschuß auf die Broschüre "Ostermarsch-Nachbetrachtungen" reagiert hat, wurden keine Bedenken erhoben.

Zur Kenntnis gegeben wurde ein Brief des ZA an den Ministerpräsidenten der Volksrepublik China zu der jüngsten chinesischen Atombombenexplosion. Dieser sehr ausführliche Brief, der sich nicht nur auf einen knappen Protest beschränkt, sondern zu der chinesischen, aber auch zu der allgemeinen Argumentation Stellung nimmt, wird in der nächsten Nummer der "Informationen zur Abrüstung" abgedruckt.

Nach dem Wahlerfolg der britischen Labour-Party hat der HA den wiedergewählten Labour-Abgeordneten Frank Allaun und Anthony Greenwood (letzterer wurde inzwischen Minister in der Labour-Regierung) Glückwunschbriefe geschrieben, da beide Abgeordnete bereits bei hessischen Kundgebungen der Kampagne für Abrüstung als Redner aufgetreten sind.

Zur finanziellen Situation mußte festgestellt werden, daß der HA in den nächsten 14 Tagen eine seit längerem offene Rechnung in Höhe von DM 2.000,- zu zahlen hat und daß hierfür das notwendige Geld fehlt. An alle örtlichen Ausschüsse, die gegenüber dem HA noch Rechnungen offenhaben, wurde deshalb appelliert, die Beträge schnellstens zu zahlen.

-2-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

2. Internationale Aktionen gegen die MLF

Wie in unserem Brief vom 30.10.64 den öA bereits mitgeteilt wurde, finden mehrere internationale Aktionen gegen die multilaterale Atomstreitmacht statt. Über diese Aktionen wurde bei der gestrigen Sitzung gesprochen.

Im wesentlichen konzentrierte sich die Diskussion auf die Aktion am 17.12.64 (Dienstag), die aus Anlaß der NATO-Rats-Tagung in Paris stattfinden soll. Es ist geplant, aus der gesamten Bundesrepublik von der Kampagne für Abrüstung (und selbstverständlich auch aus anderen europäischen Ländern) mit mehreren Bussen nach Paris zu fahren, um diese internationale Aktion durch eine grosse und breite internationale Beteiligung möglichst eindrucksvoll und überzeugend zu gestalten.

Wir werden von Hessen mit 2 - 4 Bussen nach Paris fahren, und es wird eine wichtige Aufgabe der örtlichen Ausschüsse in den nächsten Wochen sein, möglichst viele Teilnehmer für diese Aktion zu gewinnen.

Die technischen Details sind noch nicht restlos geklärt. Es ist jedoch mit Fahrkosten zwischen 35,- und 45,- DM zu rechnen. Wenn Unterkunftsmöglichkeiten gefunden werden können, sind 2 Abreisetermine geplant, und zwar am Samstag, dem 12.12. vormittags und am Montag, dem 14.12. nach 18.00 Uhr. Der Abreisesammelpunkt wird Ffm. sein. Die Rückreise ist am 15.12. abends und die Ankunft in Frankfurt dürfte am 16.12. gegen 6.00 Uhr früh sein.

Mit welchen Veranstaltungsformen wir in Paris demonstrativ und politisch wirksam können, ist noch nicht vollständig geklärt. Am kommenden Wochenende wird ein Vertreter des ZA der Kampagne für Abrüstung nach Paris fahren, und dort mit den französischen Freunden und mit Vertretern aus England und Italien über diese Frage beraten. Wir werden Mitte nächster Woche ein Rundschreiben an sämtliche Anhänger der Kampagne in Hessen schicken, die dann auch genaue technische Details enthalten.

3. Petitionskampagne

Neben der Parisaktion sah man in der gestrigen Sitzung die wichtigste Aufgabe für die nächsten Wochen darin, daß wir mit unserer Petition weiter voran kommen. Der Arbeitsausschuß hat ein Briefflugblatt vorgelegt, das bei Hausaktionen zur Unterschriftensammlung für die Petition verwendet werden soll.

Es wurde beschlossen, daß alle örtlichen Ausschüsse bis Weihnachten mindestens eine größere und gut vorbereitete Haussammlungsaktion machen, um dabei Erfahrungen zu sammeln, inwieweit diese Art der Unterschriftensammlung erfolgreich sein kann.

Wir möchten noch einmal darauf aufmerksam machen, daß der HA eine kleine Kommission gebildet hat, deren besondere Aufgabe es ist, die örtlichen Ausschüsse bei der Vorbereitung von Aktionen zur Unterschriftensammlung zu unterstützen. Da jeder der Freunde eine größere Zahl der Ausschüsse unterstützen soll, wäre es sehr sinnvoll, wenn die Kontaktaufnahme in dieser Sache auch durch die örtlichen Ausschüsse geschehen könnte. Wir geben noch einmal zur Kenntnis, welche Freunde zur Verfügung stehen:

-3-

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

Norbert Winkler, 6083 Walldorf, E.-W.-Behringstr.18, Telefon 06227 (Vorwahl)-4684: Bad Hersfeld, Gießen, Groß-Gerau, Hanau, Herborn, Mainz, Mörfelden, Neu-Isenburg, Rüsselsheim, Walldorf.

Klaus Vack, 605 Offenbach, Postfach 648 Tel. 883764,(Vorwahl 0611) Bad Vilbel, Borken, Gelnhausen, Kassel, Langen-Egelsbach, Oberursel, Offenbach, Siegerland.

Fritz Strass, 605 Offenbach, Postf.648, Tel. 0611/883764 Darmstadt, Dieburg, Ginsheim, Koblenz, Marburg, Hofheim, Pfungstadt, Sprendlingen, Stockstadt, Wiesbaden.

Wir möchten in diesem heutigen Rundschreiben noch einmal feststellen, was gestern schon mehrfach gesagt wurde: Ein befriedigender Erfahrungsaustausch über die richtigen Wege, in der Petitionskampagne voranzukommen, war bisher deshalb nicht möglich, weil in dieser Frage eine große Zahl der öA völlig inaktiv war. Um unsere Erfahrungen zur Diskussion zu stellen, ist es deshalb dringend erforderlich, daß jeder örtliche Ausschuß bis Weihnachten mindestens eine Unterschriftensammlung von Haus zu Haus macht, damit wir Anfang Januar über die zukünftigen Aktionen in der Petitonskampagne, die bis Ostern 1965 notwendig sind, beraten können.

4. Ostermarsch 1965

ED 718-23-112

Wie bereits in den vergangenen Jahren gab es über die Marschroute zum Ostermarsch 1965 eine lebhafte Diskussion. Es standen 2 Vorschläge zur Aussprache, und zwar ein Marsch von Gelnhausen über Hanau, Offenbach nach Frankfurt (dieser Vorschlag kam vom HAA) und ein Vorschlag über einen Marsch, der von Mainz oder Wiesbaden ausgehen sollte über Rüsselsheim, Hofheim, Höchst zum Frankfurter Römer (vorgelegt von unseren Freunden aus Hofheim).

Es ist nicht möglich, in einem Rundschreiben all die Argumente wiederzugeben, die jeweils für und gegen die einzelnen Vorschläge vorgebracht wurden.(Obuchl die Sitzung recht gut besucht war, muß man deshalb ein Bedauern aussprechen über jeden örtl.Ausschuß und über jedes Mitglied des Hess.Ausschusses, die an der Sitzung nicht teilnahmen.)

Im Verlauf der Diskussion wurde ein dritter Vorschlag gemacht, der vorsah, 2 Märsche zu veranstalten, und zwar einen, der aus Richtung Mainz und einen anderen, der aus Richtung Hanau nach Ffm. führen sollte.

Mit 15 gegen 8 Stimmen wurde beschlossen, nur einen Marsch zu veranstalten.

Die weitere Abstimmung ergab, daß 13 Stimmen für einen Marsch von Mainz, 8 für einen Marsch von Gelnhausen und 2 für keinen der beiden Vorschläge waren. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß ein zweiter Marsch am letzten Tag von Hanau über Offenbach nach Ffm. nicht in Frage kommt.

Der Arbeitsausschuß wurde beauftragt, nun einen genauen Strecken- und Veranstaltungsplan zu erarbeiten, der in der nächsten Sitzung zur Diskussion gestellt wird. Bei dieser Gelegenheit soll auch noch einmal diskutiert werden, ob es sinnvoll ist, nur einen zweitägigen Marsch zu veranstalten.

5. Nächste gemeinsame Sitzung

Die nächste gemeinsame Sitzung von HA und öA. findet am 18.12.64 um 18.30 Uhr in Ffm. statt. Tagungsort und der Vorschlag für eine Tagesordnung werden noch rechtzeitig mitgeteilt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Kla Vack

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-113

An die
Kampagne für Abrüstung
Osterrarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4
Postfach 648

Der örtliche Ausschuß _____ bestellt

_____ Stück Briefflugblätter "Kann man nichts ändern?" zum

Preis von DM 2,- je 100 Stück, zu liefern an:

Name: _____

Anschrift: _____

_____

_____
Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-114

Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß

Kann man nichts ändern?

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Kann man nichts ändern?

Ein Autobus fährt auf einer nicht befestigten Straße.
Eine Bergstraße; rechts ein Abgrund, links eine Felswand.
An besonders gefährlicher Stelle bleibt er stecken.
Die Räder wühlen sich immer tiefer ein, und durch den abbrechenden Boden droht das Fahrzeug in den Abgrund zu stürzen.
Der Bus ist bis auf den letzten Platz besetzt.

Bemerkenswert ist das Verhalten der Passagiere in dieser Situation.
Sie tun so, als gäbe es gar keine Gefahr für sie.
Sie bleiben in dem Fahrzeug sitzen, packen ihre Brote aus, vergnügen sich an der Musik aus ihren Kofferradios und genießen den an dieser Stelle durchaus reizvollen landschaftlichen Ausblick.

Nur wenn der Bus durch die fortgesetzten Fahrbemühungen ab und zu weiter merklich absackt, schimpfen sie über den Fahrer.
Es ist unerhört, sagen sie, daß er eine solche Route gewählt hat.
Oder: Jetzt soll er mal zusehen, wie er damit fertig wird usw. usw.
(Man weiß ja, was die Leute bei solchen Gelegenheiten sagen.)
Ab und zu steigt auch mal ein Passagier aus und besieht sich das Malheur von außen.

Steigt er wieder ein, hört man ihn sagen: Verdammter Mist. Man müßte eigentlich mal zu schieben versuchen. Aber bei diesem schweren Bus kann man allein nichts machen; die Räder stecken bereits zu tief im Boden.

Das Ende der Geschichte:
Der Bus ist nach einiger Zeit – wie man in der Zeitung lesen konnte – abgestürzt.

Die Leser der Zeitung waren mit Recht sehr erstaunt. Sie sagten zueinander: Was müssen das für seltsame Leute gewesen sein, die in dem Bus saßen. Wie kam es nur, daß sie nicht begriffen haben, was das Naheliegendste gewesen wäre; nämlich: Durch gemeinsames Handeln den Bus wieder flottzumachen und dadurch aus der gefährlichen Situation herauszukommen . . .

Liebe Leser dieser Begebenheit!
In den nächsten Tagen kommen Mitarbeiter der Kampagne für Abrüstung zu Ihnen. Man wird Sie bitten, Ihre Unterschrift unter eine Petition an den Deutschen Bundestag zu schreiben.

Folgende Situation ist gegeben:

Tatsache Nr. 1:
Die Menge der in Ost und West einsatzbereiten, atomaren Vernichtungsmaschinen reicht aus, die Bevölkerung in West und Ost mehrfach zu vernichten. Die Möglichkeit dazu besteht jeden Tag. Die Möglichkeit erhöht sich, wenn die Verfügung über diese, fälschlicherweise „Waffen" genannten Vernichtungsmaschinen, ausgedehnt wird.

Die Petitionsforderung Nr. 1 an den Deutschen Bundestag lautet deshalb:
Ich bitte den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.

Tatsache Nr. 2:
Um der atomaren Katastrophe zu entgehen, muß das wichtigste Weltproblem gelöst werden.
Das wichtigste Weltproblem heißt: Abrüstung heute.
In West und Ost wurden brauchbare Abrüstungspläne entwickelt, die als erste Schritte praktizierbar sind.

Die Petitionsforderung Nr. 2 an den Deutschen Bundestag lautet deshalb:
Ich bitte den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.

Tatsache Nr. 3:
Abrüstung ist heute notwendig und sie ist möglich, wenn die vorliegenden Pläne ernsthaft geprüft und verfolgt werden.

Die Petitionsforderung Nr. 2 an den Deutschen Bundestag lautet deshalb:
Ich bitte den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.

Es ist richtig:
Als Einzelner kann man wenig ausrichten.
Aber einige hunderttausend Einzelne zusammen bringen eine richtige Sache in Bewegung.
Sie sind einer dieser hunderttausend.

Deshalb werden wir Sie um Ihre Unterschrift bitten.

Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
605 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Waldstraße 99, Postscheckkonto Frankfurt 576 48

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-115

Kann man nichts ändern?

Ein Autobus fährt auf einer nicht befestigten Straße.
Eine Bergstraße; rechts ein Abgrund, links eine Felswand.
An besonders gefährlicher Stelle bleibt er stecken.
Die Räder wühlen sich immer tiefer ein, und durch den abbrechenden Boden droht das Fahrzeug in den Abgrund zu stürzen.
Der Bus ist bis auf den letzten Platz besetzt.

Bemerkenswert ist das Verhalten der Passagiere in dieser Situation.
Sie tun so, als gäbe es gar keine Gefahr für sie.
Sie bleiben in dem Fahrzeug sitzen, packen ihre Brote aus, vergnügen sich an der Musik aus ihren Kofferradios und genießen den an dieser Stelle durchaus reizvollen landschaftlichen Ausblick.

Nur wenn der Bus durch die fortgesetzten Fahrbemühungen ab und zu weiter merklich absackt, schimpfen sie über den Fahrer.
Es ist unerhört, sagen sie, daß er eine solche Route gewählt hat.
Oder: Jetzt soll er mal zusehen, wie er damit fertig wird usw. usw.
(Man weiß ja, was die Leute bei solchen Gelegenheiten sagen.)
Ab und zu steigt auch mal ein Passagier aus und besieht sich das Malheur von außen.

Steigt er wieder ein, hört man ihn sagen: Verdammter Mist. Man müßte eigentlich mal zu schieben versuchen. Aber bei diesem schweren Bus kann man allein nichts machen; die Räder stecken bereits zu tief im Boden.

Das Ende der Geschichte:
Der Bus ist nach einiger Zeit – wie man in der Zeitung lesen konnte – abgestürzt.

Die Leser der Zeitung waren mit Recht sehr erstaunt. Sie sagten zueinander: Was müssen das für seltsame Leute gewesen sein, die in dem Bus saßen. Wie kam es nur, daß sie nicht begriffen haben, was das Naheliegendste gewesen wäre; nämlich: Durch gemeinsames Handeln den Bus wieder flottzumachen und dadurch aus der gefährlichen Situation herauszukommen . . .

Liebe Leser dieser Begebenheit!
In den nächsten Tagen kommen Mitarbeiter der Kampagne für Abrüstung zu Ihnen. Man wird Sie bitten, Ihre Unterschrift unter eine Petition an den Deutschen Bundestag zu schreiben.

Folgende Situation ist gegeben:

Tatsache Nr. 1:
Die Menge der in Ost und West einsatzbereiten, atomaren Vernichtungsmaschinen reicht aus, die Bevölkerung in West und Ost mehrfach zu vernichten. Die Möglichkeit dazu besteht jeden Tag. Die Möglichkeit erhöht sich, wenn die Verfügung über diese, fälschlicherweise „Waffen" genannten Vernichtungsmaschinen, ausgedehnt wird.

Die Petitionsforderung Nr. 1 an den Deutschen Bundestag lautet deshalb:
Ich bitte den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.

Tatsache Nr. 2:
Um der atomaren Katastrophe zu entgehen, muß das wichtigste Weltproblem gelöst werden.
Das wichtigste Weltproblem heißt: Abrüstung heute.
In West und Ost wurden brauchbare Abrüstungspläne entwickelt, die als erste Schritte praktizierbar sind.

Die Petitionsforderung Nr. 2 an den Deutschen Bundestag lautet deshalb:
Ich bitte den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.

Tatsache Nr. 3:
Abrüstung ist heute notwendig und sie ist möglich, wenn die vorliegenden Pläne ernsthaft geprüft und verfolgt werden.

Die Petitionsforderung Nr. 2 an den Deutschen Bundestag lautet deshalb:
Ich bitte den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.

Es ist richtig:
Als Einzelner kann man wenig ausrichten.
Aber einige hunderttausend Einzelne zusammen bringen eine richtige Sache in Bewegung.
Sie sind einer dieser hunderttausend.

Deshalb werden wir Sie um Ihre Unterschrift bitten.

Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
605 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Waldstraße 99, Postscheckkonto Frankfurt 576 48

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß

Kann man nichts ändern?

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ED 718-23-116

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach / Main 4
Postfach 648
Datum des Poststempels

11.11.64

Liebe Freunde, wir haben Ihnen vor einigen Wochen bereits einmal einen Brief geschrieben und darauf hingewiesen, daß sich in Ihren Unterlagen die unten aufgeführten, dem hessischen Ausschuß gegenüber noch unerledigten Rechnungen befinden müßten. Bitte, bedenken Sie, daß es für die ehrenamtlichen Kräfte, die den Ostermarsch und andere Aktionen der Kampagne für Abrüstung organisieren, eine große Belastung ist, wenn sie neben der vielen Arbeit noch einen bürokratischen Apparat oder gar eine Mahn- bzw. Geldeintreibungsabteilung aufrecht erhalten müßten.

Benutzen Sie die beigefügte Zahlkarte und überweisen Sie ohne langes Zögern die unten aufgeführten Beträge.

Herzlichen Dank

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Weller

Rechnung Nr.: 428	vom 24.3.64	DM 54,-	(Rest o. 60,-)
Rechnung Nr.:	vom	DM	
Rechnung Nr.:	vom	DM	
Rechnung Nr.:	vom	DM	
		54,-	✓

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

ED 718-23-117

Offenbach/Main, Waldstraße 99
Postfach 648 6. 11. 1964

7. 11. 64

An die örtlichen Ausschüsse und die Mitglieder des hessischen Ausschusses

---

Liebe Freunde!

Ich lade Euch ein zur nächsten, wichtigen Sitzung des hessischen Ausschusses mit den örtlichen Ausschüssen am

Do 12. November 1964, 18,3o Uhr
im Haus der Jugend "Blauer Saal".

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Zukünftige zentrale Aktionen
2. Petitionskampagne
3. Ostermarsch 1965
4. Vorveranstaltungen zum Ostermarsch 1965
5. Verschiedenes

Die Tagesordnung zeigt, daß wir über einige wichtige Fragen Entscheidungen treffen. Unter Anderem wird beschlossen, welche Route der Ostermarsch 1965 nehmen soll. Auch die Vorveranstaltungen zum Ostermarsch 1965, die nicht nur zentral, sondern auch örtlich sein sollen, sind ein wichtiger Tagesordnungspunkt.

Ich halte es deshalb für wichtig, daß der hessische Ausschuß komplett und auch Vertreter aller örtlichen Ausschüsse vertreten sind. Es erheben sich keine Einwendungen, wenn der eine oder andere örtliche Ausschuß mit zwei oder gar drei Leuten an der Sitzung teilnimmt.

Bitte kommt pünktlich, damit wir nicht, wie es schon schlechte Tradition ist, mit großer Verspätung anfangen müssen, und dann unter Zeitdruck tagen müssen, da das Haus der Jugend bekanntlich um 22,oo Uhr geschlossen wird.

Herzliche Grüße

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-118

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Protokoll zur Sitzung des Arbeitsausschusses am 4.11.64 in Offenbach 14.11.64

Anwesend: Vack, Faller, Halberstadt, Arlt, Strass und Winkler
als Gast: Malkomes

es fehlten: Farr, Amann und Andres

Tagesordnung
1. Anti-MLF-Aktion in Bonn
2. " " " " Paris
3. Vorveranstaltungen zum OM 1965
4. OM 1965
5. OM-Kalender
6. Tagesordnung für die Sitzung mit den ö.A.
7. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

Eine Entscheidung über die MLF im NATO-Rat wird aller Voraussicht nach nicht mehr im Dezember fallen. Trotzdem hält eine Reihe von Mitgliedern des zentralen Arbeitsausschusses die Durchführung von repräsentativen Mitarbeiterkonferenzen, wie sie zu diesem Anlaß in Bonn geplant waren, für sehr wertvoll und nützlich. Die nächste Konferenz dieser Art sollte sich

1. MLF-Referent Dr. Burg
2. Notstandsgesetzgebung, Dr. Klönne
3. Ratschläge für die weitere Arbeit, Herbert Faller

befassen. (Terminvorschlage siehe Punkt 2).

Zu Punkt 2 der TO

Mittlerweile hat sich ergeben, daß einer internationalen Demonstration in Paris große Schwierigkeiten entgegenstehen, da die dortigen Friedensverbände erst nach langen Anlauf zu gemeinsamen Aktionen zu bewegen sind und zum zweiten es nicht einfach ist, in Paris als Ausländer Demonstrationserlaubnis zu erhalten. Frank Werkmeister wird in Paris prüfen, inwieweit auf die Unterstützung der französischen Friedenskräfte zu rechnen ist, Falls die Demonstration zustande kommt, sollte aus dem Bundesgebiet eine Delegation von etwa 50 Leuten teilnehmen. In diesem Falle sollte dann auch auf die unter 1 angeführte Mitarbeiterkonferenz verzichtet werden.

Zu Punkt 3 der TO

3.1 Die zentrale Auftaktveranstaltung wird am 31.1.1965 in Essen stattfinden. Dabei sollen aus Hessen etwa 200 Personen teilnehmen, die entweder mit Bussen oder Sonderwagen der Bundesbahn anreisen.

3.2 Der Arbeitsausschuß beschließt, am 20.3.65 von 16.00 - etwa 18.00 Uhr in der Paulskirche eine hessische Auftaktveranstaltung mit Kundgabungscharakter durchzuführen. Als Redner

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

hierzu sollen Dr. Kloppenburg, Meyer-Ameri, Prof.Baade, Hinrich Oetjen, Hochhuth, van der Grün angesprochen werden.

Heiner Halberstadt wird beauftragt, sich einige Gedanken zu dem kulturellen Rahmen der Veranstaltung zu machen. Vorgeschlagen sind Lesungen. Der Vorschlag, anschließend am Abend eine OM-Revue zu organisieren, findet keine Zustimmung, jedoch soll unseren Anhängern die Möglichkeit gegeben werden, bei der "Schmiere", den "Mainingern" und der "Katakombe" Karten vorzubestellen.

3.3 Da die Vorveranstaltungen zu den bisherigen Ostermärschen auch in den Ausschüssen der größeren Städte zum Teil nicht sehr ansprechend und wirkungsvoll waren, soll in diesem Jahr versucht werden, eine Veranstaltungsreihe in Kassel, Wiesbaden, Mainz, Hanau, Darmstadt zu planen, deren Vorbereitungen weitgehend in der Hand des Hessischen Ausschusses liegen werden. Die Termine müssen so abgestimmt sein, daß z.B. Frank Alleun, Herbert Faller und jeweils ein örtlicher Ostermarschmann bei allen Veranstaltungen als Redner auftreten könnten. Was in den verbleibenden örtlichen Ausschüssen vor Ostern noch geschehen soll, wird in den weiteren Sitzungen mit dem HA besprochen werden.

3.4. Unmittelbar vor Ostern wird wieder eine motorisierte Sichtwerbung die Marschstrecke abfahren. Dabei soll geprüft werden, ob statt des üblich gewordenen Auto-Korso nicht z.B. ein Möbelwagen, der entsprechend verkleidet ist, sehr gute Dienste leisten könnte. Arlt wird beauftragt, die preisgünstigste Möglichkeit hierfür herauszufinden.

3.5 Norbert Winkler soll diesen Vorveranstaltungsplan noch einmal überarbeiten, koordinieren und ggfs. ergänzen.

Zu Punkt 4 der TO

Folgender Zeitplan wird für den Marsch vorgeschlagen:

Ostersamstag

10.oo Uhr		Gelnhausen Eröffnungskundgebung
11.oo Uhr	- 12.30 Uhr	Unterschriftenaktion
12.30	- 13.30	Mittagspause
14.oo	-	Abfahrt mit Bussen nach Langenselbold
16.oo		Marsch nach Hanau
19.oo		Abendessen in Hanau
20.3o		Beginn der Abendveranstaltung

Ostersonntag

9.oo Uhr		Gottesdienst
10.oo		Abmarsch
12.oo	- 13.oo Uhr	Flugblattaktion in Mühlheim
13.3o	- 14.30	Mittagspause
14.45		Abmarsch
16.oo		Ankunft in Offenbach
19.30		Abendveranstaltung

Es soll geprüft werden, ob die Veranstaltung im Offenbacher Theater stattfinden kann. Halberstadt wird sich um das Heidelberger Studentenkabarett "Das Bügelbrett" bemühen.

Ostermontag

10.oo Uhr Abmarsch Offenbach und Höchst

Die Festlegung der Marschstrecke wird vertagt.

-3-

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED718-23-119

Als Redner auf der Schlußkundgebung sollten ein Labour-Abgeordneter und ein Pole als ausländische Referenten auftreten. Von Gollwitzer liegt bisher keine Antwort vor. Martin Luther King mußte aus terminlichen Gründen absagen. Klaus Vack wird mit dem Schriftsteller Kästner persönlich Verbindung aufnehmen. Hochhuth wird ebenfalls vorgeschlagen.

Zu Punkt 5 der TO

wird vertagt.

Zu Punkt 6 der TO

Klaus Vack wird mit der Zusammenstellung beauftragt.

Zu Punkt 7 der TO

Es liegt nichts vor.

605 Offenbach, den 11.11.64
Für die Protokollführung:
Fritz Strass

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-120

5. 11. 64

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner

605 Offenbach 4
Postfach 648

1) Ich bin interessiert an der Aktion der Kampagnen für Abrüstung aus Frankreich, England, Italien, Benelux und Deutschland gegen die Multilaterale Atomstreitmacht (MLF), die im Dezember 1964 in Paris stattfinden soll und erbitte nähere Informationen. (Es ist eine Demonstration vorgesehen gegen die MLF aus Anlaß der NATO-Tagung um den 15.12.64 in Paris. Bei genügend Interesse werden wir einen oder mehrere Busse zur Fahrt nach Paris einsetzen.)

ja ( ) nein ( )

2) Ich bin bereit, an zentraler Unterschriftenaktionen für die Petition an den Deutschen Bundestag teilzunehmen, die vorwiegend in Großstädten, aber auch in politisch aufgeschlossenen Gemeinden durchgeführt werden sollen.

ja ( ) nein ( )

3) Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt folgendes Material:

..... Türschild "Gott beschütze uns und unser Haus vor Barry Goldwater und Josef Strauß" Stück DM 1,- DM .....

..... Broschüre "Der Weg zur Weltabrüstung - jetzt!" Stück DM 2,90

..... Schallplatte der Mörfelder Skiffle-Group DM 5,-/Stck. DM .....

..... Briefverschlußmarken 100 Stück DM 1,50 DM .....

..... Postkartensatz a 12 Karten DM 1,- DM .....

..... OM-Abzeichen, klein oder groß, Stück DM 1,- DM .....

..... Taschentücher mit OM-Emblem, Stück DM 1,- DM .....

..... Druckkugelschreiber mit OM-Emolem, Stück DM 1,- DM .....

..... Autoplaketten (selbstklebend) mit OM-Emblem Stück DM 1,- DM .....

..... Presseanalysen der Märsche 1961, 1962 und 1963 - DM 1,50 DM .....

Name: _____

Anschrift: _____

_____

_____, den _____ _____
Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-121

HERMINE GÉRARD · BRUCKENBAUER-VERLAG · 5 KÖLN-RIEHL · POSTFACH 3

BANKVERBINDUNG: SPARKASSE DER STADT KÖLN KONTO 151 · POSTSCHECKKONTO KÖLN 128953 · TELEFON 31662

DATUM 29.1o.1964

30.10.64

Betr. : Ostermarsch-Nachbetrachtungen

Im März dieses Jahres legten wir mit den Ostermarsch-Betrachtungen von Robert Jenke eine politische Schrift vor,

Infolge des starken Echos war die Broschüre bald nach Drucklegung vergriffen.

Angesichts der ständigen Nachfragen und des lebhaften Interesses, haben wir uns entschlossen, in der Form von " Nachbetrachtungen " erneut das Thema zu behandeln.

Die neue Schrift bietet nicht nur eine Zusammenfassung der vielfältigen Resonanz, sondern darüber hinaus Ergänzungen in politischer und personeller Beziehung.

Die neue Schrift " Ostermarsch-Nachbetrachtungen " hat einen Umfang von 52 Seiten und kostet DM. 1,2o. Gegen Voreinsendung des Betrages auf eines unserer Konten, erhalten Sie die Broschüre portofrei übersandt.

Mit freundlichen Grüssen

Brückenbauer-Verlag

2x ein ✓

6.11.64

Drs.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Herrn

Horst Maurer

6 Frankfurt-Schwanheim

Am Ruhestein 43 II
Goldsteinsiedlung

Brückenbauer-Verlag
Köln-Riehl
Postfach 3

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-A22

Lastschriftzettel Bl. 012

Konto **Frankfurt am Main**

Nr. **2137 35**

2 Deutsche Mark 40 Pf

für H. Gérard Brickenbauer

in Köln

2 x Ostermarsch-Nachbetracht.

(Für Vermerk des Auftraggebers z. B. Kfahr. u. PSchA)

FRANKFURT 3.11.6 PSch

4.11.6

Bitte bei Einsendung an das Postscheckamt jeden Lastschriftzettel hier einzeln nach hinter umschlagen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, den 30.10.64
Postfach 648

31.10.64

ED 718-23-123

An die
örtlichen Ausschüsse und
die Mitglieder des Hessischen Ausschusses

Liebe Freunde!

Es ist wichtig, daß wir miteinander Kontakt halten und deshalb an der Zeit, daß der Hessische Ausschuß wieder einmal etwas von sich hören läßt. Bitte, nehmen Sie die folgenden Punkte zur Kenntnis:

1. gemeinsame Sitzung

Am 12.11.1964 um 18.30 Uhr werden wir in Ffm. zu einer Sitzung der örtlichen Ausschüsse und des Hessischen Ausschusses zusammenkommen. Eine genaue Einladung mit Tagesordnung geht Ihnen noch zu. Wir bitten jedoch bereits heute, diesen Termin zu reservieren. Es ist wichtig, daß alle örtlichen Ausschüsse vertreten sind (auch ein 2. örtlicher Vertreter kann mitgebracht werden), denn wir wollen über wichtige Fragen sprechen, wie den weiteren Verlauf unserer Petition und unsere Pläne für den Ostermarsch 1965.

2. Petitionskampagne

Um die Petiton an allen Orten, wo wir örtliche Ausschüsse haben, noch besser voranzubringen, hat der Hessische Ausschuß eine kleine Kommission gebildet, die sich dieser Aufgabe besonders annehmen soll. Dieser Kommission gehören an: Norbert Winkler, Klaus Vack, Fritz Strass und Hermann Sittner. Hermann Sittner arbeitet in der Kommission mit, weil er die Verantwortung in der Petitonskampagne für unseren größten, den Frankfurter Ausschuß, trägt. Die übrigen örtlichen Ausschüsse werden von folgenden Freunden unterstützt:

Norbert Winkler, 6083 Walldorf, E.-v.-Behringstr.18, Tel.06105(Vorwahl)-4584

Bad Hersfeld, Gießen, Groß Gerau, Hanau, Herborn, Mainz, Mörfelden, Neu Isenburg, Rüsselsheim, Walldorf.

Klaus Vack, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Tel. 0611/883764

Bad Vilbel, Borken, Gelnhausen, Kassel, Langen-Egelsbach, Oberursel, Offenbach, Siegerland.

Fritz Strass, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Tel. 0611/883764

Darmstadt, Dieburg, Ginsheim, Koblenz, Marburg, Hofheim, Pfungstadt, Sprendlingen, Stockstadt, Wiesbaden.

Bei Sitzungen der örtlichen Ausschüsse oder sonstigen Vorbesprechungen, die der Petitionskampagne dienen, bitten wir, diese Vertreter des Hessischen Ausschusses jeweils einzuladen.

3. Internationale Aktionen gegen die MLF

Der zentrale Ausschuß der Kampagne plant in Zusammenarbeit mit der Internationalen Konföderation (die uns Gerry Hunnius anläßlich einer Sitzung mit den örtlichen Ausschüssen vorgestellt hat)

-2-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

mehrere internationale Aktionen gegen die multilaterale Atommacht.

Am 5./6.12.64 wird in Rom eine Konferenz sein, an der englische, deutsche und italienische Leute - vorwiegend Prominente-teilnehmen sollen.

Vom 7.-10.12. plant die britische Kampagne eine Lobby-Aktion bei den britischen Parlamentarie:n. Zu dieser Aktion wird der ZA einige Beobachter entsenden.

Um den 15.12. findet in Paris eine NATO-Rats-Tagung statt, bei der auch über die weitere Entwicklung der MLF gesprochen wird. Aus diesem Anlaß soll in Paris eine große internationale Demonstration stattfinden. Der genaue Termin für diese Aktion steht noch nicht fest; es ist möglicherweise der 15.12., vielleicht auch das Wochenende davor. Die deutsche Kampagne will sich an dieser Veranstaltung stark beteiligen, und es ist vorgesehen, daß wir von Hessen mit 1 - 2 Bussen nach Paris fahren. Näheres hierüber müssen wir in der nächsten Sitzung entscheiden.

Außerdem wird zur Zeit geprüft, ob es vor Weihnachten noch möglich ist, eine zentrale deutsche Veranstaltung in Bonn zu machen. Auf jeden Fall wird am 31.1.65 die große Startkundgebung der Kampagne für Abrüstung in Essen sein. Zu dieser Veranstaltung werden wir mit einigen hundert Leuten fahren.

Es ist wichtig, daß auch in den Sitzungen der örtlichen Ausschüsse über diese internationalen oder zentralen deutschen Planungen gesprochen wird, damit unsere Mitarbeiter auf örtlicher Ebene erfahren, wie weit verzweigt die Aktionen der Kampagne für Abrüstung sind.

4. Informationen zur Abrüstung

Bei uns in der Geschäftsstelle besteht nach wie vor der Eindruck, daß die "Informationen zur Abrüstung" nur in den wenigsten örtlichen Ausschüssen gelesen werden. Bei den Mitgliedern des Hessischen Ausschusses sieht es kaum besser aus.

Wir halten es für dringend erforderlich, daß dieses zentrale Informationsblatt unserer Kampagne von all denen gelesen und ausgewertet wird, die örtlich oder überörtlich an verantwortlicher Stelle für die Kampagne arbeiten. Wir fügen zur Ansicht noch einmal das neueste Exemplar bei und bitten um Bestellungen an die Geschäftsstelle. Bei einer Überweisung von DM 4,- unter Verwendung der beigefügten Zahlkarte geht die IZA dem Besteller ab sofort laufend bis Ostern 1965 zu.

Da wir der Einfachheit halber überall ein Exemplar der IZA beigefügt haben, bitten wir jene, die bereits Abonnenten sind, ihr Exemplar weiterzugeben und den Empfänger ebenfalls um Bestellung zu bitten.

Das wäre für heute alles.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte. Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner

ED 718-23-124

Protokoll der Sitzung des Arbeitsausschusses am 26.Oktober 1964
in Offenbach

29.10.64

Anwesend: Andres, Vack, Halberstadt, Amann, Winkler, Strass, Arlt,

Als Gäste: Malkomes, Sittner,

Es fehlten: Faller und Farr.

Tagesordnung: 1. Zentrale Angelegenheiten
2. Petitionsflugblatt
3. Marschkonzeption und Marschstrecke 1965
4. Vorveranstaltungen zum Ostermarsch 1965
5. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

1.1. Die Haltung der britischen Labour-Party zur MLF ist für die Arbeit der Kampagne in der Bundesrepublik von wesentlicher Bedeutung. Daher soll der Zentrale Ausschuss aufgefordert werden, an das Regierungsmitglied Greenwood, zu dem die Kampagne einen persönlichen Kontakt hat, die Bitte zu richten, seine Auffassung zur MLF als Regierungsmitglied darzulegen. Eine Abschrift dieses Briefes sollte an Frank Allaun, Silverman und Noel Baker geschickt werden. Heiner Halberstadt wird beauftragt, diesen Schreiben zu entwerfen.

1.2. Dr. Buro wird in Übereinstimmung mit dem zentralen AA eine Erklärung zu der neuerdings gezündeten chinesischen Atombombe abgeben.

1.3. Entsprechend dem Beschluß der letzten AA-Sitzung wurde dem Zentralen Ausschuß vorgeschlagen, eine Arbeitskonferenz, die sich mit Fragen der MLF beschäftigt, in Bonn durchzuführen. Die Vertreter des RA West haben sehr große Bedenken, daß eine derartige Konferenz in der Vorweihnachtszeit zustande kommen kann. Dr. Buro hält es für fraglich, daß hierzu prominente ausländische Redner gewonnen werden können. Der Arbeitsausschuß ist der Auffassung, daß es unbedingt notwendig ist, sich mit der gegenwärtig stark diskutierten MLF auseinanderzusetzen und dazu eine Stellungnahme zu erarbeiten. Ein solches Vorgehen ist zur Zeit für die Kampagne politisch notwendig. Daher sollen die Mitglieder des ZA und die Vorsitzenden der RA über den Vorschlag des hessischen Ausschusses und die bestehenden Einwände unterrichtet werden, wobei auch auf die besondere Wichtigkeit dieser Frage für die Kampagne hingewiesen werden soll.

1.4. Im ZA wurde über den Vorschlag, am 20/21.11.1964 in Frankfurt eine Kundgebung zur Notstandsgesetzgebung zu veranstalten, diskutiert. Da bisher im ZA niemals eine ausführliche Diskussion geführt wurde und eine Stellungnahme zu dieser Frage nicht zustande kam, ist eine derartige Kundgebung im Moment nicht möglich. Jedoch soll zur nächsten ZA-Sitzung Herr Ritter als Referent zur geplanten Notstandsgesetzgebung eingeladen werden.

1.5. Zu der geplanten internationalen Demonstration anläßlich der Natorgtstagung in Paris Mitte Dezember liegt noch kein Termin fest.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Zu Punkt 2 der TO

2.1. Heiner Halberstadt gibt dem AA den Entwurf zu dem Petitionsflugblatt zur Kenntnis. Er findet allgemeinen Beifall der Mitglieder des Arbeitsausschusses. Es wird beschlossen, das Flugblatt in einer Auflage von vorerst 15.000 Stück herstellen zu lassen. Dabei soll geprüft werden, in wie weit eine Ausführung ähnlich dem Hiroshima-Brief möglich ist.

Über den Vorschlag, ein Flugblatt, das bereits mit Unterschriftsmöglichkeiten versehen ist, herzustellen, soll wieder diskutiert werden, wenn mit oben beschlossenen Flugblatt Erfahrungen vorliegen.

Heiner Halberstadt wird gebeten, seinen Entwurf noch einmal stilistisch durchzuarbeiten.

Zu Punkt 3 der TO

3.1. Willi Malkomes unterbreitet einen Vorschlag, der dem Protokoll als Anlage beigefügt ist. Nach einer eingehenden Diskussion über die Art und Aufteilung des Marsches 1965 beschließt der Arbeitsausschuß, die ebenfalls als Anlage beigefügte Marschkonzeption dem HA vorzuschlagen.

Zu Punkt 4 der TO

4.1. Da eine ausführliche Diskussion hierüber nicht mehr möglich ist, wird der Punkt vertagt.

Zu Punkt 5 der TO

5.1. Die nächste Sitzung des Arbeitsausschusses, zu der Willi Malkomes eingeladen wird, findet am 4. November 19,oo Uhr bei Klaus Vack statt.

5.2. Die nächste Sitzung des HA mit den ÖA findet am 12. November 18,3o Uhr im Haus der Jugend, Frankfurt, statt.

5.3. Die Naturfreundejugend plant am 14. November in Frankfurt eine Diskussionsveranstaltung unter dem Theme "Braucht die Bundesrepublik noch eine Opposition?", bei der die Vertreter der Jugendorganisationen der drei großen Parteien referieren werden. Der AA beschließt, die dazu von der Naturfreundejugend herausgegebenen Handzettel an alle Ostermarschanhänger zu versenden.

5.4. Rudolf Hechler, Frankfurt-Heddernheim, möchte auf örtlicher Ebene in Heddernheim und Niederursel für die Kampagne arbeiten. Der ÖA Frankfurt wird sich mit Herrn Hechler in Verbindung setzen.

5.5. Der Kalender 1965 soll etwa 16 Blätter haben, die auf der Rückseite nichtbedruckt werden. Norbert Winkler wird sich weiterhin schnellstens um geeignetes Bildmaterial bemühen.

5.6. Die beim letzen Ostermarsch entstandenen Farbdiaas, die nicht im Lichtbildervortrag verarbeitet wurden, sollen beim nächsten größeren Treffen an die OM-Anhänger zu einem Preis von DM 1,5o verkauft werden. Winkler und Amann werden die Angelegenheit organisieren.

6o5 Offenbach/Main, Waldstraße 99
Für die Protokollführung:
Fritz Strass

2 Anlagen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-125

Anlage 1 zum Protokoll der AA-Sitzung vom 26.10.1964

Der nächsten Sitzung des HA mit den ÖA soll die folgende Marschkonzeption des Arbeitsausschusses vorgeschlagen werden:

1. Tag Eröffnungskundgebung in Gelnhausen, anschließend hier ein Agitationsfeldzug.

Nachmittags Weitermarsch über Lieblos, Rothebergen, Langenselbold, von hier mit Bussen über Nieder Rodenbach nach Hanau. In Hanau soll in der Stadthalle eine Kundgebung stattfinden.

2. Tag Marsch von Hanau nach Offenbach.

In Offenbach soll in der Messehalle eine Kundgebung mit politischem Charakter stattfinden.

3. Tag Eine Marschsäule von Offenbach nach Frankfurt, während dem sich ein zweiter Marsch von Höchst nach Frankfurt formiert. Damit wird dem Wunsch Rechnung getragen, in diesem Jahr andere Stadtteile Frankfurts zu frequentieren, die bisher nicht berücksichtigt wurden. Es wird sich dadurch keine Schwächung des Gesamteindruckes des Marsches auf die Bevölkerung ergeben.

Im Frankfurt auf dem Römer Schlußkundgebung.

Mehr als bisher soll von den ÖA darauf hingearbeitet werden, daß von ihren Orten aus Busfahrten zu der Schlußkundgebung organisiert werden.

Willi Malkomes wird zu dieser Konzeption einen vorläufigen Zeitplan ausarbeiten.

Sofern die obige Konzeption verabschiedet wird, soll auch eine genauere Akzentuierung der einzelnen Zwischenveranstaltungen und -aktivitäten festgelegt werden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

D 718-23-126

Anlage 2 zum Protokoll der AA-Sitzung vom 26. 10.1964

Vorschlag für die Marschstrecke Ostermarsch 1965/Willi Malkomes

1. Tag Ostersamstag:

a) Die Marschteilnehmer aus Kassel, Gießen, Marburg, Kreis Groß-Gerau, Darmstadt, Kreis Dieburg, veranstalten an ihren Mahnwachen Eröffnungskundgebungen und fahren mit den Omnibussen nach Hanau. Aus den übrigen hessischen Orten werden Autokorsi nach Hanau organisiert.

b) Die Teilnehmer aus Frankfurt fahren um 10 Uhr nach Hanau und führen in Hanau einen Agitationseinsatz mit Unterschriftensammlung durch.

c) Die Teilnehmer aus Offenbach führen in Offenbach einen Agitationseinsatz mit Unterschriftensammlung und die letzten Werbevorbereitungen für die Sonntagabendveranstaltung durch.

d) Die Eröffnungskundgebung mit allen Marschteilnehmern beginnt in Hanau um 15 Uhr. Anschließend Marsch durch Hanau nach Groß Auheim, Steinheim, zurück nach Hanau. Am Abend in Hanau Stadthalle oder Dunlophalle Revueveranstaltung.

2. Tag Ostersonntag:

Marsch von Hanau nach Mühlheim. Agitationseinsatz und Mittagessen in Mühlheim. Dann Marsch nach Offenbach.

Am Abend Revueveranstaltung evtl. mit Tanz in Offenbach.

3. Tag Ostermontag:

Marsch durch Offenbach, dann nach Frankfurt. Mittagsrast im Ostpark oder Grüneburgpark. Marsch durch Frankfurt zum Römerberg. Abschlußkundgebung 16 Uhr Römerberg.

Es sollte noch versucht werden, für den Ostermontag aus mehreren Orten für diejenigen, die keine 3 Tage am Marsch teilnehmen können, Autokorso nach Frankfurt zu veranstalten, damit Teilnahmemöglichkeit beim Marsch durch Frankfurt besteht.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

ED 918-23-127

Protokoll zur Sitzung des Arbeitsausschusses am 21.10.1964 in Offenbach

23.10.64

Anwesend: Vack, Amann, Halberstadt, Winkler, Strass, Farr, Andres
es fehlt: Faller als Gast: Hermann Sittner

Tagesordnung:
1. Personelle Fragen
2. Zentrale Angelegenheiten
3. Unterschriftensammlung für die Petition
4. Verkaufsartikel zum Jahreswechsel
5. Vorberatung für den Ostermarsch 1965 und Vorbereitungsveranstaltungen
6. Verschiedenes

zu Punkt 1 der TO

Klaus Vack berichtet, daß er sich um die Stelle des Geschäftsführers für den zentralen Ausschuß beworben hat und der zentrale Arbeitsausschuß ihn ab 1. Januar 1965 eingestellt hat. Alfred Riedel übernimmt ab 1. Januar 1965 die Funktion des VK-Bundesgeschäftsführers.

Es erscheint nicht zweckmäßig, daß Klaus Vack daneben gleichzeitig Geschäftsführer des hessischen Ausschusses bleibt. Es wird vorgeschlagen, daß der hessische Ausschuß einen Sprecher wählt und daneben einen hauptamtlichen Geschäftsführer einstellt. Herbert Faller wird gebeten werden, als Sprecher des hessischen Ausschusses zu kandidieren. Als hauptamtlicher Geschäftsführer wird Fritz Strass vorgeschlagen, der sich in den nächsten Tagen entscheiden wird. Falls er zusagt, ist der Arbeitsausschuss mit seiner Einstellung ab 1. Januar 1965 einstimmig einverstanden. Die Finanzierung eines hauptamtlichen Geschäftsführers ist gesichert.

zu Punkt 2 der TO

Klaus Vack gibt den Brief von Dr. Buro, in dem über die Sitzung des Executivausschusses der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden berichtet wird, zur Kenntnis.

2.1. Es soll eine Konferenz mit vorwiegend englischen, italienischen und deutschen Prominenten am 5./6.12.1964 durch die drei Kampagnen dieser Länder unter der Schirmherrschaft der ICDP in Rom stattfinden. Der Arbeitsausschuß ist der Auffassung, daß der ZA hierzu Personen benennen soll.

2.2. Vom 7.-10. Dezember soll eine Lobby bei den britischen Parlamentariern stattfinden, zu der unsererseits Beobachter geschickt werden können.

2.3. Am 15.12. findet in Paris eine Nato-Rats-Tagung statt, die über eine weitere Entwicklung der MLF entscheiden wird. Aus diesem Anlass soll in Paris eine internationale Demonstration am gleichen Tag stattfinden.

Der Arbeitsausschuß ist der Auffassung, daß dieser Termin denkbar ungünstig ist und schlägt vor, diese Demonstration am Vorabend zu machen, sodaß von hessischer Seite eine Fahrt nach Paris vom 12.-14. Dezember geplant werden kann. Der Arbeitsausschuß ist der Auffassung, daß sich an einer derartigen Sache etwa 200 bis 300 Leute aus dem Bundesgebiet und vorwiegend aus Hessen beteiligen würden. Der ZA wird gebeten, diese Lösung bei weiteren Vorbereitungen zu berücksichtigen.

2.4. Es wird als politisch sinnvoll angesehen, wenn die Kampagne im Hinblick auf die MLF nicht nur im Ausland, sondern auch

Institut für Stadtgeschichte - Archiv

in der Bundesrepublik eine Aktion plant.

Dem ZA soll vorgeschlagen werden, in Bonn eine Konferenz einzuberufen, die sich aus den verantwortlichen Mitgliedern der örtlichen, regionalen und aus dem zentralen Ausschuß zusammensetzt. Zu dieser Konferenz sollten prominente Redner, die zur MLF sprechen, gewonnen werden. Der Arbeitsausschuß denkt hierbei insbesondere an Parlamentarier aus Westeuropäischen Ländern. Die Konferenz sollte mit einer abschließenden Erklärung enden, die eine klare Stellungnahme der Kampagne zur MLF beinhaltet. An die Konferenz sollte sich eine Pressekonferenz anschließen. Als Termin wird der 5. Dezember vorgeschlagen. Als Veranstaltungsort käme ein repräsentativer Saal für 3oo bis 5oo Personen in Bonn in Frage.

zu Punkt 3 der TO

Norbert Winkler berichtet über die Unterschriftensammlung in Mörfelden am 11.10., bei der mit 16 Mitarbeitern 261 Unterschriften gesammelt wurden. Die hier gesammelten Erfahrungen sollen bei dem weiteren Vorgehen beachtet werden. Der Arbeitsausschuss beschließt, ein a bereits vor längerer Zeit vorgeschlagenes Flugblatt, das zur Vorbereitung der Unterschriftensammlung dienen soll, herzustellen. Der vorliegende Entwurf des öA Frankfurt wird nicht gutgeheißen und Heiner Halberstadt soll bis zur nächsten Sitzung am 26.10. einen neuen Entwurf vorlegen, der dann auch über Frankfurt hinaus verwendet werden kann.

Weiterhin ist man sich im Arbeitsausschuß darüber einig, daß die Arbeit der öA noch stärker als bisher unter Mitwirkung des HA intensiviert werden soll. Nach eingehender Diskussion über Wege und Möglichkeiten werden Winkler, Vack und Strass beauftragt in Zusammenarbeit mit Hermann Sittner vom öA Frankfurt insbesondere im Hinblick auf die Petition mit den öA zusammenzuarbeiten. Die einzelnen Leute sollen dabei für sie bestimmte Ausschüsse übernehmen.

zu Punkt 4 der TO

Klaus Vack schlägt vor, anläßlich des Jahreswechsels unseren Anhängern UNICEF-Glückwunschkarten anzubieten, die mit einem entsprechenden Preisaufschlag verkauft werden sollen. Der Arbeitsausschuß ist + der Auffassung, daß man versuchen sollte, wieder einen Kalender zusammenzustellen, der dann nur mit Fotographieen ausgestaltet werden sollte. Norbert Winkler wird beauftragt so schnell es geht einen Kalender zusammenzustellen und dem HA vorzuschlagen.

zu Punkt 5 der TO

Punkt 5 wird der fortgeschrittenen Zeit wegen vertagt.

zu Punkt 6 der TO

Die nächste Sitzung des Arbeitsausschußes findet am 26.10. 19,oo h statt. Der HA und die Vertreter der öA werden für den 4.11.1964 18,3o Uhr, Haus der Jugend Frankfurt, zu einer Sitzung eingeladen.

605 Offenbach, 22.10.1964
Für die Protokollführung:
Fritz Strass

+ dagegen

Institut für Zeitgeschichte - München

ED718-23-128

Kampagne für Abrüstung
Frankfurter Ausschuss

Odina Bott
Frankfurt a/M
Kettenhofweg 83
Tel.:2656824

10.10.64

Liebe Freunde!

Die bisherigen Erfahrungen mit unseren U n t e r s c h r i f t e n s a m m l u n g e n für die Petition des Ostermarsch an den Bundestag zusammen mit den F l u g b l a t t v e r t e i l u n g e n in der Frankfurter Innenstadt haben gezeigt, dass diese Art des persönlichen Ansprechens eines der wirkungsvollsten Mittel zur Erziehung unserer Mitbürger zur Mitverantwortlichkeit in den politischen Lebensfragen ist.
Wir dürfen jetzt die Menschen in der uns so brennend erscheinenden Frage der deutschen Atombewaffnung, die immer mehr auf uns zu kommt, nicht zur Ruhe kommen lassen. Wir müssen weitermachen, wenn unser bisheriges Tun nicht bald vergessenes Stückwerk bleiben soll. Ende Dezember soll die Unterschriftensammlung in der Bundesrepublik abgeschlossen werden. Bis dahin wollen wir monatlich ein bis zwei Tage uns und unser Anliegen in Frankfurts Straßen so in Erinnerung bringen, dass hier jeder weiß, dass wir da sind und zu einer Stellungnahme herausfordern.
Dafür brauchen wir Ihre Hilfe. Wir brauchen alle verfügbaren Kräfte.
Bitte sagen Sie es auch anderen Freunden weiter: Unsere nächste Aktion findet statt am

Donnerstag, dem 15. Oktober
am Roßmarkt

von 10 Uhr bis 20 Uhr.

Kommen Sie bitte so früh als es Ihnen möglich ist, das heißt so früh, als es Ihre Arbeitszeit erlaubt. Für die Unterstützung durch unsere Hausfrauen oder sonst Abkömmliche in den Vormittags- und frühen Nachmittagsstunden sind wir besonders dankbar.

Mit vielen freundlichen Grüßen
Ihre

Odina Bott

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-129

Lastschriftzettel BL 009

Konto **Frankfurt am Main**

Nr. **2137 35**

16 Deutsche Mark — Pf

für Ostermarsch

in Offenbach

Verkauf

1/ Schecks / Rechnung v. 31.1.64 = 10.-

2/ Förd.bons / Rechng. v. 12.3.64 = 6.-

(Für Vorm. z. B. ...)

FRANKFURT IM... 8.10.64 I PSchA

9.10.64

Bitte bei Einsendung an das Postscheckamt jeden Lastschriftzettel hier einzeln auch hinten umschlagen

Das Postscheckamt sendet diesen Kontrollabschnitt dem Kontoinhaber

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Bl. 003

Für Konto Nr. 57648

beim PSchA Ffm

16 DM — Pf

von

Horst Maurer
u. Waltraud Maurer
6 Ffm-Schwanheim
Am Ruhestein 43
Konto Ffm 213735

betrifft: Verkauf
1/ Schecks / Rechng. v. 31.1.64 = 10.-
2/ Föbons / Rechng. - Bf. v. 12.3.64 = 6.-

(Rechnung, Kontonummer)

Für den Auslandsverkehr bitte Rückseite beachten

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftempfänger

8

2137 35 6.10.64 zurück

Horst Maurer u. Waltraud Maurer
in Ffm-Schwanheim

ED 718-23-130

Heft 005

Bl. 003

Postscheckamt
Frankfurt am Main

Ort 4 Bank 9

Überweisen Sie aus meinem/unserem Guthaben

Die Anlage..... können wir nicht erledigen, weil
— Das Zutreffende ist unterstrichen —

sie von Ihnen zurückgefordert wurde.....,
sie nicht mit Tinte / Schreibmaschine / Druck / Kugelschreiber / ausgefüllt ist — sind,
Ausstellungstag nicht angegeben, Vorlegungsfrist verstrichen ist,
unzulässige Zusätze, Änderungen, Ausschabungen vorhanden sind,
Betrag zweifelhaft ist, nicht in Buchstaben wiederholt ist,
Bestimmungsort unzureichend bezeichnet ist,
Konto-Nr., Kontobezeichnung, Anschrift fehlt, Anschrift unvollständig ist,
Betrag nicht mit der Anlage zum Sammelauftrag übereinstimmt,
Anlage zum Sammelauftrag fehlt,

..... Belege zur Anlage des Sammelauftrags fehlen,

Überklebungen unzulässig

Postscheckamt

82

522 164 150 060 5.55

8 S 68 a, DIN A 7 (Kl. VII)
(DASch Anl. 35)

Bitte bei Einsendung an das Postscheckamt jeden Lastschriftzettel hier einzeln nach hinten umschlagen

Lastschriftzettel Bl. 003

Konto Frankfurt am Main
Nr. 2137 35

16 Deutsche Mark — Pf

für .....

in .....

Ostermarsch gegen Atomwaffen in West und Ost

Verkauf
1/ Schecks / Rechng. v. 31.1.64 = 10.-
2/ Föbons / Rechng. - Bf. v. 12.3.64 = 6.-

(Für Vermerke des Auftraggebers, z. B. KtoNr. u. PSchA)

FRANKFURT (MAIN) 5.10.64 PSCHA

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Auftraggeber

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Horst Maurer
6000 Frankfurt-Schwanheim
Am Ruhestein 43 II
(Goldsteinsiedlung)

ED718-23-131

an KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
Offenbach

3. 10. 64

A b r e c h n u n g in Kommission erhaltener
OSTERMARSCH- S C H E C K S

		Wert	DM 2,--	DM 5,--	DM 10,--
31. 1. 64	erhalten		+ 10	+ 4	+ 3
13. 3. 64	bezahlt (Postscheck)	5,--		./.1	
26. 4. 64	" "	15,--		./.1	./.1
3.10. ~~22.~~ 9. 64	" "	10,-- +)			./.1
3. 10. 64	anbei zurück		./.10	./.2	./.1
Restbestand bei Maurer			---	---	---

Anlage

+) in Summe von DM 16,-!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
Kampagne für Abrüstung
Hessischer Ausschuss

ED 718-23-132

6050 Offenbach (Main) - 4
Waldstr. 99, Postfach 648

~~Frl./Frau/~~Herr Horst Maurer
tfm. Schwanheim

erhielt heute in Kommission zur Abrechnung oder Rückgabe in spätestens 2 Monaten folgende Fördererbons:

10 Schecks im Werte von je DM 2,--
4 Schecks im Werte von je DM 5,--
3 Schecks im Werte von je DM 10,--

Offb., den 31/1. 1964

Helga Weber
(ausgegeben: Unterschrift)

1.2.64
3.10.64
(empfangen: Unterschrift)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

	2,–	5,–	10,–	an OM
13.3. Ruppel		1x		5,– 13.3. Pa
25.4. Steinland		1x	1x	15,– 26.4. P
26.8.64 ~~Steinland~~ Glöckler			1x	10,– ~~22.9~~ 3.10. Pa (= 16,–)
3.10.64 Rest/abgerechnet = zurück	10	2	1	
	10	4	3	

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-133

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 1.10.1964
Waldstraße 99-Postfach 643

2.10.64

An die Örtlichen Ausschüsse;
den Mitgliedern des Hessischen
Ausschusses zur Kenntnisnahme

Liebe Freunde,

Am vergangenen Montag fand unter der Leitung von Norbert Winkler eine Sitzung des Hessischen Ausschusses mit den Örtlichen Ausschüssen statt. Sie finden beigefügt ein Kurzprotokoll über diese Sitzung.

Unsere wichtigste Aktion, zu der wir alle örtlichen Ausschüsse um Mitarbeit bitten, ist die Unterschriftensammlung für unser Petition am Sonntag, den 11.10.1964 in Mörfelden. Wir wollen mit ca. 30 - 40 Personen jeden Haushalt der ca. 10.000 Einwohner zählenden Gemeinde aufsuchen, um zu testen, wieviel Prozent der Bevölkerung bereit sind, die Petition zu unterschreiben. Um 8,30 Uhr treffen wir uns im Volkshaus Mörfelden um die Aktion kurz zu besprechen und sofort zu starten.

Wir bitten Sie, in Ihrem Ortsbereich weitere Freunde zu gewinnen, die ebenfalls bereit sind, an der Aktion teilzunehmen.

Für heute freundliche Grüße

Kla. Vack

(Klaus Vack)

P.S.: Die beigefügten Einladungen zur Teilnahme an der Aktion in Mörfelden bitten wir Sie, zu verschicken. (4 extra!)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-134

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, den 1.1o.1964
Waldstraße 99 - Postfach 648

Liebe Freunde,

Wie Sie unseren früheren Rundschreiben entnehmen konnten, haben wir nunmehr die Unterschriftensammlung für unsere Petition an den Deutschen Bundestag ganz in den Mittelpunkt unserer Arbeit gestellt. Viele Erfahrungen haben gezeigt, daß ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung sehr aufgeschlossen und ansprechbar ist, und daß wir sicher mehrere Millionen Unterschriften sammeln könnten, wenn wir die Leute hätten, die von Haus zu Haus und von Tür zu Tür gingen.

Am Sonntag, den 11.1o.1964 wollen wir in Mörfelden (Landkreis Groß Gerau) eine Unterschriftenaktion durchführen, um zu testen, wieviel Prozent der Bevölkerung bereit sind, die Petition zu unterschreiben. Selbstverständlich wollen wir dabei auch die Zahl unserer Unterschriften spürbar erhöhen.

Mit ca. 3o - 4o Freunden wollen wir jeden Haushalt der ca. 1o.ooo Einwohner zählenden Gemeinde aufsuchen. Sicher sind Sie gerne - wenn es Ihnen die Zeit erlaubt - bereit, mitzumachen. Wir bitten Sie deshalb für den 11.1o.1964 um 9,3o Uhr (vormittags) in das Volkshaus Mörfelden, wo wir die Aktion kurz besprechen und sofort starten werden.

Wir haben nur einen begrenzten Freundeskreis angeschrieben, um zu vermeiden, daß wir in Mörfelden zu viele sein werden. Nun haben wir allerdings fest mit Ihnen gerechnet und wir hoffen, daß Sie dabei sein können.

Mit freundlichen Grüßen, Ihr

Kla Vack

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

ED 718-23-135

Kurzprotokoll der Sitzung des Hessischen Ausschusses mit den örtlichen Ausschüssen am 28.9.1964 in Frankfurt/Main

2.10.64

anwesend: a) vom Hessischen Ausschuß
Norbert Winkler, Rudolf Farr, Brita Moritz, Willi Malkomes, Dr. Hans Schenck, Heinz Andres, Klaus Eskuche

b) von den örtlichen Ausschüssen:
Walldorf, Frankfurt, Mörfelden, Sprendlingen, Dieburg, Gelnhausen, Hanau, Offenbach, Langen/Egelsbach, Rüsselsheim, Bad Vilbel, Darmstadt, Hofheim

es fehlten a) vom Hessischen Ausschuß
Fritz Amann, H.J.Arlt, Herbert Faller, Heiner Halberstadt, Fritz Strass, Klaus Vack, Egon Becker, Horst Maurer, Gerd Müller, Dolf Segall, Edgar Weick

b) von den örtlichen Ausschüssen
Bad Hersfeld, Borken, Friedberg, Gießen, Ginsheim, Groß-Gerau, Herborn, Kassel, Mainz, Marburg, Neu-Isenburg, Oberursel, Pfungstadt, Siegerland, Stockstadt, Wiesbaden

Tagesordnung
1. Bericht über die ZA-Sitzung am 19./20.9.1964
2. Stand der Petition
3. Ostermarsch 1965 und Vorveranstaltungen
4. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

Norbert Winkler gab den Beschluß des ZA bekannt, bis Ostern 1965 die Unterschriftensammlung zu verlängern. Die Märsche sollen im wesentlichen die gleichen wie 1964 bleiben. Ein zentraler Marsch wurde abgelehnt. Die regionalen Ausschüsse sollen die Zahlen über geleistete Unterschriften mit Stichtag 15. Okt. dem ZA melden zum Zwecke einer ersten Zwischenbilanz.

Ende Januar soll eine zentrale Auftaktveranstaltung stattfinden im Ruhrgebiet. Zur gleichen Zeit eine Pressekonferenz in Bonn.

Zu Punkt 2 der TO

Die in Hessen bis jetzt gesammelten Unterschriften betragen etwa *) 11.000. Die Erfahrungsberichte der örtlichen Ausschüsse zeigen alle, daß die Bevölkerung der Unterschriftsleistung aufgeschlossen gegenüber-steht, der Mangel an Unterschriftensammlern jedoch die Ausschöpfung dieser Bereitschaft verhindert. Es gilt, mehr Ostermarsch-Teilnehmer zur Einzelsammlung zu bewegen.

Eine gemeinsame Sammelaktion für den 11.10. wurde für Mörfelden beschlossen. Treffpunkt um 8.30 Uhr im Volkshaus Mörfelden. Von Betriebsunterschriftensammlungen soll abgesehen werden, wenn die Unterstützung des Betriebsrates nicht vorhanden ist.

*) Einzelne OM-Teilnehmer haben bis zu 500 Unterschriften gesammelt.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Zu Punkt 3 der TO

Der OM 65 soll in Hessen wieder am Römerberg enden am Ostermontag. Diskutiert wurde der Vorschlag, den OM 65 erst am Sonntag beginnen zu lassen und ihn sternförmig zum Römer etwa von Höchst, Bad Vilbel und von Hanau gehen zu lassen.

Norbert Weiler und Willi Malkomes wollen getrennt Routenvorschläge ausarbeiten. Der Ostersamstag soll zur Öffentlichkeitsarbeit in der Großstadt Frankfurt benutzt werden. Ein Beschluß hierüber soll bei der nächsten Ausschußsitzung gefaßt werden.

Zu Punkt 4 der TO

Bita Moritz gibt einen Bericht über die Arbeit des Arbeitskreises gegen Atomrüstung an der Frankfurter Uni. Dieser Erfahrungsbericht soll dem ZA zur Verfügung gestellt werden.

Die wenigen, noch ausstehenden Rechnungen der örtl. Ausschüsse wollen diese in Kürze begleichen.

Hinweis auf die am 22.10. im Amerikahaus angesetzte Rede des Generals Heusinger über die "Strategie der Nato". Kartenvorbestellung notwendig.

Eine OM-Revue soll vom HA vorbereitet werden; ferner soll die hessische Auftaktveranstaltung etwa 4 Wochen vor Ostern wieder in der Paulskirche stattfinden.

Offenbach, den 1. Oktober 1964
Für die Protokollführung:
Norbert Winkler

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-136

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 22.9.1964
Waldstraße 99, Postf.648

22.9.64

An den Hessischen Ausschuß und
die Örtlichen Ausschüsse

Liebe Freunde,

dieses Schreiben hat den einzigen Zweck, noch einmal an die ausgesetzte

Hessische Ausschußsitzung mit den
Vertretern der örtlichen Ausschüsse

zu erinnern.

Ort : Frankfurt/Main, Haus der Jugend
Zeit : 28. September 1964, 19,00 Uhr

Tagesordnung:
1. Bericht über die ZA-Sitzung vom 19/20.9.64
2. Stand der Petition
3. Ostermarsch 1965 und Vorveranstaltungen
4. Verschiedenes

Inzwischen hat am vergangenen Wochenende eine ZA-Sitzung stattgefunden, auf der wichtige Fragen für die kommende Kampagne behandelt worden sind. Das Ergebnis dieser Sitzung wird ein wesentlicher Tagesordnungspunkt unseres Treffens sein.

Obwohl die Unterschriftensammlung noch weiter läuft, bitten wir dringend, die bei den Einzelpersonen oder den Ö.A. vorhandenen Unterschriftenlisten einzusammeln und möglichst zu unserer Sitzung mitzubringen. Wir werden dann am gleichen Abend noch zu einer ersten Übersicht über das Ergebnis der Unterschriftensammlung in Hessen kommen.

Soweit uns noch Zeit bleibt, kann der neue DM-Lichtbildervortrag vorgeführt werden, damit die Ö.A. bereits Dispositionen treffen können.

Mit den besten Grüßen,

Ihr N. Winkler

(Norbert Winkler)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

BD718-23-137

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
HESSISCHER AUSSCHUSS
605 Offenbach, 4. Sept. 1964
Postfach 648, Waldstr. 99
Postscheckkonto: Ffm 57 648

10. 9. 64

ANTIKRIEGSTAG

Über die Ereignisse zum Antikriegstag müssen wir nicht mehr ausführlich berichten. Durch unsere früheren Mitteilungen, durch die Presse und bestimmt durch persönliche Teilnahme an den Veranstaltungen sind Sie ausführlich darüber informiert. Wir haben die "Rede gegen den Krieg" von Christian Geißler - gehalten anläßlich unserer Matinee-Veranstaltung am 30.8.64 - gedruckt. Sie finden beigefügt ein Exemplar. Bitte tragen Sie zur Verbreitung der ausgezeichneten Schrift bei. (10 Stück DM 1.50.)

WICHTIG

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer hat ein Türschild hergestellt. Es zeigt Goldwater und Strauß, die mit Colt und Axt ein Haus bedrohen. Die Karikatur wird ergänzt durch den Text: Gott beschütze uns und unser Haus vor Barry Goldwater und Josef Strauß. Das Türschild ist geeignet, an der Haustür, am Arbeitsplatz oder auch am Pkw angebracht zu werden. (Stück DM 1.--)

NEUE SCHALLPLATTE

Die Ostermarsch-Skiffle-Group aus Mörfelden, die nun schon seit Jahren an unseren Märschen teilnimmt und mit ihren Songs zu besserer Publikumswirkung beiträgt, hat eine Schallplatte gemacht. Die Platte bietet zwei neue Ostermarsch-Lieder und zwei Skiffle-Songs. (Stück DM 5.--)

bitte wenden

- -

An die
Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner,
Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648

Ich bin an den zentralen Sammelaktionen für Unterschriften für die Petition interessiert und bitte um Informationen

ja ( ) nein ( )

Ich bitte um Bekannten-Briefe für die Petition _____ Stück (Sie) _____ Stück (Du) und um die entsprechende Zahl Petitionslisten.

Name: _____

Anschrift: _____

Institut für Zeitgeschichte Archiv

PETITION

Die Unterschriftensammlung für die Petition ist jetzt unsere wichtigste Aufgabe. Nicht nur die Ausschüsse, alle müssen mitarbeiten. Bisher wurden schon einige gute Erfahrungen gemacht.

EINZELAKTIONEN

Die meisten Unterschriften werden nachweislich gesammelt, wenn man von Haustür zu Haustür geht. Am besten gehen immer zwei Personen zusammen; natürlich kann man auch alleine sammeln. Im Durchschnitt unterschreiben 25 - 33 %. Es gibt Ergebnisse, wo zwei Freunde an einem Vormittag 160 Unterschriften bekamen.

INFORMATIONSSTÄNDE

Auch Informationsstände brachten gute Ergebnisse. Es genügen ein Tisch, ein großes Hinweisschild oder Transparent, große Petitionslisten und 3 - 5 Personen. In Gießen wurden an einem Samstagvormittag 450, in Frankfurt bei gleichzeitiger Flugblattverteilung zum 1. September in vier Stunden 600 Unterschriften gesammelt. Von anderen Orten liegen ähnliche Erfahrungen vor.

BETRIEBSAKTIONEN

Vor Betrieben lassen sich am erfolgreichsten Unterschriften sammeln, wenn man vormittags Flugblätter an die Arbeiter und Angestellten verteilt und nachmittags, rechtzeitig vor Betriebsschluß, einen Informationsstand errichtet und Petitionslisten auslegt. Zu dem Informationsständer sollte ein großes Schild gehören, auf das noch einmal die Petition mit der Aufforderung zur Unterschriftenleistung geschrieben wird. Vor Großbetrieben empfiehlt es sich, den Informationsstand eine Woche in Betrieb zu halten und die täglich steigende Zahl der Unterzeichner auf einem Schild anzuzeigen.

GEMEINDE- UND STADTTEILAKTIONEN

Der Hessische Ausschuß plant im Oktober und November ganze Gemeinden und Stadtteile aufzusuchen. Wir wollen uns an Samstagen oder Sonntagen zentral (evtl. in Frankfurt) treffen und gemeinsam mit Bussen in eine Gemeinde fahren und dort die gesamte Bevölkerung aufsuchen, um Unterschriften zu sammeln. Die erste Aktion ist am 4.10.1964 (Sonntag) vormittags in Mörfelden. Wer mitmachen will, sende bitte den umseitigen Abschnitt an den Hessischen Ausschuß. Nähere Informationen erhalten nur die Interessenten.

BRIEFAKTIONEN

Wir haben Briefe verfasst, die Sie zusammen mit einer kleinen Petitionsliste an Freunde und Bekannte schicken können. Ein Muster fügen wir bei. Die Briefe sind sowohl in Sie-als auch in Du-Form abgefasst. Jeder sollte möglichst viele dieser Briefe verschicken. Bitte auf umseitigen Abschnitt bestellen.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr Klaus Vack

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-138

für die Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß
605 Offenbach 4 - Postfach 648

abgeschickt von:

.....

.....

Sie wissen, daß ich die Kampagne für Abrüstung und die Ostermärsche unterstütze. Ich halte es für notwendig, etwas für die Erhaltung des Friedens zu tun und sehe darin eine Möglichkeit. Das Jahr 1964 ist für Deutschland ein Jahr böser Jubiläen: 50 Jahre sind seit 1914, 25 Jahre seit 1939 vergangen. In beide Kriege war Deutschland unmittelbar verwickelt, ja an beiden vorrangig schuldig. Es ist hoch an der Zeit, daß in diesem unserem Heimatland etwas mehr für die Erhaltung des Friedens getan wird.

Die Kampagne für Abrüstung hat deshalb eine Petition an den Deutschen Bundestag gerichtet. Ich gebe Ihnen beigefügt eine Petitionsliste und würde mich sehr freuen, wenn Sie dieses Anliegen unterstützen könnten. Bitte lassen Sie sich, wenn möglich, noch weitere Unterschriften geben, damit die Liste voll wird.

Schicken Sie die unterschriebene Petition an mich zurück oder direkt an die Kampagne für Abrüstung. Herzlichen Dank!

Mit freundlichen Grüßen,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-139

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung, bei sofortiger Bezahlung nach Erhalt, folgendes Material:

..... "Rede gegen den Krieg" 10 Stück DM 1.50 DM .....

..... Türschild:"Gott beschütze uns und unser Haus vor Barry Goldwater und Josef Strauß" Stück DM 1.-- DM .....

..... Schallplatte der Mörfelder-Skiffle-Group DM 5.-- das Stück DM .....

..... Briefverschlußmarken 100 Stück DM 1.50 DM .....

..... Postkartensatz a 8 Karten DM 1.-- DM .....

..... OM - Abzeichen, klein oder groß Stück DM 1.-- DM .....

..... Taschentücher mit OM-Emblem Stück DM 1.-- DM .....

..... Druckkugelschreiber mit OM-Emblem Stück DM 1.--DM .....

..... Autoplakatten (selbstklebend) Stück DM 1.-- DM .....

..... Schriften zur Notstandsfrage von Rechtsanwalt Heinrich Hannover - 4 verschiedene Schriften portofreie Zusendung DM 2.50 DM .....

..... Pressseanalysen der Märsche 1961, 1962 und 1963 DM 1.50 DM .....

Das Material ist zu liefern an:

Name: .....

Anschrift: .....

.....

....., den ....
Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-140

Rede gegen den Krieg

von Christian Geißler

Das Jahr 1964 ist für Deutschland ein Jahr böser Jubiläen: 50 Jahre sind seit 1914, 25 Jahre seit 1939 vergangen. Aus diesem Anlaß hatte die Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner — zu vielen Kundgebungen, Veranstaltungen und Mahnwachen aufgerufen. Bei der Veranstaltung des Hessischen Ausschusses der Kampagne am 30. August 1964 im Frankfurter Zeil-Kino wurde der Antikriegsfilm „Kirmes" von Wolfgang Staudte gezeigt. Die Gedenkrede hielt der Schriftsteller („Die Anfrage") und Fernsehpublizist („Schlachtvieh") Christian Geißler. Wir geben diese Rede im vollen Wortlaut wieder.

Meine Damen und Herren,
zunächst drei Vorbemerkungen:

1. Das Referat wird etwa 40 Minuten in Anspruch nehmen. Es wäre mir selbst lieb, wenn es kürzer geraten wäre. Aber die gesellschaftlichen Bedingungen für Krieg und Gewalt sind kompliziert.

2. Konrad Adenauer hat unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, hinter dem Rücken eines bis fast zur physischen Vernichtung geschlagenen Volkes, den westlichen Alliierten neues deutsches Militär gegen den Kommunismus angeboten. Er hat damit gehandelt als ein Mann mit einem klaren, uralten Sinn für Macht. Die außenpolitischen Folgen dieser Machtausübung in allen ihren bitteren Konsequenzen sind inzwischen deutlich. Es gibt zum Beispiel jetzt bis auf weiteres zwei deutsche Staaten. Die innenpolitischen Folgen stellen sich von Jahr zu Jahr klarer heraus. Demnächst wird es zum Beispiel Notstandsgesetze geben. Das alles ist bekannt. Mich interessiert hier heute etwas anderes. Mich interessiert die Frage: Was ist das für eine Gesellschaft, was sind das denn eigentlich für Leute, die sich nach zwölf Jahren Nationalsozialismus und fünf Jahren Krieg eine derartige Entwicklung nahezu tatenlos bieten lassen?

3. Es wird von Krieg und von der Vorbereitung eines Krieges die Rede sein. Diese Rede wird, wie man sich denken kann, vergleichsweise hart ausfallen. Deshalb bitte ich Sie dringend, folgendes genau zu beachten und im Kopf zu behalten: Krieg wird von Menschen gemacht. Das ist ein Erfahrungssatz, um den heute so leicht niemand mehr herumkommt. Es erhebt sich aber immer wieder die Frage: Wer ist denn das nun genau, der den Krieg macht? Will denn der Politiker, der Bischof, der Panzerproduzent, der Zeitungschef — wollen denn diese Leute tatsächlich subjektiv klar bei Verstand aktiv den Krieg? Ich behaupte, nein. Das macht die Situation indessen keineswegs harmloser. Denn ich behaupte gleichzeitig, daß die ebengenannten öffentlich Mächtigen hier in unserem Land — nicht zuletzt mit Hilfe unser aller politischer Nachlässigkeit und Dummheit — ein gesellschaftliches Verhaltenschema, vor allem eine wirtschaftliche Basis aufgebaut und geheiligt haben, die hochexplosive Elemente enthält, in der Gewalttendenzen stecken, unter deren Wirkung wir alle und die Mächtigen obendrein sehr plötzlich zu Opfern eines totalen letzten Krieges werden könnten. Die Mächtigen hier bei uns sind also nicht als denkende Einzelpersonen, nicht in ihrem persönlichen Bewußtsein für Kriegsgewalt, aber — und das ist entscheidend und darum müssen wir sie so scharf angreifen — sie sind als machtausübende Hersteller eines bestimmten gewalttätigen wirtschaftlichen und ideologischen Systems verantwortlich und haftbar zu machen für die unmenschlichen Zustände kriegerischer Gewalt, die uns bedrohen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns hier heute versammelt in einer gemeinsamen Sorge und, wie ich denke, auch in einer gemeinsamen Hoffnung. Unsere Sorge richtet sich auf eine Gesellschaft, die in einer fürchterlichen Vergeßlichkeit sich daran gewöhnt hat, Lügen für Wahrheit zu nehmen; die sich Tag für Tag zum Beispiel das Wort Krieg und damit die Wirklichkeit des Krieges umfälschen läßt in das Gerede vom Verteidigungsfall. So als hätten wir nicht die Erfahrung gemacht, wie leicht man einen Raubüberfall in Vergeltung und Verteidigung öffentlich ummünzen kann. Die Vergeßlichkeit geht inzwischen soweit und die Verfälschungen nehmen inzwischen so selbstverständliche Formen an, daß eine große Hamburger Zeitung vor vierzehn Tagen zum amerikanischen Angriff auf Nordvietnam auf Seite 1 die Schlagzeile bringen kann: SEIT HEUTE FRÜH WIRD ZURÜCKGESCHOSSEN. Ganz so, als habe nicht Hitler mit eben diesen Worten den zweiten Weltkrieg eröffnet. Das nenne ich eine fürchterliche Vergeßlichkeit.

Aber Krieg bleibt Krieg, gleichgültig wie die Machthabenden das nennen, Mord bleibt Mord, Lüge bleibt Lüge. Daß das vergessen werden könnte, macht uns Sorge. Vergessen werden könnte von Leuten, mit denen wir doch leben wollen und nicht sterben. Und was macht uns Hoffnung? Tatsächlich der Mensch. Der lebendige Mensch kann nämlich lernen. Er kann lernen, wie man bisher Falsches zukünftig richtiger macht.

Meine Damen und Herren, der Film KIRMES von Wolfgang Staudte ist ein sehr guter Film. In der Kernszene des Filmes steckt allerdings eine Frage, die noch klarer beantwortet werden muß. Ich meine die Frage: Wie kommt es denn, daß unter Menschen ein junger Mann, der endlich leben will und nicht gewalttätig sterben, eben deshalb, weil er das will, sein Leben verliert, ja sogar das Leben verliert unter der stillschweigenden bzw. ausdrücklichen Billigung seiner nächsten Mitmenschen. Welches ist die Herkunft von dermaßen miserablen Zuständen? Auf was für einem Boden wachsen menschliche bzw. so unmenschliche Gesellschaften, in denen ganze Generationen von Eltern stolz trauern, wenn ihr Sohn gehorsam totgeschlagen wird wie ein Hund, sich aber ängstigen und schämen, wenn der Sohn ungehorsam sein Leben behalten möchte wie ein erwachsener Mensch?
Wer oder was hat unter Menschen immer wieder die Macht, Mütter und Väter dergestalt zu pervertieren, sie krank und verkehrt zu machen gegen alle einfache Liebe und Vernunft?

Der Film von Staudte gibt über die Herkunft dieser menschlichen Verkehrtheiten nur wenig Auskunft. Oder liegt es etwa in eines Menschen Charakter, ob er versagt oder siegt, ob er lebt oder stirbt? Was ist denn das überhaupt: Charakter? Der Film zeigt uns das, was uns bedroht, anhand von bestimmten unangenehmen menschlichen Typen. Er zeigt uns den verhurten Parteifunktionär mit miesen Texten im Mund, und überm Hals, wo andere ein Gesicht haben, hat er einen Schweinekopf. Kann man denn aber etwa am Schweinekopf, an der Hurerei, den Gegner erkennen, die Gefahr, den Krieg, den Mord? Meine Damen und Herren, ich selbst habe jahrelang in unmittelbarer Nähe mit Nationalsozialisten gelebt. Weder haben diese Leute besonders herumgehurt, noch hatten sie ekelhafte Gesichter. Es waren, wie man so sagt, aufrichtige, saubere, anständige deutsche Menschen. Aber sie waren für den deutschen Krieg. Sie waren für den Tod derer, die gegen den Krieg kämpften. Sie waren mit schmalen Lippen und feiner Bildung für Pflichterfüllung und Gehorsam bis hin zu Totschlag und Mord. Nein, meine Damen und Herren, was uns bedroht an Leib und Leben, das ist weder mit physiognomischen noch mit moralischen Vorurteilen zu packen.

Es sind nicht die Charaktere, die die Welt mißraten lassen. Was aber sonst? Hat etwa irgendein Gott diese Welt so bestellt, wie sie ist? Sind etwa all das Elend und die Gemeinheit, in der Menschen im Krieg sich vorfinden, gedeckt von einem großen lebendigen Vater-Gott? Ich sehe in dieser Welt keinen Anlaß, solches zu glauben. Ich sehe in dieser Welt aber etwas anderes, nämlich dies: Es gibt — auch in allerletzter Instanz nicht — keinen Fluchtwinkel, in welchem es dem Menschen erlaubt werden könnte, seine Pläne und seine Taten, seinen Kopf und seine Hände in die Überhände irgendeines Vaters zu legen.
Wir sind unter uns hier auf der Erde, soweit ich weiß, wir alle zusammen allein.
Das ist die Gefahr.
Das ist aber auch die Chance.
Nun wird es Leute geben, die solches

Reden anmaßend und frivol finden, die uns beibringen wollen: Das Böse, das Leid, Mord und Totschlag und Menschenschinden – das alles liegt am Ende bei Gott. Wir sollen Geduld haben mit dem Elend, und an die Erlösung glauben. Wer im Ernst solches glaubt, der mag, ich weiß es nicht, irgendwo Frieden finden in sich selbst. Der Welt aber wird er, soweit mich das historische Zeugnis nicht trügt, den Frieden nicht finden, ja nicht einmal finden können. Denn, soweit wir mit menschlichen Augen sehen können, meine Damen und Herren, funktionieren Krieg und Frieden in dieser Welt nun einmal zuallererst nach materiellen, greifbaren, daher auch angreifbaren Gesetzen, nach Gesetzen der ökonomischen Macht. Ob Frieden passiert oder Krieg in dieser Welt, das liegt, meine ich, nicht bei einem Gott, sondern das liegt bei bestimmten Menschen, und zwar bei denen, die Macht haben, Macht über ein gesellschaftliches Bewußtsein mit Hilfe von Macht über Geld und Maschinen. Darum ist es ja auch so wichtig zu prüfen, wer in einem Land Macht hat über Geld und Maschinen: Die friedlichen Leute oder die Unfriedlichen. Darum eben ist es so wichtig, daß die friedlichen Leute sich endlich die Macht nehmen, das heißt k ä m p f e n , um den Frieden dauerhaft herzustellen. Und keiner sollte den friedlichen Leuten einreden wollen, sie seien öffentlich ohnmächtig und schwach von Natur, von Gott her.

Kriege werden nun einmal einzig und allein, wenn überhaupt, dann von mächtigen, selbstbewußten Massen verhindert, und **nur von** Minderheiten werden sie angezettelt mit Hilfe der Ohnmacht und der Selbstmißachtung von Vielen. Nein, meine Damen und Herren, es ist, soweit ich sehen kann, kein Gott da, der uns die Welt, so, wie sie uns von Mal zu Mal mißrät, abnimmt und tragen hilft, der uns vergibt, in Liebe und Geduld. Und gäbe es ihn, dann sollten wir ihn vergessen, bis wir unwiderruflich gelernt haben, daß alle bösen und besten Möglichkeiten dieser Welt von unseren Händen verwirklicht bzw. vertan werden, von uns allen zusammen, ganz allein. Gehen wir aber noch einmal zurück auf die Kernszene des Filmes.

Wenn es nun so ist, daß diese menschenfeindliche Szenerie, in der ein lebendiger Bursche, weil er leben will, sterben muß, – wenn diese Szene weder mit psychologischen Charakterstudien noch mit religiösen Hoffnungen zu packen und beim Namen zu nennen ist, – geht es dann vielleicht mit dem schon bei vielen Leuten zur Gewohnheit gewordenen Zynismus besser, diesem Zynismus, der selbstverächtlich sagt: der Mensch, das ist nun mal ein unter sinnlosen Mutationen sich ständig selbst pervertierendes mißratenes Tier? Meine Damen und Herren, was den Krieg mehr fördert als alle psychologischen Klischees, was schlimmer für die Vorbereitung von Kriegen sorgt als alle religiösen Ohnmachtsbehauptungen, – was das Kommen eines Krieges meines Erachtens mehr beschleunigen wird als alles andere, das ist, abgesehen von der ökonomischen Situation, die Selbstmißachtung des Menschen en masse.

Den Menschen lachend zurückstoßen über Jahrtausende in primitive biologische Zwangsverkettungen, ihn als eine biologische Verzerrung und als eine sich fortpflanzende Degenerationserscheinung von früher einmal dumpf intakten Affen auffassen, den Menschen heute so beschreiben, das nenne ich Zynismus, das ist Selbstmißachtung, und aus beiden kommt Lust am Tod, kommt schließlich dann auch Lust am Krieg.

Von dieser Selbstmißachtung des Menschen, von der Verzerrung des menschlichen Gesichtes hinab in nur noch Hohn und Öde und Ekel und Fatalität müssen wir, meine ich, reden, wenn wir Mittel finden wollen, den Krieg zu bekämpfen. Denn Massen von lebendigen Menschen, die ihr Selbstbewußtsein, ihre Selbstachtung verloren haben oder verlachen, solche erschöpften Leute können nicht kämpfen gegen Machthaber, die mit irgendwelchen Kanonenbooten zu beliebiger Zeit den Krieg von irgendwelchen fernen Küsten auf uns alle herunterzuschießen imstande sind.

Leute, die gelernt haben, sich selbst, ihren Kopf und ihre Hände, ihren Schmerz und ihren Traum, zu mißachten, solche Leute werden, fürchte ich, eines Tages lachend sterben wollen. Menschen dieser Schadensklasse werden dunkel den letzten großen Krieg suchen wie einen endgültigen schwarzen Frieden.

Reden wir jetzt also von der massenhaften Selbstmißachtung des Menschen. Was heißt es aber, davon reden?

Von der Selbstmißachtung des Menschen reden, das heißt, den Raum bestimmen, den Boden genau in Augenschein nehmen, in welchem lebendige Menschen hier bei uns langsam aber sicher bis in ein mörderisches Gelächter hinein vollkommen verblöden. Raum und Boden, was heißt das? Das heißt: der gesellschaftliche Raum hier, und die gesellschaftliche Basis, die ökonomische Basis hier, müssen geprüft, in Frage gestellt, wohlmöglich schärfstens attakkiert werden. Fragt sich nur, wer sich findet, diese Attacke zu reiten. Um offen zu sein: Ich habe Angst, das zu tun. Ich werde es zwar tun, aber mit einer gewissen Angst um mein künftiges Wohlbefinden. Für den Frieden reden, wird hier bei uns allzu leicht umgefälscht in ein Reden gegen die freiheitlich-demokratischen Grundrechte, und solches Reden kann bestraft werden. Aber ich glaube in allem Ernst, daß wir endlich laut und böse und möglichst genau in der Sache und an möglichst vielen Plätzen möglichst bald reden sollten von den menschenverächtlichen Verblödungsstadien, die auf uns zukommen, wenn wir nicht endlich wieder Achtung und Zutrauen zu uns selbst, unserem Kopf und unseren Händen entwickeln. Verblödungsstadien sind im Kommen, die uns ummauern werden wie einen Gefangenen das Haus ohne Fenster, die uns überstülpen und unkenntlich machen werden, so wie der Henker und das Opfer unkenntlich werden unter schwarzen Kopfsäcken.

Aber ich habe Angst. Was ist da zu machen?

Was ist das überhaupt für ein Land, in dem man schon wieder Angst haben muß, für den Frieden zu reden?

Als im letzten Kriegsjahr einmal nachts unser Batterieführer, ein Oberleutnant, zu mir in die Telephonbaracke kam und sagte: Halten Sie Ihr Maul, Geißler, Sie reden sich mit Ihrem Blödsinn um Kopf und Kragen, da fand ich dieses Land widerlich.

Und als sechs Monate später die Engländer kamen, mußte ich lachen und winkte ihnen zu. Ich dachte: Jetzt gehts los, jetzt sind wir frei, jetzt sagt dir keiner mehr „Halts Maul!" auf Sachen, die dir lieb und teuer sind, zum Beispiel langes Leben, Spaß und Frieden unter den Leuten. Jetzt fangen wir einfach an, dachte ich.

Und heute? Was haben wir denn angefangen? Warum denn schon wieder Angst, wenn frei nachgedacht und geredet wird? Wir haben nicht aufgepaßt! Wir sind im Sentimentalen, im Verschwärmten, im Idealischen stecken geblieben. Unsere Hoffnungen und Pläne sind aus dem Bauch und aus dem Herzen nicht vorwärts gekommen bis in den Kopf. Wir haben, so scheint mir heute, die realen Bedingungen nicht rechtzeitig begriffen, nach denen gesellschaftliche Wirklichkeit sich entweder vernünftig entwickelt oder blöde verdirbt. Jetzt müssen wir laut, auch wenn wir schon wieder Angst haben, laut gegen Krieg und gegen die Pläne der Gewalt reden und rufen. Wir müssen jetzt nach Frieden und freundlichen Zeiten schreien wie ein Mann in der Wüste nach Wasser. Und wir müssen schreien, bevor die Notstandsgesetze in den Händen der Mächtigen zu Lappen werden, mit denen man uns das Maul stopfen kann. Ich fürchte, wir haben nicht mehr viel Zeit. Unter pausenlosen und grölenden Hinweisen auf die Unwahrheiten drüben im Osten wird man uns hier mehr und mehr unsere eigene Wahrheit zerschlagen. Denn haben wir erst einmal die Gesetze, dann wird es künftigen, möglicherweise unfriedlichen Machthabenden ein Leichtes sein, den brauchbaren Notstand auszurufen, der es zuläßt, das Sagen der Wahrheit, das laute Schreien nach Frieden legal zu ersticken.

Nutzen wir also die Zeit; noch sind wir ziemlich freie Leute in einem ziemlich freien Land.

Vielleicht klingen manchem vernünftigen Mann hier solche Sätze ein bißchen zu pathetisch. Meine Damen und Herren, ich bin für Pathos, wo gelitten wird. Und es wird gelitten in unserer Gesellschaft. In unserer Gesellschaft leiden Menschen an bohrender Ratlosigkeit, an Angst und Dummheit. Und diejenigen, die diesen Zustand bekämpfen, erleiden Drohungen und Diffamierungen.

Stimmt das?

Ich nenne ein Beispiel für viele:

Gegen den Krieg, das heißt gegen die Aufrüstung organisiert reden und handeln, ist hier in unserem Land bereits wieder derartig verpönt, daß man den, der ausdrücklich für den Frieden und gegen den Krieg arbeitet, mit dem Titel bewirft, den man, aus einer uralten Begriffsstutzigkeit heraus, für den schmutzigsten aller Begriffe hält. Man nennt Männer und Frauen, die offen gegen Krieg und seine Kalkulation auftreten, Kommunisten.

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: dieser Titel ist in der Bundesrepublik eine angsteintreibende Drohung.

Leute, die den Frieden zu ihrer Sache machen, Kommunisten nennen, das ist durchaus nicht lächerlich, auch nicht nur irgendein Trick, – das ist, mindestens auf oberster Ebene, auch nicht nur einfach dummes Gewäsch. Das ist eine Drohung. Eine massive Nötigung von friedfertigen Leuten Tag für Tag. Denn jedermann weiß doch, daß aktive Kommunisten hier bei uns Gefängniskandidaten sind, und so macht man dann hier blitzschnell ganz allgemein die Leute, die sich aktiv um den Frieden in der Welt kümmern, gefängnisreif. Das nenne ich eine freche

ED718-23-141

legalisierte Nötigung von vernünftigen Leuten. Und ich protestiere deshalb an dieser Stelle ausdrücklich öffentlich, daß man mir Angst macht, weil ich frei nachdenken und frei reden will.
Angst tut weh und kostet Kraft.
Gut.
Noch sind wir frei. Und mit den Ängsten kann man ja fertig werden. Lassen Sie uns also zusammen nachdenken, damit uns Vernünftiges in den Kopf kommt. Denn das Vernünftige macht heiter und mutig.
Man kann es brauchen. Es nützt.

Meine Damen und Herren — ein Bursche will also leben, und weil er das will, wird er mit dem Tode bestraft. Genau d a s ist Krieg; eine verbrecherische Wirklichkeit, in der Menschen verderben. Eine Wirklichkeit, in der der lebendige Mensch verzerrt wird in sein Gegenteil, in stumpfe Abtötung, in einen Rest aus Blut und Dreck. Und ich schlage vor, daß wir in Zukunft, jeder an seinem Platz, aus Respekt vor den zahllosen Kriegsopfern, scharf protestieren, wenn man, wie bisher, der kriegerischen Wirklichkeit auch nur irgendeinen einzigen menschlichen Wert glaubt unterschieben zu dürfen, etwa Tapferkeit, Männlichkeit, Mut. Daß solche Dinge im Krieg vorkommen, sagt nichts über den Krieg selbst. So wenig, wie ja ein Verbrechen dadurch besser wird, daß die Beteiligten in der verbrecherischen Aktion selbst Mut und Tapferkeit und Männlichkeit zeigen. Man sollte sich übrigens daran gewöhnen, vom Krieg nicht nur mit Entsetzen, sondern stets auch in klaren Zahlen zu sprechen. Dabei geht es dann erstens um die Zahlen der Rüstungsproduktion, um Stückzahlen in Sachen Panzer, Bomben, Flugzeuge und Uniformröcke pro Tag.
Dabei geht es zweitens um Bilanzzahlen. Diese Zahlen weisen den Gewinn aus pro Panzer, pro Flugzeug, pro Bombe, pro Uniform. Sie geben den Gewinn an in Geld, den der erhält, dem die Maschinen gehören, mit denen man Panzer, Flugzeuge und Bomben baut.

Es geht drittens um Zahlen, die angeben, wieviele Menschen jeweils getötet worden sind bzw. getötet werden sollen. Viertens dann wäre zu reden von der gewaltigen Zahl derer, die überlebt haben, die das Verbrechen mit eigenen Augen über fünf Jahre hin gesehen haben und jetzt schweigen.
Bleiben wir bei der Zahl der Toten und bei der Zahl derer, die den massenhaften Tod heute verschweigen.
Es ist so ziemlich allgemein bekannt, daß in Deutschland während des zweiten Weltkrieges mindestens fünf Millionen Menschen unter Einwirkung von Gewalt getötet worden sind. Jeder, der erschlagen wird, kommt aber her von einer Mutter und von einem Vater. Meistens hat er Geschwister, oft eine Frau, eine Braut, einen Freund, eine Freundin. Nehmen wir an, jeder der fünf Millionen Toten hat nur zwei lebendige Menschen, die ihn geliebt haben, hinterlassen, Leute, die ihn kannten und mochten, die sich freuten, wenn sie sein Gesicht sahen.
Nehmen wir an, jeder Tote hat hier auf deutschem Boden seine zwei lebendigen Leute.
Erhebt sich doch die Frage: Wo sind heute in unserem Land zehn Millionen lebendige Leute, die aus Solidarität mit den Erschlagenen jetzt endlich gegen den Krieg kämpfen?
Zehn Millionen Leute mit klarem Kopf zur rechten Zeit unter Protest auf den Straßen, und die Probleme einer Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik wären nie entstanden.
Meine Damen und Herren, es gibt nur eine einzige Form des Respektes vor Kriegstoten, nur ein einziges glaubhaftes Zeugnis für die Liebe zu einem Menschen, der ermordet worden ist: Protest gegen den Mord. Protest gegen die, die den Mord angestiftet haben, Kampf gegen jeden weiteren mörderischen Plan. Wer sich diesem Kampf entzieht, wird unglaubwürdig in seiner Liebe zu seinem erschlagenen Bruder.

Eine ganze Gesellschaft also unglaubwürdig in einer der wichtigsten Sachen, in der Sache der mitmenschlichen Liebe und Treue? Das ist ein gewaltiger Vorwurf. Aber gestatten Sie, ich werde ihn nicht zurücknehmen. Denn ich bin überzeugt: Könnte ein einziger nur von den Millionen Leuten, die irgendwo lebend und unter Geschrei und Gestank krepiert sind, auf Kreta, vor Moskau und im Hürtgenwald, jetzt hierher an meinen Platz kommen, dann würde er, weiß Gott anders noch als ich reden aus Entsetzen und Wut über das, was wir alle heute schon wieder stillschweigend mit ansehen.
Man hat mir oft gesagt, ich zöge mit meinen Texten vom betrogenen krepierten Soldaten die Toten in den Dreck. Ich will jetzt klipp und klar auf diesen Vorwurf antworten: Man zieht tote Soldaten in den Dreck, indem man ihr Elend in Heldentod umlügt. Man ehrt die Toten auf eine einzige Weise: indem man, an ihrerstatt, eingedenk ihrer Qualen und ihres vertanen Lebens, nur noch die Wahrheit sagt über den Krieg und wie er gemacht wird. Aber Schweigen ringsum und Kranzniederlegungen und stupide Trauermusik, und kaum irgendwo wirksamer Kampf gegen den Krieg.
Wie kommt das?
Erstens: weil öffentlich gelogen wird.
Zweitens: weil öffentlich verdummt wird.
Drittens: weil mit Hilfe eines wirtschaftlichen Systems Gewalt und Angst unter die Haut der Leute gebracht werden.
Ganz genauso wie in der Kernszene des Films, passiert es ja auch heute: Lüge, Dummheit und Angst irritieren das Selbstbewußtsein des Menschen, machen ihn unfähig in den einfachsten, wichtigsten menschlichen Dingen.

Reden wir aber der Reihe nach.
Wieso öffentliche Lüge?
Meine Damen und Herren, das ist ein weites Feld. Mit den offiziellen Sprachregelungen fängt es an. Man redet zum Beispiel nicht von Krieg. Man redet von Vorwärtsverteidigung oder vom Verteidigungsfall.
Bei uns „fällt" ein Soldat; er wird nicht totgeschlagen. Er fällt „auf dem Felde der Ehre"; er blutet nicht aus in irgendeinem Keller; verbrennt nicht unter Geschrei in einem Panzer aus Kassel; erstickt nicht in einem U-Boot aus Kiel.
Bei uns steht auf großen Steinen überall in Stadt und Land etwas von „unseren Helden"; nichts von unseren armen, betrogenen, verratenen Brüdern. Steht etwas von „Dankbarkeit" der Überlebenden, nichts vom Zorn und vom Haß der Überlebenden auf die, die das Massensterben ausgedacht und befohlen haben.
Bei uns in Hamburg zum Beispiel findet man auf den beiden zentralen Plätzen der Stadt, dem Stephansplatz und dem Rathausmarkt, die folgenden Lügen zum Thema Krieg, in Stein gehauen wie für alle Zeit:

SIE LIESSEN IHR LEBEN FÜR EUCH
DEUTSCHLAND MUSS LEBEN UND
WENN WIR STERBEN MÜSSEN
DIE GROSSTATEN DER VERGANGENHEIT SIND BRÜCKENPFEILER DER ZUKUNFT

Es gibt in Hamburg keinen einzigen Stein, auf den man geschrieben hat: Millionen sind unfrei einen gemeinen Tod gestorben, nach dem Willen und zum Nutzen und unter dem Befehl und mit dem Segen von Wenigen. Holt die Schuldigen aus der Macht, zur Ehre der Toten, zur Rettung der Lebendigen.
Soviel zum Thema: die öffentliche Lüge vom Krieg.
Wo eine Gesellschaft sich dermaßen um Realitäten herumlügt, bzw. sich herumlügen läßt, da wird sie im Laufe der Zeit zwangsläufig ungläubig werden.
Zweitens: weil öffentlich verdummt wird, weiß unsere Gesellschaft auf die Realität Krieg keine angemessene Antwort mehr. Was heißt aber öffentliche Verdummung?
Ich kann hier nur andeuten, was überall im Bundesgebiet auf breitester Ebene stattfindet.
In Kriegsdingen den Menschen öffentlich verdummen, heißt, ihm sagen, daß im Atomkrieg jeder eine Chance hat zu überleben. Richtig muß es heißen: Die Waffen, die produziert werden, werden produziert zum Zwecke der Massenvernichtung. Hätte jeder eine Chance zu überleben, dann würden die Waffen nichts taugen; dann würde die Kalkulation der Generale nichts taugen.
In Kriegsdingen öffentlich verdummen, heißt, Leuten bunte Postwurfsendungen in den Briefkasten werfen, auf denen Hinweise gegeben werden zur Bevorratung der Haushalte, dann, so heißt es auf den bunten Zettelchen, sehr leicht kann Krieg und Katastrophe die Versorgung des Menschen stören. Richtig muß es heißen: Diejenigen, die Macht haben, solche Postwurfsendungen zu bezahlen und zu verteilen, haben auch die Macht, Kriege und Katastrophen zu verhindern. Um diese Macht auszuüben, haben wir diese Leute gewählt. Sollten die Machthabenden sich indessen als ohnmächtig erachten in Sachen Krieg und Katastrophen, dann sollen sie verschwinden aus dem Bereich der Macht; dann haben wir falsch gewählt.
Öffentlich verdummen in der Kenntnis vom Krieg nenne ich es, wenn es in einer Gesellschaft zugelassen wird, daß ungefähr zwanzig Millionen Landserhefte pro Jahr ausgedruckt und verkauft werden. Ich habe etliche Hefte gelesen. Mir fehlt die Zeit, zu zitieren. Ich behaupte aus Kenntnis: Diese Hefte verherrlichen den Krieg als eine Form der männlichen Selbstverwirklichung.
Dabei fällt übrigens etwas auf: Mord vom Maschinengewehr aus als einen männlichen Sport beschreiben und diese Meinung in Traditionsgruppen pflegen, das ist bei uns erlaubt. Die Verkettung der Massen an wenige Mächtige als ein Unrecht und eine Gefahr beschreiben und diese Meinung in Gruppen pflegen, das ist bei uns verboten.
Öffentlich in Kriegsdingen den Dummen spielen, nenne ich es, wenn verantwortlicherseits so getan wird, als seien Wildwestfilme der üblichen Machart uninteressant in Sachen Vorbereitung und Masseneinübung auf Kriegsabenteuer. Will man denn nicht sehen, daß die Westernmoral gegebenenfalls sehr schnell und sehr real nutzbar gemacht werden kann in einer passenden Umwelt, zum

Internationales Archiv

Beispiel in einer GOLDWATER-Umwelt? Diese Filme, zusammen mit den — gezählt — 737 Kriegsfilmen der letzten zehn Jahre, machen in der Bundesrepublik das Gros der gezeigten Filme aus. Ihre unmenschliche Tendenz prägt, wenn noch nicht das Bewußtsein, dann das Unterbewußtsein der Mehrzahl der Bundesbürger. Wer das leugnet, betreibt planmäßig oder fahrlässig die bundesdeutsche Verdummung und damit die Herstellung einer willkürlich handhabbaren Haß- und Aggressionsbereitschaft.

Öffentlich verdummen, freilich auf verhältnismäßig feine Weise, nenne ich schließlich das, was neuerdings auch in den intelligenteren Presseerzeugnissen betrieben wird. Ich denke an Texte, in denen bestimmte menschliche Hoffnungen, witzig verpackt, einem wegwerfenden Gelächter preisgegeben werden. Ich greife einen typischen Fall heraus: Der amerikanische Bomberpilot Eatherley galt jahrelang bestimmten Leuten als ein tragisches Zeugnis für ein überaus empfindliches menschliches Gewissen. Da nun ein derartiges Gewissen z. Z. überall knapp ist, gab es ein verständliches Bedürfnis, auf diesen Mann zu hoffen. Jetzt hat sich aber herausgestellt, daß dieser Pilot wahrscheinlich das, was wir sein Gewissen nannten, zu seinem privaten, neurotischen Vergnügen nur hochgespielt hat.

Mag das stimmen.

Dann aber finde ich, ist das kein Grund zur Freude. Freude und Hohn steckten aber in den Texten seriöser Blätter, in denen ich über diesen Fall gelesen habe. — Freude und Hohn hierüber verbreiten, das nenne ich eine feinnervige Art der Verdummung. Richtiger wäre es doch in einem solchen Fall, klar die Enttäuschung beschreiben, darüber, daß nun der einzige Zeuge für ein in Sachen Hiroshima noch irgendwie moralisch intaktes Amerika nun wertlos geworden ist. Wieviel menschliche Selbstmißachtung kommt zum Vorschein, wenn Vergnügen ausbricht, wo ein wichtiger Zeuge im Kampf gegen Massenvernichtung sich als ein Kranker oder gar als ein Lügner erweist. Wen verspottet denn dieser Spott, wenn nicht die Hoffnung des Menschen auf bessere Zeiten?

Soviel zum zweiten Punkt: Verdummung in Sachen Krieg.

So wird also gelogen über den Krieg. So wird verdummt bis zur zynischen Selbstmißachtung. Die Mechanismen und die Machtträger der Lüge — und die Mechanismen und die Machtträger der Verdummung müssen bekämpft werden, wenn Krieg und Kriegsvorbereitungen bekämpft werden sollen.

Drittens muß jetzt gesprochen werden von Herkunft und Wirkung der Gewalt und der Angst in unserer Gesellschaft. Ich behaupte: Gewalt und Angst beherrschen bis unter die Haut des Einzelnen die ganze Gesellschaft. Die meisten Gesten sind von unerhörter Ohnmächtigkeit und Ratlosigkeit; die meisten Gesichter von einer tiefen Resignation und Selbstmißachtung, oft schon bei jungen Leuten von Zynismus gezeichnet. Eine gespenstische Herrschaft der Klischees wird beobachtet, ob nun gelacht, geweint, geliebt oder gestorben wird. Kaum noch irgendwo Ahnung, was Leben und Lebendigkeit unter Menschen tatsächlich sein könnten; nirgendwo Stolz und Freude und Kühnheit; nirgendwo gelassenes und unverlogenes Vergnügen an Bauch, Kopf und Händen! Alle Spielarten der Aggression kommen vor, kreischende Ödenei, massenhaft Kopflosigkeit, — die miserable Physiognomie einer verdorbenen Gesellschaft.

Wer die brillant glänzende Oberfläche für das Ganze nimmt, übersieht das Grundsätzliche: Den unmenschlichen, aus Angst und Gewalt kommenden und in Angst und Gewalt auslaufenden Kampf aller gegen alle hinter jeder Fassade, hinter fast jedem Auge.

Und wieso das? Woher dieser Mißstand? Wer erzeugt diese hochkomplizierte glänzende Verelendung der Massen?

Dieser gemeine Zustand kommt aus einem System der Angst und der Gewalt, nach welchem unsere Wirtschaft — also die Basisereignisse in unserer Gesellschaft, funktionieren.

Von was für einer Angst ist die Rede? Von welcher Gewalt?

Ich rede von der nach hiesigen Wirtschaftsgesetzen legalisierten — und nach der kirchlichen Privateigentumslehre sanktionierten! — Gewalt, nach der der Stärkere Recht hat. Und ich rede von der überall vorherrschenden Angst, dem Nebenmann zu unterliegen, — auf der Autobahn, am Arbeitsplatz, im Bett. Lesen sie Werbetexte. Diese Texte leben von versteckten Drohungen und kaum noch verheimlichten Ängsten des Menschen.

Was hat das alles aber mit Krieg zu tun, mag jetzt jemand fragen. Meine Damen und Herren, der herkömmliche Krieg einerseits und unser Wirtschaftssystem andererseits haben das wichtigste Gesetz gemeinsam. Gemeinsam ist den Kriegsvorgängen wie den hiesigen Wirtschaftsvorgängen ein ganz bestimmtes, primitives Grundgesetz praktischen Verhaltens. Das primitive Grundgesetz des Krieges wie das primitive Grundgesetz unserer Wirtschaft heißt:

DER STÄRKERE HAT RECHT.

Ist das so gefährlich?

Ja.

Denn das ist ein den Menschen in Primitivzuständen zurückzwingendes Gesetz aus der Welt der Vorfahren, aus der Welt der Affen und Wölfe. Ein Gesetz aus uralten Tagen ist das, ein Gesetz aus der Zeit, als die Natur noch mehr galt als die vom Menschen begriffene und also veränderte Welt. Ein Gesetz ist das, das die vernünftigen Chancen des Menschen leugnet und zerstört, das jeden vernünftigen Menschen in seinem Selbstbewußtsein beleidigen muß. Denn aus der Zeit, in der ein Affe aus Prestigegründen seinem Nebenmann zeigen mußte, wievielen Kollegen er schon das Fressen weggebissen hat, aus dieser Phase sind wir Menschen unserer Möglichkeit nach längst raus. Davon allerdings scheinen die, die uns unser Wirtschaftssystem eingerichtet haben, bisher kaum etwas gehört zu haben. Wider alle besseren Möglichkeiten des Menschen haben sie ein Wirtschaftssystem beibehalten, das uns wie Wölfe, wie hastige Affen hantieren heißt von morgens bis abends.

Wer sich unter dieses Gesetz nicht beugen will, wer sich nicht zurückzwingen lassen will in unmoralische Verhaltensweisen, der geht hier bei uns über kurz oder lang vor die Hunde. Er wird weggebissen werden vom stärkeren Männchen in der Herde. Wer aber dem Gesetz, der Stärkere hat Recht, leben will, der muß bereit sein — und das scheint mir sehr bedeutungsvoll und wichtig — der muß bereit sein, täglich seine eigentlich menschlichen Möglichkeiten zu verleugnen und zu knebeln.

Nun ist es aber so, meine Damen und Herren: Jeder Mensch, auch der blödeste, hat eine eigenartig hartnäckige Ahnung von sich, — von dem, was das sein könnte und eines Tages auch sein wird: ein Mensch. Jeder — ich mache diese Erfahrung, so oft zum Beispiel fremde Leute als Anhalter in meinem Auto sitzen, und wir Zeit haben zu reden und zu fragen, wie's so geht und steht — jeder von uns, sage ich, hat irgendwo verschüttet noch eine Ahnung herumliegen von dem, was Schönheit ist und Freundlichkeit unter Menschen und Freiheit.

Wenn das aber so ist mit der Ahnung von dem, was der Mensch irgendwann mit allen anderen zusammen mal sein könnte, dann ergibt sich doch Folgendes hier bei uns: Man zwingt den Menschen pausenlos von sich selbst weg, zwingt ihn mit Hilfe wirtschaftlicher Druckmittel weg von seinen schönen und vernünftigen Ahnungen, abwärts ins Tierische, zurück ins Hauen und Stechen und Beißen.

Und was folgt?

Man erzeugt in einem derart zurückgeworfenen Menschen einen gefährlichen Notwehrakt, eine tief sich einfressende Mißachtung gegenüber der großartigen eigenen Ahnung; man erzeugt die Selbstmißachtung des Menschen. Denn nur unter Absehung von seiner Hoffnung auf menschliche Zukunft und menschlichen Fortschritt kann er schließlich in die Wolfsmoral hier sich zurückfinden; kann er den Primitivgesetzen dieser Wirtschaft folgen und Eigentum sammeln wie der Bischof und der Kanzler es wünschen.

Hat man aber einmal mit Hilfe der wirtschaftlichen Zwänge die gründliche Selbstmißachtung der Massen erreicht, dann hat man diese lebendigen Massen auch schon bestens präpariert für den nächsten Krieg. Denn wenn in einem nächsten Krieg irgend etwas Bedingung sein wird, dann die Selbstmißachtung der Massen. So bereitet unser Wirtschaftsverhalten künftiges Kriegsverhalten unmittelbar vor. Und so kommt es, daß, wer den Krieg bekämpfen will, dieses Wirtschaftssystem bekämpfen muß.

Copyright: Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
605 Offenbach (Main) 4, Postfach 648; Postscheckkonto: Ffm. 576 48
Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main)

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 4. Sept, 1964
Waldstr. 99, Postfach 648

7. 9. 64

An den Hessischen Ausschuß und
die Örtlichen Ausschüsse

ED 718 - 23 - 142

Liebe Freunde,

wir denken, daß es dringend erforderlich ist, daß der Hessische Ausschuß und die Vertreter der Örtlichen Ausschüsse wieder einmal zusammenkommen.

Wir laden ein zu einer Sitzung am 28. September 1964 (Montag) 19 Uhr im Haus der Jugend, Frankfurt (Eingang Alte Rittergasse).

Wir bitten darum, daß die Mitglieder des Hessischen Ausschusses und je ein Vertreter der Örtlichen Ausschüsse an dieser Sitzung teilnehmen, da es um einige wichtige Fragen geht.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Bericht über die ZA-Sitzung vom 19./20.9.1964
2. Stand der Petition
3. Ostermarsch 1965 und Vorveranstaltungen
4. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Pensionierte Karusselpferde, vom Füllenalter auf an den vergnüglichen Kreistrott gewöhnt, auch an fröhliche Reiter zumal, müssen wahrhaft ihre alten Tage hart verbringen, wenn so, wie hier, in fast martialische Schlachtordnung eingereiht. Fast scheint's, es erwache in ihnen dumpfes Erinnern an den trojanischen Urvater mit dem hohlen, heimtückischen Bauch, der dereinst die listigen Krieger versteckte. Klaus Meier-Ude fand die ausrangierte Versammlung auf der Bühne des ehemaligen „Scheunentheaters" im Kurpark zu Wilhelmsbad; dort hatten die bunten Pferdchen, unter römischem Rundtempel sich drehend, ihre bessere Zeit gesehen, den Kindern den Sommer versüßt.

FR Sa 5.9.64 – Feuilleton

Rede gegen den Krieg

Von Christian Geißler

Ein halbes Jahrhundert ist seit 1914, ein Vierteljahrhundert seit 1939 vergangen — seit dem Beginn von Weltkrieg I und II. Kranzniederlegungen und Kundgebungen fanden vielerorts statt. Aufrüttelnd war die Gedenk- und Mahnrede, die Christian Geißler, der Hamburger Schriftsteller („Anfrage") und Fernsehautor („Schlachtvieh") in Frankfurt bei einer stark besuchten und beachteten Sonntags-Matinee gehalten hat, einer Veranstaltung des hessischen Ausschusses der „Kampagne für Abrüstung". Mit Christian Geißlers Zustimmung bringen wir hier einige Passagen daraus. Mag manches „unbekümmert" klingen, an Komplikationen vorbeisehen — man mache sich seine eigenen Gedanken dazu.

Meine Damen und Herren,

wir haben uns heute hier versammelt in einer gemeinsamen Sorge und, wie ich denke, auch in einer gemeinsamen Hoffnung. Unsere Sorge richtet sich auf eine Gesellschaft, die in einer fürchterlichen Vergeßlichkeit sich daran gewöhnt hat, Lügen für Wahrheit zu nehmen; die sich Tag für Tag zum Beispiel das Wort Krieg und damit Wirklichkeit des Krieges umfälschen läßt in das Gerede vom Verteidigungsfall. So als hätten wir nicht die Erfahrung gemacht, wie leicht man einen Raubüberfall in Vergeltung und Verteidigung öffentlich ummünzen kann ...

Aber Krieg bleibt Krieg, gleichgültig wie die Machthaber das nennen, Mord bleibt Mord, Lüge bleibt Lüge. Daß das vergessen werden könnte, macht uns Sorge. Vergessen werden könnte von Leuten, mit denen wir doch leben wollen und nicht sterben.

Und was macht uns Hoffnung? Tatsächlich der Mensch. Der lebendige Mensch kann nämlich lernen. Er kann lernen, wie man bisher Falsches zukünftig richtiger macht ...

Es sind nicht die Charaktere, die die Welt mißraten lassen. Was aber sonst? Hat etwa irgendein Gott diese Welt so bestellt, wie sie ist? Sind etwa all das Elend und die Gemeinheit, in der Menschen im Krieg sich vorfinden, gedeckt von einem großen lebendigen Vater-Gott? Ich sehe in dieser Welt keinen Anlaß, solches zu glauben. Ich sehe in dieser Welt aber etwas anderes, nämlich dies: Es gibt — auch in allerletzter Instanz nicht — keinen Fluchtwinkel, in welchem es dem Menschen erlaubt werden könnte, seine Pläne und seine Taten, seinen Kopf und seine Hände in die Ueberhände irgendeines Vaters zu legen.

Wir sind unter uns hier auf der Erde, soweit ich weiß, wir alle zusammen allein.

Das ist die Gefahr.

Das ist aber auch die Chance.

Nun wird es Leute geben, die solches Reden anmaßend und frivol finden, die uns beibringen wollen: Das Böse, das Leid, Mord und Totschlag und Menschenschinden — das alles liegt am Ende bei Gott. Wir sollen Geduld haben mit dem Elend, und an die Erlösung glauben. Wer im Ernst solches glaubt, der mag, ich weiß es nicht, irgendwo Frieden finden in sich selbst. Der Welt aber wird er, soweit mich das historische Zeugnis nicht trügt, den Frieden nicht finden, ja nicht einmal finden können. Denn, soweit wir mit menschlichen Augen sehen können, funktionieren Krieg und Frieden in dieser Welt nun einmal zuallererst nach materiellen, greifbaren, daher auch angreifbaren Gesetzen, nach Gesetzen der ökonomischen Macht.

Ob Frieden passiert oder Krieg in dieser Welt, das liegt, meine ich, nicht bei einem Gott, sondern das liegt bei bestimmten Menschen, und zwar bei denen, die Macht haben. Macht über ein gesellschaftliches Bewußtsein mit Hilfe von Macht über Geld und Maschinen. Darum ist es ja auch so wichtig zu prüfen, wer in einem Land Macht hat über Geld und Maschinen: Die friedlichen Leute oder die Unfriedlichen. Darum eben ist es so wichtig, daß die friedlichen Leute sich endlich die Macht nehmen, das heißt kämpfen, um den Frieden dauerhaft herzustellen. Und keiner sollte den friedlichen Leuten einreden wollen, sie seien öffentlich ohnmächtig und schwach von Natur, von Gott her.

Den Menschen lachend zurückstoßen über Jahrtausende in primitive biologische Zwangsverkettungen, ihn als eine biologische Verzerrung und als eine sich fortpflanzende Degenerationserscheinung von früher einmal dumpf intakten Affen auffassen, den Menschen heute so beschreiben, das nenne ich Zynismus, das ist Selbstmißachtung, und aus beiden kommt Lust am Tod, kommt schließlich dann auch Lust am Krieg.

Von dieser Selbstmißachtung des Menschen, von der Verzerrung des menschlichen Gesichtes hinab in nur noch Hohn und Oede und Ekel und Fatalität müssen wir, meine ich, reden, wenn wir Mittel finden wollen, den Krieg zu bekämpfen. Denn Massen von lebendigen Menschen, die ihr Selbstbewußtsein, ihre Selbstachtung verloren haben oder verlachen, solche erschöpften Leute können nicht kämpfen gegen Machthaber, die mit irgendwelchen Kanonenbooten zu beliebiger Zeit den Krieg von irgendwelchen fernen Küsten auf uns alle herunterzuschießen imstande sind.

Leute, die gelernt haben, sich selbst, ihren Kopf und ihre Hände, ihren Schmerz und ihren Traum, zu mißachten, solche Leute werden, fürchte ich, eines Tages lachend sterben wollen. Menschen dieser Schadensklasse werden dunkel den letzten großen Krieg suchen wie einen endgültigen schwarzen Frieden ...

Für den Frieden reden, wird hier bei uns allzu leicht umgefälscht in ein Reden gegen die freiheitlich-demokratischen Grundrechte, und solches Reden kann bestraft werden. Aber ich glaube in allem Ernst, daß wir endlich laut und böse und möglichst genau in der Sache und an möglichst vielen Plätzen möglichst bald reden sollten von den menschenverächtlichen Verblödungsstadien, die auf uns zukommen, wenn wir nicht endlich wieder Achtung und Zutrauen zu uns selbst, unserem Kopf und unseren Händen entwickeln ...

Was ist das für ein Land, in dem man schon wieder Angst haben muß, für den Frieden zu reden? Als im letzten Kriegsjahr einmal nachts unser Batterieführer, ein Oberleutnant, zu mir in die Telefonbaracke kam und sagte: „Halten Sie Ihr Maul, Geißler, Sie reden sich mit Ihrem Blödsinn um Kopf und Kragen", da fand ich dieses Land widerlich. Und als sechs Monate später die Engländer kamen, mußte ich lachen und winkte ihnen zu. Ich dachte: Jetzt geht's los, jetzt sind wir frei, jetzt sagt dir keiner mehr „Halt's Maul!" auf Sachen, die dir lieb und teuer sind, zum Beispiel langes Leben, Spaß und Frieden unter den Leuten. Jetzt fangen wir einfach an, dachte ich.

Und heute? Was haben wir dann angefangen? Warum denn schon wieder Angst, wenn frei nachgedacht und geredet wird? Wir haben nicht aufgepaßt! Wir sind im Sentimentalen, im Verschwärmten, im Idealistischen steckengeblieben. Unsere Hoffnungen und Pläne sind aus dem Bauch und aus dem Herzen nicht vorwärtsgekommen bis in den Kopf.

Wir haben, so scheint mir heute, die realen Bedingungen nicht rechtzeitig begriffen, nach denen gesellschaftliche Wirklichkeit sich entweder vernünftig entwickelt oder blöde verdirbt. Jetzt müssen wir laut, auch wenn wir schon wieder Angst haben, laut gegen Krieg und gegen die Pläne der Gewalt reden und rufen. Wir müssen jetzt nach Frieden und freundlichen Zeiten streiten wie ein Mann in der Wüste nach Wasser. Und wir müssen schreien, bevor die Notstandsgesetze in den Händen der Mächtigen zu Lappen werden, mit denen man uns das Maul stopfen kann.

Ich fürchte, wir haben nicht mehr viel Zeit. Unter pausenlosen und grölenden Hinweisen auf die Unwahrheiten drüben im Osten wird man uns hier mehr und mehr unsere eigene Wahrheit zerschlagen. Denn haben wir erst einmal die Gesetze, dann wird es künftigen, möglicherweise unfriedlichen Machthabenden ein Leichtes sein, den brauchbaren Notstand auszurufen, der es zuläßt, das Sagen der Wahrheit, das laute Schreien nach Frieden, legal zu ersticken.

Nutzen wir also die Zeit; noch sind wir ziemlich freie Leute in einem ziemlich freien Land.

Vielleicht klingen manchem vernünftigen Mann solche Sätze ein bißchen zu pathetisch. Meine Damen und Herren, ich bin für Pathos, wo gelitten wird. Und es wird gelitten in unserer Gesellschaft. In unserer Gesellschaft leiden Menschen an bohrender Ratlosigkeit, an Angst und Dummheit. Und diejenigen, die diesen Zustand bekämpfen, erleiden Drohungen und Diffamierungen.

Ich schlage vor, daß wir in Zukunft, jeder an seinem Platz, aus Respekt vor den zahllosen Kriegsopfern, scharf protestieren, wenn man, wie bisher, der kriegerischen Wirklichkeit auch nur irgendeinen einzigen menschlichen Wert glaubt unterschieben zu dürfen, etwa Tapferkeit, Männlichkeit, Mut. Daß solche Dinge im Krieg vorkommen, sagt nichts über den Krieg selbst. So wenig, wie ja ein Verbrechen dadurch besser wird, daß die Beteiligten in der verbrecherischen Aktion selbst Mut und Tapferkeit und Männlichkeit zeigen. Man sollte sich übrigens daran gewöhnen, vom Krieg nicht nur mit Entsetzen, sondern stets auch in klaren Zahlen zu sprechen.

Dabei geht es dann erstens um die Zahlen der Rüstungsproduktion, um Stückzahlen in Sachen Panzer, Bomben, Flugzeuge und Uniformröcke pro Tag.

Dabei geht es zweitens um Bilanzzahlen. Diese Zahlen weisen den Gewinn aus pro Panzer, pro Flugzeug, pro Bombe, pro Uniform. Sie geben den Gewinn an in Geld, den der erhält, dem die Maschinen gehören, mit denen man Panzer, Flugzeuge und Bomben baut.

Es geht drittens um Zahlen, die angeben, wie viele Menschen jeweils getötet worden sind bzw. getötet werden sollen.

Viertens dann wäre zu reden von der gewaltigen Zahl derer, die überlebt haben, die das Verbrechen mit eigenen Augen über fünf Jahre hin gesehen haben und jetzt schweigen.

Es ist so ziemlich allgemein bekannt, daß in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges mindestens fünf Millionen Menschen unter Einwirkung von Gewalt getötet worden sind. Jeder, der erschlagen wird, kommt aber her von einer Mutter und von einem Vater. Meistens hat er Geschwister, oft eine Frau, eine Braut, einen Freund, eine Freundin. Nehmen wir an, jeder der fünf Millionen Toten hat nur zwei lebendige Menschen, die ihn geliebt haben, hinterlassen, Leute, die ihn kannten und mochten, die sich freuten, wenn sie sein Gesicht sahen.

Nehmen wir an, jeder Tote hat hier auf deutschem Boden seine zwei lebendigen Leute. Erhebt sich doch die Frage: Wo sind heute in unserem Land zehn Millionen lebendige Leute, die aus Solidarität mit den Erschlagenen jetzt endlich gegen den Krieg kämpfen?

Es gibt nur eine einzige Form des Respektes vor Kriegstoten, nur ein einziges glaubhaftes Zeugnis für die Liebe zu einem Menschen, der ermordet worden ist: Protest gegen den Mord. Protest gegen die, die den Mord angestiftet haben, Kampf gegen jeden weiteren mörderischen Plan. Wer sich diesem Kampf entzieht, wird unglaubwürdig in seiner Liebe zu seinem erschlagenen Bruder ...

wollte es, daß zu jener Zeit
hen Zarenthrone ein Mann
r I. —, der selbst von einem
ngsbewußtsein erfüllt und
der Erweckungsbewegung —
für anderes — empfänglich
reundschaft mit der „erweck-
der Kaiserin, Roxandra von
eren Freundin und späteren
aren", Juliane von Krüdener,
tilling mit der Zarenfamilie
t, und 1814 kam es zu einem
Zusammentreffen zwischen
d dem Patriarchen der Er-
ng.
hung zwischen Ost und West,
d und dem „Abendland", hat
e wesentliche Rolle gespielt.
e Schriften „zu einem wich-
der antiaufklärerischen, bi-
ngstheologie an die führen-
ner und Kirchenleute des
n". Eigentlich weltpolitische
elt diese wesentlich durch
rmittelte Ausstrahlung des
nkens auf Rußland in den
die 1815 zur Heiligen Allianz
zuvor hatten die Gespräche
lexander und Jung-Stilling
d in dem ersten, vom Zaren
ngsentwurf für die Heilige
Einfluß dieser Gespräche un-
ein Metternich dann in ein
urativer Politik zu verwan-
entierte sich in der Intention
chthin revolutionärer Ent-
que sacrée", die die Staats-
e Völker zu einer umfassen-
ße und zur Anwendung des
n politischen Handeln auf-

alhafte Begegnung zwischen
m Abendland, an der Jung-
atte, findet in Geiger einen
haften, auch im Sprachlichen
cierung bemühten Darsteller
or. Aber die Geschichte der
ischen Ursprünge der Heili-
iert nicht nur den Historiker
Was vor 150 Jahren mit Hilfe
bewegung in Rußland an
und Messianischem erweckt
wiedererweckt wurde, blieb
undstimmung Rußlands. Man
r Lektüre dieses Buches bes-
e in Rußland die Lehre eines
durch sein Judentum vom
Testamentes geprägt, und
ngels, der streng pietistisch
war, eine säkularisierte und
konomisierte moderne „Er-
ng" ins Leben zu rufen ver-
der angeblich so rational-
ussische Sozialismus bis vor
ärter Feind jeder modernen
, wie sie sich etwa als So-
choanalyse entwickelte. So
Geigers umfangreiches, in
olt entstandenes Werk nicht
bemerkenswerte Leistung
acher Forschung, sondern
ein wichtiger Beitrag zum
unserer Zeit.

r da,
erloren.
chworen;
nerafrika:
ist es zu spät.
deinen „Netzen".
ersetzen
ersteht.
hr ratsam ist,
fortzutreiben?
tig bleiben,
isch bist?!
chst du nun auf,
erstören.
hren.
l verlor,
pielen,

Institut für Zeitgeschichte

ED718-23-144

pressedienst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

30.8.64
1.9.64

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

ANTIKRIEGSTAG 1964

Das Jahr 1964 ist für Deutschland ein Jahr böser Jubiläen: 50 Jahre sind seit 1914, 25 Jahre seit 1939 vergangen. Die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - Hessischer Ausschuß, hatte deshalb zum Sonntagvormittag, den 30. August 1964, zu einer Matinee-Veranstaltung in das Frankfurter Zeil-Kino eingeladen. An der Veranstaltung nahmen über 500 Menschen teil.

In seiner Begrüßungsansprache sagte der Geschäftsführer des Hessischen Ausschusses, Klaus Vack, daß um den 1. September im ganzen Bundesgebiet von der Kampagne für Abrüstung nahezu 100 Veranstaltungen sein werden; darüberhinaus werden an Mahnwachen und Informationsständen Flugblätter und andere Aufklärungsschriften verteilt. Ein Extrablatt zum Antikriegstag (in der Anlage diesem Pressedienst beigefügt) wird von der Kampagne für Abrüstung in einer Auflage von knapp 1 Million Exemplaren verteilt. Klaus Vack sagte: "Mit all diesen Dingen wollen wir das deutsche Volk erinnern an die schrecklichen Kriege des 20. Jahrhunderts. Wir wollen aber auch aufklären über die Gefahren eines neuen Krieges, von denen wir täglich von vielen Orten dieser Erde hören, und wir wollen aufklären über die störende und hemmende Rolle, die gerade die deutsche Bundesregierung spielt, wenn es um Abrüstung und Entspannung geht. Wenn wir sehen, daß entscheidende Bonner Politiker darangehen, durch Notstandsgesetzgebung und Beteiligung an atomarer Bewaffung die politische und militärische Verfassung dieses Landes noch weiter wegzuführen von Demokratie und Friedenspolitik, dann ist es hoch an der Zeit, daß wir trotz wirtschaftswunderlicher Sattheit und politischem Desinteresse alle Menschen ansprechen und auffordern, wieder aktiven Anteil zu nehmen an der Politik."

Klaus Vack wies auf eine Petition der Kampagne für Abrüstung an den Deutschen Bundestag hin, für die zur Zeit Unterschriften gesammelt werden. In dieser Petition wird der Deutsche Bundestag aufgefordert, dafür einzutreten, daß die Bundesrepublik auf die Beteiligung an einer multilateralen Atommacht und an einer Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen verzichtet; die Bundesregierung soll die Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa prüfen und in Verhandlungen hierüber eintreten; weiterhin soll der Bundestag die Errichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung beschließen.

-2-

herausgeber: kampagne für abrüstung - ostermarsch der atomwaffengegner, hessischer ausschuß, 605 offenbach (main), waldstraße 99
ruf: 88376 4, postscheckkonto: ffm. 57648

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-145

Klaus Vack forderte die Anwesenden auf, an der Großkundgebung zum Antikriegstag des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 1. September um 17.30 Uhr auf dem Frankfurter Römerberg teilzunehmen.

Der Schriftsteller ("Die Anfrage") und Fernsehautor ("Schlachtvieh") Christian Geißler hielt dann die Gedenkrede zum Antikriegstag.(Die Rede ist diesem Pressedienst im vollen Wortlaut beigefügt. Wir empfehlen die ausgezeichneten Ausführungen von Christian Geißler den Damen und Herren der Presse zur besonderen Auswertung für Berichte über die Veranstaltung der Kampagne für Abrüstung.)

Im Anschluß an die Rede von Christian Geißler wurde der Film "Kirmes" von Wolfgang Staudte gezeigt. "Kirmes" - ein gelungener Antikriegsfilm - schilderte den Rummelplatz unserer Zeit, voller Falschheit und Schein, Fanatismus und Furcht, voller Gültigkeit gestern und heute, zeigte der Film das Schicksal eines jungen Menschen, der die "Gemeinschaft" verließ, entschlossen, sich gegen den Strom zu stemmen, der, gehetzt und geschunden, gejagt und verfolgt, warnend zu retten sucht, der in Gesichter voll nackter Angst blickt, in Augen voller Liebe, die ihn nicht zu schützen vermögen, der, vor den Pforten zur sicheren Rettung erschossen und verscharrt, 15 Jahre danach gefunden wird von jenen, die ihn hetzten und jagten, von jenen, die nicht wagten, ihn zu schützen, von all denen, die das Gestern vergessen haben, enthusiastisch das Heute feiern und wieder dahinschwimmen in einem Strom, der die Gefahren in sich birgt, ein neues Gestern vorzubereiten.

Offenbach/Main, den 30. August 1964 - Vack -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-146

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach/Main 4
Postfach 648
Waldstraße 99

1.9.64

R E D E G E G E N D E N K R I E G

von Christian Geißler

DAS JAHR 1964 IST FÜR DEUTSCHLAND EIN JAHR BÖSER JUBILÄEN: 50 JAHRE SIND SEIT 1914, 25 JAHRE SEIT 1939 VERGANGEN. AUS DIESEM ANLASS HATTE DIE KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER - ZU VIELEN KUNDGEBUNGEN, VERANSTALTUNGEN UND MAHNWACHEN AUFGERUFEN. BEI DER VERANSTALTUNG DES HESSISCHEN AUSSCHUSSES DER KAMPAGNE AM 30.8.1964 IM FRANKFURTER ZEILKINO WURDE DER ANTIKRIEGSFILM "KIRMES" VON WOLFGANG STAUDTE GEZEIGT. DIE GEDENKREDE HIELT DER SCHRIFTSTELLER ("DIE ANFRAGE") UND FERNSEHPUBLIZIST ("SCHLACHTVIEH") CHRISTIAN GEISSLER. WIR GEBEN DIESE REDE IM VOLLEN WORTLAUT WIEDER.

Meine Damen und Herren,
zunächst drei Vorbemerkungen:

1. Das Referat wird etwa 40 Minuten in Anspruch nehmen. Es wäre mir selbst lieb, wenn es kürzer geraten wäre. Aber die gesellschaftlichen Bedingungen für Krieg und Gewalt sind kompliziert.

2. Konrad Adenauer hat unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg, hinter dem Rücken eines bis fast zur physischen Vernichtung geschlagenen Volkes, den westlichen Alliierten neues deutsches Militär gegen den Kommunismus angeboten. Er hat damit gehandelt als ein Mann mit einem klaren, uralten Sinn für Macht. Die außenpolitischen Folgen dieser Machtausübung in allen ihren bitteren Konsequenzen sind inzwischen deutlich. Es gibt zum Beispiel jetzt bis auf weiteres zwei deutsche Staaten. Die innenpolitischen Folgen stellen sich von Jahr zu Jahr klarer heraus. Demnächst wird es zum Beispiel Notstandsgesetze geben. Das alles ist bekannt. Mich interessiert hier heute etwas anderes. Mich interessiert die Frage: Was ist das für eine Gesellschaft, was sind das denn eigentlich für Leute, die sich nach zwölf Jahren Nationalsozialismus und fünf Jahren Krieg eine derartige Entwicklung nahezu tatenlos bieten lassen?

3. Es wird von Krieg und von der Vorbereitung eines Krieges die Rede sein. Diese Rede wird, wie man sich denken kann, vergleichsweise hart ausfallen. Deshalb bitte ich Sie dringend, folgendes genau zu beachten und im Kopf zu behalten: Krieg wird von Menschen gemacht. Das ist ein Erfahrungssatz, um den heute so leicht niemand mehr herumkommt. Es erhebt sich aber immer wieder die Frage: Wer ist denn das nun genau, der den Krieg macht? Will denn der Politiker, der Bischof, der Panzerproduzent, der Zeitungschef - wollen denn diese Leute tatsächlich subjektiv klar bei Verstand aktiv den Krieg? Ich behaupte, nein. Das macht die Situation indessen keineswegs harmloser. Denn ich behaupte gleichzeitig, daß die obengenannten öffentlich Mächtigen hier in unserem Land - nicht zuletzt mit Hilfe unser aller politischer Nachlässigkeit und Dummheit - ein gesellschaftliches Verhaltensschema, vor allem eine wirtschaftliche Basis aufgebaut und geheiligt haben, die hochexplosive Elemente enthält, in der Gewalttendenzen stecken, unter deren Wirkung wir alle und die Mächtigen obendrein sehr plötzlich zu Opfern eines totalen letzten Krieges werden könnten. Die Mächtigen hier bei uns sind also nicht als

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

denkende Einzelpersonen, nicht in ihrem persönlichen Bewußtsein für Kriegsgewalt, aber - und das ist entscheidend und darum müssen wir sie so scharf angreifen - sie sind als machtausübende Hersteller eines bestimmten gewalttätigen wirtschaftlichen und ideologischen Systems verantwortlich und haftbar zu machen für die unmenschlichen Zustände kriegerischer Gewalt, die uns bedrohen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns hier heute versammelt in einer gemeinsamen Sorge und, wie ich denke, auch in einer gemeinsamen Hoffnung. Unsere Sorge richtet sich auf eine Gesellschaft, die in einer fürchterlichen Vergeßlichkeit sich daran gewöhnt hat, Lügen für Wahrheit zu nehmen; die sich Tag für Tag zum Beispiel das Wort Krieg und damit die Wirklichkeit des Krieges umfälschen läßt in das Gerede vom Verteidigungsfall. So als hätten wir nicht die Erfahrung gemacht, wie leicht man einen Raubüberfall in Vergeltung und Verteidigung öffentlich ummünzen kann. Die Vergeßlichkeit geht inzwischen soweit und die Verfälschungen nehmen inzwischen so selbstverständliche Formen an, daß eine große Hamburger Zeitung vor vierzehn Tagen zum amerikanischen Angriff auf Nordvietnam auf Seite 1 die Schlagzeile bringen kann: SEIT HEUTE FRÜH WIRD ZURÜCKGESCHOSSEN. Ganz so, als habe nicht Hitler mit eben diesen Worten den zweiten Weltkrieg eröffnet. Das nenne ich eine fürchterliche Vergeßlichkeit.

Aber Krieg bleibt Krieg, gleichgültig wie die Machthabenden das nennen, Mord bleibt Mord, Lüge bleibt Lüge. Daß das vergessen werden könnte, macht uns Sorge. Vergessen werden könnte von Leuten, mit denen wir doch leben wollen und nicht sterben. Und was macht uns Hoffnung? Tatsächlich der Mensch. Der lebendige Mensch kann nämlich lernen. Er kann lernen, wie man bisher Falsches zukünftig richtiger macht.

Meine Damen und Herren, der Film KIRMES von Wolfgang Staudte ist ein sehr guter Film. In der Kernszene des Filmes steckt allerdings eine Frage, die noch klarer beantwortet werden muß. Ich meine die Frage: Wie kommt es denn, daß unter Menschen ein junger Mann, der endlich leben will und nicht gewalttätig sterben, eben deshalb, weil er das will, sein Leben verliert, ja sogar das Leben verliert unter der stillschweigenden bzw. ausdrücklichen Billigung seiner nächsten Mitmenschen. Welches ist die Herkunft von dermaßen miserablen Zuständen? Auf was für einem Boden wachsen menschliche bzw. so unmenschliche Gesellschaften, in denen ganze Generationen von Eltern stolz trauern, wenn ihr Sohn gehorsam totgeschlagen wird wie ein Hund, sich aber ängsten und schämen, wenn der Sohn ungehorsam sein Leben behalten möchte wie ein erwachsener Mensch?

Wer oder was hat unter Menschen immer wieder die Macht, Mütter und Väter dergestalt zu pervertieren, sie krank und verkehrt zu machen gegen alle einfache Liebe und Vernunft?

Der Film von Staudte gibt über die Herkunft dieser menschlichen Verkehrtheiten nur wenig Auskunft. Oder liegt es etwa in eines Menschen Charakter, ob er versagt oder siegt, ob er lebt oder stirbt? Was ist denn das überhaupt: Charakter? Der Film zeigt uns das, was uns bedroht, anhand von bestimmten unangenehmen menschlichen Typen. Er zeigt uns den verhurten Parteifunktionär mit miesen Texten im Mund, und überm Hals, wo andere ein Gesicht haben, hat er einen Schweinekopf. Kann man denn aber etwa am Schweinekopf, an der Hurerei, den Gegner erkennen, die Gefahr, den Krieg, den Mord? Meine

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-147

Damen und Herren, ich selbst habe jahrelang in unmittelbarer Nähe mit Nationalsozialisten gelebt. Weder haben diese Leute besonders herumgehurt, noch hatten sie ekelhafte Gesichter. Es waren, wie man so sagt, aufrichtige, saubere, anständige deutsche Menschen. Aber sie waren für den deutschen Krieg. Sie waren für den Tod derer, die gegen den Krieg kämpften. Sie waren mit schmalen Lippen und feiner Bildung für Pflichterfüllung und Gehorsam bis hin zu Totschlag und Mord. Nein, meine Damen und Herren, was uns bedroht an Leib und Leben, das ist weder mit physiognomischen noch mit moralischen Vorurteilen zu packen.

Es sind nicht die Charaktere, die die Welt mißraten lassen. Was aber sonst?

Hat etwa irgendein Gott diese Welt so bestellt, wie sie ist? Sind etwa all das Elend und die Gemeinheit, in der Menschen im Krieg sich vorfinden, gedeckt von einem großen lebendigen Vater-Gott? Ich sehe in dieser Welt keinen Anlaß, solches zu glauben. Ich sehe in dieser Welt aber etwas anderes, nämlich dies: Es gibt - auch in allerletzter Instanz nicht - keinen Fluchtwinkel, in welchem es dem Menschen erlaubt werden könnte, seine Pläne und seine Taten, seinen Kopf und seine Hände in die Überhände irgendeines Vaters zu legen.

Wir sind unter uns hier auf der Erde, soweit ich weiß, wir alle zusammen allein.

Das ist die Gefahr.

Das ist aber auch die Chance.

Nun wird es Leute geben, die solches Reden anmaßend und frivol finden, die uns beibringen wollen: Das Böse, das Leid, Mord und Totschlag und Menschenschinden - das alles liegt am Ende bei Gott. Wir sollen Geduld haben mit dem Elend, und an die Erlösung glauben. Wer im Ernst solches glaubt, der mag, ich weiß es nicht, irgendwo Frieden finden in sich selbst. Der Welt aber wird er, soweit mich das historische Zeugnis nicht trügt, den Frieden nicht finden, ja nicht einmal finden können. Denn, soweit wir mit menschlichen Augen sehen können, meine Damen und Herren, funktionieren Krieg und Frieden in dieser Welt nun einmal zuallererst nach materiellen, greifbaren, daher auch angreifbaren Gesetzen, nach Gesetzen der ökonomischen Macht. Ob Frieden passiert oder Krieg in dieser Welt, das liegt, meine ich, nicht bei einem Gott, sondern das liegt bei bestimmten Menschen, und zwar bei denen, die Macht haben, Macht über ein Gesellschaftliches Bewußtsein mithilfe von Macht über Geld und Maschinen. Darum ist es ja auch so wichtig zu prüfen, wer in einem Land Macht hat über Geld und Maschinen: Die friedlichen Leute oder die Unfriedlichen. Darum eben ist es so wichtig, daß die friedlichen Leute sich endlich die Macht nehmen, das heißt k ä m p f e n , um den Frieden dauerhaft herzustellen. Und keiner sollte den friedlichen Leuten einreden wollen, sie seien öffentlich ohnmächtig und schwach von Natur, von Gott her.

Kriege werden nur einmal einzig und allein, wenn überhaupt, dann von mächtigen, selbstbewußten Massen verhindert, und NUR VON Minderheiten werden sie angezettelt mithilfe der Ohnmacht und der Selbstmißachtung von Vielen. Nein, meine Damen und Herren, es ist, soweit ich sehen kann, kein Gott da, der uns die Welt, so, wie sie uns von

-4-

Internationale Archiv zur Geschichte

Mal zu Mal mißrät, abnimmt und tragen hilft, der uns vergibt, in Liebe und Geduld. Und gäbe es ihn, dann sollten wir ihn vergessen, bis wir unwiderruflich gelernt haben, daß alle bösen und besten Möglichkeiten dieser Welt von unseren Händen verwirklicht bzw. vertan werden, von uns allen zusammen, ganz allein. Gehen wir aber noch einmal zurück auf die Kernszene des Filmes.

Wenn es nun so ist, daß diese menschenfeindliche Szenerie, in der ein lebendiger Bursche, weil er leben will, sterben muß, - wenn diese Szene weder mit psychologischen Charakterstudien noch mit religiösen Hoffnungen zu packen und beim Namen zu nennen ist, - geht es dann vielleicht mit dem schon bei vielen Leuten zur Gewohnheit gewordenen Zynismus besser, diesem Zynismus, der selbstverächtlich sagt: der Mensch, das ist nun mal ein unter sinnlosen Mutationen sich ständig selbst pervertierendes mißratenes Tier? Meine Damen und Herren, was den Krieg mehr fördert als alle psychologischen Klischees, was schlimmer für die Vorbereitung von Kriegen sorgt als alle religiösen Ohnmachtsbehauptungen, - was das Kommen eines Krieges meines Erachtens mehr beschleunigen wird als alles andere, das ist, abgesehen von der ökonomischen Situation, die Selbstmißachtung des Menschen en masse.

Den Menschen lachend zurückstoßen über Jahrtausende in primitive biologische Zwangsverkettungen, ihn als eine biologische Verzerrung und als eine sich fortpflanzende Degenerationserscheinung von früher einmal dumpf intakten Affen auffassen, den Menschen heute so beschreiben, das nenne ich Zynismus, das ist Selbstmißachtung, und aus beiden kommt Lust am Tod, kommt schließlich dann auch Lust am Krieg.

Von dieser Selbstmißachtung des Menschen, von der Verzerrung des menschlichen Gesichtes hinab in nur noch Hohn und Öde und Ekel und Fatalität müssen wir, meine ich, reden, wenn wir Mittel finden wollen, den Krieg zu bekämpfen. Denn Massen von lebendigen Menschen, die ihr Selbstbewußtsein, ihre Selbstachtung verloren haben oder verlachen, solche erschöpften Leute können nicht kämpfen gegen Machthaber, die mit irgendwelchen Kanonenbooten zu beliebiger Zeit den Krieg von irgendwelchen fernen Küsten auf uns alle herunterzuschießen imstande sind.

Leute, die gelernt haben, sich selbst, ihren Kopf und ihre Hände, ihren Schmerz und ihren Traum, zu mißachten, solche Leute werden, fürchte ich, eines Tages lachend sterben wollen. Menschen dieser Schadensklasse werden dunkel den letzten großen Krieg suchen wie einen endgültigen schwarzen Frieden.

Reden wir jetzt also von der massenhaften Selbstmißachtung des Menschen.

Was heißt es aber, davon reden?

Von der Selbstmißachtung des Menschen reden, das heißt, den Raum bestimmen, den Boden genau in Augenschein nehmen, in welchem lebendige Menschen hier bei uns langsam aber sicher bis in ein mörderisches Gelächter hinein vollkommen verblöden. Raum und Boden, was heißt das? Das heißt: der gesellschaftliche Raum hier, und die gesellschaftliche Basis, die ökonomische Basis hier, müssen geprüft, in Frage gestellt, wohlmöglich schärfstens attackiert werden. Fragt

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-148

sich nur, wer sich findet, diese Attacke zu reiten. Um offen zu sein: Ich habe Angst, das zu tun. Ich werde es zwar tun, aber mit einer gewissen Angst um mein künftiges Wohlbefinden. Für den Frieden reden, wird hier bei uns allzu leicht umgefälscht in ein Reden gegen die freiheitlich-demokratischen Grundrechte, und solches Reden kann bestraft werden. Aber ich glaube im allem Ernst, daß wir endlich laut und böse und möglichst genau in der Sache und an möglichst vielen Plätzen möglichst bald reden sollten von den menschenverächtlichen Verblödungsstadien, die auf uns zukommen, wenn wir nicht endlich wieder Achtung und Zutrauen zu uns selbst, unserem Kopf und unseren Händen entwickeln. Verblödungsstadien sind im Kommen, die uns ummauern werden wie einen Gefangenen das Haus ohne Fenster, die uns überstülpen und unkenntlich machen werden, so wie der Henker und das Opfer unkenntlich werden unter schwarzen Kopfsäcken.

Aber ich habe Angst. Was ist da zu machen?

Was ist das überhaupt für ein Land, in dem man schon wieder Angst haben muß, für den Frieden zu reden?

Als im letzten Kriegsjahr einmal nachts unser Batterieführer, ein Oberleutnant, zu mir in die Telephonbaracke kam und sagte: Halten Sie Ihr Maul, Geißler, Sie reden sich mit Ihrem Blödsinn um Kopf und Kragen, da fand ich dieses Land widerlich.

Und als sechs Monate später die Engländer kamen, mußte ich lachen und winkte ihnen zu. Ich dachte: Jetzt gehts los, jetzt sind wir frei, jetzt sagt dir keiner mehr 'Halts Maul!' auf Sachen, die dir lieb und teuer sind, zum Beispiel langes Leben, Spaß und Frieden unter den Leuten. Jetzt fangen wir einfach an, dachte ich.

Und heute? Was haben wir denn angefangen? Warum denn schon wieder Angst, wenn frei nach-gedacht und geredet wird? Wir haben nicht aufgepaßt! Wir sind im Sentimentalen, im Verschwärmten, im Idealischen stecken geblieben. Unsere Hoffnungen und Pläne sind aus dem Bauch und aus dem Herzen nicht vorwärts gekommen bis in den Kopf. Wir haben, so scheint mir heute, die realen Bedingungen nicht rechtzeitig begriffen, nach denen gesellschaftliche Wirklichkeit sich entweder vernünftig entwickelt oder blöde verdirbt. Jetzt müssen wir laut, auch wenn wir schon wieder Angst haben, laut gegen Krieg und gegen die Pläne der Gewalt reden und rufen. Wir müssen jetzt nach Frieden und freundlichen Zeiten schreien wie ein Mann in der Wüste nach Wasser. Und wir müssen schreien, bevor die Notstandsgesetze in den Händen der Mächtigen zu Lappen werden, mit denen man uns das Maul stopfen kann. Ich fürchte, wir haben nicht mehr viel Zeit. Unter pausenlosen und grölenden Hinweisen auf die Unwahrheiten drüben im Osten wird man uns hier mehr und mehr unsere eigene Wahrheit zerschlagen. Dann haben wir erst einmal die Gesetze, dann wird es künftigen, möglicherweise unfriedlichen Machthabenden ein Leichtes sein, den brauchbaren Notstand auszurufen, der es zuläßt, das Sagen der Wahrheit, das laute Schreien nach Frieden, legal zu ersticken.

Nutzen wir also die Zeit; noch sind wir ziemlich freie Leute in einem ziemlich freien Land.

Vielleicht klingen manchem vernünftigen Mann hier solche Sätze ein bißchen zu pathetisch. Meine Damen und Herren, ich bin für Pathos,

-6-

Institut für Zeitgeschichte Archiv

wo gelitten wird. Und es wird gelitten in unserer Gesellschaft. In unserer Gesellschaft leiden Menschen an bohrender Ratlosigkeit, an Angst und Dummheit. Und diejenigen, die diesen Zustand bekämpfen, erleiden Drohungen und Diffamierungen.

Stimmt das?

Ich nenne ein Beispiel für viele:

Gegen den Krieg, das heißt gegen die Aufrüstung organisiert reden und handeln, ist hier in unserem Land bereits wieder derartig verpönt, daß man den, der ausdrücklich für den Frieden und gegen den Krieg arbeitet, mit dem Titel bewirft, den man, aus einer uralten Begriffsstutzigkeit heraus, für den schmutzigsten aller Begriffe hält. Man nennt Männer und Frauen, die offen gegen Krieg und seine Kalkulation auftreten, Kommunisten.

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: dieser Titel ist in der Bundesrepublik eine angsteintreibende Drohung.

Leute, die den Frieden zu ihrer Sache machen, Kommunisten nennen, das ist durchaus nicht lächerlich, auch nicht nur irgendein Trick, - das ist, mindestens auf oberster Ebene, auch nicht nur einfach dummes Gewäsch. Das ist eine Drohung. Eine massive Nötigung von friedfertigen Leuten Tag für Tag. Denn jedermann weiß doch, daß aktive Kommunisten hier bei uns Gefängniskandidaten sind, und so macht man dann hier blitzschnell ganz allgemein die Leute, die sich aktiv um den Frieden in der Welt kümmern, gefängnisreif. Das nenne ich eine freche legalisierte Nötigung von vernünftigen Leuten. Und ich protestiere deshalb an dieser Stelle ausdrücklich öffentlich, daß man mir Angst macht, weil ich frei nachdenken und frei reden will.

Angst tut weh und kostet Kraft.

Gut.

Noch sind wir frei. Und mit den Ängsten kann man ja fertig werden. Lassen Sie uns also zusammen nachdenken, damit uns Vernünftiges in den Kopf kommt. Denn das Vernünftige macht heiter und mutig.

Man kann es brauchen. Es nützt.

Meine Damen und Herren - ein Bursche will also leben, und weil er das will, wird er mit dem Tode bestraft. Genau d a s ist Krieg; eine verbrecherische Wirklichkeit, in der Menschen verderben. Eine Wirklichkeit, in der der lebendige Mensch verzerrt wird in sein Gegenteil, in stumpfe Abtötung, in einen Rest aus Blut und Druck. Und ich schlage vor, daß wir in Zukunft, jeder an seinem Platz, aus Respekt vor den zahllosen Kriegsopfern, scharf protestieren, wenn man, wie bisher, der kriegerischen Wirklichkeit auch nur irgendeinen einzigen menschlichen Wert glaubt unterschieben zu dürfen, etwa Tapferkeit, Männlichkeit, Mut. Daß solche Dinge im Krieg vorkommen, sagt nichts über den Krieg selbst. So wenig, wie ja ein Verbrechen dadurch besser wird, daß die Beteiligten in der verbrecherischen Aktion selbst Mut und Tapferkeit und Männlichkeit zeigen. Man sollte sich übrigens daran gewöhnen, vom Krieg nicht nur mit Entsetzen, sondern stets auch in klaren Zahlen zu sprechen. Dabei geht es dann erstens um die Zahlen der Rüstungsproduktion, um Stückzahlen in-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-149

sachen Panzer, Bomben, Flugzeuge und Uniformröcke pro Tag.

Dabei geht es zweitens um Bilanzzahlen. Diese Zahlen weisen den Gewinn aus pro Panzer, pro Flugzeug, pro Bombe, pro Uniform. Sie geben den Gewinn an in Geld, dan der erhält, dem die Maschinen gehören, mit denen man Panzer, Flugzeuge und Bomben baut.

Es geht drittens um Zahlen, die angeben, wieviele Menschen jeweils getötet worden sind bzw. getötet werden sollen.
Viertens dann wäre zu reden von der gewaltigen Zahl derer, die überlebt haben, die das Verbrechen mit eigenen Augen über fünf Jahre hin gesehen haben und jetzt schweigen.

Bleiben wir bei der Zahl der Toten und bei der Zahl derer, die den massenhaften Tod heute verschweigen.

Es ist so ziemlich allgemein bekannt, daß in Deutschland während des zweiten Weltkrieges mindestens fünf Millionen Menschen unter Einwirkung von Gewalt getötet worden sind. Jeder, der erschlagen wird, kommt aber her von einer Mutter und von einem Vater. Meistens hat er Geschwister, oft eine Frau, eine Braut, einen Freund, eine Freundin. Nehmen wir an, jeder der fünf Millionen Toten hat nur zwei lebendige Menschen, die ihn geliebt haben, hinterlassen, Leute, die ihn kannten und mochten, die sich freuten, wenn sie sein Gesicht sahen.

Nehmen wir an, jeder Tote hat hier auf deutschem Boden seine zwei lebendigen Leute.

Erhebt sich doch die Frage: Wo sind heute in unserem Land zehn Millionen lebendige Leute, die aus Solidarität mit den Erschlagenen jetzt endlich gegen den Krieg kämpfen?

Zehn Millionen Leute mit klarem Kopf zur rechten Zeit unter Protest auf den Straßen, und die Probleme einer Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik wären nie entstanden.

Meine Damen und Herren, es gibt nur eine einzige Form des Respektes vor Kriegstoten, nur ein einziges glaubhaftes Zeugnis für die Liebe zu einem Menschen, der ermordet worden ist: Protest gegen den Mord. Protest gegen die, die den Mord angestiftet haben, Kampf gegen jeden weiteren mörderischen Plan. Wer sich diesem Kampf entzieht, wird unglaubwürdig in seiner Liebe zu seinem erschlagenen Bruder.

Eine ganze Gesellschaft also unglaubwürdig in einer der wichtigsten Sachen, in der Sache der mitmenschlichen Liebe und Treue? Das ist ein gewaltiger Vorwurf. Aber gestatten Sie, ich werde ihn nicht zurücknehmen. Denn ich bin überzeugt: Könnte ein einziger nur von den Millionen Leuten, die irgendwo lebend und unter Geschrei und Gestank krepiert sind, auf Krete, vor Moskau und im Hürtgenwald, jetzt hierher an meinen Platz kommen, dann würde er, weiß Gott anders noch als ich, reden aus Entsetzen und Wut über das, was wir alle heute schon wieder stillschweigend mit ansehen.

Man hat mir oft gesagt, ich zöge mit meinen Texten von betrogenen krepierten Soldaten die Toten in den Dreck. Ich will jetzt klipp und klar auf diesen Vorwurf antworten:

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Man zieht tote Soldaten in den Dreck, indem man ihr Elend in Heldentod umlügt. Man ehrt die Toten auf eine einzige Weise: indem man, an ihrerstatt, eingedenk ihrer Qualen und ihres vertanen Lebens, nur noch die Wahrheit sagt über den Krieg und wie er gemacht wird. Aber Schweigen ringsum und Kranzniederlegungen und stupide Trauermusik, und kaum irgendwo wirksamer Kampf gegen den Krieg.

Wie kommt das?

Erstens: weil öffentlich gelogen wird.

Zweitens: weil öffentlich verdummt wird.

Drittens: weil mit Hilfe eines wirtschaftlichen Systems Gewalt und Angst unter die Haut der Leute gebracht werden.

Ganz genauso wie in der Kernszene des Films, passiert es ja auch heute: Lüge, Dummheit und Angst irritieren das Selbstbewußtsein des Menschen, machen ihn unfähig in den einfachsten, wichtigsten menschlichen Dingen.

Reden wir aber der Reihe nach.

Wieso öffentliche Lüge?

Meine Damen und Herren, das ist ein weites Feld. Mit den offiziellen Sprachregelungen fängt es an. Man redet zum Beispiel nicht von Krieg. Man redet von Vorwärtsverteidigung oder vom Verteidigungsfall.

Bei uns "fällt" ein Soldat; er wird nicht totgeschlagen. Er fällt "auf dem Felde der Ehre"; er blutet nicht aus in irgendeinem Keller; verbrennt nicht unter Geschrei in einem Panzer aus Kassel; erstickt nicht in einem U-Boot aus Kiel.

Bei uns steht auf großen Steinen überall in Stadt und Land etwas von "unseren Helden"; nichts von unseren armen, betrogenen, verratenen Brüdern. Steht etwas von "Dankbarkeit" der Überlebenden, nichts vom Zorn und vom Haß der Überlebenden auf die, die das Massensterben ausgedacht und befohlen haben.

Bei uns in Hamburg zum Beispiel findet man auf den beiden zentralen Plätzen der Stadt, dem Stephansplatz und dem Rathausmarkt, die folgenden Lügen zum Thema Krieg, in Stein gehauen wir für alle Zeit:

SIE LIESSEN IHR LEBEN FÜR EUCH
DEUTSCHLAND MUSS LEBEN UND WENN WIR STERBEN MÜSSEN
DIE GROSSTATEN DER VERGANGENHEIT SIND BRÜCKENPFEILER DER ZUKUNFT

Es gibt in Hamburg keinen einzigen Stein, auf den man geschrieben hat: Millionen sind unfrei einen gemeinen Tod gestorben, nach dem Willen und zum Nutzen und unter dem Befehl und mit dem Segen von Wenigen. Holt die Schuldigen aus der Macht, zur Ehre der Toten, zur Rettung der Lebendigen.

Soviel zur Thema: die öffentliche Lüge vom Krieg.

Wo eine Gesellschaft sich dermaßen um Realitäten herumlügt, bzw. sich herumlügen läßt, da wird sie im Laufe der Zeit zwangsläufig unglaubig werden.

Zweitens: weil öffentlich verdummt wird, weiß unsere Gesellschaft auf die Realität Krieg keine angemessene Antwort mehr. Was heißt aber öffentliche Verdummung?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-150

Ich kann hier nur andeuten, was überall im Bundesgebiet auf breitester Ebene stattfindet.

In Kriegsdingen den Menschen öffentlich verdummen, heißt, ihm sagen, daß im Atomkrieg jeder eine Chance hat zu überleben. Richtig muß es heißen: Die Waffen, die produziert werden, werden produziert zum Zwecke der Massenvernichtung. Hätte jeder eine Chance zu überleben, dann würden die Waffen nichts taugen; dann würde die Kalkulation der Generale nichts taugen.

In Kriegsdingen öffentlich verdummen, heißt, Leuten bunte Postwurfsendungen in den Briefkasten werfen, auf denen Hinweise gegeben werden zur Bevorratung der Haushalte, denn, so heißt es auf den bunten Zettelchen, sehr leicht kann Krieg und Katastrophe die Versorgung des Menschen stören. Richtig muß es heißen: Diejenigen, die Macht haben, solche Postwurfsendungen zu bezahlen und zu verteilen, haben auch die Macht, Kriege und Katastrophen zu verhindern. Um diese Macht auszuüben, haben wir diese Leute gewählt. Sollten die Machthabenden sich indessen als ohnmächtig erachten insachen Krieg und Katastrophen, dann sollen sie verschwinden aus dem Bereich der Macht; dann haben wir falsch gewählt.

Öffentlich verdummen in der Kenntnis vom Krieg nenne ich es, wenn es in einer Gesellschaft zugelassen wird, daß ungefähr zwanzig Millionen Landserhefte pro Jahr ausgedruckt und verkauft werden. Ich habe etliche Hefte gelesen. Mir fehlt die Zeit, zu zitieren. Ich behaupte aus Kenntnis: Diese Hefte verherrlichen den Krieg als eine Form der männlichen Selbstverwirklichung.

Dabei fällt übrigens etwas auf: Mord vom Maschinengewehr aus als einen männlichen Sport beschreiben und diese Meinung in Traditionsgruppen pflegen, das ist bei uns erlaubt. Die Verkettung der Massen an wenige Mächtige als ein Unrecht und eine Gefahr beschreiben und diese Meinung in Gruppen pflegen, das ist bei uns verboten.

Öffentlich in Kriegsdingen den Dummen spielen, nenne ich es, wenn verantwortlicherseits so getan wird, als seien Wildwestfilme der üblichen Machart uninteressant insachen Vorbereitung und Massenein-Übung auf Kriegsabenteuer. Will man denn nicht sehen, daß die Uraltmoral gegebenfalls sehr schnell und sehr real nutzbar gemacht werden kann in einer passenden Umwelt, zum Beispiel in einer GOLD-WATER-Umwelt?

Diese Filme, zusammen mit den - gezählt - 737 Kriegsfilmen der letzten zehn Jahre, machen in der Bundesrepublik das Gros der gezeigten Filme aus. Ihre unmenschliche Tendenz prägt, wenn noch nicht das Bewußtsein, dann das Unterbewußtsein der Mehrzahl der Bundesbürger. Wer das leugnet, betreibt planmäßig oder fahrlässig die bundesdeutsche Verdummung und damit die Herstellung einer willkürlich handhabbaren Haß- und Aggressionsbereitschaft.

Öffentlich verdummen, freilich auf verhältnismäßig feine Weise, nenne ich schließlich das, was neuerdings auch in den intelligenteren Presseerzeugnissen betrieben wird. Ich denke an Texte, in denen bestimmte menschliche Hoffnungen, witzig verpackt, einem wegwerfenden Gelächter preisgegeben werden. Ich greife einen typischen Fall heraus:

-10-

Institut für Zeitgeschichte. Archiv

Der amerikanische Bomberpilot Eatherley gelt jahrelang bestimmten Leuten als ein tragisches Zeugnis für ein überaus empfindliches menschliches Gewissen. Da nun ein derartiges Gewissen z.Zt. überall knapp ist, gab es ein verständliches Bedürfnis, auf diesen Mann zu hoffen. Jetzt hat sich aber herausgestellt, daß dieser Pilot wahrscheinlich das, was wir sein Gewissen nannten, zu seinem privaten, neurotischen Vergnügen nur hochgespielt hat.

Mag das stimmen.

Dann aber finde ich, ist das kein Grund zur Freude. Freude und Hohn steckten aber in den Texten serioser Blätter, in denen ich über diesen Fall gelesen habe. - Freude und Hohn hierüber verbreiten, das nenne ich eine feinnervige Art der Verdummung. Richtiger wäre es doch in einem solchen Fall, klar die Enttäuschung beschreiben, darüber, daß nun der einzige Zeuge für ein insachen Hiroshima noch irgendwie moralisch intaktes Amerika nun wertlos geworden ist. Wieviel menschliche Selbstmißachtung kommt zum Vorschein, wenn Vergnügen ausbricht, wo ein wichtiger Zeuge im Kampf gegen Massenvernichtung sich als ein Kranker oder gar als ein Lügner erweist. Wen verspottet denn dieser Spott, wenn nicht die Hoffnung des Menschen auf bessere Zeiten?

Soviel zum zweiten Punkt: Verdummung insachen Krieg.

So wird also gelogen über den Krieg.

So wird verdummt bis zur zynischen Selbstmißachtung.

Die Mechanismen und die Machtträger der Lüge - und die Mechanismen und die Machtträger der Verdummung müssen bekämpft werden, wenn Krieg und Kriegsvorbereitungen bekämpft werden sollen.

Drittens muß jetzt gesprochen werden von Herkunft und Wirkung der Gewalt und der Angst in unserer Gesellschaft.

Ich behaupte: Gewalt und Angst beherrschen bis unter die Haut des Einzelnen die ganze Gesellschaft. Die meisten Gesten sind von unerhörter Ohnmächtigkeit und Ratlosigkeit; die meisten Gesichter von einer tiefen Resignation und Selbstmißachtung, oft schon bei jungen Leuten von Zynismus gezeichnet. Eine gespenstische Herrschaft der Klischees wird beobachtet, ob nun gelacht, geweint, geliebt oder gestorben wird. Kaum noch irgendwo Ahnung, was Leben und Lebendigkeit unter Menschen tatsächlich sein könnten; nirgendwo Stolz und Freude und Kühnheit; nirgendwo gelassenes und unverlogenes Vergnügen an Bauch, Kopf und Händen! Alle Spielarten der Aggression kommen vor, kreischende Ödnis, massenhaft Kopflosigkeit, - die miserable Physiognomie einer verdorbenen Gesellschaft.

Wer die brillant glänzende Oberfläche für das ganze nimmt, übersieht das Grundsätzliche: Den unmenschlichen, aus Angst und Gewalt kommenden und in Angst und Gewalt auslaufenden Kampf aller gegen alle hinter jeder Fassade, hinter fast jedem Auge.

Und wieso das? Woher dieser Mißstand? Wer erzeugt diese hochkomplizierte glänzende Verelendung der Massen?

-11-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-151

Dieser gemeine Zustand kommt aus einem System der Angst und der Gewalt, nach welchem unsere Wirtschaft - also die Basisereignisse in unserer Gesellschaft, funktionieren.

Von was für einer Angst ist die Rede?

Von welcher Gewalt?

Ich rede von der nach hiesigen Wirtschaftsgesetzen legalisierten - und nach der kirchlichen Privateigentumslehre sanktionierten! - Gewalt, nach der der Stärkere Recht hat.

Und ich rede von der überall vorherrschenden Angst, dem Nebenmann zu unterliegen, - auf der Autobahn, am Arbeitsplatz, im Bett. Lesen Sie Werbetexte. Diese Texte leben von versteckten Drohungen und kaum noch verheimlichten Ängsten des Menschen.

Was hat das alles aber mit Krieg zu tun, mag jetzt jemand fragen. Meine Damen und Herren, der herkömmliche Krieg einerseits und unser Wirtschaftssystem andererseits haben das wichtigste Gesetz gemeinsam. Gemeinsam ist den Kriegsvorgängen wie den hiesigen Wirtschaftsvorgängen ein ganz bestimmtes, primitives Grundgesetz praktischen Verhaltens. Das primitive Grundgesetz des Krieges wie das primitive Grundgesetz unserer Wirtschaft heißt: DER STÄRKERE HAT RECHT.

Ist das so gefährlich?

Ja.

Denn das ist ein den Menschen in Primitivzuständen zurückzwingendes Gesetz aus der Welt der Vorfahren, aus der Welt der Affen und Wölfe. Ein Gesetz aus uralten Tagen ist das, ein Gesetz aus der Zeit, als die Natur noch mehr galt als die vom Menschen begriffene und also veränderte Welt. Ein Gesetz ist das, das die vernünftigen Chancen des Menschen leugnet und zerstört, das jeden vernünftigen Menschen in seinem Selbstbewußtsein beleidigen muß. Denn aus der Zeit, in der ein Affe aus Prestigegründen seinem Nebenmann zeigen mußte, wieviel Kollegen er schon das Fressen weggebissen hat, aus dieser Phase sind wir Menschen unserer Möglichkeit nach längst raus. Davon allerdings scheinen die, die uns unser Wirtschaftssystem eingerichtet haben, bisher kaum etwas gehört zu haben. Wider alle besseren Möglichkeiten des Menschen haben sie ein Wirtschaftssystem beibehalten, das uns wie Wölfe, wie hastige Affen hantieren heißt von morgens bis abends.

Wer sich unter dieses Gesetz nicht beugen will, wer sich nicht zurückzwingen lassen will in unmoralische Verhaltensweisen, der geht hier bei uns über kurz oder lang vor die Hunde. Er wird weggebissen werden vom stärkeren Männchen in der Herde.

Wer aber dem Gesetz, der Stärkere hat Recht, leben will, der muß bereit sein - und das scheint mir sehr bedeutungsvoll und wichtig - der muß bereit sein, täglich seine eigentlich menschlichen Möglichkeiten zu verleugnen und zu knebeln.

Nun ist es aber so, meine Damen und Herren:

Jeder Mensch, auch der blödeste, hat eine eigenartig hartnäckige Ahnung von sich, - von dem, was das sein könnte und eines Tages auch sein wird: ein Mensch. Jeder - ich mache diese Erfahrung, sooft

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

z.B. fremde Leute als Anhalter in meinem Auto sitzen, und wir Zeit haben zu reden und zu fragen, wies so geht und steht - jeder von uns, sage ich, hat irgendwo verschüttet noch eine Ahnung herumliegen von dem, was Schönheit ist und Freundlichkeit unter Menschen und Freiheit.

Wenn das aber so ist mit der Ahnung von dem, was der Mensch irgendwann mit allen anderen zusammen mal sein könnte, dann ergibt sich doch Folgendes hier bei uns:

Man zwingt den Menschen pausenlos von sich selbst weg, zwingt ihn mithilfe wirtschaftlicher Druckmittel weg von seinen schönen und vernünftigen Ahnungen, abwärts ins Tierische, zurück ins Hauen und Stechen und Beißen.

Und was folgt?

Man erzeugt in einem derart zurückgeworfenen Menschen einen gefährlichen Notwehrakt, eine tief sich einfressende Mißachtung gegenüber der großartigen eigenen Ahnung; man erzeugt die Selbstmißachtung des Menschen. Denn nur unter Absehung von seiner Hoffnung auf menschliche Zukunft und menschlichen Fortschritt kann er schließlich in die Wolfsmoral hier sich zurückfinden; kann er den Primitivgesetzen dieser Wirtschaft folgen und Eigentum sammeln wie der Bischof und der Kanzler es wünschen.

Hat man aber einmal mithilfe der wirtschaftlichen Zwänge die gründliche Selbstmißachtung der Massen erreicht, dann hat man diese lebendigen Massen auch schon bestens präpariert für den nächsten Krieg.

Denn wenn in einem nächsten Krieg irgendetwas Bedingung sein wird, dann die Selbstmißachtung der Massen.

So bereitet unser Wirtschaftsverhalten künftiges Kriegsverhalten unmittelbar vor. Und so kommt es, daß, wer den Krieg bekämpfen will, dieses Wirtschaftssystem bekämpfen muß.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-152

Internationale katholische
Friedensbewegung PAX CHRISTI

Büro für Deutschland

7800 Freiburg
Postfach 420

Horst Maurer
6000 Frankfurt-Schwanheim
Am Ruhestein 43 II
(Goldsteinsiedlung)

23. 8. 64

Sehr geehrte Herren,
durch die kürzliche Vortragereise einer Gruppe junger Franzosen mit einem Hinweis auf die "Atomgefahr in der Welt" bin ich auf Sie aufmerksam geworden. Als Nicht-Katholik hatte ich bisher von Ihren Bemühungen noch nichts erfahren, wäre aber sehr daran interessiert, hierüber Näheres zu hören. Dürfte ich Sie bitten, mir evtl. gelegentliche Rundschreiben oder Ähnliches Ihrer Organisation zukommen zu lassen?

Mit herzlichem Dank voraus und freundlichen Grüßen

Horst Maurer

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-153

ANTIKRIEGSTAG

22.8.64

30.8.64

Die zentrale hessische Veranstaltung zum Antikriegstag findet am Sonntag, den 30.8.1964, 10.30 Uhr (vormittags) im Zeil-Kino, Frankfurt/Main, Zeil 101, statt. Wir zeigen den Antikriegsfilm KIRMES von Wolfgang Staudte. Die Gedenkrede zum Antikriegstag hält der Schriftsteller CHRISTIAN GEISSLER. Wir mußten aus finanziellen Gründen darauf verzichten, eine größere Veranstaltung zu planen. Wir müssen aus den gleichen Gründen darauf verzichten, für die Matinee-Veranstaltung groß angelegt Reklame zu machen. Wir bitten deshalb alle Empfänger dieses Rundschreibens um Teilnahme und Werbung für die Veranstaltung in Kreise der Freunde und Bekannten. Eine Filmvorführung ist vielleicht besser als jede andere Veranstaltung geeignet, Außenstehende für die Kampagne für Abrüstung zu interessieren.
Kartenvorverkauf: Kino-Kasse Zeil-Kino; Pfarrer Herr, Frankfurt-Niederrad, A.Miersch-Str.4; Club Voltaire, Frankfurt, Kleine Hochstraße 5 (erst ab 17.00 Uhr); Geschäftsstelle Offenbach, Waldstr.99.

1.9.64

Am 1.9.1964 finden vielerlei Antikriegsveranstaltungen statt: organisiert durch die Gewerkschaften, durch Arbeitsgemeinschaften der Jugendverbände und durch örtliche Ausschüsse der Kampagne für Abrüstung. Unsere Anhänger sollten an all diesen Veranstaltungen teilnehmen und deutlich ihre Zugehörigkeit zur Kampagne für Abrüstung dokumentieren. Wir haben deshalb diesem Rundschreiben 2 Plakate mit Slogans zum Antikriegstag beigefügt, die durch Aufkleben auf Karton leicht in Transparente oder Trageschilder umgewandelt werden können.
Wir bitten um Ihre persönliche Initiative und hoffen, bei den Veranstaltungen zum 1. September die Slogans der Kampagne in größer Zahl vorzufinden.
Die beiden größten Veranstaltungen macht der DGB, und zwar:

1.9.1964 17.30 Uhr Kundgebung Römerberg Ffm.
Redner: Georg Leber

1.9.1964 19.30 Uhr Kundgebung im Kurfürstlichen Schloß Mainz
Redner: Waldemar Reuter

bitte wenden

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

EXTRABLATT

Ein Zeitungsflugblatt "Extrablatt 1. September" haben wir zentral für das ganze Bundesgebiet in einer Auflage von ca. 1 Million hergestellt. (Muster liegt bei).

Am 1. September sind viele Aktionen der örtlichen Ausschüsse, bei denen mit Tragschildern demonstrierende Atomwaffengegner das "Extrablatt" verteilen. (besonders vor Betrieben, in der Innenstadt und bei Veranstaltungen zum Antikriegstag).

Wir bitten, das "Extrablatt" auch durch kleine Privataktionen unter die Menschen zu bringen (100 Stück, portofreie Zusendung DM 4,-).

100 x Extrablatt DM 5,- Lin !

bedenken sie bitte

daß die Initiativen der Kampagne zum Antikriegstag große Summen Geld kosten. Alleine jedes dieser Rundschreiben mit sämtlichen Anlagen, Verpackungs- und Portokosten kostet fast DM 1,-. Wir stehen deshalb wieder kurz vor einer "Konkurserklärung" und sind dringend auf Ihre Spenden angewiesen. Diesen Aufruf richten wir nicht nur an unsere regelmäßigen Spender, sondern vor allen Dingen an jene Freunde, die auf eigenen Wunsch seit langer Zeit von uns sämtliches Material erhalten, aber niemals zur Finanzierung der Kampagne beitragen.

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
HESSISCHER AUSSCHUSS

605 Offenbach/Main 4
Postfach 648
Waldstraße 99

POSTSCHECKKONTO: 57648 Frankfurt/Main

Bitte, sofort absenden.

An die
Kampagne für Abrüstung
605 Offenbach
Postfach 648

Ich bitte um Lieferung von _____ Stück "Extrablatt 1. September" (Preis: 100 Stück DM 4,-, portofrei) und _____ Stück Plakate mit Slogans zum 1. September zur Lieferung an folgende Adresse:

Name Postleitzahl Ort

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

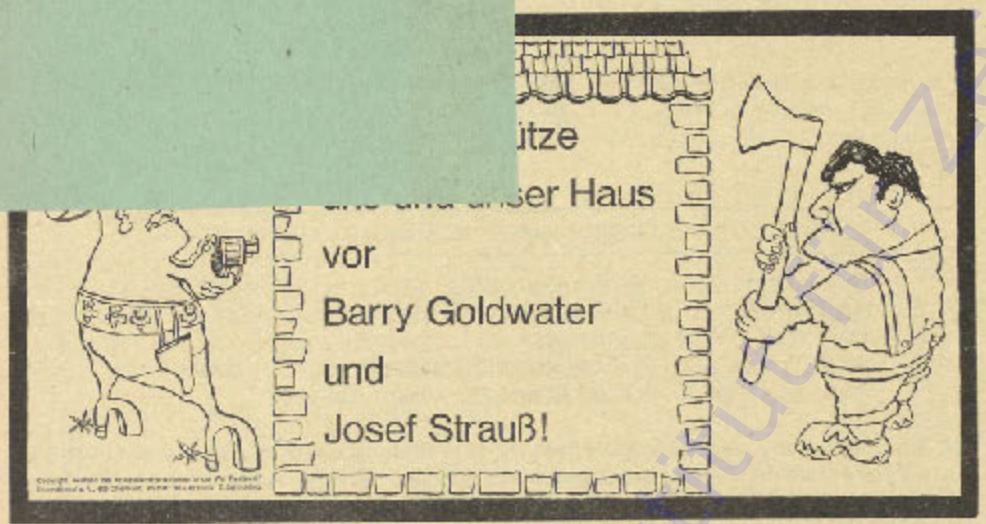
ED 718-23-154

Kampagne für Abrüstung und Parteien

In jüngster Zeit ist an die Kampagne für Abrüstung von verschiedenen Seiten die Frage nach ihrer Stellung zu den politischen Parteien herangetragen worden. Der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Abrüstung hat zu dieser Frage folgende Stellungnahme abgegeben:

...für Abrüstung haben sich Bürger unterschiedlicher Herkunft und ...politischer Auffassungen auf bestimmte ...inigt und zur Durchsetzung dieser For... ...brüstung hat sich zum Ziel gesetzt, die ...d Abrüstung zum Kriterium politischer ...mpagne identifiziert sich bei ihrer Tä... ...oder politischen Partei, sie wirbt nicht ...icht, ihnen Mitglieder abzuwerben oder ...ufgabe darin, im vorparlamentarischen ...mitzuwirken. Sie hat nicht die Absicht, ...bilden; der Kampagne geht es darum, ...er Bundesrepublik möglichst umfassend ...nssicherung zu bewegen, die nur durch ...n kann.

...Dokumentation der eigenen politischen ...gen an die Geschäftsstelle, 6050 Offen...



OSTERMARSCH 65 - Kampagne für Abrüstung, wird herausgegeben vom Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach (Main), Waldstraße 99, Postfach 648, Postscheckkonto Nr. 57848, Frankfurt/Main. Verantwortlich: Klaus Vack, Offenbach/M., Waldstr. 99 - Druck: HOSCH GmbH., Offenb

OSTERMARSCH 65
Kampagne für Abrüstung

5.11.64

NOVEMBER

ZUR PETITION AN DEN DEUTSCHEN BUNDESTAG — von Klaus Vack

Die von der Kampagne für Abrüstung gestartete Petition an den Deutschen Bundestag enthält folgende Forderungen: Einrichtung einer Abrüstungsbehörde in Bonn; Verzicht der Bundesrepublik auf multilaterale Atommacht; Initiativen für ein atomwaffenfreies Mitteleuropa.

Für diese Forderungen sind bereits bei den Veranstaltungen des Ostermarsches 1964 100 000 Bürger der Bundesrepublik eingetreten. Inzwischen haben sich Zehntausende von Unterzeichnern angeschlossen. Prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Professor Hellmut Gollwitzer, Dr. Robert Jungk, Rolf Hochhuth und Dr. Harry Pross unterstützen diese Aktion der Kampagne für Abrüstung durch einen Aufruf an die Bevölkerung der Bundesrepublik, der die Bitte enthält, die Petition mit zu unterzeichnen.

Seit Ostern 1964 hat sich bei der Unterschriftensammlung für die Petition in Hessen und auch anderorts in der Bundesrepublik einiges getan. Doch auch die Bundesregierung, auf die wir mit der Petition über den Deutschen Bundestag einwirken wollen, ist - allerdings im anderen Sinne - sehr rührig. Die Bestrebungen, über die multilaterale Atommacht (MLF) Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erhalten, werden seitens der Bundesregierung und besonders auch seitens einiger CDU-CSU-Bundestagsabgeordneter immer massiver.

Wir haben immer erklärt, daß wir mit der Kampagne für Abrüstung nicht in einer Protestbewegung steckenbleiben wollen. Unser Ziel ist es, spürbaren politischen Druck auf alle jene auszuüben, die sich besonders in unserem Lande noch immer den weltweiten Entspannungsbemühungen entgegenstellen.

Sicher hat die Kampagne für Abrüstung nicht die Kraft, das Steuer der falschen Politik, wie sie auch von der Regierung Erhard in Bonn weiter betrieben wird, herumzureißen. Wir sollten aber unseren Einfluß, den wir inzwischen auf verschiedene, politisch relevante Gruppen in Deutschland ausüben, nicht unterschätzen. Eine Petition mit so konkreten Forderungen, unterstützt von ungezählten Unterschriften, dürfte die Stellung der Kampagne für Abrüstung und ihrer politischen Ziele spürbar festigen.

Ebenso bedeutend müssen wir die Wirkung der Kampagne auf all jene einschätzen, die wir zur Unterschriftenleistung gewinnen können. Viele von uns, die von Haus zu Haus gingen - und dabei immer guten Erfolg hatten - mußten erstaunt feststellen, wieviele Menschen es gibt, die zwar schon viel über die Ostermärsche gehört haben, aber nichts genaues über unsere konkrete, politische Zielsetzung wußten. Wir haben vor wenigen Jahren mit den Ostermärschen begonnen, um dem Protest gegen das wahnwitzige atomare Wettrüsten durch unkonventionelle

Fortsetzung nächste Seite

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

MULTILATERALE ATOMSTREITMACHT BEDEUTET AUSBREITUNG VON ATOMWAFFEN!

von Dr. Arno Klönne
(Pressereferent im Zentralen Ausschuß der Kampagne)

Die Vorbereitung der Multilateralen Atomstreitmacht (MLF) ist mit den Gesprächen, die der NATO-Botschafter der Bundesrepublik, Wilhelm Grewe, in Washington führte, in ein entscheidendes Stadium getreten: noch im Dezember dieses Jahres soll ein Vertrag über die MLF in den USA und in der Bundesrepublik unterzeichnet werden.

Die Verhandlungen Grewes in Washington sind ein Zeichen dafür, daß die Bundesregierung in Bonn den massiven Versuch macht, westdeutsche Mitverfügung über nukleare Waffen noch unter Dach und Fach zu bringen, bevor US-Präsident Johnson nach seiner wahrscheinlichen Wiederwahl die Entspannungspolitik erneut in Gang bringen kann. Der angeblich "multilaterale" Charakter der geplanten neuen Atommacht ist eine Irreführung der Weltöffentlichkeit, die sich wegen eines deutschen Griffs nach Atomwaffen besorgt zeigt. Bezeichnend hierfür ist, daß während der Verhandlungen Grewes in der Bundesrepublik Pressemeldungen auftauchten, wonach anstelle der geplanten "multilateralen" eine "bilaterale" Atomstreitmacht treten soll, d.h. praktisch: die Beteiligung der Bundesrepublik am Atomwaffenpotential der USA. Wenn diese Version auch von amerikanischer Seite zurückgewiesen wurde, so bleibt doch Tatsache, daß nur die Bundesrepublik nach der MLF drängt, - daß nur die Bundesrepublik im Dezember als europäischer Vertragsteilnehmer in Frage kommt - und daß außer der Bundesrepublik zur Zeit ein Interesse an der MLF lediglich (und ausgerechnet) die Türkei und Griechenland zeigen. Wohin die Reise mit der MLF gehen soll, das zeigt eine Äußerung des Verteidigungsministers der Bundesrepublik. Von Hassel erklärte, bei der MLF sei es Ziel der Bundesrepublik, daß "der Einsatzbefehl nicht durch das Veto eines einzelnen, finanziell schwachen Staates aufgehalten werden könnte." Weiterhin haben maßgebliche Außenpolitiker der CDU/CSU offen erklärt, daß sie den Abbau des amerikanischen Vetos beim Atomwaffeneinsatz in der MLF anstreben.

US-Präsident Johnson hat in diesen Wochen wieder gesagt, jede Weiterverbreitung von Atomwaffen gefährde den Frieden. Käme die MLF zustande, dann wäre das die kaum verhüllte Weitergabe von Atomwaffen an die Bundesrepublik. Der Weg zu weiteren Abrüstungsvereinbarungen wäre dann versperrt; das Risiko eines nuklearen Konfliktes wäre verschärft. US-Präsident Johnson sieht sich zur Zeit dem doppelten Druck der Goldwater-Gruppe im eigenen Lande und der westdeutschen Außenpolitiker ausgesetzt, das Projekt der MLF - offenbar gegen eigene bessere Einsicht - voranzutreiben. Jeder Protest gegen die MLF, gerade in der Bundesrepublik, ist deshalb ein notwendiger Beitrag zur Fortsetzung der von Kennedy begonnenen Strategie des Friedens.

Fortsetzung von Seite 1

und demokratische Formen Ausdruck zu verleihen. Beim Aufbau dieser neuen Bewegung in Deutschland sind wir ein Stück vorangekommen, doch unsere politischen Vorstellungen konnten wir noch nicht verwirklichen.

Deshalb müssen wir die gestellte Aufgabe weiterhin konsequent verfolgen. Die Unterschriftensammlung der Petition, für die jeder Einzelne arbeiten kann, wird in den kommenden Monaten im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen. Alle sind aufgerufen, mitzuhelfen.

INTERNATIONALE KAMPAGNE GEGEN DIE MLF

Auf der letzten Sitzung des Executiv-Komitees der Internationalen Konföde[ration] für Abrüstung und Frieden, der auch die Kampagne für Abrüstung in Deu[tschland] angehört, ist eine Zusammenarbeit der Abrüstungsorganisationen a[us] Italien und der Bundesrepublik vereinbart worden, um der Ausbreitung von Atomwaffen, wie sie durch die Bildung der MLF angestrebt wird, wirksam entgegentreten zu können. In der Auseinandersetzung um die MLF spielt gerade die Haltung dieser drei Länder eine entscheidende Rolle, da Frankreich, Norwegen, Dänemark und die Benelux-Staaten die MLF ohnehin weitgehend ablehnen.

Auf der Sitzung wurde beschlossen, bereits für Dezember 1964 eine internationale Konferenz nach Rom einzuberufen. Sie wird sich paralell zur NATO-Tagung in Paris mit der Verhinderung der weiteren Verbreitung von Atomwaffen beschäftigen und gleichzeitig den Auftakt für die Kampagne gegen die MLF in Italien geben. Nach den bisherigen Vorbesprechungen ist eine starke Unterstützung dieser Kampagne durch die verschiedensten politischen Richtungen in Italien zu rechnen.

Bestellungen an die Geschäftsstelle, 605 Offenbach (Main) 1, Postfach 648 - Preis: DM 2.90

VERTEIDIGUNGSAUSSCHUSS FÜR ABRÜSTUNGSAMT

DER VERTEIDIGUNGSAUSSCHUSS SPRACH SICH IN WESTBERLIN GRUNDSÄTZLICH DAFÜR AUS, EIN ABRÜSTUNGSAMT ZU SCHAFFEN. ER VERTRAT DIE AUFFASSUNG, DASS ER SICH NICHT ZU ÄUSSERN HABE, WIE UND IN WELCHEM MINISTERIUM EIN DERARTIGES AMT GESCHAFFEN WERDEN KÖNNTE. (dpa 8.10.1964)

Die Kampagne für Abrüstung fordert die Errichtung einer Abrüstungsbehörde in ihrer Petition an den Deutschen Bundestag; sie begrüßt es, daß nun auch der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages diese Forderung diskutiert und grundsätzlich bejaht hat.

Die Kampagne für Abrüstung ist der Auffassung, eine Abrüstungsbehörde in Bonn sollte möglichst bald und personell und politisch so konstituiert werden, daß endlich auch von Vertretern der Bundesrepublik ein konstruktiver Beitrag zur internationalen Abrüstungspolitik geleistet wird.

Institut für Zeitgeschichte München

ED718 - 23 - 155

Soziale Aufrüstung durch militärische Abrüstung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-156

Europa Lebensgemeinschaft nicht Atomwaffengemeinschaft

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-157

extrablatt

1. SEPTEMBER

Ein dritter Weltkrieg?

Unsere einzige Chance: Frieden

Entspannung Abrüstung

1964 ist ein Jahr der Erinnerungen an die finstersten Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte: 50 Jahre sind seit 1914, 25 Jahre seit 1939 vergangen. Von deutschem Boden sind zwei Weltkriege ausgegangen, die für Freund und Feind, für Soldaten wie Zivilisten Verluste, Verbrechen und Zerstörungen mit sich brachten, wie sie die Welt bis dahin nicht gekannt hat. Das alles scheint weit zurückzuliegen. Wer erinnert sich heute noch an Stalingrad, an Auschwitz, an Hiroshima — oder an die zerstörten deutschen Städte 1945? Aber in Wahrheit sind 1914 und 1939 so weit nicht, wie wir gern glauben möchten. Das Risiko des dritten Weltkrieges, des atomaren Weltkrieges, besteht nach wie vor. Gerade Europa steckt heute voll von Rüstung und Waffen, gegen die alle Kriegsmittel des zweiten Weltkrieges wie ein Kinderspielzeug erscheinen. Ein Funke genügt, um dieses Pulverfaß in die Luft zu sprengen und den dritten Weltkrieg auszulösen. Und diesmal bliebe von den Deutschen und von Deutschland nichts mehr übrig.

Wenn die Erinnerung an 1914 und 1939 einen Sinn haben soll, dann muß es dieser sein: Wir müssen fragen, was haben wir Deutschen aus den Katastrophen zweier Weltkriege für unsere Politik heute gelernt — oder was müssen wir noch lernen? Es gibt in der Welt draußen heute viele Versuche, Kriegsrisiko abzubauen, Verständigung herzustellen, gemeinsame Wege zur Friedenssicherung quer durch die Staaten und Weltanschauungen zu finden. Das Moskauer Abkommen über das Verbot von Atomwaffentests, die Kürzung der Rüstungsetats und die Einschränkung der Uranproduktion in den USA und der Sowjetunion sind Zeichen hierfür. In der Bundesrepublik aber gehen die Uhren offenbar anders. Während in West und Ost Politiker neue Wege suchen, um den Kriegsfall zu verhindern, sind unsere Politiker in Bonn dabei, durch Notstandsgesetze und Beteiligung der Bundesrepublik an atomarer Bewaffnung (= Multilaterale Atommacht) unsere politische und militärische Verfassung so umzuwandeln, daß sie vorzüglich für den atomaren Kriegsfall taugt.

In West und Ost wächst neues Mißtrauen gegenüber Deutschland, wächst die Furcht vor einer atomar gerüsteten neuen deutschen Machtpolitik. Der Rüstungsehrgeiz der Bundesrepublik, ihr Drang nach Atomwaffen versperrt jeden Weg zu einer friedlichen Lösung der deutschen Frage und verhindert Sicherungen gegen das atomare Kriegsrisiko, wie sie Ost und West wünschen. In Genf könnten Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen geschlossen werden, wenn die Forderung Bonns nach multilateraler Atombewaffnung nicht im Wege stünde! Für Deutschland und die Welt wäre es besser, wenn unsere Politiker ein für allemal darauf verzichten würden, sich die Mitverfügung über Atomwaffen und der Bevölkerung die Notstandsgesetze zu bescheren.

Wir Bürger können in dieser Sache etwas tun. Wir können unseren politischen Vertretern klarmachen, welche Politik wir wünschen: eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung. In dieser Zeitung legen bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik einen Vorschlag vor, wie eine solche Politik aussehen kann. Hunderttausend Bürger der Bundesrepublik sind bei den Veranstaltungen des Ostermarsches der Atomwaffengegner bereits für diese Politik eingetreten. Prüfen Sie bitte unsere Vorschläge. Mitarbeiter der Kampagne für Abrüstung kommen in den nächsten Tagen und Wochen zu Ihnen mit der Frage, ob Sie die Petition an den Deutschen Bundestag mitunterzeichnen wollen. Bedenken Sie bitte: Krieg entsteht nicht von selbst, er wird von Menschen gemacht. Menschen haben auch die Macht, den Krieg unmöglich zu machen.

Prominente Bürger fordern einen deutschen Beitrag zur Abrüstung

Günter Eich, Berthold Kiekebusch, Kirchenpräsident D. D. Martin Niemöller, Dr. Fritz Raddatz, Gerhard Zwerenz, Herbert Faller, Dolf Segall, Günther Schwarz, Ilse Aichinger, Rolf Hochhuth, Dr. Harry Pross, Prof. D. Helmut Gollwitzer, Pfarrer Horst Symanowski, Dr. Robert Jungk, Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Prof. Dr. Heinz Joachim Heydorn, Max von der Grün, Oberkirchenrat D. Heinz Kloppenburg, Hinrich Oetjen und Philip Pleß

gaben folgende Erklärung ab:

In diesem Jahr sind 50 Jahre seit Beginn des ersten und 25 Jahre seit Beginn des zweiten Weltkrieges vergangen. Jetzt wartet die Welt auf einen deutschen Beitrag zur Abrüstung. Die Petition an den Deutschen Bundestag zeigt einen Weg hierzu. Wir bitten die Bürger der Bundesrepublik, mit uns die Petition zu unterstützen.

1 Multilaterale Atommacht?

Der Plan zur Schaffung einer multilateralen Atommacht (MLF) hat im In- und Ausland ein leidenschaftliches Für und Wider ausgelöst. Worum geht es bei der multilateralen Atommacht?

Zunächst einmal muß man feststellen, daß eine multilaterale Atommacht der NATO das Risiko eines nuklearen Konfliktes vergrößern würde. Sie widerspricht auch der weltweiten Forderung, jede Ausweitung nuklearer Atombewaffnung zu verhindern. Die Gründung einer vierten NATO-Atomstreitmacht würde dem guten Geist widersprechen, mit dem das Moskauer Teststoppabkommen unterschrieben wurde. Die Verbreitung von Atomwaffen stellt ein Hindernis für Verhandlungen mit der Sowjetunion dar.

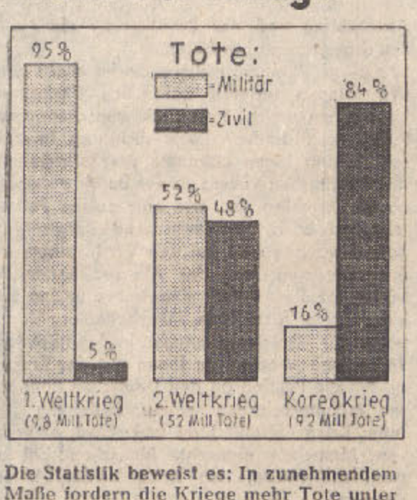
Mit dem gleichen Argument lehnten der britische Labourführer Wilson und der belgische Außenminister Spaak die MLF scharf ab. Übrigens sprach sich sogar die letzte beratende Versammlung der WEU (Westeuropäische Union) gegen das Projekt MLF aus. Sie bezeichnete es als „verschwenderisch und unnötig".

Hinzu kommt: Kein Partner kann aus dieser der NATO zugeteilten Atomstreitmacht MLF ohne Zustimmung aller anderen wieder heraus. Damit wird ein fast unüberwindliches Hindernis für atomwaffenfreie Zonen, für die Abrüstung und für die Lösung der Deutschlandfrage geschaffen. Die MLF könnte zu einer Zementierung der Spaltung auf unabsehbare Zeit führen.

Bundesverteidigungsminister von Hassel hat auf der NATO-Konferenz in Ottawa gesagt: „Sobald sichtbar wird, daß die multilaterale Streitmacht tatsächlich ein militärisches Instrument wird, muß es möglich sein, den amerikanischen Partner vom Veto abzubringen und den Mehrheitsbeschluß für die politisch-militärische Nutzung dieser Streitmacht herbeizuführen." Aus diesen Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Bundesregierung die MLF nur dazu benutzen will, um sich die Verfügungsgewalt über atomare Waffen zu sichern.

Nun hat der stellvertretende SPD-Vorsitzende Erler die Zustimmung seiner Fraktion zur MLF mit dem Argument begründet, die multilaterale Atommacht sei die Alternative zur nationalen Atommacht. Vor Jahren forderte die SPD noch die militärisch verdünnte Zone in Deutschland und das Verbot, Atomwaffen in Deutschland zu stationieren. Auch heute stimmt sie der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik nicht zu. Die multilaterale stellt aber niemals eine Alternative zur nationalen Atommacht dar. Eine wirkliche Alternative ist der Verzicht auf Atomwaffen. Es kommt nicht auf die Form der Atombewaffnung an, sondern auf ein klares Ja oder Nein zur Bombe. Man kann nicht gleichzeitig gegen die Atombewaffnung sein und die multilaterale Atommacht fordern.

Bilanz der Kriege



Die Statistik beweist es: In zunehmendem Maße fordern die Kriege mehr Tote unter den Zivilisten als unter den Soldaten

(Die Zeit)

Petition an den Deutschen Bundestag

1

Die Voraussetzung für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West ist, daß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden wird. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.

2

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.

3

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.

Zu dieser Petition ruft die Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner auf. Mit ihrer Unterzeichnung entsteht jedoch keine Verpflichtung oder Bindung gegenüber der Kampagne. Die Namen von Unterzeichnern dieser Petition werden von der Kampagne nicht veröffentlicht.

Diese Petition darf jeder Bürger der Bundesrepublik nur einmal unterezeichnen. Die abgeschlossenen Listen senden Sie bitte an Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Str. 5.

Name Vorname Leitzahl, Ort, Straße Unterschrift

1. .....
2. .....
3. .....

Bitte ausschneiden

2 Atomwaffenfreie Zone!

Um Sicherheit, um ein größtmöglichstes Maß von wirklicher Sicherheit, muß es uns gehen. Wie kann man die erreichen?

Die Amerikaner und die Russen haben genügend strategische Atomwaffen, um sich gegenseitig in Schach zu halten. Das ist bekannt.

In Mitteleuropa aber, links und rechts der Scheidelinie, hier, wo die gefährlichste Reibungsfläche der beiden Weltmächte gegeben ist, sind atomare und auch allgemein konventionelle Machtkonzentrationen der lebensgefährlichste Zündstoff. Jede, nur einigermaßen heiße Auseinandersetzung, etwa zwischen der Bundesrepublik und DDR, kann ihn zur Explosion bringen. „Seit langem ist man sich darüber einig, daß man das Ausbreiten eines Weltbrandes oder die Gefahren einer Explosion am besten durch Schaffung eines großen Zwischenraumes, einer Schneise vermindert. Es dürfte klug sein, diese Erkenntnis auch unverzüglich auf die internationale Sphäre zu übertragen", sagte unlängst der englische Militärfachmann Liddell Hart.

Aber ist zu realisieren, was Liddell Hart vorschlägt? Wie wäre das zu machen?

Vorschläge und Pläne hierzu wurden von westlichen und östlichen Politikern ausgearbeitet. Am meisten wurde der Plan des polnischen Außenministers Adam Rapacki diskutiert. Er schlägt vor: 800 km Ost (Polen, DDR und Tschechoslowakei) und 300 km West (Bundesrepublik) werden atomwaffenfrei gemacht.

Das wäre ein Schritt zur beiderseitigen Sicherheit.

Wenn das unter internationaler Kontrolle geschafft ist, sollen in einem zweiten Schritt, gleichfalls unter strenger Kontrolle, die konventionellen Streitkräfte gleichmäßig verringert werden, so daß auch mit ihnen kein Angriff mehr möglich ist.

Ein vernünftiger Vorschlag also. Sollte man darüber nicht verhandeln?

Der Plan liegt schon seit Jahren auf dem Tisch.

Aber wer wehrt sich gegen solche Verhandlungen? Bonn und immer wieder: Bonn. Da setzt man weiter nur auf die atomare Karte. Zur Zeit auf eine sogenannte multilaterale Atommachtkarte, um endlich auch einen deutschen Finger auf den gefährlichsten aller Druckknöpfe zu bekommen.

Wem es aber tatsächlich um Sicherheit für Deutschland geht, der muß dem gegebenen Zustand und diesen, die Spannung und die Gefahren erhöhenden Versuchen wirkungsvoll begegnen.

Die deutsche „Kampagne für Abrüstung" setzt sich mit Nachdruck für eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone in Mitteleuropa ein; denn eine solche Lösung bringt wirkliche Sicherheit und politische Entspannung.

Und beide brauchen wir in Deutschland. In ganz Deutschland. Damit wir unsere Probleme mit politischen Mitteln ohne Kriegsgefahr lösen können.

3 Abrüstungsbehörde!

Wer Abrüstung will, muß ihre Bedingungen erforschen. Selbst wenn die Bundesregierung einsichtslos weise des guten Glaubens ist, die Sicherheit der Bundesrepublik sei nur durch Aufrüstung einschließlich atomarer Bewaffnung gewährleistet, kann sie – sofern sie verantwortet, was sie tut – die Alternative zu ihrer Politik nicht ungeprüft lassen, die Möglichkeit nämlich, Sicherheit durch Entspannung und Abrüstung herbeizuführen. Diese Prüfung kann nicht mit dem kleinen Finger der rechten Hand, gesteuert durch antikommunistische Vorurteile, restaurative Ressentiments und wirtschaftliche Interessen, erfolgen.

Die im Zusammenhang mit Entspannung und Abrüstung vorhandenen Probleme sind so umfangreich und zahlreich, daß sie an drei Schreibtischen, die es immerhin für Abrüstungsfragen im Bundesaußenamt gibt, nicht einmal registriert, geschweige denn bearbeitet werden können. (In den USA waren bereits 1961 mehr als hundert amtliche und private Institute mit der Bearbeitung von Abrüstungsfragen beschäftigt. Das Abrüstungsamt der amerikanischen Regierung, untergebracht im Gebäude des State Department in Washington, hat vier große Abteilungen: Waffenentwicklung und Kontrolle, Wissenschaft und Technik, Wirtschaft, internationale Beziehungen; sie veranlassen, unterstützen und koordinieren die Arbeiten von Militärs, Wissenschaftlern, Instituten, Firmen, über die zu lösenden Probleme der Abrüstung. Ihre Berichte gehen direkt an den Präsidenten der USA.)

Die Regierung der USA ist gewiß nicht dümmer als die der Bundesrepublik. Sie gebraucht bereits ein Abrüstungsamt – und Bonn braucht es dringend. Allein, damit die Bundesregierung zu den Vorschlägen anderer Regierungen für die Herbeiführung von Entspannung und Abrüstung sachlich fundiert Stellung nehmen kann – außerdem und noch dringender, um selbst in die Lage zu kommen, endlich qualifizierte Vorstellungen für einen deutschen Beitrag zur Entspannung in der Welt zu entwickeln.

Unmittelbar mit den politischen Problemen verquickt sind die wirtschaftlichen Folgen der Abrüstung. Wie werden die Arbeitskräfte der Rüstungsindustrie in anderen Wirtschaftszweigen untergebracht, und das durch Verminderung der Streitkräfte freiwerdende Militärpersonal in die Produktion eingefügt? Wie wird die Kapazität der Rüstungsindustrie für den zivilen Sektor nutzbar gemacht? Für welche Zwecke werden rund 20 Milliarden abgeschöpfter Kaufkraft, die jetzt für Rüstung und Unterhaltung der Bundeswehr eingesetzt werden, dann verwendet? (Für Vertreter der Entspannungs- und Abrüstungspolitik ergeben sich gute Perspektiven einer menschlichen Gesellschaft, in der keiner mehr zu hungern braucht und sterben muß, nur weil er arm ist.) Das sind Fragen, deren Kompliziertheit begreift, wer angefangen hat, sich damit zu befassen. Wer tut das in der Bundesrepublik? Die Bundesregierung nicht.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt (SPD), ist darum, wie wir, der Meinung: Die Regierung der Bundesrepublik muß eine Abrüstungsbehörde einrichten.

Dieses Extrablatt
zum 1. September
wurde herausgegeben
und verlegt
von Dr. Andreas Buro
8 München 55
Andreas-Voest-Straße 5
für die
Kampagne für Abrüstung —
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Verantwortlich für den Inhalt
Dr Arno Klönne, Bochum

Wenn Sie Näheres
über die Kampagne
wissen möchten,
wenden Sie sich bitte
an Dr. Buro
oder an die regionalen
Ausschüsse (siehe Seite 4)
Titelfoto: „Twen", Köln

Druck: Westdeutscher Verlag,
Dortmund

EP 718-23-157a

Schluß mit dem Wettrüsten!

GEWERKSCHAFTEN:

Der 6. Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes sagt im „Appell an alle, die guten Willens sind":

„... Gewalt als Mittel der Politik hat in der Welt nichts mehr zu suchen.

Die deutschen Gewerkschaften sind der Auffassung, daß der Weltfrieden nicht durch verstärkte militärische Rüstungen gesichert werden kann, sondern nur durch die ungehinderte Ausdehnung des sozialen Fortschritts und die ständige Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen in allen Ländern ...

Die Bundesregierung und der Bundestag haben die Verantwortung und die Verpflichtung, mit größter Aktivität und durch geeignete Maßnahmen für die Erhaltung des Friedens und für die Einstellung des Wettrüstens in der Welt einzutreten. Der Bundeskongreß erwartet von der Bundesregierung und den politischen Parteien der Bundesrepublik eigene Abrüstungsinitiativen und den Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Der Bundeskongreß wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Fortsetzung des Wettrüstens in Ost und West der zweigeteilten Welt ..."

JOHNSON:

Wir werden auch in Zukunft jeden Weg zum Frieden erproben. Wir werden beweglich bleiben. Schließlich stehen wir mit unseren Füßen ja nicht im Beton. Das sollten die Deutschen auch nicht tun.

Von Gromyko habe ich erst neulich einige hoffnungerweckende Bemerkungen gelesen.

Wenn es um den Frieden geht, werden wir den Russen auf halbem Wege entgegenkommen – und sogar mehr als auf halbem Wege, wenn es nötig ist. Als Kanzler Erhard hier war, sagte ich ihm: ‚Versetzen Sie sich mal in die Lage der Russen. Versuchen Sie, ihre Gefühle zu verstehen. Sie machen sich wegen der Deutschen Sorgen, und das ist verständlich. Die Russen haben Furcht.'

Ich bat Erhard, alles zu versuchen, um mit den Russen ein besseres Verhältnis zu bekommen und vor allem ihre Sorgen zu zerstreuen.

US-Präsident Johnson im „Quick-Interview"

BERTRAND RUSSELL:

Lord Russell, der auf dem Höhepunkt der Kuba-Krise vermittelnd zwischen den beiden Großmächten USA und Sowjetunion eingriff, schrieb der Kampagne für Abrüstung über deren Petition:

„Die Gefahr, daß Deutschland eigene Atomwaffen haben wird, macht alle Hoffnungen für Abrüstung und Frieden zunichte. Es wird kein Verstehen zwischen Ost und West erreicht werden können, wenn den Forderungen der Kampagne für Abrüstung durch den Deutschen Bundestag nicht entsprochen wird. Ich unterstütze mit aller Aufrichtigkeit die Anstrengungen der Kampagne."

THOMAS DEHLER:

Es gilt, die Atmosphäre zwischen Deutschland und Rußland zu entspannen, die Politiker der Sowjetunion zu überzeugen, daß uns jedweder Revanchismus und jedwede Aggression ferne liegt und daß wir bereit sind, für ein wiedervereinigtes Deutschland einen militärischen Status zu schaffen, der jede Gefahr eines neuen kriegerischen Konfliktes ausschließt. Wer glaubt, daß eine Regelung der deutschen Frage möglich ist unter Beibehaltung der augenblicklichen militärischen Bündnisse, verzichtet in Wirklichkeit auf eine reale Deutschlandpolitik.

Es ist eine der Erkenntnisse meiner Gespräche mit Chruschtschow und mit anderen sowjetrussischen Politikern, daß für sie die Frage der Sicherheit ihrer Westgrenze von entscheidender Bedeutung ist. Sie werden Mitteldeutschland militärisch nicht räumen, wenn dadurch eine Gefahrenlage entstehen könnte. Der deutschen Öffentlichkeit ist es auch viel zu wenig bewußt, daß den Sowjetpolitikern und dem gesamten russischen Volk die Schrecken des letzten Krieges – 20 Millionen Tote, 20 Millionen Obdachlose, verbrannte Erde, zerstörte Wirtschaft – noch vor Augen stehen und ihre Haltung dem deutschen Volk gegenüber bestimmen. Mit diesen Fakten muß die deutsche Politik in erster Linie rechnen. Verbrecherisch ist es, mit dem Gedanken der Atomwaffe in deutscher Hand zu spielen.

Bundestagsvizepräsident Dr. Dehler am 22. 4. 64 in „Das Freie Wort"

PAPST PAUL VI:

Um den Frieden unter den Menschen zur Herrschaft zu bringen — Sie kennen etwas davon — muß man es bisweilen verstehen, etwas von seinem Ansehen oder von seiner Überlegenheit zu opfern; man muß, um eines höheren Gutes willen, sich entschließen, Entfernungen zu überwinden, Gespräche einzuleiten und weiterführen, die unter gewissem Blickwinkel demütigend erscheinen können; man muß verhandeln, verhandeln ohne müde zu werden, um jene schlimmste Verdemütigung zu vermeiden, die gleichzeitig unter den gegenwärtigen Umständen die schlimmste Katastrophe wäre: „Den Griff nach den Waffen."

Papst Paul VI. (Weihnachtsansprache 1963 vor dem Diplomatischen Corps).

KENNEDY:

Ich spreche vom Frieden, weil der Krieg ein neues Gesicht trägt. Ein totaler Krieg ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem eine einzige Atomwaffe fast das Zehnfache an Sprengkraft aller Bomben aufweist, die von den gesamten alliierten Luftstreitkräften während des zweiten Weltkrieges abgeworfen wurden. Und er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem die bei einem Atomkrieg freigesetzten tödlichen Giftstoffe von Wind und Wasser und Boden und Saaten bis in die entferntesten Winkel des Erdballes getragen und sich selbst auf die noch ungeborenen Generationen auswirken würden ...

Lassen Sie uns zunächst unsere Haltung gegenüber dem Frieden selbst überprüfen. Zu viele von uns halten ihn für unmöglich. Zu viele von uns halten ihn für nicht zu verwirklichen. Aber das ist ein gefährlicher, defaitistischer Glaube. Er führt zu der Schlußfolgerung, daß der Krieg unvermeidlich ist, daß die Menschheit zum Untergang verurteilt ist, daß wir uns in der Gewalt von Kräften befinden, die wir nicht kontrollieren können.

Wir brauchen diese Ansicht nicht zu akzeptieren. Unsere Probleme sind von Menschen geschaffen, deshalb können sie auch von Menschen gelöst werden.

Aus: Friedensrede Präsident Kennedys an die Absolventen der American University in Washington am 10. 7. 1963.

WALTER DIRKS:

Der britische Oppositionsführer Harold Wilson bekräftigte, daß die Labour-Party strikt dagegen sei, daß Deutschland in irgendeiner Weise „den Finger am nuklearen Abzug" haben könnte. Eine Regelung der Ost-West-Probleme sei nicht mehr möglich, wenn die Bundesrepublik Atomwaffen erhalte. Die Sowjets könnten die zwanzig Millionen Toten des letzten Krieges nicht vergessen; das Ende der sowjetischen Koexistenzpolitik sei im gleichen Moment da, wo westdeutsche Atombewaffnung zugelassen werde. Wilson setzte sich ferner für den Rapacki-Plan – wie auch den Gaitskell-Plan – „als wertvolle Verhandlungsgrundlage für Ost-West-Gespräche" ein. dpa

LABOUR-PARTY:

Der prominente katholische Publizist Walter Dirks, selbst Unterzeichner der Petition der Kampagne für Abrüstung, schreibt in der Juni-Ausgabe der „Frankfurter Hefte":

Es sollte nicht mehr diffamierend sein, sich zu den Forderungen zu bekennen, die die Ostermarschierer vertreten und die nun in einer Eingabe an den Petitionsausschuß ihren Ausdruck gefunden haben.

LINUS PAULING:

Bei einem Atomkrieg zwischen Ost und West wird es nach Ansicht des amerikanischen Nobelpreisträgers Professor Linus Pauling in den USA und Europa keine Überlebenden geben. Zehn Prozent der von ihm auf insgesamt 320 000 Megatonnen geschätzten Atomwaffenbestände in der Welt würden ausreichen, um die USA und die europäischen Länder einschließlich der Sowjetunion zu vernichten, erklärte der Nobelpreisträger vor der Presse in Bonn.

Pauling schätzte, daß von den 800 Millionen Menschen im Ost-West-Raum 60 Tage nach einem „dritten Weltkrieg mit Atomwaffen" rund 720 Millionen tot sein würden. 60 Millionen würden, schwer verletzt, unter Qualen sterben, und die restlichen 20 Millionen müßten verhungern, da nach einem Großeinsatz von Atomwaffen jede Vegetation verschwunden wäre.

Mit Nachdruck sprach sich Pauling gegen die Aufrüstung in der Bundesrepublik aus, da diese die weitere Entspannung verhindern könne.

ENZENSBERGER

Der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger, Unterzeichner der Petition der Kampagne für Abrüstung, schreibt in der ZEIT (Nr. 23/64):

Vor mir habe ich eine kleine Landkarte. Sie trägt die Überschrift: Bevölkerungsverluste im zweiten Weltkrieg. Auf dieser Karte sind Kreuze zu sehen: ein Kreuz steht für eine Million Getötete. Ich sehe fünf Kreuze in Deutschland, fünf Kreuze in Polen und eines in Jugoslawien stehen. Zwanzig solcher Kreuze finde ich neben dem Wort: Sowjetunion. In einem kleinen Museum in Leningrad sah ich ein daumengroßes Stück verdorrten Brotes. Das war in den Wintermonaten zur Zeit der deutschen Belagerung die Tagesration für die Einwohner der Stadt. Sie war kleiner als eine Häftlingsration in Buchenwald.

Ich habe nicht den Eindruck, daß in der Bundesrepublik irgendjemand versucht, diese Vergangenheit zu „bewältigen". Dazu wäre das übliche Ritual auch kaum geeignet. Denn diese Vergangenheit hat direkte historische und politische Folgen, und statt unverbindlicher Schuldgefühle und seelischer Andachtsübungen legt sie Handlungen und Folgerungen für die Zukunft nahe.

... Das Schlimmste an der deutschen Teilung ist nicht, daß die Deutschen unter ihr leiden, sondern, daß sie zu einem Weltkrieg führen kann; die atomare Rüstung der Bundesrepublik bedroht den Frieden, nicht, weil der Nationalcharakter der Deutschen teuflisch wäre, sondern, weil sie die Sowjetunion provozieren muß.

PROSS

Einer der bekannten deutschen Schriftsteller, die zur Unterzeichnung der Petition der Kampagne aufrufen, ist Dr. Harry Pross. Pross schrieb kürzlich:

„Ich bin gegen die geplante Notstandsgesetzgebung, weil ich in den Entwürfen sowohl des Notstandsverfassungsgesetzes wie einzelner Gesetze Gefahren für die Grundrechte zu erkennen glaube. Ich glaube überdies, daß die Einrichtung des Staates auf Notstandsfälle die Grundwahrheit überdeckt, daß es in einem atomaren Krieg auch mit Notstandsgesetzen für kaum jemanden eine Chance des Überlebens gibt. Ich befürchte, daß unsere Politik zu wenig daran denkt, daß es diesen Krieg unter keinen Umständen geben darf, wenn sie soviel von Notstand redet. Notstandsgesetzgebung ist in gewisser Weise Kriegsvorbereitung, und Kriegsvorbereitung ist politischer Irrsinn.

VON DER GRÜN

Den Ostermarsch der Atomwaffengegner und die Petition der Kampagne für Abrüstung unterstützt auch der Schriftsteller Max von der Grün, bekannt durch seine Bergarbeiterromane. Max von der Grün meint:

„Der Friede der Welt gilt mehr als das Recht auf Heimat, der Friede der Welt ist kostbarer als die Grenze von 1937, der Friede der Welt ist wertvoller als Überlieferung und Tradition. Allmählich wird es Zeit, daß wir lernen, daß die Abneigung vieler Ausländer uns Deutschen gegenüber nicht Neid vor unserer Tüchtigkeit ist, sondern Angst vor unserer Herrschsucht. Wir sollten nicht die Warnungen des Auslandes, insbesondere der Neutralen, in den Wind schlagen. Uns Deutschen kann das nicht gleichgültig sein, denn in den Augen anderer sind wir nicht allein das Volk der Dichter und Denker, das Volk der Ordnung und Tüchtigkeit und des wirtschaftlichen Aufstiegs oder das Volk der Devisenbringer – wir sind auch das Volk von Auschwitz, das Volk der Kristallnacht, das Volk von Lidice.

DGB

Die Kampagne für Abrüstung hat nicht zuletzt im Raum der Gewerkschaften viel Unterstützung gefunden. Unser Foto zeigt die Gewerkschaftssekretäre Kiekebusch und Loß, die – wie viele andere Gewerkschaftsfunktionäre – der Petition der Kampagne an den Bundestag zustimmten. Viele Gewerkschaftskonferenzen forderten deutsche Abrüstungsinitiativen. Im folgenden ein Beschluß der Jugendkonferenz der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie:

„Die Delegierten sehen in dem Versuch, über die NATO eine multilaterale Atommacht zu bilden, eine Vergrößerung des internationalen Kriegsrisikos und eine Gefährdung der internationalen Abrüstungsbemühungen. Darum appellieren wir an die Regierung der Bundesrepublik, der Forderung des DGB nachzukommen und eigene Abrüstungsinitiativen zu ergreifen, auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und auf die Forderung nach einer multilateralen Atommacht zu verzichten."

NIEMÖLLER

Die evangelische Zeitschrift „Stimme der Gemeinde", herausgegeben u. a. von Martin Niemöller, Oscar Hammelsbeck, Heinrich Vogel und Ernst Wolf, schreibt in Nr. 9/64:

Wir können und dürfen uns nicht damit beruhigen, daß die USA den Weg der „Strategie des Friedens" weitergehen und in Bonn die Uhren offensichtlich stehengeblieben sind. Wir müssen erkennen, daß die Kräfte, die gegen die Entspannung wirken, stark sind. Ihr Einfluß in der Regierung und auf die Regierung und den Bundeskanzler ist groß. ... Aus dieser Erkenntnis muß eine klare Willensbildung erwachsen, die konkrete Forderungen aufstellt und durchzusetzen versucht. In den nächsten Wochen wird die „Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner" in der Bevölkerung Unterschriften für eine Petition an den Bundestag sammeln. Dieser „Kampagne für Abrüstung" muß unsere Mitarbeit und Unterstützung gehören.

INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG

publizieren Nachrichten, Dokumente und Meinungen zum Thema Entspannung - Abrüstung - Frieden und unterrichten über die Aktionen der Kampagne.

Die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG werden von der Kampagne für Abrüstung herausgegeben — sie erscheinen monatlich. Bitte, fordern Sie ein Probeexemplar an, oder benutzen Sie den folgenden Bestellschein:

An Dr. Andreas Buro
8 München 55, Andreas-Voest-Straße 5.

Senden Sie mir regelmäßig ..... Exemplar(e) der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Den Abonnementspreis von 8,— DM für ein Jahr überweise ich auf das Postscheckkonto Hannover 23 98 48, Dr. Andreas Buro, Sonderkonto Braunschweig.

Vorname: ..... Zuname: .....

Postleitzahl und Wohnort: .....

Straße und Hausnummer: .....

Datum: ..... Unterschrift: .....

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

damit dies nicht wieder passiert . . .

demonstriert die kampagne für abrüstung

Für atomwaffenfreie Zone gegen multilaterale Atommacht

Mit der Kampagne für Abrüstung

Die Kampagne für Abrüstung erhält keine Zuwendungen vom Staat oder einseitigen Interessengruppen. Sie finanziert ihre Arbeit über die Spenden vieler einzelner. Das Postscheckkonto der Kampagne lautet: Dr. Andreas Buro Sonderkonto, Braunschweig Konto Nr. 239 848 Postscheckamt Hannover

Die Kampagne für Abrüstung hat 1960 begonnen. Am Ostersonntag zogen damals einige Hunderte von Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig durch die Heide nach Bergen-Hohne. In der Nachbarschaft des ehemaligen KZ und des neuen Raketengeländes demonstrierten sie gegen die Atombombe.

Ein junger Lehrer aus Hamburg, Hans Konrad Tempel, Pazifist und Sozialdemokrat, hatte sie aufgerufen. Er kannte den Ostermarsch aus England. Der unkonventionelle Marsch mit Gitarren und Transparenten hatte ihm imponiert. Ebenso die große Kundgebung auf dem Trafalgar-Square mit den Reden von Lord Russell, Domherr Collins und Gewerkschafter Cousins.

Eine solche Aktion brauchte auch die Bundesrepublik, in der manch einer nach Atomwaffen und nach Politik der Stärke verlangte. Seit dem stillen Ende von „Kampf dem Atomtod" fehlte eine außerparlamentarische, entschiedene Kraft gegen die Bombe.

Die Idee zündete. 1961 marschierten 9000 Menschen nach Bergen-Hohne, Dortmund, Frankfurt, Stuttgart, München und Nürnberg gegen Atomwaffen in Ost und West. 23 000 hörten die Reden von Stefan Andres, Martin Niemöller, Erich Kästner und anderen.

1962 brachte die Jugend ihre Instrumente mit. Skiffle-Groups spielten und die dunkelhäutige Fasia sang: Geh mit uns, wer Du auch immer bist ... Die Zahlen stiegen auf 15 000 Marschierer und 30 000 Teilnehmer an den Kundgebungen.

1963 machte die Bundesregierung die Propaganda für den Ostermarsch. 55 Engländer mußten in ihrem Flugzeug bleiben. Sie blieben über Ostern sitzen, weigerten sich, zurückzufliegen. In den Zeitungen wurde gefragt: Dürfen nur NATO-Soldaten einreisen? Labour-Abgeordnete sprachen vor 25 000 Marschteilnehmern und 50 000 Menschen auf den Kundgebungen.

Während der kalten Ostertage 1964, in Schnee, Regen und Wind, marschierten 50 000 Menschen, 70 000 waren bei den Kundgebungen. 8000 hatten namentlich aufgerufen, darunter 1100 Pfarrer aller Konfessionen, 800 Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte und 200 Professoren.

Eine außerparlamentarische Aktion von so langer Puste, so hartnäckiger Unbestechlichkeit, so zäher Aufbauarbeit hat es in Deutschland noch nicht gegeben, schrieb eine Zeitung.

Die Menschen, die marschieren, haben keine Einheitsmeinung. Sie haben ein Ziel, den Frieden, aber sie vertreten in anderen Fragen die verschiedensten Auffassungen.

Eine jüdische Frau wurde von einem Reporter gefragt, weshalb sie mitgeht: „Ich habe mir während der Nazizeit immer wieder ins Gedächtnis gerufen, daß auch Goethe und Schiller im deutschen Volk geboren wurden. Heute bin ich glücklich, daß ich mit so vielen jungen Deutschen für den Frieden demonstrieren kann."
Eine Gruppe katholischer Jugend hat ein eigenes Flugblatt herausgegeben: „Unsere Kraft ist der Glaube an Christus. Deshalb gibt es für uns kein anderes Leitwort als das, welches Johannes XXIII. der Welt gegeben hat: Friede auf Erden. Die Friedensbereitschaft der Katholiken wollen wir öffentlich bezeugen."

Ein Sekretär der Industriegewerkschaft Chemie sprach auf einer Kundgebung: „Es gibt übergenug soziale Not, Hunger und Unterdrückung auf der Erde. Um sie zu beseitigen, brauchen wir alle Kraft und alles Geld. Vor allem das Geld, das Jahr für Jahr in die unproduktive Rüstung gesteckt wird. Diese Tatsachen müssen wir aussprechen. Die unsinnige Rüstungspolitik in Ost und West müssen wir bekämpfen."

Ein Lehrling, Mitglied der Naturfreundejugend, antwortete einem Journalisten: „Wir haben doch keine Zukunft, wenn sich die Regierungen dauernd bedrohen. Wir müssen ihnen zeigen, daß wir Entspannung wollen. Deshalb bin ich beim Ostermarsch."

Alle Teilnehmer am Ostermarsch haben sich auf einige vordringliche politische Forderungen geeinigt. Sie haben sich verbündet, um diese Forderungen durchzusetzen. Gemeinsam ist ihnen das Mißtrauen gegenüber dem Freund-Feind-Denken. Gemeinsam versuchen sie, im Atomzeitalter neue Wege für den Frieden zu finden. Der Ostermarsch gleicht einem großen Forum. Die Gespräche zwischen den Marschteilnehmern, mit den Zuschauern und Gegnern reißen nicht ab. Die Jugend bringt neue Lieder mit, Kabaretts und eine Fülle von Ideen. Sie macht aus dem Protestmarsch einen Marsch für das Leben, für ihre eigene Zukunft.

Der Slogan „Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie" bleibt nicht Theorie, er entspricht der Praxis.
An der Spitze der Kampagne für Abrüstung steht ein Kuratorium mit bekannten Mitgliedern. Hier seien nur wenige Namen genannt: Hedwig Born, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Heinz-Joachim Heydorn, Robert Jungk, Martin Niemöller, Heinrich Vogel. Ein Zentraler Ausschuß leistet die organisatorische Arbeit und bespricht regelmäßig die gemeinsame Politik.

Diese Politik ist konkreter geworden. Im Anfang wurden allgemeine Forderungen aufgestellt: Keine Atomwaffen – Abrüstung – Frieden. Aber sie genügten nicht. Den Politikern und den Parteien müssen Vorschläge gemacht werden. Nicht nur das Ziel muß man kennen, sondern auch den nächsten Schritt auf dem Wege dorthin.

Die Frage nach dem nächsten Schritt wurde noch wichtiger, als mit dem Moskauer Teststopvertrag und der direkten Leitung zwischen Kennedy und Chruschtschow die ersten Schritte getan waren. Jetzt mußte ein Konzept entwickelt werden für die weitere Entspannung und für eigene Initiativen der Bundesrepublik.

Der Hauptslogan für den Ostermarsch 1964 hieß deshalb:

Gegen multilaterale Atomwaffen – für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa.

Diese Forderung ist auch außerhalb der Kampagne populär geworden. Sie wird von immer mehr Politikern vertreten. Robert Kennedy hat bei seinem Besuch in Polen den Plan für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa als geeignete Basis für eine Entspannungspolitik bezeichnet. Es liegen Pläne und Vorstellungen von Außenminister Rapacki und dem schwedischen Außenminister Undén vor, die als Grundlage für Verhandlungen dienen können. Gegen multilaterale Atomwaffen – für atomwaffenfreie Entspannungszone wird immer mehr die reale Gegenposition zu der Politik am Rande des Krieges.

Konkrete Forderungen können nicht nur einmal im Jahr vertreten werden. Der Ostermarsch allein genügt heute nicht mehr. Die Kampagne für Abrüstung muß an jedem Tag geführt werden. Sie muß auf die aktuelle Politik antworten und versuchen, sie zu beeinflussen.

Deshalb tritt in diesem Jahr die Kampagne immer wieder hervor. Kleine Gruppen entwickeln eigene Initiative. Beim Jahreskongreß der Europa-Union in Frankfurt wurden Transparente entrollt: „Mit Europa – ohne Atomwaffen". Vom Deutschlandtreffen der FDJ schreibt die „Zeit": „Atomwaffengegner, Kriegsdienstverweigerer, Naturfreunde und sozialistische Studenten lieferten, der DDR-Prominenz heftige Redeschlachten."
In der ganzen Bundesrepublik werden zur Zeit Unterschriften gesammelt für die Eingabe an den deutschen Bundestag, die in diesem Blatt abgedruckt ist.

Zehntausende Unterschriften sind bereits zusammen. Geistliche, Schriftsteller und Gewerkschafter haben erneut aufgerufen, die Petition zu unterzeichnen.

Diese Aktivität läßt manchen glauben, die Kampagne wolle eine neue Partei werden. Das ist nicht ihr Ziel. Die Bürger, die an der Kampagne für Abrüstung teilnehmen, wollen einfach von ihrem Recht Gebrauch machen, das im Grundgesetz garantiert ist. Sie wollen ihre Meinung sagen in der Lebensfrage des Friedens. Es geht um eine unkonventionelle außerparlamentarische Aktion, die eine Position des Friedens aufbaut und ihrer Sache mit allen demokratischen Mitteln Nachdruck verleiht.

Der ermordete Präsident Kennedy hat gesagt: „Vereinbarungen über Abrüstungsmaßnahmen haben nur dann Chancen, wenn die Zustimmung und der förderliche Druck der öffentlichen Meinung hinter ihnen stehen."

Es ist sicher so, daß nicht allein die Vernunft der Regierenden, sondern auch der Druck der internationalen Abrüstungsbewegung, zu der die Kampagne in Deutschland gehört, die ersten Abkommen herbeigeführt haben.

Die Kampagne für Abrüstung ist kein Selbstzweck. Sie will auf alle Menschen und auf alle Organisationen einwirken, den Frieden zu sichern. Wenn dieses Ziel erreicht ist, wird sie nicht mehr gebraucht.

Bis dahin aber wird sie unermüdlich für eine positive Politik des Friedens eintreten. Es ist noch ein weiter Weg zu gehen. Er wird leichter, wenn jeder, der dem Ziel zustimmt, sich an der Kampagne beteiligt.

Herbert Faller

Adressen der Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß

Geschäftsführung Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5

Regionale Ausschüsse:

1. Hamburg/Schleswig-Holstein
   Hans-Jürgen Willenberg, 24 Lübeck, Wendische Straße 61
2. Bremen
   Detlef Dahlke, 28 Bremen, Wilhelm-Wolters-Straße 50a
3. Niedersachsen
   H. G. Friedrich, 33 Braunschweig, Schunterstraße 57
4. Nordrhein-Westfalen
   Frank Werkmeister, 463 Bochum, Wittener Str. 183
5. Hessen/Rheinland
   Klaus Vack, 605 Offenbach, Waldstraße 99
6. Baden/Pfalz/Saar
   Dr. Hannelis Schulte, 6904 Ziegelhausen bei Heidelberg, Sitzbuchweg 14
7. Württemberg/Bodensee
   Alfred Riedel, 7 Stuttgart-Bad Cannstatt, Kienbachstraße 57
8. Bayern-Nord
   Horst Klaus, 85 Nürnberg, Heimgartenweg 58
9. Bayern-Süd
   Gerhard Schmid, 8901 Westheim, Kobelgraben 24
10. Berlin
    Franziska Menzel, 1 Berlin 12, Schülerstraße 48

für Sicherheit durch Abrüstung

ED718-23-158

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 18.8.1964
Waldstr. 99 - Postfach 648

21.8.64

An die Örtlichen Ausschüsse;
den Mitgliedern des Hessischen
Ausschusses zur Kenntnisnahme

Liebe Freunde,

die Reaktion auf unser Rundschreiben vom 7.8.1964 ist erschreckend dürftig: erst vier Örtliche Ausschüsse haben eine Bestellung des Zeitungsflugblattes "Extrablatt 1. September" aufgegeben. Wie soll man unter solchen Umständen eine zentrale Aktion für das ganze Bundesgebiet sinnvoll vorbereiten können? Die Zeitungsflugblätter sind bereits fertig gedruckt. Wir mußten - also unsere gesamte Bestellung für die hessischen Örtlichen Ausschüsse auf Verdacht vornehmen. Wir hoffen dennoch, daß alle Zeitungsflugblätter verteilt und auch finanziert werden können.

Wir bitten Sie noch einmal recht dringend - falls nicht inzwischen bereits geschehen - Ihre Bestellung unverzüglich (möglichst per Eilbotenbrief) an die Geschäftsstelle zu geben. Die Zeitungsflugblätter werden Ihnen portofrei geliefert. Bei Bestellungen, die zu spät eintreffen, können wir eine rechtzeitige Lieferung nicht mehr garantieren.

An je eine Anschrift für jeden Örtlichen Ausschuß liefern wir beigefügt einige Plakate. Das Plakat für unsere zentrale Veranstaltung in Frankfurt mit dem Film KIRMES und einer Gedenkrede von Christian Geißler sollte unverzüglich, gut sichtbar, angeschlagen werden. Eventuell ist ein örtlicher Vermerk sinnvoll, daß am Sonntagvormittag zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort ein Bus oder Pkw's nach Frankfurt fahren.

Die Plakate mit den Slogans zum Antkriegstag sollen bei der Verteilung des Zeitungsflugblattes Verwendung finden. Wir erinnern hier an Punkt 3 unseres Schreibens vom 7.8.1964, um nicht alles, was dort bereits ausführlich geschrieben wurde, wiederholen zu müssen.

Wir bitten nun, alle Anstrengungen für die örtlichen und zentralen Unternehmungen zum Antikriegstag zu unternehmen.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-159

Aufstellung über die Stückzahl der Zeitungsflugblätter "Extrablatt", die der Hessische Ausschuß den Örtlichen Ausschüssen zum Stückpreis von DM 0.02 angeboten hat und Aufstellung über die Plakate zur Matinee-Veranstaltung und die Slogans zur Verteilung des Zeitungsflugblattes, die ohne Berechnung von Kosten zugeschickt werden.

	Zeitungsflugblatt	Plakate	Slogans
Bad Hersfeld	2.000	2	4
Bad Vilbel	1.000	2	4
Borken	2.000	2	10
Darmstadt	10.000	5	30
Kreis Dieburg	5.000	3	20
Frankfurt	35.000	20	70
Friedberg	1.000	2	4
Kreis Gelnhausen	3.000	2	6
Gießen	3.000	2	10
Ginsheim	2.000	2	4
Groß Gerau	2.000	2	4
Hanau	5.000	5	20
Herborn	500	2	4
Kassel	10.000	2	20
Langen/Egelsbach	1.500	2	4
Mainz	10.000	5	20
Marburg	7.000	2	10
Mörfelden	5.000	5	10
Neu Isenburg	3.000	2	6
Oberursel	3.000	2	4
Offenbach	6.000	5	10
Pfungstadt	2.000	2	4
Rüsselsheim	5.000	2	10
Siegerland	1.500	2	4
Sprendlingen	3.000	3	6
Stockstadt	1.000	2	4
Walldorf	2.000	2	4
Wiesbaden	5.000	3	10
	136.500	92	306

Nur für Ausschüsse, die ihre Bestellung noch nicht aufgegeben haben. Bitte per Eilboten absenden!

Der Örtliche Ausschuß ..... bestellt .....
Exemplare des "Extrablatt 1. September" zum Preis von DM 0.02 je Stück und weitere ..... Exemplare zum Preis von DM 0.03 je Stück.
Das Material ist an folgende Anschrift zu liefern:

.....

....., den .....

.....
Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4, den 7.8.64
Postfach 648

8.8.64

ED718-23-160

An die örtlichen Ausschüsse,
den Mitgliedern des Hessischen Ausschusses
zur Kenntnisnahme

Liebe Freunde,

kaum liegt der 6. August hinter uns, heißt es schon wieder, die Vorbereitungen zu treffen, um den 1. September zu dem zu machen, was er sein sollte: Der Anti-Kriegstag. Geht es uns ohnehin immer wieder darum, diesen Tag in das Gedächtnis der Menschen zurückzurufen, so haben wir in diesem Jahr eine besondere Verpflichtung zur Aktivität - jährt sich dieses Datum doch zum 25. male. Vier Dinge bitten wir Sie zu beachten und zu bedenken:

1. Der Hessische Ausschuß plant, am Sonntag, den 30.8.1964, vormittags, im Frankfurter Turmpalast eine Film-Matinee zu veranstalten, mit dem Anti-Kriegsfilm "Kirmes" von Wolfgang Staudte und einer Rede von Christian Geissler.

Zu dieser Großveranstaltung (der Turmpalast hat 1200 Sitzplätze) werden wir durch ein besonderes Rundschreiben an unsere Anhänger einladen.

2. Uns wurde bekannt, daß der DGB - Landesbezrik - am 1. Sept. in Frankfurt auf dem Römer eine Großkundgebung veranstalten will, auf der Georg Leber das Hauptreferat halten soll. Wir werden zu dieser Veranstaltung alle Anhänger der Kampagne für Abrüstung zur Teilnahme aufrufen. Auch hierüber werden Sie noch hören, sobald unser Rundschreiben an alle Anhänger der Kampagne verschickt wird.

Wir möchten jedoch darum bitten, daß die DGB-Veranstaltung am 1. Sept. in Frankfurt schon heute insoweit von uns beachtet werden sollte, daß an diesem Termin von uns keine Kundgebungen und Veranstaltungen durchgeführt werden.

3. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Abrüstung zum Antikriegstag ein Zeitungsflugblatt plant. Dieses Zeitungsflugblatt wird sehr großformatig sein und 4 Seiten umfassen. Es trägt den Titel "Extrablatt 1. September".

Insgesamt werden im Bundesgebiet ca. 700 000 Exemplare des Zeitungsflugblattes verteilt. Auch wir in Hessen, müssen alle finanziellen und organisatorischen Kräfte einsetzen, um das Zeitungsflugblatt in einer möglichst hohen Auflage unter die Menschen zu bringen.

Zur Verteilung empfehlen wir Mahnwachen, Informationsstände und Briefkastenaktionen. Am wirkungsvollsten wird es allerdings sein, wenn es uns gelingt, in den Zentren der größeren und kleineren Städte am Nachmittag des 1. September 1964 die Flugblätter zur Verteilung zu bringen. Jeder Flugblattsendung sind Plakate beigefügt, die man auf Karton aufkleben und sich so Sandwich-Schilder herstellen kann. Mit diesen Trageschildern "bewaffnet", sollten

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

wir uns an die Stellen der Innenstadt begeben, wo der größte Publikumsverkehr ist und unter Ausrufen "Extrablatt 1. September" die Zeitungsflugblätter wie ein Zeitungsverkäufer (nur kostenlos) verteilen.

Ähnlich (also unter Benutzung der Trageschilder) kann man am 1.9. vormittags die Flugblätter vor den Großbetrieben zur Verteilung bringen.

Wir haben eine Aufstellung angefertigt über die Stückzahl der Zeitungsflugblätter, die nach unserer Meinung die örtlichen Ausschüsse zur Verteilung bringen sollten. Die Zeitungsflugblätter kosten uns in der Herstellung DM o,o3 das Stück. An die örtlichen Ausschüsse geben wir sie zum Betrag von DM o,o2 das Stück ab, die restlichen Kosten übernimmt der Hessische Ausschuß. Wir bitten - wie oben schon einmal erwähnt - alle finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten einzusetzen und möglichst die von uns vorgesehene Stückzahl in dem "Hoheitsgebiet" Ihres örtlichen Ausschusses zur Verteilung zu bringen.

In Sonderfällen, wo die finanzielle Situation besonders schwierig ist, jedoch die organisatorischen Möglichkeiten bestehen, die vorgesehene Zahl Zeitungsflugblätter zu verteilen, empfehlen wir, dem HA zu schreiben und um eine weitere Bezuschussung zu bitten. Inwieweit wir solchen Sonderwünschen der örtlichen Ausschüsse gerecht werden können, muß in jedem Einzelfall geprüft werden.

4. Da lediglich 2 zentrale Veranstaltungen (Film-Matinee am 30.8. und DGB-Kundgebung am 1.9.) geplant sind, sollte von den örtlichen Ausschüssen die Initiative ergriffen werden, um am Vorabend zum Anti-Kriegstag kleinere Veranstaltungen durchzuführen. Es wäre gut, wenn es sich in möglichst vielen Orten realisieren ließe, daß diese Veranstaltungen gemeinsam mit den DGB-Ortskartellen gestartet würden. Die Bereitschaft hierzu dürfte sich bei einem Teil der Gewerkschaftssekretäre, -funktionäre und -jugendfunktionäre finden lassen; es empfiehlt sich also, mit ihnen schnellstens Verbindung aufzunehmen. Diese Treffen am Vorabend könnten je nach den Möglichkeiten den Charakter einer Feierstunde oder einer Saalkundgebung tragen. Redner sollten örtlich bekannte Leute sein, können im begrenztem Maße jedoch auch über den HA besorgt werden. Wenn es die Zahl der Teilnehmer erlaubt, sollte sich an die Veranstaltung ein Schweigemarsch (mit Fackeln) durch Ihren Ort anschließen.

Wenn eine Veranstaltung nicht möglich ist, vergessen Sie bitte nicht den oben erwähnten Vorschlag für Mahnwachen und Informationsstände.

Bei allen Aktionen ist es wichtig, die Petitonslisten zu verteilen und Unterschriften zu sammeln, denn gerade an diesen Tagen werden die Leute leichter ansprechbar sein.

Wir nehmen an, daß Sie inzwischen Kontakt zu Ihrer örtlichen Presse hergestellt haben und daß es Ihnen möglich sein wird, dort einen Artikel unterzubringen. Wir werden Ihnen kurz vor dem 1.9. einen Entwurf hierfür zur Verfügung stellen.

Bitte, prüfen Sie Ihre Möglichkeiten und sorgen Sie dafür, daß die hier gemachten Vorschläge auch in Ihrem örtlichen Bereich verwirklicht werden. Für Informationen, über das, was zum 1.9. bei Ihnen geschehen ist, sind wir dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Aufstellung über die Stückzahl der Zeitungsflugblätter "Extrablatt 1. September", die der Hessische Ausschuß den örtlichen Ausschüssen zum Stückpreis von DM 0,02 anbietet. ED 718-23-161

Bad Hersfeld	2.000	Stück	=	DM 40,--
Bad Vilbel	1.000	"	=	DM 20,--
Borker	2.000	"	=	DM 40,--
Darmstadt	10.000	"	=	DM 200,--
Kreis Dieburg	5.000	"	=	DM 100,--
Frankfurt	35.000	"	=	DM 700,--
Friedberg	1.000	"	=	DM 20,--
Kreis Gelnhausen	3.000	"	=	DM 60,--
Gießen	3.000	"	=	DM 60,--
Ginsheim	2.000	"	=	DM 40,--
Groß Gerau	2.000	"	=	DM 40,--
Hanau	5.000	"	=	DM 100,--
Herborn	500	"	=	DM 10,--
Kassel	10.000	"	=	DM 200,--
Langen/Egelsbach	1.500	"	=	DM 30,--
Mainz	10.000	"	=	DM 200,--
Marburg	7.000	"	=	DM 140,--
Mörfelden	5.000	"	=	DM 100,--
Neu Isenburg	3.000	"	=	DM 60,--
Oberursel	3.000	"	=	DM 60,--
Offenbach	6.000	"	=	DM 120,--
Pfungstadt	2.000	"	=	DM 40,--
Rüsselsheim	5.000	"	=	DM 100,--
Siegerland	1.500	"	=	DM 30,--
Sprendlingen	3.000	"	=	DM 60,--
Stockstadt	1.000	"	=	DM 20,--
Walldorf	2.000	"	=	DM 40,--
Wiesbaden	5.000	"	=	DM 100,--
	136.500	Stück		DM 2730,--

Der örtliche Ausschuß _____ bestellt

_____ Exemplare des "Extrablatt 1. September" zum Preis von DM 0,02 je Stück und weitere _____ Exemplare zum Preis von DM 0,03 je Stück. Das Material ist zu liefern an folgende Adresse:

_____

_____

_____

_____, den _____ _____

Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-162

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Protokoll der Sitzung des Hessischen Ausschusses am 4.8.64 in Offenbach 7.8.64

Anwesend: Arlt, Amann, Becker, Malkomes, Dr. Schenck, Segall, Vack, Weick

es fehlten: Farr, Halberstadt, Straß, Winkler, Eskuche, Müller, Andres, Faller, Maurer, Moritz

Tagesordnung:
1) Berichte
2) Lichtbildervortrag vom OM 1964
3) Aktionen zum Antikriegstag
4) Selbstverständnis der Kampagne für Abrüstung
5) Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

1.1 Klaus Vack teilt mit, daß das Hiroshima-Briefflugblatt in einer Auflage von 40 000 Exemplaren hergestellt und verteilt wurde. Auf das Flugblatt seien einige sehr positive Kritiken eingegangen.

1.2 Klaus Vack berichtet über eine Sitzung des zentralen Arbeitsausschusses, an der auch einige Vertreter der regionalen Ausschüsse teilgenommen haben. Er informiert über die wichtigsten Punkte, über die in der nächsten ZA-Sitzung am 19./20.9.64 diskutiert werden soll:

a) Zum Luftschutz liegt ein Entwurf für eine Erklärung der Kampagne für Abrüstung von Andreas Buro vor. Dieser Entwurf wird im großen und ganzen für gut gehalten. Es sollten jedoch noch folgende Dinge berücksichtigt werden: die Zahlen im Abschnitt 3 müssen überprüft werden. Dabei ist zu beachten, daß sie nicht im Widerspruch zum späteren Text stehen; es müßte kurz angesprochen werden, unter welchen politischen und geographischen Bedingungen Luftschutz begrenzt Sinn haben könnte (z.B.Schweden), und daß unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen in der Bundesrepublik und in Mitteleuropa der Luftschutz völlig sinnlos ist; in dem Entwurf von Andreas Buro kommt die radioaktive Verseuchung zu wenig zur Geltung, denn in einem Atomkrieg wird es für jene, die den Angriff überleben, kein Weiterleben geben; der konventionelle Krieg, der zur Zeit bei den militärischen Strategen bei der Bundeswehr zur Zeit wieder stark in den Vordergrund gerückt wird, ist in dem Entwurf zu wenig berücksichtigt.

Egon Becker wird beauftragt, den Entwurf von Andreas Buro noch einmal durchzuarbeiten und diesem die notwendigen Ergänzungs- und Neuformulierungen, sowie Streichungen vorzuschlagen und dabei die 4 vom Hess.Ausschuß ermittelten Wünsche zu berücksichtigen.

-2-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

b) In der übernächsten Sitzung wird sich der zentrale Ausschuß mit der deutschen Frage beschäftigen.

c) Für die nächste ZA-Sitzung wird Heiner Halberstadt Vorschläge und Hinweise für das Verhalten und eine Stellungnahme der Kampagne zu den Bundestagswahlen 1965 vorlegen. Alle Freunde des Hess.Ausschusses, die hierzu bereits besondere Vorstellungen haben, werden gebeten, ihre Meinung Heiner Halberstadt bis zum 1.9.64 schriftlich mitzuteilen.

d) der Aufruf zum Ostermarsch 1965 wird in der nächsten oder übernächsten ZA-Sitzung verabschiedet. Für die zentrale Unterschriftenaktion unter den Aufruf soll die Publizierung auf ca. 100 wirklich prominente und bekannte Unterzeichner beschränkt bleiben. Unterschriftenaktionen von örtlich bekannten Bürgern sollen völlig in das Aufgabengebiet der örtlichen Ausschüsse fallen und werden zentral nicht mehr ausgewertet.

e) Die Auftaktveranstaltung zum OM 65 und die Verkündung des Ergebnisses der Petition ist für Ende Januar 1965 vorgesehen. Möglicherweise wird diese Auftaktveranstaltung im Rahmen einer internationalen Aktion (vorwiegend gegen MLF) geschehen, und zwar mit Kundgebungen in London, Rom und Bonn. Der Hess.Ausschuss regt an, daß man möglicherweise in diese Aktion noch Griechenland und damit die Hauptstadt Athen einbeziehen soll. Dr. Schenck wird sich wegen der Frage Griechenland mit Andreas Buro in Verbindung setzen. Die deutsche Veranstaltung soll, wenn irgendmöglich, in der Beethovenhalle in Bonn sein. Falls sich dies nicht verwirklichen läßt, ist an die Gruga-Halle in Essen gedacht.

f) Ebenfalls in der nächsten ZA-Sitzung soll über Vorschläge für örtl.Vorbereitungsarbeit des OM 65, sowie über Gestaltungsvorschläge des Ostermarsches unter Berücksichtigung der bisherigen Kritik gesprochen werden. Egon Becker wird gebeten, hierzu eine kurze Ausarbeitung vorzulegen, die dem zentralen Ausschuß vorzutragen ist.

Zu Punkt 2 der TO

Der Hess.Ausschuß bittet die Naturfreundejugend, den Lichtbildervortrag vom OM 64 von Herrn Dörflinger aufzukaufen und ihn dem Hess. Ausschuß zur Vorführung vor Ostern zur Verfügung zu stellen. Arlt, Feller und Amann (federführend) werden beauftragt, mit Fritz Dörflinger zusammenzukommen, den Lichtbildervortrag noch einmal kritisch zu betrachten und notwendige Verbesserungen und Änderungen vornehmen zu lassen. Der veränderte oder verbesserte Lichtbildervortrag sollte bis 3o.9.64 endgültig fertig sein und dann zur Vorführung zur Verfügung stehen.

Zu Punkt 3 der TO

3.1 Der Hess.Ausschuß beschließt, 150 000 der Zeitungsflugblätter zum Antikriegstag, die durch den ZA hergestellt werden, zu bestellen. Die Kosten von DM 4500,- müssen zum größten Teil müssen zum größten Teil durch die das Flugblatt verteilenden ÖA aufgebracht werden.

Die Flugblätter sollen in den Großstädten, in den Zentren, in den Gemeinden, möglichst an Mahnwachen verteilt werden. Dabei-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

BD 718-23-163

sollen auch Trageschilder verwendet werden, die der ZA mit 2 Stück je 500 Zeitungsflugblättern kostenlos zur Verfügung stellt. Der Slogan der Trageschilder lautet:

1914 Krieg
1939 Krieg
Konsequenzen: 1964 abrüsten !

3.2 Der Hessische Ausschuß berät den Vorschlag den Rudolf Segall für Slogans zum Antikriegstag. Nach längerer Diskussion entschließt sich der Hess.Ausschuß, 3 Slogans zu drucken und diese an alle Anhänger der Kampagne zu verschicken mit der Aufforderung, die Plakate auf Karton zu kleben und an allen Veranstaltungen der verschiedensten Organisationen teilzunehmen. Folgende Slogans wurden beschlossen:

Ohne kleine Leute keine großen Kriege
Europa - Lebensgemeinschaft, nicht Atomwaffengemeinschaft
Soziale Aufrüstung durch militärische Abrüstung *)

Einige der Kampagne nahestehende Gewerkschaftsfunktionäre/diese und andere von Rudolf Segall vorgelegte Slogans für die grosse Veranstaltung der Gewerkschaft in Frankfurt beschließen zu lassen, so daß sich gegen das Mitführen dieser Slogans von Anhängern der Kampagne bei Gewerkschaftsveranstaltungen keine Schwierigkeiten ergeben dürften.

Außerdem beauftragt der HA Willi Malkomes, in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Ausschuß, 3 große Transparente herstellen zu lassen:

Ostermarsch begrüßt den Kampf der Gewerkschaften
für den Frieden.

3.3 Seit der letzten Sitzung des HA sind weitere Absagen für die geplante Veranstaltung am 29.8.64 eingegangen. Aus Polen liegt noch immer keine Zusage vor. Die Freunde aus Belgien haben mitgeteilt, daß es äußerst schwierig sein dürfte, einen Redner zu finden. Frank Allaun hat mit fast 10 Unterhausabgeordneten gesprochen und nur Absagen erhalten. Claude Bourdet hat noch nicht endgültig zugesagt. Von den vorgesehenen prominenten Rednern haben Prof. Gollwitzer und Prof. Baade abgesagt. Der hess.Ausschuß sieht es unter diesen Umständen nicht für sinnvoll an, die Veranstaltung in der geplanten Form durchzuführen.

Es wird beschlossen, am Sonntag, dem 30.8.64, vormittags 10.oo Uhr, im Kantatesaal Frankfurt, eine Film-Matinee-Veranstaltung aus Anlaß des Antikriegstages zu veranstalten. Klaus Vack wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit Herbert Stettner, einen geeigneten Spielfilm oder auch einige geeignete Kurzfilme für diese Matinee-Veranstaltung auszusuchen. Außerdem ist eine Rede zum Antikriegstag vorgesehen. Als Redner soll angesprochen werden Hans Erich Nosak (durch Dr. Schenck),Christian Geisler, Gerhard Zwerenz, und falls die drei ersten Redner nicht in Frage kommen, Siegfried Einstein aus Mannheim.

-4-

*) werden sich bemühen,

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Zu Punkt 4 der TO

Über die verschiedenen Entwürfe (Arno Klönne, Andreas Buro und Hans Schenck - Rudolf Segall) für eine Erklärung zum Selbstverständnis der Kampagne kann nicht mehr diskutiert werden. Der Punkt wird auf die nächste Sitzung vertagt.

Zu Punkt 5 der TO

Arlt schlägt vor, daß der HA demnächst versucht, einmal sämtliche Gewerkschaftsfunktionäre und -sekretäre, die der Kampagne positiv gegenüberstehen, zu einer gesonderten Veranstaltung zusammenzurufen. Vack weist darauf hin, daß man eine solche Sache erweitern sollte und vielleicht in jeweils besonderen Veranstaltungen auch einmal sämtliche Pfarrer, evtl. sämtliche Professoren und Wissenschaftler oder einen anderen Personenkreis zusammenrufen sollte. Dieser Punkt wird auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gebracht.

Die nächste Sitzung soll, wenn nicht noch einmal besondere Schwierigkeiten um die Veranstaltung zum Antikriegstag auftreten, nach dem 1. September, jedoch vor der nächsten ZA-Sitzung stattfinden.

6o5 Offenbach/Main, den 5. August 1964

Für die Protokollführung:
Klaus Vack

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

ED718-23-164

Kampagne für Abrüstung
Hessischer Ausschuß

6o5 Offenbach 4, den 29.7.64
Postfach 648

30. 7. 64

An die Mitglieder
des Hessischen Ausschusses

Liebe Freunde,

ich erhielt heute von Dolf Segall einen Brief, den ich gern bei der HA-Sitzung am Dienstag, den 4.8.64, unter Tagesordnungspunkt 3 mit behandeln möchte. Ich gabe Euch im folgenden den Text des Briefes zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen
Kla, Vack
(Klaus Vack)

"Ich habe einige Überlegungen auf Parolen verwendet, die man für den Anti-Kriegstag sowohl für die Gewerkschaften, wie für die Atomwaffengegner vorschlagen könnte. Hier das Resultat:

Erster Gesichtspunkt - man muß gegen den Fatalismus, das Hinnehmen des Krieges als unabwendbares Schicksal kämpfen.
Deshalb:

1. Kriege können verhindsrt werden
2. Ohne Völker keinen Krieg - nach dem Krieg keine Völker
3. Ohne kleine Leute keine großen Kriege

Zweiter Gesichtspunkt - Anknüpfung an zwei aktuellen Gefahren. Deshalb:

4. Krieg bringt Notstand - Notstandsgesetz bringt Krieg
5. Europa - Lebensgemeinschaft, nicht Atomwaffengemeinschaft

Dritter Gesichtspunkt - Betonung der Verbindung zwischen Kampf der Gewerkschaft und dem Kampf für den Frieden. Deshalb:

6. Gewerkschaftlicher Kampf ist Kampf für den Frieden
7. Soziale Aufrüstung durch militärische Abrüstung

Vierter Gesichtspunkt - es muß gegen die Gefahr (die ganz offensichtlich besteht) aufgetreten werden, daß dieser Antikriegstag von den Gewerkschaften gewissermaßen als Abschluß dieses Kampfes angesehen wird. Deshalb:

8. Antikriegstage sind keine Jubiläumstage
9. Antikriegstag 1964 - Antikriegstag jedes Jahr

Letzter Gesichtspunkt - es ollte auch von der "Kampagne für Abrüstung" die Verbundenheit zu den Gewerkschaften ausgedrückt werden, ohne daß diese Parole Anstoß erregt.
Deshalb:

1o. Ostermarsch grüßt den Friedenskamp der Gewerkschaften.

Selbstverständlich gibt es sicher unter den genannten Gesichtspunkten noch die Möglichkeit, bessere Parolen zu finden. Man sollte aber bald mit der Diskussion beginnen - deshalb diese Anregungen."

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-165

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 25. Juli 1964
Waldstr. 99, Postfach 648
va/ha

27.7.64

An die Mitglieder des Hessischen Ausschusses

Liebe Freunde,

ich lade Sie zur nächsten HA-Sitzung für Dienstag, 4. August 1964, 18 Uhr, in das Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe, Offenbach, Am Waldschwimmbad 30, Telefon 8 24 51, ein.

Ich bitte alle, die ihren Urlaub noch nicht angetreten oder bereits hinter sich haben, an dieser Sitzung teilzunehmen und pünktlich zu erscheinen.

Ich schlage folgende Tagesordnung vor:

1. Berichte
2. Lichtbildervortrag vom OM 1964
3. Aktionen zum Antikriegstag
4. Selbstverständnis der Kampagne für Abrüstung
5. Verschiedenes

Zu Tagesordnungspunkt 4 füge ich einiges Material bei und zwar den ersten Entwurf von Arno Klönne zum Selbstverständnis, einen neuen und erweiterten Entwurf von Andreas Buro und die gemeinsame Ausarbeitung von Dr. Schenck und Rudolf Segall.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-166

Selbstverständnis der Kampagne für Abrüstung
(Entwurf von Dr. Arno Klönne)

Die Kampagne für Abrüstung hat in der Bundesrepublik an Breite und Präzision ihrer Politik, damit auch an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen. Dieser - wenn auch bescheidene - Erfolg bestätigt die Richtigkeit der politischen Methode der Kampagne:

+ Die Kampagne hat mit Erfolg die falsche Selbstgenügsamkeit der kleinen Gruppe, die sich im Besitz einer nicht geschichtsmächtigen Wahrheit ein gutes Gewissen schafft, aufgelöst zugunsten einer politischen Bewegung, die auf den moralischen Impuls nicht verzichtet, ihn jedoch beständig in politische Energie ummünzt.

+ In der Kampagne haben sich Bürger unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Auffassungen auf bestimmte vordringliche politische Forderungen geeinigt und zur Durchsetzung dieser Forderungen verbündet. Gemeinsam ist allen, die in der Kampagne mitarbeiten, das Mißtrauen gegenüber veralteten Schablonen eines militärischen Freund-Feind-Denkens und der Versuch, unter den Bedingungen des Atomzeitalters neue Wege internationaler Friedenssicherung zu finden.

+ Die Kampagne praktiziert die Einsicht, daß der Protest gegen die Politik mit der Bombe nicht weiterhilft, wenn die Gegner einer solchen Politik nicht positive praktische Schritte für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung vorschlagen können.

Mancher, dem die Sache der Abrüstung sympathisch ist, hat die Kampagne für Abrüstung zunächst skeptisch betrachtet. In der deutschen Geschichte waren es zumeist nicht die "guten" Deutschen, die auf die Straße gingen. Öffentliche Demonstrationen sind in Deutschland oft ein Privileg der Unvernunft. Mit dieser Tradition hat die Kampagne auf nachhaltige Weise gebrochen. Die Kampagne praktiziert Brügerrechte, sie macht mit dem Grundgesetz ernst. Das ist besonders wichtig in einem Land, in dem sich autoritäre Kräfte immer noch oder auf's neue regen. So kann die Kampagne eine Schule der Demokratie sein; sie hat, so scheint es, auf diese Weise über ihre eigene Sache hinaus ansteckend für demokratische Initiativen gewirkt.

Die Kampagne für Abrüstung hat ihre Arbeit unabhängig von politischen Parteien getan; sie hat nicht die Absicht, ihrerseits eine neue Partei zu bilden. Die Kampagne sieht ihre Funktion darin, dem Grundgesetz entsprechend im vorparlamentarischen Raum an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Sie will hierbei nach Möglichkeit in sämtlichen Parteien, aber auch in anderen gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen Zustimmung für eine Politik der Abrüstung gewinnen und nach Möglichkeit sachverständige Argumente zu Problemen der Abrüstung der Öffentlichkeit vorlegen. Eine weitere Aufgabe sieht die Kampagne darin, den einzelnen Bürger davon zu überzeugen, daß überholtes militärisches Denken durch eine nichtmilitärische Phantasie für Friedenssicherung abgelöst werden muß. Die Kampagne will nach ihren Kräften einen Beitrag dazu leisten, daß auch in der Bundesrepublik Information über alle Vorschläge in der internationalen Politik, die einen Weg zur Abrüstung zeigen, verbreitet wird und auf diese Weise deutsches politisches Denken auf jenes Niveau gehoben wird, wie es sich im Weltmaßstab seit Kennedy und Papst Johannes durchsetzt.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kennedy hat einmal gesagt, daß zwischenstaatliche Vereinbarungen über Abrüstungsmaßnahmen nur dann eine Chance haben, wenn die Zustimmung und der förderliche Druck der öffentlichen Meinung hinter ihnen stehen. Hier sieht die Kampagne für Abrüstung ihre Rolle. Sie steht bei dieser Aufgabe nicht allein da; die Kampagne empfindet sich als Teil einer vielfältigen internationalen Bewegung für eine Regelung politischer Probleme durch friedenschaffende Vernunft.

Die Kampagne ist kein Selbstzweck; ihr Ziel ist es, eine Kampagne für Abrüstung letzten Endes überflüssig zu machen.

Das kann nur gelingen, wenn alle diejenigen, die der Sache der Kampagne zustimmen, die Kampagne zu ihrer Sache machen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-167

Selbstverständnis der Kampagne für Abrüstung
(Entwurf: Andreas Buro unter Verwendung des Entwurfes von Arno Klönne.)

Präambel

Die Bedrohung der Menschheit durch den Krieg ist derart gewachsen, daß die Vernichtung der ganzen Zivilisation heute möglich und bei Fortsetzung des Wettrüstens wahrscheinlich geworden ist. Die gegenwärtig praktizierte militärische Abschreckung kann nur eine vorübergehende labile Friedenssicherung erreichen, da sie ein zu großes Kriegsrisiko in sich birgt. Es ist daher notwendig, von der labilen zu einer stabilen Friedenssicherung zu kommen.

Offensichtlich sind die politischen Parteien und Massenorganisationen in der Bundesrepublik gegenwärtig nicht in der Lage, eine stabile Friedenssicherung herbeizuführen oder konsequent auf sie hinzuarbeiten. Einige versuchen stattdessen, die Abschreckung durch verstärktes Wettrüsten wirkungsvoller zu machen, obwohl dadurch nur das Kriegsrisiko erhöht wird.

Die einzige Alternative zur Abschreckung ist die Friedenssicherung durch Abrüstung und Entspannung, für die die Kampagne eintritt. Sie praktiziert gleichzeitig durch ihre Arbeit Bürgerrechte und macht mit der Verpflichtung des Grundgesetzes, dem Frieden der Welt zu dienen, ernst. Sie ist somit durch ihr Ziel eine Kampagne für Friedenssicherung und durch ihre Arbeitsweise eine Schule der Demokratie.

I.
In der Kampagne für Abrüstung haben sich Bürger unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Auffassungen auf bestimmte vordringliche politische Forderungen geeinigt und zur Durchsetzung dieser Forderungen verbündet. Gemeinsam ist allen das Mißtrauen gegenüber veralteten Schablonen eines militärischen Freund-Feind-Denkens und der Versuch, unter den Bedingungen des Atomzeitalters neue Wege internationaler Friedenssicherung zu finden. Es ist damit zum erstenmal in Deutschland eine weitreichende Sammelbewegung geschaffen, in der Menschen aus verschiedenen Lagern für die Friedenssicherung zusammenarbeiten, ohne sich dadurch ihrer eigenen Gruppe zu entfremden.

Die Kampagne hat mit Erfolg die falsche Selbstgenügsamkeit der kleinen Gruppe, die sich im Besitze einer nicht-geschichtsmässigen Wahrheit ein gutes Gewissen verschafft, aufgelöst, zugunsten einer politischen Bewegung, die auf den moralischen Impuls nicht verzichtet, ihn jedoch beständig in politische Energie ummünzt.

II.
Die Kampagne praktiziert die Einsicht, daß der Protest gegen die Politik mit der Bombe nicht weiterhilft, wenn die Gegner einer solchen Politik nicht positive, praktische Schritte für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung vorschlagen können. Die Kampagne setzt es sich daher zur Aufgabe, solche Vorschläge auszuarbeiten, auf sie allgemein aufmerksam zu machen und sie vor allen Machtträgern und Einflußgruppen zur Diskussion zu stellen, um hierdurch die Friedenssicherung zum wichtigsten Gesichtspunkt für alle politischen Entscheidungen werden zu lassen.

III.
Um alle Gruppen erreichen zu können, identifiziert sich die Kampagne grundsätzlich mit keiner anderen Organisation oder politischen Partei, wirbt nicht für einzelne unter ihnen und versucht auch nicht, ihnen Mitglieder abzuwerben oder anderen zuzuführen.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Die Kampagne will im vorparlamentarischen Raum an der Willensbildung mitwirken. Sie hat nicht die Absicht, eine politische Partei zu werden oder zu bilden.

IV.
Die Kampagne ist ständig für ihre Ziele tätig. Sie beschränkt sich nicht allein auf die Organisierung der Ostermärsche. In ihrem Bestreben, keine Ruhe zu geben, ehe eine stabile Friedenssicherung durch Entspannung und Abrüstung erreicht ist, wirken für die Kampagne einzelne qualifizierte Personen, die die Vorschläge der Kampagne überall vertreten. Erst durch deren Arbeit kann die Kampagne auf die Dauer Einfluß gewinnen und eine große Zahl von Menschen gewinnen. Die Wirksamkeit der Kampagne beruht im gegenwärtigen Stadium nicht allein auf der Zahl der Personen, die ihr zustimmen, sondern wesentlich auch auf dem Einsatz derjenigen, die sich heute schon zu den Grundsätzen der Kampagne bekennen.

V.
Die Kampagne will "aufmersam-machen" und "unterrichten". Der ersten Aufgabe dient die Demonstration, der Protest und wenn notwendig der Widerstand. Die Lösung der zweiten Aufgabe erfordert die Zusammenstellung von Informationen und ihre Verbreitung, die Ausarbeitung von konkreten Lösungsvorschlägen, die Kundgebung und vor allem die permanente Lobby bei Einzelnen und Organisationen. Einsatz und Risiko bei der Arbeit und den Aktionen müssen der Bedeutung des Zieles angemessen sein.

VI.
Die Kampagne ergreift nicht Partei im Kalten Krieg, den sie entschieden ablehnt. Sie fördert und anerkennt Fortschritte auf beiden Seiten und verurteilt mit dem gleichen Bemühen um Gerechtigkeit die mangelnde Bereitschaft zu einer konsequenten Friedenssicherung durch Entspannung und Abrüstung, wo immer diese auftritt.

Sie erkennt, daß enge Kooperation und gegenseitige Hilfe der Völker mit unterschiedlicher industrieller Entwicklung eine wesentliche Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden sind. Sie unterstützt daher, die hierauf gerichteten Bemühungen der Vereinten Nationen.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-168

Selbstverständnis der Kampagne für Abrüstung
(Ausarbeitung Dr. Hans Schenck - Rudolf Segall)

Die Kampagne für Abrüstung hat in der Bundesrepublik an Breite und Präzision ihrer Politik, damit auch an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen. Dieser Erfolg bestätigt die Richtigkeit der politischen Methode der Kampagne:

+ Die Kampagne hat mit Erfolg die scheinbare Selbstgenügsamkeit der kleinen Gruppen, die sich im Besitz einer nicht populären Wahrheit ein gutes Gewissen zu schaffen schienen, aufgelöst zugunsten einer politischen Bewegung, die auf den moralischen Impuls nicht verzichtet, ihn jedoch beständig in politische Energie ummünzt.

+ In der Kampagne haben sich Bürger unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher weltanschaulicher Auffassungen auf bestimmte vordringliche Forderungen geeinigt und zur Durchsetzung dieser Forderungen verbündet. Gemeinsam ist allen, die in der Kampagne mitarbeiten, das Mißtrauen gegenüber veralteten Schablonen eines militärischen Freund-Feind-Denkens und der Versuch, unter den Bedingungen des Atomzeitalters neue Wege internationaler Friedenssicherung zu finden.

+ Die Kampagne praktiziert die Einsicht, daß der Protest gegen die Politik mit der Bombe nicht weiterhilft, wenn die Gegner einer solchen Politik nicht positive praktische Schritte für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung vorschlagen können.

Mancher, dem die Sache der Abrüstung am Herzen liegt, hat die Kampagne für Abrüstung zunächst skeptisch betrachtet. In einer Atmosphäre allgemeiner Entwpolitisierung muß der Versuch, auf die Straße zu gehen, von vielen als unreal und unvernünftig angesehen werden. Mit dieser Auffassung hat die Kampagne auf nachhaltige Weise gebrochen. Die Kampagne praktiziert Bürgerrechte, sie macht mit dem Grundgesetz ernst. Das ist besonders wichtig in einem Land, in dem sich autoritäre Kräfte immer noch oder auf's neue regen. In diesem Sinne hat die Kampagne das Selbstbewußtsein gehoben und sich zu einer Schule der Selbstverantwortung entwickelt.

Die Kampagne für Abrüstung hat ihre Arbeit allein und unabhängig von politischen Parteien getan. Die Kampagne sieht ihre Funktion darin, im vorparlamentarischen Raum an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Sie will hierbei in den Parteien, aber auch in anderen gesellschaftlichen Organisationen Zustimmung für eine Politik der Abrüstung gewinnen; sie wird sich in der Öffentlichkeit an Veranstaltungen und Diskussionen, die der Abrüstung dienen, gemeinsam mit ihnen beteiligen.

Die Träger der Kampagne sind davon überzeugt, und wollen diese Überzeugung ihren Mitbürgern vermitteln, daß die Militärmächte der Welt nicht in der Lage sind, den Frieden zu sichern, und die Frage der deutschen Wiedervereinigung zu lösen.

Die Kampagne will nach ihren Kräften einen Beitrag dazu leisten, daß auch in der Bundesrepublik Information über alle Vorschläge in der internationalen Politik, die einen Weg zur Abrüstung und Friedenssicherung zeigen, verbreitet wird.

Zwischenstaatliche Vereinbarungen über Abrüstungsmaßnahmen haben nur dann eine Chance, wenn die Zustimmung und der förderliche Druck der öffentlichen Meinung hinter ihnen stehen. Hier sieht die Kampagne für Abrüstung ihre Rolle. Sie steht bei dieser Aufgabe nicht allein da; die Kampagne empfindet sich als Teil einer vielfältigen nationalen und internationalen Bewegung für eine Regelung politischer Probleme durch eine friedenschaffende Vernunft.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-169

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 25. Juli 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648
va/ha

27. 7. 64

An die Örtlichen Ausschüsse;
den Mitgliedern des Hessischen Ausschusses
zur Kenntnisnahme

Liebe Freunde!

Sie haben inzwischen unser Rundschreiben und das beigefügte Briefflugblatt zum Hiroshima-Tag erhalten. Von unseren Anhängern ist bereits eine große Zahl von Bestellungen eingegangen, sodaß wir uns heute schon gerechtfertigt sehen, einen richtigen Weg zur Verbreitung des Briefflugblattes gewählt zu haben.

Dennoch glauben wir, daß es notwendig ist, daß die einzelnen Örtlichen Ausschüsse - dort wo irgend möglich - kleine Aktionen starten sollten. Bereits früher haben wir Mahnwachen und Informationsstände empfohlen, bei denen durch Plakate und Transparente auf den Hiroshima-Tag hingewiesen werden könnte, darüber hinaus aber auch Unterschriften unter unsere Petitionslisten gesammelt und die Brief-Flugblätter verteilt werden sollten.

Die Brief-Flugblätter sind durch das verwendete Papier, die eingelegte kleine Petitionsliste und die Art der Faltung nicht billig. Sie kosten uns mehr als DM 0,03 das Stück. Eine bestimmte Anzahl geben wir den Örtlichen Ausschüssen zu einem günstigen Preis ab und zwar von DM 0.01 das Stück. Sie finden auf der Rückseite dieses Schreibens eine Aufstellung über alle Örtlichen Ausschüsse und gleichzeitig die Zahl vermerkt, in wievielen Exemplaren wir den Örtlichen Ausschüssen jeweils den günstigen Preis einräumen können. Sofern Örtliche Ausschüsse eine höhere Auflage wünschen, müssen sie für die darüber hinaus gehenden Exemplare DM 0.03 das Stück zahlen. Wir möchten jedoch empfehlen, die Aktionen zum Hiroshima-Tag nicht allzu groß aufzuziehen, da der 1. September bestimmt noch größere Kosten für alle Örtlichen Ausschüse bringen wird. Wir glauben, daß eine klein und bescheiden gehaltene, dafür aber gut organisierte Aktion zum Hiroshima-Tag ihre örtliche Wirkung nicht verfehlen dürfte.

Wir erwarten Ihre Bestellung und wünschen viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr Kl. Vack
(Klaus Vack)

P.S.: Da die Herstellung der Brief-Flugblätter zum Hiroshima-Tag sehr viel Zeit in Anspruch nimmt, können nur solche Bestellungen berücksichtigt werden, die bis zum 31. Juli 1964 vorliegen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Aufstellung über die Stückzahl der Brief-Flugblätter, die der Hessische Ausschuß den Örtlichen Ausschüssen zum Stückpreis von DM 0.01 anbietet.

Bad Hersfeld	500 Stück	=	DM	5.--
Bad Vilbel	1.000 "	=	DM	10.--
Borken	500 "	=	DM	5.--
Darmstadt	2.000 "	=	DM	20.--
Kreis Dieburg	1.000 "	=	DM	10.--
Frankfurt	5.000 "	=	DM	50.--
Friedberg	500 "	=	DM	5.--
Kreis Gelnhausen	1.000 "	=	DM	10.--
Gießen	1.000 "	=	DM	10.--
Ginsheim	500 "	=	DM	5.--
Groß Gerau	500 "	=	DM	5.--
Hanau	1.500 "	=	DM	15.--
Herborn	300 "	=	DM	3.--
Kassel	2.000 "	=	DM	20.--
Langen/Egelsbach	500 "	=	DM	5.--
Mainz	2.000 "	=	DM	20.--
Marburg	1.000 "	=	DM	10.--
Mörfelden	500 "	=	DM	5.--
Neu Isenburg	500 "	=	DM	5.--
Oberursel	500 "	=	DM	5.--
Offenbach	2.000 "	=	DM	20.--
Pfungstadt	500 "	=	DM	5.--
Rüsselsheim	1.000 "	=	DM	10.--
Siegerland	500 "	=	DM	5.--
Sprendlingen	700 "	=	DM	7.--
Stockstadt	500 "	=	DM	5.--
Walldorf	500 "	=	DM	5.--
Wiesbaden	1.000 "	=	DM	10.--

Der Örtliche Ausschuß ..... bestellt ..... Exemplare des Brief-Flugblattes zum Preis von DM 0.01 je Stück und weitere ..... Exemplare zum Preis von DM 0.03 je Stück. Das Material ist an folgende Adresse zu liefern: .....
.....

....., den .....

.....
Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-170

Übersetzung

FRANK ALLAUN London an Klaus VACK Offenbach vom 16. 7. 64

Lieber Klaus,
ich habe wegen eurem Treffen Ende August angesprochen Sydney SILVERMAN, Anthony GREENWOOD, William WARBEY, Emrys HUGHES und Julius SILVERMAN.

Es tut mir leid, sagen zu müssen, daß sie alle so sehr verpflichtet sind, daß sie nicht in der Lage sind, teilzunehmen.

Ich habe Dick CROSSMAN noch nicht gesehen, so daß ich ihn noch nicht fragen konnte, aber es hindert nichts daran, daß Du ihn selbst ~~frag~~ anschreibst.

Mit Entschuldigung, daß ich nichts Erfolgreicheres bieten kann,

mit besten Wünschen

FRANK

(FRANK ALLAUN)

ANLAGE = Orig.schreiben von SYDNEY SILVERMAN an FRANK ALLAUN v. 13.7.

Lieber Frank,
Danke Dir für Deinen Brief vom 8. 7. Unter anderen Umständen wäre ich sehr erfreut gewesen, die Einladung nach Frankfurt anzunehmen. Wie Du weißt, habe ich an einer Menge solcher Gelegenheiten teilgenommen und ich glaube bestimmt, daß jede deutsche Bemühung in dieser Richtung unterstützt und ermutigt werden sollte. Unglücklicherweise stehen meine Pläne bereits fest und ich fürchte, daß ich weder in Deutschland noch in irgend einem Teil Europas am 29. August verfügabr sein werde.

Freundliche Grüße

Dein ergebener
SYDNEY SILVERMAN

Maurer 20. 7. 64 - mit Orig.briefen an VACK zurück

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-171

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

DATEN

22. 7. 64

1.8.64

Wir verweisen auf die beigefügte Einladung des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer zur Veranstaltung am 1. August 1964, 19.30 Uhr im Festsaal der Frankfurter Börse, Börsenplatz 2. Wollen Sie im Bekanntenkreis gezielt einige dieser Einladungen verteilen? Bestellungen bitte an unsere Geschäftsstelle.

6.8.64

Aus finanziellen Gründen können wir zum 6. August 1964 (Hiroshima-Tag) keine größere Flugblattaktion oder Veranstaltung machen. Das ist bedauerlich. Wir haben nun das beigefügte Brief-Flugblatt mit eingelegter Petitionsliste hergestellt. Wir bitten jeden unserer Anhänger, durch die beigefügte Zahlkarte 50 Stück dieser Brief-Flugblätter zu bestellen (nicht zu spät, möglichst sofort) und diese zu verteilen. Auf diese Weise - für jeden wenig Arbeit und ein kleines finanzielles Opfer - würden in Hessen ca 100 000 Flugblätter und Petitionslisten verteilt. Schreiben Sie Ihre Adresse bitte gut leserlich auf die Rückseite des linken Zahlkartenabschnittes, weil wir die Abschnitte als Brief-Aufkleber benutzen und so viel Arbeit sparen.

29.8.64

Am 29. August 1964 veranstalten wir in Frankfurt eine zentrale hessische Kundgebung zum Antikriegstag. Persönlichkeiten aus Belgien, Deutschland, England, Frankreich und Polen sollen als Redner auftreten (die zentrale Aktion in Bonn kann aus organisatorischen und finanziellen Gründen leider nicht stattfinden, sodaß nur dezentralisierte Veranstaltungen geplant sind.) Näheres über die hessische Veranstaltung - zu der wir Sie heute schon bitten, den Termin zu reservieren - lesen Sie im nächsten Rundschreiben.

1.9.64

Am 1. September 1964 - 25. Jahrestag nach Deutschlands Überfall auf Polen - werden wir im ganzen Bundesgebiet ein vierseitiges Zeitungsflugblatt unter dem Titel "Extrablatt, 1. September" verteilen (Format "Frankfurter Rundschau", zweifarbig, Auflage ca 1 Million Exemplare).

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach 4, Postfach 648, Waldstr, 99, Postscheckkonto Frankfurt 57 648.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-172

Neue Wege zur Lösung der alten Probleme

Es sprechen:

Danilo Dolci
Sizilien

Bayard Rustin
Vereinigte Staaten

Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg DD
Deutschland

Prof. Harold F. Bing
Großbritannien

Herbert Stubenrauch
Deutschland

Festsaal in der Börse
Frankfurt am Main, Börsenstraße 8-10

Samstag, 1. August 1964, 19.30 Uhr

Unkostenbeitrag: DM 1.-, Schüler und Studenten DM -.50

Verantwortlich: Klaus Vack, Offenbach am Main, Waldstraße 99
Druck: W. Plaueln, Offenbach am Main

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Diese Welt ist im Umbruch. Wissenschaftlicher und technischer Fortschritt, neue Erkenntnisse, Erfindungen und Errungenschaften verändern das Gesicht der Erde. Eine tiefe, dumpfe Angst bedrückt Millionen Menschen. Viele fragen, ob da nicht Gefahr bestehe, daß der „Fortschritt" unsere Menschengeneration in den Abgrund führe.

Die durch bundesdeutsche Tagespolitik stark strapazierten „. . ." haben fast Berechtigung in Verbindung mit dem Wort: Fortschritt; denn: die wissenschaftlichen und technischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte führten auch zur Atombombe.

Doch brachten uns die „fortschrittlichen" Errungenschaften dieses Jahrhunderts nicht nur viele und große neue Probleme, sondern sie konnten auch die alten Probleme nicht lösen.

Armut und Hunger sind noch immer die gefürchtetsten Krankheiten für viele Menschen. Wie vor Jahrtausenden kommt der Reichtum dieser Erde nur wenigen zugute.

Die Gefahr des Krieges ist heute wie gestern, und wenn wir ihn nicht verhindern, wird er totaler und vernichtender sein als alle Kriege zuvor.

Noch immer gibt es Völker in kolonialer Unterdrückung. Die Gleichberechtigung aller Rassen muß selbst in viele „zivilisierten" Nationen noch erkämpft werden.

Aber es gibt auch Hoffnung. Nicht nur, daß manche der Großen erkennen, daß allzu heftiges Säbelgerassel gefährlich werden könnte; auch die kleinen Leute machen sich auf – hier und da, oft einzeln, aber auch immer wieder in Gruppen und Massen – neue Wege zu gehen, um die alten Probleme zu lösen.

Da macht ein Mann einige Wochen Hungerstreik, um den Bau eines Staudammes bei Roccamena durchzusetzen und damit der arbeitslosen Bevölkerung zu Arbeit und für die nahe Zukunft zu fruchtbarem Land und damit mehr Brot zu verhelfen. Und Danilo Dolci, der Praktiker der nonviolenza – Gewaltlosigkeit – hat Erfolg.

Auf einem anderen Kontinent – in den USA – demonstrieren hunderttausende Neger zur Hauptstadt ihres Landes, um ohne Krawalle, Attentate etc., dafür aber mit Transparenten, Liedern und Reden, ihre völlige Gleichberechtigung durchzusetzen. Auch Bayard Rustin – engster Mitarbeiter von Martin Luther King, Pazifist, Kriegsdienstverweigerer – er und seine hunderttausend Rassengenossen hatten Erfolg.

Neue Wege
zur Lösung der alten Probleme

Wir laden Sie ein zu dieser bestimmt sehr interessanten Veranstaltung, gestaltet vom Verband der Kriegsdienstverweigerer in Zusammenarbeit mit der War Resisters' International.

Danilo Dolci und **Bayard Rustin** werden über ihre Arbeit, ihren Kampf, ihre Erfahrungen und Erfolge sprechen.

Oberkirchenrat Dr. Heinz Kloppenburg DD spricht über das Thema: „Statt Rüstung Brot für die Welt".

Prof. Harold F. Bing, Vorsitzender der War Resisters' International und **Herbert Stubenrauch**, Vorsitzender des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, geben eine Einführung zu dem Themenkreis.

Bringen Sie auch
Ihre Freunde und Bekannten mit!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

2. DM — Pf für Konto

Nr. 57648

PSchA Frankfurt (Main)

Eingezahlt am

Absender (mit Postleitzahl)

Absender umseitig

betrifft:

50 Hiroshima Briefe

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftempfänger

2. DM — Pf f.Kto.Nr. 57648

Absender:

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf 2. DM — Pf Zwei

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen) Deutsche Mark

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

6050 Offenbach

Konto Nr.

57648

Postscheckamt
Frankfurt (Main)

in

Postvermerk

Eingangs-Nr.

ED718-23-

(Einl.-Nr., Namensz. d. Annahmebea, Tag u. Monat)

173

Für Vermerke des Absenders

50 Hiroshima Briefe

Eingez. auf Kto Nr. 57648 PSchA Ffm.

Einlieferungsschein

– Bitte sorgfältig aufbewahren –

2. Deutsche Mark — Pf

(in Ziffern)

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

6050 Offenbach

in

Postvermerk

(Einl.-Nr., Annahmebea)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-174

An alle Bürger der Bundesrepublik

In diesem Jahr sind 50 Jahre seit Beginn des ersten und 25 Jahre seit Beginn des zweiten Weltkrieges vergangen. Jetzt wartet die Welt auf einen deutschen Beitrag zur Abrüstung. Die Petition an den Deutschen Bundestag zeigt einen Weg hierzu. Wir bitten die Bürger der Bundesrepublik mit uns die Petition zu unterstützen.

D. Martin Niemöller
Hans Magnus Enzensberger
Dr. Harry Pross
Dr. W. Abendroth
Herbert Faller
Dolf Segall
DD. H. Kloppenburg
Max von der Grün
Horst Symanowski
Dr. Robert Jungk
Günther Schwarz
Berthold Kiekebusch

(Zur Information über die Personen, die Sie privat und persönlich bitten, die Petition zu unterzeichnen: D. Martin Niemöller, Kirchenpräsident; DD. Heinz Kloppenburg, Oberkirchenrat; Hans Magnus Enzensberger, Schriftsteller; Max von der Grün, Schriftsteller; Dr. Harry Pross, Chefredakteur von Radio Bremen; Horst Symanowski, Pfarrer; Dr. Wolfgang Abendroth, Professor; Dr. Robert Jungk, Schriftsteller; Herbert Faller, Angestellter, Bundesjugendleiter der Naturfreunde Deutschlands; Günther Schwarz, Angestellter, Gewerkschaftssekretär der IG Metall; Dolf Segall, Angestellter, Gewerkschaftssekretär der IG Chemie-Papier-Keramik; Berthold Kiekebusch, Angestellter, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft ÖTV.)

Petition an den Deutschen Bundestag

Die Voraussetzung für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West ist, daß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden wird. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.**

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.**

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.**

Bitte, deutlich schreiben!

Name Vorname	Leitzahl Ort Straße	Unterschrift
1		
2		
3		
4		
5		

Zu dieser Petition ruft die Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner — auf. Mit ihrer Unterzeichnung entsteht jedoch keine Verpflichtung oder Bindung gegenüber der Kampagne. Die Namen von Unterzeichnern dieser Petition werden von der Kampagne nicht veröffentlicht.

Diese Petition darf jeder Bürger der Bundesrepublik nur einmal unterzeichnen. Die abgeschlossenen Listen senden Sie bitte direkt an den Hessischen Ausschuß der

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner

605 Offenbach 4, Waldstr. 99, Postfach 648

Herausgeber, Verleger und verantwortlich: Klaus Vack, Offenbach

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-175

Ist es noch bekannt?
Oder wurde es von zu vielen bereits vergessen?
Es war im August vor 19 Jahren.
Genauer gesagt: Am 6. August 1945
Der Krieg in Deutschland war gerade drei Monate zu Ende.
Deshalb geschah es in Japan.
Erinnern Sie sich?

Am 6. August 1945, am frühen Vormittag, ging über Hiroshima eine zweite, künstliche Sonne auf. In ihren Strahlen verbrannten 200 000 Menschen.

Die Sprengkraft der Hiroshima-Bombe entsprach 20 Kilo-Tonnen TNT. Die Bombe, die sich zur Sonne entzündete, wurde von einem amerikanischen Flugzeug ins Ziel getragen.

Die heute üblichen kleinen Atombomben und atomaren Raketensprengköpfe entsprechen einer Sprengkraft von 600 Kilo-Tonnen TNT. Das bedeutet im Einzelfall: Die Wirkung von 30 Hiroshima-Sonnen. Es gibt heute auch noch größere Massenvernichtungsmaschinen.
In West und Ost. Für West und Ost.
Und es gibt genügend Generäle und Politiker, die möchten „ein paar von diesen Dingern mal eben auf Nordvietnam oder auf Laos oder auf Kuba werfen" – damit es, wie sie sagen, „da endlich Ruhe gibt". Diese Generäle und Politiker haben Einfluß und bemühen sich, noch größeren Einfluß zu bekommen.
Wer wird sie daran hindern?
Wer wird ihnen Einhalt gebieten, damit die Erde bewohnbar bleibt?
Sie, der oder die Sie diesen Brief lesen?

Wir bitten Sie deshalb um einiges Nachdenken. In Ihrer Eigenschaft als Mitbewohner dieser Stadt, als Mitbewohner dieses Landes, als Mitbewohner dieser Erde.

Tatsache Nummer eins:
Wir wissen: die Menge der in Ost und West einsatzbereiten, atomaren Vernichtungsmaschinen reicht aus, die Bevölkerung in West und Ost mehrfach zu vernichten. Die Möglichkeit dazu besteht jeden Tag. Die Möglichkeit erhöht sich, wenn die Verfügung über diese, fälschlicherweise „Waffen" genannten Vernichtungsmaschinen ausgedehnt wird.

Frage:
Wollen Sie es der deutschen Bundesregierung gestatten, über einen „multilateralen" Umweg zu einer solchen Verfügungsgewalt zu kommen?

Tatsache Nummer zwei:
Wir wissen: um der atomaren Katastrophe zu entgehen, muß das Weltproblem Nr. 1 gelöst werden. Das Weltproblem Nr. 1 heißt: Abrüstung heute.

Frage:
Wissen Sie auch, daß in West und Ost brauchbare Abrüstungspläne entwickelt wurden? (In West u n d Ost: denn praktische Vernunft wird weder durch den geographischen Wohnsitz noch durch gesellschaftliche Systeme aufgehoben.)

Tatsache Nummer drei:
Abrüstung ist also heute notwendig und möglich, wenn die vorliegenden Pläne – auch durch uns! – eine ausreichende Unterstützung erfahren.

Frage:
Wollen Sie es der deutschen Bundesregierung gestatten, solche Pläne weiterhin zu ignorieren und statt dessen die deutsche Aufrüstung verstärkt fortzusetzen?

Tatsache Nummer vier:
Jeder Staatsbürger in diesem Lande hat das von der Verfassung garantierte demokratische Recht, sich für eine Änderung der von der deutschen Bundesregierung verfolgten Politik einzusetzen.

Frage:
Erkennen Sie Ihre Pflicht, von diesem Recht Gebrauch zu machen?

Es ist unsere Pflicht, uns gemeinsam dafür einzusetzen, daß auch hierzulande die Vernunft zur angewandten Politik wird. Und die kann nur heißen:
Frieden und Sicherheit für Deutschland durch Abrüstung und Entspannung

Wir schlagen Ihnen – als erste Schritte – dazu vor:

Verbreiten Sie das Wissen über die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Abrüstung heute.
Setzen Sie Ihre Unterschrift unter die Petition der Kampagne für Abrüstung (Zehntausende haben das bereits getan!)
Demonstrieren Sie am 1. September 1964 für eine solche Veränderung der Politik unseres Landes.
Nehmen Sie mit uns Kontakt auf.

Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
605 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Waldstraße 99, Postscheckkonto Frankfurt 576 48

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß

Ist es noch bekannt?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Übersetzung

ED 718-23-176

UNION FEDERALE, Brüssel, an Klaus VACK Offenbach vom 13. 7. 64

Lieber Freund Vack,

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 30. 6. möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, daß Ihr Anliegen eingehend geprüft/überlegt wurde, uns aber einigermaßen in Verwirrung gestürzt hat, da kein Mitglied unseres Vorstandes/Kuratoriums in der Lage ist, eine Versammlung in einem einigermaßen ordentlichen Deutsch anzusprechen.

Der einzige unserer Mitglieder, der in der Lage wäre zu sprechen und auch einen wertvollen Beitrag zur Diskussion des Themas, ~~bei~~ das den Höhepunkt Ihres öffentlichen Treffens am 29. 8. in Frankfurt bilden wird, zu leisten, wäre der frühere belgische Botschafter in Moskau, Herr ~~D=Rdu~~ Edouard LE GHAIT, der eine zeitlang auch Kabinettschef von Paul SPAAK war, als dieser Außenminister war.

Wir werden ihn fragen, aber Sie können ihn auch direkt anschreiben: 41, Heyststraat - WESTKAPELLE (W. VL) ((Brüssel?)) - das mag die Chance erhöhen, daß er teilnimmt, falls das Datum noch frei ist.

Herr LE GHAIT hat nicht nur ~~die~~ Erfahrung in der internationalen Politik. Er ist der beste belgische zivile Kenner der Nuklearstrategie und der Autor von verschiedenen Büchern in franz$sisch und deutsch zum Thema, zum Beispiel: " --"((Übersetzer versagt!)) Er vertritt die progressiv wachsende Entmilitarisierung von zweiseitigen geographischen Gebieten, mit deren kompletter Abrüstungskontrolle jedermann einverstanden sein müßte. ((Übersetzung des letzten Satzes mangelhaft; Sinnbedeutung ist dem Übersetzer leider nicht klargeworden!)).

In der Zwischenzeit bin ich
Ihr ergebener

MAURICE R. SOSYN
Generalsekretär

---

20. 7. 64 ⊥ Maurer
an VACK, mit Originalbrief/Zurück - sollten wir dem nähertreten, bzw. den Mann reden lassen woll bitte ich dringend, daß sich nochmals jemand anderes über setzt, was er eigentlich vertritt (letzter Absatz!)

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

ED 718-23-177

K l a u s -

bitte Umschlag an mich zurück, wegen Sammlermarken -

aber n i c h t k n i c k e n !

Anbei auch Übersetzung für OM, Brüssel. Der Absender UNION FEDERALE hat im Untertitel etwas stehen von "Bewegung für Weltföderation und Weltbürgerschaft" - dies nur zur Information. Und dabei gleich folgendes: haben wir nicht irgendwo einen Fond, der mir armem Übersetzer fünf DM für ein (gebrauchtes) LANGENSCHEIDT-Wörterbuch FRANZÖSISCH spenden könnte?!

Fritz Ebert

20.7.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, d.15.7.64
Postfach 648

16. 7. 64

ED 718-23-178

Protokoll zur Sitzung des Hessischen Ausschusses am 14.7.1964 in Offenbach

---

Anwesend: Arlt, Farr, Halberstadt, Strass, Vack, Winkler, Eskuche, Malkomes, Müller, Dr. Schenck, Segall

es fehlten: Amann, Andres, Faller, Becker, Maurer, Moritz, Weick

als Gäste waren teilweise anwesend: Dörflinger und Goßfelder

Tagesordnung:
1) Flugblatt zum 6. August
2) Veranstaltung zum Antikriegstag
3) Verschiedenes
4) Lichtbildervortrag vom Ostermarsch 1964

Zu Punkt 1 der TO

Dem Hessischen Ausschuß liegt ein Textentwurf vor, der allgemeine Anerkennung findet. Der Text wird im einzelnen besprochen und durch kleine Änderungen ergänzt oder verbessert. Der endgültige, von HA beschlossene Text ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Text soll nicht in Form eines Flugblattes, sondern in Form eines Briefes gedruckt werden. Der bedruckte Briefbogen wird so gefaltet, daß er die Form eines Briefumschlages erhält. Wenn es sich technisch realisieren läßt und die Herstellung nicht allzusehr verteuert, werden die kleinen Ostermarschaufkleber auf jedes Exemplar als Briefverschlußmarke aufgeklebt. Eine kleine Petitionsliste wird dem Brief beigefügt.

Die techn. Frage der Herstellung, sowie die Kosten werden unverzüglich geprüft; dann erhalten die örtl. Ausschüsse ein Angebot mit der Bitte, entsprechend den finanziellen Möglichkeiten, möglichst viele dieser Brief-Flugblätter zum Hiroshimatag zu verteilen. Da aus den vergangenen Jahren bekannt ist, daß auch außerhalb Hessens liegende Ausschüsse an den hessischen Drucksachen zum Hiroshimatag Interesse haben, sollen diese ein Musterexemplar erhalten.

Zu Punkt 2 der TO

Bei den Vorbereitungen der Veranstaltung zum 29. August 1964 (für den Antikriegstag) sind bisher nur Schwierigkeiten aufgetreten. Folgende Persönlichkeiten haben für das geplante Podiumsgespräch eine Absage erteilt: Prof. Dr.Dr. Otto Hahn, Holger Börner, Noel Baker, Günter Grass, Dr. Oswald Kohut, Dr. Marion Gräfin Dönhoff, Dr. Gerhardt Czeczny, Prof. Dr. Eugen Kogon, Golo Mann, Dr. Harry Pross, Dr. Walter Fabian, Dr. Thomas Dehler. Zugesagt hat lediglich Claude Bourdet. Antworten stehen noch aus von Walter Dirks, Arno Schmidt, Christian Geisler, Sebastian Haffner, Gösta von Uxküll, Dr. Arno Künzli und Oberst a.D. von Bonin.

-2-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Außerdem will sich Frenk Allaun um einen britischen Labour-Abgeordneten bemühen, und die Geschäftsstelle steht in Korrespondenz mit dem polnischen Außenministerium und der belgischen Kampagne, um je einen Vertreter dieser Länder als Teilnehmer zu gewinnen.

Der Hess.Ausschuß kommt nach den vielen Absagen zu der Überzeugung, daß es kaum möglich sein dürfte, genügend prominente Teilnehmer für eine Podiumsdiskussion zu bekommen. Es wird deshalb beschlossen, auf die Podiumsdiskussion zu verzichten und dafür eine Forumsveranstaltung durchzuführen. Es sollen lediglich Redner auftreten, und zwar möglichst 2 deutsche und je ein Redner aus England, Frankreich, Belgien und Polen. Für Frankreich wird Claude Bourdet akzeptiert, für die anderen 3 Länder werden die Antworten auf die diversen Briefe abgewartet. Von deutscher Seite wird versucht, als Hauptredner entweder Prof.Dr.Dr.Baade, Prof.D. Helmut Gollwitzer oder Küpper (IG Chemie - Hauptvorstand -) zu gewinnen. Als 2. deutscher Redner könnte einer der bisher angeschriebenen in Frage kommen, und es ist abzuwarten, wie die Antworten ausfallen. Besonders gedacht ist an Künzli oder von Bonin.

Die Saalbau-GmbH. der Stadt Frankfurt hat mitgeteilt, daß das Volksbildungsheim am 29.8.64 wegen Renovierungsarbeiten geschlossen ist. Die Veranstaltung soll deshalb im Kantatensaal, bzw. wenn dieser nicht zur Verfügung steht, im Festsaal der Börse stattfinden.

Arlt, Eskuche und Vack werden beauftragt, ein Rundschreiben an alle örtlichen Ausschüsse auszuarbeiten, in dem örtl. Aktivitäten zum Antikriegstag angeregt werden.

Es wird bekannt, daß die DGB-Kundgebung am 1. September auf dem Römerberg stattfindet und daß als einziger Redner Georg Leber auftreten wird. Dolf Segall wird klären, inwieweit es möglich ist, an der DGB-Veranstaltung mit Parolen der Kampagne teilzunehmen. Über diese Frage soll in der nächsten HA-Sitzung gesprochen werden.

Klaus Vack wird beauftragt, mit Fred Gebhardt in Kontakt zu bleiben und den HA darüber auf dem laufenden zu halten, was und in welcher Form vom Bund für Volksbildung aus Anlaß des Antikriegstages in Ffm. eine größere Veranstaltung stattfindet.

Zu Punkt 3 der TO

3.1 Zu einer Versammlung des örtl.Ausschusses Gießen am 22.7.64 fahren Arlt und Farr.

3.2 Die nächste Sitzung des HA soll in der 1.Aug.Woche stattfinden.

3.3 Der von der bei der letzten Sitzung gewählten Kommission ausgearbeitete Gegenentwurf z."Selbstverständnis d.Kampagne" geht den Mitgliedern des HA schriftl.zu u.wird i.d.nächsten Sitzg.besprochen.

3.4 Klaus Vack informiert den HA, daß Helga Weber ihr Arbeitsverh. mit dem 30.6.64 aufgelöst hat und nunmehr beim VK-Bundesvorst. beschäftigt ist. Der HA hat z.Zt.keine Angestellten.Die Einstellung einer neuen Kraft muß zu einem späteren Zeitpunkt besprochen werden.

Zu Punkt 4 der TO

Herr Dörflinger führt den neuen Lichtbildervortrag über den Ostermarsch 1964 vor. Da es bereits sehr spät ist, wird die Diskussion über den Lichtbildervortrag vertagt auf die nächste Sitzung. Zu dieser Sitzung sollen Dörflinger und Goßfelder wieder eingeladen werden.

Für die Protokollführung:
Klaus Vack

Internet Zeitgeschichte Archiv

ED718-23-179

Ist es noch bekannt?
Oder wurde es von zu Vielen bereits vergessen?
Es war im August vor 19 Jahren.
Genauer gesagt: Am 6. August 1945
Der Krieg in Deutschland war gerade drei Monate zu Ende.
Deshalb geschah es in Japan.
Erinnern Sie sich?

Am 6. August 1945, am frühen Vormittag, ging über Hiroshima eine zweite, künstliche Sonne auf. In ihren Strahlen verbrannten 200 000 Menschen.

Die Sprengkraft der Hiroshima-Bombe entsprach 20 Kilo-Tonnen TNT.
Die Bombe, die sich zur Sonne entzündete, wurde von einem amerikanischen Flugzeug ins Ziel getragen.
Einer der Flieger des Bombenflugzeuges hieß Catherly.
Als er sich später wegen der Ausführung des Atombombenfluges selbst anklagte, sperrte man ihn ins Irrenhaus.

Die heute üblichen kleinen Atombomben und atomaren Rakentsprengköpfe entsprechen einer Sprengkraft von 600 Kilo Tonnen TNT. Das bedeutet im Einzelfall: Die Wirkung von 30 Hiroshima-Sonnen.
Es gibt heute auch zahlreiche noch größere Massenvernichtungsmaschinen.
In West und Ost. Für West und Ost.
Und es gibt genügend Generäle und Politiker, die möchten "ein paar von diesen Dingern mal eben auf Nordvietnam oder auf Laos oder auf Cuba werfen" - damit es, wie sie sagen, "da endlich Ruhe gibt".
Diese Generäle und Politiker werden nicht ins Irrenhaus gesperrt.
Im Gegenteil. Sie haben Einfluß und bemühen sich, noch größeren Einfluß zu bekommen.
Wer wird sie daran hindern?
Wer wird ihnen Einhalt gebieten, damit die Erde bewohnbar bleibt?
Sie, der oder die Sie diesen Brief lesen?

Wir bitten Sie deshalb um einiges Nachdenken. In Ihrer Eigenschaft als Mitbewohner dieser Stadt, als Mitbewohner dieses Landes, als Mitbewohner dieser Erde.

Tatsache Nummer eins:
Wir wissen: die Menge der in Ost und West einsatzbereiten, atomaren Vernichtungsmaschinen reicht aus, die Bevölkerung in West und Ost mehrfach zu vernichten. Die Möglichkeit dazu besteht jeden Tag. Die Möglichkeit erhöht sich, wenn die Verfügung über diese, fälschlicherweise "Waffen" genannten, Vernichtungsmaschinen, ausgedehnt wird.
Frage:
Wollen Sie es der deutschen Bundesregierung gestatten, über einen "multilateralen" Umweg zu einer solchen Verfügungsgewalt zu kommen?

Tatsache Nummer zwei:
Wir wissen: um der atomaren Katastrophe zu entgehen, muß das Weltproblem Nr. 1 gelöst werden. Das Weltproblem Nr. 1 heißt: Abrüstung heute.
Frage:
Wissen Sie auch, daß in West und Ost brauchbare Abrüstungspläne entwickelt wurden? (In West u n d Ost: denn praktische Vernunft wird weder durch den geographischen Wohnsitz noch durch gesellschaftliche Systeme aufgehoben.)

Institut für Zivilgesellschaft - Archiv

Tatsache Nummer drei:
Abrüstung ist also heute notwendig und möglich, wenn die vorliegenden Pläne - auch durch uns! - eine ausreichende Unterstützung erfahren.
Frage:
Wollen Sie es der deutschen Bundesregierung gestatten, solche Pläne weiterhin zu ignorieren und statt dessen die deutsche Aufrüstung verstärkt forzusetzen?

Tatsache Nummer vier:
Jeder Staatsbürger in diesem Lande hat das von der Verfassung garantierte demokratische Recht, sich für eine Änderung der von der deutschen Bundesregierung verfolgten Politik einzusetzen.
Frage:
Erkennen Sie Ihre Pflicht, von diesem Recht Gebrauch zu machen?

Es ist unsere Pflicht, uns gemeinsam dafür einzusetzen, daß auch hierzulande die Vernunft zur angewandten Politik wird. Und die kann nur heißen:
Frieden und Sicherheit für Deutschland
durch Abrüstung und Entspannung

Wir schlegen Ihnen - als erste Schritte - dazu vor:

Verbreiten Sie das Wissen über die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Abrüstung heute.
Setzen Sie Ihre Unterschrift unter die Petition der Kampagne für Abrüstung (Zehntausende haben das bereits getan!)
Demonstrieren Sie am 1. September 1964 für eine solche Veränderung der Politik unseres Landes.
ehmen Sie mit uns Kontakt auf.

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
- Hessischer Ausschuß -
605 Offenbach/Main 4
Postfach 648, Waldstraße 99
Postscheckkonto, Frankfurt 57648

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-180

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 7. Juli 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648
va/ha

An den Hessischen Ausschuß

Liebe Freunde,

wie abgesprochen, findet die nächste Sitzung des HA am kommenden Dienstag, 14. Juli 1964 statt. Ich lade Sie für 19 Uhr in das Offenbacher Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe ein.

Ich schlage folgende Tagesordnung vor:

1. Lichtbildervortrag vom Ostermarsch 1964
2. Flugblatt zum 6. August
3. Veranstaltung zum Anti-Kriegstag
   (auch örtliche Veranstaltungen)
4. Verschiedenes

Da ich weiß, daß eine Reihe von Freunden z. Zt. in Urlaub ist, bitte ich die "Zurückgebliebenen" unter allen Umständen an der Sitzung teilzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack

(Klaus Vack)

P.S.: Wer nicht weiß, wo sich das Offenbacher Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe befindet, verständigt sich am besten vorher mit unserer Geschäftsstelle, da die Anreise mündlich besser erläutert werden kann als schriftlich.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-181

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Protokoll zur Sitzung des Arbeitsausschusses am 26.6.1964
in Offenbach 4.7.64

Anwesend: Arlt, Halberstadt, Amann, Vack, Strass

es fehlten: Faller, Farr, Winkler, Andres

Tagesordnung:

1) finanzielle Angelegenheiten
2) Sitzung mit den örtlichen Ausschüssen am 27.6.64 in Frankfurt
3) Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

Auf den Finanzaufruf an unsere Anhänger hin ging eine Anzahl von Spenden ein. Dr. Freudenberg und D Niemöller haben je eine größere Spende überwiesen. Vom Frankfurter VK wurde uns mitgeteilt, daß im Jahre 1964 an den hessischen Ausschuß und an den örtlichen Ausschuß Frankfurt bereits insgesamt DM 320,- gezahlt wurden.

Bei der Frankfurter Rundschau haben wir noch große Verbindlichkeiten.

Zu Punkt 2 der TO

Im folgenden werden die einzelnen Tagesordnungspunkte der kommenden Sitzung erörtert.

2.1. Bericht über die ZA Sitzung am 13./14.6.1964

I Der zentrale Ausschuß sah sich bei seiner letzten Sitzung außerstande, eine Großkundgebung oder eine andersartige Veranstaltung zum Antikriegstag zu beschließen. Am 1. Sept. soll vom ZA lediglich ein Zeitungsflugbaltt hergestellt werden, das in Großaktionen von den örtlichen Ausschüssen vertrieben werden soll.

Im Arbeitsausschuß bedauert man diesen Beschluß und ist der Ansicht, daß zumindest in Hessen aus Anlaß des 1.9. eine Veranstaltung in Form einer internationalen Podiumsdiskussion organisiert wird, bei der etwa das Thema zur Debatte steht :"Frieden und Sicherheit - durch Abrüstung und Entspannung?" An der Diskussion sollen teilnehmen: Arno Schmidt, Grass, Geisler, Kohut, Dönhoff, Haffner, Szczesny, Kogon, Harry Pross, Üxküll, Fabian und ein Vertreter aus Polen. Bourdet aus Frankreich hat bereits zugesagt. Frank Allaun wurde um die Vermittlung eines Labour-Abgeordneten gebeten. Absagen gaben Golo Mann und Dehler.

-2-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Weiterhin sollen Prof. Hahn und Walter Dirks, Holger Börner und Baade (von Halberstadt) angesprochen werden. Außerdem wird Halberstadt Sebastian Haffner anrufen. Kai Hermann soll um die Vermittlung eines Herren von der "Zeit" gebeten werden.

Die Veranstaltung findet am 29.8.64, 15.oo Uhr, voraussichtlich Volksbildungsheim Frankfurt statt.

II Weiterhin hat der ZA beschlossen, den Abschlußtermin für die Unterschriftensammlung für die Petition vorerst auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen. In Hessen sollen die Aktionen zur Unterschriftensammlung so vorangetrieben werden, daß die Sammlung evtl. Anfang Dez. abgeschlossen werden kann. Die Petitionslisten werden, wo möglich, durch die örtlichen Ausschüsse gesammelt und dem hessischen Ausschuß zugeleitet, der sie dann zu einen späteren Zeitpunkt an Dr. Buro weitergibt. Evtl. wird der zentrale Ausschuß zu gegebenen Anlässen die örtlichen Ergebnisse veröffentlichen.

III Dr. Klönne hat einen Entwurf über das "Selbstverständnis der Kampagne" erarbeitet, der der letzten ZA Sitzung zur Beratung vorlag und über den in der nächsten ZA Sitzung beschlossen werden soll. Der Entwurf, von den Arbeitsausschußmitgliedern zur Kenntnis genommen, soll am Ende der Podiumsdiskussion am Samstag verlesen werden und hektographiert an die Zuhörer verteilt werden, die um ihre Stellungnahme an den hess.Ausschuß gebeten werden. *)

.2. Hiroshimatag
Halberstadt wird bis zum Mittwoch den Texentwurf für ein Flugblatt zum 6.8. vorlegen, der dann den örtlichen Ausschüssen zum Abdruck zur Verfügung gestellt werden soll.

2.3. Podiumsgespräch
Bis jetzt sind die Vorbereitungen abgeschlossen. Ulla Illing und Herbert Feller mußten aus terminlichen Gründen absagen. Morgen soll geklärt werden, wer die Gesprächsleitung übernimmt.

Am Ende der Veranstaltung soll auf die Berta-v.-Suttner-Feier in der Paulskirche mit Linus Pauling am 5.7. hingewiesen werden.

Zu Punkt 3 der TO

Die nächste Sitzung des hess.Ausschusses wird am 14.7.64 stattfinden, bei der Herr Dörflinger den bis dahin fertiggestellten Lichtbildervortrag vom Ostermarsch 1964 vorführen wird.

605 Offenbach, den 1.7.1964
Waldstraße 99

Für die Protokollführung:
Fritz Strass

*)Dieser Beschluß wurde vom Hess.Ausschuß am 27.6.64 aufgehoben.

Institut für Vergeschichte Archiv

ED 718-23-182

pressedienst
nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Nordhessens Jungsozialisten für Ostermarsch

In diesen Tagen hat sich die Unterbezirkskonferenz Eschwege - Witzenhausen - Melsungen der Jungsozialisten mit der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - beschäftigt und einen positiven Beschluß gefaßt. In der Entschließung heißt es:

"Die Jungsozialisten der Unterbezirkskonferenz Eschwege-Witzenhausen-Melsungen befürworten eine Mitarbeit in den Ausschüssen des Ostermarsches der Atomwaffengegner. Wir betrachten den Ostermarsch als eine demokratische Kampagne für nukleare Abrüstung und bitten den Parteivorstand, alle Beschlüsse in dieser Richtung gründlich zu überprüfen."

Offenbach, den 3. Juli 1964 - wack -

4. 7. 64

herausgeber: kampagne für abrüstung - ostermarsch der atomwaffengegner, hessischer ausschuß, 605 offenbach (main), waldstraße 99
ruf: 88 37 64, postscheckkonto: ffm. 57 648

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner

März

ED 718-23-183

Dr. Andreas Buro 8 München 55 Andreas-Vöst-Straße 5 Fernruf 18561

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Postscheck Hannover 239640
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto Braunschweig

P R O T O K O L L
über die Sitzung des
ZENTRALEN AUSSCHUSSES
am 13. und 14.6. 1964

2.7.64 V.

Neue Telefonnummer
74 66 61

BITTE VORMERKEN: Nächste ZA-Sitzung am 19. und 20.9. 1964

VERTEILER: Kuratorium, Zentraler Ausschuss, Ausschüsse der Kampagne

T E I L N E H M E R

Sprecher
Andreas Buro

RA Hamburg/Schleswig-Holst.
Günther Lübcke

RA Niedersachsen
Heinz Fischer
Wolfgang Liebegeld
H. Matzat

RA West
Christel Beilmann
Herbert Stubenrauch
Frank Werkmeister

RA Hessen/Rheinland
Heiner Halberstadt
Klaus Vack
Norbert Winkler

RA Baden/ Pfalz / Saar
Ernst Günther
Irm de Ondarza

Kuratorium
Herbert Faller
Hans-Joachim Heydorn
Arno Klönne
Bodo Manstein

RA Württemberg/ Bodensee
Günter Fritz
Manfred Killguss
Alfred Riedel

RA Bayern-Nord
Horst Klaus

RA Bayern-Süd
Gerhard Schmid

Egon Becker - Naturfreunde Jugend
H.G.Friedrich - IdK
Wilfried Hille - VK
Hannelis Schulte - DFG
Edgar Weick - SDS

Als Gast:
Gerry Hunnius - Internationale Konföderation

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maier, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, D. E. Wolf.
Sprecher des Zentralen Ausschusses: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg/Holstein, Manhagener Allee 33, Fernruf 48 76

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

a.) Durch die Urlaubszeit haben die organisatorischen Bemühungen um die Petition nicht im wünschenswerten Maße eingesetzt. Es wurde daher beschlossen, die Werbung für die Petition erst Ende November abzuschliessen. Die RA sollen beim Neudruck von Petitionen ihre Adressen einsetzen, so daß ihnen die Petitionslisten auch wieder zugeschickt werden. Dadurch sollen die RA einen Überblick über die Unterzeichner in Ihrem Gebiet gewinnen. Die bisher beim ZA eingegangenen Listen werden den RA zugesandt. Ein Brief an die Unterzeichner des Aufrufes 1964 wurde vom ZA hergestellt und an die RA zum Versand ausgegeben, (evtl. noch bei Andreas B u r o bestellen). Ferner erhielten die RA 2 Sätze Adressenkleber der Unterzeichner des CA Aufrufes. Mit einem Satz soll von den RA eine Kartei angelegt werden, der andere dient zum Versand der Petitionsbriefe. Die Adressen der Unterzeichner dürfen nicht für andere Organisationen oder für die Werbung von Zeitschriften u. dgl. weitergegeben oder benutzt werden.

b.) Nach eingehender Besprechung der Möglichkeiten wurde beschlossen, statt der Veranstaltung in Bonn am 29.8. als Extrablatt eine einheitliche Zeitung zum 1. September zu drucken. Die Zeitungen sollen bei Veranstaltungen zum Antikriegstag ab 28.8. verteilt werden und am 1.9. schlagartig überall in der BRD öffentlich in einem konzentrierten Einsatz ausgeteilt werden. Den Inhalt dieses Extrablattes finden Sie in Anlage 1. Die Bestellungen geben Sie bitte sofort an Klaus V a c k, 6050 Offenbach, Waldstrasse 99. Bestellungen nach dem 15.7.1964 können nicht mehr mit Sicherheit berücksichtigt werden, Der Preis hängt von der Auflagenhöhe ab, (geplant 200.000 - 500.000). Er liegt voraussichtlich bei DM -.03 per Stück. Die Auslieferung der Zeitung erfolgt am 10.8.1964, so dass die Exemplare auf alle Fälle rechtzeitig bei Ihnen sein können.

c.) Der ZA hat beschlossen in diesem Jahr alle Kräfte auf die Zeit um den 1.9.1964 zu konzentrieren. Er fordertdaher die Ausschüsse nicht zu besonderen Aktionen, zum Hiroshima-Tag auf. Für diejenigen, die trotzdem Aktionen planen, wird ein Flugblatt-Text ausgearbeitet Ihnen wird empfohlen, statt Mahnwachen Informationsstände einzurichten, da diese meist wirkungsvoller sind. Allen Ausschüssen wird empfohlen, eine Anzeige in Ihre örtliche Zeitung zu setzen. Der Text könnte etwa lauten:

Heute vor 19 Jahren, am 6. August 1945, fanden
Sumiko Osato geb. 20.10.1924
und
Yoko Osato geb. 13.4.1944
und mit Ihnen 67234 Menschen, unter ihnen, viele Frauen und Kinder plötzlich und unerwartet in Hiroshima durch die erste Atombombe einen grausenhaften Tod.
Das furchtbare Geschehen verpflichtet jeden menschlich-Fühlenden zu verhindern, dass noch einmal Atomwaffen eingesetzt werden können.

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Adresse: .....

Zur Finanzierung dieser Anzeige empfehlen wir, in einem speziellen Rundschreiben an die örtlichen Förderer der Kampagne heranzutreten.

d.) Über die Verbreitung der Schrift von Noel Baker:"Weltabrüstung jetzt" die einen ausgezeichneten Überblick über die Abrüstungsbemühungen der letzten Zeit gibt, muß noch mit dem Stimme-Verlag gesprochen werden. Wahrscheinlich wird eine Auflage in Höhe von 20.000 Stück infrage kommen, wenn die finanziellen Voraussetzungen hierfür geschaffen werden können. U.U. soll noch geprüft werden, ob von der Kampagne eine Schriftenreihe über verschiedene aktuelle Fragen der Abrüstung und Friedenssicherung herausgegeben werden kann. Bodo Manstein wurde gebeten, mit Christel Küpper und Herbert Mochalski Vorschläge hierfür auszuarbeiten.

2. Erweiterung des ZA durch Zuwahl

Der ZA beschloss sich in Zukunft nach Bedarf durch Zuwahl zu erweitern, um so die Möglichkeit zu schaffen, Mitarbeiter mit speziellen Fähigkeiten für den ZA zu gewinnen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-184

Da die anderen Mitglieder des ZA nur stets befristet delegiert werden, erfolgt die Zuwahl neuer ZA-Mitglieder ebenfalls nur für ein Jahr. Sie kann nach Ablauf der Frist erneut vorgenommen werden.
Zugewählt wurden einstimmig: Lass, Weber, Klefisch, Schenke

3. Selbstverständnis der Kampagne

Ein Entwurf von Arno Klönne wurde hierzu vorgelegt (Anlage 2). Er soll in den Ausschüssen besprochen werden. Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge bitte bis zum 30.7.1964 an Andreas Buro geben. Er wird daraus einen Diskussionsentwurf für die nächste ZA-Sitzung zusammenstellen.

4. Internationales Recht und Weltpolizei als Ordnungsfaktor einer abrüstenden Welt

Wurde aus Zeitmangel nur kurz besprochen und vertagt.

5. Soziologische Betrachtung der aktiven und potentiellen Kräfte für Abrüstung und Entspannung in der BRD im Hinblick auf die Einwirkungsmöglichkeiten der Kampagne.

Hans-Joachim Heydorn hielt ein sehr eingehendes Referat über das Thema. Das Referat evtl. mit einigen Diskussionsbeiträgen wird in der IZA abgedruckt. Da Heydorn wichtige Gesichtspunkte für die weitere Arbeit der Kampagne zur Diskussion stellte, soll das Referat in allen Ausschüssen möglichst eingehend besprochen werden.

6. Stellungnahme der Kampagne zum Luftschutz und Notstandsgesetz

Vom Arbeitsausschuss soll eine Stellungnahme über den Luftschutz erarbeitet und den Ausschüssen zugeleitet werden. Da hierin grundsätzliche Fragen berührt werden müssen, soll ausserdem ein Flugblattext verfasst werden.

7. Verschiedenes

Gerry Hunnius, Generalsekretär der IKAF, gab eine Übersicht über die internationalen Bemühungen der Konföderation. An einzelnen Vorhaben nannte er:
a. Treffen der Redakteure von Friedenszeitschriften in Oslo am 29./30.8.1964. zum Austausch von Erfahrungen und zur Prüfung der Möglichkeiten zur Zusammenarbeit.
b. Die Caravan Workshops - motorisierte Gruppen, die in England von Ort zu Ort reisen, um die Friedensarbeit zu aktivieren - sind nach Canada eingeladen worden, um dort ihre Arbeitsmethoden bekannt zu machen. Reisekosten bezahlen die Engländer, Aufenthalt die Canadier. Ein Teil der Workshops hat sich in England in Produktionsbetriebe auf genossenschaftlicher Basis umgewandelt, deren Gewinn der Friedensarbeit wieder zufliessen soll.
c. Auf einer kanadischen Insel findet eine Konferenz der aktiven Friedensarbeiter aus England, Amerika, und Canada statt um Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit zu besprechen.
c. Die amerikanische Sammelbewegung "Turn Towards Peace" hat eine zweijährige Schulung für aktive Mitarbeiter eingeführt. Bisher haben bereits 40 Personen diese Schulung durchgemacht. U.U. besteht die Möglichkeit auch Deutsche an einer solchen Schulung teilnahmen zu lassen.
e. Nach dem Vorschlag von Dr. Robert Jungk bemüht sich die Conföderation eine Ausstellung "Menschheit 2 000" im Welt - Kooperat-ionsjahr anzuregen. Die Ausstellung soll voraussichtlich in England stattfinden.

Herbert Stubenrauch hat als Delegierter der Kampagne an dem griechischen Marsch von Marathon nach Athen teilgenommen. Er berichtete über die erstaunliche Dynamik dieser Aktion und die große Zustimmung der Bevölkerung zu dem Marsch. An der Schlusskundgebung in Athen beteiligten sich 250.000 bis 300.000 Menschen. Die griechische Kampagne hat einen unerhörten Aufstieg genommen und dürfte zur größten Kampagne in Europa geworden sein.

Die nächste Sitzung findet am 19./20.9.1964 statt.

München, den 27.6.1964

gez. Andreas Buro

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Anlage 1 zum Protokoll der ZA-Sitzung am 13./14.6.1964

Vorläufige Inhaltsübersicht für das Extrablatt
der Kampagne zum 1. Sptember.

1. Leitartikel, der die Lehren zweier Weltkriege für Deutschland aufzeigt und die Stellungnahme der Kampagne zum "Antikriegstag " beschreibt.

2. Text der Petition der Kampagne an den Bundestag

3. Erläuterung der drei Forderungen der Petition

4. Übersicht der wichtigsten bisherigen Unterzeichner der Petition.

5. Kurze Stellungnahmen einiger prominenter Unterzeichner: warum sie im Zusammenhang mit dem 1.September die Petition für wichtig halten.

6. Zitate ausländischer Politiker und Wissenschaftler, die unsere Petition bzw. deren Politk stützen.

7. Kurzdarstellung der Kampagne: Ziel,Struktur, Personen..

Dazu: Fotos und Graphik.

Druck: Zweifarbig

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Anlage 2 zu Protokoll EA 13./14.6.1964

ED718-23-185

Betrifft: Selbstverständnis der Kampagne - Entwurf

Die Kampagne für Abrüstung hat in der Bundesrepublik an Breite und Präzision ihrer Politik, damit auch an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen. Dieser - wenn auch bescheidene - Erfolg bestätigt die Richtigkeit der politischen Methode der Kampagne :

+ Die Kampagne hat mit Erfolg die falsche Selbstgenügsamkeit der kleinen Gruppe, die sich im Besitze einer nicht geschichtsmächtigen Wahrheit ein gutes Gewissen schafft, aufgelöst zugunsten einer politischen Bewegung, die auf den moralischen Impuls nicht verzichtet, ihn jedoch beständig in politische Energie ummünzt.

+ In der Kampagne haben sich Bürger unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Auffassungen auf bestimmte vordringliche politische Forderungen geeinigt und zur Durchsetzung dieser Forderungen verbündet. Gemeinsam ist allen, die in der Kampagne mitarbeiten, das Mißtrauen gegenüber veralteten Schablonen eines militärischen Freund-Feind-Denkens und der Versuch, unter den Bedingungen des Atomzeitalters neue Wege internationaler Friedenssicherung zu finden.

+ Die Kampagne praktiziert die Einsicht, daß der Protest gegen die Politik mit der Bombe nicht weiterhilft, wenn die Gegner einer solchen Politik nicht positive praktische Schritte für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung vorschlagen können.

Mancher, dem die Sache der Abrüstung sympathisch ist, hat die Kampagne für Abrüstung zunächst skeptisch betrachtet. In der deutschen Geschichte waren es zumeist nicht die "guten" Deutschen, die auf die Strasse gingen. Öffentliche Demonstration schien in Deutschland oft ein Privileg der Unvernunft. Mit dieser Tradition hat die Kampagne auf nachhaltige Weise gebrochen. Die Kampagne praktiziert Bürgerrechte, sie macht mit dem Grundgesetz ernst. Das ist besonders wichtig in einem Land, in dem sich autoritäre Kräfte immer noch oder aufs neue regen. So kann die Kampagne eine Schule der Demokratie sein; sie hat, so scheint es, auf diese Weise über ihre eigene Sache hinaus ansteckend für demokratische Initiativen gewirkt.

Die Kampagne für Abrüstung hat ihre Arbeit unabhängig von politischen Parteien getan; sie hat nicht die Absicht, ihrerseits eine neue Partei zu bilden. Die Kampagne sieht ihre Funktion darin, dem Grundgesetz entsprechend im vorparlamentarischen Raum an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Sie will hierbei nach Möglichkeit in sämtlichen Parteien, aber auch in anderen gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen Zustimmung für eine Politik der Abrüstung gewinnen und nach Möglichkeit sachverständige Argumente zu Problemen der Abrüstung der Öffentlichkeit vorlegen. Eine weitere Aufgabe sieht die Kampagne darin, den einzelnen Bürger davon zu überzeugen, daß überholtes militärisches Denken durch eine nichtmilitärische Phantasie für Friedenssicherung abgelöst werden muß. Die Kampagne will nach ihren Kräften einen Beitrag dazu leisten, daß auch in der Bundesrepublik Information über alle Vorschläge in der internationalen Politik, die einen Weg zur Abrüstung zeigen, verbreitet wird und auf diese Weise deutsches politisches Denken auf jenes Niveau gehoben wird, wie es sich im Weltmaßstab seit Kennedy und Papst Johannes durchsetzt. Kennedy hat einmal gesagt, daß zwischenstaatliche Vereinbarungen über Abrüstungsmaßnahmen nur dann eine Chance haben, wenn die Zustimmung und der förderliche Druck der öffentlichen Meinung hinter ihnen stehen. Hier sieht die Kampagne für Abrüstung ihre Rolle. Sie steht bei dieser Aufgabe nicht allein ; die Kampagne empfindet sich als Teil einer vielfältigen internationalen Bewegung für eine Regelung politischer Probleme durch friedenschaffende Vernunft.

Die Kampaga ist kein Selbstzweck; ihr Ziel ist es, eine Kampagne für Abrüstung letzten Endes überflüssig zu machen.
Das kann nur gelingen, wenn alle diejenigen, die der Sache der Kampagne zustimmen, die Kampagne zu ihrer Sache machen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner

ED 718-23-186

Dr. Andreas Buro 8 München 55 Andreas-Väst-Straße 5 Fernruf 18381

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Postscheck Hannover 259848
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto Braunschweig

Mitteilung zur Rechtslage
Nr. 6

2 K 162/63

Verkündet am 27.2.1964 2.64 V.

Der Urkundebeamte:
gez. Meinlschmidt
Reg.Angestellte

U R T E I L

I M N A M E N D E S V O L K E S

In der Verwaltungsstreitsache

1. Oeffler Hans-Joachim, Pfarrer, Siegelbach, Bergstr. 8
2. Aktionsausschuß Rheinland-Pfalz d.Atomwaffengegner, vertr.d. d. Kläger zu 1.
- K l ä g e r -

Proz.Bevollm.: Rechtsanwalt Dr. Walter, Heidelberg, Kettengasse 25

g e g e n

Land Rheinland-Pfalz, vertr.d.d.Landratsamt Kaiserslautern
- B e k l a g t e r -

w e g e n Verbots von Handlungen der Atomwaffengegner

hat die 2. Kammer des Verwaltungsgerichts Neustadt an der Weinstraße auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 20.2.1964 an der teilgenommen haben:

Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Jessenberger
als Vorsitzender

Verwaltungsgerichtsrat Zimmermann
Verwaltungsgerichtsrat Plauth
als beisitzende Richter

kaufm.Angest. Schork, Ludwigshafen-Oppau
Dipl.Ing. Schütz, Ludwigshafen a.Rh.,
als ehrenamtliche Verwaltungsrichter

für Recht erkannt:

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klonne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Meier, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, D. E. Wolf.
Sprecher des Zentralen Ausschusses: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg/Holstein, Manhagener Allee 33, Fernruf 46 76

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

I. Der Widerspruchsbescheid des Landratsamtes Kaiserslautern vom 8.8.1963 wird insoweit aufgehoben, als dem Kläger zu 2) die Erstattung von Auslagen auferlegt ist.

II. Es wird festgestellt, daß die Verfügung des Landratsamtes vom 27.3.1963 hinsichtlich der Auflage 3 (Marschweg) und der Auflage 4 (Lautsprecherbenutzung) rechtswidrig war.

III. Ferner wird festgestellt, daß das Verbot folgender Plakate rechtswidrig war:

" 1) Wer Bunker baut, denkt an Krieg.
2) Unruhe ist die erste Bürgerpflicht.
3) Es gibt keinen Luftschutz im Atomzeitalter.
4) Ausbildung an Atomwaffen - Ausbildung zum Massenmord.
5) Verteidigung der Freiheit durch Mord?"

IV. Die Kosten werden dem beklagten Land auferlegt.

V. Das Urteil ist wegen der Kosten vorläufig vollstreckbar.

T a t b e s t a n d :

Der Kläger zu 1) ist evangelischer Pfarrer in Siegelbach. Am 13.2.1963 meldete er namens des Aktionsausschusses Rheinland-Pfalz der Atomwaffengegner - Kläger zu 2) - beim Landratsamt Kaiserslautern den Ostermarsch der Atomwaffengegner am 13. u. 14.4.1963 an. Zugleich beantragte er für die drei Marschgruppen die Mitführung von Lautsprecherwagen, um innerhalb geschlossener Ortschaften auf Zweck und Ziel der Aktion mit kurzen Durchsagen hinweisen zu können.

Das Landratsamt bestätigte die Anmeldung am 27.3.1963 und machte dabei, gestützt auf § 15 des Versammlungsgesetzes sowie auf §§ 5, 38 und 42 der Straßenverkehrsordnung, u.a. folgende Auflagen:

" 3) Die Marschsäule 3 darf ab Hohenecken nicht den Straßenzug über Vogelweh - Pariser Straße - Kaiserslautern benützen, sondern hat sich über die alte Straßen Hohenecken-Kaiserslautern ... zu bewegen.

4) Zur Vermeidung von Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, insbes. der Verkehrssicherheit, dürfen vorausgehend und während der Aufzüge sowohl am 13. wie am 14.4.1963 Lautsprecher nicht benützt werden."

Entsprechend der Rechtsmittelbelehrung legte der Kläger zu 1) namens des Klägers zu 2) gegen diese Auflagen mit einem am 4.4.63 beim Landratsamt eingegangenen Schreiben Widerspruch ein. Bevor hierüber entschieden war, fand der Ostermarsch statt. Dabei wurde von Beamten der Gendamerie in Reichenbach die Mitführung folgender Plakate untersagt:

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-187

" 1) Wer Bunker baut, denkt an Krieg.
2) Unruhe ist die erste Bürgerpflicht.
3) Es gibt keinen Luftschutz im Atomzeitalter.
4) Ausbildung an Atomwaffen - Ausbildung zum Massenmord.
5) Verteidigung der Freiheit durch Mord? "

Hiergegen legte der Kläger zu 1) namens des Klägers zu 2) am 6.9.1963 schriftlich Widerspruch ein.

Aufgrund mündlicher Verhandlung vom 8.8.1963 wies der Kreisrechtsausschuß mit einer nicht verkündeten, am 5.9.1963 zugestellten Entscheidung beide Widersprüche als unzulässig zurück, da sich die beanstandeten Verwaltungsakte durch Zeitablauf erledigt hätten. Zugleich entschied der Kreisrechtsausschuß, daß der Kläger zu 2) die entstandenen Verfahrensauslagen in Höhe von DM 12.23 zu erstatten habe.

Mit einem am 25.9.1963 bei Gericht eingegangenen Schriftsatz haben die Kläger mit folgenden Anträgen den Verwaltungsrechtsweg beschritten:

1) Der Widerspruchsbescheid des Landratsamtes Kaiserslautern - Kreisrechtsausschuß - Az.: 057-09 Nr. 46/63 - vom 8. August 1963 wird im Kostenpunkt (Ziffer 2, zweiter Halbsatz) aufgehoben.

2) Es wird festgestellt, daß der Bescheid des Landratsamtes Kaiserslautern vom 27.3.1963 insoweit rechtswidrig war, als den Klägern verboten wurde, mit der Marschsäule des Ostermarsches der Atomwaffengegner den Straßenzug Hohenecken - Vogelweh - Pariser Straße - Kaiserslautern zu benützen, sowie sowohl am 13. als auch am 14.4.1963 Lautsprecher zu benutzen.

3) Es wird ferner festgestellt, daß das am 13.4.1963 in Reichenbach durch Beamte des Gendameriekommandos Kaiserslautern unter Androhung unmittelbaren Zwanges durchgesetzte Verbot, Plakate mit folgenden Aufschriften zu zeigen:

1) Wer Bunker baut, denkt an Krieg.
2) Unruhe ist die erste Bürgerpflicht.
3) Es gibt keinen Luftschutz im Atomzeitalter.
4) Ausbildung an Atomwaffen - Ausbildung zum Massenmord.
5) Verteidigung der Freiheit durch Mord?

rechtswidrig war.

Die Kläger tragen vor: Zu Unrecht seien dem Aktionsausschuß in dem Widerspruchsbescheid vom 8.8.1963 Kosten auferlegt worden. Diese Kosten hätten bei richtiger Sachbehandlung vermieden werden können, nämlich wenn der Kreisrechtsausschuß, statt zur Sache zu verhandeln, eine Belehrung erteilt hätte, daß nach Durchführung des Ostermarsches unmittelbar eine Feststellungsklage möglich sei. Die Rechtsmittelbelehrung hätte bereits einen Hinweis hierauf enthalten müssen.

Die Auflagen in dem Bescheid des Landratsamtes vom 27.3.1963 seien rechtswidrig. Es bestehe kein Grund und keine rechtliche Vorschrift, die es erlaube, den Durchzug der Atomwaffengegner durch die Amerikanersiedlung in Vogelweh zu verbieten. Die dortigen Straßen dürften genau so benützt werden, wie alle anderen dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen. Ebenso sei das Verbot der Benutzung von Lautsprechern rechtswidrig. Damit werde das Recht auf freie Meinungsäußerung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

angetastet. Sie, die Kläger, seien selbstverständlich bereit, auf die Benutzung von Lautsprechern an einzelnen Stellen zu verzichten, wo dies zu einer Verkehrsgefährdung führe. Jedoch sei das generelle Verbot nicht gerechtfertigt, zumal das Landratsamt bei vergleichbaren Veranstaltungen anderer Organisationen die Benutzung von Lautsprechern gestatte.

Rechtswidrig sei schließlich auch das Verbot der 5 Plakate. Dieses Verbot verstoße gleichfalls gegen das Grundrecht der freien Meinungsäußerung. Die atomare Aufrüstung in Ost und West bilde die tödlichste Gefahr für die gesamte Menschheit. Sie hielten es für ihre sittliche Pflicht, auf diese Gefahr mit allen erlaubten Mitteln hinzuweisen. Es gehöre zum Wesen der Demokratie, daß man seine Meinung zu dieser wichtigen Menschheitsfrage ungehindert kundtun könne, auch wenn sie von der Meinung anderer Personen oder auch der Regierungspartei abweiche. Die gleichen Plakate seien in anderen Kreisen des Landes und in anderen Bundesländern unbeanstandet gezeigt worden.

Das erforderliche Feststellungsinteresse sei gegeben, da auch in Zukunft Ostermärsche und ähnliche Demonstrationen mit gleicher Zielrichtung durchgeführt werden sollen.

Das Landratsamt Kaiserslautern beantragt für das beklagte Land

Klageabweisung.

Es hält die Kostenentscheidung des Kreisrechtsausschusses für richtig. Eine andere Möglichkeit, das Widerspruchsverfahren als durch Verwerfung des Widerspruchs zu beenden, habe nicht bestanden, da die Kläger die Widersprüche nicht zurückgenommen hätten. Der Kreisrechtsausschuß sei nicht verpflichtet gewesen, die Kläger zu belehren, daß eine Sachentscheidung nicht mehr ergehen könne und daß sie unmittelbar auf Feststellung klagen könnten. Die Auflagen in der Verfügung vom 27.3.1963, die auf einer Weisung übergeordneter Stellen beruhten (Schnellbrief der Bezirksregierung vom 18.3.1963), seien nach pflichtgemäßem Ermessen erlassen worden. Ein Marsch der Atomwaffengegner durch die Amerikanersiedlung Vogelweh hätte provozierend wirken können, zumal im gleichen Raum Hunderte von ausländischen Gastarbeitern untergebracht seien. Für die Versagung der Lautsprecherbenutzung seien verkehrspolizeiliche Gründe maßgebend gewesen. Angesichts des stets überdurchschnittlichen Osterverkehrs hätte es nicht verantwortet werden können, die Gefahren durch die Zulassung von Lautsprechern noch zu erhöhen. Schließlich seien die 5 Plakate zu Recht verboten worden. Darin liege ein Apell an die Öffentlichkeit, die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen für den zivilen Bevölkerungsschutz und andere Abwehrmaßnahmen zu sabotieren. Die Plakate seien geeignet, die Bevölkerung zu beunruhigen, zu verwirren, wenn nicht gar gegen die verfassungsmäßige Ordnung aufzuwiegeln. Im übrigen habe die Polizeibehörde auch insoweit weisungsgebunden gehandelt.

Das Gericht hat vom Landratsamt eine Aufstellung über die im letzten Jahr (1.7.1962 bis 30.6.1963) gem. § 5 Abs. 1 Ziff. 3 StVO erteilten Lautsprechergenehmigungen eingeholt. Hierauf wird Bezug genommen. Ferner wird wegen der Einzelheiten auf die gewechselten Schriftsätze und auf die Akten des Landratsamtes verwiesen. Den Schnellbrief vom 18.3.1963 hat das Landratsamt nicht vorgelegt, da er nur für den Dienstgebrauch bestimmt sei. Es hat jedoch dem Gericht sowie dem Kläger zu 1) und seinem Prozeßbevollmächtigten in der mündlichen Verhandlung Gelegenheit gegeben, in diesen und einen weiteren Schnellbrief Einsicht zu nehmen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-188

Entscheidungsgründe:

Die Klage ist mit sämtlichen Anträgen zulässig.

Der Kläger zu 1) ist zwar im behördlichen Verfahren und vor dem Kreisrechtsausschuß nicht selbst als Antragsteller und Widerspruchsführer aufgetreten, sondern nur im Namen des Klägers zu 2). Dies steht jedoch seiner Klageberechtigung nicht entgegen. Denn er hat auch damals schon erkennbar nicht nur für einen Dritten, sondern auch für sich selbst gehandelt. Die ergangenen Verfügungen wirken, weil der Aktionsausschuß der festen juristischen Form ermangelt, auch unmittelbar gegen ihn.

Die Parteifähigkeit des Aktionsausschusses ist gegeben. Sie muß mindestens insoweit bejaht werden, soweit sich der Aktionsausschuß gegen die Auferlegung von Kosten (Auslagen) durch den Kreisrechtsausschuß wendet. Aber auch im übrigen ist anerkannt, daß solche losen Vereinigungen als Träger von Rechten und Verpflichtungen im verwaltungsgerichtlichen Verfahren als Beteiligte auftreten können (vgl. Eyermann-Fröhler, 3. Aufl. Anm. 6 zu § 61 VwGO).

Soweit die Kläger sich gegen die Auferlegung von Kosten durch den Widerspruchsbescheid des Kreisrechtsausschusses wenden, handelt es sich um eine Anfechtungsklage, die ohne neues Vorverfahren statthaft ist, da diese Beschwerde durch Widerspruchsbescheid geschaffen ist (vgl. Eyermann-Fröhler, 3. Aufl. Anm. 15 zu § 68 VwGO).

Die gestellten Feststellungsanträge sind in analoger Anwendung von § 113 Abs. 1 Satz 4 VwGO zulässig. Danach kann bei Erledigung des Verwaltungsaktes durch Urteil festgestellt werden, daß der Verwaltungsakt rechtswidrig gewesen ist, soweit der Kläger ein berechtigtes Interesse an dieser Feststellung hat. Zwar ist dies nach dem Wortlaut des § 113 VwGO nur bei Erledigung während des anhängigen Verwaltungsprozesses vorgesehen, muß jedoch auch dann gelten, wenn sich der Verwaltungsakt bereits vor der Klageerhebung erledigt hat. Die analoge Anwendung auf Fälle der Erledigung von Verwaltungsakten im Vorverfahren und vor Einlegung eines Rechtsmittels überhaupt, rechtfertigt sich daraus, daß § 113 Abs. 1 Satz 4 VwGO entsprechend der Garantie des Art. 19 Abs. 4 des Grundgesetzes einen umfassenden Rechtsschutz des Einzelnen vor rechtswidrigen Verwaltungsakten gewährleisten soll. Dieser Rechtsschutz würde sonst häufig nicht mehr gewährt werden können (vgl. BVerwG v. 28.2.61 DVBl 1961 Sv 444; Eyermann-Fröhler VwGO Anm. 104 zu § 42 u. Anm. 51 zu § 113; Die Verwaltungsgerichtsbarkeit § 113 Abs. 1 3 b).

Vorliegend haben sich die angefochtenen Verwaltungsakte vor Klageerhebung durch Zeitablauf, nämlich durch die Durchführung des Ostermarsches 1963, erledigt. Das Feststellungsinteresse des Kläger ist zu bejahen. Das beklagte Land hält weiter an der Auffassung fest, daß die Auflagen sowie das Verbot der Plakate rechtmäßig war. Die Kläger befürchten mit Recht, daß sie in Zukunft bei ähnlichen Veranstaltungen mit derartigen Verboten rechnen müßten. Da sie dann wiederum vor der gleichen Situation stünden und ein rechtskräftiges Urteil vor der geplanten Veranstaltung kaum erstreiten könnten, haben sie ein berechtigtes Interesse, daß die Frage der Rechtmäßigkeit der Auflagen sowie des Verbotes durch richterliches Urteil geklärt wird.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Die Klageanträge sind auch begründet.

1) Zu Recht wenden sich die Kläger gegen die Belastung mit Auslagen, die der Behörde durch die mündliche Verhandlung vor dem Kreisrechtsausschuß entstanden sind.

Zwar erscheint die Auffassung der Kläger, daß die Rechtsmittelbelehrung falsch gewesen sei und daß schon deshalb von der Erhebung von Auslagen hätte abgesehen werden müssen, nicht richtig. Die Behörde braucht nicht bei Erlaß des Verwaltungsaktes alle Eventualitäten des künftigen Verfahrensverlaufes zu berücksichtigen, sondern es genügt, wie es übrigens auch der Praxis aller Verwaltungsgerichte entspricht, die Angabe des jeweils statthaften Rechtsbehelfes. Diesen Anforderungen genügte die Rechtsmittelbelehrung in der Verfügung vom 27.3.1963. Bezüglich der mündlichen verbotenen Plakate wurde offenbar überhaupt keine, somit auch keine falsche Rechtsmittelbelehrung erteilt.

Gleichwohl durften dem Kläger zu 2) keine Verfahrensauslagen aufgebürdet werden. Dies ergibt sich aus § 12 in Verb. mit § 11 Abs. 2 Satz 2 des Landesgebührengesetzes, wonach die Verwaltungsbehörde Auslagen, die durch unrichtige Sachbehandlung entstanden sind, zu erlassen hat. Ein solcher Fall ist hier gegeben. Eine sachliche Nachprüfung der angefochtenen Verwaltungsakte war nach Durchführung des Ostermarsches im Widerspruchsverfahren nicht mehr möglich. Hätte der Kreisrechtsausschuß dies rechtzeitig und nicht erst nach der Verhandlung vom 8.8.1963 erkannt und dem Kläger mitgeteilt, so wäre die mündliche Verhandlung, durch die die Auslagen entstanden sind, vermieden worden. Nur wenn die Kläger noch nach Belehrung auf der Fortführung des Verfahrens bestanden hätten, wäre die Auferlegung der Auslagen mit Recht erfolgt. Denn entgegen der Auffassung des Landratsamtes muß eine entsprechende Belehrungs- und Aufklärungspflicht der Behörde mindestens gegenüber rechtsunkundigen Personen, die nicht durch Anwalt vertreten sind, bejaht werden. Es ist auch unerheblich, daß den Kreisrechtsausschuß oder seinen Vorsitzenden wegen der Ungeklärtheit der Rechtslage möglicherweise kein Verschulden trifft, denn es genügt, daß die Sachbehandlung objektiv unrichtig war, um den betroffenen Staatsbürger von der Tragung der dadurch verursachten Auslagen freizustellen.

Ob die Auslagen im einzelnen richtig berechnet sind und nach § 12 LGebG erhoben werden dürfen, braucht nicht mehr geprüft zu werden.

2. Auch die Feststellungsanträge der Kläger greifen durch. Die beiden beanstandeten Auflagen sowie das Verbot der 5 Plakate waren rechtswidrig.

a) Nach § 15 Abs. 1 des Versammlungsgesetzes vom 24.7.1953 (BGBl I S. 684) kann die zuständige Behörde eine Versammlung oder einen Aufzug von bestimmten Auflagen abhängig machen, wenn nach den Umständen die öffentliche Ordnung oder Sicherheit unmittelbar gefährdet ist.
Zweifelhaft könnte hierbei schon sein, ob das Landratsamt zum Erlaß der Auflagen zuständig war. Denn in Rheinland-Pfalz obliegt die Wahrnehmung der Versammlungspolizei der

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-189

Ortspolizeibehörde und nicht der Kreispolizeibehörde (§§ 1 ff der Landesverordnung über die Zuständigkeit der Polizeibehörden vom 28.9.1954 GVBl. S 113). Da jedoch von dem Aufzug mehrere Ortschaften im Bereich des Landratsamtes berührt werden, entsprach eine einheitliche Regelung nicht nur polizeilicher Zweckmäßigkeit sondern auch dem Interesse der Kläger. Man wird daher wohl eine Regelungsbefugnis des Landratsamtes in analoger Anwendung von § 69 Abs 3 PVG als gegeben ansehen können.

Einer näheren Untersuchung dieser Frage bedarf es jedoch nicht, denn jedenfalls hat das Landratsamt zu Unrecht die gesetzlichen Voraussetzungen für den Erlaß der beanstandeten Auflagen, deren Vorliegen gerichtlich voll nachprüfbar ist, bejaht, so daß beantragte Feststellung in jedem Falle getroffen werden muß.

Was zunächst den Marschweg anlangt, so ist nicht zu erkennen, worin die unmittelbare Gefahr für die öffentliche Ordnung oder Sicherheit bestehen soll, wenn der Ostermarsch durch die Amerikanersiedlung Vogelweh führt. Das Landratsamt meint, der Umzug könne auf die Amerikaner oder sonstige Ausländer, die sich dort aufhalten, provozierend wirken. Hierbei handelt es sich jedoch um bloße Vermutungen, die durch keinerlei Tatsachen belegt sind. Die vom Gesetz geforderten "Umstände", nach denen die Störung zu besorgen sein muß, fehlen. Nach Auffassung des Gerichts ist es sogar wenig wahrscheinlich, daß der verhältnismäßig kleine Zug der Atomwaffengegner die Amerikaner, die aus ihrer Heimat ähnliche und größere Demonstrationen gewöhnt sind, besonders aufregt. Aber selbst wenn feststehen würde, daß die Amerikaner oder sonstige Ausländer auf den Umzug mit Gewaltmaßnahmen reagieren würden, so wäre dies noch kein Grund, den Durchzug durch dieses Gebiet kurzerhand zu verbieten. Denn es handelt sich bei dem Umzug um eine erlaubte Demonstration auf einer öffentlichen Straße. Die Kläger haben das vom Grundgesetz geschützte Recht (Art 5), ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Dieses Recht haben sie überall, auch auf den Straßen in der Amerikanersiedlung Vogelweh, soweit diese dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind. Ein grundrechtsfreier Raum besteht gegenüber den Stationierungsstreitkräften insoweit nicht. Wäre wirklich eine Störung der öffentlichen Ordnung bei dem Durchzug durch die Amerikaner oder andere Ausländer zu besorgen, so wäre es Pflicht der Polizei, gegen diese Störer vorzugehen. Ein Durchzugsverbot wäre allenfalls dann gerechtfertigt, wenn alle sonstigen polizeilichen Mittel versagt hätten, um die Störung auf andere Weise zu beseitigen. Ein solcher Sachverhalt ist vorliegend jedoch nicht gegeben gewesen. Da schließlich auch verkehrspolizeiliche Gründe nicht entgegenstehen, war es nicht zulässig, den Klägern den Durchzug durch die Amerikanersiedlung Vogelweh zu verbieten, zumal die Ausweichstraße durch den Wald führt, womit der mit der Demonstration verfolgte Zweck seinen Sinn verliert.

Auch das Lautsprecherverbot war, jedenfalls in der ausgesprochenen generellen Form, nicht rechtmäßig. In diesem Verbot liegt eine Beschränkung der Versammlungsfreiheit (Art. 8 Abs. 2 GG), vor allem aber eine unzulässige Einschränkung der Meinungsfreiheit. Nach Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 GG hat jeder das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Dieses Grundrecht gilt auch für politische und weltanschauliche Gruppen (von Mangoldt-Klein, Grundgesetz, 2. Aufl. S 23). Unter "Wort" ist auch die Übertragung von Worten über Lautsprecher zu verstehen. Ein "Verbreiten" bedeutet, etwas einem größeren, zahlenmäßig nicht bestimmten Personenkreis zugänglich zu machen. Das Benutzen von Lautsprechern zum Ansprechen eines größeren Zuhörerkreises ist sozialadäquat.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Es entspricht den modernen Gepflogenheiten und ist heutzutage beinahe unentbehrlich. Daher kann von einem ungehinderten Verbreiten einer Meinung dann nicht mehr gesprochen werden, wenn die Benutzung von Lautsprechern verboten wird. Der Grundsatz der freien Meinungsäußerung wird damit in seinem Wesensgehalt angetastet.

Demgegenüber beruft sich das Landratsamt zu Unrecht auf verkehrspolizeiliche Gründe. Diese sind zwar gewiß nicht unbeachtlich. Sie müssen im Rahmen der Sozialadäquanz berücksichtigt werden. Die Polizei bleibt berechtigt und verpflichtet, den verkehrspolizeilichen Gesichtspunkten Geltung zu verschaffen, wobei sie selbstverständlich auch auf den gesteigerten Osterverkehr zu achten hat. All dies rechtfertigt jedoch ein generelles Lautsprecherverbot nicht. Denn es gibt keinen Erfahrungssatz, daß durch die Benutzung von Lautsprechern an Ostern überall der Verkehr gefährdet wird. Die Polizei kann daher nur mit Einzelverboten eingreifen, entweder indem sie von vornherein die Benutzung von Lautsprechern für bestimmte Brennpunkte des Verkehrs untersagt, oder indem sie diese Entscheidung von Fall zu Fall durch anwesende Polizeibeamte treffen läßt. Mit dem generellen Lautsprecherverbot hat die Polizeibehörde die zulässigen Mittel jedoch überschritten.

Auf die Frage, ob das Lautsprecherverbot auch gegen den Gleichheitsgrundsatz (Gesichtspunkt der Chancengleichheit aller Gruppen) verstößt, indem das Landratsamt, wie die Kläger behaupten, in vergleichbaren Fällen Lautsprechergenehmigungen erteilt hat, kommt es nicht mehr an.

b) Auch das Verbot der 5 Plakate hält einer rechtlichen Nachprüfung nicht stand, weil auch hierdurch in das Grundrecht der freien Meinungsäußerung in unzulässiger Weise eingegriffen wird. Es liegt im Wesen der Sache, daß die Kläger bei dem von ihnen verfolgten Ziel Schlagworte herausstellen müssen, um ihr Anliegen der breiten Öffentlichkeit nahezubringen. Diese Schlagworte enthalten freilich zum Teil gewisse Übertreibungen. Dies liegt im Interesse der Einprägsamkeit und Werbewirksamkeit, nicht anders wie bei der Werbung in der gewerblichen Wirtschaft. Jeder verständige Beobachter kann trotzdem erkennen, was gemeint ist. So wird z.B. mit dem vom Landratsamt beanstandeten Wort "Mord" nicht der Mord im juristischen Sinne gemeint; es soll nicht der einzelne Soldat oder das einzelne eine Atombewaffnung befürwortende Regierungsmitglied als Mörder bezeichnet werden, vielmehr wollen die Kläger damit die Massenvernichtung anprangern. Bei verständiger Betrachtung kann in den Plakaten weder eine Beleidigung noch ein Aufwiegeln gesehen werden. Die Plakate wollen nur aufrütteln, wie es dem legitimen Zweck der Aktion entspricht. Ein Verstoß gegen die allgemeinen Gesetze, der das Verbot rechtfertigen würde (vgl. Art. 5 Abs. 2 GG), liegt bei keinem der Plakate vor.

Auf die Frage, ob die einzelnen Thesen der Kläger - z.B. " Es gibt keinen Luftschutz im Atomzeitalter" - richtig sind oder falsch, kommt es nicht an, ebensowenig darauf, ob die Meinung der Kläger mit der der Regierung oder mit der anderer Gruppen des Volkes übereinstimmt. Denn es entspricht dem Wesen der Demokratie und einer freiheitlichen Verfassungsordnung, daß auch derjenige seine Meinung frei kundtun kann, der nicht mit der jeweils herrschenden Meinung übereinstimmt. Aus diesen Gründen können die beanstandeten Maßnahmen des Landratsamtes Kaiserslautern nicht als rechtmässig angesehen werden. Den gestellten Feststellungsanträgen war daher gleichfalls zu entsprechen, ohne Rücksicht darauf, ob die Maßnahmen auf Grund einer Weisung übergeordneter Stellen ergangen sind oder nicht. - Die Kostenentscheidung beruht auf § 154 Abs.1 VwGO, die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit auf § 167 VwGO in Verb. mit §§ 708 ff ZPO.

Institut für Zeitgeschichte München

ED 718-23-190

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, d.30.6.64
Postfach 648
Waldstraße 99

1.7.

Protokoll zur Sitzung des hessischen Ausschusses mit den örtlichen Ausschüssen am 27. Juni 1964 in Frankfurt/M.

Anwesend:
a) vom hessischen Ausschuß:
Vack, Becker, Moritz, Dr. Schenk, Segall, Weick, Andres
b) von den örtlichen Ausschüssen:
Mainz, Gelnhausen, Rüsselsheim, Mörfelden, Dieburg, Siegerland, Gießen, Frankfurt, Borken, Darmstadt

es fehlten:
a) vom hessischen Ausschuß:
Amann, Arlt, Faller, Farr, Halberstadt, Strass, Winkler, Eskuche, Malkomes, Maurer, Müller
b) von den örtlichen Ausschüssen:
Bad Hersfeld, Bad Vilbel, Friedberg, Ginsheim, Groß Gerau, Hanau, Herborn, Kassel, Langen, Marburg, Neu Isenburg, Oberursel, Offenbach, Pfungstadt, Sprendlingen, Stockstadt, Walldorf, Wiesbaden

---

Tagesordnung

1) Bericht über die ZA Sitzung am 13./14.6.1964
2) Hiroshima-Tag
3) Podiumsgespräch
4) Informationen zur Abrüstung
5) Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

1.1. Der ZA sah sich bei seiner letzten Sitzung außerstande, eine Großkundgebung oder andersartige Veranstaltung zum Antikriegstag zu beschließen. Es wurde lediglich beschlossen, daß der ZA ein Zeitungsflugblatt zum 1. September 1964 herstellt, das in Großaktionen von den örtlichen Ausschüssen vertrieben werden sollte. Der hessische Ausschuß bedauert nach einer ausführlichen Diskussion, daß die geplante Veranstaltung in Bonn bzw. eine ähnliche Veranstaltung durch den ZA nicht durchgeführt werden können.

Der hessische Ausschuß beschließt, über die Großaktion zur Verteilung der Zeitungsflugblätter hinaus am 29.8.64, 15.oo Uhr im großen Saal des Volksbildungsheimes in Frankfurt/Main eine internationale Podiumsdiskussion zu veranstalten, bei der etwa das Thema zur Debatte steht "Frieden und Sicherheit - durch Abrüstung und Entspannung ?" Diese Veranstaltung ist gedacht als die zentrale Aktion des hessischen Ausschusses zum Antikriegstag. Außerdem wird der hess. Ausschuß in Kontakt mit den Gewerkschaften und dem Bund für Volksbildung bleiben, um die geplanten Aktionen zum 1. Sept. zu unterstützen bzw. in unserem Sinne zu beeinflussen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Den größeren örtl. Ausschüssen, z.B. Kassel, Marburg, Gießen, Hanau, Offenbach, Mainz und Darmstadt, wird empfohlen, zu überprüfen, ob sie am 1. Sept. 1964 eigene örtliche Veranstaltungen zum Antikriegstag machen können.

1.2. Es wird zur Kenntnis genommen, daß der ZA beschlossen hat, den Abschlußtermin zur Unterschriftensammlung für die Petition vorerst auf einen späteren Zeitpunkt zu vertagen. In Hessen sollen die Aktionen zur Unterschriftensammlung so vorangetrieben werden, daß die Sammlung evtl. Anfang Dezember abgeschlossen werden kann. Die Petitionslisten werden, wo möglich, durch die örtlichen Ausschüsse gesammelt und dem hess. Ausschuß zugeleitet, der sie dann zu einem späteren Zeitpunkt an Dr.Buro weitergibt.

Moritz und Weick berichten, daß nunmehr an der Universität in Frankfurt und möglichst auch an anderen Universitäten Großaktionen gestartet werden. Man hat zur Zeit von prominenten Personen Unterschriften gesammelt, deren Unterschriftenleistung auf Plakatständern bekanntgegeben werden, so daß die Studenten leichter zum Unterzeichnen gewonnen werden können.

Alle örtlichen Ausschüsse werden beauftragt, bis zum 15.9.64 örtliche Versammlungen mit den Anhängern der Kampagne durchzuführen, zu denen auch Vertreter des hessischen Ausschusses als Redner eingeladen werden.

Über ein einfaches Flugblatt oder ein Zeitungsflugblatt, das bei Hausbesuchen und Betriebsaktionen die Unterschriftensammvorbereiten soll, wird der Arbeitsausschuß beauftragt, noch einmal zu beraten und einen Beschluß zu fassen.

1.3. Klaus Vack gibt den Entwurf von Dr. Klönne zu einem Beschluß über das "Selbstverständnis der Kampagne" bekannt, der der letzten ZA Sitzung zur Beratung vorlag und über den in der nächsten ZA Sitzung beschlossen werden soll. Es ergibt sich eine ausführliche Diskussion.In wesentlichen Beiträgen wird gesagt:

Dolf Segall Es war bisher Aufgabe der Kampagne, Unruhe in die Parteien und großen Organisationen zu bringen, um sie so stärker für die Frage der Abrüstung zu interessieren. Der Entwurf von Dr. Klönne dient der Beruhigung. Man sollte die geschaffene Unruhe erhalten. In einer solchen Erklärung sollten keine Namen wie Papst Johannes und Kennedy zitiert werden. Man sollte höchstens Richtungen zitieren.

Edgar Weick Der Entwurf ist zahm und bieder, nimmt den großen Gruppen ihren Schreck vor der Kampagne. In einer solchen Erklärung müßte die Kampagne viel mehr zum Ausdruck bringen, daß sie dann, wenn die Parteien weiterhin versagen, noch stärkeren Druck ausüben wird, evtl. durch Wahlboikott, passiven Widerstand usw.

Robert Nonnenmacher Wichtiger als eine solche Erklärung ist es, daß die Kampagne endlich zur deutschen Frage Stellung nimmt.

Dr. Schenck Wir sollten erklären, daß wir weiter im außerparlamentarischen Raum kämpfen,und es muß auch betont werden, daß wir keine Partei werden wollen. Es ist nicht unbedingt Auf-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-191

gabe der Kampagne, als Bürgerschreck aufzutreten.

Egon Becker Die Erklärung ist ein Gemisch von verschiedenen Gedanken, die nicht zusammen gehören. Wichtige Gedanken, die in einer solchen Erklärung, einem "Selbstverständnis", enthalten sein müßten, fehlen. z.B. die Kampfmethode der Kampagne oder warum man überhaupt Abrüstung fordert.

Der hessische Ausschuß kann sich nicht entschließen, der von Dr. Klönne formulierten Erklärung in ZA zuzustimmen. Es geht ihm nicht nur um einige unwesentliche stilistische Änderungen, sondern um die Grundtendenz der von Klönne verfassten Erklärung. Segall (federführend), Dr. Schenck und Becker werden beauftragt, bis in spätestens 4 Wochen dem hess. Ausschuß zur Beratung einen Entwurf für eine neue Erklärung zum "Selbstverständnis der Kampagne" vorzulegen.

1.4. Egon Becker hält ein kurzes einleitendes Referat über eine Stellungnahme der Kampagne zum Luftschutz. Dieser Punkt stand bereits mehrmals, auch bei der letzten ZA Sitzung, auf der Tagesordnung und konnte nie erfolgreich abgeschlossen werden. Egon Becker vertritt die Auffassung, daß man den Luftschutz nicht mit einfachen unkomplizierten Schlagworten ablehnen müsse, sondern daß man ihn wissenschaftlich abqualifizieren müsse. Es ergibt sich hierüber eine kurze Diskussion und man billigt im Großen und Ganzen die Auffassung von Egon Becker, fordert allerdings, daß am Ende einer solchen Erklärung eindeutig ersichtlich sein müßte, daß der Luftschutz, sowie er hier in Deutschland unter Berücksichtigung der deutschen Situation propagiert werde, unsinnig sei und daß er der psychologischen Kriegsvorbereitung diene. Egon Becker wurde beauftragt, bis ebenfalls in 4 Wochen den Entwurf zu einer Erklärung zum Luftschutz vorzulegen, der dann vom hess. Ausschuß dem ZA unterbreitet wird.

Zu Punkt 2 der TO

Klaus Vack teilt mit, daß am kommenden Dienstag über den Text eines Hiroshima-Flugblattes endgültig befunden wird. Der Textentwurf geht den örtlichen Ausschüssen schriftlich zu .

Zu Punkt 3 der TO

Alle Vorbereitungen für das Podiumsgespräch sind getroffen. Herbert Faller und Ulla Illing mußten kurzfristig aus terminlichen Gründen absagen. Ihre Mitwirkung war auf dem Einleitungsschreiben vermerkt. Klaus Vack wird die Leitung der Diskussion übernehmen.

Zu Anfang soll auf die Veranstaltung zum Antikriegstag am 29.8.64, auf die Pedition und die Paulskirchenveranstaltung mit Prof. Linus Pauling hingewiesen werden.

-4-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Zu Punkt 4 der TO

Klaus Vack erwähnt noch einmal, daß er es für dringend erforderlich hält, daß alle Mitglieder des hess. Ausschusses und der örtl. Ausschüsse die Informationen zur Abrüstung beziehen. Außerdem sollten die örtl. Ausschüsse in ihrem Bereich dafür wirken, daß sich immer neue Abonnenten finden und dann die IZA den Verbreitungsgrad erhalten, der notwendig ist.

Zu Punkt 5 der TO

Die nächste Sitzung des hessischen Ausschusses (ohne örtliche Ausschüsse) findet am 14.7.1964 im Haus der Jugend statt.

Für die Protokollführung:
Klaus Vack

PS. Diesem Protokoll liegt der in Punkt 1.3 besprochene Entwurf von Dr. Klönne zum "Selbstverständnis der Kampagne" bei.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-192

Die Kampagne für Abrüstung hat in der Bundesrepublik an Breite und Präzision ihrer Politik, damit auch an öffentlicher Aufmerksamkeit gewonnen. Dieser - wenn auch bescheidene - Erfolg bestätigt die Richtigkeit der politischen Methode der Kampagne:

+ Die Kampagne hat mit Erfolg die falsche Selbstgenügsamkeit der kleinen Gruppe, die sich im Besitz einer nicht geschichtsmächtigen Wahrheit ein gutes Gewissen schafft, aufgelöst zugunsten einer politischen Bewegung, die auf den moralischen Impuls nicht verzichtet, ihn jedoch beständig in politische Energie ummünzt.

+ In der Kampagne haben sich Bürger unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Auffassungen auf bestimmte vordringliche politische Forderungen geeinigt und zur Durchsetzung dieser Forderungen verbündet. Gemeinsam ist allen, die in der Kampagne mitarbeiten, das Mißtrauen gegenüber veralteten Schablonen eines militärischen Freund-Feind-Denkens und der Versuch, unter den Bedingungen des Atomzeitalters neue Wege internationaler Friedenssicherung zu finden.

+ Die Kampagne praktiziert die Einsicht, daß der Protest gegen die Politik mit der Bombe nicht weiterhilft, wenn die Gegner einer solchen Politik nicht positive praktische Schritte für eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung vorschlagen können.

Mancher, dem die Sache der Abrüstung sympathisch ist, hat die Kampagne für Abrüstung zunächst skeptisch betrachtet. In der deutschen Geschichte waren es zumeist nicht die "guten" Deutschen, die auf die Straße gingen. Öffentliche Demonstrationen sind in Deutschland oft ein Privileg der Unvernunft. Mit dieser Tradition hat die Kampagne auf nachhaltige Weise gebrochen. Die Kampagne praktiziert Bürgerrechte, sie macht mit dem Grundgesetz ernst. Das ist besonders wichtig in einem Land, in dem sich autoritäre Kräfte immer noch oder aufs neue regen. So kann die Kampagne eine Schule der Demokratie sein; sie hat, so scheint es, auf diese Weise über ihre eigene Sache hinaus ansteckend für demokratische Initiativen gewirkt.

Die Kampagne für Abrüstung hat ihre Arbeit unabhängig von politischen Parteien getan; sie hat nicht die Absicht, ihrerseits eine neue Partei zu bilden. Die Kampagne sieht ihre Funktion darin, dem Grundgesetz entsprechend im vorparlamentarischen Raum an der politischen Willensbildung mitzuwirken. Sie will hierbei nach Möglichkeit in sämtlichen Parteien, aber auch in anderen gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen Zustimmung für eine Politik der Abrüstung gewinnen und nach Möglichkeit sachverständige Argumente zu Problemen der Abrüstung der Öffentlichkeit vorlegen. Eine weitere Aufgabe sieht die Kampagne darin, den einzelnen Bürger davon zu überzeugen, daß überholtes militärisches Denken durch eine nichtmilitärische Phantasie für Friedenssicherung abgelöst werden muß. Die Kampagne will nach ihren Kräften einen Beitrag dazu leisten, daß auch in der Bundesrepublik Information über alle Vorschläge in der internationalen Politik, die einen Weg zur Abrüstung zeigen, verbreitet wird und auf diese Weise deutsches politisches Denken auf jenes Niveau gehoben wird, wie es sich im Weltmaßstab seit Kennedy und Papst Johannes durchsetzt.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Kennedy hat einmal gesagt, daß zwischenstaatliche Vereinbarungen über Abrüstungsmaßnahmen nur dann eine Chance haben, wenn die Zustimmung und der förderliche Druck der öffentlichen Meinung hinter ihnen stehen. Hier sieht die Kampagne für Abrüstung ihre Rolle. Sie steht bei dieser Aufgabe nicht allein da; die Kampagne empfindet sich als Teil einer vielfältigen internationalen Bewegung für eine Regelung politischer Probleme durch friedenschaffende Vernunft.

Die Kampagne ist kein Selbstzweck; ihr Ziel ist es, eine Kampagne für Abrüstung letzten Endes überflüssig zu machen.

Das kann nur gelingen, wenn alle diejenigen, die der Sache der Kampagne zustimmen, die Kampagne zu iher Sache machen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-193

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Frankfurter Ausschuß

Hermann Sittner
Frankfurt a/M 20
Fliederweg 17

1. 7. 64

Liebe Freunde,

wir möchten Sie auf eine Veranstaltung hinweisen, die am Sonntag den 5. Juli, vormittags 11 Uhr, in Frankfurt a/M stattfindet.

Zum 5o. Todestag von Bertha von Suttner sprechen in der Frankfurter Paulskirche

Friedensnobelpreisträger Professor Linus Pauling

und die

Journalistin Helli Knoll

Die Sprecher selbst und die zu der Veranstaltung einladenden Damen - unter ihnen Aenne Kolb, Rita Bockelmann, Hildegard Grzimek, Hedwig Born, Elisabeth Heisenberg, Erika Faller, Eva Kotthaus, Renate Riebandt-Rolfs, Trude Hesterberg, Marika Kilius und Ellen Weber - sind uns aus der Bewegung für Abrüstung so gut bekannt, dass wir der Veranstaltung die Aufmerksamkeit und den Erfolg wünschen, den sie zweifellos verdient.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Hermann Sittner

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-194

24. 6. 64

PODIUMSGESPRÄCH

Samstag, 27. Juni 1964, 15.30 bis 18 Uhr, Haus der Jugend - Filmsaal, Frankfurt am Main

Kampagne für Abrüstung - moralischer Protest oder politische Bewegung

Heiner Halberstadt

Egon Becker

Dolf Segall

Dr. Helga Einsele

Ulla Illing

Pfarrer Oeser

Rudolf Rolfs

Günter Schwarz

Herbert Faller

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - Hessischer Ausschuß

605 Offenbach (M) - 4, Postfach 648 · Postscheckkonto: Frankfurt (M) Nr. 57648 · Verantwortlich: Klaus Vack, Offenbach (M)

Druck: Willi Plaueln, Offenbach (M)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-195

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

6o5o Offenbach, den 23. Juni 1964
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An.

24. 6. 64

An die
Örtlichen Ausschüsse
und dem
Hessischen Ausschuss
= = = = = = = = = = = =

Betr.: Nächste gemeinsame Sitzung von Hessischem Ausschuss und Örtlichen Ausschüssen

Liebe Freunde,

ich lade Sie recht herzlich zu unserer nächsten gemeinsamen Sitzung für Samstag, den 27. Juni 1964, 10.oo Uhr (vormittags) in das Haus der Jugend, 6ooo Frankfurt (Main), ein.
Am gleichen Tag findet von 15.3o Uhr bis 18.3o Uhr im Haus der Jugend das Podiumsgespräch statt: "Kampagne für Abrüstung - moralischer Protest oder politische Bewegung".

Für die Sitzung ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Bericht über die ZA-Sitzung am 13./14.6.1964
   a) Antikriegstag
   b) Petition
   c) Selbstverständnis der Kampagne für Abrüstung
   d) Stellungnahme zum Luftschutz
2. Hiroshima-Tag
3. Podiumsgespräch
4. Informationen zur Abrüstung
5. Verschiedenes

Es ist meines Erachtens außerordentlich wichtig, daß alle Örtlichen Ausschüsse vertreten sind und die Mitglieder des Hessischen Ausschusses möglichst vollzählig an dieser Sitzung teilnehmen.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihr

Klaus Vack
(Klaus Vack)

PS. Ich erinnere noch einmal die Mitglieder des Arbeitsausschusses, daß wir für Freitag, den 26.6.1964, 19.oo Uhr, in meiner Wohnung, Offenbach, Lohrweg 15, eine Arbeitsausschuss-Sitzung festgelegt haben.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-196

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

6o5o Offenbach, den 23. Juni 1964
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An.

24.6.64

An die
Örtlichen Ausschüsse
und die
Mitglieder des Hessischen Ausschusses
= =

Betr.: Informationen zur Abrüstung

Liebe Freunde,

seit einem Jahr gibt der Zentrale Ausschusse das Informationsblatt "Informationen zur Abrüstung" heraus. Dort werden Informationen über Aktionen der Kampagne örtlich und zentral sowie über die internationale Entwicklung der Kampagne gegeben. Außerdem werden die Stellungnahme und Erklärungen des Zentralen Ausschusses abgedruckt und die politischen Forderungen der Kampagne durch Artikel erläutert und präzisiert.

Ich habe bei einer Prüfung jetzt festgestellt, daß nur sehr wenige Mitglieder des Hessischen Ausschusses und ebenso wenige Freunde die in den Örtlichen Ausschüssen tätig sind, die "Informationen zur Abrüstung" beziehen. Dies ist ein großer Mangel, denn das dort Gedruckte müßte gerade von diesem Personenkreis gelesen und diskutiert werden.

Die "Informationen zur Abrüstung" erscheinen 10 bis 12 mal im Jahr und werden von Ostern zu Ostern mit DM 6,-- berechnet. Ich füge diesem Brief eine Zahlkarte bei und bitte alle Freunde die die "Informationen zur Abrüstung" noch nicht beziehen, mit der Zahlkarte DM 6,-- zu überweisen und auf dem linken Abschnitt zu vermerken "Informationen zur Abrüstung". Sie erhalten dann die "Informationen zur Abrüstung" regelmäßig zugeschickt.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihr

Kla. Vack
(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner

ED 718-23-197

Dr. Andreas Buro 8 München 55 Andreas-Vöst-Straße 5 Fernruf 16061

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung
KLÖNNE
Postscheck Hannover 239848
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto Braunschweig

Bochum, den 12. Juni 1964

22.6.64/v. Ernst bzb.-H.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Ostermarsch 64 war ein beachtlicher Erfolg. Die Kampagne für Abrüstung hat, wie der Ostermarsch zeigte, nicht nur zahlenmässig gewonnen, die Auseinandersetzung mit dem politischen Konzept der Kampagne ist - wie die Reaktion der Presse erkennen lässt - angewachsen, die Kampagne erhält - wie sich bei der Unterzeichnung des Ostermarsch-Aufrufes erwies - immer mehr Zustimmung quer durch die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen.

Um auch zwischen den Ostermärschen die Diskussion über die Abrüstung und den Beitrag der Bundesrepublik zur internationalen Strategie des Friedens zu fördern, haben wir die beiliegende Petition an den Deutschen Bundestag herausgegeben. In den kommenden Monaten wollen wir möglichst viele Bürger der Bundesrepublik mit diesem Text bekanntmachen und möglichst viele Unterzeichner für die Petition gewinnen, auch solche, die dem Marschieren zu Ostern viel - leicht wenig geneigt sind, die aber den Sachforderungen der Kam - pagne zustimmen.

Wir meinen, daß die Sammlung von Unterschriften für die Petition über den unmittelbaren Effekt hinaus auch gut geeignet ist, um überhaupt erst einmal die Diskussion über Fragen der Abrüstung in Gang zu setzen.
Unsere Bitte an Sie geht dahin, Möglichkeiten zu entwickeln, damit auch an Ihrer Hochschule Professoren, Dozenten, Assistenten und Studenten mit der Petition bekanntgemacht und Unterschriften gesammelt werden. Vielleicht ist es möglich, mit einem Flugzettel bzw. einem Informationsstand auf die Petition aufmerksam zu machen. Sie können gern davon Gebrauch machen, daß bisher zu den Unter - zeichnern gehören:

Prof.D. Helmut Gollwitzer, Prof. Dr. H.J. Heydorn, Dr. Harry Pross, Hans Magnus Enzensberger, Walter Dirks, Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Robert Jungk, Rolf Hochhuth, Günter Eich, Oberkirchenrat DD Heinz Kloppenburg, Gerhard Zwerenz, Prof. Dr. W. Abendroth, Pfarrer Horst Symanowski, Ilse Aichinger, Max von der Grün, Fritz J. Raddatz.

Weiteres Informationsmaterial und Petitionslisten senden wir Ihnen auf Anforderung gern zu.

Mit freundlichen Grüssen

gez. Dr. Andreas Buro gez. Dr. Arno Klönne

Anlage:
Petition

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Feller, Osaip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Meier, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharine Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, D.E. Wolf.
Sprecher des Zentralen Ausschusses: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg/Holstein, Manhagener Allee 33, Fernruf 46 78

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-198

Für einen deutschen Beitrag zur Abrüstung

An den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages, Bonn

Die Voraussetzung für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West ist, daß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden wird. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen, sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.

Name	Vorname	Leitzahl Ort	Straße	Unterschrift
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				
6.				
7.				
8.				
9.				
10.				
11.				
12.				

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG – OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5

bitte wenden!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-199

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

60[illegible]affenbach / Main 4
Postfach 648
Datum des Poststempels
16. 6. 64

Liebe Freunde,

ja! ist es möglich, daß sich in Ihren Unterlagen noch eine unerledigte Rechnung befindet? Der Ostermarsch der Atomwaffengegner ist in finanziellen Fragen "arm dran". Schauen Sie bitte nach, ob der unten aufgeführte Betrag schon ausgeglichen ist. Unser Postscheckkonto Frankfurt (Main) 57 648. Danke !

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Hugo Weller

Rechnung Nr.: 428	vom 24.3.64	DM 60,-	
Rechnung Nr.:	vom	DM	
Rechnung Nr.:	vom	DM	
Rechnung Nr.:	vom	DM	
		DM 60,-	

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-200

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

6o5o Offenbach, 15.6.1964
Waldstr. 99, Postfach 648

16. 6. 64

Protokoll zur Sitzung des Hessischen Ausschusses mit den Örtlichen Ausschüssen am 12. Juni 1964 in Frankfurt (Main)

Anwesend: a) vom Hessischen Ausschuss: Strass, Vack, Winkler, Segall, Andres, Malkomes, Becker, Amann, Schenck

es fehlten: Eskuche, Maurer, Moritz, Müller, Weick, Halberstadt

b) folgende Örtliche Ausschüsse waren vertreten: Wiesbaden, Walldorf, Mainz, Darmstadt, Frankfurt, Langen/Egelsbach, Hanau, Gießen, Sprendlingen, Darmstadt

es fehlten: Bad Hersfeld, Bad Vilbel, Borken, Dieburg, Friedberg, Gelnhausen/Büdingen, Ginsheim, Groß Gerau, Herborn, Kassel, Mörfelden, Neu Isenburg, Oberursel, Offenbach, Pfungstadt, Rüsselsheim, Siegerland, Stockstadt,

als Gast: Gerry Hunnius von der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden, England

Tagesordnung:

1. Stand der Unterschriftenaktion für die Petition, sowie Veranstaltungen zum Hiroshima-Tag und zum Antikriegstag
2. Diskussions-Forum am 27. Juni 1964
3. Sitzung der Örtlichen Ausschüsse unter Teilnahme eines Vertreters vom Hessischen Ausschuss
4. Die Internationale Kampagne für Abrüstung und Frieden
5. Verschiedenes

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Klaus Vack Gerry Hunnius vor, der insbesondere zu Punkt 4 eine Einleitung geben wird. Klaus Vack bedauert, daß nur sehr wenig Örtliche Ausschüsse vertreten sind.

Zu Punkt 1 der TO:

In einer kurzen Einführung legt Klaus Vack noch einmal die Gründe dar, die zur Petition geführt haben. Es war beabsichtigt, daß unsere Anhänger auch nach Ostern weiterhin aktiv bleiben und mit einem großen Einsatz sich für diese Aktion einsetzen sollten. Soweit es bis jetzt zu erkennen ist, hat sich diese Vorstellung nicht in dem gewünschten Maße verwirklicht. Nach Ostern ist wie in den vergangenen Jahren eine "Erschlaffung der Kräfte" eingetreten. Es muß daher im Zentralen Ausschuss intensiv darüber diskutiert werden, wie die Petition weiter vorangetrieben werden kann. Die Vertreter des Hessischen Ausschusses werden dabei darauf dringen, daß in verstärktem Maße die Unterschriftensammlung fortgeführt wird.

In der darauffolgenden Diskussion werden Gesichtspunkte, die für eine erfolgreiche Durchführung maßgebend sind, erörtert.

I. Betriebsaktionen: Hier sollen unbedingt Vertreter der Gewerkschaften zur Mitarbeit und Beratung herangezogen werden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Besonders bei gewerkschaftlich gut organisierten Betrieben wird es sich günstig auswirken, wenn bekannte Kollegen der Gewerkschaften beteiligt sind. Dolf Segall wird hierzu einen Arbeitsvorschlag unterbreiten. Eine weitere Möglichkeit ist die Aufstellung eines Informationsstandes, etwa eine Woche vor einem Betrieb, bei dem jeden Tag bekanntgegeben wird, wieviel Unterschriften in dem betreffenden Betrieb bereits gesammelt wurden.

II. Es soll mehr Wert als bisher auf die Unterschriftensammlung in Häusern und Stadtteilen gelegt werden, zumal hier getestet worden kann, wieviel Prozent der Bevölkerung bereit sind, zu unterschreiben. Mehrere Vertreter Örtlicher Ausschüsse berichten darüber, daß Hausaktionen einen guten Erfolg zeigen. Es empfiehlt sich, die Einteilung der betreffenden Stadt oder Gemeinde in Bezirke, die von kleinen Gruppen durchgekämmt werden.

III. An verkehrstechnischen Knotenpunkten sollen Informationsstände errichtet werden.

IV. Der Vorschlag, die Ortschaften der bisherigen Marschstrecken, in denen keine Örtlichen Ausschüsse bestehen, zu bearbeiten, soll verwirklicht werden, in dem eine größere Anzahl mit Bussen zu den entsprechenden Ortschaften hinfährt, und dort mit der Sammlung beginnt.

V. Es wird geprüft werden, welche Möglichkeiten bestehen und in wie weit es sinnvoll ist, mit Hilfe des Gemeindepfarrers nach den Gottesdiensten Unterschriften zu sammeln. Als Werbemittel kann ein besonders Flugblatt, von Pfarrern unterzeichnet, eingesetzt werden.

Hiroshima-Tag: Es wird nicht möglich sein, eine größere zentrale Veranstaltung durchzuführen. Klaus Vack weist hier insbesondere auf die finanziellen Schwierigkeiten hin, in denen sich der Hessische Ausschuss befindet. An die Örtlichen Ausschüsse wird ein Textentwurf für ein Flugblatt, das die Örtlichen Ausschüsse drucken und verteilen sollen, zur Verfügung gestellt. Am 6. August sollen die Örtlichen Ausschüsse Mahnwachen, bei denen auch die Petitionslisten ausgelegt werden können, in ihren Städten und Gemeinden errichten.

Anläßlich dieses Tages werden in Hiroshima auf dem Fluß abends Windlichter ausgesetzt. Inwieweit etwas Ähnliches, verbunden mit einer politischen Erklärung, gemacht werden kann, wird nach kurzer Diskussion in das Ermessen der Örtlichen Ausschüsse gestellt, die an Flüssen wohnen.

Antikriegstag: An dem Wochenende vor dem 1. September soll eine zentrale Veranstaltung in Bonn stattfinden, mit verschiedenen Stormmärschen und einer Abschlußkundgebung in der Beethoven-Halle, bei der ausländische Redner auftreten sollen, deren Länder vom 2. Weltkrieg betroffen waren. Entgegen anderer Auffassungen sollen die Vertreter des Hessischen Ausschusses im ZA darauf hinarbeiten, daß diese Veranstaltung zu dem geplanten Termin stattfindet, da sich im Hinblick auf den 1. September eine größere politische Wirkung ergibt und eine gleiche Veranstaltung nach diesem Zeitpunkt nicht zweckmäßig ist.

Zu Punkt 2 der TO:

Klaus Vack gibt bekannt, daß am 27. Juni eine Forumsveranstaltung unter dem Thema "Kampagne für Abrüstung - moralischer Protest oder

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-201

politische Bewegung" stattfinden soll. An der Diskussion sollen teilnehmen: Herbert Faller, Heiner Halberstadt, Rudolf Rolfs, Hans A. Nikel, Dr. Helga Einsele, Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn, Dolf Segall, Ulla Illing, Egon Becker, Pfarrer Oeser. Die Gesprächsleitung wird Ulla Illing übernehmen. Die Forumsveranstaltung ist im Wesentlichen für die Ostermarschanhänger gedacht und wird nicht öffentlich publiziert werden.

Zu Punkt 3 der TO:

Entsprechend einem bereits verschickten Rundschreiben werden Fritz Strass und weitere Mitglieder des HA eine Anzahl Örtlicher Ausschüsse besuchen, um hier über die Arbeit auf örtlicher Ebene und insbesondere der Petition zu diskutieren und Anregungen zu geben. Soweit von den nicht anwesenden Örtlichen Ausschüsse noch keine Zusagen zu den mitgeteilten Terminen vorliegen, sollen diese angeschrieben werden.

Zu Punkt 4 der TO:

Gerry Hunnius gibt in einem kurzen Referat, das nicht protokolliert wird, einen Überblick über die Arbeit der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden.

Zu Punkt 5 der TO:

Hierzu liegt nichts vor.

6o5o Offenbach, den 15. Juni 1964
Für die Protokollführung
Fritz Strass

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED718-23-202

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

6o5o Offenbach, 13.6.1964
Waldstr. 99, Postfach 648

16. 6. 64

Betr.: Nächste gemeinsame Sitzung von Hessischem Ausschuss und Örtlichen Ausschüssen

Liebe Freunde,

Sie finden beigefügt ein Protokoll der Sitzung von Hessischem Ausschuss und Örtlichen Ausschüssen, die am vergangenen Freitag stattfand. Leider waren sowohl nur wenige Mitglieder des Hessischen Ausschusses und wenige Vertreter der Örtlichen Ausschusse anwesend. Ich glaube, daß wir uns zu Unrecht "Kampagne für Abrüstung" nennen, wenn es uns nur gelingt, in den Wochen vor Ostern aktiv und zuverlässig zu arbeiten. Ich bitte Sie recht dringend, die zukünftigen gemeinsamen Sitzungen nicht zu versäumen, denn ein Kontakt über Rundschreiben kann auf die Dauer keinen Erfolg bringen. Wir müssen persönlich zusammenkommen, unsere Arbeit und unsere Probleme beraten und gemeinsame Beschlüsse fassen.

Nach dieser kleinen "Moralpredigt" am Anfang lade ich Sie hiermit zur nächsten gemeinsamen Sitzung für Samstag, den 27. Juni 1964, 10.oo Uhr (vormittags) in das Haus der Jugend, Frankfurt (Main), ein. Bekanntlich findet am gleichen Tag von 15.3o Uhr bis 18.3o Uhr im Haus der Jugend die Forumsdiskussion "Kampagne für Abrüstung - moralischer Protest oder politische Bewegung" statt.

Eine Tagesordnung zur Vormittagssitzung lasse ich Ihnen noch in der nächsten Woche zugehen. Ich möchte heute schon darauf hinweisen, daß wir in Auswertung der Sitzung des Zentralen Ausschusses, die am vergangenen Wochende stattfand, einige sehr wichtige Beschlüsse über unsere zukünftige Arbeit fassen müssen. Ich bitte also darum, daß sich jeder, der für diese Sitzung eingeladen ist, ernsthaft darum bemüht, den Termin für uns zu reservieren.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Klaus Vack

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-203

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner

HESSISCHER AUSSCHUSS

605 Offenbach 4, Waldstraße 99, Postfach 648

Geschäftsführer
Klaus Vack
Offenbach

Stellvertreter
Norbert Winkler
Frankfurt

Postscheck
Ffm. 57 648

Girokonto
Bank f. Gemeinwirtschaft
Offenbach
Kto.-Nr. 740 294

An die
Freunde und Anhänger der
Kampagne für Abrüstung
Hessischer Ausschuß

Offenbach, den 11.6.64
va/wr.
13. 6. 64

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Wir glauben, daß es dringend erforderlich war, Ihnen wieder einmal einen Brief zu schreiben. "Die Helden sind müde" und "Still ruht der See" könnte man mit zwei geflügelten Worten unsere jetzige Situation umschreiben. Man hat das Gefühl, wir alle - einschließlich der Ausschüsse - ruhten uns nun auf dem "Erfolg" des Ostermarsches 64 aus und würden erst wieder aktiv, wenn es gilt, den Ostermarsch 65 vorzubereiten. Das darf nicht sein. Es gibt wichtige Termine, die unseren politischen und damit auch organisatorischen Einsatz erfordern.

1) Am 27.6. 1964 wollen wir in einem Podiumsgespräch über das Thema "Kampagne für Abrüstung - moralischer Protest oder politische Bewegung" diskutieren.

2) Am 6. August jährt sich der 1. Atombombenabwurf auf die japanische Stadt Hiroshima.

3) Mitte August wollen wir die Unterschriftensammlungen unter die Petition an den Deutschen Bundestag abschließen.

4) Am 29.8. werden wir in Bonn eine Großkundgebung aus Anlaß des Anti-Kriegstages veranstalten.

Die Verwirklichung und der notwendige politische Effekt dieser Veranstaltungen und Termine erfordern nicht nur gute organisatorische Vorbereitungen durch den hessischen Ausschuß und die örtlichen Ausschüsse, sondern praktische Mitarbeit und finanzielle Unterstützung jedes Einzelnen. Wir bitten, die folgenden Informationen ausführlich zu lesen und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Herzliche Grüße
Ihr
(Klaus Vack)

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Rozicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Johannes Udo, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, Ernst Wolf.

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg/Holstein, Manhagener Allee 33.
Geschäftsführer des Zentralen Ausschusses: Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

HINWEISE

ED 718-23-204

"KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG -
MORALISCHER PROTEST ODER POLITISCHE BEWEGUNG"

heißt das Thema für eine Podiumsdiskussion am 27.6.1964, 15,30 Uhr im Haus der Jugend, Frankf./M. Immer wieder - beim Ostermarsch, bei Veranstaltungen, bei Diskussionen mit Außenstehenden, in Briefen - wird die Frage gestellt: Hat das alles einen Sinn? - oder wird behauptet: Der Marsch und all sein Beiwerk sind keine politische Aktion, sondern eher Gewissenshygiene !

Solche Fragen und Behauptungen sollen in einer offenen Auseinandersetzung diskutiert werden - deshalb das Podiumsgespräch.

Zur Diskussion haben wir eingeladen: Dr. Helga Einsele, Herbert Faller, Rudolfs Rolfs, Heinar Halberstadt, Hans A. Nickel, Prof. Dr. Hans Joachim Heydorn, Dolf Sagall, Günter Schwarz, Pfarrer Oeser und Egon Becker. Auch Sie und Ihre Freunde und Bekannten sind herzlich willkommen.

PETITIONSLISTEN - Bitte, fordern Sie bei der Geschäftsstelle große (25 Unterschriften) oder kleine (3 Unterschriften) Petitionslisten an. Die großen Listen gibt es bis zu 10 Stück kostenlos, 20 Stück DM 1,-, 50 Stück DM 2,-, 100 Stück DM 2,50 und jede weitere 100 Stück DM 2,-. Die kleinen Petitionslisten gibt es bis zu 30 Stück kostenlos, bei größeren Mengen Preis nach Vereinbarung.

ZENTRALE AKTION IN BONN

Am 29.8.1964 veranstaltet der zentrale Ausschuß der Kampagne in Bonn eine große Demonstration mit Abschlußkundgebung. Wir hoffen, mit 400 - 600 hessischen Freunden teilnehmen zu können. Hinreise mit Bahn oder Bussen, Rückfahrt für Interessenten mit einem River-Boat. Wir bitten, den Termin heute schon zu reservieren, nähere Einzelheiten später.

Bitte, verkaufen Sie zur Finanzierung unserer Arbeit weiterhin Postkarten mit Spendenschecks à DM 2,-. An Material empfehlen wir besonders OM-Abzeichen groß und klein, Druckkugelschreiben mit OM-Emblem und selbstklebende Autoplaketten, alles zum Stückpreis von DM 1,-.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

"PLEITE" , -

sagt unser Finanzmanager, wenn in den Sitzungen des hessischen Ausschusses gute Vorschläge für zukünftige Aktionen gemacht werden, die aber Geld kosten.

"PLEITE" , -

sagt er wieder, wenn die Mahnungen verschiedener "Gläubiger" auf seinen Tisch flattern.

"PLEITE" , -

ist - neben der politischen Verhaltensweise der Bundesregierung bei Abrüstungs- und Deutschlandproblemen - das größte Schreckgespenst, das die verantwortlichen Organisatoren der Kampagne dür Abrüstung zur Zeit einschüchtert und jede Aktivität lähmt.

PLÄNE -

haben wir viele: ein neues "etop"-Zeitungsflugblatt für Aufklärung über die Petition und mit Hinweisen zum Antikriegstag müßte hergestellt werden; die vergriffenen Petitionslisten müßten nachgedruckt werden; ein Flugblatt zum Hiroshimatag wird gebraucht; die Kosten für die Aktion am 29.8.64 in Bonn sind beträchtlich.

BITTE, BITTE -

sagen wir deshalb und verweisen auf die beigefügte Zahlkarte. DM 5,- (fünf !) von <u>jedem,</u> der diesen Rundbrief erhält, könnten uns retten. Danke !

Viele tausend Unterschriften für die "Petition an den Deutschen Bundestag" liegen uns schon vor. Das ist nicht viel: etwa 100.000 Menschen dieses Landes sind um die Ostertage demonstriert. Wir brauchen hunderttausende Unterschriften.

Jeder,
der unsere Sache der Abrüstung und des Friedens für wichtig hält -
Jeder,
der an Ostern 3 Tage demonstrierte -
Jeder,
der an unseren Kundgebungen teilnahm -
Jeder,
der neu zu uns kommt -
muß die nächsten Monate agitieren und Unterschrift um Unterschrift, Liste um Liste, für unsere Petition sammeln.

Wir werden die Petition anläßlich der Großveranstaltung am 29.8.1964 (Samstag) in Bonn dem Deutschen Bundestag zuleiten.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-205

Petition an den Deutschen Bundestag

Die Voraussetzung für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West ist, daß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden wird. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.**

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.**

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.**

Bitte, deutlich schreiben!

Name	Vorname	Leitzahl	Ort	Straße	Unterschrift
1.					
2.					
3.					

Zu dieser Petition ruft die Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner auf. Mit ihrer Unterzeichnung entsteht jedoch keine Verpflichtung oder Bindung gegenüber der Kampagne. Die Namen von Unterzeichnern dieser Petition werden von der Kampagne nicht veröffentlicht.

Diese Petition darf jeder Bürger der Bundesrepublik nur einmal unterzeichnen. Die abgeschlossenen Listen senden Sie bitte bis zum 31. 7. 1964 direkt an die Geschäftsführung der

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner

Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5

Herausgeber, Verleger und verantwortlich: Dr. A. Buro, München 55
Satz bzw. Druck: Buchdruckerei Wolferstätter, München 54

Institut für Zeitgeschichte Archiv

DM ..... Pf

für Konto

Nr. 57648

PSchA Frankfurt (Main)

Eingezahlt am .....

Absender (mit Postleitzahl):

.....

.....

.....

.....

betrifft:

Der Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftenempfänger

..... DM ..... Pf f. Kto.Nr. 57648

Absender:.....

.....

.....

Zahlkarte ED718-23-206

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf ..... DM ..... Pf

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

..... Deutsche Mark

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

6050 Offenbach

Konto Nr.

57648

Postscheckamt
Frankfurt (Main)

in .....

Postvermerk

Eingangs-Nr.

(Einl.-Nr., Namensz. d. Annahmebea, Tag u. Monat)

Für Vermerke des Absenders

Eingez. auf Kto Nr. 57648 PSchA Ffm.

Einlieferungsschein

– Bitte sorgfältig aufbewahren –

..... Deutsche Mark ..... Pf

(In Ziffern)

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

6050 Offenbach

in .....

Postvermerk

(Einl.-Nr., Annahmebea)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-207

DIE LAGE IST ERNST - - -

(Titel: Nach Altbundeskanzler Dr. Konrad Adenauer, hier jedoch in einem entgegengesetzten Zusammenhang gebraucht.)

Der Ostermarsch 1964 insgesamt war erfolgreich. Dies stellte nicht nur der Zentrale Ausschuß fest, sondern es stand auch in den elf uns vom Spiegel gewidmeten Zeilen. Auch die Kampagnen in anderen Ländern wachsen und üben einen immer größeren Einfluß auf die öffentliche Meinung aus. Freilich erleben wir nicht, daß eine Regierung der Kampagne recht gibt. Dies ist jedoch nicht wichtig. Wir erleben aber, daß bedeutende Menschen für das Zustimmung finden, was wir lange vorher ohne Beifall gefordert haben. Dies trifft für viele große Leistungen Kennedys und des großen Papstes Johannes XXIII zu und auf vieles, was der heute noch ausgepfiffene Senator Fulbright als Versuchsballon der US-Politik von morgen aufsteigen läßt.

Trotz dieser Erfolge ist der Einfluß der Kampagnen noch beschränkt. Der US-General Lemay kämpft durchaus nicht ohne Chancen weiter um die 100-Megatonnen-Bombe und selbst bescheidene weitere Schritte auf dem Wege zur Abrüstung, wie eben jetzt die Einschränkung von Uranproduktion, können nur mühsam durchgesetzt werden. Die Lage ist ernst, denn die Verhandlungen über die allgemeine, kontrollierte Abrüstung sind in Gefahr, wie weiland beim Völkerbund, in der Entschlußlosikeit und im Desinteresse kurzsichtiger Tagespolitiker stecken zu bleiben.

Die Arbeit der Kampagne muß daher härter und zielstrebiger werden, damit unsere Vorschläge überall bekannt und verstanden werden, und um der wachsenden Reaktion zu begegnen, die eine wachsende Bewegung notwendig erzeugt. Die Kampagne besteht schon heute nicht mehr nur aus dem Ostermarsch. Unsere Arbeitsformen sind bereits vielfältiger geworden: Foren, Seminare, eine Kunstauktion in München, Kabaretts, Kundgebungen und Märsche, Mahnwachen und Flugblattaktionen vor großen Fabriken und Lobby bei Parlamentariern, Verbänden und Geistlichen. Schon kämpft die Kampagne auf fast allen Ebenen, um ihr Bild in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, und findet Echo bei den Menschen, die sich um das Bild des Menschen in der Zukunft sorgen.

Doch dies alles reicht nicht aus. Die Situation ist so ernst, daß jeder einzelne im Rahmen des ganzen noch wirksamer als bisher die Kampagne in die Kreise tragen muß, die bisher abseits stehen und den Wohlstand der Gegenwart der Wohlfahrt der Zukunft vorziehen. Während wir bisher immer die Menschen aufforderten zu uns, zur Versammlungen und Märschen zu kommen und damit vorwiegend nur die schon Überzeugten erreichten, müssen wir jetzt beginnen, zu den Menschen zu gehen und sie zu zwingen, Stellung zu nehmen. Hier gibt uns die Petition der Kampagne die Möglichkeit, das Gespräch mit dem Angestellten, Beamten und Unternehmer ebenso zu beginnen wie morgens vor der Fabrik mit dem Arbeiter und auf der nächsten Versammlung mit den Mitgliedern einer Organisation. Die Petition kann der Anlaß sein, um zu Meldungen und Aufsätzen in unseren Tageszeitungen Stellung zu nehmen und die Diskussion über die friedliche Gestaltung der Zukunft überall so anzuregen, daß unser Volk beginnt, seine Position und seine Verpflichtung neu zu bedenken. Lassen Sie die Chance hierzu nicht vorüber gehen und schalten Sie sich in die Kampagne für Abrüstung aktiv ein.

Andreas Buro

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-208

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 5. Juni 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648
Va/Ha

6. 6. 64

Betr.: Nächste gemeinsame Sitzung von Hessischem Ausschuß und Örtlicher Ausschüssen

Liebe Freunde,

für Freitag, 12. Juni 1964, 18.30 Uhr lade ich Sie zur nächsten gemeinsamen Sitzung ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1) Stand der Unterschriftenaktion für die Petition sowie Veranstaltungen zum Hiroshima-Tag und zum Antikriegstag
2) Diskussionsforum am 27. Juni 1964
3) Sitzungen der Örtlichen Ausschüsse unter Teilnahme eines Vertreters vom Hessischen Ausschuß
4) Die internationale Kampagne für Abrüstung und Frieden
5) Verschiedenes

Die ersten drei Punkte sind für unsere Arbeit in den nächsten Wochen sehr wichtig. Sie alleine erfordern, daß alle Örtlichen Ausschüsse vertreten sind und alle Mitglieder des Hessischen Ausschusses an dieser Sitzung teilnehmen.

Besonders hinweisen möchten wir jedoch auf den Tagesordnungspunkt 4), zu dem Gerry Hunnius, der Generalsekretär der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden sprechen wird. Gerry Hunnius befindet sich, von London kommend, auf einer Durchreise und wird sich einige Tage in Frankfurt aufhalten, um hier von unserer Arbeit Kenntnis zu nehmen.

Wir hoffen also, daß wir mit einem vollzähligen Erscheinen rechnen können und verbleiben

mit freundlichen Grüßen,

Ihr Klaus Vack

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-209

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 5. Juni 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648

6. 6. 64

An die Mitglieder des Hessischen Ausschusses

Liebe Freunde!

Beigefügt geben wir Ihnen ein Rundschreiben an verschiedene Örtliche Ausschüsse, sowie den dazu gehörigen Terminplan. Wie Sie erkennen werden, kommt es jetzt darauf an, alle Anstrengungen auf die Vorbereitung der Petition zu konzentrieren. Daher kommt den Besuchen bei den Örtlichen Ausschüssen jetzt besondere Bedeutung zu. Zweifellos ist es von Vorteil, wenn nicht nur die im Terminplan Genannten zu den Besprechungen fahren, sondern weitere Mitglieder des Hessischen Ausschusses sich hierzu bereiterklären. Sollten Sie zu einem Termin frei haben und an dem Besuch eines Örtlichen Ausschusses besonders interessiert sein, setzen Sie sich bitte telefonisch mit uns in Verbindung.

Mit freundlichen Grüßen,

Fritz Straß

(Fritz Straß)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-210

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 5. Juni 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648

Liebe Freunde,

Sie haben die Einladung für unsere gemeinsame Sitzung am 12. Juni in Frankfurt erhalten. Außer weiteren wichtigen Tagesordnungspunkten werden wir unter Punkt 3 über Sitzungen der Örtlichen Ausschüsse unter Teilnahme eines Vertreters vom Hessischen Ausschuß sprechen.

Wir halten es für dringend erforderlich, daß der Kontakt des Hessischen Ausschusses zu den einzelnen Örtlichen Ausschüssen - und nicht nur ihren Vertretern, die an den Sitzungen des Hessischen Ausschusses teilnehmen - wieder enger wird. Bei diesen Besprechungen, an denen ein Mitglied des Hessischen Ausschusses teilnimmt, soll über zukünftige örtliche und überörtliche Aktivitäten und vorrangig über die Petition an den Deutschen Bundestag gesprochen werden. Von einem zufriedenstellenden Zwischenergebnis bei der Unterschriftensammlung kann heute noch nicht die Rede sein. Wir müssen daher gemeinsam beraten, welche Schritte wir unternehmen können, um diese Angelegenheit erfolgreich weiterzubringen. Zu der Sitzung sollen alle Mitglieder Ihres Örtlichen Ausschusses und besonders aktive Freunde, die bei der örtlichen Arbeit mitwirken, eingeladen werden.

Diesem Rundschreiben haben wir einen Terminplan beigefügt, dem Sie entnehmen können, an welchem Tag wir Sie besuchen. Bitte informieren Sie unverzüglich die übrigen Mitglieder Ihres Ausschusses von dem Termin und benachrichtigen Sie uns, evtl. telefonisch (88 37 64), wo und um welche Uhrzeit die Besprechung stattfinden kann. Sollte ein Termin aus dringenden Gründen für Sie ungelegen sein, bitten wir mindestens zwei Ausweichtermine anzugeben.

Wir hoffen, bald wieder von Ihnen zu hören.

Mit freundlichem Gruß!

Fritz Straß

(Fritz Straß)

Die gemeinsame Besprechung zwischen dem Örtlichen Ausschuß ..... und Vertretern des Hessischen Ausschusses am ..... findet in folgenden Räumlichkeiten .... um ..... Uhr statt.

Die Sitzung kann nicht zu dem gewünschten Termin stattfinden. Wir schlagen deshalb folgende Auswahltermine vor:

1. .....
2. .....

Datum Uhrzeit Ort

.....
Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED718-23-211

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Terminplan der Besprechungen mit Örtlichen Ausschüssen

Örtlicher Ausschuß	Vertreter des HA	Termin
Darmstadt	Straß	6.6.1964
Dieburg	Straß	10.6.1964
Frankfurt	ständige Teilnahme an den Sitzungen	
Friedberg	Winkler	Termin nach Absprache
Gelnhausen	Straß	11.6.1964
Gießen	Straß	16.6.1964
Landkreis Groß Gerau)		
Groß Gerau)		
Mörfelden)		
Rüsselsheim)		
Walldorf)	Vack	24.6.1964
Hanau	Winkler	nach Absprache
Langen	Straß	22.6.1964
Mainz	Vack	23.6.1964
Marburg	Straß	29.6.1964
Neu Isenburg	Winkler	22.6.1964
Offenbach	Vack	nach Absprache
Sprendlingen	Straß	30.6.1964
Wiesbaden	Straß	2.7.1964

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

ED718-23-212

Protokoll zur Sitzung des Arbeitsausschusses am 2.6.1964 in Offenbach

4.6.64

Anwesend: Amann, Arlt, Farr, Halberstadt, Vack, Winkler

es fehlten: Andres, Faller, Straß

1. Klaus Vack gibt einen kurzen Überblick über den Stand der Aktivitäten im Hessischen Ausschuß und bei den Örtlichen Ausschüssen. Es muß festgestellt werden, daß es auch in diesem Jahr wieder nicht gelungen ist, die Kampagne für Abrüstung auch nach dem Ostermarsch genauso zielstrebig und aktiv voranzubringen, wie dies in den Monaten vor Ostern der Fall war. Die allgemeine Inaktivität wirkt sich bisher auch auf die Unterschriftensammlung für die Petition und auf die finanziellen Verhältnisse aus.

   Finanziell sieht es so aus, daß zur Zeit noch offene Rechnungen von DM 4.000.-- zu begleichen sind und daß diesen Rechnungen Forderungen an OM-Anhänger und an die Örtlichen Ausschüsse von DM 4.300.-- gegenüber stehen. Ein Brief mit der Bitte um finanzielle Unterstützung an verschiedene Persönlichkeiten brachte bisher eine Zusage von Dr. Freudenberg, der für die Monate Juni, Juli, August und September je DM 500.-- zur Verfügung stellt. Ein Kassenbestand ist zur Zeit so gut wie nicht vorhanden. Es soll versucht werden, noch einmal an einige Persönlichkeiten, an einige unterstützende Verbände und in einem Finanzaufruf an alle OM-Anhänger heranzutreten, um so wieder einige Gelder zu bekommen. Außerdem werden die älteren offenstehenden Rechnungen der Örtlichen Ausschüsse angemahnt.

2. Der Arbeitsausschuß beschäftigt sich mit der Petition und der Veranstaltung am 29.8.1964. Nach längerer Diskussion wird beschlossen, daß der Zentrale Ausschuß gebeten werden soll, gemeinsam mit den Regionalausschüssen Hessen und Nordrhein-Westfalen und zur Unterstützung aller anderen Regionalausschüsse ein Zeitungsflugblatt herzustellen, das zur Unterstützung der Petition verwendet werden kann. Das Zeitungsflugblatt soll bereits im Hauptartikel auf den 1. September hinweisen. Bei Gegenstimme von Norbert Winkler wird beschlossen, daß sich der Hessische Ausschuß mit einem Kostenrisiko von DM 1.000.-- an dem Zeitungsflugblatt beteiligt. Aus politischen Gründen legt der Hessische Ausschuß Wert darauf, daß die Veranstaltung am 29.8.1964 durchgeführt und nicht auf den September verlegt wird. Die Vertreter des Hessischen Ausschusses werden dies bei der nächsten ZA-Sitzung vertreten.

3. Klaus Vack wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit Heiner Halberstadt, ein ausführliches Rundschreiben an die Hess. Anhänger der Kampagne zu verfassen und anschließend zu verschicken.

4. Der Flugblatt-Entwurf von Edgar Weick für ein Flugblatt zum Hiroshima-Tag kann nicht akzeptiert werden. Der Arbeitsausschuß beauftragt Heiner Halberstadt, einen neuen Textentwurf für ein Flugblatt zum Hiroshima-Tag anzufertigen. Der Hess.

Institut für Stadtgeschichte Archiv

Ausschuß empfiehlt den Örtlichen Ausschüssen, die in Städten und Gemeinden arbeiten, die an einem Fluß liegen, nach dem Hiroshima-Beispiel am Abend des 6. August 1964 Windlichter auf den Flüssen auszusetzen.

5. Für Samstag, 27.6.1964 wird ein Diskussionstreffen festgelegt. In Form einer Forumsveranstaltung soll über das Thema 'Kampagne für Abrüstung - moralischer Protest oder politische Bewegung' diskutiert werden. An der Diskussion sollen teilnehmen: Herbert Faller, Heiner Halberstadt, Rudolf Rolfs, Hans A. Nikel, Dr. Helga Einsele, Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn, Dolf Segall, Ulla Illing, Egon Becker, Pfarrer Oeser. Um die Gesprächsleitung soll Dr. Krapp gebeten werden. Die Forumsveranstaltung ist im wesentlichen für die OM-Anhänger gedacht und wird nicht öffentlich publiziert.

6. Die nächste Sitzung mit den Örtlichen Ausschüssen findet am 12. Juni 1964 im Haus der Jugend statt. An der Sitzung wird der Sekretär der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden, C. Hunnius, teilnehmen und über die internationale Arbeit berichten.

7. Fritz Straß wird beauftragt, soweit wie möglich, gemeinsam mit Arlt, in den nächsten Wochen die Örtlichen Ausschüsse aufzusuchen und mit ihnen über die Möglichkeiten örtlicher Arbeit zu diskutieren. Fritz Straß nimmt am 3.6.1964 an der Sitzung des ÖA Frankfurt teil.

605 Offenbach, 4. Juni 1964
Für die Protokollführung:
Klaus Vack

Nachtrag zu Punkt 1

Neben den offenen Rechnungen von DM 4.000.-- ist selbstverständlich noch das seit längerer Zeit bestehende Darlehen von DM 6.000.-- offen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuss

per Adresse
Klaus Vack
6o5o Offenbach - 4
Postfach 648

7. Mai 1964

8. 5. 64

ED 718-23-213

Petitionsbrief Nr. 1

An die Orts- und Regionalausschüsse
der Kampagne für Abrüstung

Liebe Freunde,

der Ostermarsch 64 war ein Erfolg. Überall im Bundesgebiet sind die Märsche größer geworden und trotz Regen und Schneetreiben haben wir eine beachtliche Aufmerksamkeit unter der Bevölkerung und in der Öffentlichkeit gefunden. Wir wollen uns aber mit dem Erreichten nicht zufriedengeben. Unsere nächste und wichtigste Aufgabe ist, für die Petition an den Deutschen Bundestag eine große Zahl Unterzeichner zu gewinnen. Man wird die Kraft der Kampagne danach beurteilen, ob es uns gelingt, hunderttausende von Unterschriften zu sammeln, denn bei dieser Art eine Petition einzureichen kommt es auf die Zahl an.

1. Die Petitionslisten wurden bereits oder werden durch die Landes- und Regionalausschüsse hergestellt. Beim Zentralen Ausschuss (Dr. A. Buro, 8ooo München 55, Andreas-Vocst-Str. 5) können kostenlos Matern bezogen werden, die die Druckkosten erheblich senken. (Muster der 2 verschiedenen Listen, eine für 25 Unterschriften, eine für 3 Unterschriften liegen bei.)

2. Die gesammelten Unterschriften - auch wenn evtl. einige Listen nicht voll werden - sind an Dr. A. Buro zu senden. Schlußtermin für die gesamte Unterschriftensammlung: 20. August 1964! Am 29. August finden in Bonn Demonstrationen und anschließend eine Großkundgebung statt. (Antikriegstag!), aus deren Anlaß das Ergebnis der Unterschriftensammlung bekanntgegeben und die Petition beim Deutschen Bundestag überreicht werden.

3. Es sollte, wo notwendig, immer darauf hingewiesen werden, daß mit der Unterzeichnung der Petition keine Verpflichtung oder Bindung gegenüber der Kampagne für Abrüstung entsteht. Die Namen von Unterzeichner der Petition werden von der Kampagne nicht veröffentlicht. Die Petitionslisten werden bei einem Notar hinterlegt, der die Petitinn namens der Kampagne für Abrüstung und der soundsoviel tausend Unterzeichner dem Petitionsausschuss zuleitet.

4. An den Veranstaltungen und Ostermärschen 1964 haben sich hunderttausend Menschen beteligt. Diese Zahl müssen wir bei der Unterschriftensammlung für die Petitions vervielfachen. Sicher gibt es Millionenen Bürger in der Bundesrepublik, die die Forderungen der Petition voll unterstützen. Unsere Aufgabe ist es, durch vielerlei Aktionen einen großen Teil dieser Bürger anzusprechen und zur Unterschriftenleistung zu gewinnen.

5. Die ersten Erfolge bei der Unterschriftensammlung hatten einige Örtliche Ausschüsse bei den Mai-Kundgebungen des DGB. Vor den Veranstaltungsräumen oder Kundgebungsplätzen waren Informationsstände der Kampagne errichtet, bei denen die Petitionslisten auslagen. Andere Ausschüsse haben bei den

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-214

Umzügen und bei Veranstaltungen zum 1. Mai die kleinen Petitionslisten verteilt. Wir sollten bei ähnlichen Veranstaltungen, die in den nächsten Monaten stattfinden, diese Erfahrungen verwerten.

6. Der Örtliche Ausschuss Borken hat den starken Ausflugverkehr um den 1. Mai genutzt, einen großen Teil der Bevölkerung auf die Forderungen der Kampagne für Abrüstung aufmerksam zu machen. An wichtigen Ausfallsstrassen hinter der Stadt, hinter Kreuzungen viel befahrener Bundes- und Landstrassen und vor einer Auffahrt zur Bundesautobahn wurden OM-Plakate aufgestellt. Zwei bis drei Freunde der Örtlichen Ausschüsse haben dabei, dort wo es möglich war, kleine Petitionslisten verteilt. Man war mit der Aktion sehr zufrieden und will sie an Pfingsten wiederholen.

7. Wir empfehlen, daß alle Ortsausschüsse schleunigst zu einer Sitzung zusammenkommen um zu planen, wie örtlich gearbeitet werden soll. Die Unterschriftenaktion muß von nun an permanent bis in den August überall im Bundesgebiet auf vollen Touren laufen. Für örtliche Aktionen geben wir folgende Anregungen:

a)
Betriebsaktionen - vor allen Fabriken, Büros und Verwaltungen am Ort. 1. Verteilen der kleinen Petitionslisten mit einem Beiblatt, das darauf hinweist, daß die Listen nach Arbeitsschluß wieder eingesammelt werden. 2. Errichten eines Standes wo nach Arbeitsschluß die großen Listen ausgelegt werden.

b)
Informationsstand an zentralen Punkten am Ort. Von unseren Freunden möglichst täglich mehrere Stunden und über 2 bis 4 Wochen besetzt. Evtl. Eröffnung durch eine kurze Kundgebung, zu der die Presse eingeladen wird. Wo etwas Geld vorhanden, durch Anoncen auf den Informationsstand hinweisen. Petitionstext ist groß und gut leserlich auf eine Tafel zu schreiben. Es wird empfohlen, nur große Petitionslisten auszulegen.

c)
Aktionen an Hochschulen, Fachschulen und Universitäten können ähnlich wie bei Betriebsaktionen organisiert werden.

d)
Mit Hausbesuchen könnten wir wohl die größtmöglichste Unterschriftenzahl am Ort gewinnen. Das bedeutet allerdings eine riesige Arbeit, die sich jedoch in vielen tausend Unterschriften niederschlagen und darüber hinaus eine breite Aufklärung über die Kampagne für Abrüstung sozusagen als Nebenprodukt mit sich bringen wird. Der Örtliche Ausschuss einer mittleren Großstadt ist zur Zeit dabei, Wohnung um Wohnung, Straße um Straße und Stadtteil um Stadtteil durchzukämmen. Das bringt lebhafte Diskussionen und nach dem so mancher seine anfängliche Scheu überwunden hat auch viel Freude. Es empfiehlt sich, möglichst zu zweit und nur mit den großen Petitionslisten zu gehen.

In Hessen und Nordrhein-Westfalen plant man zur Zeit ein Aufklärungsflugblatt über die Petition, das bei Hausbesuchen ein bis zwei Tage vor dem Besuch in Briefkästen gesteckt werden soll. Die angesprochenen Bewohner dürften dann besser informiert sein und die Diskussionen werden etwas verkürzt. Selbstverständlich steht das Aufklärungsflugblatt nach seiner Fertigstellung sämtlichen Ausschüssen im Bundesgebiet zur Verfügung.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-215

e)
Vielerorts gibt es Schülerzeitungen und Vereinsblättchen. Man sollte verhandeln, ob kostenlos die kleinen Petitionslisten eingelegt werden können.

f)
Zur Zeit läuft in vielen Kinos in der Bundesrepublik der Film "Dr. Seltsam - oder wie ich lernte, die Bombe zu lieben". Wir sollten im Anschluß die kleinen Petitionslisten verteilen. Das gleiche gilt für Antikriegsfilme oder für geeignete Schauspiele wie "Die Physiker".

g)
Unter Hinweis auf Punkt 5) des Schreiben sei noch einmal an Veranstaltungen der Gewerkschaften, Parteien, Volkshochschulen etc. erinnert. (Kleine Petitionslisten)

Liebe Freunde, dieser Rundbrief ist umfangreich. Dennoch hoffen wir , daß Sie bis hierher vorgedrungen sind und Sie sollten ihn ein zweites und ein drittes mal lesen, sowie alles vorgeschlagene durchdenken. Wir wollen Ihnen auch weiterhin Vorschläge und Informationen zur Unterschriftensammlung für die Petition schicken. Dazu bitten wir um Ihre Mitarbeit. Schreiben Sie uns Ihre Erfahrungen an die Adresse Klaus Vack, 6050 Offenbach - 4, Postfach 648, damit alle Freunde und damit die Kampagne für Abrüstung davon provitieren.

Mit freundlichen Grüßen!
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuss
i.A.

Kla Vack
(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-216

Petition an den Deutschen Bundestag

Die Voraussetzung für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West ist, daß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden wird. Einer Internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.**

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.**

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.**

Bitte, deutlich schreiben!

Name	Vorname	Leitzahl	Ort	Straße	Unterschrift
1.					
2.					
3.					

Zu dieser Petition ruft die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner auf. Mit ihrer Unterzeichnung entsteht jedoch keine Verpflichtung oder Bindung gegenüber der Kampagne. Die Namen von Unterzeichnern dieser Petition werden von der Kampagne nicht veröffentlicht.

Diese Petition darf jeder Bürger der Bundesrepublik nur einmal unterzeichnen. Die abgeschlossenen Listen senden Sie bitte bis zum 31. 7. 1964 direkt an die Geschäftsführung der

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner

Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5

Herausgeber, Verleger und verantwortlich: Dr. A. Buro, München 55
Satz bzw. Druck: Buchdruckerei Wolfersstätter, München 54

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-217

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner

An den
Petitionsausschuß
des Deutschen Bundestages
53 Bonn

Als erster Schritt zu einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung in Ost und West muß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden werden. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.**

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.**

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.**

Name	Vorname	Leitzahl	Ort	Straße	Unterschrift
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					
6.					
7.					

Diese Petition darf jeder Bürger der Bundesrepublik nur einmal unterzeichnen. Die abgeschlossenen Listen bitte direkt an die Geschäftsführung der Kampagne, Dr. A. Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5, bis zum 30. 7. 1964 senden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-218

KURZ-BÜNDIG-WICHTIG

28. 4. 64

Beigefügt finden Sie "stop" - ein 4-Seiten-Flugblatt über den Ostermarsch 64 und die nächsten Schritte der Kampagne für Abrüstung. Bringen Sie "stop" unter die Menschen. Jedes "stop"-Flugblatt sollte von vielen Personen gelesen werden, denn die Auflage war aus finanziellen Gründen nicht groß. Doch haben wir einige tausend "stop". Bestellen Sie mit umseitigem Bestellzettel (auch kleine Mengen).

Viele tausend Unterschriften für die "Petition an den Deutschen Bundestag" liegen uns schon vor. Das ist nicht viel: etwa 100.000 Menschen dieses Landes sind um die Ostertage demonstriert. Wir brauchen hunderttausende Unterschriften.

Jeder,
der unsere Sache der Abrüstung und des Friedens für wichtig hält -
Jeder,
der an Ostern 3 Tage demonstrierte -
Jeder,
der an unseren Kundgebungen teilnahm -
Jeder,
der neu zu uns kommt -
muß die nächsten Monate agitieren und Unterschrift um Unterschrift, Liste um Liste für unsere Petition sammeln.

Wir werden die Petition anläßlich einer Großveranstaltung am 29.8.1964 (Samstag) in Bonn dem Deutschen Bundestag zuleiten. Ein Sonderzug von Hessen fährt zu dieser Kundgebung. Termin reservieren, nähere Informationen später.

Bitte vormerken: am 13.6.1964, 15.00 bis 19.00 Uhr veranstalten wir unser III. Diskussionstreffen über Grundsatzfragen der Kampagne, der Entspannung und Abrüstung. Nähere Informationen später.

Unser Kassenstand heute:

Kontostand Bank und Postscheck ca. DM 2.000,--
Unbezahlte Rechnungen unserer Anhänger ca. DM 5.800,--
Unbezahlte Rechnungen aus OM-Verpflichtungen ca. DM 8.000,--
Darlehen von privater Seite DM 6.000,--
Somit ungedecktes Defizit DM 6.200,--

Bitte, verkaufen Sie weiterhin Fördererbons (wir haben hier noch genug), sammeln und spenden Sie für die Kampagne. Offene Rechnungen unserer Anhänger sind umgehend zu bezahlen. Postscheckkonto, Frankfurt, 57 648; Girokonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach, Konto Nr. 740 294

Die Frankfurter Gewerkschaftsjugend demonstriert am Vorabend des 1. Mai. Donnerstag, den 30.4.1964 20.00 Uhr, Fackelzug, Aufstellplatz Römerberg; 21.00 Uhr, Kundgebung auf dem Parkplatz vor dem Gewerkschaftshaus. Es spricht: Philipp Fleß, MdL., "Denkt an Auschwitz - Festigt die Demokratie!" Nehmen Sie an den Maiveranstaltungen teil, führen Sie OM-Parolen und unser Abzeichen mit.

+/ 2x STOP

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

- -

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner

6o5o Offenbach - 4
Postfach 648

Ich bestelle folgendes Material:

- - - - Petitionslisten an den Deutschen Bundestag +) DM - - - - -
- - - - Flugblätter "stop"
2o Stück DM 1,--
5o Stück DM 2,--
1oo Stück DM 3,-- DM - - - -
- - - - OM-Abzeichen, klein á DM 1,-- DM - - - - -
- - - - OM-Abzeichen, groß á DM 1,-- DM - - - - -
- - - - Druckkugelschreiber mit OM-Emblem á DM 1,-- DM - - - -
- - - - Autoplaketten (selbstklebend) DM 1,--/Stück DM - - - -
- - - - Postkarten und Spendenschecks á DM 2,-- DM - - - - -

Das Material ist zu liefern an:

Name: -

Anschrift: -

- -

+) bis zu 1o Stück kostenlos, 2o Stück DM 1,--,
5o Stück DM 2,--, 1oo Stück DM 2.5o und je
weitere 1oo Stück DM 2,--

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Kampagne für Abrüstung

ED 718-23-219

Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5

ZENTRALER AUSSCHUSS

Geschäftsführung
Dr. Andreas Buro
8 München 55
Andreas-Vöst-Straße 5
Fernruf 18361

Postscheck
Hannover 239848
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto
Braunschweig

München, den

P R O T O K O L L

über die Sitzung des
Zentralen Ausschusses
am 11. und 12.4.1964

28.4.64 V.

BITTE VORBEHALTEN: Nächste ZA-Sitzung am 13. und 14.6.1964

VERTEILER: Kuratoirum, Zentraler Ausschuß, Ausschüsse der Kampagne

T E I L N E H M E R

Sprecher
Hans Konrad Tempel

Geschäftsführer
Andreas Buro

RA Hamburg/Schleswig-Holst.
Günther Lübcke
Ulrich Sander

RA Bremen/Niedersachsen
Detlef Dahlke
Wolfgang Liebegeld
Horst-P. Salge

RA West
Christel Beilmann
Herbert Stubenrauch
Frank Werkmeister

RA Hessen/Rheinland
Reiner Halberstadt
Klaus Vack
Norbert Winkler

RA Baden/Pfalz/Saar
Ernst Günther
Irm de Ondarza

Kuratorium
Herbert Faller
Arno Klönne

RA Württemberg/Bodensee
Hartnagel
Alfred Riedel
Günter Fritz

RA Bayern-Nord
Hugo Stössinger

RA Bayern-Süd
Klaus Schreer

Hans Joachim Arlt - VK
H. G. Friedrich - IdK
Dr. Hannelis Schulte - DFG

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hedwig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, Ernst Wolf.

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg/Holstein, Manhagener Allee 33, Fernruf 4876

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Zu TO 1 - Verlauf der Ostermärsche und kritische Wertung

Von den einzelnen Marschgruppen wurde über den Verlauf der Märsche berichtet. Örtliche Schwierigkeiten sind nur in Hannover entstanden, wo bei den Kundgebungen die Lautsprecher verboten wurden. Von einiger Gegenwerbung abgesehen, die vorwiegend von der Jungen Union betrieben wurde, verliefen die Märsche reibungslos. In einzelnen Gebieten fotografierte der Verfassungsschutz die Marschteilnehmer.
Besonderen Anklang hat das Heftchen "Komm mit" gefunden, das in einer Auflage von 360.000 Stück gedruckt wurde. Zur allgemeinen Information soll Frank Werkmeister eine Übersicht zusammenstellen, an wen diese Flugblätter alle gegangen sind, um so auch für künftige Aktionen eine entsprechende Unterlage zu haben. In diesem Zusammenhang wurde beschlossen daß Flugblattbestellungen über 2000 Stück, die nicht die RA selbst bestellen, den RA mitgeteilt werden, so daß diese über das Werbematerial in ihrem Gebiet unterrichtet sind.

Zu TO 2 - Presseübersicht

Die Berichterstattung durch Presse, Rundfunk und Fernsehen war in diesem Jahr wesentlich besser. Erstmals wurden auch unsere politischen Forderungen bekanntgemacht und zum Teil diskutiert.
Leider werden von uns noch zu wenig Leserbriefe zu den Berichten der Zeitungen geschrieben. Die Ausschüsse sollen darauf hinwirken, daß in Zukunft eine größere Reaktion auf Artikel in den Zeitungen erfolgt.
Den RA soll Arno Klönne die Zeitschriften bekanntgeben, die den zentralen Pressedienst erhalten. Die RA sollen ihrerseits Arno Klönne umgehend die Zeitschriften mitteilen, die für ihr Gebiet so wichtig sind, daß sie den zentralen Pressedienst in Zukunft erhalten sollen.
Vom hessischen Ausschuß sind die lokalen Zeitungen im Marschgebiet mit ganzen, extra für sie verfaßten Artikeln vor Ostern versorgt worden. Die Zeitungen haben die Artikel vielfach abgedruckt. Die Nachahmung dieses Beispiels wird empfohlen.

Zu TO 3 - Maßnahmen gegen die Diffamierung der Kampagne

Da der DGB sich in die Verteilung der "Ostermarsch-Betrachtungen" eingeschaltet hat, soll an die Bundesvorstände der einzelnen Gewerkschaften vom Zentralen Ausschuß geschrieben werden.

Den Strafanzeigen gegen den Deutschland-Unions-Dienst und gegen Franz Barsig wurde nachträglich zugestimmt.

Da der Kampagne verschiedentlich unterstellt worden ist, sie wolle eine politische Partei werden, soll vom Arbeitsausschuß eine Erklärung über das Selbstverständnis der Kampagne entworfen und auf der nächsten ZA-Sitzung diskutiert werden.

Zu TO 4 - Stand der Petition an den Bundestag

Um eine große Unterstützung der Petition an den Bundestag zu erhalten, sollen:

a) Hinweise für die örtlichen Ausschüsse ausgearbeitet werden
b) Zeitungen und Verbände über die Petition unterrichtet werden
c) die Unterzeichner mit Petitionslisten versorgt und in diese Bemühungen eingeschaltet werden.

Der ZA wird für den Druck der Petitionslisten noch einmal einen Entwurf ausarbeiten, in dem deutlich festgestellt wird, daß mit der Unterzeichnung der Petition keine Verpflichtung gegenüber der Kampagne entsteht und daß die Namen der Unterzeichner von der Kampagne nicht veröffentlicht werden. Ferner soll ein Petitions-Listen-Entwurf für nur wenige Unterschriften vorbereitet werden, der vor Betrieben ausgegeben werden kann. Von dem Satz sollen durch den ZA Matern hergestellt werden, die den RA zum Druck der Listen zur Verfügung gestellt werden können. (Bitte anfordern, Preis der Matern ca. 1,5 Pfg./qcm).

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-220

Es wurde vorgeschlagen, die kleinen Petitions-Listen vor Großbetrieben morgens auszugeben und auf Plakaten aufzufordern, die Listen abends bei Verlassen des Werkes wieder abzugeben.

Aus den Unterzeichnern sollen die Assistenten und Professoren von Universitäten u.ä. herausgesucht und gebeten werden, an den Universitäten die Petition voranzutreiben.

Zu TO 5 - Delegation für Genf

Es wurde beschlossen, vorläufig von der Kampagne keine eigene Delegation nach Genf zu senden, da die Abrüstungsverhandlungen dort z.Z. stagnieren und mit einer längeren Vertagung der Konferenz in nächster Zeit zu rechnen ist.
Statt dessen soll Arnold Künzli gebeten werden, für die Kampagne einen Bericht über die Verhandlungen auszuarbeiten und sich hierzu ggf. in unserem Auftrag auch mit den Delegationen in Verbindung zu setzen.

Zu TO 6 - Arbeitsplan der Kampagne für 1964/1965
Form der Ostermärsche 1965

Der Ausschuß beschloß in diesem Jahr, den Aufbau der inneren Struktur der Kampagne verstärkt zu betreiben, damit überall eine ständige Kampagne und nicht nur die Durchführung der Ostermärsche ermöglicht wird. Dazu sollen neue GA unter Aufsicht und mit Zustimmung der RA gegründet, die Lobby auf bestimmte Personenkreise konzentriert (z.B. Geistliche, Ärzte, Kommunalpolitiker, Gewerkschaftler usw.) und Arbeitskreise, möglichst aus Experten, für besondere Gruppen gebildet werden. Hierzu sollen besonders auch die Unterzeichner des Aufrufes 1964 herangezogen werden.

Bei der Verbesserung der inneren Struktur der Kampagne soll der ZA den RA und GA Hilfe leisten. Z.B. Zusammenstellung von Adressen von Abgeordneten und Kirchenstellen, Entwurf von speziellen Flugblättern und Briefen. Evtl. Veranlassung einer soziologischen Untersuchung über die heute von uns am besten ansprechbaren Kreise. Ausarbeitung von Modellaktionen, um Erfahrungen für die Lobby-Tätigkeit zu sammeln.

Folgende Aktionen wurden für die nächsten Monate festgelegt:

a) am 1. Mai sollen von der Kampagne wie in den Vorjahren die Demonstrationen der Gewerkschaften unterstützt werden. Mitführen von Ostermarschzeichen und Slogans nur nach Absprache mit den jeweils zuständigen Gewerkschaftsgremien;

b) soll versucht werden, ein Gespräch mit den führenden Personen der Labour-Party in England zu führen;

c) am 29.8. soll in Bonn eine große Veranstaltung unter Beteiligung aller Ostermarschausschüsse abgehalten werden, auf der die Ergebnisse der Petition bekanntgemacht werden. Hierzu sollen aus anderen Ländern wichtige Persönlichkeiten und Sprecher eingeladen werden. B i t t e , jetzt schon diesen Termin bekanntmachen!

Die Möglichkeiten, am 1. Sept. einen Marsch von der Bundesrepublik oder der deutschen Grenze nach Polen zu veranstalten, wurden diskutiert. Eine endgültige Entscheidung wurde noch nicht erreicht, und die Frage zur weiteren Prüfung an den Arbeitsausschuß überwiesen.

Zur Stärkung der inneren Struktur der Kampagne wurde vorgeschlagen, daß die Ausschüsse, auch der ZA, in stärkerem Maße von der Möglichkeit Gebrauch machen, besonders wichtige und fähige Personen, auch wenn sie nicht als Vertreter einer Organisation benannt sind, in die Ausschüsse aufzunehmen. Über die Kooption des ZA und die vorgeschlagenen Personen soll erst auf der nächsten Sitzung entschieden werden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Im Ausschuß herrscht Einigkeit, daß auch 1965 Ostermärsche durchgeführt werden sollten. Die Form der Märsche selbst soll erst auf späteren Sitzungen besprochen werden.

Es wurde diskutiert, für Januar 1965 eine Fachkonferenz über Abrüstungsfragen nach Deutschland durch die Kampagne einzuberufen. Eine Entscheidung hierüber wurde noch nicht gefaßt.

Zum Hiroshima-Tag soll vom ZA ein Flugblatt-Text entworfen werden. Um baldige Übersendung von Textvorschlägen wird gebeten, so daß der Vorschlag auf der nächsten ZA-Sitzung besprochen werden kann.

Zu TO 7 - Verschiedenes

a) Wie schon seit längerer Zeit angekündigt, erklärte Hans-Konrad Tempel seinen Rücktritt als Sprecher des ZA. Seine Rücktrittserklärung ist in der Anlage 1 Wiedergegeben. Der ZA wählte Hans Konrad Tempel einstimmig in das Kuratorium der Kampagne.

b) Als neuer Sprecher des ZA wurde Andreas Buro einstimmig gewählt. Er soll die Geschäftsführung weiter wahrnehmen, bis ein hauptamtlicher, neuer Geschäftsführer gefunden ist.

c) Angaben über die Demonstrationen der WISP vor dem NATO-Hauptquartier in Den Haag sollen in den IZA veröffentlicht werden.

d) Die nächste ZA-Sitzung findet am 13. und 14. Juni 1964 statt. Sie soll der Diskussion grundsätzlicher Fragen der Stellung und Arbeit der Kampagne dienen. Vorschläge für Diskussionspunkte bitte umgehend an die Geschäftsführung geben

München, den 22. April 1964 gez. Andreas Buro

Anhang 1

Erklärung von H A N S - K O N R A D T E M P E L

Ich habe dem Zentralen Ausschuss und dem Kuratorium im September 19[illegible] dargelegt, dass ich mein Amt als Sprecher und als Mitglied des Arbeitsausschusses der Kampagne so bald wie möglich niederlegen würde. Wie vereinbart, geschieht dies jetzt, nach dem Erfolg des Ostermarsches 1964.

Neben gesundheitlichen Gründen ist für mich ausschlaggebend, dass ich als Mitglied der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) unserer alten demokratischen Regel folgen will, nach der wir ein Amt nicht länger als 3 Jahre innehaben sollten.

Weit über das mir zukommende Maß hinaus habe ich seit 1960 an führender Stelle in der Kampagne für Abrüstung gestanden. Wenn ich gut gearbeitet habe, sind andere da, die meine Aufgaben übernehmen; habe ich nicht gut gearbeitet, wird es höchste Zeit, dass andere an meiner Stelle in die Verantwortung gerufen werden.

Ich habe die politische Linie der Kampagne - wie sie sich in den Grundsätzen, in den Aktionen und in den Beschlüssen des Zentralen Ausschusses ausdrückt - mitbestimmt und jederzeit gebilligt und bin der Überzeugung, dass unsere gemeinsame Arbeit auch in Zukunft unabhängig und eindeutig fortgeführt wird.

Um der Kampagne auch künftig tätig verbunden zu sein, habe ich die Wahl in das Kuratorium angenommen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-221

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Frankfurter Ausschuß

Hermann Sittner
Frankfurt a/M 20
Fliederweg 17

28.4.64

Liebe Freunde,

wie wir erfahren, veranstaltet die Gewerkschaftsjugend in Frankfurt a/M auch in diesem Jahr am 30. April einen Fackelzug durch die Innenstadt mit anschließender Kundgebung.

In den vergangenen Jahren kamen dabei immer auch die Forderungen zum Ausdruck, die auch der Ostermarsch vertritt. Wir machen Sie daher auf diese Veranstaltung aufmerksam und bitten Sie um Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Hermann Sittner

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-222

Frankfurts Gewerkschaftsjugend demonstriert!

Donnerstag, den 30. April 1964
20 Uhr, Fackelzug, Aufstellplatz Römerberg

21 Uhr Kundgebung auf dem Parkplatz vor dem Gewerkschaftshaus

Denkt an Auschwitz – festigt die Demokratie!

Es spricht: **Philipp Pleß**, MdL.
Leiter der Pressestelle beim DGB-Landesbezirk Hessen

Wir rufen alle jugendlichen Arbeitnehmer auf, mit für unsere Forderung zu demonstrieren!

Veranstalter: **Gewerkschaftsjugend** DGB-Kreis Frankfurt-M., Jugendsekretariat · Verantwortlich: Hans Michel, Frankfurt-M., Untermainkai 66

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Der DGB - Kreis Frankfurt am Main

ruft auf zur Kundgebung
am 1. Mai 1964, um 10,45 Uhr,
in der Kongreßhalle
auf dem Messegelände

Das Erreichte sichern - die Zukunft gestalten!

Es sprechen:

Heinrich Hemsath
Hessischer Staatsminister

Ernst Leuninger
1. Vorsitzender d. DGB-Landesbezirkes Hessen

Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten sind aufgerufen, sich an der Kundgebung zu beteiligen, um gemeinsam u. solidarisch die Forderungen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften zu unterstützen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-223

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner

Protokoll zur Sitzung des hessischen Ausschusses mit den örtlichen Ausschüssen am 23.4.64 in Frankfurt

27.4.64

Anwesend: a) von hessischen Ausschuß
Fritz Strass, Fritz Ahann, Brita Moritz, Horst Maurer, Norbert Winkler, Rudolf Segall, Heiner Halberstadt, Willi Malkmes

b) Vertreter der Ausschüsse
Mörfelden: Artur Hechler, Offenbach: Wolfg.Seelig, Hanau: Karlheinz Goll, Gießen: Matthias Beltz, Rüsselsheim: Werner Welskop, Marburg: Dieter Kramer, Hanau: Heinz Richter, Gelnhausen: Heinz Semmel, Friedberg: Gerhard Herbert, Kassel: Erich Gunkel, Darmstadt: Dr. Schanck, Langen: Wilhelm, Dieter Schober u. Günther Beck, Kreis Dieburg: Heinz Heinicke, Mainz: Nonnenmacher, Robert und Karlheinz Eberhard

Es fehlten: a) vom hessischen Ausschuß
Egon Becker, Klaus Eskuche, Gerd Müller, Edgar Weick, Helmut Zimmermann, R.Farr, H.J.Arlt, Herbert Faller, Heinz Andres
b) von den örtlichen Ausschüssen
Bad Hersfeld, Bad Vilbel, Bad Wildungen, Borken, Fritzlar-Homberg, Ginsheim, Groß Gerau, Herborn, Neu Isenburg, Oberursel, Pfungstadt, Siegerland, Sprendlingen, Stockstadt, Walldorf

Tagesordnung

1) Auswertung des OM 64 und der letzten Sitzung des zentralen Ausschusses
2) finanzielle Situation
3) zukünftige Aktionen
a) stop
b) Petitionen
c) weitere Aktionen
4) Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

Klaus Vack betont, daß es heute noch nicht möglich ist, eine vollständige Auswertung des OM 64 zu machen und sich mit deren Konsequenzen zu beschäftigen, sondern daß dazu noch eine Reihe weiterer Zusammenkünfte notwendig sind.

1.1. Teilnehmerzahlen

	1961	1962	1963	1964
gemeldet	320	600	800	950
bezahlt	250	500	750	650
1.Tag	250	450	700	600
2. Tag	220	500	700	700
Einmarsch Römer	600	900	2000	2500
Kundgebung	2000	4000	6000	8000

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1.2. Werbung

Die Zeitschrift "stop" ermöglichte es zum einen, eine große Eigenwerbung zu betreiben und zum anderen in verstärktem Maße politische Aussagen zu machen, als dies in den konventionellen Flugblättern möglich gewesen wäre. Selbstverständlich wurden auch in diesem Jahr Flugblätter, die sich an bestimmte Personenkreise wendeten, z.B. für Pfarrer und Gastarbeiter, hergestellt.

In den Orten an der Marschstrecke wurde auch das Mittel der Plakatwerbung eingesetzt, was sehr kostspielig ist, da sich keine direkten Einnahmen ergeben.

Außer einigen kleinen Anzeigen, die in Tagesblättern, die an der Marschstrecke erscheinen, wurden in der FR zwei große, eindrucksvolle Anzeigen aufgegeben.

1.3. Presse, Rundfunk, Fernsehen: Es

zeigte sich in diesem Jahr, daß vor allem kleinere Blätter unsere Pressemeldungen ohne Änderungen übernommen hatten. Eine große Auseinandersetzung um den OM, wie man sie in vergangenen Jahren beobachten konnte, waren in diesem Jahr leider nicht festzustellen.

Beachtlich dagegen ist, daß uns ein Einbruch bei Rundfunk und Fernsehen gelungen ist. Eine Anzahl Sendungen befaßten sich mit dem OM in sachlicher Weise.

1.4. örtliche Veranstaltungen

Leider ließen Vorbereitungen und Durchführungen der örtl. Veranstaltungen einiges zu wünschen übrig. Klaus Vack schlägt daher eine besondere Sitzung vor, die sich allein mit der Gestaltung der örtl. Veranstaltungen befaßt. Es muß versucht werden, sie so anzulegen, daß sie nicht nur den bekannten Anhängerkreis erreichen, sondern darüber hinaus wirksam werden.

1.5. Marschbild

Der OM 64 verlief in einer sehr disziplinierten Weise, so daß ein Pressevertreter sehr treffend bemerkte, daß unser Marsch zu brav und nicht mehr impulsiv sei. Auch der ZA hat sich mit der Form des OM beschäftigt und ist dabei zu der Auffassung gekommen, daß, wenn die bisherige Form beibehalten wird, mit einer Stagnation oder einer fallenden Tendenz zu rechnen ist. Die KfA darf sich nicht auf die traditionelle Form der Ostermärsche voll und ganz festlegen.

Es wird erwogen, am Ostersamstag 65 in mehreren Städten Hessens Großveranstaltungen zu organisieren, an die sich nachmittags eine Werbeoffensive von etwa 80 Anhängern in dieser Stadt anschließt. Es wird an von Haus zu Haus-Werbung, den Auftritt von Skiffle-Groups, Autokorsos usw. gedacht. An den beiden folgenden Osterfeiertagen könnte dann ein stark verkürzter OM stattfinden.

In der sich anschließenden Diskussion dominiert die Ansicht, daß es nicht zweckmäßig sei, die bisherige Form der Ostermärsche fortzuführen. Unter allen Umständen sollen für diese

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

ED 718-23-224

dezentralisierten Veranstaltungen, wie sie erwähnt wurden, zugkräftige Redner gewonnen werden. In einem weiteren Diskussionsbeitrag wird die Ansicht vertreten, daß derartige Veranstaltungen etwa 14 Tage bis 4 Wochen vor Ostern geplant werden sollten, da am Samstag vor Ostern selbst der Ausflugsstrom einsetzt. Es wird erwogen, nächstes Jahr evtl. 2 Märsche durchzuführen, die getrennt in Ffm. einlaufen und damit in dieser Stadt eine größere Wirkung erreichen. Diskussion wird abgebrochen und soll zunächst in den Ortl.Ausschüssen fortgesetzt werden. Ein Vertreter der ÖA bemerkt, daß es sinnvoll sei, wenn die ÖA Kritik, die sie an der Organisation des Marsches 64 zu leisten haben, an den hess.Ausschuß weiterleiten.

1.6. Klaus Vack berrichtet über die wichtigsten Punkte der vergangener ZA-Sitzung.

Der ZA hat Maßnahmen gegen die Diffamierungen der Kampagne von den verschiedensten Seiten ergriffen.

Im ZA wurde nochmals über die Bedeutung der Petition und die Notwendigkeit, diese an den größtmöglichen Kreis des deutschen Volkes zu bringen, gesprochen.

Die Petition soll am 29.8.64 überreicht werden. Hierfür ist in Bonn eine größere Demonstration geplant, die sich an wichtigen politischen Gebäuden vorbeibewegen wird. Im Hess.Ausschuß wird erwogen, mit etwa 5 - 700 Teilnehmern in einem Sonderzug nach Bonn zu fahren, an der Demonstration teilzunehmen und abends auf dem Rhein eine River-Boat-Shuffle in Richtung Wiesbaden zu veranstalten. Dieser Plan stößt auf große Begeisterung bei den Anwesenden.

Im ZA besteht die Vorstellung, mit einer Gruppe von etwa 50 Leuten 14 Tage vor den 1.9. zu der polnischen Hauptstadt Warschau zu marschieren, um dort eine Botschaft zu überbringen.

Kontakte nach Genf, zur Labour-Party werden angestrebt.

Der ZA empfiehlt eine große Verbreitung der Broschüre von Noel Baker "Der Weg zur Weltabrüstung jetzt".

Zu Punkt 2 der TO

Einnahmen und Ausgaben sind noch nicht genau zu übersehen, da bisher alle Postscheckbelege nicht verbucht worden sind.

Klaus Vack gibt folgenden Finanzbericht: Die Wertangaben sind ungefähr.

Guthaben: Postscheck DM 2000,-
offene Rechg.der ÖA DM 5.800,-
DM 7.800,-

-4-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Verbindlichkeiten:	kleinere div. Rechnungen	DM 1.000,-
	2 FR.-Rechnungen	DM 7.000,-
	Darlehen	DM 6.000,-
		DM 14000,-
	hieraus ergibt sich ein Defizit von ungefähr	DM 6.200,-
	dem gegenüber stand Ende 1963 ein Defizit von ca.	8.500,-
	Dieser Betrag wurde also um ungefähr verringert.	DM 2.300,-

Zu Punkt 3 der TO

3.1. Verbreitung von "stop" (Auflage von 60.000 Stück) und der Petition. Eine Möglichkeit besteht, während der Kundgebungen des DGB am 1. Mai beide Dinge gemeinsam zu verteilen. In diesem Zusammenhang wird erwähnt, daß der zentrale Ausschuß beabsichtigt, sogenannte Petitionsscheine mit 3 oder 5 Unterschriften herzustellen, die für derartige Zwecke besonders geeignet sind. Man wird auf alle Fälle die Herstellung noch vor dem 1. Mai vornehmen.

In der Diskussion werden Möglichkeiten aufgezeigt, die Petition in größtmöglichem Maße an den Mann zu bringen. Diese Aktion hat nur dann einen Sinn, wenn eine bestimmte Zahl von Unterschriften vorliegt.

In kleineren Ortschaften müßte es möglich sein, Straße für Straße durchzukämmen. Dagegen sollten in größeren Städten gezielte Aktionen, z.B. Betriebe oder Universitäten, durchgeführt werden. Einen Ansatzpunkt bietet die Filmvorführung "Dr.Seltsam oder wie ich lernte, die Bombe zu lieben", die in verschiedenen Lichtspielhäusern anläuft. Der Gedanke, zu diesem Zweck Jugendrevuen zu veranstalten, wird verworfen, da der organisatorische und finanzielle Einsatz nicht im Verhältnis zur Sache steht. Auch in größeren Städten können bestimmte Viertel, in denen vorwiegend Arbeiter wohnen, besonders bearbeitet werden. Informationsstände, an denen Petitions-Listen ausgelegt werden, sollen errichtet werden. Auch bei Veranstaltungen, z.B. der Volkshochschule oder der Gewerkschaften will man zum Ziele kommen. In der Diskussion wird angeregt, ein illustriertes Blatt herzustellen, das 1 Tag, bevor man den betr. Häuserblock bearbeitet, in den Briefkasten geworfen werden soll, um damit vorzubereiten und die evtl. Bereitschaft, zu unterschreiben, zu wecken. Auch an Schüler - und Studentenzeitschriften soll herangetreten werden, ob sie die P.-L. als Beilage aufnehmen können. Bei der Unterschriftensammlung in Betrieben hat es sich gezeigt, daß es erfolgversprechender ist, wenn zu Anfang ein prominenter Betriebsangehöriger, z.B. der Betriebsrat, auf der Liste steht.

-5-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

BD718-23-225

Abschließend wird darauf hingewiesen, daß die gesammelten Anschriften nicht ohne weiteres für Karlei und Materialversand zu verwenden sind. Eine Unterschrift der P. bedeutet noch kein Bekenntnis zur Kampagne. Bevor man den Unterzeichnern ständig Material zusendet, sollten sie vorher um ihr Einverständnis gebeten werden.

3.2. Der Arbeitsausschuß wird sich mit der Frage eines Seminars im Frühsommer beschäftigen.

3.3. Dieses Gremium soll weiterhin Diskussionstreffen veranstalten, bei dem im Mittelpunkt die Forderungen der Petition stehen.

3.4. 6. August - die örtl. Ausschüsse sollen Mannwachen aufstellen und nochmals P.L. auslegen. Den öA in Mainz und Ffm. wird empfohlen, zu prüfen, ob sie auf dem Rhein bzw. Main ähnlich wie die Münchener Freunde im vorigen Jahr, Licht-Schiffchen aussetzen können. Zum Gedenken an den 6. August wiederholt sich dieser Vorgang jedes Jahr in Hiroshima. Es wird beschlossen, ein besonderes Flugblatt zum 6. Aug. herzustellen. In Verbindung mit Klaus Vack soll Dr. Scha[illegible] Grüße nach Japan zum 6. August übermitteln.

Vom h.A. werden Kontakte zu einigen Funktionären vom DGB aufgenommen, um zu erfahren, was von Seiten der Gewerkschaft am 1. Sept. in Hessen geschehen wird.

Zu Punkt 4 der TO

Auf der Geschäftsstelle sind noch eine Anzahl Briefe an die SPD vorhanden. Die öA werden gebeten, sie zu bestellen.

Die verwendete Karte des "Mitteleuropaplakates", das vom ZA hergestellt wurde, gibt Anlaß zur Kritik.

GDS Offenbach, den 24. April 1964
Waldstr. 99

für die Protokollführung:
Fritz Strass

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

OM

Horst MAURER

6 Frankfurt-Schwanheim, 26. 4. 64
Am Ruhestein 43

Herrn
Günter FRITZ

ED 718-23-226

7 Stuttgart-W
Bebelstr 106

Liebe GZA-Freunde,

es wäre vielleicht unfair von mir, als "alter gewaltloser Mitstreiter" zu Eurer Aktion "UMrüstung?" keine Meinung zu haben oder eine Meinung nicht zu äußern. Daher diese Zeilen - allerdings wieder mal zu spät.

Erspart mir auch, den Fragebogen ausreißen und einzeln beantworten zu müssen - um es kurz zu machen und vorwegzunehmen: natürlich sollte man darüber sprechen - in allen Gremien, bei allen Gelegenheiten.

Aber: darüber sprechen bedeutet noch nicht, so schnell wie möglich und hundertprozentig auf diese UMrüstungs-Linie umzustellen! Denn das wäre meines Erachtens genau so verkehrt, wie wenn man - wie es möglicherweise heute geschieht - in der Kampagne diesen ganzen neuen (neuen?) Gedanken ganz weit wegschieben wollte.

Es ist klar und wohl auch offensichtlich, daß die KAMPAGNE bisheriger Prägung bei vielen unserer (Spieß-) Mitbürger deswegen nicht ankommt, weil denen die = ewige Furcht vor den Russen, vor dem Kommunismus, wie sie ihn "drüben" sehen, jede weitergehende, vielleicht sogar jede eigene freie Meinungsbildung unmöglich macht.

Ihr scheint mir nun zu wollen, daß wir vollkommen diesen Leuten Rechnung tragen, und daß die KAMPAGNE möglichst radikal derart umgestellt wird, daß wir (der Westen) lediglich die Waffengewalt ersetzen durch eine andere (geistige)"Macht zum Gegenschlag". Das scheint zunächst logisch.

Aber es ist zugleich das alte Grundübel der GZA in neuer, komprimierter Form: drüben ist alles schlecht, und das hiesige ist mit allen - außer Waffen- - Mitteln zu verteidigen.

Und das ist Kalter Krieg. Und den wollen wir nicht. Den kann auch die GZA nicht wollen. Und die KAMPAGNE darf ihn nicht nur nicht wollen, sie muß ihn sogar ablehnen - auch in dieser scheinbar logischen Form.

Was uns "drüben" mißfällt, kann eben nicht "ausgemerzt" werden - mittels einer "Rüstung" hier - es kann nur aufgelöst werden - zu diesem Auflösungsprozeß ist allerdings auch eine gewisse psychologische Schulung notwendig. Insoweit stimme ich mit Euch überein - aber ebenso notwendig ist gleichzeitig, daß jede Art von Kaltem Krieg vermieden wird. Und dazu gehört, daß man nicht <u>vollkommen</u> UMrüsten kann ...

Die KAMPAGNE sollte dahin kommen, beides nebeneinander zu tun - aber ich fürchte, soweit sind wir noch nicht ...

Herzliche Grüße Horst.

Internationale Archiv für Friedensberichte - Archiv

ED718-23-227
23.4.64

OM - HA

Vorschläge —
aufgrund Sitzg zu machen

Geld: an Alle Defizit melden,
sollen Anteil bringen

an Kräftige Bitte um
zinsloses Darlehen, ~500.-

5er-Petition:
1000 an VKFgen —
u.a. Niemöller!

Petition an Seminar + Volkshochsch.
80 x STOP her

30 x 2,-- Bons/Karten her!!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-228

Zum 6.8. Schiffchen — ja!

30 SPD-Bfe her

(v. Norb. Kontakte v. Hartmann)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

21.4.64
(Druckerei)

ED 718-23-229

4. Jahrgang · Frankfurt/M. · 20. April 1964

Kampagne für Abrüstung

stop

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Mit den UN für Abrüstung

Ostermarsch der Atomwaffengegner von Wiesbaden zum Frankfurter Römer

Am Ostermontag sind in allen Teilen der Bundesrepublik die Ostermärsche zu Ende gegangen. Trotz Kälte und strömendem Regen übertraf die Beteiligung die des vorigen Jahres beträchtlich. An den Märschen und Kundgebungen beteiligten sich während der drei Ostertage etwa 65 000 Menschen, zusammen mit den Veranstaltungen zur Vorbereitung der Märsche etwa 100 000.

Die Kampagne, die sich mit gleicher Entschiedenheit gegen Atomwaffen und das Wettrüsten in Ost und West ausspricht, forderte als weitere Schritte der Entspannung die Aufnahme von Verhandlungen über die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, den Verzicht der Bundesregierung auf Beitritt zu der multilateralen Atommacht und die Schaffung einer Abrüstungsbehörde nach amerikanischem Vorbild.

Er war eine gute Sache, dieser Ostermarsch 64. Drei Tage sind in Hessen mehr als 1000 Menschen über 85 km Straßenpflaster gelaufen, um Gleichgültigen, Resignierten, Nachdenklichen, Ängstlichen, Gegnern, Nachbarn, um den Mitmenschen zu sagen: Das Leben ist bedroht — die Bombe muß weg. Gleichzeitig fanden an vielen Orten der Bundesrepublik Ostermarsch-Demonstrationen der Atomwaffengegner statt. Über 15 000 sind täglich marschiert. Der hessische Marsch begann am Ostersamstag in Wiesbaden und führte über Mainz, Rüsselsheim, Mörfelden, Sprendlingen, Offenbach zum Frankfurter Römer. Unter dem Motto „Lieber ein Schild vorm Bauch als ein Brett vorm Kopf!" trugen die Demonstranten Transparente, auf denen stand: Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation. Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie. Statt Atomwaffen Brot für die Welt. Mit den UN für Abrüstung. Freundschaft mit Frankreich, aber ohne die Bombe. Für atomwaffenfreie Zonen — gegen multilaterale Atommacht. Kürzt den Rüstungsetat in beiden Teilen Deutschlands. Völker in Ost und West, stoppt die maßlose Rüstung Eurer Regierungen.

Der Ostermarsch fand viel Anerkennung. Unter dem Volk. Bei den Prominenten. Pfarrer, Gewerkschafter, Bürgermeister, Gemeindevertreter und in Offenbach der SPD-Stadtrat Walter Buckpesch begrüßten den Ostermarsch und bekannten sich zu seinen humanen und demokratischen Anliegen.

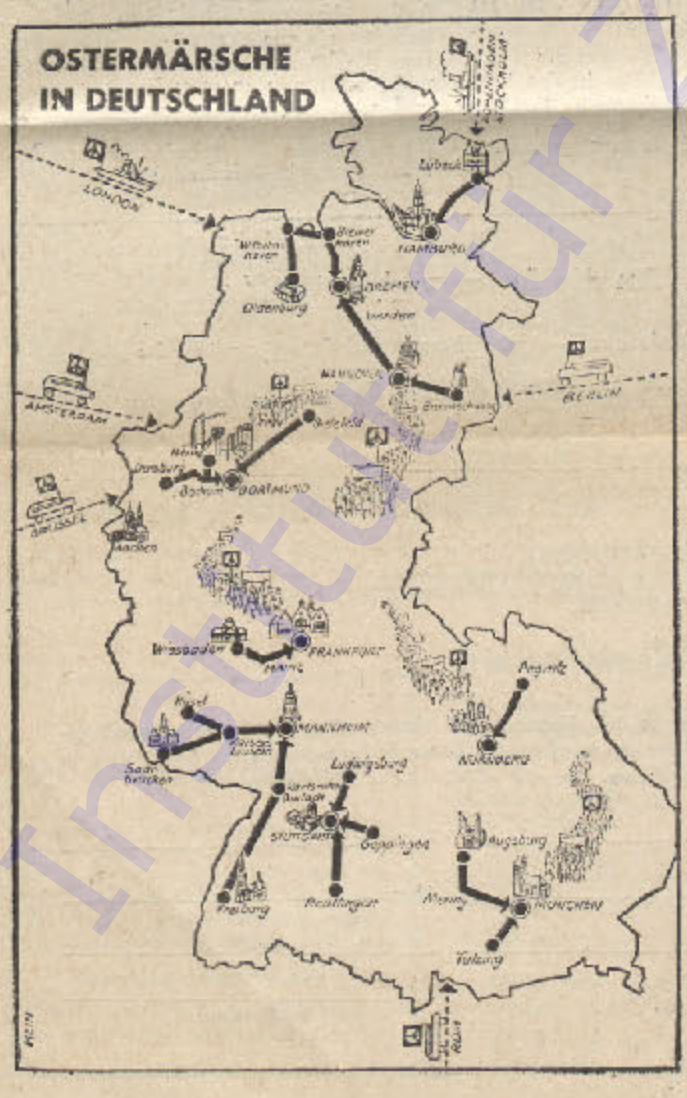
Unter den Rednern fand man die Professoren Bartsch und Heydorn sowie die Gewerkschaftssekretäre Günter Schwarz und Sepp Sigulla. Rudolf Rolfs, der Leiter des Frankfurter Kellerkabaretts „Die Schmiere", sprach in Offenbach und hielt eine mit Humor und Satire gewürzte und mit Beifall aufgenommene Rede.

Kundgebung auf dem Römerberg

Groß war die Anteilnahme am letzten Tag, dem Ostermontag. Schon an der Stadtgrenze Offenbach—Frankfurt zählte der Marsch 2000 Menschen. Immer mehr schlossen sich an, auch Gastarbeiter und ausländische Delegationen. Zwei Kilometer war die Marschsäule, als sie — länger als eine halbe Stunde — auf dem Frankfurter Römerberg einlief. Starker, nicht enden wollender Beifall der wartenden Kundgebungsteilnehmer zollte Anerkennung für die Anstrengungen des dreitägigen Marsches. 8000 Menschen hatten sich zur Kundgebung eingefunden. Prominente Redner waren Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller, der Schriftsteller und Publizist Erich Kuby und der britische Unterhausabgeordnete Frank Allaun.

In der Abschlußerklärung wurde verkündet, daß nach dem Ostermarsch 64 die Kampagne für Abrüstung verstärkt fortgesetzt wird. Der Ostermarsch ist kein Selbstzweck. Er soll sich selbst überflüssig machen. Deshalb ruft die Kampagne für Abrüstung alle hessischen Bürger auf, in den nächsten Monaten die Petition an den Deutschen Bundestag zu unterstützen.

Klaus Vack



Petition an den Deutschen Bundestag

Es gilt jetzt, der starken Beteiligung an den Ostermärschen 64 eine Aktion folgen zu lassen, die auf den Bundestag einwirkt, damit die Bundesrepublik Deutschland die weltweiten Entspannungsbemühungen nicht behindert, sondern unterstützt. Deshalb hat die Kampagne für Abrüstung bei den Schlußkundgebungen der Ostermärsche eine Petition an den Deutschen Bundestag gestartet, die eine breite Unterstützung in der Bevölkerung finden muß. Petitionslisten fordern Sie an bei unserer Geschäftsstelle 605 Offenbach, Postfach 648, Waldstraße 99. Die Petition hat folgenden Wortlaut:

Als erster Schritt zu einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung in Ost und West muß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden werden. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.**

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.**

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.**

Schorsch und Karl

Watt' los, Schorsch: Ostern is doch grad erum un du rennst schon widder erum un verdeilst Fluchblädder?
Des sin diesmal ka Fluchblädder, Karl, des sin Petitionslists und ich wold dich emal frache, ob de die unnerschreiwe dädst.
Peti — was?
Petitionslisten. Des is sowas wie e Bittschrift. Guck mal, mir lebe doch in einer Demokratie, nor parlamentarischen Demokratie un net unner nor Diktadur, un bei uns hat ewe dejenische jeder das Recht, bei alle Sache e Wort mitzureddе. Dafür, daß er des aach werklich kann —; dafür gibt's im Bundestach en sogenannde Petitionsausschuß, bei dem jeder Staatsbürger sei Wünsch anmelde kann. Un unsern Wunsch is doch, daß mir auch in Zukunft sicher, wirklich sicher lebe könne, un deswegе wolle mir von alle Leut, die auch diesen Wunsch hawwe, die Unnerschrifte sammele un dann zu dem Ausschuß gehen un dene sache: Sowudsoviel Leut wolle ewe, daß die Bundesrepublik sich net so nach dene Atombombe dränge soll un so weider.
Schorsch, babbel doch kaan Mist. Die mache sich doch net die Mieh un entziffern die viele Unnerschrifte. So viel Zeit hawwe die doch net.
Sicher net, Karl. Die kriehn die Liste aach net, die komme zu emme Rechtsanwalt, der uns dann bescheinicht, daß ewe sowudsoviele Unnerschrifte da sin, un die Petition wird dann mit dere Bescheinichung nach Bonn geschickt.
Schorsch, ich glaab, ihr gebt die Liste blos deswegе nach Bonn, weil ihr die Adresse hawwe wollt.
Ei, Karl, vorhin haste doch selbst erzählt, was für e Mieh des macht, die viele Unnerschrifte zu entziffre. — Aber die KAMPAGNE hat beschlosse, die Unnerschrift net zu veröffentliche. Wenn de aber doch mehr von uns wisse willst, brauchste blos e Kart an die KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG, 605 Offenbach/Main, Waldstraße 99, Postfach 648, zu schreibe.
Des is awwer gut, Schorsch, daß de des jetzt gesacht hast, denn ich kann mir denke, daß mancher euer List unnerschreibt, der sonst gar net so für de OSTERMARSCH is.
Sichste, Karl, deswegе hawwe mir auch diese drei Forderunge uffgestellt.
Schorsch, hier is noch soovas. Also die erste zwaa Punkte sin ja ganz vernünftich, awwer wozu määßte ihr noch e Behörde fordere zusätzlich zu dene viele, die mir schon hawwe.
Guckе mol, Karl, wer kann doch net so aafach zu dene Arbeider inne Betriebe, die für die Rüstung arbeide, un zu dene Soldate sache: Geht schee haam, mir rüste jetzt ab. — Da wärn die ja all arbeitslos, des hat der Kummernuß von dere OTV aach gesacht. De müsse ewe vorher Leut dazu, die sich dadrüber Gedanke mache, wie mer des verhindern kann. England un die USA hawwe schon lang solche Behörde un die hawwe schon festgestellt, daß es gar kei Arbeitslosigkeit gebe muß. Blos unser Regierung hat des ewe bis jetzt net für nötich gehalte, über so wichtige Sache emal nachzudenke.
Ja, da haste recht, Schorsch. Ei, da geb mer doch emal en Kuchelschreiber.

Institut für Zeitgeschichte

Der hessische Ostermarsch auf dem Weg zum Frankfurter Römer. In der Mitte des Bildes Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller und Erich Kuby. (Bild FR)

Ist Abrüstung möglich?

Wenn die Menschheit morgen noch existieren will, bleibt nur eine Möglichkeit: Abrüstung. Zu den wenigen Staaten, in denen diese Erkenntnis sich noch nicht in praktische Politik verwandelt hat, gehört offensichtlich die Bundesrepublik Deutschland.

Die verordnete Unkenntnis der Bevölkerung unseres Landes über die tatsächliche Lage und die nach wie vor der Rüstung und nicht der Abrüstung verschriebene Politik unserer Regierung und unseres Parlamentes — beides zusammen wirkt wie ein Bleigewicht, das uns hindert, aus einem dauernden Katastrophenzustand herauszukommen.

Es ist eine Schrift erschienen, die nachholt, was Jahrgänge bundesrepublikanischer Presse versäumt oder unterschlagen haben.

Sie trägt den nüchternen Titel „Der Weg zur Weltabrüstung — jetzt!" Der Verfasser ist der Friedensnobelpreisträger und Unterhausabgeordnete Noel-Baker, der Sprecher der englischen Labour Party für Fragen der Abrüstung.

Wenn man die knapp 70 Seiten dieser Broschüre gelesen hat, dann ist einem, als hätten sich plötzlich Türen geöffnet, die endlich den Blick auf die tatsächliche Lage, in der wir uns befinden, freigeben: Auf die Probleme, wie sie sich uns ohne ideologische Verzerrung tatsächlich stellen, und auch auf die umfassenden, weltweiten Bemühungen, die ein Ansatz für Hoffnung und ein Aufruf zur Mitwirkung sind.

Es wird dabei mit äußerster Sachkenntnis berichtet, geschöpft aus einem umfassenden Wissen. Noel-Baker stehen die internsten Unterlagen, vor allem aus allen UN-Abrüstungskonferenzen, zur Verfügung. Mit unangreifbaren Sachdaten ist er in der Lage, die gefährlichsten aller Legenden zu zerstören, die da z. B. heißen: die Sowjets wollten nicht abrüsten — ihre Vorschläge und Pläne verfolgten nur das abgefeimte Ziel, den Westen zu verwirren und zu schwächen . . . oder: In den UN und im UN-Abrüstungsausschuß würde ja nur taktisches Theater veranstaltet — in Wirklichkeit wollte und könnte keine Seite nachgeben . . . Noel-Baker stellt knapp und konzentriert die amerikanischen und russischen Vorschläge gegenüber und zeigt auf, wo Kompromisse möglich sind. Dabei leistet er keinen Illusionen Vorschub.

Er berichtet auch von den ungeheuren Anstrengungen, die noch unternommen werden müssen, damit die entscheidenden Schritte endlich gegangen werden können. Alles in allem: Diese Schrift ist für alle Rüstungsgegner, besonders hierzulande, unentbehrlich. Ja, ihre umfassende Verbreitung stellt für unsere Zielsetzungen bereits ein Politikum dar. -heha

„Der Weg zur Weltabrüstung — jetzt!" von Philip Noel-Baker. Erschienen im Stimme-Verlag, Ffm., Finkenhofstraße 4. Preis bei Einzelbestellung 2,40 DM. Bei größeren Bestellungen beträchtlicher Preisnachlaß.

Ausschnitte aus den Reden . . .

Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller

Der Krieg ist im Atomzeitalter keine politische Möglichkeit mehr; und jeder, der dazu hilft, dieses Verbrechen zu verhüten und als Wahnsinn aufzudecken, leistet damit einen Dienst zur Bekämpfung der Unmenschlichkeit und einen Beitrag zur Rettung der Menschheit. Heute geht es nicht mehr um Theorien wie zur Zeit unserer Großväter. Sie konnten noch geistvolle Betrachtungen anstellen, ob ein „ewiger Friede" überhaupt möglich sei und nicht eine Utopie bleiben müsse. Für uns ist diese Sache zur Lebensfrage geworden. Es geht hier tatsächlich auf Tod und Leben: die Menschheit wird nur noch so lange leben, als es ihr gelingt, einen Krieg zwischen den Atommächten zu verhindern. Bricht er aus, dann ist die Menschheitsgeschichte mit dem Ende der Menschheit eben auch zu Ende — endgültig und unwiderruflich! So muß jeder vernünftige Mensch nicht nur eine persönliche Stellung gegen den Atomtod beziehen, sondern auch seinen Teil zur Gestaltung einer entsprechenden öffentlichen Meinung beitragen. Und deshalb sind wir Ostern nicht zu Hause geblieben!

(Aus der Rede anläßlich der Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg.)

Hans-Konrad Tempel

Sprecher der Kampagne für Abrüstung

Als wir Ostern 1960 zum ersten Male gegen die Bombe marschierten, bestimmte noch das Klischee-Denken des Kalten Krieges die Wünsche der Menschen. Die Regierungen in Ost und West gaben sich keine Mühe, die Spannungen zu mindern und den Rüstungswettlauf zu stoppen. Heute stehen mit unserer Hilfe in aller Welt die Zeichen auf Entspannung und Abrüstung, und nur die beiden deutschen Regierungen blieben bei ihrer hilflosen und rückständigen Politik. Es kann für eine Kampagne für Abrüstung nicht ausreichen, diese Regierungen anzuklagen und Forderungen zu stellen. Daneben müssen wir vor allem unser Volk anregen zu neuem Nachdenken, anregen zu neuen Plänen und Entwürfen für eine bessere Politik, anregen zu einem zukunftsgerichteten visionären Bewußtsein von den Möglichkeiten des Menschen, Frieden zu schaffen und Frieden zu halten.

(Aus einer Botschaft, die der Initiator und Sprecher der Kampagne für Abrüstung an die deutschen Ostermärsche richtete.)

Klaus Vack

Geschäftsführer der hessischen Kampagne für Abrüstung

Im Hessischen Rundfunk haben sich vier Politiker geäußert zur Kampagne für Abrüstung, und zwar Herr Barsig von der SPD, Herr Bareiter von der FDP, Herr Fay von der CDU und Herr Leuninger vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Die vier Sprecher erschöpften sich in allgemeinen, teils beruhigenden, teils diffamierenden Bemerkungen, ohne daß nur ein einziger von ihnen zu den sachlichen Anliegen der Kampagne für Abrüstung Stellung genommen hätte. Ich wage zu behaupten, daß der Grund für dieses ständige Warnen und Verleumden ganz einfach zu verstehen ist aus der Zähigkeit und Ausdauer, mit der wir unsere Forderungen vortragen, und der wachsenden Anziehungskraft und Popularisierung unserer Kampagne für Abrüstung, die sich mit sehr klaren und konkreten Forderungen paaren. Die Spitzen der SPD und des DGB sollten spätestens mit diesem Ostermarsch einsehen, daß sehr viele ihrer Mitglieder und Funktionäre und oft die aktivsten, fähigsten und ehrlichsten bei diesem Marsch dabei waren und die Kampagne für Abrüstung mit repräsentieren.

(Aus der Rede anläßlich einer Ostermarschkundgebung in der Rudolf-Koch-Schule.)

Frank Allaun

Britischer Unterhausabgeordneter

Die Labour Party stimmt in vielen Punkten mit dem Ostermarsch überein. Ihre offizielle Linie ist heute, die englischen Atomwaffen abzuschaffen. Sie will nichts zu tun haben mit der multilateralen Atommacht. Außerdem unterstützt die Labour Party das Auseinanderrücken der Blöcke. Wir werden diese Dinge durchsetzen. Wir in England haben Angst davor, daß Deutschland eine Nuklearmacht wird, und auch Angst, daß Deutschland an der multilateralen Atommacht beteiligt wird. Ich liebe das deutsche Volk, aber ich liebe die deutschen Generale nicht. Soll ich ihnen mehr trauen, wenn sie über Atomwaffen verfügen? Nein, ich traue ihnen noch nicht einmal, wenn sie Wasserspritzpistolen haben. Ich bin berechtigt, dies zu sagen, denn ich traue den englischen Generalen genau so wenig.

(Aus der Rede anläßlich der Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg.)

Günter Schwarz

Gewerkschaftssekretär

Es wird so viel das Wort vom „Maßhalten" gepredigt. Wenn es um die Rüstung geht, kennt man in Bonn kein Maßhalten. Für die unsinnige Rustung werden im Jahr über 20 Milliarden DM ausgegeben. Wenn die Generale und Herr Hassel rufen, dann fehlt kein Geld. Da kommt es auf Panzer, Raketen, veraltete Düsenjäger und Kanonen nicht an.

Wenn wir aber — und das ist das Vordringlichste — ausreichende Straßen, Untergrundbahnen, Wohnungsbau und die Säuberung der Luft verlangen, dann ist kein Geld da.

Wenn diejenigen, die im letzten Krieg an Leib und Seele gelitten haben, an diesen Staat ihre Ansprüche stellen, dann müssen sie auf die Straße gehen, um für ihre berechtigten Forderungen zu demonstrieren . . .

(Aus der Rede anläßlich der Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg.)

Rudolf Rolfs

Leiter des Frankfurter Kabaretts „Die Schmiere"

Denn etwas beginne ich mit Entsetzen festzustellen: Man hat an höchsten Stellen in unserem Lande oft mehr Angst vor dem Gespräch als vor den Waffen. Wie ließe es sich sonst erklären, daß es Politiker bei uns gibt, die nachts nicht schlafen können, weil ihnen ein Ost-Berliner Postbeamter im Traum erscheint. Und so sage ich als geschmähter Ostermarsch-Teilnehmer: Es gibt noch Argumente, die wir als freiheitliche Demokratie haben, die stärker sind als alle Waffen zusammen. Mit den Waffen aber, um die man sich bemüht und die in unserem Lande gesegnet und angebetet werden, verschenken wir uns diese Argumente.

(Aus der Rede anläßlich der Ostermarsch-Kundgebung in Offenbach.)

An die Leser von „stop"

Nehmen Sie Verbindung auf — fordern Sie weitere Informationen über die

Kampagne für Abrüstung

AN DIE
KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
HESSISCHER AUSSCHUSS

605 OFFENBACH 4
POSTFACH 648

Ich bin interessiert an der „Kampagne für Abrüstung" und bitte um Informationsmaterial, insbesondere um eine Liste zur Unterschriftensammlung für die Petition an den Deutschen Bundestag.

Name: _____ Vorname: _____

Beruf: _____ Alter: _____

Adresse: _____

_____
(Unterschrift)

ED718-23-29a

Beifall und Pfiffe von der falschen Seite

Der Ostermarsch der Atomwaffengegner ist von einer Protestaktion zu einer politischen Bewegung geworden, die manchem hierzulande immer unbequemer wird. Es bildet sich eine Einheitsfront derer aus, die in der Versachlichung der politischen Beziehungen zwischen Ost und West und durch konkrete Abrüstung ihre politische Existenz gefährdet sehen.

Wehre sich, wer muß! Es gibt da ein bequemes Mittel: Man setze sich nicht mit den Forderungen und politischen Vorstellungen der Kampagne für Abrüstung auseinander, sondern spiele auf dem glänzend beherrschten Instrument der Verunglimpfung und Diffamierung. Hier läßt man sich schon einiges einfallen — der Variantenkatalog politischer Stempel reicht von „Kommunisten", „kommunistisch unterwandert", „Vertreter kommunistischer Forderungen" bis hin zu „weltfremde Idealisten und Sektierer". Man könnte hierüber zur Tagesordnung übergehen — doch die Methode zeigt eine politische Gesinnung auf.

Aus den mißtönenden Redensarten läßt sich ein Grundton heraushören: Der Ostermarsch der Atomwaffengegner wendet sich einseitig gegen die westliche Atomrüstung. Für diese Behauptung gibt es nur wenige Erklärungen: Unwissenheit (bei praktizierenden Politikern mit Dummheit gleichzusetzen), Böswilligkeit oder Angst.

Der Widerstand der Kampagne für Abrüstung richtet sich mit gleicher Entschiedenheit gegen die Rüstungs- und Atomwaffenpolitik der Bundesregierung wie gegen gleichartige und ähnliche Auffassungen und Handlungen anderer Regierungen. Sowjetische Atomwaffen sind ebensowenig Mittel der Friedenspolitik wie amerikanische. Die Gefahr eines Atomkrieges resultiert aus der Bereitschaft der Regierenden, einen solchen Krieg zu führen — und aus der Resignation der Regierten vor der sich „logisch" und „realistisch" gebärdenden Unvernunft.

Die Atomwaffengegner lassen sich von keiner Seite zu Hilfstruppen im kalten Krieg machen. Sie werden dafür „ausgepfiffen" und als „Kommunisten" beschimpft. Man vergißt (?) in seiner Aufregung, sich die Vorstellungen der Kampagne für Abrüstung genauer anzusehen: Bei diesen Vorstellungen wird davon ausgegangen, daß Abrüstungsvorschläge nur dann realisierbar sind, wenn sie von beiden Seiten angenommen werden können, also keine Seite durch einseitige Abrüstung schwächen. Gefordert wird z. B.

- Verzicht auf atomare Bewaffnung der Bundeswehr und der Armee der DDR;
- eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, welche die Bundesrepublik, die DDR, Polen und die Tschechoslowakei umfassen soll.

Es ist klar, daß diese Konzeption denjenigen unbequem ist, welche aus dem vorhandenen kalten Krieg ihre politischen Konsequenzen herleiten.

Der Ostermarsch der Atomwaffengegner hat — als Bewegung von Menschen in der BRD — naturgemäß besonders die Schwierigkeiten aufzuzeigen und gegen sie anzugehen, die von der Bundesregierung ausgehen.

Das verschafft ihm den Beifall mancher DDR-Funktionäre und wohlwollende, onkelhafte Kommentierungen durch den Deutschlandsender.

Es wird dabei geflissentlich das für die Regierenden der DDR und für ihre Propagandisten Unbequeme verschwiegen. **Man möge in der DDR zur Kenntnis nehmen: Die Kampagne für Abrüstung hat sich von Anfang an — und auch 1964 — gegen die Rüstungspolitik in der DDR gewendet.**

Wenn Herr Gerhart Eisler in der Ost-Berliner „Berliner Zeitung" die Teilnehmer der Ostermärsche als „Verbündete der DDR" bezeichnet und behauptet, daß sie sich auf die Macht des sozialistischen Lagers stützen, dann ist er im Irrtum. Die Kampagne für Abrüstung kann nicht Verbündete einer Regierung sein, welche sich selbst am Wettrüsten beteiligt und dabei das öffentliche Leben immer stärker militarisiert. Herr Eisler und seine Mitstreiter verfälschen also die Wahrheit in eine ihnen angenehme Form.

Wir müssen sehen: Entspannung und Abrüstung in Mitteleuropa bringt Arbeitslosigkeit für manchen kalten Krieger — wird Änderungen im Herrschaftsapparat der Bundesrepublik und der DDR zur Folge haben. Die — oft unbewußte — Angst davor diktiert hier böswillige Verleumdung drüben scheinheiligen und entstellender Beifall.

Die Kampagne für Abrüstung besitzt den Mut, sich zwischen beide Stühle zu setzen, um der Vernunft Platz zu schaffen.

Einreise verweigert

Mitteleuropa atomwaffenfrei, Mitteleuropa — Brücke zwischen Ost und West war das Motto der Schlußkundgebung in Mannheim am Ostermontag. Um unseren Willen zur Verständigung zwischen West und Ost zum Ausdruck zu bringen, hatten wir Prof. Ryszka aus Warschau als Redner zu unserer Kundgebung eingeladen. Das Bundesinnenministerium hat ihm das Visum verweigert.

Acht Tage vor Ostern hat Herr Bundeskanzler Erhard in Bonn vor den Landsmannschaften den Willen der Bundesregierung zur Verständigung und Versöhnung mit Polen zum Ausdruck gebracht. Um so unverständlicher finden wir die Verweigerung des Einreisevisums durch die Regierung. Wir haben deshalb bei unserer Schlußkundgebung versucht, zum Ausdruck zu bringen, was Prof. Ryszka uns wohl gesagt hätte: daß von Polen her das Haupthindernis zur Versöhnung die erstrebte Atombewaffnung der Bundeswehr auf dem Weg über die multilaterale Atommacht ist. Wir haben weiter von der Kundgebung aus ein Telegramm abgeschickt: Herrn Bundeskanzler Erhard, Bonn, Einreiseverweigerung für Professor Ryszka widerspricht Willen zur Verständigung mit Polen laut Rede vom 22. 3. 1964.

Kampagne für Abrüstung, Schlußkundgebung Mannheim 1964. Dr. H. Schulte

Stadtrat Walter Buckpesch begrüßt den hessischen Ostermarsch in Offenbach. Er sagte: „Politische Demonstrationen sind in einem demokratischen Staat nicht wegzudenkende Mittel der Meinungsäußerung. Sie sind ein Recht des Bürgers und in bestimmten Situationen sogar seine Pflicht." *(Bild FR)*

Anzeige

„Gewissen kontra Notstandsgesetzgebung"

Kirchenpräsident D. Martin Niemöller spricht über dieses Thema am 8. Mai 1964 im Sozialbau der Stadtverwaltung (Rathauskasino Frankfurt am Main), Alte Mainzer Gasse, zwischen Römer und Eisernem Steg. Beginn 19.30 Uhr.

Unkostenbeitrag DM 2,—.

Veranstalter: Verband der Kriegsdienstverweigerer, Frankfurt a. M.

Ortsverwaltung der Postgewerkschaft für den Ostermarsch

Die Jahreshauptversammlung der Deutschen Postgewerkschaft der Ortsverwaltung Frankfurt, die 11 500 Mitglieder vertritt, hat am 11. April 1964 eine Entschließung gefaßt, der wir folgende Auszüge entnehmen:

„. . . Die Delegierten fordern alle demokratischen Kräfte auf, sich für unsere Forderungen einzusetzen.

Unsere Forderungen sind:

1. Einstellung sämtlicher Kernwaffenversuche in Ost und West.
2. Einstellung der Produktion weiterer Atomwaffen.
3. Keine deutsch-französische Atomwaffenproduktion.
4. Eine allgemeine und vollständige Abrüstung.
5. Die Schaffung entspannter Zonen, frei von atomaren und konventionellen Waffen.

. . . Darüber hinaus glauben wir, daß es an der Zeit ist, daß sich jedes Gewerkschaftsmitglied an Protestaktionen demokratischer Bewegungen, z. B. der ‚Ostermarsch-Kampagne für Abrüstung' beteiligt. Die Delegierten sehen in der ‚Ostermarschkampagne für Abrüstung' eine Möglichkeit des wirkungsvollen Protestes."

Rüstung Abrüstung

Die Raketen der gegenwärtig verfügbaren elf amerikanischen Polaris-Unterseeboote können — wie der USA-Flottenminister Nitze in einem am Montag veröffentlichten Brief mitteilte, im Falle eines Krieges zwischen 25 und 35 Millionen Menschen töten.

Bei dieser Gelegenheit teilte der amerikanische Flottenminister ferner mit, daß bis zum 1. Juli 1967 insgesamt 37 Polaris-Unterseeboote in Dienst gestellt sein würden. dpa, 3. 3. 64

Präsident Johnson ist der Kritik an der drastischen Kürzung des amerikanischen Wehretats mit der Gründung eines Senatsausschusses begegnet. Dieser Ausschuß soll sich mit den ökonomischen Konsequenzen der Verteidigung und der Abrüstung beschäftigen. Es geht dabei insbesondere um das wichtige Problem der Umschulung des Personals, das in den jetzt aufgelösten Stützpunkten tätig war.

SANE WORLD, 15. 2. 1964

Der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Malinowski hat „die pazifistische und abstrakte Einstellung gegen den Krieg" kritisiert, die in einer Anzahl vor kurzem erschienener Bücher und Filme in der Sowjetunion deutlich werde. Die Kritik Malinowskis richtet sich nach Ansicht westlicher Beobachter in Moskau gegen einige „defätistische" Filme und junge Schriftsteller, die nach seiner Ansicht versucht hatten, die heroischen Aspekte des Soldatendaseins im Kriege herabzusetzen.

dpa, 9. 2. 64

Bei der Vorlage des ungarischen Staatshaushalts für 1964 hat der Verteidigungsminister Czinege die Kürzung der militärischen Ausgaben um 450 Millionen Forint (etwa 160 Millionen Mark) bekanntgegeben. dpa, 9. 2. 64

Die afrikanische Außenministerkonferenz in der Hauptstadt Nigerias ist nach einwöchiger Dauer mit der Veröffentlichung mehrerer Resolutionen beendet worden, die der im Juli oder August in Kairo zusammentretenden Konferenz der Staatschefs zur Bestätigung unterbreitet werden sollen. Dazu gehört unter anderem der Entwurf einer Konvention über die Erklärung Afrikas zur kernwaffenfreien Zone und eine Deklaration mit der Verpflichtung zu einer Außenpolitik außerhalb der bestehenden Mächteblöcke.

AP, 1. 3. 64

Auf der Tagesordnung des Ständigen NATO-Rats stehen regelmäßig die Abrüstungs- und Entspannungsfragen.

Größere Entscheidungen werden allerdings vom Rat vorläufig nicht erwartet. Die Allianz steht nach Ansicht guter Beobachter aus verschiedenen politischen Gründen bis auf weiteres nicht im Brennpunkt. Sie ist sich auch ihrer Mission innerlich im Augenblick nicht ganz sicher. Bekanntlich entstand sie zur Verteidigung des Westens gegen die sowjetische Gefahr. Gegenwärtig überwiegen jedoch in allen ihren Gremien die Entspannungsgespräche, wobei in dieser Richtung ein besonders starker Druck von Großbritannien, Kanada und den skandinavischen Ländern ausgeübt wird.

Ein Teil der NATO-Partner verfolgt die Genfer Abrüstungskonferenz mit einem gewissen Mißtrauen. Die NATO wurde in letzter Zeit über dieses Kapitel mehr informiert als konsultiert. Als der amerikanische Chefdelegierte Forster im Ständigen NATO-Rat die amerikanischen Vorstellungen kurz vor Beginn der Genfer Konferenz erläuterte, machten sich in der Kulisse verschiedene Bedenken bemerkbar, weil man befürchtet, daß die amerikanischen Gesichtspunkte, falls sie bei den Sowjets auf ein einigermaßen günstiges Echo stoßen, sehr weit gehen könnten.

NATO-Pressedienst, 5. 2. 64

Ostermarsch — was nun?

Gewiß — das war schon ein großer Schritt nach vorn: Über achttausend Persönlichkeiten riefen zu einer Aktion auf, zur Unterstützung von Abrüstungs- und Entspannungspolitik, und einhunderttausend Menschen erklärten ihr Einverständnis und versammelten sich zu einer machtvollen Kundgebung. Darunter zahlreiche SPD-Mitglieder und Gewerkschafter, die der eigenen Einsicht und dem Gewissen folgen und weniger den Ansichten und Taktiken ihrer Vorstände. Darunter Geistliche, evangelische und katholische Pfarrer, die der Meinung sind, daß Moral und Humanität zu praktischen Prinzipien der Politik werden müssen; darunter Professoren, die erkannt haben: Die wissenschaftliche Erkenntnis ist nicht nur für den Hörsaal da; sie gehört zu den Menschen, die sich um die Einrichtung einer Welt ohne Krieg kümmern; darunter Arbeiter und Hausfrauen, darunter Ärzte und Beamte, darunter lernende und arbeitende Jugend, darunter vor allem sehr viele junge Menschen, die an die Zukunft denken, an ihre Zukunft und an die Zukunft der jungen Generation beiderseits der deutschen Grenzen.

Aber — und jetzt kommt ein großes ABER — hat sich nun tatsächlich durch diese Demonstration zu Ostern in den deutschen Landen tatsächlich etwas geändert? Beginnt nunmehr das Bonner Parlament Abrüstungspläne zu diskutieren, berät jetzt die Bundesregierung darüber, was sie tun kann, um die Verhandlungen zwischen West und Ost voranzubringen? Werden dem Minister von Hassel — sagen wir mal, bescheiden für den Anfang — fünf Milliarden in seinem Rüstungshaushalt gestrichen und dem Sozialetat zugeschlagen? Schreibt der Kanzler, Herr Erhard, dem USA-Chef Johnson einen Brief, in dem steht: „Dear President! Wir verzichten auf eine multilaterale Atommacht — worüber Sie doch sicher recht glücklich sind —", und einen anderen schreibt er an Herrn Gomulka, in dem steht: „Verehrter Herr Kollege, wir wollen uns nun doch mal darüber unterhalten, ob wir zusammen Mitteleuropa nicht von Atomwaffen frei machen können."?

Und sagt etwa nun die SPD: „Lieber Erhard, das wurde ja auch höchste Zeit! Wenn Sie das jetzt nicht getan hätten, dann hätten wir es gemacht wie die englische Labour Party; wir hätten mit der Forderung nach einer soldhen Politik den Wahlkampf eröffnet, um Ihre Partei in der Regierung abzulösen. „Mit Willy Brandt — für Sicherheit und Wohlstand durch Abrüstung und Entspannung —" hätte es dann geheißen.

Der geneigte Leser wird sicher bemerken, daß das, was hier gesagt wird, eigentlich gar nicht spaßig gemeint ist; denn in Wirklichkeit scheint die deutsche Bundesregierung ihre Aufrüstungspolitik nicht um einen Deut ändern zu wollen, in Wirklichkeit scheint die parlamentarische Opposition eine gesetzlich geregelte Telefonüberwachung für wichtiger zu halten als das, was auf der Genfer Abrüstungskonferenz vor sich geht. Z. B. konnte man am 16. April 1964 in der Zeitung lesen, daß Bonn für die Bundesmarine drei Zerstörer mit Raketenbestückung in den USA in Auftrag gegeben hätte. Kosten: etwa eine halbe Milliarde DM. Und der Hamburger SPD-Senator Schmidt meinte dazu: es müsse aber sicher sein, daß diese Schiffe in der Ost- oder Nordsee, nicht aber auf dem Atlantik eingesetzt würden. Eine halbe Milliarde DM! Wieviel Sicherheit und wieviel weniger gebaute Schulen, Straßen oder Schmutzkläranlagen sind das? Man sieht, das alte Spiel, es geht weiter. Und die Kampagne für Abrüstung, die Ostermärsche der Atomwaffengegner? Gehen sie auch unverdrossen weiter?

Ja — was da begonnen wurde, es geht weiter. Aber so, wie es bisher ging, reicht es nicht aus.

Sie, verehrte Leserin, und Sie, verehrter Leser dieses stop-Blattes, Sie sind gewiß wie wir für Abrüstung, halten Sie, genau wie wir, für notwendig.

Vergegenwärtigen wir es uns erneut: Auf uns und unsere Städte sind Raketen mit nuklearen Sprengladungen gerichtet, deren jede so gewaltig ist, daß sie das Gebiet zwischen Frankfurt und Heidelberg in eine Atomfeuerkugel verwandeln könnte. Die Bewohner von Leipzig, Warschau und Moskau leben in der gleichen Situation. Und täglich wird noch mehr von diesem Teufelszeug produziert. Kriege lassen sich damit nicht mehr gewinnen; aber solange diese Weltuntergangsmaschinen nicht vernichtet werden, kann es jeden Tag losgehen — sei es durch Zufall, sei es aus Wahnsinn.

Aus dieser Situation müssen wir 'rauskommen. Abrüstung ist also lebensnotwendig! Aber: Halten Sie Abrüstung für möglich? Genau das ist der springende Punkt: Sie ist möglich! **Die Amerikaner und die Russen haben jetzt Pläne auf den Tisch gelegt, die in vielen Punkten übereinstimmen. Gleichartig und kontrolliert, Schritt für Schritt könnten danach die Streitkräfte auf beiden Seiten vermindert und die nuklearen und konventionellen Waffen zerstört werden. Aber das tritt alles noch auf der Stelle, da gibt es noch so viele WENN und ABER, und da funkt nicht zuletzt auch die deutsche Bundesregierung dazwischen.**

Und was können Sie tun, um die herrschende politische Gesinnung — und damit die Politik der herrschenden Politiker — zu ändern?

1. Helfen Sie mit, Unterschriften für eine Petition an den Deutschen Bundestag zu sammeln.

2. Besuchen Sie Ihre Bundestagsabgeordneten (oder schreiben Sie ihnen!). Stellen Sie ihnen (besonders auch in öffentlichen Versammlungen) konkrete Fragen: Warum sie für die multilaterale Atommacht sind, was sie gegen die atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa haben, mit welchen Vorschlägen sie sich im Bundestag für einen deutschen Abrüstungsvorschlag einsetzen usw. usf.

Hierüber muß Klarheit geschaffen werden — und genau hier beginnt die Aufgabe der Kampagne für Abrüstung.

3. Halten Sie nirgendwo mit Ihrer Meinung hinter dem Berg, tragen Sie jedermann die Argumente vor, die für Abrüstung sprechen: im Betrieb, im Büro, in der Gewerkschaftsversammlung, beim Vereinsabend, an der Straßenbahnhaltestelle. Jeder in diesem Land soll endlich erfahren, um was es geht. Jeder muß angehalten werden, sich mit Vernunft und Courage um seine eigene Sache, um die Abrüstung, zu kümmern. (Denn er lebt in einem Land, in dem das Gegenteil von Abrüstung geschieht!)

4. Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg! Am 29. August 1964 wird die „Kampagne für Abrüstung" in Bonn eine große Demonstration veranstalten: zur mahnenden Erinnerung an dieses furchtbare Ereignis und als Aufruf, die Weichen jetzt so zu stellen, daß der Krieg nur noch Erinnerung bleibt, nie wieder Wirklichkeit werde. Das ist nur möglich durch Abrüstung. Sie sollten in Bonn mit dabeisein.

Das sind Aufgaben, die wir jetzt sofort in die Hand nehmen müssen. Die „Kampagne für Abrüstung" muß eine Bewegung werden, welche die deutsche Politik in Bewegung bringt — so lange, bis aus der Erkenntnis, daß sofortige Abrüstung unumgänglich, praktische Tat geworden ist.

1962 sagte Präsident Kennedy: „Wir müssen die Abrüstungsverhandlungen als eine Möglichkeit und als eine Herausforderung betrachten, die uns die Zeit und die Geschichte nicht noch einmal schenken werden."
Das gilt besonders für das Land, in dem wir leben.

H. Halberstadt

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Kampagne für Abrüstung in Ost und West

Herausgeber: Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach a. M. 4, Postfach 648, Postscheckkonto Frankfurt Nr. 576 48. Verantwortlich für den Inhalt: Klaus Vack, Offenbach a. M., Waldstraße 99. Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt a. M. GmbH., Frankfurt a. M.

Großkundgebung auf dem Römerberg

Zum Abschluß des hessischen Ostermarsches 1964 nahmen etwa 8000 Bürger an der Schlußkundgebung teil. Es sprachen der Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller, der britische Unterhausabgeordnete Frank Allaun, der Schriftsteller Erich Kuby und der Frankfurter Gewerkschaftssekretär Günter Schwarz.

POSTSCHECKKONTO: OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER, FRANKFURT A. M. 57 648

Institut für Zeitgeschichte

ED 718-23-230

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 16.4.1964
Waldstr. 99, Postfach 648

18. 4. 64

An die Örtlichen Ausschüsse
und den Hessischen Ausschuß

Liebe Freunde,

leider kann die gemeinsame Sitzung des Hessischen Ausschüsses mit den Örtlichen Ausschüssen nicht wie geplant am Dienstag stattfinden, da sich bei der Festlegung des Tagungsraumes Schwierigkeiten ergeben haben.

Ich lade Sie deshalb zu einer gemeinsamen Sitzung für

Donnerstag, 23. April 1964, 18,30 Uhr
in das Frankfurter Haus der Jugend ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Auswertung des Ostermarsches 64 und der letzten Sitzung des Zentralen Ausschusses
2. Finanzielle Situation
3. Zukünftige Aktionen
   a) 'stop'
   b) Petition
   c) Weitere Aktionen
4. Verschiedenes

Obwohl die Tagesordnung nur 4 Punkte umfasst, wird sie uns wohl den ganzen Abend beschäftigen. Ich halte es für dringend erforderlich, daß alle Mitglieder des Hessischen Ausschusses und mindestens je ein Vertreter der Örtlichen Ausschüsse an dieser Sitzung teilnehmen.

Mit freundlichen Grüßen,

Kla. Vack

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

ED718-23-281

pressedienst
nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner", Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Ortsverwaltung der Deutschen Postgewerkschaft für den Ostermarsch

Die Jahreshauptversammlung der Deutschen Postgewerkschaft der Ortsverwaltung Frankfurt, die 11.500 Mitglieder vertritt, hat am 11.4.1964 eine Entschließung gefaßt, der wir folgende Auszüge entnehmen:

".... Die Delegierten fordern alle demokratischen Kräfte auf, sich für unsere Forderungen einzusetzen.

Unsere Forderungen sind:

1. Einstellung sämtlicher Kernwaffenversuche in Ost und West
2. Einstellung der Produktion weiterer Atomwaffen
3. Keine deutsch-französische Atomwaffenproduktion
4. eine allgemeine und vollständige Abrüstung
5. die Schaffung entspannter Zonen, frei von atomaren und konventionellen Waffen....

.... Darüber hinaus glauben wir, daß es an der Zeit ist, daß sich jedes Gewerkschaftsmitglied an Protestaktionen demokratischer Bewegungen, z.B. der "Ostermarsch-Kampagne für Abrüstung" beteiligt. Die Delegierten sehen in der "Ostermarsch-Kampagne für Abrüstung" eine Möglichkeit des wirkungsvollen Protestes. "

Offenbach, den 14.4.1964 - Vack -

15. 4. 64

herausgeber: „ostermarsch der atomwaffengegner", hessischer ausschuß, 605 offenbach (main), waldstraße 99
ruf: 88 37 64, postscheckkonto: ffm. 57643

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-232

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, d.10.4.64
Postfach 648

11. 4. 64

Liebe Freunde!

Zwei Wochen sind seit dem Ostermarsch 1964 vergangen, und wir haben Sie bis heute vor Rundschreiben verschont und Ihnen etwas Ruhe gegönnt. Nun kommt es aber darauf an, daß wir den erfolgreichen Ostermarsch und noch mehr die große Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg auswerten für weitere wichtige Aktivitäten. Deshalb dieser Brief und unsere Bitte, ihn zu lesen.

1. Für den Ostermarsch 1964 haben wir geworben mit dem Zeitungsflugblatt "stop". Noch einmal, und zwar am 20.4.64, soll "stop" erscheinen und eine Zusammenfassung und Auswertung der Osterdemonstrationen gegen die Bombe bringen. "stop" wird 4 Seiten haben und sollte eine breite Verteilung finden (Die Zeitungen haben mit Ausnahme der Frankfurter Rundschau fast alle unzureichend von den Ostermärschen berichtet, und es ist deshalb unsere Aufgabe, die Bevölkerung aufzuklären.)

2. Unsere wichtigste Aktion in den nächsten Monaten ist die Unterschriftensammlung für die Petition an den Deutschen Bundestag. Es müßte uns in Hessen gelingen, mehr als 100 000 Unterschriften zu bekommen, was bedeutet, daß jeder Empfänger dieses Rundschreibens 2 Listen voll mit Unterschriften sammeln müßte. Eine Aufgabe, die vielleicht schwieriger ist, als 3 Tage zu demonstrieren, die wir aber schaffen, wenn jeder sofort beginnt, seine Freunde und Bekannten zum Unterzeichner der Petition zu gewinnen. Es hat sich gezeigt, daß gerade jetzt, kurz nach dem Ostermarsch, eine große Bereitschaft besteht, unsere Petition zu unterstützen.

Achten Sie bitte sorgfältig darauf, daß keine Fälschungen vorkommen. Jeder Bürger der Bundesrepublik darf nur einmal unterzeichnen. Sagen Sie denen, die zwar für die Petition, aber nicht für die Kampagne für Abrüstung und insbesondere ihre Demonstrationsform der Ostermärsche sind, daß die Petition nicht gleichbedeutend ist mit einer Identifizierung mit der Kampagne. Die Petitionslisten werden nach Abschluß der Aktion nicht direkt an den Deutschen Bundestag geschickt, sondern bei einem Rechtsanwalt und Notar hinterlegt, der die Petition namens der Unterzeichner an den Petitionsausschuß richtet. (Wir haben diesem Rundschreiben 3 Petitionslisten beigefügt; weitere können bei der Geschäftsstelle angefordert werden.)

- 2 -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

3. Wir erinnern noch einmal an unsere finanzielle Situation, die auch nach diesem Ostermarsch ein betrübliches Bild abgibt. Bitte, verkaufen Sie weiterhin unsere Postkarten mit Förderer-bons a DM 2,- und überweisen Sie den Gegenwert für die Ihnen vor Ostern zugeschickten Bons. Beim Sammeln von Unterschriften für die Petition konnten einige Freunde gute Erfahrungen mit dem Verkauf von Förderer-bons und OM-Abzeichen machen.

4. Der VK Frankfurt veranstaltet am 8.5.64, 19.30 Uhr, im Frankfurter Rathauskasino eine Kundgebung, bei der Kirchenpräsident D Martin Niemöller über das Thema "Gewissen - kontra Notstand" spricht.

Das wärs für heute. Ruhen wir uns nicht auf dun Lorbeeren des Ostermarsches 1964 aus und tun nun alles, um die Kampagne für Abrüstung ein weiteres Stück voran zu bringen.

Herzlichst

Ihr Klaus Vack

(Klaus Vack)

+/ 3 Listen

1 Zahlk.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-233

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle folgendes Material:

.....	Petitionslisten an den Deutschen Bundestag *)	DM .....
.....	Flugblätter "stop" 100 Stück DM 3,- **)	DM .....
.....	OM Kalender 1964 á DM 4,50	DM .....
.....	PLÄNE - Ostermarschbildband 63 á DM 3,-	DM .....
.....	Briefverschlußmarken 100 Stück DM 1,50	DM .....
.....	Postkartensatz á 8 Stück DM 1,-	DM .....
.....	OM-Abzeichen, klein á Stück DM 1,-	DM .....
.....	OM-Abzeichen, groß á Stück DM 1,-	DM .....
.....	Taschentücher mit OM-Emblem Stück 1,-	DM .....
.....	Druckkugelschreiber mit OM-Emblem á DM 1,-	DM .....
.....	Autoplaketten (selbstklebend) DM 1,-/Stück	DM .....
.....	Broschüre "Der große Marsch" von San Franzisko nach Moskau á DM 1,-	DM .....
.....	Postkarten mit Spendenschecks áDM 2,-	DM .....
.....	Schriften zur Notstandsfrage von Rechtsanwalt Heinrich Hannover - 3 verschiedene Schriften, portofreie Zusendung DM 1,50	DM .....
.....	Pressenanalysen der Märsche 1961, 1962 u. 1963 portofreie Zusendung DM 1,50	DM .....

*) bis zu 10 Stück kostenlos, 20 Stück DM 1,-
50 Stück DM 2,-, 100 Stück DM 2,50 und je weitere
100 Stück DM 2,-

**) (können vom 20.4. - 31.5.1964 geliefert werden)

Das Material ist zu liefern an:

Name: .....

Anschrift: .....

.....

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-234

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 10. April 1964
Waldstr. 99, Postfach 648

11. 4. 64

An die Örtlichen Ausschüsse
und den Hessischen Ausschuß

Liebe Freunde,

unser letztes Rundschreiben, kurz vor Ostern verschickt, wurde anscheinend von den wenigsten Örtlichen Ausschüssen ausgewertet. Wir weisen Sie deshalb heute dringend auf einige wichtige Fragen hin, die in den nächsten Tagen angegangen werden müssen.

1) Wir haben beschlossen - dies wurde den Örtlichen Ausschüssen bereits früher mehrmals mitgeteilt - nach Ostern noch einmal unser Zeitungsflugblatt 'stop' herauszubringen, um mit einer Zusammenfassung und Auswertung unserer Ostermärsche auf möglichst viele Menschen einzuwirken.
'stop' wird am 20.4.1964 erscheinen und 4 Seiten umfassen. Alle Örtlichen Ausschüsse sollten, entsprechend ihrer organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten, möglichst viele 'stop'-Flugblätter verteilen. Bestellungen bitten wir bis spätestens 15.4.1964 an die Geschäftsstelle zu geben. Frühere Bestellungen wurden bereits berücksichtigt.

2) Unsere wichtigste Aktion in den nächsten Monaten ist die Unterschriftensammlung für die Petition an den Deutschen Bundestag. Wir müssen uns schon heute darüber im klaren sein, daß die Petition nur dann politische Auswirkungen haben wird, wenn es uns gelingt, hunderttausende von Unterschriften zu finden. Es genügt nicht, wenn die aktiven Teilnehmer am Ostermarsch oder an den Ostermarsch-Kundgebungen unterschreiben, sondern es kommt darauf an, daß sich weitere, bisher abseits stehende, Bevölkerungskreise zu der Petition bekennen. Wir müssen mit dieser Unterschriftenaktion, überall, wo Örtliche Ausschüsse von uns tätig sind, an die Arbeiter, Angestellten und Beamten, in den Betrieben und Verwaltungsstellen und möglichst von Haus zu Haus herantreten. Die Örtlichen Ausschüsse sollten deshalb unverzüglich zu Besprechungen zusammenkommen und festlegen, wie sie möglichst viele Unterschriften für die Petition sammeln können.

3) Wie bekannt ist, hatte das Präsidium der SPD Ende vorigen Jahres - und nun auch noch einmal während des Ostermarsches - eine sehr unkorrekte Stellungnahme zum Ostermarsch abgegeben. Der Zentrale Ausschuß hatte der SPD einen Brief geschrieben, der die erhobenen Vorwürfe zurückweist und die in der Erklärung enthaltenen falschen Meldungen korrigiert. Dieser Brief, der unbeantwortet blieb, wurde vom ZA hektographiert und soll in möglichst großer Breite an SPD-Mitglieder, Funktionäre und Organisationsstellen der SPD und Gewerkschaften verschickt werden. Eine große Zahl der Örtlichen Ausschüsse hat diese Arbeit bereits erledigt. Wir bitten die Örtlichen Ausschüsse, die diesen SPD-Brief noch nicht verschickt haben, die notwendigen Exemplare beim Hessischen Ausschuß zu bestellen und die Versendung unverzüglich vorzunehmen.

4) Wir bitten noch einmal darum, Pressemeldungen, die um den Ostermarsch 64 in den örtlichen Zeitungen erschienen sind, an den Hessischen Ausschuß zu senden.

- 2 -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

5) Die finanzielle Situation des Hessischen Ausschusses zeigt bereits heute überschläglich, daß es uns mit dem Ostermarsch 64 nicht gelungen ist, das Defizit aus 1963 auszugleichen. Wir sind heute in der schwierigen Lage, Rechnungen von rd. DM 5.000.-- in den nächsten 14 Tagen bezahlen zu müssen, ohne über das notwendige Geld zu verfügen. Wir bitten die Örtlichen Ausschüsse, umgehend ihre Rechnungen für Lieferungen vor dem Ostermarsch 64 zu bezahlen. Wo die Gesamtbeträge noch nicht gezahlt werden können, ist uns auch mit a conto Zahlungen gedient.

6) Wir bitten, heute bereits vorzumerken, daß am Dienstag, 21. April 1964, 18.30 Uhr in Frankfurt eine Sitzung des Hessischen Ausschusses mit den Örtlichen Ausschüssen stattfindet, an der unbedingt von jedem Örtlichen Ausschuß ein Vertreter teilnehmen sollte. Die Einladung mit Tagesordnung ergeht Mitte nächster Woche.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack

(Klaus Vack)

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4
Postfach 648

Bestellzettel

Der Örtliche Ausschuß _____ bestellt für die Aktionen nach Ostern zur schnellstmöglichen Lieferung folgendes Material:

_____ Exemplare 'stop' DM 30,-- je 1000 Stück DM _____

_____ Exemplare Petitionslisten DM 15,-- je 1000 St. DM _____

_____ SPD-Briefe (kostenlos)

Das Material ist zu liefern an folgende Anschrift:

_____

_____
Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-235

HERMINE GÉRARD · BRUCKENBAUER-VERLAG · 5 KÖLN-RIEHL · POSTFACH 3

BANKVERBINDUNG: SPARKASSE DER STADT KÖLN KONTO 151 · POSTSCHECKKONTO KÖLN 128953 · TELEFON 3 16 62

DATUM

Betr.: " Ostermarsch-Betrachtungen " v. R. Jenke" _

Zu unserem Bedauern müssen wir Ihnen mitteilen, daß wir Ihre Bestellung nicht ausführen können, da die Auflage, infolge der großen Nachfrage vollständig vergriffen ist.

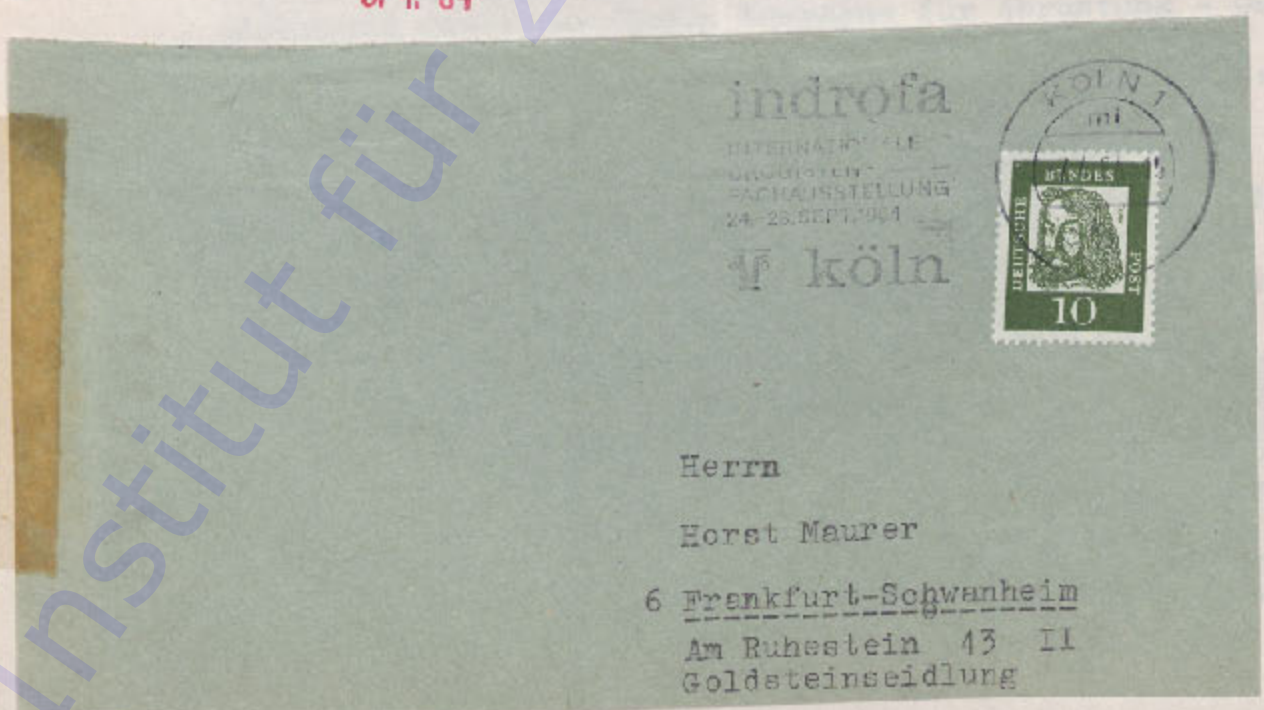
Die zuvor, an uns herangetragenen Wünsche, die Broschüre in grösserer Zahl unentgeldlich zu liefern, konnten wir nicht erfüllen, da eine kostenlose Abgabe nicht möglich war.

Freundlichst

Brückenbauer-Verlag
K ö l n - R i e h l

Köln, 23.3.64.

8. 4. 64



Herrn

Horst Maurer

6 Frankfurt-Schwanheim

Am Ruhestein 13 II

Goldsteinseidlung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Horst Maurer
000 Frankfurt-Schwanheim
Am Ruhestein 43 II
(Goldsteinsiedlung)

OM

Brückenbauer-Verlag

5 Köln-Riehm

Postfach 10 (?)

ED 718-23-236

5. 4. 64

Broschüre "Ostermarsch-Betrachtungen" von R. Jenke

Im VORWÄRTS habe ich von dieser Broschüre gelesen und wäre für Übersendung von drei Exemplaren sehr dankbar,

Mit bestem Dank voraus

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

ED718-23-237

Protokoll zur Sitzung des Arbeitsausschusses am 6.4.1964 in Offenbach

8.4.64

Anwesend: Vack, Andres, Halberstadt, Arlt, Amann, Farr, Winkler

als Gast: Egon Becker

es fehlten: Strass, Faller

1. "stop" - Die "stop"-Ausgabe zum Abschluß des Ostermarsches 1964 soll in der Zeit vom 20. bis 22. April hergestellt und am 23. oder 24. April versandt werden. "stop" wird 4 Seiten haben und von einem Redaktionsteam (Winkler, Becker, Halberstadt, Vack und Arlt) zusammengestellt.. Das Redaktionsteam trifft sich am 16. April 1964, 18.3o Uhr zu einer Besprechung in der Wohnung von Klaus Vack.

   Bis zur Redaktionsbesprechung muß folgendes Material für "stop" geschrieben oder zusammengetragen werden:

   a) allgemeiner Marsch- und Stimmungsbericht von Hessen (Klaus Vack)
   b) Wertung der deutschen Ostermärsche (Egon Becker)
   c) Marschskizze aus den IZA
   d) zur Petition (Hans Joachim Arlt)
   e) politische Perspektiven der Kampagne für Abrüstung (Heiner Halberstadt)
   f) Besprechung des Buches über die Entwicklungen in der Genfer Abrüstungskonferenz (Heiner Halberstadt)
   g) Bilder (Norbert Winkler)
   h) Auszüge aus den Reden (Norbert Winkler)
   i) Witze, Glossen, Karikaturen (Norbert Winkler und E. Becker)
   j) die Kampagne zwischen Ost und West (Egon Becker)
   k) Übersetzung des Artikels von Frank Allaun (H.J. Arlt).

2. Verschiedenes

2.1. Aus einem Brief von Herrn Beltz, Gießen, geht hervor, daß die dortigen Ostermarschfreunde den Arbeitskreis für Verteidigungsfragen nicht auflösen wollen. Der Arbeitsausschuss lehnt nach wie vor Wert darauf, daß unsere Arbeit allerorts unter dem Namen Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner geleistet wird und nicht unter einer Deckadresse. Hans Joachim Arlt wird beauftragt, in diesem Sinne mit Herrn Beltz zu verhandeln.

2.2. Egon Becker beantwortet einen Brief des Herrn Koch.

2.3. Fritz Amann nimmt Kontakt mit dem Deutschen Kinderschutzbund e.V. auf.

2.4. Herrn Weinrich ist mitzuteilen, daß die Fuldaer Zeitung laufend mit unserem Pressematerial beliefert wird.

2.5. Der Arbeitsausschuss nimmt ein Dankschreiben der Belgischen Atomwaffengegner für unsere Teilnahme am belgischen Anti-Ator-Marsch zur Kenntnis. Der Hessische Ausschuss ist nicht in der Lage, ein Angebot der IdK anzunehmen, am 5.6.1964 (5.7.64!) in einer Großveranstaltung in der Paulskirche Prof. Pauling sprechen zu lassen. Der Hessische Ausschuss gibt ein entsprechendes Angebot an den Zentralen Ausschuss weiter, da gegebenenfalls die Möglichkeit besteht, daß ein anderer

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Regionalausschuss von dem Angebot der IdK Gebrauch machen kann.

2.6. Heiner Halberstadt setzt sich mit dem Zeitredakteur Hermann telef. in Verbindung und weist ihn im Namen des Hessischen Ausschusses darauf hin, daß in dem Zeitartikel in so fern ein Druckfehler unterlaufen sein muß, als dort steht, zum Ostermarsch hätten die Kommunisten aufgerufen.

2.7. Norbert Winkler wird beauftragt, für den Hessischen Ausschuss an der Jahreshauptversammlung des VK-Frankfurt teilzunehmen und dort kurz einige Worte über den Ostermarsch und über die Petition zu sagen und Petitionslisten zu verteilen.

2.8. Eine Stellungnahme des Deutschen Jugendherbergwerks wird zur Kenntnis genommen. Danach ist es für den Hessischen Ausschuss nicht möglich, Mitglied im Deutschen Jugendherbergswerk zu werden. Der Arbeitsausschuss läßt es bei dieser Antwort bewenden und betrachtet die Angelegenheit für erledigt.

3. Fragebogenaktion - Egon Becker wird beauftragt, mit einigen Soziologiestudenten einen Auswertungsmodus für die Fragebogen zusammenzustellen. Die Auswertung der Fragebogen wird durch den AA vorgenommen, um eine vorzeitige Publizierung und Interpretation der einen oder anderen Gruppe innerhalb der Kampagne für Abrüstung zu vermeiden.

4. Lautsprecherverbot - Klaus Vack und Norbert Winkler werden beauftragt, gegen das von verschiedenen Städten und Gemeinden ausgesprochene Lautsprecherverbot während des Ostermarsches Widerspruch einzulegen. Der Widerspruch wird gegen eine oder zwei Stelen eingelegt und es ist dabei zu berücksichtigen, daß die Bescheide genommen werden, die am meisten garantieren, daß der Widerspruch erfolgreich sein wird.

5. Kritische Auswertung des Ostermarsches 64 und Vorbereitung für die ZA-Sitzung -

5.1. Über den Hessischen Marsch wird eine ausführliche grundsätzliche Diskussion geführt, die aus Zeitmangel allerdings nicht zu Ende gebracht werden kann und deshalb auch nicht in allen Fragen sofort zu konkreten Ergebnissen führt. Man ist allgemein der Auffassung, daß vor Ostern geäußerte Befürchtungen, der Marsch und die Kundgebungen würden in diesem Jahr stagnieren, nicht eingetroffen sind, da ein deutlicher Zuwachs unter den Marschteilnehmern und vor allen Dingen bei der Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg festgestellt werden konnte. Der Marsch selbst entwickelt sich von Jahr zu Jahr mehr zu einem tratitionellen Wandern und es müssen Überlegungen angestellt werden, wie man die Form des 3-tägigen Marsches langsam überwinden kann. Wichtig ist, daß es mit der Petition nach Ostern erstmalig eine Aktion gibt, die im gleichen Umfang wie der Marsch selbst einen Einsatz von dem Einzelnen verlangt und ihn zur Auseinandersetzung mit anderen Menschen zwingt. Besonders bewertet wird die Einflußnahme der Kampagne für Abrüstung in andere Kreise wie die Gewerkschaften, die Kirchen, die Parteien sowie Presse und Rundfunk.

5.2. Der Zentralen Ausschuss-Sitzung werden resultierend aus der 1. Bestandsaufnahme des Ostermarsches 64 folgende konkrete Vorschläge gemacht:

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 218-23-238

a) die Überreichung der Petition in Bonn soll verbunden werden mit einem großen Marsch durch Bonn und anschließender Kundgebung am 29.8.1964 (wenige Tage vor dem Antikriegstag). Internationale Redner und Delegationen, vor allem aus den Ländern, die mit in den 2. Weltkrieg verwickelt waren, sollen bei diesem Marsch und bei der Kundgebung mitwirken.
b) Neben der Delegation nach Genf soll auch eine Delegation zur Labour-Party fahren, um dort Gespräche zu führen, da man annimmt, vom politigchen Anliegen her in der Labour-Party einen wirklichen Partner zu haben.
c) eine Startveranstaltung soll ähnlich wie Ende 1963 in der Paulskirche, Ende dieses Jahres in Stuttgart veranstaltet werden.

6.3. Der Zentrale Ausschuss soll Bertrant Russell für den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels vorschlagen.

6.4. Der Arbeitsausschuss sieht es für unzweckmäßig an, daß die Frage einer Kontaktaufnahme zum Deutschen Friedensrat verhandelt wird. Heiner Halberstadt wird beauftragt, die Gründe, die den Arbeitsausschuss zu dieser Auffassung brachten, Frl. Dr. Schulte vorzutragen und versuchen, sie dazu zu gewinnen, daß der entsprechende Antrag von den Freunden aus Mannheim und Heidelberg dem Zentralen Ausschuss nicht vorgelegt wird.

6.5. Eine vorläufige finanzielle Übersicht ergibt, daß für den Hessischen Marsch in diesem Jahr nicht mit Defizit gearbeitet wurde. Es sieht allerdings so aus, daß auch kein Überschuss erzielt wurde und somit ein Defizit von DM 6.000,-- aus dem Vorjahr bestehen bleibt.

6.5. Offenbach, den 7. April 1964

Für die Protokollführung:
Klaus Vack

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-239

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Protokoll über die Sitzung der Marschleitung am 29. März 1964 1. 4. 64

1) Es wurde an die Marschleitung der Wunsch herangetragen, während des Marsches die Zeitschrift 'Das Argument' zu verkaufen. Die Marschleitung kann aus formellen Gründen dieser Sache nicht zustimmen. Die Ordner werden darauf achten, daß 'Das Argument' nicht zum Verkauf kommt.

2) Herrn Haßbecker wird gestattet, während der Veranstaltungen des Ostermarsches einen Bücherstand zu errichten.

3) Ein Grußtelegramm des Ungarischen Landesfriedensrates wird zur Kenntnis genommen. Es wird nicht verlesen und auch nicht im Pressedienst veröffentlicht.

4) Es ergibt sich eine ausführliche Diskussion über die Meinungsumfrage, als deren Ergebnis einmütig festgehalten wird, daß die Meinungsumfrage über den gesamten Sonntag fortgeführt, jedoch am Ostermontag eingestellt wird. Die Fragenden werden noch einmal darauf hingewiesen, darauf zu achten, daß die Fragebogen nicht in fremde Hände kommen.

Die Meinungsumfrage wird wie folgt verändert:
Es kommt ein neuer Punkt 1.12. Beruf hinzu. Der Punkt 2.44 wird ergänzt um einen Unterpunkt c) 'eine Fortsetzung pazifistischer Tradition'.
Folgende Punkte werden gestrichen: 2.25, 2.35, 2.37, 2.31', 5.14, 5.15, 5.16, 5.17 und der gesamte Punkt 5.3.

Egon Becker wird angewiesen, sofort nach Beendigung der Meinungsumfrage sämtliche benutzten und unbenutzten Fragebogen an Klaus Vack zu geben.

Offenbach, 29. März 1964
Für die Protokollführung:
Klaus Vack

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-240

pressedienst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

30. 3. 64
31. 3. 64

Die Pressestelle der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Hessischer Ostermarsch 1964 - weiter erfolgreich voran

Trotz Regen, Wind und Kälte zeigte sich bei dem hessischen Marsch der Atomwaffengegner von Wiesbaden zum Frankfurter Römer das deutliche Wachsen der Kampagne für Abrüstung.

Am heutigen dritten Marschtag, dem Ostermontag, begannen die Marschkolonnen ihre letzte Strecke beim Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe mit rd. 1000 Teilnehmern. Beim Marsch durch die Innenstadt schlossen sich ständig weitere Anhänger der Bewegung an, so daß die Offenbacher Polizei an der Stadtgrenze Offenbach/Frankfurt bereits 2000 Demonstranten schätzte.

Im Ostpark starteten die Atomwaffengegner wieder mehrere Tausend Luftballons mit Grußkarten an die Finder, die zur Unterstützung der Kampagne für Abrüstung aufgefordert werden. Die Frankfurter Polizei schätzte bei der Zwischenstation ebenfalls ca. 2000 Teilnehmer, und als der Marsch, mit vielen prominenten Frankfurter Bürgern an der Spitze, auf dem Römerberg anlangte, war die Demonstration auf über 2 km angewachsen.

Die Zahl der Kundgebungsteilnehmer auf dem Frankfurter Römerberg dürfte bei 6 - 8000 Menschen gelegen haben.

Heiner Halberstadt eröffnete im Auftrag des hessischen Ostermarschausschusses die Kundgebung und konnte den Anwesenden mitteilen, daß sich an den Veranstaltungen und an den Osterdemonstrationen der Atomwaffengegner im gesamten Bundesgebiet ca. 100 000 Menschen beteiligten. Er begrüßte besonders die ausländischen Teilnehmer und Gäste, die am hessischen Ostermarsch teilgenommen haben, und zwar aus England, Frankreich, Belgien, USA, Dänemark, sowie Gastarbeiter aus Spanien und Italien.

Als Redner traten auf: Weltkirchenratspräsident D Martin Niemöller, der Publizist und Schriftsteller Erich Kuby, der britische Unterhausabgeordnete Frank Allaun und der Frankfurter Gewerkschaftssekretär Günter Schwarz. (Auszüge aus den Reden sind diesem Pressedienst beigefügt.)

Zum Schluß der Kundgebung verlas Heiner Halberstadt die Schlußerklärung aller deutschen Ostermärsche, aus der hervorgeht, daß die Kampagne für Abrüstung, ausgehend vom Ostermarsch 1964, eine Unterschriftenaktion für eine Petition an den Deutschen Bundestag plant.

herausgeber: kampagne für abrüstung - ostermarsch der atomwaffengegner, hessischer ausschuß, 605 offenbach (main), waldstraße 99
ruf: 88 37 64, postscheckkonto: ffm. 57648

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Der Inhalt dieser Abschlußerklärung und die Forderungen der Petitionen sind in einer Presseerklärung enthalten, die der zentrale Ostermarschausschuß zum Abschluß der deutschen Ostermärsche herausgebracht hat.

Gute Zusammenarbeit mit der Polizei

Mit Ausnahme unerheblicher Kleinigkeiten verlief die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der verantwortlichen Marschleitung reibungslos. Die hessische Polizei, die von den verschiedenen Städten und Kreisen, durch die der Ostermarsch 1964 führte, eingesetzt war, konnte ihre Aufgabe der Ostermarsch- und Verkehrssicherung zur vollen Zufriedenheit lösen. Es kam oft vor, daß sich die Polizei freundlich von der Marschleitung verabschiedete und für die ausgezeichnete Disziplin der Marschteilnehmer dankte.

Die Marschleitung mußte jedoch feststellen, daß von einigen Polizeibehörden stärker als im vergangenen Jahr Änderungen der gewünschten Marschstrecke vorgenommen wurde, die sich meist so auswirkte, daß der Ostermarsch von Haupt- auf Nebenstraßen umgeleitet wurde. Die Organisatoren werden im Hinblick auf zukünftige Veranstaltungen die hier aufgetretenen Probleme noch einmal mit der Polizei durchdiskutieren.

Spendefreudigkeit unter den Atomwaffengegnern

Es wurde bereits in früheren Pressediensten auf die Finanzierung des Ostermarsches hingewiesen. Auch in diesem Jahr haben die rd. 1000 ständigen Teilnehmer wieder eine Gebühr von DM 20,- bezahlt. Darüber hinaus gingen in den letzten Monaten vor Ostern aus dem großen Anhängerkreis der Kampagne für Abrüstung an vorwiegend Klein- und Kleinstbeträgen weit über 10 000,- DM an Spenden ein.

Während der ersten beiden Marschtage konnten über DM 1000,-, während des dritten Tages und der Schlußkundgebung nochmals 2.360,- DM durch Spenden und Plakettenverkauf eingenommen werden.

Anlagen

Diesem Pressedienst sind Auszüge aus den Reden bei der Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg und die Schlußerklärung des zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner-zu den deutschen Ostermärschen beigefügt.

Offenbach, den 30. März 1964 - Vack -

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-241

Auszüge aus den Reden am Ostermontag auf dem Frankfurter Römer

Rede des Kirchenpräsidenten D Martin Niemöller

Am zweiten Ostertag des Jahres 1958 fand der erste Ostermarsch vor den Toren des englischen Atomwerkes Aldermaston seinen Abschluß.- Ich werde den Tag nicht vergessen; denn er bedeutete den Anfang einer Bewegung, wie ich das in meiner dortigen Schlußansprache vor 7000, die durch Regen, Schnee und Winterkälte ausgehalten hatten, als Hoffnung zum Ausdruck brachte.

Die Zeitungen berichteten damals entweder überhaupt nicht oder suchten, die Sache als eine lächerliche Kleinigkeit hinzustellen; heute ...? Nun, die Ostermärsche sind weitergegangen und nicht an Entkräftung gestorben, wie man in gewissen Kreisen gehofft und prophezeit hatte. Dagegen sieht es fast so aus, als ob die Anti-Friedenskämpfer in der Welt draußen stiller geworden wären. Leider kann man das von ihnen bei uns in der Bundesrepublik noch nicht sagen; sie haben uns vielmehr den Ruf eingebracht, daß Deutschland - und nur noch Deutschland - im Krieg nach wie vor eine politische Möglichkeit sieht. - Die Ostermärsche sind weitergegangen, und sie müssen auch weitergehen, damit es deutlich wird: wir wollen keinen Krieg mehr! Denn, wer könnte dann unser Volk und die Menschheit noch vor dem Atomtod schützen?!-

Der Krieg ist im Atomzeitalter keine politische Möglichkeit mehr; und jeder, der dazu hilft, dies Verbrechen zu verhüten und als Wahnsinn aufzudecken, leistet damit einen Dienst zur Bekämpfung der Unmenschlichkeit und einen Beitrag zur Rettung der Menschheit. - Heute wie vor 6 Jahren geht es uns bei den Ostermärschen um solchen Beitrag und Dienst. Und wir dürfen dankbar sagen: Es ist nicht umsonst gewesen, selbst nicht bei uns in der Bundesrepublik!

Heute geht es nicht mehr um Theorien wie zur Zeit unserer Großväter. Sie konnten noch geistvolle Betrachtungen anstellen, ob ein "ewiger Friede" überhaupt möglich sei und nicht eine Utopie bleiben müsse. - Für uns ist diese Sache zur Lebensfrage geworden; es geht hier tatsächlich auf Tod und Leben: die Menschheit wird nur noch so lange leben, als es ihr gelingt, einen Krieg zwischen Atommächten nicht ausbrechen zu lassen. Bricht er aus, dann ist die Menschheitsgeschichte mit dem Ende der Menschheit eben auch zu Ende - endgültig und unwiderruflich! - So muß jeder vernünftige Mensch nicht nur persönlich Stellung gegen den Atomtod beziehen, sondern seinen Teil zur Gestaltung einer entsprechenden öffentlichen Meinung beitragen. Und deshalb sind wir Ostern nicht zu Hause geblieben!

Man hat es sich freilich eine ganze Menge kosten lassen, die Bürger unseres Staates von den Ostermärschen fernzuhalten, um auf diese Weise unser Streben und Mühen zu lähmen. Und dazu mußte natürlich wieder der Kommunismus als der leibhaftige Teufel und als das abschreckende Gespenst herhalten - als ob dem Kommunismus mit Atombomben beizukommen wäre! - Nein, das kostet ein bißchen mehr geistiges Mühen, als gewisse Propaganda-Fachleute am Rhein aufzubringen in der Lage zu sein scheinen. Diese Auseinandersetzung kann nur, sie muß und wird auf jeden Fall ohne Krieg geführt werden; und - abgesehen von allen technischen Fortschritten - wird es erheblicher geistiger Leistungen bedürfen, um der Weltmission des Kommunismus wirksam zu begegnen. - Mögen die christlichen Kirchen zeigen, ob und warum sie einen besseren Weg wissen, weisen und führen als dieser letzte Idealismus, der vorgibt, die Welt und ihre Menschheit beglücken zu wollen und zu können. -

Die Regierungen und Staatsmänner aber sollen erst einmal darauf bedacht sein, den Zündstoff zu beseitigen, an dem sich der Krieg entzünden könnte, und die Zündschnüre durchzuschneiden, die ein Wohn-

Institut für Zeitgeschichte Archiv

sinniger oder ein Verbrecher - nur für sie kommt ja noch ein Krieg in Betracht - in Brand setzen könnte. - Uns geht es heute um ein aufrichtiges und ehrliches demokratisches Anliegen. Wenn unsere Demokratie nämlich aufrichtig und ehrlich den Willen des Volkes vertritt, dann wird es keinen Krieg mehr geben. Bislang aber hatte das Volk bei den Dingen, die sein Leben oder Sterben angehen, nichts zu melden. In den Wahlkämpfen wurde die Friedensfrage stets umgangen und alles, was damit zu tun hat, ebenfalls: die Wiederbewaffnung, die Militärbündnisse, die atomare Rüstung. Und dabei wird die Bevölkerung des Staates auch nicht so unterrichtet, daß ihr sachliches Interesse geweckt würde; sie könnte dann ja mitreden wollen! Und was würde dann auch der Totalherrschaft, der absoluten Totalherrschaft der politischen Parteien werden?!-

Wir brauchen eine öffentliche Meinung, eine Meinung, die in der Öffentlichkeit bekannt wird, und zwar eine solche, die sich auf Tatsachenkenntnis gründet und nicht auf Schlagworte und gedrucktes Propagandagerede, wie das in Hunderttausenden von Exemplaren auf Kosten des Steuerzahlers allen Haushaltungen zugestellt wird. - Wer kennt denn heute die Tatsachen, die einfach klar beweisen, daß alle Aufrüstung wertlos ist, daß die Zukunft der Menschheit Frieden erfordert und dazu Abrüstung und Verzicht auf Waffen verlangt, weil sonst der Atomtod als drohendes Schwert über uns hängen bleibt, bis er schließlich kommt?!-

Wir schulden den Menschen unseres Volkes Aufklärung und der ganzen Menschheit unsern Dienst; denn es geht ums Leben, ums Weiterleben unserer Kinder und Kindeskinder! - Solchen Dienst sollen unsere Ostermärsche leisten, solchen Dienst haben sie geleistet, und wir müssen ihn weiterhin tun, bis es aller Welt klargeworden ist, daß wir nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander leben können und nur noch füreinander existieren können. Wollte Gott unser Marschieren und Mühen zur Ausbreitung dieser Erkenntnis dienen lassen, und möge er den Vereinten Nationen und allen Regierungen ihre Verantwortung auf Herz und Gewissen legen, daß sie den Weg des Friedens suchen, ihn gangbar machen, wie sie das mit dem Vertrag über den Atomversuchsstopp angefangen haben, und ihn zum Segen der Menschheit miteinander gehen!

Tod dem Atomtod! Dem Leben eine Bahn!

Auszüge aus der Rede von Erich Kuby

"... Ich glaube, daß wir die Grundposition des Ostermarsches, die eine moralische ist, nicht verlassen dürfen, daß wir aber auch erkennen müssen, wer denn unser Partner ist. Das sind die Menschen, mit denen jeder von uns, weil verwandt, weil befreundet, weil Arbeitskollege, umgeht, und die noch nicht hier auf dem Röner sind, weil sie nicht wie wir über die eigene Zukunft nachdenken. Weil ihr mitmenschliches Verantwortungsgefühl, weil, kurz gesagt, ihr Gewissen weniger empfindlich reagiert, weil es verschüttet ist aus Gründen, die wir zu gut kennen, als daß wir jetzt hier davon sprechen müßten. Gerade deshalb aber müssen wir auch politisch argumentieren, wenn wir etwas erreichen wollen, und das heißt, wir müssen die absolute sittliche Forderung auch auf eine politische Forderung übertragen. Sie lautet: keine Atomwaffen in deutsche Hände, keine Atomwaffen unter deutschen Befehl ...

... Seien Sie überzeugt, daß die Zeit der Auseinandersetzung, der harten Auseinandersetzung mit Gesinnungsgegnern erst noch vor uns liegt. Die potentiellen Gewalttäter tarnen sich noch. Für diese Auseinandersetzung genügt es nicht, die richtige Gesinnung zu haben, sie ist nur deren Voraussetzung. Wir müssen eine von Ostermarsch zu

Institut für Zeitungsforschung - Archiv

ED 718-23-242

Ostermarsch reichende politische Aktivität entfallen, die, da wir über eine Machtapparatur nicht verfügen, nur die Auseinandersetzung von Mensch zu Mensch sein kann, aber auch sein muß. Über die Demonstration einer Gesinnung hinaus muß der Ostermarsch mit steigenden Teilnehmerzahlen die Bilanz einer ganzjährigen politischen Arbeit in unserem Volk darstellen: ihr Erfolg muß auf der Straße sichtbar werden und neuen Erfolg hervorbringen. Lassen Sie uns nicht auseinandergehen mit dem trügerischen Gefühl, durch den Ostermarsch sozusagen unsere politische Jahresleistung vollbracht zu haben. Wir haben einander gesehen, hier und auf vielen Straßen und Plätzen der Bundesrepublik, wir wissen wie viele oder wie wenige wir sind, und wir wissen, wie viele wir werden müssen. Gehen wir auseinander, um jeder an seinem Platz politisch aktiv zu sein. Wenn jeder von uns in einem Jahr nur einen Mitbürger veranlassen kann, nur einen in einem ganzen Jahr, und das jedes Jahr, dann rechnen Sie sich aus, wie viele es in zehn Jahren wären: Zweieinhalbmillionen. Ach, in zehn Jahren - denken Sie so? Schauen Sie zurück. 1954 - das war gestern. 1974 wird morgen sein ..."

Auszüge aus der Rede von Frank Allaun

"... Wir sind sehr sicher, daß bald eine neue Regierung in England sein wird und zwar eine Labour-Regierung. Die englische Labour-Party stimmt nicht mit allen Forderungen überein, die die englische Kampagne für Abrüstung erhoben hat, wobei zu bemerken ist, daß die Forderungen der CND viel weitergehend sind als die der deutschen Ostermärsche. Die aussenpolitischen Forderungen der Labour-Party stimmen jedoch weitgehend überein mit der Zielsetzung der CND. Zum offiziellen Programm der Labour-Party gehören folgende Punkte: 1. die Beendigung der Herstellung britischer Atomwaffen; 2. die Ablehnung der multilateralen Atommacht und 3. die Einsetzung für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa...

In Großbritannien sind wir sehr beunruhigt über die Absichten der Bundesrepublik, doch eine Atommacht zu werden, was auch sehr deutlich in dem Wunsch nach einer multilateralen Atommacht zum Ausdruck kommt. Wenn die Bundesrepublik Deutschland Gelegenheit hat, sich an einer multilateralen Atommacht zu beteiligen, dann hat sie bereits mit Erfolg drei Viertel des Weges zurückgelegt, eine eigene Atommacht zu werden. Das würde jede Hoffnung auf eine erfolgreiche Abrüstung in Ost und West beenden ...

... Ich liebe das deutsche Volk, aber ich traue den deutschen Generälen nicht. Soll ich ihnen mehr trauen, wenn sie über Atomwaffen verfügen? Nein, ich traue ihnen noch nicht einmal, wenn sie Wasserspritzpistolen haben. Ich bin berechtigt, dies zu sagen, denn ich traue den englischen Generälen genau so wenig ..."

Auszüge aus der Rede von Günter Schwarz

"... Wenn sich in diesen Tagen wiederum tausende von Menschen versammeln, um für den Frieden zu demonstrieren, ist dies ein Zeichen des Bekennens. Es ist aber insbesondere eine Ablehnung der atomaren Bewaffnung.

Wir gehören nicht zu den gleichgültigen Bürgern, mit dem Niveau des Bundesverdummungsblattes der Bildzeitung, sondern wir haben eine eigene Meinung und das bedeutet in unserer Gesellschaft in der Bundesrepublik schon sehr viel, das ist nach Ansicht mancher schon revolutionär.

Die atomare Gefahr, also die Bedrohung der ganzen Menschheit, hat uns aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten zusammengeführt,

Institut für Zeitgeschichte Archiv

o' Wissenschaftler, Theologen, ob Angestellte oder Arbeiter, ob Ärzte oder Beamte, alle haben das gleiche Ansinnen: weg mit der atomaren Gefahr, weg mit der Atombombe ...

... Es wird so viel das Wort vom "maßhalten" gepredigt, wenn es um die Rüstung geht, kennt man in Bonn kein maßhalten. Für die unsinnige Rüstung werden im Jahr über 20 Milliarden DM ausgegeben. Wenn die Generäle und Herr Hassel rufen, dann fehlt kein Geld; da kommt es auf Panzer, Raketen, veraltete Düsenjäger und Kanonen nicht darauf an. Wenn wir aber, und das ist das Vordringlichste, ausreichende Straßen, Untergrundbahnen, Wohnungsbau und die Säuberung der Luft verlangen, dann ist kein Geld da. Wenn diejenigen, die im letzten Krieg an Leib und Seele gelitten haben, an diesen Staat ihre Ansprüche stellen, also die Kriegsopfer, dann müssen sie auf die Straße gehen, um für ihre berechtigten Forderungen zu demonstrieren...

... Wir lehnen alle militärischen Waffen ab, jedoch mit einer Waffe sollten wir kämpfen, dies ist die geistige. Wenn überall in der Welt die Menschen gegen die atomare Gefahr demonstrieren, dann kann sich ein geistiger Prozess vollziehen, der uns in die Zukunft zuversichtlicher blicken läßt...

... Hat man denn einmal versucht, Humanität und Völkerversöhnung zu lehren. Hat man denn vergessen, daß alles nur Menschen sind, ob Engländer, Franzosen, Russen, Amerikaner oder Deutsche. Es sind Menschen, die in einer friedlichen Welt ohne Haß und Krieg leben wollen. Deshalb muß weiterhin die weltpolitische Lage entspannt werden, das heißt, Verzicht auf multilaterale Atommacht, Kürzung der Rüstungsetats, Verhandlungen über atomwaffenfreie Zonen, Schaffung einer Abrüstungsbehörde und Verzicht auf gegenseitige Diffamierung. Wir müssen einfach das sagen, und dazu den nötigen Mut haben und schon heute fordern, was in wenigen Jahren allgemeiner Inhalt der Weltpolitik sein sollte ..."

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-243

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß

Presseerklärung zum Abschluß der Ostermärsche 1964

Am Ostermontag sind in allen Teilen der Bundesrepublik die Ostermärsche, die von der Kampagne für Abrüstung veranstaltet worden, zu Ende gegangen. Trotz teilweise strömenden Regens und Schneesturmes übertraf die Beteiligung die des vorigen Jahres beträchtlich. An den Märschen, Kundgebungen und Veranstaltungen beteiligten sich während der drei Ostertage etwa 65 000 Menschen, zusammen mit den Vorveranstaltungen zur Vorbereitung der Märsche etwa 100 000.

Die Kampagne, die sich mit gleicher Entschiedenheit gegen Atomwaffen und Wettrüsten in Ost und West ausspricht, fordert durch ihre Demonstrationen als weitere Schritte die Aufnahme von Verhandlungen über die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, den Verzicht der Bundesregierung auf Beitritt zu der multilateralen Atommacht und die Schaffung einer Abrüstungsbehörde nach amerikanischem Vorbild. Diese drei Forderungen sollen u.a. auch nach Ostern durch eine Petition, zu der auf den Abschlußkundgebungen aufgerufen wurde, dem Bundestag unterbreitet werden.

Aus der Bundesrepublik schlossen sich den Märschen besondere Gruppen der Gewerkschaftsjugend, der Naturfreundejugend, der Sozialistischen Jugend "Die Falken", der Bündischen Jugend, der Quäker, der Kriegsdienstverweigererverbände und evangelische und katholische Jugendgruppen an. Es beteiligten sich ferner Delegationen und Gruppen aus 17 ausländischen Staaten, darunter waren Franzosen, Belgier, Engländer und Skandinavier besonders stark vertreten.

Auf den annähernd 100 Veranstaltungen und Kundgebungen sprachen als prominente deutsche Vertreter Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Erich Kuby, Prof. Dr. Vogel aus Berlin, Heinz Seeger, früherer Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Holz, Jens Naspini von der Bundesschule der IG Metall, Prof. D. Helmut Gollwitzer und viele andere Geistliche, Gewerkschaftsfunktionäre und Professoren. Außerdem sprachen Vertreter des Zentralen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung, wie der Hamburger Lehrer Hans-Konrad Tempel, der Bundesvorsitzende der Naturfreundejugend Herbert Faller, der Bundesvorsitzende des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer Herbert Stubenrauch, Theologin Dr. Hannelies Schulte, Dr. Arno Klönne, Heiner Halberstadt und Dr. Andreas Buro, Geschäftsführer des Zentralen Ausschusses. Prominente ausländische Redner waren u.a. der Vizepräsident des Dänischen Reichstages, Rasmussen, der britische Abgeordnete, Frank Allaun, der holländische Abgeordnete Brüggemann, Rolf Deboussé, Betriebsrat der Renault-Werke, Prof. Routchevsky, Präsident der Französischen Friedensgesellschaft und Abbé Carretto aus Belgien. Der polnische Professor für internationales Recht, Ryczka, der in Mannheim den polnischen Plan zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa erläutern sollte, erhielt von der Bundesregierung keine Einreiseerlaubnis.

- 2 -

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Der Aufruf zum Ostermarsch 1964 hatten zahlreiche prominente Persönlichkeiten unterzeichnet, unter ihnen Hans Magnus Enzensberger, Prof. Ernst Bloch, Wolfgang Neuss, Dr. Erich Kästner, Rolf Hochhuth, Dr. Erich Müller-Gangloff, über 1100 Geistliche aller Konfessionen, 450 Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, 700 Professoren und Pädagogen, 50 Stadtverordnete, 400 Schriftsteller und Künstler und annähernd 300 Juristen und Rechtsanwälte. Auch Nobelpreisträger Prof. Dr. Max Born und der SPD-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Fritz Baade erklärten neben dem britischen Philosophen Bertrand Russell ihre Übereinstimmung mit den Forderungen der Kampagne.

In der Schlußerklärung werden die Bürger der Bundesrepublik aufgerufen, die Kampagne für Abrüstung verstärkt fortzuführen, um die Bundesregierung zu veranlassen, auch ihren Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Welt zu leisten.

München, den 30. März 1964 - Büro

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-244

pressedienst
nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

29.3.64
31.3.64

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner", Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

DER HESSISCHE OSTERMARSCH AM 2. TAG

Von Mörfelden nach Offenbach demonstrierten die Teilnehmer am hessischen Ostermarsch der Atomwaffengegner am heutigen Ostersamstag.

Vor Marschbeginn fand in Volkshaus in Mörfelden ein ev. Gottesdienst statt, den der Gemeindepfarrer Oeser hielt, und an dem sich neben den Marschteilnehmern auch Mitglieder der Pfarrgemeinde von Pfarrer Oeser beteiligten.

Der ständig anhaltende Regen konnte nur wenige - vorwiegend ältere - Marschteilnehmer abhalten, so daß die Marschgruppe mit knapp 800 Teilnehmern ihre insgesamt 28 km lange Strecke zurücklegte.

Begrüßung in Sprendlingen und Neu Isenburg

In Sprendlingen wurde der Ostermarsch von der SPD Stadtverordneten Frau Irmgard Läue und dem Gemeindepfarrer Max Weber im Namen aller Atomwaffengegner begrüßt. Gemeinsam mit 50 Sprendlinger Bürgern schlossen sie sich dem Ostermarsch an.

In Neu Isenburg richtete der Vorsitzende des DGB Ortskartells Erhard Wischalke im Namen der im Kartell organisierte Teilnehmer Grußworte an den Ostermarsch.

Ausländer beim hessischen Ostermarsch

Am Ostersamstag beteiligten sich bereits Delegationen aus England, Frankreich und eine Dame aus den Vereinigten Staaten. am hessischen Marsch von Wiesbaden zum Frankfurter Römer. Heute sind weitere ausländische Gäste dazu gekommen, und zwar Delegationen der Dänischen und Belgischen Anti-Atom-Bewegung.

Magistrat der Stadt Offenbach grüßt den Ostermarsch

Zur Kundgebung in der Rudolf-Koch-Schule fanden sich über tausend Menschen ein. Im Auftrag des Oberbürgermeisters überbrachte Stadtrat Walter Buckpesch dessen Grüße an den Ostermarsch. Stadtrat Buckpesch sagte u.a.:
"Der Oberbürgermeister der Stadt Offenbach hat mich gebeten, da er heute verhindert ist, Sie im Namen des Magistrats zu begrüßen. Politische Demonstrationen sind in einem demokratischen Staat nicht wegzudenkene Mittel der Meinungsäußerung.

herausgeber: „ostermarsch der atomwaffengegner", hessischer ausschuß, 606 offenbach (main), waldstraße 99
ruf: 883764, postscheckkonto: ffm. 57648

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Sie sind ein Recht des Bürgers und in bestimmten Situationen sogar sine Pflicht. Wenn Sie morgen Offenbach verlassen, dann denken Sie daran, daß Sie in einer Stadt waren, in der die Menschenrechte, die Rechte des freien Bürgers in einem freien Lande höher veranschlagt werden als parteitaktische Überlegungen. ..."

Der Marschleiter Klaus Vack konnte unter den Anwesenden auch den Bürgermeister Karl Appelmann begrüßen, der in diesem Jahr den Aufruf für den Ostermarsch 1964 unterzeichnet hat.

Als Redner traten auf: der Direktor im pädagogischen Institut Frankfurt, Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn; der Gewerkschaftssekretär Sepp Sigulla und der Leiter des Frankfurter Kabaretts "Die Schmiere", Rudolf Rolfs. (Auszüge aus den Reden sind diesem Pressedienst beigefügt.)

Übernachtung im Naturfreundehaus

Die Ostermarschierer übernachten heute wieder in Notquartieren im Natrufreundehaus auf der Rosenhöhe. Sehr viele der älteren Marschteilnehmer, die aus der weiteren Umgebung Frankfurts zum Ostermarsch gekommen sind, werden von den einheimischen Anhängern in Privatquartieren mitgenommen.

Am Ostermontag wird der Marsch vom Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe durch die Stadt Offenbach über die Landesgrenze nach Oberrad über die Obermainbrücke zum Ostpark, wo die Mittagsrast stattfindet, fortgesetzt und anschließend vom Ostpark zum Frankfurter Römer demonstriert.

Schlußkundgebung des hessischen Ostermarsches

Die Schlußkundgebung des hessischen Marsches findet am Ostermontag, 15.oo Uhr auf dem Frankfurter Römerberg stat . Es werden sprechen: der britische Labour-Abgeordnete Frank Allaun, der Schriftsteller und Publizist Erich Kuby, der Gewerkschaftssekretär Günter Schwarz und Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller.

Ostermarschsendung im Hessischen Rundfunk

Der Hessische Rundfunk brachte am Ostersonntag um 15.oo Uhr im 1. Programm eine 3o Minuten-Sendung über den hessischen Ostermarsch. Es wurden verschiedene Unterstützer und Teilnehmer am Ostermarsch interviewt, sowie Gegner der Kampagne für Abrüstung. Aus dem Kommentar der Sendung kam hervor, daß sie anregen wollte zu einer sachlichen Auseinandersetzung über die Kampagne für Abrüstung und die Ostermärsche der Atomwaffengegner.

6o5o Offenbach, den 29. März 1964 - Vack

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-245

Auszüge aus den Reden am Ostersonntag in Offenbach

Auszüge aus der Rede von Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn

"... Der Ostermarsch muß sich als ein Teil einer in der ganzen Welt sichtbar werdenden Kraft erkennen, die auf eine vernünftige und friedliche Regelung der menschlichen Beziehungen hindrängt. Da Deutschland eine Nahtstelle der Weltpolitik bildet, kommt ihm gerade hier eine besondere Bedeutung zu. Der Welt deutlich zu machen, daß es eine große Anzahl von Menschen gibt, die für einen deutschen Entspannungsbeitrag eintreten, hat auch in sofern eine sehr große Bedeutung, als auf diese Weise erkennbar wird, daß es neben dem offiziellen auch noch ein gewichtiges anderes Deutschland gibt, das im Gegensatz zur offiziellen deutscher Politik steht ...

... Im Ostermarsch marschieren Menschen der verschiedenartigsten Herkunft und Weltanschauung nebeneinander. Daß der Freidenker neben dem evangelischen Pfarrer, der Gewerkschafter neben dem Selbständigen marschiert, gilt nicht nur für eine Stunde. Sie gehören zueinander und werden gemeinsam eine bessere Welt aufbauen ..."

Auszüge aus der Rede von Senp Sigulla

" ... Der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - kommt gerade in diesem Jahr eine besondere Bedeutung zu. Vor einigen Monaten wurde ein Abkommen abgeschlossen, das aller Welt deutlich gemacht hat, daß unsere Forderungen nach Entspannung, nach Abrüstung und nach Beseitigung atomarer Gefahren realisierbar sind. Gemeint ist das Atomteststop-Abkommen. Hier wurde der Beweis erbracht, daß eine Politik des Friedens, wenn man sie ernstlich verfolgt, zu entsprechenden internationalen Verträgen - auch mit der Sowjetunion - führt. Beschämend war nur das Verhalten der Bundesregierung, die erst sehr spät und widerwillig, diesem bedeutsamen Vertrag beitrat. Nach der unseligen Vergangenheit - vor 50 Jahren ging von Deutschland der erste Weltkrieg und vor 25 Jahren der zweite Weltkrieg aus - hätte gerade die Bundesregierung, die Regierung eines neuen, eines demokratischen Deutschlands, als eine der ersten sich dem Vertragswerk anschließen müssen, um so dem Friedenswillen des deutschen Volkes Rechnung zu tragen...

... Der DGB wird am 1. September dieses Jahres in allen Landeshauptstädten zu großen Antikriegskundgebungen aufrufen. Dieser Beschluß geht auf eine Initiative der Frankfurter Gewerkschaftsjugend zurück, und darauf sind wir in Frankfurt stolz. Auch die 5. DGB-Landesjugendkonferenz Hessen hat eine Entschließung in unserem Sinne gefasst, in der es heißt: '... Eine dieser demokratischen Kundgebungsformen ist der Ostermarsch, Kampagne für Abrüstung. Die Delegierten sind der Auffassung, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln an dieser demokratischen Bewegung beteiligen müssen, um sich hiermit zu ihren eigenen Forderungen zu bekennen... "

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Auszüge aus der Rede von Klaus Vack

"... Es mag nach Eigenlob aussehen, aber ich möchte einige Worte der Anerkennung über die Teilnehmer an den diesjährigen Ostermärschen sagen. Überall im Bundesgebiet demonstrieren heute in 19 Märschen ca. 10 000 Menschen, die sich weder durch verleumderische Anschuldigungen oder durch Verfälschung unserer Demonstration gegen die Bombe, noch durch Regen, Schnee und Kälte davon abhalten lassen, ihrem nachhaltigen Protest gegen die Atomkriegsgefahren sichtbaren Ausdruck zu verleihen.

Heute brachte der Hessische Rundfunk eine 90-Minuten-Sendung über die Kampagne für Abrüstung. Dort haben sich vier Politiker geäußert und zwar Herr Barsig von der SPD, Herr Bereiter von der FDP, Herr Fey von der CDU und Herr Leuninger vom Deutschen Gewerkschaftsbund. Alle vier Sprecher erschöpften sich in allgemeinen, teils herablassenden, teils diffamierenden Bemerkungen, ohne daß nur ein einziger von ihnen zu dem sachlichen Anliegen der Kampagne für Abrüstung Stellung genommen hätte. Ich wage zu behaupten, daß der Grund für dieses ständige Warnen und Verleumden ganz einfach zu sehen ist in der Zähigkeit und Ausdauer, mit der wir unsere Forderungen vortragen, in der wachsenden Anziehungskraft und Popularisierung unserer Kampagne für Abrüstung, die sich mit sehr klaren und konkreten Forderungen paaren. Regen, Schnee und Kälte haben es in diesen Land des Wirtschaftswunders, der Selbstzufriedenheit und der politischen Resignation, die schon viele Menschen erfasst hat, nicht fertiggebracht, 10 000 Menschen von den Straßen der Bundesrepublik fernzuhalten und: insgesamt haben an den Märschen und Veranstaltungen der beiden letzten Tage 24 000 Menschen teilgenommen. Gerade die führenden Politiker der großen Organisationen, die in diesem Staat die Rolle der Opposition wahrzunehmen hätten, sollten aus unserer Abstimmung mit den Füssen und mit nicht geringen täglichen Kilometerzahlen bestimmte Konsequenzen ziehen und endlich ablassen von ihrer Absicht, die Kampagne für Abrüstung in eine bestimmte Ecke der Idealisten, Dummköpfe, Links- oder sonstwie Radikalen zu drängen.

Die Spitzen der SPD und des DGB sollten spätestens mit diesem Ostermarsch einsehen, daß sehr viele ihrer Mitglieder und Funktionäre und oft die aktivsten, befähigsten und ehrlichsten bei diesem Marsch dabei waren und die Kampagne für Abrüstung mit repräsentieren..."

Auszüge aus der Rede von Rudolf Rolfs

"... Wo ist denn nun endlich einmal der konkrete Friedensplan unserer Regierung, welcher der Welt glaubhaft beweist, daß es unserer Bundesregierung nicht um Restaurierung oder Revanche geht? Es ist an der Zeit, nein, es ist allerhöchste Zeit, daß wir endlich einmal in die Konkurrenz derer einsteigen, die sich um den Frieden bemühen. Mit dem unsagbaren Elend, das wir der Welt angetan haben, hätten wir doch die Selbstverständlichkeit auf uns geladen, darauf zu verzichten, jemals wieder Hemmschuh der Vernunft zu sein. Es ist an der Zeit zu beweisen, daß wir Deutschen mehr können, als Friedenskämpfer wie Ossietzky einzusperren und wie es heute tausendfach und zeitgemäßer getan wird, friedensbereite Sprecher zu diffamieren...

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-246

... Wenn ich mir es recht überlege, komme ich zu dem Schluß, daß es vielen bei uns sehr lieb so ist, wie es ist! Vielleicht glaubt man mit der steten Suggestion von Gefahr, die Wählerstimmen bequemer ins eigene Kästchen zu bekommen. Ich frage mich, ob es bei uns nicht viele Leute gibt, welche den abrupten Gegensatz suchen und schätzen. Und ich weiß, daß viele die Koexistenz fürchten...

... Die Tatsache, daß bisher 'nichts passiert' ist, ist kein Beweis dafür, daß nichts passieren wird. Wir geben uns nicht mit der Wahrscheinlichkeit zufrieden, daß es keine Katastrophe geben wird, wir haben als denkende Lebewesen das Recht darauf und die Pflicht, mit Sicherheit jede Katastrophe menschlichen Ursprungs auszuschalten.
Solange von Menschen Waffen produziert werden, die Menschen umbringen sollen, wird dem Mord Vorschub geleistet. Ich glaube keinem, wenn er hingebungsvoll die Monalisa betrachtet, erschüttert Beethoven-Musik lauscht, Goethe verehrt und andererseits bereit ist, auf irgendeinen Befehl unschuldige Menschen abzuknallen. Ich fordere endlich die Aufrüstung von Vernunft und Menschlichkeit..."

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-247

pressedienst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

28. 3. 64

31. 3. 64

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner", Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Eröffnungskundgebung des hessischen Ostermarsches in Wiesbaden

Vor rd. 1500 Demonstranten eröffnete heute vormittag der Leiter des hessischen Ostermarsches, Klaus Vack, die diesjährige dreitägige Osterdemonstration gegen Atomwaffen in Ost und West. Der hessische Marsch führte von Wiesbaden über Mainz, Rüsselsheim nach Mörfelden und wird am Ostersonntag nach Offenbach und am Ostermontag zum Frankfurter Römer fortgesetzt.

Klaus Vack verlas eine Grußadresse des Initiators und Sprechers der deutschen Ostermärsche, Hans-Konrad Tempel, in der es u.a. heißt:

"Als wir Ostern 1960 zum ersten Male gegen die Bombe marschierten, bestimmte noch das Klischee-Denken des Kalten Krieges die Wünsche der Menschen. Die Regierungen in Ost und West gaben sich keine Mühe, die Spannungen zu mindern und den Rüstungswettlauf zu stoppen. Heute stehen mit unserer Hilfe in aller Welt die Zeichen auf Entspannung und Abrüstung und nur die beiden deutschen Regierungen bleiben bei ihrer hilflosen und rückständigen Politik. Es kann für eine Kampagne für Abrüstung nicht ausreichen, diese Regierungen anzuklagen und Forderungen zu stellen. Daneben müssen wir vor allem unser Volk anregen zu neuem Denken, anregen zu neuen Plänen und Entwürfen für eine bessere Politik, anregen zu einem vernunftsgerichteten visionären Bewußtsein von den Möglichkeiten des Menschen, Frieden zu schaffen und Frieden zu halten.

Ausser Klaus Vack sprach der Theologieprofessor Dr. Hans Bartsch von der Johann-Wolfgang-von-Göethe-Universität in Frankfurt. (Auszüge der Reden sind diesem Pressedienst beigefügt.)

1 000 begannen in Wiesbaden

Nach der Eröffnungskundgebung setzte sich der Marsch mit ca. 1000 Teilnehmern in Bewegung. Trotz des unbeständigen und regnerischen Wetters war die Beteiligung stellenweise besser als im vergangenen Jahr, wie z.B. in Mainz, wo sich ca. 200 Bürger anschlossen.

- 2 -

herausgeber: „ostermarsch der atomwaffengegner", hessischer ausschuß, 605 offenbach (main), waldstraße 99
ruf: 88 37 64, postscheckkonto: ffm. 57 648

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

20 Märsche in der Bundesrepublik

Insgesamt finden in diesem Jahr 20 Märsche der Atomwaffengegner statt, die teilweise sternförmig zusammenlaufen und in folgenden Städten enden: Hamburg, Bremen, Hannover, Dortmund, Frankfurt, Mannheim, Stuttgart, Nürnberg und München.

Die stärkste Teilnehmerzahl stellte der Marsch in Nordrhein-Westfalen von Duisburg nach Dortmund, der heute mit 1500 Demonstranten begann.

Insgesamt waren am Ostersamstag ca 6 - 7000 Menschen unterwegs, mit den Teilnehmern an den verschiedenen Kundgebungen demonstrierten 11 000 Menschen.

Hans Helmut Kirst für den Ostermarsch

Entgegen seiner früheren Stellungnahme hat der Schriftsteller Hans Helmut Kirst dem Regionalausschuß Bayern der Kampagne für Abrüstung eine Spende überwiesen und dem Ausschuß seine guten Wünsche für die Arbeit der Kampagne für Abrüstung ausgesprochen.

Offenbach, 28. März 1964 - Vack

Auszüge aus den Reden am Ostersamstag

Auszüge aus der Rede von Klaus Vack in Wiesbaden

"... Wir gehen auf die Straße und benutzen die Form einer solch aussergewöhnlichen Demonstration, weil es gerade in unseren Lande hoch an der Zeit ist, gegenüber den Regierenden dem frischen Wind, der in der Weltpolitik weht, Nachdruck zu verleihen.
Das Moskauer Abkommen über die teilweise Einstellung der Kernwaffenversuche ist ein erster Erfolg der Friedensbemühungen weiter Bevölkerungskreise aus allen Teilen der Erde.
Unsere Kampagne für Abrüstung fordert weitere Fortschritte in der Abrüstungspolitik. Wir unterstützen den Friedensplan des UN-Generalsekretärs U Thant, der vorsieht, Beendigung der Atomwaffentests auch unter der Erde, Verbot der Verwendung von Nuklearwaffen auch im Kriege, Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen, Verträge über atomwaffenfreie Zonen.
Wir haben in diesem Jahr die Forderung nach einer atomwaffenfreien, militärisch verdünnten Entspannungszone in Mitteleuropa als Hauptlosung des Ostermarsches herausgestellt. Wir wissen uns in dieser Forderung einig mit den Politikern wie Eden, Rapacki, Wilson und dem belgischen Aussenminister Spaak.
Auch die sozialdemokratische Internationale, die Pugwasch-Konferenz und die Interparlamentarische Union haben die Forderung nach einem atomwaffenfreien Mitteleuropa erhoben ..."

"... Der Ostermarsch ist von Anfang an gegen die Bombe in Ost und West demonstriert. Wir haben nie einseitige Forderungen vorgetragen deren Verwirklichung der einen Seite militärische Vorteile gegenüber der anderen Seite gebracht hätte. Zur Zeit der Atombombenversuche war es unsere Bewegung, die als einzige mit gleicher Schärfe gegen die russischen, amerikanischen und fran-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-248

Skiffle-Groups und Jazz-Bands begleiteten den Marsch und spielten und sangen auf den Plätzen und Straßen der Städte und Gemeinden ihre Lieder gegen die Bombe.

Die Bevölkerung war aufgeschlossen und bereits an diesem Tag konnte man über 900.-- DM Spenden einsammeln.

Die Marschteilnehmer selbst zahlen eine Teilnehmergebühr von DM 20.-- und finanzieren somit ihren Ostermarsch aus eigener Tasche.

Die Demonstranten machen die Bevölkerung vornehmlich durch Transparente und Tragschilder auf ihr politisches Anliegen aufmerksam. So wurden Losungen mitgeführt wie: Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation; Statt Atomwaffen Brot für die Welt; Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie; Für atomwaffenfreie Zonen - gegen multilaterale Atommacht; Kürzt den Rüstungsetat in beiden Teilen Deutschlands; Nach dem Teststopp - Rüstungsstopp; Freundschaft mit Frankreich aber ohne die Bombe; Von Köln bis Warschau atomwaffenfrei; Völker in Ost und West stoppt die maßlose Rüstung; Unser Regierung; Mit der UNO für Abrüstung; Nicht Grundgesetz ändern, Politik ändern; Keine Atomwaffen - weder national noch multilateral.

Ausländer beim hessischen Ostermarsch

Beim diesjährigen hessischen Ostermarsch von Wiesbaden zum Frankfurter Römer demonstrieren ausländische Delegationen aus England und Frankreich mit. Eine Dame aus den Vereinigten Staaten, Frau Ruth Neuendorfer, nimmt im Auftrag der amerikanischen Atomwaffen-Gegner am hessischen Ostermarsch teil.

Weitere Kundgebungen

Weitere Kundgebungen wurden in Mainz und Rüsselsheim veranstaltet. In Mainz sprachen der Bundesjugendleiter der deutschen Naturfreundejugend, Herbert Faller, und der Mainzer Pfarrer, Horst Symanowski, vor 1500 Menschen.

An der Kundgebung in Rüsselsheim beteiligten sich ca. 1300 Menschen. Es sprach Heiner Halberstadt vom hessischen Ostermarsch-Ausschuß.
(Auszüge aus diesen fünf Reden sind dem Pressedienst beigefügt.)

Bürgermeister, Gewerkschafter und Pfarrer grüßen den Ostermarsch

In Mörfelden zeigte das Frankfurter Kabarett "Die Meininger" das Kabarett-Programm "Die Ost-West-Side-Story". Die politischen Szenen, die sich an Staatsmänner in allen Weltlagern richteten, fanden bei den Zuschauern großen Beifall.

Vor der Veranstaltung wurde der Ostermarsch von Bürgermeister Bachmann im Namen der Gemeindevertretung begrüßt. Weitere Grußworte an die Teilnehmer richteten der Gemeindepfarrer Oeser und ein Vertreter des örtlichen DGB-Ortskartells.

Die erste Nacht werden die Ostermarsch-Teilnehmer nach ihrem 27 km langen Marsch im Volkshaus Mörfelden auf Luftmatratzen verbringen. Morgen wird der Zug dann seine zweite Etappe von Mörfelden nach Offenbach zurücklegen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

zösischen Versuche protestierte.
Trotzdem und gerade deshalb, halten wir es für richtig und wichtig, mit besonderen Forderungen an die Bundesregierung heranzutreten, denn wir sind Bürger dieses Landes und mitverantwortlich für seine Politik. Dies ist besonders erforderlich, denn obwohl sich in der Weltpolitik die ersten Erfolge der Entspannungsbemühungen abzeichnen, ist die Bundesregierung offenbar nach wie vor bemüht, Verfügungsgewalt über Atomwaffen zu erhalten. Das Drängen nach einer vierten selbständigen Atommacht in Europa - multilaterale Atombewaffnung der Nato genannt - ist der Beweis dafür.
Leider treten inzwischen auch führende Sozialdemokraten für eine solche multilaterale Atommacht mit dem Argument ein, sie sei die Alternative zur nationalen Atommacht. Wir wenden uns gegen die multilaterale Atommacht, weil die einzige Alternative zur nationalen Atombewaffnung der Verzicht auf Atomwaffen ist und eine Politik der Sicherheit durch weitere internationale Abrüstungsvereinbarungen ..."

Auszüge aus der Rede von Prof. Dr. theol. Hans Bartsch in Wiesbaden

"... Oft werde ich gefragt, warum ich mich aktiv am Ostermarsch beteilige. Es erscheint vielen Menschen ungewöhnlich und anstößig, daß ein Theologe sich auf die Straße zu einer Demonstration stellt. Als Antwort kann ich immer wieder nur einen Grund nennen, der mir als so entscheidend erscheint, daß ich umgekehrt fragen möchte, wie ein Christ nicht gegen die Atomwaffen auftreten und darum demonstrieren kann. Ich möchte fragen, wie ein Christ tatenlos zusehen kann, was mit der Aufrüstung und Perfektionierung der nuklearen Waffen geschieht. Dies ist der entscheidende Punkt: die nuklearen sogenannten Waffen sind von ihrem Anfang an Ausdruck des Hasses, der Angst, des Mißtrauens der Verachtung des anderen, der Unmenschlichkeit. Ich könnte noch fortfahren im Aufzählen von Begriffen, die diese sogenannten Waffen charakterisieren, aber unter allen möglichen Worten würde sich kein einziges finden, das für einen Christen annehmbar ist. Darum erscheint es mir als eine notwendige Lebensäußerung christlichen Glaubens, sich mit aller Kraft, die mir zu Verfügung steht, dagegen zu wenden, daß diese Dinge bei uns auch nur geduldet werden..."

Auszüge aus der Rede von Herbert Faller in Mainz

"Wir sind wieder unterwegs, die Kampagne für Abrüstung, der Ostermarsch 1964. Die erste Wegstrecke liegt hinter uns, der erste Abschnitt des Marsches von Wiesbaden zum Frankfurter Römer. Zur gleichen Zeit haben andere Märsche begonnen. Sie sind aufgebrochen von Duisburg, Bielefeld, Karlsruhe, Saarbrücken, Kusel, Pegnitz, Braunschweig, Oldenburg und Lübeck. Weitere Märsche kommen morgen dazu.
Wir ziehen wieder durch die Bundesrepublik, die Idealisten, wie man uns nennt, die Moralisten, Flagellanten, Beatniks, die Unter- und Überwanderten, ich möchte einfach sagen, die Menschen mit gesunden Füssen und klarem Verstand.
Wir haben nämlich etwas erkannt. Wir haben erkannt, daß die alten Sprüche faul sind, daß sie nicht mehr stimmen. Es ist nicht wahr - der Krieg ist nicht die Fortsetzung der Politik - er ist das Ende, der Bankerott der Politik. Es ist nicht wahr - die Nationen müssen nicht rüsten, umden Frieden zu bewahren - die Rüstungspolitik stiehlt den Völkern das Brot und fordert Kriege heraus. Es ist nicht wahr - der Mann zeichnet sich nicht aus

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-249

durch den Glanz der Waffen - er soll gemessen werden an der Kraft seines Verstandes und an der Geschicklichkeit seiner Hände. Die neuen Wahrheiten konnten schon erkannt werden vor 40 Jahren, am 27. Februar 1945. Damals brannte diese Stadt Mainz 12 Stunden lang. Sie sind noch deutlicher geworden durch die Bomben auf Hiroshima und Nagasaki, die Versuche am Bikini-Atoll und bei Nowaja Semlja. Aber keine Wahrheit setzt sich von selbst durch. Die Wahrheit braucht Menschen, die sie verkünden, und der Friede kommt nicht wie der Regen über die Erde, der Frieden muß gemacht werden.
Deshalb stehen wir hier, demonstrieren wir und tragen unsere Plakate und unsere Transparente ..."

Auszüge aus der Rede von Pfarrer Horst Symanowski in Mainz

"... Für einen Pfarrer und für jeden Christen ist es besser, tot zu sein, als zu töten. Das war eine präzise Zusammenfassung dessen, was an Ostern in den Kirchen gepredigt wird. Pfarrer und Christen sind keine Sanitäter, die nach einer Katastrophe Wunden zu verbinden und betrübte Herzen zu heilen haben, sondern sie haben von Gott den Auftrag, Leid, das sich Menschen gegenseitig beibringen, zu verhindern.
Uns wird vorgehalten, daß der Frieden ein großes Risiko sei. Es sei überhaupt schon ein Risiko, mit Menschen zu marschieren, die man nicht kenne und es seien doch auch Kommunisten dabei. Wir können all denen nur sagen, wer fürchtet, daß der Ostermarsch kommunistisch unterwandert wird, der soll schleunigst, spätestens im nächsten Jahr, teilnehmen. Wir gehen das Risiko der Vernunft ein, der Krieg ist das Risiko der Unvernunft. Jetzt müssen wir den Frieden riskieren, den Frieden vorbereiten, ihn organisieren und an ihm arbeiten ..."

Auszüge aus der Rede von Heiner Halberstadt in Rüsselsheim

"... Die Politik der Stärke, die man besonders hierzulande als der Weisheit letzter Schluß empfiehlt und praktiziert, ist bereits gekennzeichnet von tödlicher Einfalt. Die, die sie machen, halten offenbar nichts von der Befähigung des Menschen zur Menschlichkeit. Nein - unsere Einsicht gebietet uns, alles zu tun, um den Wettlauf der Waffen zu beenden. Wir dürfen nicht in diesem Lande, in diesem Europa, in dieser Welt noch länger mit der Bombe leben. Unser Wegbegleiter soll die Vernunft sein und nichts als die Vernunft.
Es gibt in der Welt keine Streitfrage, die einen dritten Weltkrieg zu rechtfertigen vermöchte. Das gilt auch für das Verhältnis zwischen Ost und West. Es gibt keine Streitfrage, welcher Größenordnung auch immer, die nicht durch politische Mittel zu lösen wäre. Solche politischen Mittel sind: Verhandlungen, Kompromisse und friedlicher Wettbewerb in der ökonomischen, sozialen, kulturellen und demokratischen Entwicklung der Gesellschaftssysteme diesseits und jenseits der Demarkationslinie.
Durch Abrüstung, durch gleichzeitige, gleichartige und kontrollierte Abrüstung muß der Raum für die Anwendung solcher politischer Mittel freigemacht werden. Das ist auch der tiefere Sinngehalt des Planes zur Einrichtung einer atomwaffenfreien, rüstungsverdünnten Zone in Mitteleuropa, - von Köln bis Warschau.
Daß das Wirklichkeit werde, - dafür demonstrieren wir heute. Das wollen wir, die wir unseren Anspruch auf ein lebenswertes Leben jetzt und in der Zukunft anmelden und mit großen Lettern, besonders der Regierung, aber auch dem Parlament in Bonn ins Stammbuch schreiben. Ich glaube, es besteht gerade dort mehr Veranlassung dazu, als sonst irgendwo in der Welt ..."

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718 - 23 - 250

Ostern 1964

In diesen Tagen finden in der gesamten Bundesrepublik Deutschland Ostermärsche der Atomwaffengegner statt. Viele tausend Menschen tragen ihren Protest gegen den Atomwahnsinn auf die Straße und legen bei ihren Märschen weite Strecken zurück.
Sie demonstrieren gegen Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in Ost und West.
Sie fordern eine Politik ohne Bombe.
Sie bekennen: Unser NEIN zur Bombe ist ein JA zur Demokratie.
Auch in anderen Ländern finden in diesem Jahr wieder Demonstrationen gegen die Bombe statt, so in Belgien, Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Holland, Irland, Norwegen, Schweden, Schweiz und USA.
Hunderttausende demonstrieren an Ostern für den Frieden, auch für Ihre Zukunft und für das Leben Ihrer Kinder. Stehen Sie nicht länger abseits.
Treten Sie mit uns in Verbindung.

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
605 Offenbach (Main) Postfach 648

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-251

30. 3. 64
Ballon-Karte

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Vom
Ostermarsch
1964
senden
die
Teilnehmer
dem
Finder
dieser
Karte
herzliche
Friedensgrüße

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-252 30. 3. 64

Ostermarsch 64

Kampagne für Abrüstung

Aufruf zum Ostermarsch 1964

Die Einstellung der Atomwaffentests ist vereinbart und weitere Entspannungsabkommen bahnen sich an. Ein erster Schritt zur umfassenden und kontrollierten Abrüstung ist getan! — Diese Abkommen sind das Zeichen der Einsicht jener Politiker, die einen Anfang gemacht haben, sie sind ebensosehr ein Erfolg jener Millionen von Menschen in vielen Ländern, die seit Jahren gegen die atomare Rüstungspolitik auftreten. Der Friedensplan des Generalsekretärs der UNO zeigt den Weg, auf dem weitere Fortschritte der Abrüstungspolitik möglich sind. — Dieser Plan sieht vor:

- Beendigung der Atomwaffentests auch unter der Erde,
- Verbot der Verwendung von Nuklearwaffen im Kriege,
- Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen,
- Verträge über atomwaffenfreie Zonen.

Die Fesselung des gesellschaftlichen Lebens durch überholtes Militärdenken und die Vergeudung von Produktivkräften durch eine sinn- und maßlose Rüstungspolitik muß in aller Welt ihr Ende finden, wenn eine friedliche und gesicherte Existenz aller Völker der Erde morgen noch möglich sein soll.

Mitteleuropa ist nach wie vor konfliktgeladen. Ein Krieg in diesem Gebiet wäre das Ende der mitteleuropäischen Völker. Deshalb stellen wir den Ostermarsch 64 unter das Motto:

- Mitteleuropa — atomwaffenfrei,
- Mitteleuropa — militärisch verdünnte Entspannungszone,
- Mitteleuropa — Brücke zwischen Ost und West.

Noch immer reichen die Anstrengungen im Westen und im Osten unseres Vaterlandes nicht aus, um eine wirkliche Entspannung zu erreichen.

Deutschland darf nicht Störenfried sein. Es kann seinen Beitrag zu einer Strategie des Friedens leisten. An die Stelle steigender Rüstungsanstrengungen und der Militarisierung des öffentlichen Lebens in beiden Teilen Deutschlands muß eine aktive Politik der Sicherheit durch Abrüstung treten.

In der Bundesrepublik fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Mit dieser Forderung stimmen wir überein. Wir schlagen vor:

- Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen,
- Zustimmung und Beitritt der Bundesrepublik zu allen Vereinbarungen, die zum Verzicht auf Gewalt führen,
- Initiative der Bundesrepublik zu Verhandlungen über ein atomwaffenfreies, militärisch verdünntes Sicherheitssystem in Mitteleuropa.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

So verläuft der hessische Ostermarsch

Start 28. März 1964 in Wiesbaden

Kundgebung auf dem Marktplatz, 9 Uhr

I

Wiesbaden-Biebrich

I

Mainz

Kundgebung auf dem Gutenbergplatz

I

Kostheim

I

Gustavsburg

I

Rüsselsheim

Kundgebung auf dem Marktplatz

I

Mörfelden

Abendveranstaltung mit Kabarett „Die Maininger"
Übernachtung im Volkshaus

I

29. März 1964

8 Uhr Gottesdienst, 9 Uhr Abmarsch

I

Langen

I

Spendlingen

I

Neu-Isenburg

I

Offenbach am Main

Kundgebung in der Rudolf-Koch-Schule, 20 Uhr

30. März 1964, 9.30 Uhr, Abmarsch Offenbach

I

Frankfurt am Main

I

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-253

Marschverlauf in Frankfurt am Main:

Stadtgrenze – Offenbacher Landstraße – Wendelsplatz
Darmstädter Landstraße – Dreieichstraße – Obermainbrücke
Oskar-v.-Miller-Straße – Obermainstraße – Ostendstraße
Friedberger Anlage – Berger Straße

Ostpark – Mittagsrast – Abmarsch 14 Uhr

Saalburgallee – Am Buchwald – Bornheimer Landwehr
Arnsburger Straße – Sandweg – Zeil – Hauptwache
Liebfrauenstraße – Neue Kräme

RÖMERBERG

Frankfurter Bürger!

Begrüßen Sie die Marschteilnehmer in den Straßen unserer Stadt!

Reihen Sie sich mit ein – Nehmen Sie teil an der

ABSCHLUSS-KUNDGEBUNG

Ostermontag, 30. März 1964 – 15.30 Uhr,

auf dem Römerberg

Es sprechen u. a.:

D. MARTIN NIEMÖLLER (Weltkirchenratspräsident)

FRANK ALLAUN (Labour-Abgeordneter)

Es gehören dem Kuratorium „Ostermarsch der Atomwaffengegner an:

Frank Allaun, Stefan Andres, Hedwig Born, Dr. Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, Canon Collins, Herbert Faller, Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Dr. Werner G. Haverbeck, Prof. Dr. Gustav Heckmann, Prof. Katharina Petersen, Prof. Bertrand Russell, Prof. Dr. L. Ruzicka, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Prof. Dr. Johannes Ude, Prof. Dr. Heinrich Vogel, Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel, Prof. Dr. Ernst Wolf, Heinz Hilpert, Dr. Robert Jungk, Dr. Erich Kästner, Dr. Arno Klönne, Heinz Kloppenburg DD, Christel Küppers, Dr. Armin Prinz zu Lippe, Prof. Wilhelm Maier, Dr. Bodo Manstein, D. Martin Niemöller DD

Pfarrer und Kirchenvertreter:

D. Martin Niemöller, H. Anres, F. Chun, R. O. Ehrhardt, R. Farr, E. Friedrich, A. Habermann, A. Kratz, Dr. W. Kratz, E. Künkel, E. Küppers, J. B. Meyer, H. Mochalski, H. A. Noll, R. Roessler, A. Semmelrock, W. Schwöbel, H. Strohmayer, E. Tiedtke, W. Weimar, H. Welke, H. J. Winkler, S. Biermann, Dr. C. Anders Skriver, O. Bott

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Diesen Aufruf unterzeichneten in Frankfurt/M. und nähere Umgebung:

Gewerkschafter, Vertrauensleute, Betriebsräte, Personalräte:

P. H. Bertram, W. Jordan, G. Köpke, J. Müller, S. Sigulla, G. Schwarz, P. Wenzke, Klapprot, W. Schmitt, A. Gumbrecht, L. Becker, E. Höche, H. Wenzel, R. Eifert, J. Lang, E. Kirchner, A. Dupp, M. Schulze, W. Ludwig, E. Noack, A. Draisbach, F. Kuhn, B. Amberg, W. Grammig, H. Bohlinger, A. Heyn, A. Wege, G. Winter, E. Gremmler, F. Klingenstein, W. Eschmann, W. Siefarth, H. Krämer, W. Christian, J. Moser, H. Wenigmann, A. Demuth, F. Kohlmann, W. Kalbhenn, H. Frierich, E. Greiss, F. Spohr, E. Hebel, H. Mütz, R. Martin, K. A. Denfeld, F. Hofmann, H. Scholze, H. Noll, K. Siebert, M. Müller, G. Becker, H. Jäger, M. Keller, H. Zeibig, W. Menzel, R. Petermann, H. Löffler, F. Böhm, F. Schmitz, P. Krüger, F. Schuster, V. Hensel, A. Clauss, KH. Mörmel, H. Michel

Stadträte, Stadtverordnete:

Prof. Th. Gläß, K. Appelmann, W. Buckpesch

Professoren:

Prof. R. W. Kaplan, Prof. E. Issberner-Kaldane, Prof. Heydorn

Intendanten, Regisseure, Schauspieler:

E. W. Mitulski, R. Riebandt, R. Rolfs

Schriftsteller, Verleger, Publizisten, Journalisten, Dolmetscher:

O. Cierski, S. Einstein, L. Knorr, H. Leipnitz, H. A. Nikel, J. M. Rauch, R. Schuster, I. v. Jacobi

Jugendleiter:

H. Lessing, M. Liebel, H. Faller, K. Lischka, W. Malkomes, H. Sittner

Studienräte, Lehrer:

R. Borchers, I. Christian, W. Christian, H. Glossner, M. Hartig, B. Mausbach-Bromberger, M. Pabst, U. Pfützner, E. Zielinski, Dr. A. Welke, L. Fülbert, V. Luley, K. Kreß

Ärzte, Heilberufe, Apotheker:

H. W. Bopp, Dr. W. Folkert, Dr. Holzapfel, Dr. H. Mansbach, Dr. G. Schwander, H. Weber, H. Loy

Juristen, Rechtsanwälte, Kaufleute, Architekten, Ingenieure:

Dr. P. Haag, H. Kaspers, E. Kratzel, F. Gerlach, I. Hahn, E. v. Güldenstube, R. Krämer

Weitere Persönlichkeiten unserer Stadt:

Heli Knoll, Trägerin des Bundesverdienstkreuzes, Anne Kolb, H. Stubenvoll, Dr. H. Harnisch, Dr. H. R. Purschke, K. H. Cluin, B. Moritz, M. Vester, P. Schuck, A. Schuy, H. Witzel, H. v. Dammann, H. Gertenbach, H. Heller, W. Helmer, H. Lutz, H. Müller, G. Sauer, H. Schuster, K. H. Till, M. A. Tripp, H. Zimmermann, Dr. E. Falkenberg, M. R. Flink, C. Credel, P. Riek, R. Ringwald, H. Trapp, I. Heydorn, E. Steinschneider, J. Till, T. Schepeler, K. W. Dill, E. Grün, E. Henrich, F. Sommer, A. Sommer, E. Sontag, H. Schäfer, K. Schierbaum, K. E. Schlauch, I. Schmidt, V. Veidt-Redel, E. Waih, M. Langer

---

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch der Atomwaffengegner - Hessischer Ausschuß

605 Offenbach (M) 4, Postfach 648, Postscheckkonto Ffm. 576 48

Verantwortlich: Rudolf Farr, Frankfurt am Main

Arndt, Mörfelden

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-254 30.3.64 Om Römerberg

Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner

An den
Petitionsausschuß
des Deutschen Bundestages
53 Bonn

Als erster Schritt zu einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung in Ost und West muß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden werden. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.**

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.**

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- **Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.**

	Name	Vorname	Leitzahl	Ort	Straße	Unterschrift
1.						
2.						
3.						
4.						
5.						
6.						
7.						

Diese Petition darf jeder Bürger der Bundesrepublik nur einmal unterzeichnen. Die abgeschlossenen Listen bitte direkt an die Geschäftsführung der Kampagne, Dr. A. Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5, bis zum 30. 7. 1964 senden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-255

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648

28. 3. 64 (Om)

Meinungsumfrage beim Ostermarsch 1964 *)

1. Angaben zur Person des Befragten

1.1. Geschlecht

1.2. Alter

1.3. Familienstand

1.4. Konfession

1.5. Besuchen Sie den Gottesdienst
Kennen Sie Ihren Pfarrer

Ganz unabhängig von Ihrer Teilnahme am kirchlichen Leben:

Können Sie sagen, daß Sie religiöse Bindungen besitzen

1.6. Welche Schulen haben Sie besucht

1.7. Wohnort

1.8. Sind Sie Mitglied einer Partei
Welcher

aktiv etwas aktiv passiv

1.9. Gibt es eine politische Partei, mit der Sie sympathisieren
mit welcher

warum

1.10. Sind Sie Mitglied einer Jugendorganisation in einem Club oder Verein

welcher

Beteiligen Sie sich an deren Veranstaltungen

Haben Sie dort eine Funktion

1.11. Waren Sie früher Mitglied einer Jugendorganisation

bei welcher

leitend aktiv passiv

1.12. Beruf

*) mit Berichtigg. gem. Prot. 29. 3. 64 4)

Verantwortlich: Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
(Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648)
Postscheckkonto: Ffm. 57 648, Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach am Main, Konto Nr. 748 294

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-256

2. Haltung zur Kampagne für Abrüstung

2.1. Zugang zum Ostermarsch

2.11 Wann haben Sie zum erstenmal vom OM etwas gehört

2.12 Sind Sie durch Plakate, Flugblätter o.ä. auf den OM aufmerksam geworden

Durch Bekannte, Pfarrer ....

Durch den Marsch selbst

2.13 Waren Sie sofort bereit, am Marsch teilzunehmen

2.2. Beurteilung der Aktionen

2.21 Gefällt Ihnen die äußere Form des OM (Schilder, Transparente)

2.22 Sind Sie der Meinung, der Marsch müßte

a) ernster , ruhiger, disziplinierter sein

b) noch bunter und abwechslungsreicher gestaltet werden

c) so bleiben wie er ist

2.23 Sollte die Propaganda des OM volkstümlicher (weniger intellektuell)

oder anspruchsvoller und geistvoller in Stil und Argumentation sein

An welche Bevölkerungsschicht sollte sich der OM besonders wenden

2.24 Würden Sie auch am OM teilnehmen, wenn er weniger gut organisiert wäre, wenn sie z.B. für Schlafplatz, Verpflegung usw. selbst sorgen müßten

2.25 a) Würden Sie sich an einem OM zur Grenze der DDR beteiligen

b) Würden Sie sich (wenn es erlaubt würde) an einem OM in der DDR beteiligen

2.26 Sollte der OM mehr politische Bildungsarbeit (Seminare, Tagungen usw.) betreiben

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-257

2.3. Motive für die Teilnahme

2.31 Was gefällt Ihnen beim OM besonders gut

2.32 Welche der bisher gehörten Redner haben Sie am meisten begeistert

2.33 Zum wievielten Male nehmen Sie am Marsch teil

2.34 Sind Sie der Meinung, daß es in der Bundesrepublik noch andere Bewegungen oder Organisationen gibt, welche Forderungen ähnlich denen des OM wirkungsvoll vertreten

2.35 Würden Sie sich in den kommenden Jahren weiter am OM beteiligen, auch wenn sich die politische Situation nicht verändert

2.36 Nehmen wir an, die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa würde politische Wirklichkeit werden: Halten Sie dann die Fortsetzung der Ostermärsche gerechtfertigt

2.37 Würden Sie es bedauert haben, wenn Sie kurz vor Ostern krank geworden wären

Warum

2.38 Haben Sie beim OM neue, für Sie wertvolle Bekanntschaften geschlossen

2.39 Meinen Sie, daß es besser sei, an Stelle des OM im kommenden Jahr andere Aktionen zu organisieren

2.310 Was müßte sich verändern, damit Sie sich nicht mehr am Marsch beteiligen

2.311 Was wäre Ihnen persönlicher angenehmer: Beteiligung am OM oder ein schöner Osterausflug.

Warum nehmen Sie trotzdem teil

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-258

2.4. Beurteilung der Chancen des OM

2.41 Glauben Sie, daß die Forderung des OM durch die Aktionen der Verwirklichung näher kommen

2.42 Halten Sie es für mögdich, daß der OM Einfluß auf die Entscheidungen von Parlament und Regierung bekommen wird

2.43 Was würden Sie tun, wenn die Forderungen des OM von einer der großen Parteien übernommen würde

2.44 Sehen Sie im OM
a) eine Fortsetzung der politischen Arbeit der klassischen Arbeiterbewegung

b) etwas ganz neues

c) eine Fortsetzg. pazifistischer Tradition

2.45 Sollte die Kampagne für Abrüstung ihre Tätigkeit erweitern z.B. besondere Aktivitäten gegen die Notstandsgesetzgebung entwickeln

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-259

3. Quellen der Meinungsbildung

3.1. Lesen Sie eine Tageszeitung
wie oft in der Woche - in der Regel

6 mal pro Woche

2 - 5 mal pro Woche

1 mal pro Woche oder seltener

keine

Für alle, die Tageszeitungen lesen:

3.11 Welche Tageszeitung lesen Sie gewöhnlich
Welche noch

3.12 Lesen Sie auch die politischen Kommentare

immer
meistens
selten
nie

3.2. Lesen Sie manchmal politische Wochen-oder Monatszeitschriften

welche
Wie oft lesen Sie diese Zeitschriften

regelmäßig
ab und zu
selten

3.3. Lesen Sie ab und zu politische Bücher

oft manchmal selten nie

Welche politischen Bücher haben Sie in letzter Zeit gelesen

3.4. Hören Sie manhhmal politische Kommentare im Radio

wie oft gewöhnlich in der Woche
fünftmal oder mehr 1-4 mal nie

Schauen Sie sich politische Sendungen im Fernsehen an

ziemlich regelmäßig wenn es mich besonders interessiert
selten nie

3.5. Besuchen Sie manchmal Versammlungen, Vorträge o.a. Zusammenkünfte, auf den auch über politische oder wirtschaftliche Fragen gesprochen wird

häufig ab und zu selten nie

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-260

3.51 Um welche Art von Versammlungen handelt es sich dabei

3.52 Haben Sie dort schon in die Diskussion eingegriffen

4. Teilnahme am politischen Leben

4.1. Unterhalten Sie sich manchmal mit anderen über politische Fragen

wo	mit wem
am Arbeitsplatz	
häufig	
ab und zu	
selten	
nie	

4.2. Werden Sie manchmal von anderen über Ihre Meinung zu politischen Problemen gefragt

4.3. Angenommen, Sie würden über irgendeine politische Frage gerne genauer Bescheid wissen, an wen würden Sie sich dann wenden

An wen noch

4.4. Betätigen Sie sich bei irgendwelchen Organisationen politisch

4.5. Machen Sie regelmäßig von Ihrem Wahlrecht Gebrauch

ja nein noch nicht wahlberechtigt

4.51 Wenn nein, warum nicht

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-261

5. Grundfragen der politischen Orientierung

5.1. Meinungsfreiheit und Toleranz

5.11 Halten Sie es für richtig, wenn in der Bundesrepublik jeder einzelne und jede Organisation völlige Meinungsfreiheit haben

Oder halten Sie es für richtiger, wenn in einzelnen Fällen die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird

uneingeschränkte Meinungsfreiheit
in einzelnen Fällen eingeschränkt
kommt darauf an
keine Meinung

5.12 Wann sollte sie doch eingeschränkt werden

5.13 Wie sollte man sich gegenüber Leuten verhalten, welche offensichtlich gegen die Demokratie arbeiten

sollteman sie wählen lassen
sollten sie öffentliche Reden halten dürfen
dürfen sie sich zu Vereinigungen zusammenschließen
dürfen sie nach Ihrer Meinung Beamte sein
sollte es solchen Leuten erlaubt sein, sich als Lehrer zu betätigen

5.14 Sind Sie dafür, unsittliche Literatur und Schriften zu verbieten

warum

5.15 Halten Sie das Verbot offensichtlich nationalsozialistischer Parteien für gerechtfertigt

warum

5.16 Halten Sie das Verbot der KPD für gerechtfertigt

5.17 Sind Sie für eine Wiederzulassung der KPD

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-262

5.2. Haltung zur parlamentarischen Demokratie

5.21 Sind Sie der Meinung, daß die Parlamentarier wirkliche Volksvertreter sind

evtl. Ihre Meinung hierzu

Welchen Parlamentarier halten Sie für einen wirklichen Volksvertreter

5.22 Halten Sie es für richtig, daß Interessenverbände das Parlament beeinflussen

5.23 Welche Personengruppe oder Organisation hat nach Ihrer Meinung den größten Einfluß auf die Arbeit von Parlamenten und Regierungen

Kirche
Gewerkschaften
Vertriebenenverbände
Unternehmerverbände
Ostermarsch
Großindustrie
Intellektuelle

5.3. Stellung zum Kommunismus

5.31 Was hat nach Ihrer Meinung der Westen den kommunistischen Ideen entgegenzusetzen

5.32 Welche guten Seiten hat nach Ihrer Auffassung der Kommunismus

5.33 Was sind nach Ihrer Meinung die schlechten Seiten am Kommunismus

5.34 Was müßte sich in der DDR ändern, damit Sie gerne dort leben würden

5.35 Was sind nach Ihrer Meinung die Hauptziele des Kommunismus

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-263

6. Zur Fragen . - Krieg und Frieden

6.1. Möglichkeiten eines Kriegsausbruchs

6.11 Was halten Sie für wahrscheinlicher: daß es eines Tages doch einen großen Krieg geben wird zwischen Ost und West oder daß ein solcher Krieg vermieden wird

6.12 Glauben Sie, daß ein solcher Krieg mit Atomwaffen ausgetragen wird

6.13 Durch welchen Staat oder welche Staaten sehen Sie den Frieden am meisten gefährdet

evtl. Begründung

6.14 Wassind nach Ihrer Meinung die Ursachen des Ost-West-Konflikts

6.15 Welche aktuellen Konflikte könnten einen kommenden Krieg auslösen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-264

7. Abrüstungsbemühungen

7.1. Wo sind nach Ihrer Meinung die Schwierigkeiten für Abrüstung größer

a) in dem USA oder in der UdSSR

b) in der Bundesrepublik oder in der DDR

7.2. Was sind nach Ihrer Meinung die Gründe für eine Entspannungsbereitschaft der UdSSR

a) sie wollen den Westen einschläfern und täuschen

b) innere wirtschaftliche Schwierigkeiten

c) ehrlicher Friedenswille

d) der ideologische Konflikt mit China

e) Machtkämpfe im Kreml

7.3. Sind Sie der Meinung, daß ein Rüstungsstopp und die Einstellung der Rüstungsproduktion einen wirtschaftlichen Aufschwung oder eine Krise zur Folge hätte

a) in den USA b) in der UdSSR

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-265

8. Haltung zur Bundeswehr und Volksarmee

8.1. Glauben Sie, daß zur Sicherheit der BRD eine Wehrmacht notwendig ist

8.11 analoge Frage der DDR

8.2. Wenn Sie zur Bundeswehr einberufen werden, was würden Sie tun

a) hingehen
b) auswandern
c) den Versuch machen zurückgestellt zu werden
d) den Wehrdienst verweigern

8.3. Was würden Sie in der gleichen Situation in der DDR tun

8.31 würden Sie den Wehrdienst auch dann verweigern, wenn damit eine Gefängnisstrafe verbunden wäre

8.4. Wenn hierzulande die politischen Verhältnisse sich so verändern würden, daß Sie eine Gefährdung Ihrer persönlichen Sicherheit befürchten müßten (neuer Faschismus) was würden Sie tun

a) bleiben
b) emigrieren
c) illegale politische Arbeit leisten
d) mitmachen

8.5. In welches Land würden Sie am liebsten emigrieren

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718 - 23 - 266

28. 3. 64 ÖM

Ostermarsch der Atomwaffengegner Hessischer Ausschuß
6050 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Waldstraße 99

Teilnehmerkarte

für den Ostermarsch 1964

Name _____

Vorname _____ Alter _____

Adresse _____

Ostermarsch der Atomwaffengegner Hessischer Ausschuß
6050 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Waldstraße 99

Teilnehmerkarte

für den Ostermarsch 1964

Name _____

Vorname _____ Alter _____

Adresse _____

OM-Essenbon gut für 1 Mittagessen, 30. März 1964

OM-Essenbon gut für 1 Frühstück, 30. März 1964
und für 1 Abendessen, 29. März 1964

OM-Essenbon gut für 1 Frühstück, 29. März 1964
und für 1 Abendessen, 28. März 1964

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-267

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Protokoll der Besprechung der Marschleitung am 27. März 1964

28.3.64

Anwesend: Vack, Winkler, Amann, Halberstadt, Arlt

Gäste: Straß, Weber

1) Verantwortlich für den Organisationsbus sind Helga Weber und Heinz Bott. Sie geben die Teilnehmerausweise aus und kassieren, so weit notwendig, Teilnehmergebühren.

Folgendes Material wird während des OM verkauft: Kugelschreiber, Abzeichen und Postkarten je DM 1.--, Autokleber und Taschentücher je DM -.50, Plakette 64 je DM 2.--. Die Verkäufer erhalten das Material von Helga Weber und rechnen mit ihr ab.

Im Organisationsbus sind die Luftballons und Fähnchen.

Im Organisationsbus sind die 'stop'-Flugblätter, die während des Marsches verteilt werden.

Ebenfalls die Petitionslisten, für deren Verteilung durch 20 Verteiler Arlt verantwortlich ist.

Im Organisationsbus werden weiterhin mitgeführt: Ordnerbinden, Fahnen und Klappmöbel.

2) Für den Essenstransport ist Fritz Straß verantwortlich. Ihm steht der Pkw von Norbert Winkler zur Verfügung.

Fritz Amann wird beauftragt, mit der Städt. Küche zu verhandeln, damit möglicherweise das Mittagessen für Samstag und Sonntag auf 700 Portionen, das Mittagessen für Montag auf 1.200 Portionen erhöht wird. Falls das Abendessen und Frühstück, das mit 500 Portionen bestellt ist, nicht ausreicht, wird an die Marschteilnehmer, die nach Hause fahren, appelliert, auf dieses Essen zu verzichten.

Für die Essenausgabe ist Arlt verantwortlich.

3) Für die Busverbindungen ist Fritz Amann verantwortlich. Am Samstag fahren 2 Busse von Offenbach über Frankfurt nach Wiesbaden (verantwortlich Arlt), 4 Busse von Frankfurt (verantwortlich Halberstadt), 1 Bus fährt von Darmstadt über Mörfelden und Rüsselsheim nach Wiesbaden, 2 Busse fahren von Mörfelden über Rüsselsheim nach Wiesbaden (verantwortlich Amann).

Das Busunternehmen Beckmann fährt mit einem Bus ständig hinter dem Marsch her.

Zum Transport von Rüsselsheim nach Mörfelden am Sonntagabend werden 3 Busse eingesetzt, die gegebenenfalls mehrmals fahren müssen.

Nach der Abendveranstaltung in Mörfelden fährt Beckmann mit einem Bus mit Anhänger nach Frankfurt.

Am Sonntagmorgen fahren von Frankfurt (Gewerkschaftshaus) und Offenbach (Wilhelmsplatz) je ein Bus nach Mörfelden. Alle Pkw-Besitzer, die nach Hause fahren, werden aufgefordert, am Sonntagmorgen nach Offenbach - Wilhelmsplatz - zu fahren, weil sie dann nach der Kundgebung in der Rudolf-Koch-Schule wieder in der Nähe ihrer Wagen sind.

Falls es notwendig ist, werden die Busse am Sonntagmorgen von Offenbach und Frankfurt nach Mörfelden zweimal fahren.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Von der Rudolf-Koch-Schule zur Roschöhe fährt ein Städtischer Bus im Pendelverkehr.

4) Verantwortlich für den Transport- und Getränkebus ist Eberhard van Klev. Er übernimmt die Trageschilder, die Transparente sowie die Pappbecher für Essen und Getränke. Außerdem übernimmt er Getränke zum Verkauf bei den Rasten.

5) Verantwortlich für Presse, Rundfunk, Fernsehen, Wochenschau und als Kontaktmann zu Euro und zum JW-Dienst sind Halberstadt und Vack. Es wird während des Marsches täglich ein Pressedienst erscheinen, der an die wichtigsten Zeitungen per Eilboten geht. Die übrigen Zeitungen und Empfänger des Pressedienstes erhalten ihn am Montagabend in allen drei Exemplaren zugeschickt. Halberstadt und Vack werden beauftragt, einen Reporter der Hamburger Wochenzeitung 'Die Zeit' mit möglichst vielen Organisatoren und pominenten Persönlichkeiten der Kampagne für Abrüstung beim Ostermarsch bekannt zu machen, damit sich dieser Reporter einen Überblick über die Breite der OM-Bewegung machen kann.

6) Mit der Polizei sind alle Fragen abgeklärt. Der Lautsprecherwagen darf in verschiedenen Städten und Gemeinden nur für organisatorische Durchsagen benutzt werden. Den Lautsprecherwagen fährt Fritz Amann.

Bei der Polizei in Wiesbaden soll durch ein persönliches Gespräch versucht werden, die Auflage aufheben zu lassen, die vorschreibt, daß die Marschkolonne in verschiedene kleine Gruppen aufgeteilt werden muß.

Verantwortlicher Marschleiter gegenüber der Polizei ist Norbert Winkler, Stellvertreter ist Fritz Amann.

Norbert Winkler wird beauftragt, in Wiesbaden über den Lautsprecher die Marschteilnehmer über die Auflagen der Polizei und die notwendigen verkehrstechnischen Verhaltensregeln zu informieren.

7) Verantwortlich für die Übernachtung ist Fritz Amann. Er wird beide Nächte in Volkshaus Mörfelden bzw. im Naturfreundehaus Rosenhöhe schlafen.

8) Die Anreise und Teilnahme der Redner ist geklärt. Halberstadt wird sich lediglich noch mit Sepp Sigulla in Verbindung setzen. Da in Mörfelden Herbert Faller ausfällt, wird evtl. Halberstadt sprechen.

Fritz Amann wird beauftragt, am Ostermontag bereits gegen 14 Uhr auf dem Römerberg zu sein, um dort von Zeit zu Zeit interessante Durchsagen zu machen. Eine Skiffle-Group soll ebenfalls von diesem Zeitpunkt an auf dem Römerberg sein und singen.

Bei den Kundgebungen in Wiesbaden, Mainz und Rüsselsheim werden die Redner vom Lkw Nonnenmacher sprechen. Um Lautsprecher und Rednerpulte bemühen sich Straß und Winkler.

Für die Kundgebung in der Rudolf-Koch-Schule (Bestuhlung, Lautsprecher usw) ist Straß verantwortlich.

Für die Beflaggung des Römerbergs in Frankfurt ist Straß verantwortlich.

Die Marschleitung beschließt, daß nichts gegen den Verkauf der Lieferhefte 'Lieder gegen die Bombe' einzuwenden ist. Außerdem bestehen keine Bedenken gegen die Verteilung des der Marschleitung

Institut für Zeitgeschichte München

ED 718-23-268

vorliegenden Programms des 'Club Voltaire'. Jedes Mitglied der Marschleitung hat die Verteilung oder den Verkauf von anderem Material sowie das Zeigen von nicht genehmigten Transparenten zu unterbinden.

9) Die Abschlußerklärung wird von dem Kundgebungsleiter auf dem Römerberg (Halberstadt) in einer leicht geänderten Form vorlesen, wie mit dem Regionalausschuß West und Dr. Buro besprochen.

Offenbach, 27. März 1964
Für die Protokollführung:
Klaus Vack

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-269

Lastschriftzettel Bl.075

Konto Frankfurt (Main)

Nr.

2137 35

40 Deutsche Mark — Pf

für OM

in Offenbach

für Schäfer
Klaus + Irene
Teilnehmergeb.

(Für Vermerke des Auftraggebers, z. B. Kto Nr. u. PSchA)

FRANKFURT (MAIN) 26.3.64 1 PSCHA

28. 3. 64

Bitte bei Einsendung an das Postscheckamt jeder Lastschriftzettel hier einzeln nach hinten anschlagen!

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Auftraggeber

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-270

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 25.3.1964
Waldstr. 99, Postfach 648

26. 3. 64

An die Örtlichen Ausschüsse und den Hessischen Ausschuß

Liebe Freunde,

gestern waren wir zu einer gemeinsamen Sitzung von Hessischem Ausschuß und den Örtlichen Ausschüssen zusammen, wo noch einmal die aktuellen Dinge besprochen wurden und geplant wurde für die Wochen und Monate nach Ostern.

Es waren folgende Örtliche Ausschüsse vertreten: Langen, Frankfurt, Darmstadt, Mainz, Gelnhausen, Friedberg, Mörfelden, Hanau, Offenbach, Marburg und Rüsselsheim.

Zusammenfassend wäre über die Sitzung folgendes zu berichten:

1. Dem Frankfurter Ausschuß wurde untersagt, einen Informationsstand auf der Hauptwache zu errichten. Da bei früheren Gelegenheiten von anderen Stellen solche Informationsstände aufgestellt worden durften, wurde der Frankfurter Ausschuß beauftragt, mit den zuständigen Frankfurter Behörden über diese Frage nach Ostern zu korrespondieren, damit möglichst für die Zukunft ein günstiges Ergebnis erzielt werden kann. Es soll darauf verzichtet werden, in der Presse wegen dieser Angelegenheit gegen die Stadt Frankfurt zu polemisieren, da man glaubt, durch eine sachliche und von der öffentlichen Diskussion ferngehaltene Auseinandersetzung mehr zu erreichen.

2. Der Örtliche Ausschuß Mörfelden hatte ein Flugblatt hergestellt, dessen politischer Inhalt mit dem Hessischen Ausschuß nicht abgesprochen war. Es wurde hierüber in der Sitzung diskutiert und noch einmal einmütig festgestellt, daß örtliche Flugblätter, soweit sie politische Texte enthalten, nur gedruckt werden dürfen, wenn eine Zustimmung des Hessischen Ausschusses vorliegt. Auch eine Verkürzung bereits vorliegender politischer Texte (wie z.B. der OM-Aufruf) kann nur gemeinsam mit dem Hessischen Ausschuß vorgenommen werden.

3. Der Örtliche Ausschiß Gießen wird gebeten, zukünftig seine Veranstaltungen wieder unter dem Namen 'Kampagne für Abrüstung' durchzuführen.

4. Die Örtlichen Ausschüsse werden gebeten, Pressemeldungen, die in den örtlichen Zeitungen erscheinen, zu sammeln und dem Hessischen Ausschuß zur Verfügung zu stellen.

5. Nach Ostern wird noch einmal eine Ausgabe unseres Flugblattes 'stop' erscheinen und zwar Anfang der dritten Woche nach Ostern. Mit dieser Ausgabe von 'stop' werden besonders der Ostermarsch 64 ausgewertet und Hinweise und Informationen gegeben über die zukünftigen Aktivitäten der Kampagne für Abrüstung. Wir müssen heute schon die Auflagenhöhe vorplanen und bitten deshalb die Örtlichen Ausschüsse, ihren Bedarf bis spätestens 5. April 1964 an die Geschäftsstelle zu melden. Diese 4-seitige Ausgabe wird den Örtl. Ausschüssen wieder für DM 30,-- je 1.000 Stück berechnet.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Die Anmeldungen für den Ostermarsch 64 sind befriedigend. Wir haben jetzt ca. 700 Anmeldungen vorliegen, rd. 150 mehr als zum gleichen Zeitpunkt des vorigen Jahres. Nun bleibt nur noch zu wünschen, daß sich das Wetter günstig entwickelt und daß in den letzten 2 Tagen noch viele Menschen den Entschluß fassen, an unserem Ostermarsch 64 teilzunehmen.

Bis zu unserem Treffen am Ostersamstag in Wiesbaden, herzliche Grüße,

Ihr Klaus Vack
(Klaus Vack)

An die
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4
Postfach 648

Bestellzettel

Der Örtliche Ausschuß _____ bestellt für die Aktionen nach Ostern zur schnellstmöglichen Lieferung folgendes Material:

_____ Exemplare 'stop' - DM 30.-- je 1.000 Stück DM_____

_____ Exemplare Petitionslisten DM 15.-- je 1.000 Stück DM_____

Das Material ist zu liefern an folgende Anschrift:

_____
Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 25.3.1964
Waldstr. 99, Postfach 648

26. 3. 64

ED 718-23-271

Betr.: Petition der Kampagne für Abrüstung

Liebe Freunde,

in den vergangenen Jahren ist nach dem Ostermarsch immer eine erschöpfende Ruhe eingetreten, durch die viel von dem Schwung und der Begeisterung während der Ostardemonstrationen verloren gegangen ist.

Für dieses Jahr hat der Hessische Ausschuß durch seinen Plan, nach Ostern noch eine Ausgabe von 'stop' zu verteilen, schon einiges dazu beigetragen, daß der zu erwartende Erfolg des Ostermarsches 64 in breite Bevölkerungskreise hineingetragen wird.

Wir müssen jedoch einen Schritt weiter tun. Deshalb hat der Zentrale Ausschuß beschlossen, eine Petition an den Deutschen Bundestag zu starten. Jeder, der diese Petition unterzeichnet, richtet an den Deutschen Bundestag folgende Forderungen:

1. auf eine Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten;
2. Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern;
3. die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.

Es wurden bereits Petitionslisten hergestellt, von denen die ersten bei der großen Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg verteilt werden. Jede Petitionsliste hat Raum für 25 Unterschriften.

Diese Petition kann nur dann eine erfolgreiche politische Demonstration sein, wenn wir Unterschriften in einer Zahl erhalten, die weit über der Teilnehmerzahl an den Ostermärschen und deren Kundgebungen liegt. (Im vergangenen Jahr haben ca. 80.000 Menschen an den Kundgebungen und Ostermärschen teilgenommen.)

Sicher gibt es in der Bundesrepublik einige Millionen Menschen, die bereit sind, sich zu unserer Petition zu bekennen. Die Schwierigkeit wird darin liegen, daß wir diese Menschen nicht alle erreichen können. Es wird große Anstrengungen erfordern, daß wir einen Teil dieser uns Gleichgesinnten ansprechen und zur Unterschriftenleistung überzeugen können.

Die Örtlichen Ausschüsse müssen sich schon heute sehr ausführlich Gedanken darüber machen, wie sie sofort nach Ostern ihre ganzen Kräfte für ein erfolgreiches Gelingen der Petition einsetzen können. Petitionslisten können beim Hess. Ausschuß bestellt werden und zwar zum Preis von DM 15.-- für 1.000 Stück.

Wir hoffen, daß Sie sich durch diese neue Initiative unserer Kampagne für Abrüstung nicht überfordert fühlen, sondern daß Sie im Gegenteil angespornt werden zu weiterer Aktivität und besonders zu einer sinnvollen Ausnutzung der zu erwartenden Erfolge des Ostermarsches 1964.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-272

pressedienst
nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

(~25.3.64)

26. 3. 64

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner", Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

PRESSEMITTEILUNGEN DES ZENTRALEN AUSSCHUSSES

WIR GEBEN IM FOLGENDEN EINIGE PRESSEMITTEILUNGEN, DIE DER ZENTRALE AUSSCHUSS DER KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER IN DEN VERGANGENEN TAGEN PUBLIZIERT HAT. WIR GLAUBEN, DASS DIESE MELDUNGEN ZUR INFORMATION FÜR DIE REGIONALEN UND ÖRTLICHEN ZEITUNGEN VON INTERESSE SIND- Vack.

Unterstützung des Ostermarsches breiter denn je

Die Zustimmung zu den Forderungen der Kampagne für Abrüstung, die von Karsamstag bis Ostermontag in der Bundesrepublik 20 Ostermärsche der Atomwaffengegner durchführt, ist außerordentlich stark angewachsen. Unter den mehr als 8.000 Unterzeichnern des Aufrufs zum Ostermarsch sind 1.150 Geistliche verschiedener Konfession, mehr als 500 Gewerkschaftsfunkrionäre, Betriebsratsvorsitzende und Betriebsräte und mehr als 500 Studienräte und Lehrer.

Unter den Unterzeichnern des Ostermarschaufrufes 1964 befinden sich z.B.: Hans Magnus Enzensberger; Prof. Ernst Bloch; Wolfgang Neuss; Prof. Helmut Gollwitzer; Kirchenpräsident Martin Niemöller; Dr. Erich Kästner; Robert Jungk; Rolf Hochhuth; Ilse Aichinger; Carl Amery; Prof. Wolfgang Abendroth; Dr. Gerhard Szcesny; Otto Pankok; Dr. Erich Müller-Gangloff, Leiter der evangl. Akademie in Berlin; der Dominikanerpater Franziskus Strathmann; Pfarrer Horst Symanowski; Günter Eich; Max von der Grün; Erich Kuby; der 'Pardon'-Verleger Hans A. Nikel;der Kabarettist Rolf Ulrich; der Gewerkschafter Olaf Radke.

Prof. Dr. Max Born und der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Fritz Baade erklärten ihre Übereinstimmung mit den Forderungen des Ostermarsches. Der britische Philosoph Bertrand Russell rief zur Beteiligung am Ostermarsch in der Bundesrepublik auf, die Kampagne für Abrüstung habe gerade in Deutschland eine entscheidende Verantwortung

Kampagne sprach 30.000 Bürger an

In den Wochen vor dem Ostermarsch hat die Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik mehr als 280 Veranstaltungen durchgeführt, bei denen Argumente für einen deutschen Beitrag zur Abrüstung vorgetragen wurden. An diesen Veranstaltungen haben sich ca. 30.000 Bürger der Bundesrepublik beteiligt.

- 2 -

herausgeber: „ostermarsch der atomwaffengegner", hessischer ausschuß, 605 offenbach (main), waldstraße 99
ruf: 88 37 61, postscheckkonto: ffm. 57 6 48

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung - nicht einseitig

Zu dem Argument, die Kampagne für Abrüstung propagiere einseitige Abrüstung des Westens, stellen die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG, Organ der Kampagne in der Bundesrepublik, folgendes fest:
'Im Aufruf zum Ostermarsch findet sich keine Forderung, deren Realisierung eine einseitige Abrüstung des Westens bedeuten würde. Gefordert werden u.a.: Verzicht auf atomare Ausrüstung Deutschlands; atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa; weitere internationale Vereinbarungen zum Abbau der atomaren Rüstung. Die letzte Forderung ist ohne weiteres als 'zweiseitig' erkennbar. Die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa wird von Politikern in Ost und West gerade mit dem Argument verlangt, daß auf diese Weise praktische Schritte der Abrüstung in einem bestimmten Raum geschehen können, ohne daß im großen Gleichgewicht der Kräfte Verschiebungen zugunsten der einen oder anderen Seite eintreten. Die Forderung nach dem Verzicht auf deutsche Atombewaffnung schließlich richtet sich nicht wiederum gegen jenes 'Gleichgewicht', sondern richtet sich gegen eine Politik der Streuung von Atomwaffen, die katastrophale Extratouren möglich macht und Abrüstungsvereinbarungen der Großmächte aufs äußerste hinderlich ist.

Die konkreten Vorschläge für eine Abrüstungspolitik, die von der Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik kommen, verlangen nicht 'einseitige Abrüstung', sondern gehen von dem Konzept aus, daß Abrüstung auf dem Wege mehrseitiger Vereinbarungen erreicht werden kann.

Die Kampagne für Abrüstung sucht Wege für eine Politik der Abrüstung, die möglichst breit gangbar sind und die auch dem pessimistischen Teil der Bürgerschaft in diesem oder jenem Lager annehmbar erscheinen.'

Gegen multilaterale Atommacht

Die Kampagne für Abrüstung wendet sich beim Ostermarsch 1964 in Übereinstimmung mit führenden Politikern des Westens (so u.a. dem Labour-Führer Harold Wilson) gegen das Projekt der multilateralen Atommacht unter Einschluß der Bundesrepublik. In der Stellungnahme der Kampagne heißt es:

'Tatsächlich würde eine multilaterale Atommacht der NATO das Risiko eines nuklearen Konflikts aufs äußerste verschärfen und die in Gang gekommenen internationalen Abrüstungsgespräche empfindlich stören. Die multilaterale Atommacht würde der weltweiten Forderung widersprechen, jede Ausweitung nuklearer Bewaffnung zu verhindern. Die Alternative zur nationalen Atombewaffnung ist nicht die multilaterale Atommacht, sondern allein der Verzicht auf Atomwaffen und eine Politik der Sicherheit durch weitere internationale Abrüstungsvereinbarungen.'

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-273

pressedienst
nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

25. 3. 64
26. 3. 64

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner", Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

OSTERMARSCH 64 VON WIESBADEN ZUM FRANKFURTER RÖMER

19 MÄRSCHE GEGEN ATOMWAFFEN VERANSTALTET DIE 'KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG' AM DIESJÄHRIGEN OSTERFEST. DIE GROSSEN SCHLUSSKUNDGEBUNGEN FINDEN AM OSTERMONTAG STATT IN HAMBURG, BREMEN, HANNOVER, DORTMUND, FRANKFURT, MANNHEIM, STUTTGART, NÜRNBERG UND MÜNCHEN. IN HESSEN DEMONSTRIEREN DIE ATOMWAFFENGEGNER VOM OSTERSAMSTAG BIS ZUM OSTERMONTAG VON DER LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN ZUM FRANKFURTER RÖMERBERG ÜBER EINE STRECKE VON 82 KM. BEI DER SCHLUSSKUNDGEBUNG AUF DEM FRANKFURTER RÖMERBERG WERDEN U.A. KIRCHENPRÄSIDENT D MARTIN NIEMÖLLER UND DER BRITISCHE UNTERHAUSABGEORDNETE FRANK AILAUN SPRECHEN.

Der Hessische Marsch führt von der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Frankfurter Römer. In den vergangenen Jahren war man 1961 von Miltenberg, 1962 von Giessen und 1963 von Darmstadt jeweils nach Frankfurt gelaufen.

Der Ostermarsch der Atomwaffengegner steht in diesem Jahr unter dem Motto 'Mitteleuropa Brücke zwischen Ost und West'. Man unterstützt den Friedensplan des UN-Generalsekretärs, der weitere Möglichkeiten einer Abrüstungspolitik aufzeigt. Dieser Plan sieht vor: Beendigung der Atomwaffentests auch unter der Erde; Verbot der Nuklearwaffen im Kriege; Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen; Verträge über atomwaffenfreie Zonen.

Von der Bundesregierung wünschen die Atomwaffengegner, daß die Bundesrepublik Deutschland auf die Beteiligung einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen verzichtet. Es werden von der Bundesregierung Initiativen der Bundesrepublik zu Verhandlungen über ein atomwaffenfreies, militärisch verdünntes Sicherheitssystem in Mitteleuropa und die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung gefordert.

Auf ihren Trageschildern und Transparenten haben die Atomwaffengegner Forderungen geschrieben: Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie; Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation; Statt Atomwaffen Brot für die Welt; Mit der UNO für Abrüstung; Nicht Grundgesetz ändern, Politik ändern; Freundschaft mit Frankreich aber ohne die Bombe; Völker in Ost und West stoppt die Rüstung Eurer Regierung; Für atomwaffenfreie Zonen - gegen multilaterale Atommacht; Keine Atomwaffen auf deutschem Boden; Das Grundgesetz fordert: 'dem Frieden der Welt zu dienen'.

- 2 -

herausgeber: „ostermarsch der atomwaffengegner", hessischer ausschuß, 605 offenbach (main), waldstraße 99
ruf: 883764, postscheckkonto: ffm. 57648

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Eröffnet wird der hessische Ostermarsch mit einer Kundgebung am Ostersamstag um 9 Uhr auf dem Elsässerplatz in Wiesbaden. Dort werden Prof. Dr. theol. Hans Bartsch von der Frankfurter Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität sowie der Leiter des Hessischen Ostermarsches, Klaus Vack, sprechen. Vom Elsässerplatz nimmt die Demonstration über Biebrich das erste Stück ihrer Marschstrekke. Auf dem 'Brand', einem traditionsreichen Platz im Herzen der Stadt Mainz, findet eine Zwischenkundgebung statt. Dort sprechen der Bundesjugendleiter der deutschen Naturfreundejugend, Herbert Faller, sowie Horst Symanowski, der Vorsitzende des Mainzer Ostermarsch-Ausschusses.

Mittagsrast machen die Marschteilnehmer am Mainzer Rheinufer, wo sie ihre erste gemeinsame Mahlzeit einnehmen. Das Essen wird von einer Frankfurter Großküche geliefert.

Am Nachmittag verläuft die Demonstration über Kostheim, Gustavsburg, Bischofsheim, Rüsselsheim nach Mörfelden. Im Volkshaus Mörfelden werden die Marschteilnehmer und Gäste aus der Bevölkerung ein politisches Kabarett-Programm des Frankfurter Resistenz-Theaters 'Die Meininger' sehen. Übernachtet wird im Volkshaus mit Schlafsäcken und Luftmatratzen.

Da viele Christen an dem Ostermarsch teilnehmen - die Kampagne für Abrüstung wird von fast 1 000 evangelischen Pfarrern unterstützt - hält der Gemeindepfarrer Oeser am Ostersonntag einen Gottesdienst für die Marschteilnehmer. Anschließend führt der Demonstrationszug von Mörfelden, Langen, Sprendlingen, Neu Isenburg nach Offenbach. Die Mittagsrast wird beim Naturfreundehaus Neu Isenburg eingelegt, wo zu einer kurzen Kundgebung Sypathiegrüße durch prominente Bürger der Gemeinde übermittelt werden.

Die Lederstadt Offenbach ist Endstation des zweiten Marschtages. In der großen Aula der Rudolf-Koch-Schule werden bei einer Kundgebung Rudolf Rolfs, der Leiter des Frankfurter Kabaretts 'Die Schmiere', Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn und der Frankfurter Gewerkschaftssekretär, Sepp Sigulla, sprechen.

Die Marschteilnehmer übernachten im Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe, von wo der Marsch am Morgen des dritten Tages fortgesetzt wird. Viele Bürger aus Offenbach, Frankfurt und dem gesamten Rhein-Main-Gebiet werden sich der Demonstration am letzten Marschtag anschließen. Es geht durch die Offenbacher Innenstadt, über die Landesgrenze, durch Oberrad über die Main-Brücke zum Ostpark. Dort werden während der Mittagsrast tausende Luftballons mit Grußkarten für die Finder aufsteigen, die gebeten werden, die Forderungen der Atomwaffengegner zu unterstützen.

Nach der Mittagspause führt der Marsch wieter zum Römerberg, wo man gegen 15 Uhr ankommen wird.

Die Kundgebung auf dem Römerberg soll als eine große eindrucksvolle Veranstaltung den Ostermarsch 64 abschließen. Weltkirchenratspräsident D Martin Niemöller, der britische Unterhausabgeordnete, Frank Allaun, der Schriftsteller und Publizist Erich Kuby sowie der Frankfurter Gewerkschaftssekretär, Günter Schwarz, werden sprechen.

Natürlich werden die Ostermarschierer keine genüßlichen Ansprüche an das Osterfest stellen. Ihre Unterkunft erfolgt in Notquartieren, das Essen ist einfach, sicher wird es Blasen und Muskel-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-274

kater geben und ab und zu einige Regenschauer. Dazu zahlen alle Teilnehmer des Marsches eine Gebühr von DM 20.--, womit die Unkosten für Vorbereitung und Durchführung des Marsches gedeckt werden. Dennoch werden die Ostermärsche in Deutschland, wie in allen Ländern, das Bild von lebensbejahenden Menschen zeigen. Ein Slogan lautet: 'Die Bombe muß weg - wir wollen leben'. Skiffle-Groups, Jazzbands, Kabarett- und Kulturgruppen wirken mit. Die Ostermarschlieder, aus dem englischen übersetzt oder von Deutschen geschrieben, werden den Kampf gegen die Bombe genauso zum Ausdruck bringen wie die Transparente, Flugblätter und Reden.

P.S.: Wir weisen darauf hin, daß Sie der beigefügten Flugschrift 'stop' die Marschskizze zum kostenfreien Abdruck entnehmen können.

Alle Reporter, die am Marsch oder an Kundgebungen teilnehmen und ein persönliches Gespräch mit den Verantwortlichen für den Hessischen Ostermarsch 1964 wünschen, werden gebeten, sich an der Marschleiter, Klaus Vack, zu wenden.

Offenbach, 25. März 1964 - Vack

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-275

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648

25. 3. 64

Liebe Freunde,

den bundesdeutschen Zeitungen, hunderten von Journalisten, Funktionären in Gewerkschaften und SPD, voran aber den Verantwortlichen in den Ostermarsch-Ausschüssen auf oberster und unterster Ebene ging in den letzten Wochen eine Broschüre "Ostermarsch-Betrachtungen" eines Herrn Robert Jenke (?) zu, die als politischer Leitfaden für die Teilnehmer am Ostermarsch 1964 gedacht ist. Herr Jenke, der sich bemühen wollte, "den Mut zur Wahrheit nicht zu scheuen", ließ seine Schrift in einem sogenannten "Brückenbauer-Verlag, Köln-Riehl" erscheinen, der bisher in keinem Verlags- oder Adressenverzeichnis aufzufinden war. Herr Jenke hat auch darauf verzichtet, in seinen Ostermarsch-Betrachtungen die herstellende Druckerei anzugeben, schickt dafür aber unverlangt und ohne Absenderangabe seine Schrift an tausende und übertausende Adressaten.

Da die "Ostermarsch-Betrachtungen" versuchen, unter dem Deckmantel gehauchelter Wahrhaftigkeit, eine große Verleumdungskampagne gegen die Ostermarsch-Bewegung - Kampagne für Abrüstung - zu starten, sah sich der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters International e.V. (VK), als einer der Träger der Kampagne für Abrüstung veranlasst, eine Sonderausgabe seiner Verbandszeitschrift ZIVIL herauszugeben.

Der Arbeitsausschuß der hessischen Kampagne für Abrüstung hat beschlossen, die Sondernummer von ZIVIL allen hessischen Ostermarschanhängern zuzusenden, da wir glauben, da d i e s e "Ostermarsch-Betrachtungen" den eindeutigen Nachweis geben über die Unabhängigkeit der Kampagne gegenüber allen im kalten Krieg einseitig orientierten Kreisen. Die VK-Ostermarsch-Betrachtungen halten wir geeignet zu Auseinandersetzungen unserer Anhänger mit Jenkes Ostermarsch-Betrachtungen, über die sicher schon viele von uns angesprochen wurden.

Solange noch genügend Exemplare der Sondernummer von ZIVIL vorhanden sind, können diese zum Selbstkostenpreis von DM 3,-/10 Stück bei der Geschäftsstelle bestellt werden.

Wir wissen, daß unsere Anhänger den"Ostermarsch-Betrachtungen"des Herrn Jenke zum Trotz alles dafür tun werden, daß der diesjährige Ostermarsch die Stärke und Geschlossenheit unserer Bewegung demonstriert. In diesem Sinne fordern wir unsere Freunde noch einmal auf, am Ostermarsch von Wiesbaden zum Frankfurter Römer teilzunehmen, für ihn zu werben und vor allen Dingen zu einer großen und eindrucksvollen Schlußkundgebung auf dem Römer beizutragen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Klaus Vack

(Klaus Vack)

Verantwortlich: Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
(Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648)
Postscheckkonto: Ffm. 57 648, Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach am Main, Konto Nr. 748 294

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

3 Y 3924

ED 718-23-276

zivil

Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer, Sonderausgabe zur „Kampagne für Abrüstung", Ostermarsch 64, 9. Jahrgang, Nr. 3a, März 1964, Postverlagsort Offenbach/M., 3Y3924 E, DM 2,05

Unbeirrbar – Unabhängig

Die Kampagne für Abrüstung in der Diskussion

Die Kampagne für Abrüstung wird zu Ostern 1964 ihre größte Aktion, die Ostermärsche, zum fünften Male veranstalten. Seit dem 1. März 1960, hat die damals von einigen Wenigen ergriffene Initiative weite Kreise gezogen, die mittlerweile große Teile der Öffentlichkeit erfaßt haben. Mehr als 6000 Prominente Bürger der Bundesrepublik haben den Aufruf zum Marsch 1964 unterschrieben. Zehntausende von Menschen werden sich in diesem Jahr wieder an den Märschen und Kundgebungen in allen Regionen unseres Landes beteiligen.

Der Ruf nach konkreten Schritten zur Abrüstung ist in Gestalt der Kampagne unüberhörbar geworden. Das Verlangen der Bürger gerade unseres Landes nach sichtbaren Zeichen der Abrüstungsbereitschaft hat in ihr einen eindrucksvollen und überzeugenden Ausdruck gefunden. Das Vertrauen in die Integrität der Initiatoren und Organisatoren der Kampagne hat sich konsolidiert.

Nichts scheint daher natürlicher zu sein, als daß proportional zu dem Anwachsen der Kampagne als einer demokratischen außerparlamentarischen Form politischer Willensbildung auch die Unkenrufe derer anschwellen, die sich zu der politischen Einheitsfront der Rüstungsfreunde in unserem Lande bekennen. Zahllose Parteistellen, Presseorgane, Agentenbüros, Organisationen und Tarnorganisationen in der Bundesrepublik und der DDR, in denen die „gemeinsame Linie" aus Aufrüstung und Kaltem Krieg betrieben wird, sehen sich veranlaßt, Erklärungen und Kommentare zu der Kampagne abzugeben, die nur ein Ziel haben: den Ostermarsch ins Zwielicht zu rücken.

Wir vom Verband der Kriegsdienstverweigerer halten es deshalb für unsere Pflicht, wieder einmal, wie wir es in den Vorjahren schon unmißverständlich getan haben, die erhobenen Vorwürfe nüchtern zu analysieren und – aus unserer Sicht – die Position der Kampagne zwischen den Fronten des Kalten Krieges klar zu umreißen.

In der Tat, die Befürworter der Aufrüstungspolitik, der multilateralen Atommacht und der Fortsetzung des Kalten Krieges haben es nicht leicht. In einer Zeit, in der die UdSSR und die USA beginnen, mit einer Abrüstungspolitik des gegenseitigen guten Beispiels anzufangen, in der sie das Atomstoppabkommen unterzeichneten und in der sich sogar der amerikanische Außenminister Rusk positiv zu den Plänen einer Entspannungspolitik in Mitteleuropa – wie ap am 8. 3. meldete – äußerte, ist es nur noch mit großer Anstrengung und unter Vergewaltigung der Realitäten möglich, weiter gegen den „neuen Wind" (Außenminister Schröder), der in der Weltpolitik weht, anzublasen.

Die SPD und die Kampagne

Bestimmte Kreise der Sozialdemokratischen Partei – unter ihnen die Militärstrategen – haben es dabei besonders schwer. Nachdem einmal die Entscheidung gefällt war, gerade in dem Augenblick, als sich untrüglich herausstellte, daß die Militär- und Außenpolitik der Bundesregierung weitgehend gescheitert war, sich zu einer gemeinsamen außenpolitischen Linie zu bekennen und dem Konzept der Rüstungsgegnerschaft und Entspannungsförderung praktisch abzuschwören, konnte man nicht wiederum den alten Kurs auf die Fahnen schreiben, der sich zwischenzeitlich in der Weltpolitik und in den anderen sozialdemokratischen Bruderparteien Westeuropas (Wilsons Friedensplan) durchgesetzt hat. Mit schlecht verhülltem Neid muß nun dieser Teil der Führung der SPD beobachten, wie sich all diejenigen, denen es nach wie vor Ernst ist mit einer Unterstützung konkreter Abrüstungspolitik, mehr und mehr in der Kampagne für Abrüstung sammeln (siehe Stellungnahme des SPD-Präsidiums vom 7. 11. 63 und Antwortbrief der Kampagne für Abrüstung auf Seite 4 dieser Ausgabe).

So erscheint es nur allzu verständlich, daß manche Gruppen in der Bundesrepublik sich nach einem Alibi umschauen, hinter dem man seine fatale Lage verstecken und die Weigerung, eine Kampagne für Abrüstung zu unterstützen, die über allgemeine Friedensbeteuerungen hinausgeht, verschleiern kann. Dieses Alibi wird nun aufgebaut in dem Vorwurf, die Kampagne für Abrüstung entbehre des eindeutigen Beweises ihrer politischen Unabhängigkeit.

Robert Jenkes (?) „Ostermarsch-Betrachtungen"

Dieser Vorwurf hat seine bislang umfangreichste Gestalt angenommen in einer 56 Seiten starken Schrift, die unter dem Titel „Ostermarsch-Betrachtungen" von einem Robert Jenke (?) verfaßt worden ist, und für die als Herausgeber ein in keinem Verlagsverzeichnis auffindbarer sogenannter „Brückenhauer Verlag, Köln-Riehm", zeichnet.

Der Tenor dieses Machwerkes läßt sich etwa so zusammenfassen: An der Spitze des Ostermarsches stünden freilich noch immer integere aber dumme Idealisten, die von gerissenen Handlangern der Interessen der Kommunisten mißbraucht würden. Diese Sachlage ließe Zweifel an der Unabhängigkeit der Kampagne aufkommen, und diese Zweifel rechtfertigten die Notwendigkeit, sich nicht zu der Kampagne und ihren politischen Zielen zu bekennen. Als Beweis für dieses kühne Gedankengebäude wird ein aus Wahrheit, Halbwahrheit und Lüge geschickt zusammengemischter Kommentar dargeboten, in dem nicht etwa die politischen Verlautbarungen und Forderungen der Kampagne untersucht werden, sondern neben der Durchleuchtung der Vergangenheit von etwa einem Dutzend Mitarbeiter der Kampagne die „rote Flecken" ergibt, lauter Mutmaßungen und Spekulationen angestellt werden, die als Begründung der Abstinenz von der Kampagne dienen könnten. Zudem werden der Kampagne einige Personen angelastet, die weder in der Kampagne mitarbeiten, noch einen Einfluß auf sie ausüben. Bedauerlich ist, daß sich das SPD-Organ „Vorwärts" nicht gescheut hat, auf derartig schwachen Füßen stehende Behauptungen und Schlußfolgerungen zu übernehmen.

Bestellungen

Archiv der Kriegsdienstverweigerer-Archiv

Unabhängigkeit eindeutig gewahrt

Nun, wir haben nichts zu verbergen. Natürlich hat es in der Kampagne, wie in jeder politischen Bewegung, mehr oder weniger starke Richtungskämpfe gegeben. Natürlich wird die Arbeit der Kampagne auch durch eine Auseinandersetzung mit vorwiegend außerhalb stehenden Kräften belastet, die im Kalten Krieg einseitig orientiert sind. Es ist aber eine bewußte Ignorierung der Wirklichkeit, wenn dabei nicht gleichzeitig das Ergebnis dieser Auseinandersetzungen festgehalten wird, das darin besteht, daß es der Kampagne gelungen ist, eindeutig und ohne jeden Zweifel unabhängig zu bleiben und alle Versuche der Verfälschung ihrer politischen Linie abzuschütteln.

In unseren Augen muß es daher als unehrliches Spiel erscheinen, wenn man versucht, durch Äußerungen die rote oder rosarote Vergangenheit einiger weniger Mitarbeiter auf unterster Ebene der Kampagne Urteile über die politische Unabhängigkeit der Kampagne selbst ableiten zu wollen. Könnte man nicht ebenso leicht umgekehrt eine derartige Milchmädchenrechnung aufstellen, in dem man die Zahl der ehemaligen KP-Funktionäre nennt, die heute in der SPD arbeiten? Das zu tun, würde unfaires und unsachliches politisches Handeln bedeuten; deshalb ist uns von jeher selbstverständlich gewesen, solches Tun zu unterlassen.

Allen politisch Informierten ist bekannt, daß landauf, landab die Sendboten Ulbrichts reisen, um in der SPD, in den Gewerkschaften, in den Friedensorganisationen und – wie könnte es anders sein – auch im Ostermarsch ihr Glück mit ideologischen Ladenhütern zu versuchen, oder, harmloser, lediglich ihr vorgeschriebenes Soll an Agitation zu erfüllen. Die SPD hat oft genug diese Tatsache von seiten der CDU-CSU als angeblichen Beweis ihrer Unzuverlässigkeit angekreidet bekommen. Es muß daher besonders befremdlich wirken, wenn nun die einstigen Prügelknaben den gleichen Stock, mit dem sie geschlagen wurden, auf die Kampagne für Abrüstung niedersausen lassen.

Die alte Methode: Diffamierung

Darüber hinaus ist es nun tatsächlich ein Anachronismus, wenn nach wie vor bestimmte Gruppierungen im Dämmerlicht der politischen Arena sich bemühen, die Tradition des gescheiterten Komitees „Rettet die Freiheit" fortzusetzen. Sie wollen in der Grundtendenz ihrer Polemik und Argumentation scheinbar nicht davon Kenntnis nehmen, daß Koexistenz Verhandlungen und Entspannung nicht länger Forderungen sind, die einseitig dem Zweck der kommunistischen Machtausbreitung dienen, sondern Vernunftserkenntnisse, die aus der Notwendigkeit geboren sind, daß man, wenn man nicht miteinander sterben will, miteinander leben muß. Diese Erkenntnis hat sich schon fest in der Weltpolitik abgezeichnet; die USA und UdSSR beginnen mit ihr zu arbeiten.

Gegen die Bombe in Ost und West

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer, als ein wichtiger Träger der Kampagne für Abrüstung von ihrem Beginn an, hat nie den geringsten Zweifel daran gelassen, daß er die Bombe und die Kriegsvorbereitung im Osten wie im Westen mit gleicher Schärfe bekämpft. Mitglieder unseres Verbandes sind im November 1963 auch in Ost-Berlin für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der DDR eingetreten; der Verfasser dieses Artikels hat durch eine Demonstration gegen die sowjetischen Atomversuche im September 1961 mit einer Geldstrafe Einlaß ins Strafregister gefunden.

Es ist daher töricht, annehmen zu wollen, der Verband der Kriegsdienstverweigerer würde auch nur einen Augenblick eine Bewegung mitverantworten, in der einseitig orientierte Kräfte, die etwa die Bombe in der Hand der Kommunisten als „Friedenswerkzeug" bezeichnen, maßgebenden Einfluß gewinnen können.

Jeder Mitarbeiter der Kampagne weiß, daß der Fortbestand der sich in ihr vollziehenden Arbeit unlösbar mit dem Fortbestand ihrer völligen Unabhängigkeit zwischen den Fronten des Kalten Krieges verknüpft ist. Ebenso wenig wie wir es zulassen, daß die unabhängigen Persönlichkeiten und Organisationen, die den Ostermarsch tragen, als Alibi für diejenigen benutzt werden können, die als Kalte Krieger des Ostens einseitig gegen die Bundesrepublik zu arbeiten versuchen, werden wir es zulassen, daß führende Kräfte der Kampagne von Kalten Kriegern des Westens als Keil zurecht geschlagen werden sollen, mit dem man die Kampagne zu schwächen oder gar zu spalten versucht.

Konkrete Abrüstungspolitik

Die Kampagne für Abrüstung vertritt kein verschwommenes Konzept vom Weltfrieden. Sie aktiviert einzelne Bürger, die ihre Verantwortung für die Zukunft unserer Demokratie ernst nehmen zu einem Einsatz, für die konkreten Ziele einer Politik der Abrüstung und Verständigung. Die Mitarbeiter der Kampagne sind nun auch keineswegs politische Säuglinge, die das Feld dieser Arbeit gerade erst betreten hätten, sondern sie erkennen recht genau, das n... allzu durchsichtige Taktieren, Spekulieren und Sabotieren, das sich im Windschatten einer je den politischen Bewegung einfindet. Die Stärke der Kampagne liegt gerade darin, auf diese Versuche der Verdrehung, Unterwanderung und trickreichen Raffinesse nicht mit gleicher Münze zu antworten, sondern besteht aus einem unbeirrten Festhalten an dem simplen Prinzip: die Wahrheit zu sagen und solche Forderungen politischer Vernunft zu erheben, die eine neue Sicherheitskonzeption zu begründen vermögen, die sich an Abrüstung, Entspannung und Kooperation orientiert. Nichts anderes als diese Tatsache begründet das „Geheimnis" der wachsenden Anziehungskraft der Kampagne auf weite Bevölkerungskreise.

Allen Spekulanten von rechts und links sei deshalb ins Stammbuch geschrieben: es wird so lange in der Bundesrepublik eine „Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner" geben, wie ihre politische Unabhängigkeit gewahrt bleibt. Und es wird solange eine unabhängige Kampagne geben, wie es mündige Staatsbürger gibt, die ihre Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit unseres Staates persönlich wahrzunehmen bereit sind.

Herbert Stubenrauch

Brief des Pressereferenten der Kampagne

an die Redaktion „Vorwärts", Sozialdemokratische Wochenzeitung

In der Ausgabe 11/64 Ihrer Zeitung lassen Sie Ihren „GH"-Mitarbeiter mit einem Kommentar zum Ostermarsch zu Wort kommen, der sich auf die im Brückenbauer-Verlag Köln erschienene Broschüre „Ostermarsch-Betrachtungen" stützt. Wir finden es erstaunlich, daß eine sozialdemokratische Zeitung sich bei ihrer Auseinandersetzung mit dem Ostermarsch auf Praktiken einläßt, die oft genug der SPD selbst Abbruch getan haben: der Hintertreppencharakter jener Broschüre bestätigt sich schon darin, daß **ohne Druckvermerk**, mit **pseudonymer** Autorenangabe, ein Verlag, den man in keinem Verlagsverzeichnis findet, Diffamierung kostenlos und unaufgefordert ins Haus liefert . . .

Das Argument (das Ihr Mitarbeiter wiederum besagter Broschüre entnommen hat), die Bundesrepublik habe ihren Verzicht auf Atomwaffen erklärt und der Ostermarsch sei also leere Polemik gegen die Bundesregierung, kann niemandem zugemutet werden, der die politischen Ereignisse einigermaßen registriert. Ist dem "Vorwärts"-Mitarbeiter entgangen, daß seit Monaten nicht nur östliche, sondern gerade auch **westliche** Politiker und Publizisten entschiedenes Mißtrauen äußern gegenüber den Spekulationen, die Politiker in der Bundesrepublik mit der multilateralen Atommacht verknüpfen? Ist dem „Vorwärts"-Mitarbeiter entgangen, daß der britische Oppositionsführer Wilson exakt die Position vertritt, die auch von der Kampagne für Abrüstung vorgetragen wird – und daß Wilson geäußert hat, die Beteiligung an der MLF werde den atomaren Appetit der Bundesrepublik erst wecken? Unverkennbar ist längst das westliche Unbehagen darüber, daß in Deutschland die militärische Phantasie über-, die nichtmilitärische Phantasie zur Friedenssicherung unterentwickelt ist. Unsere Kampagne bemüht sich, einen bescheidenen Beitrag zu der notwendigen Anpassung deutschen politischen Denkens an jenes Weltniveau zu leisten, wie es u. a. durch Johannes XXIII und Kennedy erreicht ist. Wer solche Bemühungen als Hilfsleistung für den Kommunismus diffamiert, begibt sich ins ideologische Lager derjenigen, die amerikanische Friedensstrategie als Produkt kommunistischer Infiltration erklären. Wir möchten nicht glauben, daß der „Vorwärts" sich zu einem Kopfblatt der „Deutschen National- und Soldatenzeitung" entwickeln ...

Völlig unverständlich ist schließlich, wa... Broschürenautor und „Vorwärts"-Mitarbeiter die „Kommunistenfrage" zum innenpolitischen Problem Nr. 1 der Bundesrepublik erheben wollen. Die Kampagne für Abrüstung in der Bundesrepublik geht vom Sachproblem der Möglichkeiten der Abrüstung aus und beurteilt ohne jede Einseitigkeit politische Vorgänge allein danach, ob sie der Abrüstung dienen – oder ob sie atomare Kriegsgefahren provozieren. Genau dies scheint uns zur Zeit das entscheidende Problem zu sein, und von hier aus haben wir gegen atomare Aufrüstung Stellung bezogen, wo auch immer diese betrieben wird; von hier aus haben wir Abrüstungsmaßnahmen gefordert oder begrüßt, die gleichermaßen im wohlverstandenen Interesse der Völker in Ost und West liegen . . .

zivil — Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer – erscheint als Monatszeitschrift des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der War Resister's International e. V. (VK) im Verlag des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, 6050 Offenbach (Main), Waldstraße 1, Postfach 648, Telefon 88 37 64.
Sonderausgabe zur „Kampagne für Abrüstung", herausgegeben vom Bundesvorstand des VK. Verantwortlich für den Inhalt: Klaus Vack, 6050 Offenbach, Lothringer Weg 1. Druck: Grawo-Druck, Offenbach (Main), Schäferstraße 1. Bestellungen bei jeder Postanstalt und bei allen Gruppen des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer. Preis des Postabonnements 6,15 DM pro Vierteljahr. – Nachdruck erwünscht.

ED 718-23-277

Kurt Halbritter (aus „Pardon")

Ostermarsch 1965?

Ostermarsch 1964

Die Kampagne für Abrüstung wird in der Öffentlichkeit durch ein Kuratorium repräsentiert, das die Unabhängigkeit dieser Bewegung deutlich macht. Dem Kuratorium gehören an: Frank Allaun (Abgeordneter des Britischen Unterhauses), London; Stefan Andres (Schriftsteller), Rom; Hedwig Born, Bad Pyrmont; Dr. Margherita von Brentano, Berlin-Dahlem; Benjamin Britten, Aldburgh/England; Domherr L. John Collins, London; Herbert Faller (Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend Deutschlands), Frankfurt; Prof. Dr. Ossip Flechtheim, Berlin; Christian Geißler (Schriftsteller), München; Prof. D. Helmut Gollwitzer, Berlin; Dr. Werner G. Haverbeck, Bückeburg; Prof. Dr. Gustav Heckmann, Hannover; Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn, Frankfurt; Heinz Hilpert (Intendant), Göttingen; Dr. Robert Jungk, Wien; Dr. Erich Kästner, München; Dr. Arno Klönne, Paderborn; Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg DD, Dortmund; Christel Küpper, München; Dr. Armin Prinz zur Lippe, Detmold; Prof. Wilhelm Maler, Hamburg; Dr. med. Bodo Manstein (Dozent), Detmold; Kirchenpräsident D. Martin Niemöller, Wiesbaden; Prof. Katharina Petersen, Hannover; Earl Bertrand Russell, CM, FRS, London; Prof. Dr. L. Ruzicka, Zürich; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Martin Schröter (Studentenpfarrer), Heidelberg; Helga Tempel-Stolle, Ahrensburg; Prof. Dr. Johannes Ude, Grundlsee/Österreich; Prof. Dr. Heinrich Vogel, Berlin; Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel, Braunschweig; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Das beschließende und für die Politik der Kampagne für Abrüstung verantwortliche Arbeitsorgan ist der Zentrale Ausschuß. Ihm gehören die Vertreter der Regionalen Ausschüsse an: Hamburg/Schleswig-Holstein u. a. Hans-Konrad Tempel, Jens Jacobs, Ulrich Sander; Bremen/Niedersachsen u. a. Detlef Dahlke, Wolfgang Liebegeld; Hessen/Rheinland u. a. Heiner Halberstadt, Klaus Vack, Norbert Winkler; Baden/Pfalz/Saar: u. a. Irm de Ondarza, Willi Merfeld; Württemberg/Bodensee: u. a. Alfred Riedel; Bayern u. a. Horst Klaus, Werner Fuchs; Nordrhein/Westfalen u. a. Christel Beilmann, Herbert Stubenrauch, Frank Werkmeister; Berlin u. a. Franzisca Menzel.

Dem Zentralen Ausschuß gehören weiter die Vertreter verschiedener Verbände an, die den Ostermarsch unterstützen. Es sind dies: Hans-Joachim Arlt (Verband der Kriegsdienstverweigerer); Hermann Forschepiepe (Kampfbund gegen Atomschäden); H. G. Friedrich (Internationale der Kriegsdienstgegner); Gerhard Häuser (Quäker); Pastor Gerold Jasper (Internationaler Versöhnungsbund); Christian Mayer-Amery (Komitee gegen Atomrüstung); Pfarrer Herbert Mochalski (Kirchliche Bruderschaften); Rolf Ringwald (Naturfreundejugend Deutschlands); Wolfgang Schneider (Ausschuß „Kampf dem Atomtod", Göttingen); Dr. Hannelies Schulte (Deutsche Friedensgesellschaft); Edgar Weick (Sozialistischer Deutscher Studentenbund). – Alle Kuratoriumsmitglieder haben Sitz und Stimme im Zentralen Ausschuß.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Sozialdemokratische Partei und Ostermarsch

SPD

Am 7. 11. 1963 nahm das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in einer Erklärung zu der Kampagne für Abrüstung und den für 1964 geplanten Ostermärschen Stellung. Die Erklärung des SPD-Präsidiums lautet:

„Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Auffassung zu der Ostermarsch-Bewegung mehrfach dargelegt. Sie warnt nach wie vor ihre Mitglieder und Freunde vor Unterstützung und Beteiligung an Aktivitäten dieser Bewegung.

Obwohl die Ostermarsch-Bewegung in der letzten Zeit Verlautbarungen gegen die atomare Rüstung in Ost und West veröffentlicht hat, ist ihre Argumentation doch weitgehend einseitig gegen westliche Verteidigungsmaßnahmen gerichtet, während militärische Maßnahmen der Sowjetunion und des Ostblocks ‚mit Verständnis' kommentiert werden. Hinzu kommt, daß diese Bewegung mehrfach die Haltung der Sowjetunion in Fragen der Wiedervereinigung und Berlins unterstützt und sich so gegen deutsche Interessen gewendet hat.

Die SPD hat immer wieder erklärt, daß sie Abrüstungsmaßnahmen unterstützt, wenn sie gleichwertig, gleichzeitig und wo notwendig unter Kontrolle erfolgen. In Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes, den die Ostermarsch-Bewegung in ablehnender Form behandelt, vertritt die SPD den Standpunkt, daß jede Regierung alle nur denkbaren Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung treffen muß, weil jede Verteidigung ihren Sinn verliert, wenn sie nicht im Rahmen des Möglichen versucht, Menschen zu retten.

Die SPD hält auch nach der Umbenennung und der Ausweitung der Aktivitäten dieser Organisation an ihrer bisherigen ablehnenden Stellungnahme fest."

Kampagne für Abrüstung

Hans-Konrad Tempel hat im Auftrag der Kampagne für Abrüstung im November 1963 einen Brief an das Parteipräsidium der SPD geschrieben, der bis heute leider unbeantwortet blieb. In seinem Brief stellt Hans-Konrad Tempel fest:

„Ihren Beschluß über die Ostermarsch-Bewegung haben wir mit großem Erstaunen gelesen. Gerade von der Sozialdemokratischen Partei, die in unserer Gesellschaft eine bedeutende staatspolitische Funktion zu erfüllen hat, haben wir nach den Irrtümern und Entstellungen der vergangenen Jahre jetzt eine Stellungnahme erwartet, die den Tatsachen entspricht und belegbar ist . . .

Wir erlauben uns, den im ‚Vorwärts' in der ‚Bonner Depesche' und an anderer Stelle veröffentlichten Wortlaut für authentisch zu halten und auf seine sachliche Richtigkeit hin zu prüfen:

1. ‚Obwohl die Ostermarschbewegung in letzter Zeit Verlautbarungen gegen die atomare Rüstung in Ost und West veröffentlicht hat . . .'

Richtig ist, daß wir vom ersten Marsch (1960) an bis heute in unseren politischen Äußerungen gleichermaßen die Atomrüstungs- und Gewaltpolitik des Ostens wie des Westens kritisiert haben, wie unsere Flugblätter und sonstige Veröffentlichungen beweisen. Die Kampagne hat zum Beispiel nicht aus taktischen Gründen auch gegen die sowjetischen wie gegen die amerikanischen Teste protestiert, sondern aus einer grundsätzlichen Ablehnung jeder Politik der atomaren Stärke und Gewaltandrohung.

2. „. . . ist Ihre Argumentation doch weitgehend einseitig gegen westliche Verteidigungsmaßnahmen gerichtet. . .'

Richtig ist, daß wir grundsätzlich k e i n e einseitige Stellungnahme im Kalten Krieg abgegeben haben und abgeben werden und daß unsere Argumentation sich stets gegen die ‚Verteidigungsmaßnahmen' beider Machtblöcke gerichtet hat. Richtig ist, daß wir zuerst bei uns etwas zu ändern versuchen, statt zuerst auf die anderen zu zeigen, wie es weitgehend in beiden Lagern Brauch geworden ist . . .

3. „. . . während militärische Maßnahmen der Sowjetunion ‚mit Verständnis' kommentiert werden.'

Richtig ist, daß der Zentrale Ausschuß, das Führungsgremium der Kampagne, keinen einzigen Beschluß gefaßt und keine einzige Erklärung veröffentlicht hat, in denen militärische Maßnahmen der einen oder anderen Seite mit Verständnis kommentiert worden sind. Auch in unserer regelmäßigen Publikation, den ‚Informationen zur Abrüstung', ist bisher kein einziger Kommentar erschienen, in dem diesbezügliche Aussagen gemacht worden sind. Das Zitat ‚mit Verständnis' stammt – entgegen ihrer Unterstellung – nicht von uns.

4. Hinzu kommt, daß diese Bewegung mehrfach die Haltung der Sowjetunion in Fragen der Wiedervereinigung und Berlins unterstützt und sich so gegen deutsche Interessen gewendet hat.'

Richtig ist, daß die Kampagne bisher kein einziges Mal zur Deutschlandpolitik irgendeines Staates – also auch nicht der Sowjetunion – Stellung genommen hat und daß auch das Berlin-Problem kein einziges Mal von uns auch nur gestreift worden ist. Richtig ist, daß die Kampagne sich ihrer Aufgabe entsprechend zum Brückenschlag zwischen den Blöcken bekennt („Mitteleuropa – Brücke zwischen Ost und West") und sich bemüht, die gemeinsamen Interessen aller europäischer Völker aufzuzeigen . . .

Es ist für uns nicht ganz erklärlich, daß das Parteipräsidium nicht mit einem einzigen Wort zu unserer zentralen Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa Stellung genommen hat, obwohl dieser Punkt im Godesberger Progamm enthalten ist und obwohl auch mit den Stimmen der SPD-Vertreter auf Tagungen der Interparlamentarischen Union in Belgrad und der Sozialistischen Internationale in Brüssel atomwaffenfreie Zonen gefordert worden sind.

Wir sind in der Lage, die in den vier Punkten von uns gegebene Darstellung im einzelnen mit Dokumenten zu belegen und bitten Sie hiermit um ein Gespräch. . ."

(Wie oben bereits erwähnt, blieb dieser Brief bis heute unbeantwortet.)

Prof. Baade (MdB - SPD)

Am besten: mitmarschieren!

Professor Baade, Kiel, Bundestagsabgeordneter der SPD, weltbekannter Wirtschaftswissenschaftler, ist Autor des Buches „Der Wettlauf zum Jahre 2000". Darin weist Baade nach, daß die Menschheit heute vor der Alternative steht: entweder entschiedene Abrüstungspolitik und damit eine glückliche Zukunft aller Völker der Erde – oder Selbstvernichtung der Menschheit! Prof. Baade schrieb dem Ostermarsch: „Sie wissen, wie sympathisch ich Ihren Bestrebungen gegenüberstehe. Ich würde mich freuen, wenn es diesmal mein Terminkalender erlauben wird, daß ich selbst am Ostermarsch teilnehme." Zu dem Argument, daß der SPD-Vorstand die Beteiligung von Kommunisten beim Ostermarsch fürchte und deshalb den Sozialdemokraten vom Ostermarsch abrate, meinte Baade: Da sei doch die beste Lösung, daß möglichst viele prominente Sozialdemokraten mitmarschieren.

SPD

Die Delegiertenkonferenz der SPD, Ortsve... Offenbach, beschäftigte sich am 9. 3. 1964 ... der Kampagne für Abrüstung und ihren Zielen. In einer Entschließung wird das Moskauer Abkommen über die teilweise Einstellung der Kernwaffenversuche begrüßt und auch auf den Druck, der durch die Abrüstungsbewegungen vieler Länder auf die Regierungen ausgeübt wird, zurückgeführt. Die Delegiertenkonferenz stellte fest, daß die SPD immer für eine kontrollierte Abrüstung eingetreten sei und begrüßte den Abrüstungsplan des UN-Generalsekretärs U Thant. Hieraus resultierend, begrüßte die Offenbacher Delegiertenkonferenz den Aufruf zur Kampagne für Abrüstung zum Ostermarsch 1964.

Die Delegiertenkonferenz der Jungsozialisten Bezirk Hessen Süd, beschäftigte sich am 14. u. 15. 3. 1964 ebenfalls mit dem Ostermarsch und faßte folgende Beschlüsse:

„Die Delegierten der Bezirkskonferenz der Jungsozialisten des Bezirks Hessen Süd begrüßen den Aufruf der Kampagne für Abrüstung und bedauern gleichzeitig, daß das Präsidium der SPD bei seiner ablehnenden Stellungnahme gegenüber diesem Aufruf geblieben ist."

„Die Delegierten der Jungsozialisten des Bezirks Hessen Süd begrüßen es, wenn die Jungsozialisten sich an den Ostermärschen der Atomwaffengegner beteiligen."

Archiv Zeitgeschichte

ED 718-23-278

Gewerkschaften und Ostermarsch

Am 8. Januar 1964 beschäftigte sich der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) mit der Frage der Ostermärsche. In dem vom DGB-Bundesvorstand gefaßten Beschluß wird betont, daß der DGB und seine Gewerkschaften sich als Organisationen nicht an den Märschen beteiligen. Gewerkschaftsfunktionäre und -mitglieder können daher an der Ostermarschbewegung teilnehmen, die Kampagne unterstützen und Aufrufe mitunterzeichnen; sie können dies allerdings nicht namens oder im Auftrage ihrer Organisation tun, sondern lediglich als Privatperson. Der Beschluß des DGB-Bundesvorstandes hat den folgenden Wortlaut:

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die in ihm vereinten Gewerkschaften beteiligen sich nach einem Beschluß des DGB-Bundesvorstandes nicht an dem vom Zentralausschuß der Atomwaffengegner veranstalteten Ostermarsch 1964.

Die Forderungen der Gewerkschaften für eine allgemeine kontrollierte und weltweite Abrüstung und die Ächtung der Atomwaffen werden wie in jedem Jahr auch 1964 auf den Maikundgebungen und in diesem Jahre insbesondere bei den bereits beschlossenen Großveranstaltungen zum 1. September (25-jährige Wiederkehr des Kriegsausbruchstages) mit allem Nachdruck vertreten.

Die Erfahrungen in der Vergangenheit haben gezeigt, daß bei Unterschriftsleistung von Funktionären bei Aufrufen und Resolutionen, die sich mit der Frage der Ostermärsche beschäftigen, jeweils auch die Funktion mitgenannt wurde, obwohl dies nicht in der Absicht der Unterzeichner lag. Unterschriftsleistungen mit Funktionsbezeichnungen haben daher zu unterbleiben."

Seit dem Jahre 1962 gibt es auch zahlreiche Beschlüsse, in denen sich die Gewerkschaftsjugend des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) gegen das atomare Wettrüsten in West und Ost wendet; viele dieser Beschlüsse nehmen auch Stellung zu den Ostermärschen der Atomwaffengegner. So faßte die 6. Jugendkonferenz der IG Metall, die am 10./11. Mai 1962 in Stuttgart tagte, einstimmig den folgenden Beschluß:

Die 6. Jugendkonferenz der IG Metall verurteilt alle Atomversuche in Ost und West und appelliert an die verantwortlichen Politiker und Staatsmänner, endlich das beiderseitige Mißtrauen zu überwinden und geeignete Maßnahmen, in zu vereinbaren, die eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung ermöglichen, bevor es und spät ist.

politische Lethargie der übergroßen Mehrheit der Menschen ist jedoch gerade in dieser uation lebensgefährlich. Die Delegierten beßen deshalb jede demokratische Initiative, zum Ziel hat, die Öffentlichkeit aufzurütteln aufzufordern zum Widerstand gegen Atomten in Ost und West. Sie grüßen die jungen nschen, die an dem englischen Aldermastonrsch und den Ostermärschen der Atomwafgegner in der Bundesrepublik und in allen opäischen Ländern teilgenommen haben.

Die jungen Mitglieder der IG Metall fordern wir auf, sich zu dieser demokratischen Aktivität zu bekennen und sie künftig durch ihre Teilnahme zu unterstützen."

Am 26./27. Januar 1963 fand in Lauenburg/Elbe die 5. Jugendkonferenz des DGB-Landesbezirks Nordmark statt. Die Konferenz richtete einen Offenen Brief an den Bezirksvorstand des FDGB Rostock, in dem es u. a. hieß:

„In jedem Jahr finden in der Bundesrepublik Deutschland Ostermärsche und Demonstrationen für eine weltweite allgemeine kontrollierte Abrüstung statt, an denen sich zu beteiligen jedem jungen Menschen freigestellt ist.
Wir fordern Sie auf, alle erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, daß derartige Demonstrationen von der Jugend Mecklenburgs und darüberhinaus in allen anderen Bereichen Mitteldeutschlands stattfinden können."

Am 3. Februar 1963 beschloß die 5. Jugendkonferenz des DGB-Landesbezirks Bayern eine positive Stellungnahme zum Ostermarsch. Die dort verabschiedete Erklärung lautet:

„Die Delegierten der 5. Landesbezirks-Jugendkonferenz des DGB, LB Bayern, begrüßen voller Hoffnung jeden Schritt auf dem Wege zur Entspannung und Abrüstung . . .
Die atomare Gefahr ist also größer denn je zuvor. Die Delegierten erheben deshalb erneut ihre Stimme gegen diese Entwicklung, die die Demokratie, die Freiheit und den Frieden in der Welt aufs äußerste gefährdet. Sie appellieren an die verantwortlichen Politiker und Staatsmänner, endlich das beiderseitige Mißtrauen zu überwinden und eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung zu vereinbaren, bevor es zu spät ist.
Die Bundesregierung wird aufgerufen, eigene Abrüstungspläne zu entwickeln . . .
In diesem Sinne grüßen die Delegierten die jungen Gewerkschafter, die in den letzten Jahren an den englischen Aldermaston-Märschen und den Ostermärschen der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern teilgenommen haben und erklären sich mit ihnen solidarisch."

Die Ortsjugendkonferenz der IG Metall Mannheim (Mannheim, 23. 3. 1963) hat in einer Entschließung den Bundesvorstand des DGB aufgefordert,

„sich mit den Aktionen gegen die atomare Aufrüstung solidarisch zu erklären und die Ostermärsche der Atomwaffengegner zu unterstützen, indem er den Aufruf des Ostermarschausschusses begrüßt und seine Mitglieder auffordert, sich an den Ostermärschen zu beteiligen."

Ein Beschluß der 6. Zentralen Jugendkonferenz der IG Chemie, Papier, Keramik (Stuttgart, 24./25. Mai 1963) lautet:

„Die Gewerkschaftsjugend unterstützt alle Protestaktionen gegen die atomare Aufrüstung.
Die Delegierten der 6. Zentralen Jugendkonferenz der IG Chemie, Papier, Keramik fordern deshalb zukünftig eine offizielle Mitarbeit und Teilnahme der Funktionäre und Mitglieder der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften an den Ostermärschen der Atomwaffengegner."

Die 5. Jugendkonferenz des DGB-Landesbezirks Hessen, die vom 8. bis 11. November 1963 in Höchst/Odenwald stattfand, verabschiedete die folgende Entschließung:

Die Delegierten fordern die Ächtung und Vernichtung aller atomaren, bakteriologischen und chemischen Kampfmittel sowie das Verbot ihrer Herstellung in der ganzen Welt.
Darüberhinaus gilt es nun, nachdem auch die Großmächte bemüht sind, eine Abrüstung und Entspannung herbeizuführen, in unserem eigenen Lande die Bemühungen um Entspannung und Völkerverständigung noch wesentlich zu verstärken und zu intensivieren.
Die Delegierten sind der Auffassung, daß die Gewerkschaftsjugend sich an allen Kundgebungen und Demonstrationen, die eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West fordern, führend beteiligen muß.
Eine dieser demokratischen Kundgebungsformen ist der Ostermarsch – Kampagne für Abrüstung. Die Delegierten sind der Auffassung, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln an dieser demokratischen Bewegung beteiligen müssen, um sich hiermit zu ihren eigenen Forderungen zu bekennen.

Anthony Greenwood
britischer Unterhausabgeordneter
„Wir haben uns zusammengefunden und wir werden an Ostern marschieren, nicht als Kameraden in Waffen, sondern als Kameraden gegen die Waffen. Überall in der Welt werden Millionen für dieses Ziel marschieren. Die Bewegung ging aus von Großbritannien, hat Wurzeln geschlagen in Frankreich und ist bereits zu einer starken oppositionellen Kraft in Deutschland geworden. Die Entwicklung unserer Bewegung in diesen drei Ländern wird die Weltlage revolutionieren."

Die 1. Zentrale Arbeitstagung für Jugendleiter der IG Druck und Papier (Höchst/Odenwald, 25./26. 11. 63) befaßte sich ebenfalls mit der Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner. Von der Konferenz wurde auf den DGB-Vorstandsbeschluß verwiesen, nach dem Gewerkschaftsmitglieder sich als Privatpersonen am Ostermarsch beteiligen können, jedoch nicht im Namen ihrer Organisation. In einem Antrag wurde der Hauptvorstand der IG Druck und Papier gebeten, zu prüfen, ob eine Teilnahme der Jugendgruppen der IG Druck und Papier am Ostermarsch als Gruppe möglich sei. Eine solche Teilnahme wurde von der Arbeitstagung befürwortet.

Archiv für Zeitgeschichte

Kampagne antwortet Grotewohl

Sehr geehrter
Herr Ministerpräsident Grotewohl

Der Zentrale Ausschuß des Ostermarsches der Atomwaffengegner, Kampagne für Abrüstung, dankt Ihnen für Ihr Schreiben und hat das von Ihnen erwähnte Programm des Friedens mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Der Zentrale Ausschuß begrüßt Ihre Entschlossenheit zum Verzicht auf Atomwaffen und zum Rüstungsstopp.

In Ihrem Schreiben haben Sie dem Ostermarsch Ihre Sympathie ausgesprochen und betont, daß die Politik des Ostermarsches ein fester Bestandteil der Regierungspolitik der DDR sei und Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß unsere politische Haltung von Ihnen aktiv unterstützt würde. Nach unserer Auffassung läßt eine ideelle Übereinstimmung mit den Forderungen der Kampagne noch keine Identifizierung mit Ihren Zielen zu, solange keine konkrete Verwirklichung Ihrer politischen Forderungen und kein Abbau der Militarisierung des zivilen Lebens und des Kalten Krieges als erster Schritt und als Zeichen des guten Willens sichtbar wird.

Wir gestatten uns daher noch einmal, Ihnen die Position der unabhängigen Atomwaffengegner in der Bundesrepublik darzulegen, um eine klare Interpretation unserer Haltung zu ermöglichen.

1. Der Widerstand der Kampagne richtet sich mit derselben Entschiedenheit gegen die Aufrüstungs- und Atomwaffenpolitik unseres Landes, der BRD, wie gegen gleichartige politische Auffassungen und Maßnahmen in allen anderen Ländern. Wir lehnen die Lagerung, Herstellung und Erprobung von Atomwaffen jeder Nation in West und Ost ohne jede Einschränkung ab.

Rudolf Rolfs

„. . . Man möchte uns Teilnehmern am Ostermarsch einreden, wir seien unrealistische Pazifisten, zeitferne Sektierer und fragt, ob es einen Sinn hat in diesen Tagen auf die Straße zu gehen, um für den Frieden zu demonstrieren. Darauf antworte ich: Ich weiß es nicht! Ich weiß aber, daß es einen entsetzlichen Sinn hat nichts zu tun! Und ich weiß aus Erfahrung, welche Folgen die Staatsbürgererziehung haben kann, wenn man sie mit Sätzen betreibt wie: ‚Was können wir schon machen?', ‚Die oben machen ja doch, was sie wollen!' oder ‚Wir können ja doch nichts ändern!' Diese Staatsbürgerplatitüden sind Sprungbretter für die Diktatur!"

2. Für uns sind die sowjetischen Atomwaffen kein Mittel der Friedenspolitik, als die sie Ministerpräsident Chruschtschow am 10. 7. 1962 hingestellt hat. Genausowenig werden wir die Atomwaffen der Vereinigten Staaten als Mittel einer Friedenspolitik akzeptieren. Die Gefahr eines Atomkrieges entsteht durch die Bereitschaft, einen Atomkrieg zu führen, gleichgültig was verteidigt werden soll und aus welchen Motiven. Wir meinen auch, daß die Bombe nicht deshalb ungefährlich wird, weil sie im Besitz einer Nation ist, in der wirtschaftliche Interessengruppen außerhalb der Regierung keinen Einfluß auf die Politik ausüben können.

3. Wir lehnen konsequenterweise auch die Rüstungs- und Atomwaffenpolitik aller Bündnissysteme ab, dieselben Vorbehalte, die wir gegenüber der NATO haben, haben wir auch gegenüber dem Warschauer Pakt, weil beide die Abschreckung für notwendig und friedenserhaltend ansehen.

4. Unsere Position im Spannungsfeld zwischen West und Ost ist mit der der blockfreien Staaten zu vergleichen, die vermittelnd zwischen Ost und West wirken wollen. Wie diese halten wir mit der nötigen Differenzierung die Friedenspolitik beider Seiten des Kalten Krieges für nicht ausreichend. Die von uns vertretene Forderung zum Brückenschlag ist unvereinbar mit einer politischen Haltung, die der Gegenseite aggressiv gegenübertritt, die Fehler nur bei den anderen sucht und ihren Friedenswillen nicht ernst nimmt.

5. Wir glauben, daß die Initiative verantwortlicher Bürger wichtige Voraussetzung und wesentlicher Bestandteil des Kampfes für den Frieden ist. Diese Erkenntnis liegt unserem Appell zugrunde, auch in den Staaten des Warschauer Paktes den Bürgern die Möglichkeit zur Demonstration gegen die eigene Atomrüstung zuzugestehen. Wir meinen, daß Regierungserklärungen zur Abrüstung, denen nicht auch entsprechende erste Schritte folgen, allein nicht ausreichen, um eine positive Weiterentwicklung zu sichern. Der Bürger muß durch seine Initiative und offen vorgetragene Haltung die Regierungen ermutigen und befähigen, auch in ihren Taten konsequent auf dem Wege der Entspannung weiterzugehen und weitsichtiger und versöhnlicher zu handeln.

Im Zusammenhang mit der im vorhergehenden dargelegten grundsätzlichen Haltung unserer Kampagne möchten wir noch auf ein Ereignis eingehen, das für uns von besonderer Bedeutung gewesen ist. Ihnen wird bekannt sein, mit welcher Schärfe wir gegen die Behinderung ausländischer Atomwaffengegner in der Bundesrepublik Deutschland protestiert haben. Auch von der Regierung der DDR ist das Einreiseverbot für ausländische Atomwaffengegner heftig getadelt worden. Unverständlich sind uns deshalb die Maßnahmen, die während der Ostertage von Behörden der DDR gegenüber einigen ausländischen Atomwaffengegnern ergriffen worden sind, die in Ostberlin Flugblätter gegen die Atomrüstung in Ost und West verteilt haben. Die Behörden der DDR haben damit dasselbe getan, was sie im Zusammenhang mit dem Düsseldorfer Vorfall gegenüber der Regierung der BRD so entschieden abgelehnt haben.

Die richtige Auslegung unserer Ziele ist für unsere Arbeit von besonderer Bedeutung, da wir vielen Angriffen, denen Mißdeutungen unseres Anliegens zugrunde liegen, ausgesetzt sind. Das Studium der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens der DDR hat uns nun gezeigt, daß unsere Forderungen darin häufig so verkürzt dargestellt werden, daß der Eindruck entstehen muß, als richte sich unser Kampf einseitig gegen die Rüstungs- und Atomwaffenpolitik der BRD. Daß dies nicht zutrifft, haben wir Ihnen eingehend dargelegt. Wir sehen uns daher veranlaßt, Sie zu bitten, Ihren Einfluß geltend zu machen, damit auch in den Nachrichten, Meldungen und Berichten dieser Organe ein richtiges Bild unserer Bemühungen gegeben wird . . .

Erklärung zur Unabhängigkeit

(Beschlossen am 8. 4. 1962 vom Zentralen Ausschuß)

Die Ostermärsche sind seit einiger Zeit verstärkt Objekt von Versuchen, sie für die eine oder andere Seite in den Dienst des Kalten Krieges zu stellen. So wird zum Beispiel in der Bundesrepublik eine offenbar gefälschte Erklärung verbreitet, in der sich angeblich eine Bezirksleitung der verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands für die Atombewaffnung im Osten und zugleich für die Ostermärsche in der Bundesrepublik einsetzt. Mit dieser Fälschung und mit anderen unwahren Behauptungen, wie sie etwa der Bundesausschuß der SJD „Die Falken" oder das Kapfinger Magazin „Aktuell" aufstellten, soll offensichtlich der Ostermarsch als eine kommunistisch gelenkte Aktion diffamiert werden.

Auf der anderen Seite haben in jüngster Zeit einige Repräsentanten kommunistischer Organisationen in Deutschland — so z. B. die FDJ-Führer Angenfort und Schumann — Erklärungen abgegeben, die dazu auffordern, die Ostermärsche in den Dienst einseitiger Agitationen gegen die Politik des Westens zu stellen.

Der Ostermarsch der Atomwaffengegner weist sämtliche derartigen Angriffe scharf zurück. Der Ostermarsch lehnt Atomwaffen in Ost und West mit gleicher Eindeutigkeit ab. Es wird auch in Zukunft nicht möglich sein, diese seine Zielsetzung zu verfälschen. Eine Verurteilung der Atomrüstung nur auf einer Seite läßt sich mit den Grundsätzen des Ostermarsches nicht vereinbaren. Der Ostermarsch wird sich nach keiner Seite hin zu einem Mittel der Politik des Kalten Krieges machen lassen.

Im übrigen steht der Ostermarsch nicht im Dienste irgendeiner Partei oder parteiähnlichen Gruppe. Niemand außer den für den Ostermarsch Verantwortlichen kann für den Ostermarsch Erklärungen abgeben.

Wir wollen uns in der BRD darum bemühen, daß man sich kein verzerrtes Bild von der Gegenseite macht, daß unser Wille zur Abrüstung auch den anderen Völkern glaubhaft wird und daß konkrete Schritte zur Abrüstung und Entspannung unternommen werden. Wir bitten Sie, in Ihrem Lande dasselbe zu tun. Für besonders wichtig halten wir die sofortige Beendigung der Kalten-Krieg-Propaganda und den Stopp der weiteren Militarisierung des öffentlichen Lebens in jedem der beiden Teile Deutschlands.

Wenn der Vorsitzende des polnischen Abgeordnetenhauses des Sejm in seinem Brief an den Ostermarsch davon spricht, daß wir alle Kräfte mobilisieren müssen, denen das Leben der gegenwärtigen und der kommenden Generation teuer ist, so gilt dies für alle Staaten der Welt und nicht allein für die eine oder andere Seite. In diesem Sinne sind wir uns einig mit jedem, der in seinem Bereich hilft, erste praktische Schritte zur Sicherung des Friedens zu unternehmen.

Im Auftrag des Zentralen Ausschusses
Dr. Andreas Buro

München, den 28. Juli 1963

Archiv für Friedensforschung

ED718-23-279

Gegen die Bombe

. . . in Ost

den
nisterpräsidenten der UdSSR
S. Chruschtschow August 1962

lr geehrter
r Ministerpräsident Chruschtschow!

r bitten Sie, unverzüglich die Atomwaffenver-
che in der UdSSR einzustellen, und durch
oßzügige Zugeständnisse in Fragen der Ver-
chsstopkontrolle zur Schaffung einer Vereinbarung über das Verbot von Kernwaffenversuchen beizutragen. Damit würden Sie der Welt ein echtes Beispiel konstruktiven Friedenswillens geben.

ie eine große Verschwörung östlicher und
estlicher Militärs mutet uns die jüngste Geschichte der atomaren Versuchsexplosionen an. achdem im vorigen Jahr die UdSSR das freiillige Versuchsmoratorium gebrochen hatte, n die Stärke der UdSSR zu demonstrieren, ie ziemlich unverhüllt in Ihrer hiesigen Botchaft zum Ausdruck gebracht wurde, haben ch westliche Militärs die Chance sofort zuutze gemacht, um ihrerseits an der Vervollommnung ihrer Kriegsmaschinerie weiter zu rbeiten. Die UdSSR hat ihnen mit ihren Verchen dafür die Rechtfertigung geliefert. Die S-Versuche auf den Weihnachts-Inseln haben un offensichtlich wiederum den östlichen Anängern militärischer Stärke die Argumente r eine weitere Fortführung von Atombombenrsuchen gegeben . . .

nter Berücksichtigung dieser Tatsachen könen die wechselseitig abgegebenen Erklärunen der Regierungen der USA und der UdSSR ber das Verbrecherische der Atomversuche es anderen Landes nur wie ein Hohn auf en ernsten Friedenswunsch der Völker dieser elt empfunden werden.

er Ostermarsch der Atomwaffengegner beüßt, daß Sie in Ihrer Rede auf dem Kongreß r allgemeine Abrüstung und Frieden am 0. Juli in Moskau so deutlich dem Friedenswillen der UdSSR Ausdruck verliehen und auch ie positiven Wirkungen einer allgemeinen und ollständigen Abrüstung herausgestellt haben. lit großer Freude haben wir Ihre feierliche rklärung zur Kenntnis genommen: „Wir erklä- angesichts der ganzen Welt, daß uns die olitik der Entfesselung eines Weltkrieges um es Sieges der kommunistischen Ideologie wiln fremd ist."

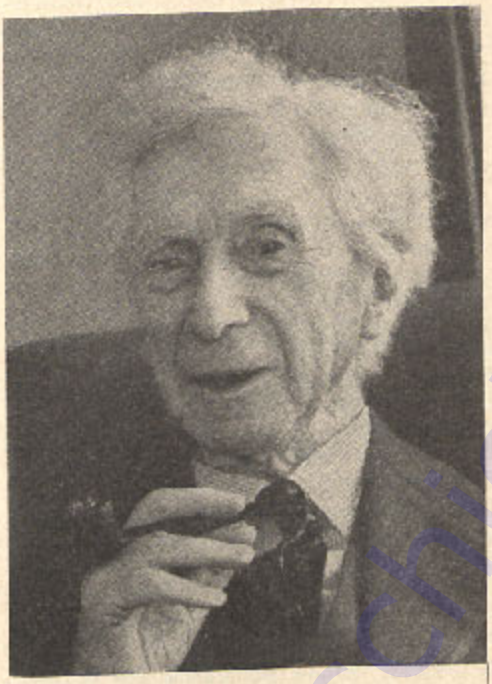
ber Reden, in denen der Friedenswille beont wird, begleiten die kriegerische Geschichte uropas nicht erst seit den Bemühungen des ölkerbundes. Wir, die Vertreter der jungen eneration, sind nicht mehr gewillt, uns mit eden allein zufrieden zu geben. Wir verlanen von den heutigen Politikern des Ostens nd des Westens nicht Reden, sondern Taten es Friedens. Nach Ihrer Rede in Moskau, sehr eehrter Herr Ministerpräsident Chruschtschow egannen die neuen Atomwaffenversuche der dSSR.

ie junge Generation in den westlichen Länern will nicht mehr nationalistischen Parolen olgen und sie ist bereit, für den Frieden Opfer uf sich zu nehmen. Sie fühlt sich aber von den Staatsmännern in Ost und West verraten, da diese ihren Reden keine Taten des Friedens folgen lassen.

ir dürfen nicht die Augen davor verschließen, daß sich die Menschen im Westen, und zwar Arbeiter, Intellektuelle, Bauern und Unternehmer von den östlichen Atombomben genauso bedroht fühlen, wie die Menschen im Gebiet der sozialistischen Staaten durch die westlichen Atombomben. Für die jeweilige Gegenseite gibt es keine Massenvernichtungsmittel, die dem Frieden dienen, sondern nur Waffen, die zum Töten entwickelt, gebaut und bereitgestellt wurden . . .

In der Bundesrepublik Deutschland treten wir auch jetzt wieder zum Tag des Beginnes des 2. Weltkrieges dafür ein, daß keine atomar bewaffneten Truppen auf deutschem Boden verbleiben. Vereinbarungen über eine von den Großmächten und der UNO garantierte, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa getroffen werden und eine vollständige, weltweite kontrollierte Abrüstung vereinbart wird und stattfindet. Wir protestieren daher nicht nur einseitig gegen die Atomwaffenversuche der UdSSR, sondern wenden uns gegen solche tödlichen Experimente in aller Welt. Wir bezeichnen sie als Mord und Vorbereitung zu weiterem Völkermord, gleichgültig ob diese Teste von Ländern des Ost- oder Westblocks ausgeführt werden . . .

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuß
gez. Dr. Andreas Buro



Bertrand Russell

Der britische Philosoph Bertrand Russell bekennt sich von Anfang an zu der deutschen Ostermarschbewegung. Als 1963 den englischen Atomwaffengegnern die Einreise in die Bundesrepublik nicht gestattet wurde, telegraphierte Russell: „Wenn mir mein hohes Alter eine größere Reise nicht verbieten würde, würde ich sofort in die Bundesrepublik einreisen, um gegen diese ungeheuerliche Maßnahme zu protestieren." Der Philosoph Russell rief auch 1964 zur Beteiligung am Ostermarsch in der Bundesrepublik auf, da „die Kampagne für Abrüstung gerade in Deutschland eine entscheidende Verantwortung habe".

. . . in West

An die
Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika
Bad Godesberg bei Bonn 30. April 1962

Sehr verehrter Herr Botschafter!

Mit tiefer Trauer nehmen wir zur Kenntnis, daß nun auch Amerika die Versuche mit Atomwaffen in größerem Maße wieder aufgenommen hat. Damit wird dem Wettrüsten in West und Ost ein neuer Impuls verliehen, der nur zu einer weiteren Verschärfung der Beziehungen zwischen den Atommächten führen kann. Die Wiederaufnahme der Versuche wird darüber hinaus auch der Sowjetunion als Argument dienen, um die Versuche fortzusetzen, wie es bereits von ihr angekündigt worden ist.

Wenn wir heute an Sie schreiben, verkennen wir nicht, daß das freiwillige Moratorium der Kernwaffenversuche nicht von Ihnen, sondern von der Sowjetunion zuerst verletzt worden ist, wobei festzustellen ist, daß sich im Bereich des Westens die Republik Frankreich niemals an diesen freiwilligen Verzicht gehalten hat. Wir haben damals in sehr deutlicher Form in unserem Schreiben an die Sowjetische Botschaft in Bonn, an den Parteitag der KPdSU und an den Ministerpräsidenten der UdSSR unsere Auffassung dargelegt. Trotzdem verurteilen wir die Wiederaufnahme der Tests durch Ihr Land auf das schärfste, da diese einerseits die Strahlungsschäden vergrößern — daher unser Slogan „Auch Teste sind Mord" — und andererseits nur dazu dienen, die militärischen Vernichtungsmittel weiter zu perfektionieren, obwohl diese bereits seit langem die Dimension des Unmenschlichen erreicht haben. Darüber hinaus werden durch die Versuche die Menschen in ihrem Lande und den anderen westlichen Ländern nur noch mehr und ausschließlich auf die Stärke ihrer militärischen Einrichtungen bauen und nicht ihre Kräfte für die Lösung der Konflikte zwischen den Völkern mit nicht-militärischen Mitteln mobilisieren.

Wir halten es dagegen für richtig, wenn Sie, ohne Rücksicht auf das Verhalten der Sowjetunion, auf die Weiterführung Ihrer Atomwaffenversuche verzichten und stattdessen der Sowjetunion anbieten, Kontrollstationen in den Vereinigten Staaten zu unterhalten. Dies wird in so überzeugender Weise vor der ganzen Welt Ihre Bereitschaft zur Verständigung und zur Abrüstung beweisen, daß die Sowjets hierdurch und den moralischen Druck der Weltöffentlichkeit ebenfalls zur Einstellung der Versuche gezwungen werden. Eine solche Haltung würde der besten amerikanischen Tradition entsprechen. Es würde einen entscheidenden Einbruch in das Mißtrauen zwischen den Mächten darstellen und die Grundlage für das gegenseitige Vertrauen schaffen, das die Voraussetzung für die Lösung der großen Probleme zwischen den Völkern ist.

Die Atombombe jedoch wird keinen Beitrag hierzu leisten, sondern nur Ihnen, den Sowjets und uns eines Tages eine Weltkatastrophe präsentieren als bittere Rechnung dafür, daß kein Volk bereit war, den ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung zu gehen.

Wir bitten Sie in diesem Sinne unsere Gedanken zu prüfen und an Ihre Regierung weiterzugeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hans-Konrad Tempel
Sprecher des Zentralen Ausschusses
Dr. Andreas Buro
Geschäftsführer des Zentralen Ausschusses

Archiv der Friedensbewegung

Aufruf zum Ostermarsch 1964

Die Einstellung der Atomwaffentests ist vereinbart und weitere Entspannungsabkommen bahnen sich an. Damit wächst die Hoffnung, daß der atomare Krieg verhindert und der Friede erhalten werden kann. Die Völker atmen auf: Der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre ist Einhalt geboten – ein erster Schritt zur umfassenden und kontrollierten Abrüstung ist getan!

Prof. Dr. D. Helmut Gollwitzer

„. . . endlich einmal muß man nicht alle Deckung nehmen, wenn Deutsche zu marschieren anfangen. Diesmal marschieren sie nicht, bis alles in Scherben fällt, sondern damit nicht alles – wieder und noch mehr! – in Scherben fällt. Diejenigen Deutschen marschieren, die früher als die Mehrheit gemerkt haben, worum es heute geht. Diejenigen, die deshalb dem deutschen Mangel an Zivilcourage nicht mehr unterliegen, sondern auf die Straße gehen, trotz des Mißtrauens einer schlecht beratenen Obrigkeit. Es ist die Demonstration der Vernunft, der Freiheit und der wahren Vaterlandsliebe."

Diese Abkommen sind ein Zeichen der Einsicht jener Politiker, die einen Anfang gemacht haben, sie sind ebensosehr ein Erfolg jener Millionen von Menschen in vielen Ländern, die seit Jahren gegen die atomare Rüstungspolitik auftreten.

Der Friedensplan des Generalsekretärs der UNO zeigt den Weg, auf dem weitere Fortschritte der Abrüstungspolitik möglich sind. Dieser Plan sieht vor:

- Beendigung der Atomwaffentests auch unter der Erde,
- Verbot der Verwendung von Nuklearwaffen im Kriege,
- Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen,
- Verträge über atomwaffenfreie Zonen.

Dieser Plan muß Wirklichkeit werden!

Die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen steht in einigen Teilen der Welt vor der Verwirklichung. Mitteleuropa hingegen ist nach wie vor konfliktgeladen. Ein Krieg in diesem Gebiet wäre das Ende der mitteleuropäischen Völker. Deshalb rufen wir die Bürger aller Länder Mitteleuropas auf, die Kampagne für Abrüstung zu verstärken und die verantwortlichen Politiker in Ost und West davon zu überzeugen, daß die in Mitteleuropa bestehenden Probleme nur ohne Gewalt und Gewaltsandrohung gelöst werden können. Erneut stellen wir den Ostermarsch 1964 unter das Motto:

- Mitteleuropa – atomwaffenfrei
- Mitteleuropa – militärisch verdünnte Entspannungszone
- Mitteleuropa – Brücke zwischen Ost und West

Noch immer reichen die Anstrengungen im Westen und im Osten unseres Vaterlandes nicht aus, um eine wirkliche Entspannung zu erreichen.

Deutschland darf nicht Störenfried sein. Es kann seinen Beitrag zu einer Strategie des Friedens leisten. An die Stelle steigender Rüstungsanstrengungen und der Militarisierung des öffentlichen Lebens in beiden Teilen Deutschlands muß eine aktive Politik der Sicherheit durch Abrüstung treten.

In der Bundesrepublik fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Mit dieser Forderung stimmen wir überein. Wir schlagen vor:

- Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen,
- Zustimmung und Beitritt der Bundesrepublik zu allen Vereinbarungen, die zum Verzicht auf Gewalt führen,
- Initiative der Bundesrepublik zu Verhandlungen über ein atomwaffenfreies, militärisch verdünntes Sicherheitssystem in Mitteleuropa.

Aus dem Grundsatzprogramm der SPD

„. . . Die Sozialdemokratische Partei fordert die völkerrechtliche Ächtung der Massenvernichtungsmittel auf der ganzen Welt. Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden dürfen. . . ."

Wir erklären: Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik: dem Frieden der Welt zu dienen. Eine Politik der Abrüstung in Mitteleuropa kann verhindern, daß der demokratische Stil unseres Landes durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen abgebaut wird.

Wir bitten alle Mitbürger:

- Unterstützen Sie öffentlich unsere Vorschläge!
- Arbeiten Sie mit in unserer Kampagne, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist und keine einseitige Stellungnahme im Kalten Krieg kennt!

Unterstützung

Der Aufruf zum Ostermarsch 1964 fand bisher eine breite Unterstützung von prominenten Bürgern unseres Landes. Über 6000 haben bisher unterschrieben. Unter ihnen befinden sich vorwiegend Professoren, Schriftsteller, Publizisten, Intendanten, Regisseure, Schauspieler, Studienräte, Musiker, Komponisten, Gewerkschafter, Betriebsräte, Stadtverordnete, Pfarrer, Juristen, Jugendleiter und viele andere Gruppen des gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens. Einige wenige Namen seien repräsentativ für die über 6000 Unterzeichner aufgeführt:

Ilse Aichinger; Dr. Günter Anders; Karl Appermann; Prof. Dr. Ernst Bloch; Günter Eich; Hans-Magnus Enzensberger; Prof. Dr. Friedrich Heer; Trude Hesterberg; Prof. Dr. Hans Joachim Heydorn; Rolf Hochhut; K. F. Hübsche; Marie Luise von Kaschnitz; A. Kiekebusch; Hans Hermann Köper; Aenne Kolb; Erich Kuby; Karl Meyer-Amery; Hans A. Nikel; Prof. Dr. Otto Pankock; Dr. Fritz J. Radatz; Olaf Radke; Paul Schallück; Dr. Gerhard Szczesny; Gerhard Zwerenz.

D. Martin Niemöller

„. . . Wir rüsten uns jetzt für die Ostermärsche 1964, und wir dürfen und sollen das mit großer Zuversicht tun . . ."

„. . . Wir wollen Menschen und Völker davon überzeugen, daß die Anwendung von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Menschlichkeit ist, dem sich alle Menschen entgegenstellen müssen. Das ist mit jedem Jahr deutlicher und wirksamer geworden, und so sollen auch die Ostermärsche 1964 einen Schritt vorwärts bedeuten . . ."

- Machen Sie den Ostermarsch 1964 zu einem Höhepunkt der Kampagne für Abrüstung!

Eine starke Volksbewegung für Abrüstung kann weitere Schritte zu einer internationalen Friedensordnung vorbereiten. Der Friede kann erreicht und gesichert werden, wenn alle Menschen guten Willens ihr Verlangen nach Abrüstung in allen Bereichen der Gesellschaft durchsetzen.

Institut für Zeitgeschichte München

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch
der Atomwaffengegner

ED 718-23-280

Dr. Andreas Buro 8 München 55 Andreas-Vöst-Straße 5 Fernruf 18361

Zentraler Ausschuß
Geschäftsführung

Postscheck Hannover 239648
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto Braunschweig

~ 20. 3. 64
24. 3. 64

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch in der SPD wird über die Aktionen und Ziele der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - diskutiert. Einige Ortsverein- und Jungsozialisten-Konferenzen haben bereits zustimmende Beschlüsse gefaßt.

Bis heute warnt jedoch der Parteivorstand vor einer Beteiligung an den Ostermärschen und der Parlamentarische Politische Pressedienst äußert sich in diffamierender Weise. Wir gingen davon aus, daß diese Äußerungen auf Mißverständnissen und falschen Informationen beruhten. Deshalb haben wir den Parteivorstand am 22.11.63 um eine Aussprache gebeten. Eine Abschrift unseres Briefes legen wir bei.

Bis heute ist keine Antwort bei uns eingegangen, obwohl wir zweimal in höflicher Form daran erinnert haben. Dieses Schweigen widerspricht den einfachen Formen der Höflichkeit und verstärkt unsere Überzeugung, daß die Argumente gegen die Kampagne für Abrüstung auf schwachen Füssen stehen.

Viele Sozialdemokraten und Gewerkschaftler gehören zu den Unterzeichnern unseres Aufrufes und zu den Teilnehmern am Ostermarsch, der sich gegen Atomwaffen in Ost und West und gegen eine multilaterale Atomflotte wendet und für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa eintritt. Diese Forderungen entsprechen der Zielsetzung des Godesberger Grundsatz-Programmes der SPD, aus dem wir hier zitieren:

"Die Bundesrepublik Deutschland darf atomare und andere Massenvernichtungsmittel weder herstellen noch verwenden. Die SPD erstrebt die Einbeziehung ganz Deutschlands in

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Köpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maier, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, D. E. Wolf.

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg/Holstein, Manhagener Allee 33, Fernruf 48 76

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

eine europäische Zone der Entspannung und der kontrollierten Begrenzung der Rüstung, die im Zuge der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit von fremden Truppen geräumt wird und in der Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel weder hergestellt, noch gelagert oder verwendet werden dürfen."

Wir bitten Sie, alle herabsetzenden Verlautbarungen über die Kampagne für Abrüstung kritisch zu prüfen, auch neutrales Material bei Ihrer Entscheidung zu berücksichtigen und innerhalb der SPD dafür einzutreten, daß ein Verhältnis zur Kampagne geschaffen wird, das die Verwirklichung der gemeinsamen Ziele ermöglicht und der Mitarbeit vieler Sozialdemokraten und Gewerkschaftler in der Kampagne entspricht.

Wir sind jederzeit bereit, Ihnen Unterlagen über unsere Aktionen und Ziele zu übersenden und Ihnen Auskünfte über besondere Fragen zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER
Zentraler Ausschuß

gez. Dr. Andreas Buro

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-281

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner
Der Sprecher: Hans-Konrad Tempel, Ahrensburg, Manhagener Allee 33

A b s c h r i f t :

An das
Parteipräsidium der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
B o n n / Rhein

Sehr geehrte Herren!

Ihren Beschluß über die Ostermarsch-Bewegung haben wir mit großem Erstaunen gelesen. Gerade von der Sozialdemokratischen Partei, die in unserer Gesellschaft eine bedeutende staatspolitische Funktion zu erfüllen hat, haben wir nach den Irrtümern und Entstellungen der vergangenen Jahre jetzt eine Stellungnahme erwartet, die den Tatsachen entspricht und belegbar ist.

Wir möchten betonen, daß wir uns nicht anmaßen, irgendeiner Gruppe unserer Gesellschaft das Recht zu bestreiten, der Kampagne für Abrüstung ablehnend gegenüberzustehen; aber wir verlangen in der politischen Auseinandersetzung - auch von der Sozialdemokratischen Partei - Anstand und Sachlichkeit.

Wir wollen nicht unterstellen, daß das Parteipräsidium absichtlich auf Anstand und Sachlichkeit verzichtet hat, und müssen deshalb schließen, daß es nicht richtig und nicht vollständig informiert gewesen ist, als es den Beschluß gefaßt hat.

Wir erlauben uns, den im "Vorwärts", in der "Bonner Depesche" und an anderer Stelle veröffentlichten Wortlaut für authentisch zu halten und auf seine sachliche Richtigkeit hin zu prüfen:

1. "Obwohl die Ostermarsch-Bewegung in letzter Zeit Verlautbarungen gegen die atomare Rüstung in Ost und West veröffentlicht hat. . ."

Richtig ist, daß wir vom ersten Marsch (1960) an bis heute in unseren politischen Äußerungen gleichermaßen die Atomrüstungs- und Gewaltpolitik des Ostens wie des Westens kritisiert haben, wie unsere Flugblätter und sonstigen Veröffentlichungen beweisen. Die Kampagne hat z.B. nicht aus taktischen Gründen auch gegen die sowjetischen wie gegen die amerikanischen Tests protestiert, sondern aus einer grundsätzlichen Ablehnung j e d e r Politik der atomaren Stärke und Gewaltandrohung.

2. " . . ist ihre Argumentation doch weitgehend einseitig gegen westliche Verteidigungsmaßnahmen gerichtet . ."

Richtig ist, daß wir grundsätzlich k e i n e einseitige Stellungnahme im kalten Krieg abgegeben haben und abgeben werden und daß unsere Argumentation sich stets gegen die "Verteidigungsmaßnahmen" beider Machtblöcke gerichtet hat.

Richtig ist, daß wir zuerst bei uns etwas zu ändern versuchen, statt zuerst auf die anderen zu zeigen, wie es weitgehend in beiden Lagern Brauch geworden ist.

Richtig ist, daß wir als Bürger der Bundesrepublik die Verpflichtung und das Recht haben, mit größerer Anstrengung die eigene Regierung zu einer Politik der Entspannung und Abrüstung zu bewegen, als irgendeine fremde Regierung.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

3. " . . . während militärische Maßnahmen der Sowjetunion "mit Verständnis" kommentiert werden."

Richtig ist, daß der Zentrale Ausschuß, das Führungsgremium der Kampagne, keinen einzigen Beschluß gefaßt und keine einzige Erklärung veröffentlicht hat, in denen militärische Maßnahmen der einen oder anderen Seite mit Verständnis kommentiert worden sind. Auch in unserer regelmäßigen Publikation, den "Informationen zur Abrüstung", ist bisher kein einziger Kommentar erschienen, in dem diesbezügliche Aussagen gemacht worden sind. Das Zitat "mit Verständnis" stammt - entgegen Ihrer Unterstellung - nicht von uns.

4. "Hinzu kommt, daß diese Bewegung mehrfach die Haltung der Sowjetunion in Fragen der Wiedervereinigung und Berlins unterstützt und sich so gegen deutsche Interessen gewendet hat."

Richtig ist, daß die Kampagne bisher kein einziges Mal zur Deutschland-Politik irgendeines Staates - also auch nicht der Sowjetunion - Stellung genommen hat unddaß auch das Berlin-Problem kein einziges Mal von uns auch nur gestreift worden ist.

Richtig ist, daß die Kampagne sich ihrer Aufgabe entsprechend zum Brückenschlag zwischen den Blöcken bekennt ("Mitteleuropa - Brücke zwischen Ost und West") und sich bemüht, die gemeinsamen Interessen aller europäischen Völker aufzuzeigen.

Auch die Europäische Föderation gegen Atomrüstung und ihre bedeutendste nationale Gruppe, die britische Campaign for Nuclear Disarmament, vertreten ähnliche, wenn nicht dieselben Standpunkte in den genannten Fragen. Mitglied der Europäischen Föderation ist auch die von der SPD ins Leben gerufene Bewegung "Kampf dem Atomtod".

Es ist für uns nicht ganz erklärlich, daß das Parteipräsidium nicht mit einem einzigen Wort zu unserer zentralen Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa Stellung genommen hat,

* obwohl dieser Punkt im Godesberger Programm enthalten ist und
* obwohl auch mit den Stimmen der SPD-Vertreter auf Tagungen der Interparlamentarischen Union in Belgrad und der Sozialistischen Internationale in Brüssel atomwaffenfreie Zonen gefordert worden sind.

Wir sind in der Lage, die in den 4 Punkten von uns gegebene Darstellung im einzelnen mit Dokumenten zu belegen, und bitten Sie hiermit um ein Gespräch, damit wir gemeinsam weiteren Mißverständnissen entgegenwirken und die Voraussetzungen für eine Berichtigung Ihrer irrtümlich geäußerten Annahmen schaffen können.

Wir würden uns freuen, wenn uns Ihre Antwort innerhalb der nächsten drei Wochen erreichte, damit wir keine weiteren Überlegungen anzustellen brauchen, um eine wahrheitsgemäße Darstellung zu erreichen.

am 22. 11. 63.

Hochachtungsvoll

Kampagne für Abrüstung

gez. Hans-Konrad Tempel

Institut für Zeitgeschichte. Archiv

ED 718-23-282

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648

24. 3. 64

An die Herren Redakteure und die Presse in Hessen

Sehr verehrte Damen und Herren,

der Hessische Ausschuß der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - veranstaltet auch in diesem Jahr wieder einen Ostermarsch gegen Atomwaffen und für Abrüstung und Entspannung in Ost und West. Wir geben Ihnen im Folgenden einige Hinweise über den Marsch, der 1964 von Wiesbaden zum Frankfurter Römer führt. Wir glauben, daß Sie mit diesem Material in der Lage sind, Ihre Leser zu informieren und vermitteln Ihnen darüber hinaus einen genauen Terminplan, damit es Ihnen auf Wunsch möglich ist, an einem Ihnen am günstigsten erscheinenden Zeitpunkt den Marsch oder eine Kundgebung zu besuchen.

Soweit uns Material zur Verfügung stand, das für Sie örtlich besonders interessant sein dürfte, haben wir es unseren allgemeinen Informationen angefügt.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack

(Klaus Vack)

OSTERMARSCH 64 VON WIESBADEN ZUM FRANKFURTER RÖMER

19 MÄRSCHE GEGEN ATOMWAFFEN VERANSTALTET DIE 'KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG' AM DIESJÄHRIGEN OSTERFEST. DIE GROSSEN SCHLUSSKUNDGEBUNGEN FINDEN AM OSTERMONTAG STATT IN HAMBURG, BREMEN, HANNOVER, DORTMUND, FRANKFURT, MANNHEIM, STUTTGART, NÜRNBERG UND MÜNCHEN. IN HESSEN DEMONSTRIEREN DIE ATOMWAFFENGEGNER VON OSTERSAMSTAG BIS OSTERMONTAG VON DER LANDESHAUPTSTADT WIESBADEN ZUM FRANKFURTER RÖMERBERG ÜBER EINE STRECKE VON 82 KM. BEI DER SCHLUSSKUNDGEBUNG AUF DEM FRANKFURTER RÖMERBERG WERDEN U.A. KIRCHENPRÄSIDENT D MARTIN NIEMÖLLER UND DER BRITISCHE UNTERHAUSABGEORDNETE FRANK ALLAUN SPRECHEN.

Es gibt für den Bürger, der das ganze Jahr seiner Arbeit nachgeht, viele Möglichkeiten, die Ostertage zu verbringen. Die einen machen ihre erste Reise an die Rivera, die anderen ihre letzte Skitour nach den Alpen. Der geplagte Manager wird im Liegestuhl die ersten Sonnenstrahlen genießen, der kleine Mann erholt sich bei kurzen Spaziergängen. Lange Autokolonnen und Jugendgruppen, bereit zur ersten Fahrt, werden die Straßen beleben.

Eine große Zahl, vorwiegend junger Menschen, wird an diesen Ostertagen wieder das Pflaster der Straßen in der Bundesrepublik treten und dabei mit Schildern, Transparenten, Liedern und Kundgebungen für eine Welt ohne Furcht agitieren. Die Atomwaffengegner

Verantwortlich: Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
(Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648)
Postscheckkonto: Ffm. 57 648, Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach am Main, Konto Nr. 740 294

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-283

werden in diesem Jahr 19 Ostermärsche mit über 50 Kundgebungen, darunter neun großen Schlußkundgebungen veranstalten.

Der Hessische Marsch führt von der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Frankfurter Römer. In den vergangenen Jahren war man 1961 von Miltenberg, 1962 von Giessen, 1963 von Darmstadt jeweils nach Frankfurt gelaufen.

Der Ostermarsch der Atomwaffengegner steht in diesem Jahr unter dem Motto 'Mitteleuropa atomwaffenfrei, Mitteleuropa Entspannungszone, Mitteleuropa Brücke zwischen Ost und West'. Man unterstützt den Friedensplan des UN-Generalsekretärs, der weitere Möglichkeiten einer Abrüstungspolitik aufzeigt. Dieser Plan sieht vor: Beendigung der Atomwaffentests auch unter der Erde; Verbot der Verwendung von Nuklearwaffen im Kriege; Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen; Verträge über atomwaffenfreie Zonen.

Von der Bundesregierung wünschen die Atomwaffengegner, daß die Bundesrepublik Deutschland auf die Beteiligung einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen verzichtet. Es werden von der Bundesregierung Initativen der Bundesrepublik zu Verhandlungen über ein atomwaffenfreies militärisch verdünntes Sicherheitssystem in Mitteleuropa und die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung gefordert.

Auf ihren Trageschildern und Transparenten haben die Atomwaffengegner Forderungen geschrieben wie: Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie; Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation; Statt Atomwaffen Brot für die Welt; Mit der UNO für Abrüstung; Nicht Grundgesetz ändern, Politik ändern; Freundschaft mit Frankreich aber ohne die Bombe; Völker in Ost und West, stoppt die Rüstung Eurer Regierung; Für atomwaffenfreie Zonen - gegen miltilaterale Atommacht; Keine Atomwaffen auf deutschem Boden; Das Grundgesetz fordert: 'dem Frieden der Welt zu dienen'.

Eröffnet wird der Hessische Ostermarsch mit einer Kundgebung am Ostersamstag um 9 Uhr auf den Elsässerplatz in Wiesbaden. Dort werden Prof. Dr. theol. Hans Bartsch von der Frankfurter Johann-Wolfgang-von-Goethe-Universität sowie der Leiter des Hessischen Ostermarsches, Klaus Vack, sprechen. Vom Elsässerplatz nimmt die Demonstration über Biebrich das erste Stück ihrer Marschstrecke. Auf dem 'Brand', einem traditionsreichen Platz im Herzen der Stadt Mainz, findet eine Zwischenkundgebung statt. Dort sprechen der Bundesjugendleiter der deutschen Naturfreundejugend, Herbert Faller, sowie Pfarrer Horst Symanowski, der Vorsitzende des Mainzer Ostermarsch-Ausschusses.

Mittagsrast machen die Marschteilnehmer am Mainzer Rheinufer, wo sie ihre erste gemeinsame Mahlzeit einnehmen. Das Essen wird von einer Frankfurter Großküche geliefert.

Am Nachmittag verläuft die Demonstration über Kostheim, Gustavsburg, Bischofsheim, Rüsselsheim nach Mörfelden. Im Volkshaus Mörfelden werden die Marschteilnehmer und Gäste aus der Bevölkerung ein politisches Kabarett-Programm des Frankfurter Resistenz-Theaters 'Die Meininger' sehen. Übernachtet wird im Volkshaus mit Schlafsäcken und Luftmatratzen.

Da viele Christen an dem Ostermarsch teilnehmen - die Kampagne für Abrüstung wird von fast 1000 evangelischen Pfarrern unterstützt - hält der Gemeindepfarrer Oeser am Ostersonntagmorgen einen

Institut für soziale Bewegungen Archiv

ED718-23-284

Gottesdienst für die Marschteilnehmer. Anschließend führt der Demonstrationszug von Mörfelden über Langen, Sprendlingen, Neu Isenburg nach Offenbach. Die Mittagsrast wird beim Naturfreundehaus Neu Isenburg eingelegt, wo zu einer kurzen Kundgebung Sympathiegrüsse durch prominente Bürger der Gemeinde übermittelt werden.

Die Lederstadt Offenbach ist Endstation des zweiten Marschtages. In der großen Aula der Rudolf-Koch-Schule werden bei einer Kundgebung Rudolf Rolfs, der Leiter des Frankfurter Kabaretts 'Die Schmiere', Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn und der Frankfurter Gewerkschaftssekretär, Sepp Sigulla, sprechen.

Die Marschteilnehmer übernachten im Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe, von wo der Marsch am Morgen des dritten Tages fortgesetzt wird. Viele Bürger aus Offenbach, Frankfurt und dem gesamten Rhein-Main-Gebiet werden sich der Demonstration am letzten Marschtag anschließen. Es geht durch die Offenbacher Innenstadt, über die Landesgrenze, durch Oberrad über die Main-Brücke zum Ostpark. Dort werden während der Mittagsrast tausende Luftballons mit Grußkarten für die Finder aufsteigen, die gebeten werden, die Forderungen der Atomwaffengegner zu unterstützen.

Nach der Mittagspause führt der Marsch weiter zum Römerberg, wo man gegen 15 Uhr ankommen wird.

Die Kundgebung auf dem Römerberg soll als eine große eindrucksvolle Veranstaltung den Ostermarsch 64 abschließen. Weltkirchenratspräsident D Martin Niemöller, der britische Labour-Abgeordnete, Frank Allaun, der Schriftsteller und Publizist, Erich Kuby sowie der Frankfurter Gewerkschaftssekretär, Günter Schwarz, werden sprechen.

Natürlich werden die Ostermarschierer keine genüßlichen Ansprüche an das Osterfest stellen. Ihre Unterkunft erfolgt in Notquartieren, das Essen ist einfach, sicher wird es Blasen und Muskelkater geben und ab und zu einige Regenschauer. Dazu zahlen alle Teilnehmer des Marsches eine Gebühr von DM 20.-- womit die Unkosten für Vorbereitung und Durchführung gedeckt werden. Dennoch werden die Ostermärsche in Deutschland, wie in allen Ländern, das Bild von lebensbejahrenden Menschen zeigen. Ein Slogan lautet: 'Die Bombe muß weg - wir wollen leben'. Skiffle-Groups, Jazzband, Kabarett- und Kulturgruppen wirken mit. Die Ostermarschlieder, aus dem englischen übersetzt oder von Deutschen geschrieben, werden den Kampf gegen die Bombe genauso zum Ausdruck bringen wie die Transparente, Flugblätter und Reden.

P.S.: Wir weisen darauf hin, daß Sie der beigefügten Flugschrift 'stop' die Marschskizze zum kostenfreien Abdruck entnehmen können.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-285

Route für den Ostermarsch der Atomwaffengegner vom 28.-30.3.1964

Ostersamstag (28.3.1964)

Wiesbaden	Beginn 9 Uhr Elsässerplatz Kundgebung. Es sprechen: Prof. Dr. theol. Hans Bartsch, Klaus Vack
	Göbenstraße Mittelallee Bismarckring Mittelallee Kaiser-Friedrich-Ring Moritzstraße
Wiesb.-Biebrich	Biebricher Allee (Westseite) Kasteller Straße Wiesbadener Straße Brücke nach Mainz
Mainz	Große Bleiche Flachsmarktstraße Schustersstraße Schöffenstraße Höfchen Brand
	Kundgebung auf dem Brand um 13 Uhr es sprechen: Herbert Faller, Pfarrer Symanowski
	Liebfrauenplatz Fischtorplatz Rheinstraße
Kostheim	Philippsring Kostheimer Landstraße Hauptstraße Mainbrücke
Gustavsburg	Darmstädter Landstraße (B 26)
Bischofsheim	Mainzer Straße Frankfurter Straße Bahnhofsrampe Böckler-Siedlung Rüsselsheimer Straße (Radweg)
Rüsselsheim	Mainzer Straße Friedensplatz Marktplatz
	Von hier Busfahrt nach Mörfelden
Mörfelden	Volkshaus
	Abendveranstaltung im Volkshaus 20 Uhr; Übernachtung im Volkshaus

Ostersonntag (29.3.1964)

Volkshaus
Ringstraße
Bahnhofstraße
Hermannstraße
Frankfurter Straße
Heinestraße
Liebknechtstraße
Hochstraße
Langener Straße

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-286

Langen
Bahnstraße
Lutherplatz
Lutherstraße
Gabelsberger Straße
Frankfurter Straße (B3)

Sprendlingen
B 3

Neu Isenburg
B 3
Frankfurter Straße
Karlstraße
Bansastraße
Gravenbruchring
B 46

Offenbach
Sprendlinger Landstraße
Darmstädter Straße
Marienstraße
Unterführung am Hauptbahnhof
Bismarckstraße
Kaiserstraße
Frankfurter Straße
Schloßstraße
Rudolf-Koch-Schule

Kundgebung um 17 Uhr
es sprechen: Rudolf Rolfs, Sepp Sigulla
und Prof. Dr. H.J. Heydorn

Übernachtung im Naturfreundehaus Rosenhöhe

<u>Ostermontag (30.3.1964)</u>

Naturfreundehaus
Gravenbruchweg
Senefelderstraße
Odenwaldring
Sprendlinger Landstraße
Starkenburgring
Friedrichsring
Waldstraße
Feldstraße
Karlstraße
Bieberer Straße
Marktplatz
Frankfurter Straße
Stadtgrenze

Frankfurt
Offenbacher Landstraße
Siemensstraße
Seehofstraße
Wasserweg
Deutschherrnufer
rechts Obermainbrücke
rechts Oskar-von-Miller-Straße
links Obermainstraße
links Ostendstraße
rechts Friedberger Anlage
Uhrtürmchen
Zeil
Friedberger Anlage
rechts Bergerstraße
Spessartring
Saalburgallee

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-287

Frankfurt

Ratsweg
Ostpark

Mittagsraut zwischen 12.30 - 13.30 Uhr

Saalburgallee
links Am Buchwald
rechts Bornheimer Landwehr
links Würzburger Straße
rechts Scheidswaldstraße
links Arnsburger Straße
Sandweg
rechts Zeil
Hauptwache über Fußgängerüberweg
links Liebfrauenstraße
Neue Kräme
Römerberg

Schlußkundgebung 15 Uhr
es sprechen: Frank Allaun, Erich Kuby,
Kirchenpräsident D. Martin Niemöller

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-288

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648

24. 3. 64

Queridos compañeros españoles!

En el caso de que se declare fuego en una casa, los habitantes de ella no pueden preguntarse uno a otro: En qué piso vives tú, a qué familia perteneces, de qué creencias religiosas o políticas eres partidario. Si no quieren quemarse todos juntos, deben inmediatamente tomar las medidas necesarias para apagar lo antes posible el fuego que se ha declarado.

Tanto en Oriente como en Occidente hay multitud de proyectiles atómicos y bombaderos dispuestos para el ataque. Basta ponerles en movimiento para que instantaneamente quedemos todos aniquilados, los del Este y los Oeste, los del Norte y los del Sur.

Vosotros, queridos compañeros, sabeis de la misma forma que nosotros, con qué rapidez puede declararse una tal catástrofe.

La paz en Europa no esta asegurada duraderamente. Es necesario el desarme para que podamos tener segura la paz. Ha de hacerse desaparecer el armamento atómico para que podamos vivir conjuntamente en paz.

Muchos ciudadanos de este pais se han puesto de acuerdo para una 'Campaña contra el desarme'. Queremos obligar a nuestro Gobierno y a nuestro Parlamento para que tenga en cuenta las siguientes medidas concretas con respecto al desarme:

Como primer paso han de llevarse a realidad los siguientes puntos:

- o ningun armamento atómico en suelo alemán
- o una zona libre de armas atómicas en el Centro de Europa
- o Terminación de la participación en la carrera de armamento

En la Pascua de 1964 la 'Campaña contra el desarme' prepara marchas de protesta en todas las regiones de la República Federal.

Más de 4.000 intelectuales, sindicalistas, escritores, y personas religiosas, hujeres y hombres procedentes de todas las esferas del pueblo, han hecho un llamamiento a la participación en estas marchas de Pascuas.

Nosotros invitamos a todos nuestros compañeros españoles, para que tomen parte en esta gran manifestación.

En Hessen comienza la Marcha el Sabado, dia 28 de Marzo de 1964, a las 10.00 horas, en Wiesbaden.

El cierre de la Marcha se hace en Frankfurt, en la plaza del Ayuntamiento, Römerberg.

Tomad Todos parte en la Manifestacion contra las bombas atomicas en occidente y oriente. Solidaricemonos internacionalmente en la lucha por la paz.

Verantwortlich: Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
(Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648)
Postscheckkonto: Ffm. 57 648, Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach am Main, Konto Nr. 740 294

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-189

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648

24.3.64

Cari Amici Italiani,

Quando per una casa c'è pericolo immediato d'incendio gli abitanti della stessa non stanno a domandarsi in quale piano essi abitino, a quale famiglia essi appartengano, quale sia la loro fede o quali le loro convinzioni politiche. Se gli inquilini non vogliono bruciare vivi tutti assieme, dovranno cercare di eliminare il pericolo per la loro abitazione, senza perder tempo a fare inutili domande.

Innumerevoli razzi atomici e apparecchi da bombardamento sono pronti sia all'est sia all'ovest. Se essi partiranno bruceremo tutti in qualunque parte abitiamo.

Cari amici, Voi sapete altrettanto bene come noi con quale rapidità può accadere una tale catastrofe.

La pace in Europa non è assicurata per lungo tempo. Bisogna disarmare affinchè la pace venga mantenuta. Le armi nucleari devono essere eliminate se si vuole che i popoli vivano in concordia.

Molti aderenti di questo paese si sono riuniti nella 'Campagna per il disarmo'. Vogliamo far sì che il nostro governo ed il nostro parlamento prendano delle misure concrete per il disarmo e la distensione.

Come primi passi desideriamo: nessuna arma atomica sul territorio tedesco; una zona libera da armi atomiche nell' Europa Centrale; fine della partecipazione all'armamento.

La 'Campagna per il disarmo' organizza nel tempo di Pasqua 1964, in tutte le regioni della Repubblica Federale Tedesca, delle marce di dimostrazione e dei comizi allo scopo di raggiungere questi fini.

Più di 4000 scienziati, sindacalisti, scrittori e membri del clero, uomini e donne appartenenti a tutti i ceti del nostro popolo hanno invitato a partecipare a queste marce pasquali.

Noi invitiamo tutti gli amici Italiani a prender parte a questa grande azione.

Nel territorio dell'Assia la marcia comincerà sabato 28 marzo 1964 alle ore 10 a Wiesbaden.

Il comizio finale avrà luogo il 29 marzo alle ore 15 sulla piazza Römerberg di Francoforte sul Meno.

Partecipate tutti: solidarietà nella lotta per la pace.

Verantwortlich: Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
(Geschäftsführer: Klaus Vack, 605 Offenbach am Main 4, Waldstraße 99, Postfach 648)
Postscheckkonto: Ffm. 57 648, Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach am Main, Konto Nr. 740 294

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

Absender:

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Kampagne für Abrüstung
Hessischer Ausschuß
605 Offenbach (Main)
Waldstrasse 93 – Postfach 848
Postscheck Frankfurt/M. Konto 57 648

Postscheck 57 648 T.fm.

Bank

Empfänger:
Herrn
Horst Mainer ED718-23-290
6 F.-Schwanh.
Am Rühestein 43

Zahlungsbedingungen

Ihre Bestellung vom

Rechnung Nr. 428 Datum 24.3.64

25.4.64

30 x)	Förderhaus à 2.- 2.-		60.-
	gez. Poko	6,-	22.9.64
		40,-	14.5.65
		10,-	6.6.65
		4,-	21.10.65
		60,-	

in Kommission!

x) 2.- (keine anbei!?)

eingeg. ✓

Die gelieferte Ware bleibt bis zur vollständigen Bezahlung Eigentum des Lieferanten.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ED718-23-291

pressedienst
nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

22.3.64
24.3.64

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner", Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Ostermarsch-Revue und Fackelzug

Am gestrigen Samstagnachmittag trafen sich mehrere hundert Atomwaffengegner im Frankfurter Rathauskasino zu einer Ostermarsch-Revue. Songs gegen die Bombe, heiße Jazz-Rhythmen, politische Referate und Interviews mit Frankfurter Bürgern, die den Aufruf zum Ostermarsch 1964 unterzeichnet haben, sollten den Auftakt geben für den Ostermarsch 1964, der in Hessen von Wiesbaden zum Frankfurter Römer führt.

Besonders guten Anklang fanden die Sängerin Fasia Janssen und der Chanson-Sänger Dieter Süverkrüp, die einige neue Ostermarschlieder vortrugen. In einem dieser Lieder wird der Polizei ein Lob ausgesprochen, in dem es heißt: 'Die Polizei marschiert an unsrer Seite, die Polizei,sie hat genau kapiert, die Polizei, sie gibt uns das Geleite, sie hat kapiert, wohin der Atom-Wahnsinn führt. Der Polizei ein Osterei, die Polizei ist auch dabei. Die Polizei dein Freund und Helfer,sie ist auch dieses Jahr dabei.'

Als Redner traten der Frankfurter Gewerkschafter Günter Schwarz auf sowie der Friedberger Theologie-Professor, Dr. Linke, die als Leiterin des Frankfurter Frauengefängnisses bekannte Frau Dr. Helga Einsele.

In einem Interview erläuterten der Schriftsteller Henri Jäger und Pfarrer Heinz Andres, warum sie den Aufruf für den Ostermarsch 1964 unterzeichnet haben. Ebenfalls für ein Interview stellte sich der Delegierte der IG-Metall-Konferenz Volkmar Heusel zur Verfügung und erklärte, daß wenige Stunden vorher die IG-Metall-Konferenz einen positiven Beschluß zur Kampagne für Abrüstung verabschiedet habe.

Insgesamt wirkten an der Revue vier Skiffle-Groups mit, die alle aus den Reihen der Ostermarsch-Anhänger entstanden sind und zwar die Gruppen aus Mörfelden, Urberach, Ginsheim und Frankfurt-Niederrad.

Im Anschluß an die Revue demonstrierten die Atomwaffengegner in einem Fackelzug durch die Frankfurter Innenstadt. Ein großes Transparent forderte die Frankfurter Bevölkerung zur Teilnahme am Ostermarsch 1964 und besonders zur Beteiligung an der großen Abschlußkundgebung am Ostermontag auf dem Frankfurter Römerberg auf. Darüber hinaus wurden politische Parolen mitgeführt. wie:

- 2 -

herausgeber: „ostermarsch der atomwaffengegner", hessischer ausschuß, 605 offenbach (main), waldstraße 99
ruf: 883764, postscheckkonto: ffm. 57648

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie; Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation; Statt Atomwaffen Brot für die Welt; Mit der UNO für Abrüstung; Nicht Grundgesätz ändern, Politik ändern; Freundschaft mit Frankreich, aber ohne die Bombe; Völker in Ost und West stoppt die Rüstung Eurer Regierung; Für atomwaffenfreie Zonen, gegen multilaterale Atommacht; Bonn braucht eine Abrüstungsbehörde; Keine Atomwaffen auf deutschem Boden.

In einer kurzen Ansprache zum Abschluß der Demonstration berief sich der Veranstaltungsleiter, Heiner Halberstadt, auf das Wort eines Politikers, der sagte: 'Wenn Du Dich fürchtest, bewaffne Dich, bist Du mutig, dann rüste ab.' Halberstadt sagte, die Atomwaffengegner hätten den Mut, in einer Welt voller Furcht und Spannungen für eine friedliche Politik der Entspannung, Abrüstung und des Friedens zu wirken. Es sei an der Zeit, daß gerade die Regierung der Bundesrepublik einmal ernsthaft über die Forderungen der Kampagne für Abrüstung nachdenke, denn diese Forderungen stimmten überein mit dem Friedensplan des Generalsekretärs der UN und mit den politischen Forderungen vieler prominenter Politiker in West und Ost.

Ostermarsch-Seminar

Im evangelischen Jugendzentrum in Höchst (Odenwald) wurde von der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - vom 20. - 22. März 1964 ein Seminar veranstaltet, an dem rd. 40 vorwiegend jugendliche Teilnehmer aus den verschiedensten Gruppierungen, die die Ostermarschbewegung tragen, mitwirkten. Es wurde diskutiert über die politische Entwicklung nach 1945, über die verschiedensten Abrüstungsvorschläge und Möglichkeiten sowie über Probleme der Abrüstung wie Abrüstungskontrolle, die Entflechtung von Wirtschaft und Rüstung, Regelung von Streitfragen zwischen den Staaten und Weltpolizei der UNO. Als Referenten wirkten mit: Gerhard Grüning, Heiner Halberstadt und Dr. Fritz Krapp.

Offenbach (Main), 22. März 1964 - Vack

24. 3. 64

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

OM-Libivortrag (-63) 23.3.64

ROLFS-Bemerkungen:

[illegible] ??

ED718-23-292

[illegible] !!

Dehler, Kohut / FDP ✓

Kritik aushalten !?!

Abzeichen / [illegible] ✓ [illegible] !!

↓ AFN-Empfang!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-293

Keine Mopeds!

„Keine Mätzchen!"

Keine Vereinsmalerei —

Gegner / Dishun. Zwingen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-294

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 20.3.1964
Waldstr. 99, Postfach 648

23.3.64

Liebe Freunde,

wir laden ein zu einer Veranstaltung für unsere Frankfurter Anhänger am Montag, 23. März 1964, 20 Uhr im Haus der Jugend, Filmsaal.

Es werden sprechen: Pfarrer Rudolf Farr
Rudolf Rolfs, Leiter der Frankfurter Schmiere

Außerdem wird der Lichtbildervortrag vom Ostermarsch 63 gezeigt, der in Bild und Ton noch einmal die Zielsetzung des vorjährigen Marsches und vor allen Dingen auch das mit dem Marsch verbundene Erlebnis in die Erinnerung zurückruft.

Wir nehmen an, daß diese Veranstaltung so kurz vor Ostern, unseren Freunden und Mitarbeitern der vergangenen Jahre und auch denen, die in diesem Jahr zu uns gestoßen sind, die richtige Stimmung und die notwendige Kraft für unseren Ostermarsch 1964 geben wird.

Bitte bringen Sie auch Ihre Freunde und Bekannten mit. Selbst dann, wenn sie nicht bereit sind, für unser politischen Anliegen einzutreten, wird dieser Abend für sie sehr interessant und erlebnisreich sein, sodaß wir auf diesem Weg wieder den einen oder anderen Unterstützer oder auch Anhänger finden können.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.: Rudolf Farr
gez.: Klaus Vack

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-295

Mach mit beim Ostermarsch 64

von Wiesbaden zum Frankfurter Römer

~ 20.3.64

Informationsmaterial:

Geschäftsstelle für Hessen, 605 Offenbach (Main), Waldstr. 99

QRAWO-Druck, Offenbach (Main) · Verantwortlich: Klaus Vack, Offenbach (Main)

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-295a

I pagne für Abrüstung
C ermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 19. März 1964
Waldstr, 99, Postfach 648

20.3.64

An die Örtlichen Ausschüsse und
den Hessischen Ausschuß

Liebe Freunde,

kurz vor Ostern noch einige wichtige Dinge, die wir Ihnen mitteilen müssen.

1) Wir laden zu einer gemeinsamen Sitzung (Örtliche Ausschüsse und Hessischer Ausschuß) am Dienstag, 24. März 1964, 18 Uhr in das Haus der Jugend, Frankfurt, Eingang Alte Rittergasse, ein. (Fragen Sie beim Pförtner bitte nach einem von der Naturfreundejugend reservierten Tagungsraum). Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:
   1) Bericht über die Örtlichen Aktionen
   2) Bericht über die letzte Sitzung des Zentralen Ausschusses
   3) Letze Vorbereitungen und Durchführung des OM 64
   4) Verschiedenes

   Wir halten es für dringend erforderlich, daß alle Örtlichen Ausschüsse und die Mitglieder des Hessischen Ausschusses an dieser letzten Sitzung vor Ostern teilnehmen.

2) Wie alle Jahre vor Ostern werden auch in diesen Wochen die Kampagne für Abrüstung und insbesondere der Ostermarsch der verschiedensten Betrachtungen gewürdigt. So ist zum Beispiel eine diffamierende Broschüre 'Ostermarsch-Betrachtungen' herausgebracht worden, die in großer Breite auch unter den OM-Anhängern verteilt wird. Außerdem geht diese Broschüre an Stellen der SPD, des DGB und an die Presse. Überall, wo in den Zeitungen über die Broschüre 'Ostermarsch-Betrachtungen' oder auch grundsätzlich zu unserer Kampagne für Abrüstung in diffamierender Form berichtet wird, sollten die Örtlichen Ausschüsse Vertreter von Verbänden und Gruppierungen und örtliche prominente Bürger Leserbriefe schreiben und das Notwendige zur Richtigstellung beitragen.

3) Wie bekannt ist, hat das Präsidium der SPD Ende vorigen Jahres eine sehr unkorrekte Stellungnahme zum Ostermarsch abgegeben. Der Zentrale Ausschuß hat der SPD einen Brief geschrieben, der die erhobenen Vorwürfe zurückweist und die in der Erklärung enthaltenen Falschmeldungen korrigiert. Dieser Brief blieb bisher von der Kampagne für Abrüstung unveröffentlicht und wurde von der SPD nicht beantwortet. Der ZA hat sich nun entschlossen, an die Unterzeichner des Aufrufes, an SPD-Mitglieder und Organisationsstellen der SPD und Gewerkschaften diesen Brief zu versenden. Dies muß durch die Örtlichen Ausschüsse geschehen, da weder der ZA noch der Hessische Ausschuß über die örtlichen Anschriften verfügen. Wir bitten Sie, die notwendige Anzahl dieses Briefes bei uns zu bestellen, die Ihnen kostenlos zugehen und die möglichst noch vor Ostern verschickt werden sollten.

4) Es ist dringend erforderlich, daß jetzt, kurz vor Ostern, die örtliche Pressearbeit angekurbelt wird. Alle Örtlichen Ausschüsse sollten über ihre Veranstaltungen, über ihre Teil-

- 2 -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

nahme am Ostermarsch und so weit der Zug durch ihre Gemeinde kommt, über das, was dort während des Ostermarsches geschieht, Berichte schicken. Es hat sich bereits im vergangenen Jahr erwiesen, daß die kleinen örtlichen Zeitungen viel stärker als größere Zeitungen bereit sind, derartige Artikel abzudrucken.

5) Von der letzten Nummer 'stop' (Erscheinungstermin 20.3.64) haben wir noch ca. 10 000 Stück vorrätig. Örtliche Ausschüsse, die noch Bedarf haben, können, solange der Vorrat reicht, kostenlos diese 'stop'-Flugblätter vom Hessischen Ausschuß beziehen.

6) Die Anmeldungen zum Ostermarsch 64 sind erschreckend niedrig. Sie liegen 50 % unter dem Stand des Vorjahres. Wir müssen feststellen, daß aus verschiedenen Städten und Gemeinden, die im vorigen Jahr mit einer großen Menge vertreten waren, bisher teilweise weniger als 10 Anmeldungen vorliegen. Es ist dringend erforderlich, daß in den nächsten Tagen durch Gespräche, persönliche Hausbesuche und andere Möglichkeiten, alles getan wird, um die größtmöglichste Teilnehmerzahl für den OM 64 zusammen zu bekommen. Sorgen Sie dafür, daß die Anmeldungen, die Ihr Örtlicher Ausschuß einsammelt, direkt an die Geschäftsstelle nach Offenbach weitergeleitet werden.

7) Von großer Bedeutung für unsere gesamten Bemühungen wird wieder die Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg sein. Wir müssen dafür arbeiten, daß alle, die nicht am Ostermarsch teilnehmen können oder wollen, zum Römerberg kommen, damit wir ein Wachsen unserer Bewegung durch eine noch machtvollere Kundgebung als im vergangenen Jahr demonstrieren können.

Liebe Freunde, man kann nicht überall mit den Anstrengungen der Örtlichen Ausschüsse zur Vorbereitung des Ostermarsches 64 zufrieden sein. Darüber müssen wir nach Ostern diskutieren. Jetzt geht es darum, daß jeder in den nächsten Tagen seine ganzen Kräfte für die letzten Vorbereitungen und zum Gelingen des Ostermarsches 64 einsetzt.

Bis zur Sitzung am kommenden Dienstag, herzliche Grüße,

Ihr Klaus Vack

(Klaus Vack)

Der Örtliche Ausschuß _____ bestellt zur sofortigen Lieferung folgendes Material:

..... Exemplare 'Stellungnahme der Kampagne zur SPD-Erklärung'

..... Exemplare 'stop'-Ausgabe vom 20.3.64

..... Exemplare Ausländerflugblätter in italienischer Sprache

..... Exemplare Ausländerflugblätter in spanischer Sprache

Das Material ist an folgende Anschrift zu liefern:

_____

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-296

pressedienst
nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner", Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

SPD und Jungsozialisten zum Ostermarsch

Die Delegiertenkonferenz der SPD, Ortsverein Offenbach, beschäftigte sich am 9.3.1964 mit der Kampagne für Abrüstung und ihren Zielen. In einer Entschließung wird das Moskauer Abkommen über die teilweise Einstellung der Kernwaffenversuche begrüßt und auch auf den Druck, der durch die Abrüstungsbewegungen vieler Länder auf die Regierungen ausgeübt wird, zurückgeführt. Die Delegiertenkonferenz stellte fest, daß die SPD immer für eine kontrollierte Abrüstung eingetreten sei und begrüßte den Abrüstungsplan des UN-Generalsekretärs U Thant. Hieraus resultierend, begrüßte die Offenbacher Delegiertenkonferenz den Aufruf der Kampagne für Abrsütung zum Ostermarsch 1964.

Die Delegiertenkonferenz der Jungsozialisten, Bezirk Hessen Süd, beschäftigte sich am 14./15.3.1964 ebenfalls mit dem Ostermarsch und faßte folgende Beschlüsse:

"Die Delegierten der Bezirkskonferenz der Jungsozialisten des Bezirks Hessen Süd begrüßen den Aufruf der Kampagne für Abrüstung und bedauern gleichzeitig, daß das Präsidium der SPD bei seiner ablehnenden Stellungnahme gegenüber diesem Aufruf geblieben ist."

"Die Delegierten der Jungsozialisten das Bezirks Hessen Süd begrüßen es, wenn die Jungsozialisten sich an den Ostermärschen der Atomwaffengegner beteiligen."

Offenbach, 17. März 1964 - Vack

18.3.64

herausgeber: „ostermarsch der atomwaffengegner", hessischer ausschuß, 605 offenbach (main), waldstraße 99
ruf: 883764, postscheckkonto: ffm. 57646

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-297

Route für den Ostermarsch der Atomwaffengegner vom 28.-30.3.1964

17.3.64

Ostersamstag (28.3.1964)

Wiesbaden	Beginn 9 Uhr Elsässerplatz Kundgebung. Es sprechen: Prof. Dr. theol. Hans Bartsch, Klaus Vack
	Göbenstraße Mittelallee Bismarckring Mittelallee Kaiser-Friedrich-Ring Moritzstraße
Wiesb.-Biebrich	Biebricher Allee (Westseite) Kasteller Straße Wiesbadener Straße Brücke nach Mainz
Mainz	Große Bleiche Flachsmarktstraße Schusterstraße Schöffenstraße Höfchen Brand
	Kundgebung auf dem Brand um 13 Uhr es sprechen: Herbert Faller, Pfarrer Symanowski
	Liebfrauenplatz Fischtorplatz Rheinstraße
Kostheim	Philippsring Kostheimer Landstraße Hauptstraße Mainbrücke
Gustavsburg	Darmstädter Landstraße (B 26)
Bischofsheim	Mainzer Straße Frankfurter Straße Bahnhofsrampe Böckler-Siedlung Rüsselsheimer Straße (Radweg)
Rüsselsheim	Mainzer Straße Friedensplatz Marktplatz
	Von hier Busfahrt nach Mörfelden
Mörfelden	Volkshaus
	Abendveranstaltung im Volkshaus 20 Uhr; Übernachtung im Volkshaus

Ostersonntag (29.3.1964)

Volkshaus Ringstraße Bahnhofstraße Hermannstraße Frankfurter Straße Heinestraße Liebknechtstraße Hochstraße Langener Straße

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-298

Langen	Bahnstraße Lutherplatz Lutherstraße Gabelsberger Straße Frankfurter Straße (B3)
Sprendlingen	B 3
Neu Isenburg	B 3 Frankfurter Straße Karlstraße Bansastraße Gravenbruchring B 46
Offenbach	Sprendlinger Landstraße Darmstädter Straße Marienstraße Unterführung am Hauptbahnhof Bismarckstraße Kaiserstraße Frankfurter Straße Schloßstraße Rudolf-Koch-Schule
	Kundgebung um 17 Uhr es sprechen: Rudolf Rolfs, Sepp Sigulla und Prof. Dr. H.J. Heydorn
	Übernachtung im Naturfreundehaus Rosenhöhe
	<u>Ostermontag (30.3.1964)</u>
	Naturfreundehaus Gravenbruchweg Senefelderstraße Odenwaldring Sprendlinger Landstraße Starkenburgring Friedrichsring Waldstraße Feldstraße Karlstraße Bieberer Straße Marktplatz Frankfurter Straße Stadtgrenze
Frankfurt	Offenbacher Landstraße Siemensstraße Seehofstraße Wasserweg Deutschherrnufer rechts Obermainbrücke rechts Oskar-von-Miller-Straße links Obermainstraße links Ostendstraße rechts Friedberger Anlage Uhrtürmchen Zeil Friedberger Anlage rechts Bergerstraße Spessartring Saalburgallee

- 3 -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-299

Frankfurt

Ratsweg
Ostpark

Mittagsrast zwischen 12.30 - 13.30 Uhr

Saalburgallee
links Am Buchwald
rechts Bornheimer Landwehr
links Würzburger Straße
rechts Scheidswaldstraße
links Arnsburger Straße
Sandweg
rechts Zeil
Hauptwache über Fußgängerüberweg
links Liebfrauenstraße
Neue Kräme
Römerberg

Schlußkundgebung 15 Uhr
es sprechen: Frank Allaun, Erich Kuby,
Kirchenpräsident D. Martin Niemöller

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-300

Diesen Aufruf unterzeichneten in Frankfurt/M. und nähere Umgebung:

Gewerkschafter, Vertrauensleute, Betriebsräte, Personalräte:

P. H. Bertram, W. Jordan, G. Köpke, J. Müller, S. Sigulla, G. Schwarz, P. Wenzke, Klapprot, W. Schmitt, A. Gumbrecht, L. Becker, E. Höche, H. Wenzel, R. Elfert, J. Lang, E. Kirchner, A. Dupp, M. Schulze, W. Ludwig, E. Noack, A. Draisbach, F. Kuhn, B. Amberg, W. Grammig, H. Bohlinger, A. Heyn, A. Wege, G. Winter, E. Gremmler, F. Klingenstein, W. Eschmann, W. Sielaith, H. Krämer, W. Christian, J. Moser, H. Wenigmann, A. Demuth, F. Kohlmann, W. Kalbhenn, H. Frierich, E. Greiss, F. Spohr, E. Hebel, H. Mütz, R. Martin, K. A. Denfeld, F. Hofmann, H. Scholze, H. Noll, K. Siebert, M. Müller, G. Becker, H. Jäger, M. Koller, H. Zeibig, W. Menzel, R. Petermann, H. Löffler, F. Böhm, F. Schmitz, P. Krüger, F. Schuster, V. Hensel, A. Clauss, KH. Mörmel, H. Michel

Stadträte, Stadtverordnete:

Prof. Th. Gläß, K. Appelmann, W. Buckpesch

Professoren:

Prof. R. W. Kaplan, Prof. E. Issberner-Haldane, Prof. Heydorn

Intendanten, Regisseure, Schauspieler:

E. W. Mitulski, R. Riebandt, R. Rolfs

Schriftsteller, Verleger, Publizisten, Journalisten, Dolmetscher:

O. Cierski, S. Einstein, L. Knorr, H. Leipnitz, H. A. Nikel, J. M. Rauch, R. Schuster, I. v. Jacobi

Jugendleiter:

H. Lessing, M. Liebel, H. Faller, K. Lischka, W. Malkomes, H. Sittner

Studienräte, Lehrer:

R. Borchers, I. Christian, W. Christian, H. Glossner, M. Hartig, B. Mausbach-Bromberger, M. Pabst, U. Pfützner, E. Zielinski, Dr. A. Welke, L. Fülbert, V. Luley, K. Kreß

Ärzte, Heilberufe, Apotheker:

H. W. Bopp, Dr. W. Folkert, Dr. Holzapfel, Dr. H. Mansbach, Dr. G. Schwander, H. Weber, H. Loy

Juristen, Rechtsanwälte, Kaufleute, Architekten, Ingenieure:

Dr. P. Haag, H. Kaspers, E. Kratzel, F. Gerlach, I. Hahn, E. v. Güldenstube, R. Krämer

Weitere Persönlichkeiten unserer Stadt:

Heli Knoll, Trägerin des Bundesverdienstkreuzes, Anne Kolb, H. Stubenvoll, Dr. H. Harnisch, Dr. H. R. Purschke, K. H. Cluin, B. Moritz, M. Vester, P. Schuck, A. Schuy, H. Witzel, H. v. Dammann, H. Gertenbach, H. Heller, W. Helmer, H. Lutz, H. Müller, G. Sauer, H. Schuster, K. H. Till, M. A. Tripp, H. Zimmermann, Dr. E. Falkenberg, M. R. Flink, C. Credel, P. Riek, R. Ringwald, H. Trapp, I. Heydorn, E. Steinschneider, J. Till, T. Schepeler, K. W. Dill, E. Grün, E. Henrich, F. Sommer, A. Sommer, E. Sontag, H. Schäfer, K. Schierbaum, K. E. Schlauch, I. Schmidt, V. Veidt-Redel, E. Waih, M. Langer

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch der Atomwaffengegner - Hessischer Ausschuß

605 Offenbach (M) 4, Postfach 648, Postscheckkonto Ffm. 576 48

Verantwortlich: Rudolf Farr, Frankfurt am Main

Arndt, Mörfelden

Ostermarsch 64

Kampagne für Abrüstung

Aufruf zum Ostermarsch 1964

Die Einstellung der Atomwaffentests ist vereinbart und weitere Entspannungsabkommen bahnen sich an. Ein erster Schritt zur umfassenden und kontrollierten Abrüstung ist getan! — Diese Abkommen sind das Zeichen der Einsicht jener Politiker, die einen Anfang gemacht haben, sie sind ebensosehr ein Erfolg jener Millionen von Menschen in vielen Ländern, die seit Jahren gegen die atomare Rüstungspolitik auftreten. Der Friedensplan des Generalsekretärs der UNO zeigt den Weg, auf dem weitere Fortschritte der Abrüstungspolitik möglich sind. — Dieser Plan sieht vor:

- **Beendigung der Atomwaffentests auch unter der Erde,**
- **Verbot der Verwendung von Nuklearwaffen im Kriege,**
- **Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen,**
- **Verträge über atomwaffenfreie Zonen.**

Die Fesselung des gesellschaftlichen Lebens durch überholtes Militärdenken und die Vergeudung von Produktivkräften durch eine sinn- und maßlose Rüstungspolitik muß in aller Welt ihr Ende finden, wenn eine friedliche und gesicherte Existenz aller Völker der Erde morgen noch möglich sein soll.

Mitteleuropa ist nach wie vor konfliktgeladen. Ein Krieg in diesem Gebiet wäre das Ende der mitteleuropäischen Völker. Deshalb stellen wir den Ostermarsch 64 unter das Motto:

- **Mitteleuropa — atomwaffenfrei,**
- **Mitteleuropa — militärisch verdünnte Entspannungszone,**
- **Mitteleuropa — Brücke zwischen Ost und West.**

Noch immer reichen die Anstrengungen im Westen und im Osten unseres Vaterlandes nicht aus, um eine wirkliche Entspannung zu erreichen.

Deutschland darf nicht Störenfried sein. Es kann seinen Beitrag zu einer Strategie des Friedens leisten. An die Stelle steigender Rüstungsanstrengungen und der Militarisierung des öffentlichen Lebens in beiden Teilen Deutschlands muß eine aktive Politik der Sicherheit durch Abrüstung treten.

In der Bundesrepublik fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Mit dieser Forderung stimmen wir überein. Wir schlagen vor:

- **Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen,**
- **Zustimmung und Beitritt der Bundesrepublik zu allen Vereinbarungen, die zum Verzicht auf Gewalt führen,**
- **Initiative der Bundesrepublik zu Verhandlungen über ein atomwaffenfreies, militärisch verdünntes Sicherheitssystem in Mitteleuropa.**

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

So verläuft der hessische Ostermarsch

Start 28. März 1964 in Wiesbaden

Kundgebung auf dem Marktplatz, 9 Uhr

I

Wiesbaden-Biebrich

I

Mainz

Kundgebung auf dem Gutenbergplatz

I

Kostheim

I

Gustavsburg

I

Rüsselsheim

Kundgebung auf dem Marktplatz

I

Mörfelden

Abendveranstaltung mit Kabarett „Die Maininger"
Übernachtung im Volkshaus

I

29. März 1964

8 Uhr Gottesdienst, 9 Uhr Abmarsch

I

Langen

I

Spendlingen

I

Neu-Isenburg

I

Offenbach am Main

Kundgebung in der Rudolf-Koch-Schule, 20 Uhr

30. März 1964, 9.30 Uhr, Abmarsch Offenbach

I

Frankfurt am Main

I

Marschverlauf in Frankfurt am Main:

Stadtgrenze – Offenbacher Landstraße – Wendelsplatz
Darmstädter Landstraße – Dreieichstraße – Obermainbrücke
Oskar-v.-Miller-Straße – Obermainstraße – Ostendstraße
Friedberger Anlage – Berger Straße

Ostpark – Mittagsrast – Abmarsch 14 Uhr

Saalburgallee – Am Buchwald – Bornheimer Landwehr
Arnsburger Straße – Sandweg – Zeil – Hauptwache
Liebfrauenstraße – Neue Kräme

RÖMERBERG

Frankfurter Bürger!

Begrüßen Sie die Marschteilnehmer in den Straßen unserer Stadt!

Reihen Sie sich mit ein – Nehmen Sie teil an der

ABSCHLUSS-KUNDGEBUNG

Ostermontag, 30. März 1964 – 15.30 Uhr,

auf dem Römerberg

Es sprechen u. a.:

D. MARTIN NIEMÖLLER (Weltkirchenratspräsident)

FRANK ALLAUN (Labour-Abgeordneter)

Es gehören dem Kuratorium „Ostermarsch der Atomwaffengegner an:

Frank Allaun, Stefan Andres, Hedwig Born, Dr. Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, Canon Collins, Herbert Faller, Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Dr. Werner G. Haverbeck, Prof. Dr. Gustav Heckmann, Prof. Katharina Petersen, Prof. Bertrand Russell, Prof. Dr. L. Ruzicka, Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Prof. Dr. Johannes Ude, Prof. Dr. Heinrich Vogel, Prof. Dr. Dr. Fritz Wenzel, Prof. Dr. Ernst Wolf, Heinz Hilpert, Dr. Robert Jungk, Dr. Erich Kästner, Dr. Arno Klönne, Heinz Kloppenburg DD, Christel Küppers, Dr. Armin Prinz zu Lippe, Prof. Wilhelm Maier, Dr. Bodo Manstein, D. Martin Niemöller DD

Pfarrer und Kirchenvertreter:

D. Martin Niemöller, H. Anres, F. Chun, R. O. Ehrhardt, R. Farr, E. Friedrich, A. Habermann, A. Kratz, Dr. W. Kratz, E. Künkel, E. Küppers, J. B. Meyer, H. Mochalski, H. A. Noll, R. Roessler, A. Semmelrock, W. Schwöbel, H. Strohmeyer, E. Tiedtke, W. Weimar, H. Welke, H. J. Winkler, S. Biermann, Dr. C. Anders Skriver, O. Bott

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-301

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 16. März 1964
Waldstr. 99, Postfach 648

19. ~~20.~~ 3. 64

Organisatorische Hinweise zum Ostermarsch 64

Liebe Freunde,

nicht alle von uns nehmen 1964 zum zweiten oder dritten Male am Ostermarsch teil. Auch die anderen haben vielleicht das eine oder andere vergessen, was es zu beachten gilt. Wir schicken Ihnen deshalb diesen ausführlichen Rundbrief, der Auskunft gibt über Unterkunft, Verpflegung und wie der Verlauf des Marsches geregelt ist. Bitte lesen Sie diesen Rundbrief mit allen Anlagen gründlich durch und bedenken Sie, was hier gesagt wird.

1) Anmeldung

Jeder, der am Ostermarsch teilnehmen möchte, sollte sich unverzüglich anmelden. Es gibt bei einer solch großen Demonstration von dreitägiger Dauer in der Vorbereitung viele organisatorische Probleme, die das kleine ehrenamtliche Vorbereitungsteam erledigen muß, sodaß durch rechtzeitige Anmeldung diese Arbeit erleichtert werden sollte. (In der beigefügten Nummer von 'stop' befinden sich Anmeldezettel für den Ostermarsch 64).

2) Teilnehmergebühr

Die Teilnehmergebühr beträgt DM 20.--. Kinder unter 6 Jahren sind frei, Kinder unter 14 Jahren zahlen DM 10.--. Die Teilnehmergebühr beträgt nicht nur Verpflegungs- und Übernachtungskosten, sondern einen Finanzierungsbeitrag zur Publizierung und Vorbereitung unserer Aktion. Auch wer nicht den ganzen Marsch mitmachen kann, sollte deshalb, wenn irgend möglich, DM 20.-- zahlen. Wir wissen, daß es auch Freunde gibt, die nicht in der Lage sind, die vorgesehene Teilnehmergebühr aufzubringen. Sie sollen deshalb keinesfalls zu Hause bleiben. Bitte schreiben Sie uns einen kurzen Brief und wir werden uns einigen.

Zahlen Sie Ihre Teilnehmergebühr umgehend mit dem Vermerk 'Teilnehmergebühr' auf unser Postscheckkonto 'Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 605 Offenbach, PSA Frankfurt, Konto Nr. 57 648'.

Für alle Teilnehmergebühren, die bis zum 24.3.1964 eingehen, erhalten die Gemeldeten ihren Teilnehmerausweis mit Essenbons und eine Ostermarsch-Plakette (ist nicht gleichbedeutend mit Ostermarsch-Abzeichen). Die Teilnehmer-Plakette wird gut sichtbar getragen, damit wir immer auf den ersten Blick sehen können, wer zu uns gehört und wer nicht. Auch den Teilnehmerausweis führen Sie immer bei sich, damit Sie sich bei irgendwelchen Fragen, die auftreten können, den Ordnern gegenüber leicht als Marschteilnehmer ausweisen können.

Wer seinen Teilnehmerausweis und die Ostermarsch-Plakette nicht mehr erhält, weil die Gebühr zu spät bei uns eingegangen ist, bringt den Einzahlungsabschnitt der Zahlkarte mit und erhält dafür dann während des Marsches den Ausweis ausgehändigt.

Viele Freunde können sich aus den vergangenen Jahren erinnern, wie schwierig es ist, bei der ersten Mittagsrast von vielen Teilnehmern die Gebühr zu kassieren und dafür die Teilnehmerausweise auszugeben. Bitte überweisen Sie sofort.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

+/10 x Stop 3

3) Anreise

Für die Anreise muß jeder selbst sorgen. Lediglich aus Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Mörfelden und Rüsselsheim fahren Busse nach Wiesbaden.

Frankfurt: Abfahrt 8.15 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str.
Offenbach: Abfahrt 8 Uhr an dem Parkplatz Luison- Ecke Bismarckstraße.
Darmstadt: Abfahrt 8 Uhr Wilhelminenstraße vor dem Helia-Kino.
Mörfelden: Abfahrt 8.15 Uhr am Rathaus
Rüsselsheim: Abfahrt 8.30 Uhr am Marktplatz

(Busplätze sind nur reserviert für gemeldete Teilnehmer für den Ostermarsch 64). Pkw-Fahrern, die zu Hause übernachten möchten, empfehlen wir, am Samstagmorgen nach Mörfelden zu fahren, dort den Pkw abzustellen und mit dem Bus nach Wiesbaden zu fahren. Abends können sie dann von Mörfelden nach Hause fahren.

Der Ostermarsch beginnt am Ostersamstag um 9 Uhr mit der Eröffnungskundgebung in Wiesbaden auf dem Elsässerplatz.

4) Marschstrecke

Die Marschstrecke für den Ostermarsch 64 ersehen Sie aus der beigefügten Ausgabe von 'stop'.

5) Pkw-Fahrer

Unsere Anhänger, die nicht mitlaufen können und mit einem Pkw kommen, möchten wir auch in diesem Jahr wieder besonders darauf hinweisen, daß wir einen Ostermarsch und kein Autokorso veranstalten. Für Teilnehmer, die den ganzen Marsch mitlaufen, aber streckenweise pausieren müssen, haben wir einen ständigen Begleitbus dabei. Neben diesem Begleitbus und einigen Wagen, die die Marschleitung benötigt, können keine weiteren Fahrzeuge den Marsch begleiten. Das bedeutet, daß alle weiteren Fahrzeuge in weitem Abstand hinter dem Marsch herfahren müssen. Dies wurde uns auch durch die Polizei zur Auflage gemacht. Jeder einzelne sollte bedenken, daß uns jeder Pkw-Fahrer, der laufen könnte, als 'Marschierer' fehlt.

6) Verpflegung

Die Verpflegung wird - wie im vergangenen Jahr - in Thermophören aus Frankfurt angeliefert. Es wird Verpflegung vom Mittagessen am Ostersamstag bis zum Mittagessen am Ostermontag in täglich drei Mahlzeiten gereicht. Hygienisch saubere Pappbecher und -schüsseln stehen zur Verfügung. Eßbestecke müssen die Teilnehmer selbst mitbringen.

7) Übernachtung

Die Übernachtung erfolgt in Mörfelden und Offenbach. In Mörfelden steht uns das Volkshaus, in Offenbach das Naturfreundehaus zur Verfügung! Wir müssen in den Sälen dieser Häuser Notquartiere einrichten. Luftmatratzen und weiteres Schlafzeug muß jeder Teilnehmer mitbringen. Wer für eine Notunterkunft aus gesundheitlichen oder Altergründen nicht infrage kommt, muß in den Übernachtungsorten für eine bessere Übernachtungsmöglichkeit selbst Sorge tragen. Wir bitten unsere südhessischen Freunde, sich für Sonntagabend so einzurichten, daß sie nach Hause fahren können und von den Notquartieren im Naturfreundehaus keinen Gebrauch machen.

- 3 -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-302

8) Erste Hilfe

Unser Marsch wird von einem Sanitätswagen des Arbeiter-Samariterbundes begleitet.

9) Marschleitung

Wenn irgendwelche Fragen und Schwierigkeiten auftreten, klären Sie diese bitte mit den Ordnern oder in besonders schwierigen Fällen mit der Marschleitung. Hierzu stehen Ihnen Klaus Vack, Norbert Winkler, Hans-Joachim Arlt und Fritz Amann zur Verfügung.

Bis Ostern,

Ihr Klaus Vack
(Klaus Vack)

Was sollten Sie als Teilnehmer am Ostermarsch mitbringen?

1) Bekleidung

feste Schuhe
Strümpfe zum Wechseln
Warme Unterwäsche und Unterkleidung
Anorak
Regenmantel oder Regenumhang
Wetterfeste Kopfbedeckung

2) Zum Mitnehmen beim Marsch

Brotbeutel
Feldflasche oder einen anderen Behälter für Tee
Eßbesteck (Teller, Schüssel, Becher usw. sind vorhanden!)
Verbandszeug (mindestens 2 elastische Binde, etwas Hansaplast, Gehwohl oder ein ähnliches Präparat)
Personalausweis oder Reisepaß

3) Für die Übernachtung

Zwei Decken oder einen warmen Schlafsack
1 Luftmatratze
Trainingsanzug oder warme Wollhose und Pullover
Taschenlampe
Waschzeug

Die unter Punkt 3 angeführten Gegenstände müssen in einem Rucksack oder Koffer gut verpackt sein. Dieser muß deutlich mit der Adresse gekennzeichnet sein. Wenn ein Anhänger verwendet wird, muß dieser so befestigt sein, daß er nicht abreißt. Es empfiehlt sich auch, Einzelgegenstände, besonders Decken, Schlafsäcke, Luftmatratzen zu zeichnen. Diese Gepäckstücke werden beim Marsch nicht mitgeführt und von unserem Lkw von Wiesbaden nach Mörfelden, von Mörfelden nach Offenbach und von Offenbach nach Frankfurt transportiert.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-303

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Slogans für Trageschilder zum Ostermarsch 64

Wie in den vergangenen Jahren wurden auch für den Ostermarsch 64 vom Zentralen Ausschuß Pflichtslogans beschlossen, die bei allen deutschen Ostermärschen auf Transparenten und Trageschildern mitgeführt werden. Wir haben über diese Slogans die Polizei informiert. Der Hessische Ausschuß hat bereits Trageschilder anfertigen lassen, die in Wiesbaden an die Teilnehmer ausgegeben werden. Jeder sollte der Einfachheit halber diese Trageschilder benutzen.

Wer sich selbst ein Transparent oder ähnliches mit Losungen anfertigt, muß diese ausschließlich aus den unten aufgeführten Texten auswählen. Wir haben während des Marsches keine Möglichkeit, zu entscheiden, welche Losungen mit den Grundsätzen des Ostermarsches vereinbar sind und welche nicht. Aus diesem Grunde sind die Ordner angewiesen, nur die aufgeführten Texte als Slogans anzuerkennen.

1) Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie
2) Widerstand gegen Atomwaffen jeder Nation
3) Statt Atomwaffen Brot für die Welt
4) Mit der UNO für Abrüstung
5) Nicht Grundgesetz ändern, Politik ändern
6) Mitteleuropa-atomwaffenfrei
7) Mitteleuropa-Entspannungszone
8) Mitteleuropa-Brücke zwischen Ost und West
9) Sicherheit für alle: Abrüstung
10) Freundschaft mit Frankreich aber ohne die Bombe
11) Völker in Ost und West stoppt die Rüstung
12) Nach dem Teststopp - Rüstungsstopp
13) Für atomwaffenfreie Zonen - gegen multilaterale Atommacht
14) Kürzt den Rüstungsetat in beiden Teilen Deutschlands
15) Bonn braucht eine Abrüstungsbehörde
16) Das Grundgesetz fordert: "Dem Frieden der Welt dienen"
17) Von Köln bis Warschau atomwaffenfrei
18) Pacem in terris
19) Entspannungspolitik statt Atomwaffen
20) Keine Atomwaffen - weder national noch multilateral
21) Frankreich und China an den Genfer Tisch.
22) Westliche Atombomben wirken genauso wie östliche
23) Ausbildung an Atomwaffen - Ausbildung zum Massenmord
24) Sicherheit durch Abrüstung und Verständigung
25) Verteidigung der Freiheit durch Mord?
26) Unser größter Feind ist der Krieg
27) Die Bombe löst keine Probleme
28) Keine Atomwaffen auf deutschem Boden
29) Nur Friede ist Luftschutz
30) Besser Ko-Existenz als No-Existenz
31) Wer Bunker baut, denkt an Krieg
32) Unruhe ist die erste Bürgerpflicht
33) Gewalt löst keine Probleme
34) Mütter es geht um Sicherheit und Zukunft Eurer Kinder
35) Fort mit Atomwaffen in Ost und West

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-304

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Verhaltensregeln für die Teilnehmer am Ostermarsch

Der Ostermarsch ist eine öffentliche Meinungsäußerung und der Erfolg des Unternehmens hängt davon ab, daß alle Teilnehmer in Rede und Verhalten überzeugend wirken.
Alle Maßnahmen im Rahmen des Ostermarsches müssen daher auf Wirkung in der Öffentlichkeit abgestimmt sein.
Der Protest muß von der ersten bis zur letzten Stunde eindeutig bleiben und der Zielsetzung des Ostermarsches entsprechen.

Die Erfahrung unserer Freunde in USA und England haben gezeigt, daß bei gewaltlosen Aktionen dieser Art nur dann ein Erfolg zu erwarten ist, wenn der Protest unerschrocken, absolut gewaltlos und mit Würde durchgeführt wird.

Jeder einzelne trägt also für das Gelingen des Ostermarsches die Verantwortung mit und muß deshalb auch dafür sorgen, daß die folgenden Hinweise unbedingt beachtet werden.

Der Ostermarschteilnehmer

+ verhält sich stets ruhig, freundlich und hilfsbereit gerade auch gegenüber solchen Personen, die in beleidigenden Zurufen und Handlungen das letzte Kampfmittel gegen unseren eindrucksvollen Marsch sehen,
+ läßt sich niemals auf Handgreiflichkeiten ein, es sei denn, in Notwehr und Nothilfe,
+ unterläßt lautes Singen und Rufen innerhalb geschlossener Ortschaften, weil die größte Wirkung ein ruhiger und entschlossen wirkender Zug besitzt,
+ sieht auch auf einem anstrengenden Marsch sauber und gepflegt aus, er zieht nicht die schlechteste,(für den Marsch gerade gut genug) sondern die bestmögliche Kleidung an, er achtet dabei auf warme und regensichere Kleidung,
+ ordnet sich diszipliniert in den Marsch ein und beachtet die Anordnungen der Marschleitung und der Ordner auch dann, wenn diese für ihn nicht sofort durchschaubar sind,
+ betreibt innerhalb der Ostermarschbewegung keinerlei Werbung für andere Verbände und Vereinigungen insbesondere nicht für Parteien,
+ verwendet während des Marsches nur die vom Zentralen und Hessischen Ausschuß herausgegebenen Zeichen, Texte, Plakate und Flugblätter,
+ überläßt Gespräche und Verhandlungen mit Presse und Behörden der dafür bestimmten Marschleitung,
+ ist sich selbst verantwortlich und haftet bei Unfällen und Schäden mit der eigenen Person.

Wir danken allen, die in diesem Sinne mithelfen, den Marsch erfolgreich durchzuführen.

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Mitteleuropa - atomwaffenfrei: Mitteleuropa - Brücke zwischen Ost und West. Für atomwaffenfreie Zonen - gegen multilaterale Atommacht. Keine Atomwaffen auf deutschem Boden. Bonn braucht eine Abrüstungsbehörde. Nicht Grundgesetz ändern - Politik ändern. Mit der UNO für Abrüstung. Völker in Ost und West stoppt die Rüstung. Statt Atomwaffen Brot für die Welt

ED 718 - 23 - 305

Verleger, Verfasser, Herausgeber: Kampagne für Abrüstung, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Regional-Ausschuß Nordrhein-Westfalen, Frank Werkmeister, 463 Bochum, Wittener Straße 183
Druck: Lehmann, Hamburg

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Warum Ostermarsch ?

Mehr als 4000 Bürger der Bundesrepublik rufen zum Ostermarsch 1964. Warum? Professoren, Betriebsräte, Pfarrer, Jugendliche, Hausfrauen, Lehrer, Schauspieler gehen auf die Straße. Warum?

Ein erster Schritt zur umfassenden Abrüstung ist getan: Die Einstellung der Atomwaffentests ist vereinbart. Der zweite Schritt muß folgen. Darum steht der Ostermarsch 1964 unter dem Motto:

Mitteleuropa – atomwaffenfrei
Mitteleuropa – Brücke zwischen Ost und West.

Im Aufruf zum Ostermarsch 1964 heißt es: „In der Bundesrepublik fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Mit dieser Forderung stimmen wir überein.

Wir schlagen vor:

- Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen,
- Zustimmung und Beitritt der Bundesrepublik zu allen Vereinbarungen, die zum Verzicht auf Gewalt führen,
- Initiative der Bundesrepublik zu Verhandlungen über ein atomwaffenfreies, militärisch verdünntes Sicherheitssystem in Mitteleuropa.

Hier ist ein anderer politischer Weg für Deutschland gezeigt, als ihn unsere Regierung zur Zeit immer noch geht. Um diese Alternative bekannt zu machen und durchzusetzen, gehen Ostern Bürger auf die Straße.

Pfarrer Ritter auf einer Zwischenkundgebung beim West-Marsch.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Wer unterstützt ?

Hier einige Ausschnitte aus vielen Erklärungen, die zur Unterstützung des Ostermarsches aufrufen:

ED 718-23-306

6. Bundesjugendkonferenz der IG Metall

„... Die Delegierten begrüßen deshalb jede demokratische Initiative, die zum Ziel hat, die Öffentlichkeit aufzurütteln und aufzufordern zum Widerstand gegen Atomwaffen in Ost und West. Sie grüßen die jungen Menschen, die an dem englischen Aldermaston-Marsch und den Ostermärschen der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik und in anderen europäischen Ländern teilgenommen haben. Die jungen Mitglieder der IG Metall fordern wir auf, sich zu dieser demokratischen Aktivität zu bekennen und sie künftig durch ihre Teilnahme zu unterstützen."

5. DGB-Landesbezirks-Jugendkonferenz Hessen

„... Eine dieser demokratischen Kundgebungsformen ist der Ostermarsch, Kampagne für Abrüstung. Die Delegierten sind der Auffassung, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln an dieser demokratischen Bewegung beteiligen müssen, um sich hiermit zu ihren eigenen Forderungen zu bekennen ..."

6. Jugendkonferenz der IG Chemie

„Die Gewerkschaftsjugend unterstützt alle Protestaktionen gegen die atomare Aufrüstung. Die Delegierten der 6. Zentralen Jugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik fordern deshalb zukünftig eine offizielle Mitarbeit und Teilnahme der Funktionäre und Mitglieder der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften an den Ostermärschen der Atomwaffengegner."

UNSER NEIN
ZUR ATOMBOMBE
IST EIN JA
ZUR DEMOKRATIE

Herbert Faller, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend Deutschlands auf einer Ostermarsch-Kundgebung.

Institut für Stadtgeschichte Archiv

Wer steckt dahinter ?

Das Kuratorium der Kampagne für Abrüstung: Frank Allaun (Abgeordn. d. britischen Unterh.), Stefan Andres (Schriftsteller), Hedwig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, Domherr L. John Collins, Herbert Faller (Bundesjugendleiter d. Naturfreunde), Prof. Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler (Schriftsteller), Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Dr. Werner G. Haverbeck, Prof. Gustav Heckmann, Heinz Hilpert (Intendant), Dr. Robert Jungk (Schriftsteller), Dr. Erich Kästner (Schriftsteller), Dr. Arno Klönne, Oberkirchenrat DD. Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Dr. Armin Prinz zur Lippe, Prof. Wilhelm Maler, Dr. Bodo Manstein, Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller, Prof. Katherina Petersen, Nobelpreisträger Bertrand Russell, Robert Scholl, Studentenpfarrer Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Prof. Johannes Ude, Prof. D. Heinrich Vogel, Prof. Fritz Wenzel, Prof. Ernst Wolf.

Den Aufruf zum Ostermarsch 1964 in der Bundesrepublik haben bis zum 15. Februar d. J. mehr als 4000 Bürger unterzeichnet.

Es unterzeichneten
183 Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, darunter:

Horst Kynast (Gewerkschaftssekretär), Kassel / Günther Schwarz (Gewerkschaftssekretär), Frankfurt / Günther Köpke (Gew.-Sekretär), Frankfurt / Horst Klaus (Gew.-Sekr.), Nürnberg / Karl Friedrich Hübsche (Gew.-Sekr.), Bochum / Günther Laß (Gew.-Sekr.), Bielefeld / Walter Müller (Gew.-Sekr.), Frankfurt / Heinz Puschnerus (Gew.-Sekr.), Gladbeck / Berthold Kiekebusch, Stuttgart / Erwin Wiechers (Gew.-Sekr.), Bochum / Jochen Müller (Gew.-Sekr.), Frankfurt / Peter Blechschmidt (Gew.-Sekr), Dortmund / Josef Höning (Gew.-Sekr.), Moers / G. Kosatzki (Gew.-Sekr.), Bochum / K. H. Gutzmann (Gew.-Sekr.), Duisburg / Heinz Raspini (Dipl.-Volkswirt), Lahr / Ernst Scholz (Gew.-Sekr.), Augsburg und Olaf Radke, Offenbach.

18

MARSCH SCHLESWIG-HOLSTEIN – HAMBURG
28. 3. Eröffnung 9.00 Uhr Holstentor, Lübeck. Marsch über Groß-Grönau – Buchholz nach Ratzeburg. Veranstaltung gegen 18.00 Uhr.
29. 3. 9.00 Uhr ab Ratzeburg über Mölln nach Schwarzenbek.
30. 3. 9.00 Uhr ab Bezirksamt Bergedorf durch Hamburg. Abschlußkundgebung 17.30 Uhr Karl-Legien-Platz.

ANMELDUNG / INFORMATION: Jens Jacobs, 2 Hamburg-Fuhlsbüttel 2, Övern Block 32, Tel. 59 36 86.

19

MARSCH LUBECK – HAMBURG
Die Hamburger OM-Teilnehmer vereinigen sich mit den Teilnehmern aus Schleswig-Holstein auf der unter 18 angegebenen Marschstrecke.

20

MARSCH PARIS – LONDON – ROM – KOPENHAGEN – STOCKHOLM – BRÜSSEL – AMSTERDAM
Aus vielen europäischen Hauptstädten nehmen Atomwaffengegner als Gäste an unseren Ostermärschen teil. Auch viele Gastarbeiter stoßen in selbständigen Gruppen zum Ostermarsch.

IZA

informationen zur abrüstung sollten Sie noch heute bestellen

herausgeber:
kampagne für abrüstung
– ostermarsch der atomwaffengegner –
bezugspreis: jährlich 6,— mark.

verlag und vertrieb:
dr. andreas buro, 8 München 55,
andreas-vöst-straße 5, telefon: 1 83 61
erscheinungsweise: 10- bis 12mal jährlich

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

14

MARSCH HANNOVER

29. 3. Hannoveraner, Braunschweiger und Berliner veranstalten OM-Marsch durch Hannover. 11.00 Uhr Kundgebung auf dem Jahnplatz, 11.40 Uhr erster Teil des Stadtmarsches. 13.13 Uhr Kundgebung auf dem Stephansplatz, 14.30 Uhr zweiter Teil des Stadtmarsches. Abschlußkundgebung 16.30 Uhr auf dem Lindener Marktplatz.

15

MARSCH BRAUNSCHWEIG – HANNOVER – BREMEN

30. 3. OM-Teilnehmer aus Braunschweig, Hannover und Berlin vereinigen sich und fahren zur Abschlußkundgebung nach Bremen (Domshof).

16

MARSCH BERLIN – BRAUNSCHWEIG – HANNOVER – BREMEN

Westberliner Atomwaffengegner beteiligen sich selbständig am 28., 29. und 30. 3. an den Märschen 13, 14 und 15.

17

MARSCH OLDENBURG – BREMEN

28. 3. Marscheröffnung 9.30 Uhr Pferdemarkt, Oldenburg. Marsch über Wilhelmshaven – Ebkeriege nach Bremerhaven. Kundgebung 17.00 Uhr Ernst-Reuter-Platz, anschließend Fackelmarsch durch die Stadt.

29. 3. Eröffnung 8.30 Uhr Johanniswall (Landgerichtsgebäude), Verden/Aller. Marsch über Langwedel – Etelsen – Achim nach Bremen-Mahndorf.

30. 3. Eröffnung 8.30 Uhr Lesum-Brücke, Bremen-Burg und Busendstelle Bremen-Mahndorf. Abschlußkundgebung 11.30 Uhr Domshof.

ANMELDUNG / INFORMATION: Ostermarsch der Atomwaffengegner, Bremer Ausschuß, 28 Bremen 1, U. L. Frauenkirchhof 24/25 — Detlef Dahlke, 28 Bremen 2, Wilhelm-Wolters-Straße 50 a.

464 Pfarrer und Geistliche verschiedener Konfessionen, darunter:

Klaus Lubkoll (Landesjugendpfarrer), Bremen / Pastor Udo W. Smidt, Bremerhaven / Dr. Günther Brear (Studenten-pfarrer), Weidenau / Dr. Wolfgang Kratz (Stud.-Pfarrer), Frankfurt / Hans Bonnet (Stud.-Pfarrer), Mönchengladbach / Jürgen Eisenberg (Landesjugendpfarrer), Kassel / Pfarrer Gerold Jaspers, Dortmund / Dr. Robert R. Geis (Rabbiner), Düsseldorf / Theodor Immer (Landesjugendpfarrer), Leer / Pfarrer Horst Symanowski, Mainz / Martin Stöhr (Stud.-Pfarrer), Darmstadt / Pfarrer Hans Jürgen Roth, Höchst / Alexander Semmelrock (Stud.-Pfarrer), Frankfurt / Oberkirchenrat Helmut Rößler, Düsseldorf / Pfarrerin Herta Dietze, Bingen / Pater Franziskus Strathmann OP., Kloster Walberberg / Karl Giesen (kath. Pfarrer), Essen / Josef Krämer (kath. Pfarrer), Ockten / Dr. Oskar Schroeder (kath. Geistl.), Duisburg / Dr. Reinhold Rieger (kath. Geistl.), Reilingen / Dr. Wilhelm Lenzen (kath. Geistl.), Mönchengladbach.

155 Schriftsteller, Publizisten, Verleger, darunter:

Carl Amery, München / Günter Anders, Wien / Ernst Kreuder, Darmstadt / Erich Kuby, München / Dr. Fritz J. Raddatz, Hamburg / Karl Rauch, München / Rudolf Rolfs, Frankfurt / Hans A. Nikel, Frankfurt / Paul Schallück, Köln / Hans Martin Elster, München / Ulrike Marie Meinhof, Hamburg / Malte J. Rauch, Frankfurt / Wolfgang F. Haug, Berlin / Dr. Achim von Borries, Köln / Dr. Gustav Wyneken, Göttingen / Gerhard Zwerenz, Köln / Dr. Gerhard Szczesny, München / Gerd Hirschauer, München / Gösta von Uexkül, Hamburg / Rolf Hochhuth, Basel / Johannes W. Kliefisch, Monschau / Ilse Aichinger, Bayrisch-Gmain / Ina Seidel, Starnberg / Prof. Friedrich Heer, Wien / Dr. Emil Martin, München / Günter Eich, Bayrisch-Gmain.

Institut für Sozialgeschichte Archiv

ED 718-23-307

98 Juristen und Staats- und Kommunalbeamte, darunter:

Dr. Erdmuthe Falkenberg (Regierungsdirektorin), Frankfurt / Ernst Kube (Regierungsdirektor), Hannover / Karl Appelmann (Bürgermeister), Offenbach / August Bangel (Stadtdirektor i. R.), Castrop-Rauxel / Walter Buckpesch (Stadtrat), Offenbach / Prof. Dr. Th. Gläß (Stadtrat), Frankfurt / Dr. Horst Günter Helmke (Oberregierungsrat), Bremen / Hans Alfken (Ministerialdirigent), Hannover / Albert Juschka (Ministerialrat), Ratingen / Herbert Burger (Rechtsanwalt), Düsseldorf / Dr. Paul Haag (Rechtsanwalt), Frankfurt / Heinrich Hannover (Rechtsanwalt), Bremen / Dr. Rolf Pietzker (Rechtsanwalt), Hamburg / Dr. Kurt Sternfeld (Rechtsanwalt), Erkrath.

287 Pädagogen,

144 Ärzte,

121 Professoren und Dozenten ...

... und zahlreiche andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter:

Trude Hesterberg (Schauspielerin), München / Prof. Otto Pankok, Brünen / Prof. Kurt Joos (Choreograph), Essen / Prof. Ewald Mataré, Büderich / Gerhard Weber (CVJM-Sekretär), Hamburg / Gert Spindler (Fabrikant), Hilden / Herbert Sebald (Schauspieler), Bremen / Manfred Miller (Bühnenbildner), Bremen / F. O. Schäfer (Volkshochschuldirektor), Bochum / Manfred Liebel (1. Vors. SDS), Frankfurt.

(Die in Klammern mitgeteilten Berufs- und Funktionsangaben sollen Information zur Person geben, sie bedeuten nicht, daß in der entsprechenden Funktion unterzeichnet wurde.)

10

MARSCH FREIBURG – MANNHEIM
Die OM-Teilnehmer gehen am 28., 29. und 30. 3. teilweise mit Marsch 7 nach Mannheim. Gemeinsame Abschlußkundgebung der Märsche 7, 8, 9 und 10.
ANMELDUNG / INFORMATION: Christian Kemper, 78 Freiburg, Eichbergstraße 24.

11

MARSCH PEGNITZ – NÜRNBERG
28. 3. Marscheröffnung 9.30 Uhr am Bahnhof Pegnitz. Marsch über Weidensee – Betzenstein – Hetzendorf – Tetling nach Diepoldsdorf.
29. 3. Weitermarsch 11.00 Uhr über Neunkirchen nach Lauf. Kundgebung.
30. 3. Abmarsch 11.00 Uhr über Röthenbach – Schweig nach Nürnberg Kundgebung 17.00 Uhr.
ANMELDUNG / INFORMATION: Horst Klaus, 85 Nürnberg, Heimgartenweg 58.

12

MARSCH TUTZING – MÜNCHEN
29. 3. Marscheröffnung 12.30 Uhr Tutzing Hbf. Marsch über Feldafing – Starnberg nach Gauting. Kundgebung 18.00 Uhr.
30. 3. Abmarsch 10.00 Uhr ab Gauting über Gräfelfing nach München. Kundgebung 16.00 Uhr im Alten Botanischen Garten
ANMELDUNG / INFORMATION: Werner Fuchs, 8 München, Schwanthaler Straße 64/V, Tel. 53 08 21 App. 358.

13

MARSCH BRAUNSCHWEIG
28. 3. Niedersächsische OM-Teilnehmer veranstalten einen mehrstündigen Marsch durch Braunschweig. Eröffnung 8.30 Uhr Kohlmarkt (Jazzkonzert) und Kundgebung um 10.45 Uhr Nibelungenplatz, 14.00 Uhr Schloßplatz, 16.00 Uhr Rathaus, 17.00 Uhr Wallmarkt.
ANMELDUNG / INFORMATION: (Marsch 13, 14 und 15): OM der Atomwaffengegner, Arbeitsausschuß Hannover, 3 Hannover, Maschstr. 22, Raum 36 – Heinrich von Frieling, 3 Hannover, Geibelstr. 21 – Wolfgang Liebegeld, 33 Braunschweig, Wilhelm-Raabe-Straße 9.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

7

MARSCH KARLSRUHE – MANNHEIM

28. 3. Marscheröffnung 9.00 Uhr Festplatz (Stadthalle), Karlsruhe. Marsch über Durlach – Grötzingen – Weingarten – Bruchsal nach Langenbrücken.

29. 3. Gottesdienst 9.00 Uhr. Marsch über Mongelsheim – Wiesloch – Walldorf nach Hockenheim. OM-Party mit Kabarett.

30. 3. Weitermarsch 9.00 Uhr über Schwetzingen – Rheinau nach Mannheim. Abschlußkundgebung 16.00 Uhr Marktplatz.

ANMELDUNG / INFORMATION: Nordbaden: Dr. Hannelis Schulte, 6904 Ziegelhausen, Sitzbuchweg 14 – Mittelbaden: Irm de Ordanza, 75 Karlsruhe, Lammstraße 16 – Maingebiet: Kurt Schmidt, 876 Miltenberg, Hauptstraße 234.

8

MARSCH SAARBRÜCKEN – MANNHEIM

28. 3. OM-Tag in Saarbrücken, Völklingen, Neunkirchen, Sulzbach, St. Inobert. 17.00 Uhr deutsch-franz. Treffen „An der Goldenen Bremm" 18.00 Uhr Fackelzug durch Saarbrücken mit Kundgebung.

29. 3. Treffpunkt 10.00 Uhr Theaterplatz, Saarbrücken. Marsch und Fahrt über Dudweiler – Sulzbach – Neunkirchen – Homburg nach Kaiserslautern. Kundgebung 17.00 Uhr Stiftsplatz. 20.00 Uhr OM-Party mit Kabarett.

30. 3. Mit Bussen nach Frankenthal. Dort Abmarsch 11.00 Uhr über Ludwigshafen nach Mannheim. (Gemeinsame Kundgebung mit Marsch 7.)

ANMELDUNG / INFORMATION: Willi Meerfeld, 66 Saarbrücken, Koblenzer Straße 16.

9

MARSCH KUSEL – MANNHEIM

28. 3. Marscheröffnung 10.00 Uhr in Kusel. Marsch über Altenglan – Reichenbach nach Rotenbach.

29. 3. 11.00 Uhr ab Rotenbach über Siegelbach – Otterbach – Moorlautern nach Kaiserslautern. (Gemeinsame Kundgebung mit Marsch 8.)

30. 3. siehe Marsch 8.

ANMELDUNG / INFORMATION: Pfarrer H. J. Oeffler, 6751 Siegelbach.

Institut für Zeitgeschichte, Archiv
ED 418-23-308

1

MARSCH DUISBURG – DORTMUND

28. 3. Marscheröffnung 9.00 Uhr Schulhof Gutenbergstraße, Duisburg. Über Oberhausen nach Essen. Kundgebung 17.30 Uhr Kennedyplatz (früher Gildenplatz).

29. 3. Gottesdienst 10.00 Uhr Kennedyplatz, Essen. Abmarsch 11.00 Uhr über Gelsenkirchen nach Bochum. Kundgebung 17.30 Uhr Buddenbergplatz.

30. 3. Gottesdienst 10.00 Uhr Buddenbergplatz, Bochum. Abmarsch 11.00 Uhr über Werne nach Dortmund. Abschlußkundgebung gegen 17.30 Uhr Marktplatz.

ANMELDUNG / INFORMATION: Kampagne für Abrüstung, OM der Atomwaffengegner, Regionalausschuß West, 463 Bochum, Wittener Str. 183, tel. 3 43 39.

2

MARSCH HERNE – BOCHUM

29. 3. 14.00 Uhr von Herne-Neumarkt nach Bochum, Buddenbergplatz. (Gemeinsame Kundgebung mit dem Marsch 1.

ANMELDUNG / INFORMATION: Alfred Neuhaus, 469 Herne, Dungelstr. 64.

3

MARSCH BIELEFELD - DORTMUND

28. 3. Marscheröffnung 12.00 Uhr Alter Markt, Bielefeld

29. 3. Abmarsch 10.00 Uhr Heessen.

30. 3. Abmarsch 10.00 Uhr Bahnhof Kamen. Marsch zur Abschlußkundgebung nach Dortmund.

ANMELDUNG / INFORMATION: Peter Roddey, 48 Bielefeld, Henschelstr. 21.

4

MARSCH WIESBADEN – FRANKFURT

28. 3. Marscheröffnung 10.00 Uhr Marktplatz, Wiesbaden. Über W.-Biebrich – Mainz – Kostheim – Gustavsburg – Bischofsheim – Rüsselsheim. Kundgebung 19.00 Uhr Marktplatz. (Busfahrt nach Mörfelden. Abendveranstaltung um 20.00 Uhr im Volkshaus.)

29. 3. Gottesdienst nach 8.00 Uhr. Marsch über Langen – Sprendlingen – Neu-Isenburg nach Offenbach. Kundgebung um 17.30 Uhr Robert-Koch-Schule.

30. 3. Marscheröffnung 9.30 Uhr Naturfreundehaus Rosenhöhe, Offenbach (Richtung Frankfurt). Marsch nach Frankfurt. Abschlußkundgebung 15.00 Uhr Römerberg.

ANMELDUNG / INFORMATION: Kampagne für Abrüstung, OM der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 6050 Offenbach, Waldstr. 99, Postfach 648.

5

MARSCH GÖPPINGEN – STUTTGART

29. 3. Marscheröffnung 11.00 Uhr auf der vorderen Karlsallee, Göppingen. Marsch über Faurndau – Uhingen – Ebersbach – Reichenbach nach Plochingen. Kundgebung 17.00 Uhr am Bad.

30. 3. Eröffnung 11.00 Uhr Marktplatz, Eßlingen. Marsch nach Stuttgart. Abschlußkundgebung 17.00 Uhr Schillerplatz.

6

MARSCH REUTLINGEN – STUTTGART

29. 3. Marscheröffnung 11.00 Uhr Marktplatz, Reutlingen. Marsch über Sondesfingen – Wendlingen – Wernau – Köngen nach Plochingen. (Gemeinsame Kundgebung mit Marsch 5.)

30. 3. Marscheröffnung 11.00 Uhr Marktplatz, Ludwigsburg. Marsch über Kornwestheim – Stammheim – Bad-Cannstatt zur Haußmannstraße. (Stuttgart)! Dort Vereinigung mit Marsch 5. (Gemeinsame Kundgebung.)

ANMELDUNG / INFORMATION: (Marsch 5 und 6) Alfred Riedel, 7 Stuttgart-Bad Cannstatt, Kienbachstr. 57.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-309

Samstag, den 21. März 1964, 16-19 Uhr
im Rathauskasino, Frankfurter Römer

Ostermarsch-Revue

Es wirken mit:

Fasia Jannsen und Perry Freedman
die Skiffle-Plackers, Düsseldorf
die Pricklayer-Skiffle-Groups

Es sprechen:

Gewerkschafter Günter Schwarz
Frau Dr. Helga Einsele
Prof. Dr. theol. Linke

Außerdem interviewen wir
prominente Frankfurter Bürger

Eintritt frei! Saalöffnung 15.30 Uhr!

Anschließend:

Großer Fackelzug
vom Frankfurter Römerberg
19-20 Uhr

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648
Druck: W. Plaueln, Offenbach (Main)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-310

Wichtige Mitteilungen der Kampagne für Abrüstung

OSTERMARSCH - REVUE

Wie Sie dem Programm auf beigefügtem entnehmen können, wird die OM-Revue nicht den Charakter einer "Amüsier-Veranstaltung" haben, sondern eine politische Kundgebung mit kulturellem Programm sein. Nehmen Sie an dieser Startveranstaltung "kleineren Stils" teil, verbreiten Sie die Flugblätter und bringen Sie Freunde und Bekannte mit.

Falls Sie zur Revue verhindert sind, beachten Sie bitte den Termin für den Fackelzug.

Stop

Unsere letzte Nummer "stop" vor Ostern geben wir Ihnen zehnfach. Bitte, verteilen Sie "stop" persönlich" an Freunde und Bekannte, und werben Sie dabei für den Ostermarsch 64 und für die Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg.

ANMELDEN ZUM OSTERMARSCH 64

Jeder, der plant, am Ostermarsch teilzunehmen, sollte sich sofort anmelden. Die Anmeldezahl ist bisher im Vergleich zum vorigen Jahr unbefriedigend. Tragen Sie mit bei zu einem großen Marsch und zu einer eindrucksvollen Abschlußkundgebung.

An die Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß
605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle folgendes Material:

..... Exemplare "stop" (2. Ausgabe) 50 Stück 3,- DM	DM .....
..... Exemplare "stop" (3. Ausgabe) 50 Stück 1,50 DM	DM .....
.....Druckkugelschreiber mit OM-Emblem, à DM 1,--	DM .....
.....Schallplatten "Ostersongs" à DM 8,20	DM .....
.....Pläne-Sondernummer OM - 63 à DM 3,--	DM .....
.....Briefverschlußmarken, 100 Stück 1,50	DM .....
..... OM-Abzeichen (klein, groß) à DM 1,-	DM .....
..... Luftballons 10 Stück DM 1,50	DM .....

Das Material ist zu liefern an:

.....

.....

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-311

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

17.3.64

Protokoll zur Sitzung des Arbeitsausschusses am 16.3.64 in Offenbach

---

Anwesend: Vack, Andres, Halberstadt, Arlt, Amann, Straß, Faller

es fehlte: Farr und Winkler

1) Ostermarsch-Revue am 21. März 1964

Auftreten werden mit Sicherheit bisher nur unsere Skiffle-Groups und Fasia. Halberstadt hat eine Jazzband mit 6 Mann besorgt.

Günter Schwarz, Helga Einsele und Prof. Linke haben als Redner zugesagt.

Interview: Gläss kann nicht . Strohmeyer wird evtl. zusagen. Andres wird mit Otto Schirski (Schriftsteller) Verbindung aufnehmen. Emil Mangelsdorff soll in einem Brief gebeten werden, zu unterschreiben und an dem Interview teilzunehmen.

Für die Einrichtung und Dekoration des Rathauskasinos ist Norbert Winkler verantwortlich. Transparente für den Fackelzug mit den Texten 'Frankfurter beteiligt euch am Ostermarsch' und 'Frankfurter kommt zur Schlußkundgebung auf den Römer' werden Fritz Amann, in Zusammenarbeit mit Hans-Robert Marquardt herstellen, Fritz Amann kümmert sich weiterhin um Umhängeschilder und Fackeln. Norbert Winkler wird eine Anzahl Ordner zusammenstellen. Straß bittet das Stadtreinigungsamt um drei Mülltonnen für den Frankfurter Römer.

2) Marschorganisation

Für die Bereitstellung von Bussen sorgt Fritz Amann, der auch bereits einen Lkw organisiert hat. Fritz Straß begleitet mit einem Pkw den Lkw und stellt die entsprechende Begleitmannschaft auf. Fritz Amann wird mit der Stadtküche Frankfurt telefonisch in Verbindung treten und dabei darum bitten, daß Abendessen und Frühstück jeweils in Plastikbeuteln verpackt werden.

3) Meinungsumfrage beim Ostermarsch

Egon Becker wird beauftragt, mit entsprechenden Hilfskräften eine Meinungsumfrage bei einem Teil der OM-Teilnehmer durchzuführen, die im wesentlichen erforschen soll, welche Beweggründe es sind, daß am Marsch teilgenommen wird.

4) Anzeigen

In dem Lokalteil für Offenbach der Frankfurter Rundschau kann eine Anzeige für die Offenbacher Kundgebung nicht aufgenommen werden. Zur Gestaltung der Anzeige in der Frankfurter Rundschau in der Osterwoche beschließt der AA, daß links die Marschskizze mit eckigem OM-Emblem und rechts ein Hinweis zur Großkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg enthalten sind.

5) 'Stop' (Ausgabe nach Ostern)

Gemäß eines früheren Beschlusses erscheint diese Nummer vierseitig und wird 14 Tage nach Ostern herauskommen. Halberstadt, Winkler, Vack werden mit der Gestaltung beauftragt; die Auflagenhöhe richtet sich nach den Bestellungen der örtlichen Ausschüsse.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

6) Ostermarsch-Dokumentation in Wort und Bild

Es wird erwogen, nach Ostern eine OM-Dokumentation zusammenzustellen, die, wie im vergangenen Jahr 'Ostermarsch 63' den Anhängern kostenpflichtig zugesandt wird.

7) Antiatomkundgebung in Brüssel

Fritz Amann gibt einen Bericht über den Verlauf der Veranstaltung.

8) Pressekonferenz

Von Halberstadt wurde bisher noch kein Raum gefunden. Sofern dies nicht im Verlaufe des nächsten vormittags geschieht, muß die Pressekonferenz ausfallen.

9) OM-Seminar

Edgar Weick hat als Referent abgesagt, dafür soll Leithäuser angesprochen werden.

10) Materialverkauf bei der OM-Revue

Helga Weber wird gebeten, den Materialverkauf bei der OM-Revue zu übernehmen.

11) Lärmkörper

Der Arbeitsausschuß sieht es als sehr zweckmäßig an, wenn Musikgruppen die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf den Marsch lenken. Zum Transport steht der VW-Bus der Frankfurter Naturfreundejugend zur Verfügung. Die Skiffle-Group Mörfelden verfügt ebenfalls über ein Fahrzeug. Arlt wird den Kontakt zu den Skiffle-Groups aufnehmen und erhalten. Daneben wird erwogen, noch einmal die Örtlichen Ausschüsse um Beschaffung eines Traktors zu bitten, da bisher die Nachfrage nach einem Pferdefuhrwerk nicht befriedigt wurde.

12) Polizei

Bei der Polizei soll die Genehmigung eines Lautsprecherwagens sowie das Mitführen eines Traktors, auf dessen Anhänger eine Skiffle-Group spielt, beantragt werden.

13) Fahnenschmuck

Fritz Straß beantragt beim Städt. Ordnungsamt den Fahnenschmuck für die Schlußkundgebung.

14) Getränkebus

Eberhard van Klev soll gebeten werden, sich um einen Getränkebus zu kümmern. Fritz Amann besorgt Fahrer und Organisationsbus.

15) Marschleitung

Vack, Winkler, Amann, Arlt, Halberstadt werden gewählt als Marschleitung.

16) Kundgebungen

Wiesbaden: Vack wird die Kundgebung eröffnen und dabei einen allgemeinen Überblick über die Lage des OM geben. Als Redner tritt Prof. Dr. Bartsch auf. Straß kümmert sich um Rednerpodium, Transparent, (OM 64 von Wiesbaden zum Frankfurter Römer) Lautsprecheranlage.

- 3 -

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

ED 718-23-312

Mainz: Es sprechen je 10 Minuten Faller und Symanowski. Nonnenmacher soll sich um Rednerpodium, Transparent (Von Mainz bis Warschau atomwaffenfrei) und die Lautsprecheranlage kümmern.

Düsseldorf: Sofern der von der Polizei zugewiesene Platz sich als ungünstig erweisen sollte, wird auf eine Kundgebung verzichtet, andernfalls spricht Halberstadt.

Frankfurt: Eine Zusage von Oetjen erscheint äußerst ungewiss. Die Redner, die zugesagt haben, sollen in folgender Reihenfolge auftreten: 1. Frank Allaun, 2. Erich Kuby, 3. Günter Schwarz, 4. Martin Niemöller. Halberstadt leitet die Veranstaltung. Er kümmert sich außerdem um die Lautsprecheranlage.

Der Frankfurter Ausschuß wird beauftragt, das Redner-Podium zu besorgen. Andres wird sich mit der anliegenden Kirche in Verbindung setzen und sie bitten, während der Kundgebung das störende Glockenspiel einzustellen.

Mörfelden: Hier ist so weit alles geregelt.

Offenbach: Von Sigulla, Prof. Heydorn und Rudolf Rolfs liegen Zusagen vor. Fritz Straß regelt die Technik in der Rudolf-Koch-Schule.

17) Nächste Sitzung

Ein Termin für die nächste Sitzung wurde nicht festgelegt.

Offenbach, 17. März 1964
Für die Protokollführung:
Fritz Straß

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-313

pressedienst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner", Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Autokorso zum Ostermarsch 1964

Entlang der diesjährigen Ostermarschstrecke veranstaltete die Kampagne für Abrüstung am vergangenen Samstag einen Autokorso. Die Fahrt ging von Wiesbaden (Elsässer Platz) zum Frankfurter Römer, und zwar über Biebrich, Mainz, Gustavsburg, Bischofsheim, Rüsselsheim, Mörfelden, Langen, Sprendlingen, Neu-Isenburg, Offenbach, Obertad und Sachsenhausen. Mit über 40 Fahrzeugen fuhr der Korso im 20 km-Tempo die insgesamt 80 km lange Strecke in der Zeit von 14.oo - 18.oo Uhr ab. Ferner fuhr in den Mittagsstunden ein weiterer Korso mit etwa 15 Wagen durch den Landkreis Dieburg.

Mit dem Aufruf "Mach mit beim Ostermarsch 1964 von Wiesbaden nach Frankfurt", sowie mit Parolen wie

"Statt Atomwaffen Brot für die Welt"
"Mit der UNO gegen Atomwaffen"
"Von Köln bis Warschau atomwaffenfrei"

lenkten die dekorierten Fahrzeuge die Aufmerksamkeit in den belebten Straßen der Städte und Gemeinden auf sich.

Hessische Delegation in Brüssel beim belgischen "Marche Anti-Atomique"

Unter zahlreichen deutschen Delegationen, die sich an der Protestdemonstration in Brüssel gegen Atomwaffen beteiligten, befanden sich auch etwa 50 Teilnehmer aus Hessen. Besonderen Eindruck hinterließ die Tatsache, daß in Belgien auch sonst gegensätzlich eingestellte Gruppen in der Frage der Abschaffung von Kernwaffen einer Meinung sind. So beteiligten sich an der Demonstration u.a. Wallonen und Flamen, Katholiken und Evangelische. Auch wirtschaftliche Vereinigungen, wie die belgischen Konsumgenossenschaften, haben sich in den Dienst der Sache gestellt. Bei der Schlußkundgebung sprach für die deutschen Delegationen Pfarrer Gürnberg zu den Zehntausenden Demonstranten.

Offenbach, den 13. März 1964 - Winkler -

17. 3. 64

herausgeber: „ostermarsch der atomwaffengegner", hessischer ausschuß, 605 offenbach (main), waldstraße 99
ruf: 88 37 64, postscheckkonto: ffm. 57 6 48

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner

ED 718-23-314

HESSISCHER AUSSCHUSS

605 Offenbach 4, Waldstraße 99, Postfach 648

Geschäftsführer
Klaus Vack
Offenbach

Stellvertreter
Norbert Winkler
Frankfurt

Postscheck
Ffm. 57 648

Girokonto
Bank f. Gemeinwirtschaft
Offenbach
Kto.-Nr. 740 294

Dringender Brief
an die Freunde und Anhänger
der Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner

Offenbach, den
12.3.1964
Va./An.

13.3. 64

Liebe Freunde,

oft haben wir an Ihre Spendenfreudigkeit appelliert. Immer war der Erfolg verblüffend und lange Zahlenkolonnen mit großen und kleinen Beträgen meldete uns das Postscheckamt. Nur so konnten wir in den vergangenen Jahren die so erfolgreiche Werbung für unsere Kampagne für Abrüstung finanzieren.

Wir wissen aber auch, daß die finanziellen Möglichkeiten unserer Anhänger ihre Grenzen haben. Deshalb wollen wir heute von Ihnen kein Geld, sondern Ihre Mitarbeit um Geld zu bekommen.

Bitte, versuchen Sie, die beigefügten fünf Fördererbons im Werte von je 2,-- DM bei Freunden und Bekannten, die unseren Zielen aufgeschlossen gegenüber stehen, in bares Geld umzumünzen, das Sie uns überweisen.

Jeder von uns kennt viele Menschen, die unsere Bewegung nicht direkt durch aktive Mitarbeit unterstützen, aber doch zu einem kleinen finanziellen Opfer bereit sind. Man muß sie nur ansprechen.

Die Kampagne für Abrüstung darf nicht bei ihrem traditionellen Ostermarsch stehen bleiben. Unsere wichtigste politische Aufgabe ist es, aufzuklären und zu überzeugen. Das bedeutet Flugblätter, Anzeigen, Plakate und viele Veranstaltungen. Das fordert auch einen eigenen Pressedienst und ständige Informationen über unser Anliegen an Menschen, die als Politiker, Publizisten, Künstler, Schriftsteller, Pfarrer, Abgeordnete, Beamten, Gewerkschafter und in vielen anderen Tätigkeiten das politische Geschehn beeinflussen und bestimmen. Das kostet Geld.

Unsere Bitte an Sie - der Sie zu unseren aktivsten Mitarbeitern gehören -: tun Sie alles, unsere Kasse für die letzten finanziellen Anstrengungen zum DM 64 zu füllen.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack

(Klaus Vack)

+/5 × 2,- Förderbons (+ Karte)

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hewig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Schall, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, Ernst Wolf.

DM 10,- gez.

Poko 21.10.65 (24.-)

Sprecher des Zentralen Ausschußes: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg/Holstein, Manhagener Allee 33.
Geschäftsführer des Zentralen Ausschußes: Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

57648

[redacted] ..... DM ..... Pf f. Kto Nr

Absender: .....

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf ..... DM ..... Pf

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

Deutsche Mark

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

in **6050 Offenbach**

Konto Nr.

57648

Postscheckamt

Frankfurt (Main)

Postvermerk

Eingangs-Nr.

ED 718-23-315

(Einl.-Nr., Namensz. d. Annahmebes. Tag u. Monat)

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftempfänger

..... DM ..... Pf

für Konto

57648

...A **Frankfurt (Main)**

...gezahlt am .....

Absender: .....

...rift: (Rechnung, Kassenzeich., Buchungsnummer)

Für Vermerke des Absenders

.....

Eingez. auf Kto Nr. **57648** PSchA **Ffm.**

Einlieferungsschein

- Sorgfältig aufbewahren -

Deutsche Mark Pf

(in Ziffern)

für

Ostermarsch
der Atomwaffengegner
— Hessischer Ausschuß —

in **6050 Offenbach**

Postvermerk

(Einl.-Nr., Annahmebes)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

WICHTIGE MITTEILUNGEN DER KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG

ED 718-23-316

AUTOKORSO

Nehmen Sie teil am Autokorso von der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Frankfurter Römer. Wir treffen uns am 14.3. (Samstag), 13.30 Uhr am Elsässerplatz in Wiesbaden. Abfahrt 14 Uhr. Der Elsässerplatz ist über den Ring und die Klarenthalerstr. zu erreichen. Der Korso fährt über Wiesbaden, Biebrich, Mainz, Kostheim, Gustavsburg, Bischofsheim, Rüsselsheim, Mörfelden, Langen, Sprendlingen, Neu Isenburg, Offenbach zum Frankfurter Römer. Transparente, Plakate, Klebematerial werden gestellt. Ende gegen 17 Uhr.

Reservieren Sie den Samstagnachmittag (21.3.1964, 16 - 20 Uhr) zur Teilnahme an der OM-Revue. Als Redner treten auf: Günter Schwarz, Dr. Helga Einsele, Prof. theol. Linke. Fasia, Perry Friedman und die Skiffler bringen die neuen Ostersongs. Prominente Aufruf - Unterzeichner aus Frankfurt stellen sich einem Interview. Anschließend Fackelzug durch die Frankfurter Innenstadt. Komme auch Du!

Bestellen Sie das beigefügte Pfarrer-Flugblatt. Verteilung vor den evangelischen Kirchen.

NEHMEN SIE AM OM 64 TEIL ? JA ! DANN SOFORT ANMELDEN !!!

An die Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach 4
Postfach 648

Ich bestelle folgendes Material:

..... Pfarrer-Flugblatt, 100 Stück DM 1.50 DM .....

..... Flugblätter "Aufruf 64", 100 Stück DM 3.-- DM .....

..... Exemplare 'stop' (2. Ausgabe), 50 Stück DM 3.-- DM .....

..... Druckkugelschreiber mit OM-Emblem, a DM 1.-. DM .....

..... Schallplatten 'Ostersongs' a DM 8.20 DM .....

..... Briefverschlußmarken, 100 Stück DM 1.50 DM .....

..... OM-Abzeichen (klein, groß) a DM 1.-- DM .....

Das Material ist zu liefern an:

.....

.....

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 10.3.1964
Waldstr. 99, Postfach 648

12.3.64

ED718-23-317

Rundschreiben an die Örtlichen Ausschüsse

Liebe Freunde,

nicht, weil wir gerne viel schreiben, sondern weil immer wieder neue wichtige Dinge anfallen, heute dieses Rundschreiben.

1) Zu dem Autokorso am kommenden Samstag von Wiesbaden über die Marschstrecke zum Frankfurter Römer sind einige polizeiliche Schwierigkeiten aufgetreten, sodaß wir heute noch keine konkreten Angaben über Treffpunkt und genaue Fahrtroute machen können. Wir hoffen, morgen ein Rundschreiben an alle OA-Anhänger abschicken zu können, über das wir die notwendige Information zu dem Korso geben.

2) Das Pfarrer-Flugblatt ist fertiggestellt und hat die stattliche Anzahl von 58 Unterschriften gefunden. Nach der Drucklegung sind weitere Unterschriften eingegangen, die leider nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Wir bitten die Örtlichen Ausschüsse, das Pfarrer-Flugblatt (sofern noch nicht geschehen) bei der Geschäftsstelle zu bestellen (1000 Stück DM 10.--) und vor den Kirchen zu verteilen.

3) Wir haben einen Plakatstreifen hergestellt, der sich auch als Überkleber über unsere Plakate eignet. Wir können den Plakatstreifen in begrenzten Mengen den Örtlichen Ausschüssen kostenlos zur Verfügung stellen. Muster liegt bei. Bestellungen an die Geschäftsstelle.

4) Wir weisen nochmals auf örtliche Luftballonaktionen hin. Die von uns bestellten Luftballons treffen Ende der Woche aus der Fabrik ein und werden, soweit Bestellungen vorliegen, sofort an die Örtlichen Ausschüsse ausgeliefert. Muster liegt bei. Bestellungen an die Geschäftsstelle. (100 Stück DM 10.--)

5) Die geplante Ostermarsch+Revue mit anschließendem Fackelzug wird am Samstag, 21.3.1964, 16 Uhr im Frankfurter Rathauskasino stattfinden. Noch immer konnte nicht endgültig geklärt werden, wer bei dem Programm mitwirkt. Wir werden deshalb sehr kurzfristig Handzettel für die Veranstaltung drucken müssen und diese den Örtlichen Ausschüssen kostenlos zusenden. Wir bitten, bei Erhalt dieser Handzettel, sofort mit der Verteilung zu beginnen.

6) Noch einmal möchten wir sehr dringend darauf hinweisen, daß die Örtlichen Ausschüsse, ob nah oder fern von Frankfurt, zur Teilnahme an der Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg Busse organisieren müssen, mit denen all jene, die nicht am Ostermarsch teilnehmen können, nach Frankfurt gebracht werden.

Wir hoffen, daß jetzt in allen Örtlichen Ausschüssen die Vorbereitungsarbeiten in vollem Gange sind und daß jeder seine ganzen Kräfte dafür einsetzt, daß unser Ostermarsch 64 größer und machtvoller wird als in den vergangenen Jahren.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr

Kla Vack

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-318

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Protokoll zur Sitzung des Arbeitsausschusses am 9. März 1964 in Offenbach

12.3.64

Anwesend: Amann, Halberstadt, Winkler, Faller, Arlt, Andres, Vack, Straß

es fehlte: Farr

1. ZA-Sitzung am 7./8. März 1964. Bei der Erörterung der Marschvorbereitungen im ZA stellte sich heraus, daß es auch in diesem Jahr in einigen Bundesländern erhebliche Schwierigkeiten geben wird. Zur Test-Unterschriftenaktion wurden vom ZA keinerlei Direktiven oder Auflagen erteilt, da bei verschieden angelegten Aktionen auch verschiedene Erfahrungen gemacht werden. Ebenfalls auf seiner letzten Sitzung beschloß der ZA, Unterschriften zu einer Petition an den Bundestag zu sammeln. Vom HA soll angeregt werden, daß aus Zweckmäßigkeitsgründen sich die Petitionslisten je nach Ausschuß in der Farbe unterscheiden. Der HA wird 10 000 Stück davon bestellen. Weiterhin plant der ZA eine internationale Kundgebung in Bonn. Sternfahrten nach Bonn, Brüssel und Paris sollen organisiert werden.

2. Slogans. Der AA beschließt, von dem Slogan "Von Köln bis Warschau - atomwaffenfrei" 200 Stück herstellen zu lassen, davon sollen 100 Stück beim Marsch aufgenommen werden.

3. Flugblätter für Gastarbeiter. Halberstadt hat den Text inzwischen fertiggestellt. Dr. Schenck wird den Urtext, den er für griechische Gastarbeiter verwenden will, erhalten.

4. Ostermarsch-Revue. Als Redner hat Schwarz zugesagt. Helga Einsele wird von Halberstadt, Prof. +von Andres, Prof. Hahn und Ruth Neuendörfer von Dr. Schenck darum gebeten, als Redner aufzutreten. Durch die Absage verschiedener Künstler soll die OM-Revue mehr den Charakter einer Kundgebung bekommen. +Linke Fasia hat mit ihrer Skiffle-Group zugesagt; sie berichtete weiter, daß Perry Friedman wahrscheinlich kommen kann. Halberstadt wird mit Inge Brandenburg und Herking Verbindung aufnehmen.

Prominenteninterview: Es sollen Gläss, Kaschnitz, Schwarz, Kolb, Alfath, Strohmeyer, Henri Jäger interviewt werden. Die genannten Persönlichkeiten werden von Vack brieflich informiert. Herbert Faller nimmt mit den Genannten persönlichen Kontakt auf. Strohmeyer wird von Andres angesprochen. Halberstadt wird den Interviewer besorgen.

Zum Schluß der Veranstaltung wird Halberstadt zum Fackelzug aufrufen.

5. Nächste Nummer 'stop': Der AA beschließt eine Auflagenhöhe von 200 000 Stück. Wie bereits früher besprochen, wird sich der Inhalt in der Hauptsache um den Marsch selbst drehen.

6. Anti-Atomkundgebung in Brüssel: Bis jetzt sind alle technischen Details geklärt. Ein entsprechendes Rundschreiben wird den gemeldeten Teilnehmern zugehen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

7. Pfarrerflugblatt: Das Pfarrerflugblatt ist fertiggestellt.

8. Autokorso am 14. März 64: Am 10.3. wird sich der Startplatz in Wiesbaden klären. Die Darmstädter Autos fahren nach Dieburg. Beide Züge treffen in Langen zusammen, um gemeinsam weiterzufahren.

8. Test-Unterschriftenaktion: Der Frankfurter Ausschuß stellt in eigener Regie ein Flugblatt her, das vor zwei Betrieben in Frankfurt verteilt werden soll. Es enthält den Kurzaufruf, die Frankfurter Unterzeichner und weitere Möglichkeiten zur Unterschrift.

9. Ostermarschseminar: An die gemeldeten Teilnehmer des Ostermarschseminars wird ein Rundschreiben geschickt, in dem sie nochmals über die technischen Einzelheiten informiert werden. Edgar Weick soll am Samstagnachmittag zu dem Thema 'Ostermarsch - wohin?' referieren.

10. Ausländische Delegationen: Bisher hat Halberstadt mit italienischen Stellen keinen Kontakt aufgenommen.

11. Pressekonferenzen: Der AA beschließt, nur in Frankfurt am 19.3. - Donnerstag - 11.30 Uhr eine Pressekonferenz durchzuführen, bei der Faller, Halberstadt, Winkler, Vack, Farr oder Andres, und als Unterzeichner Olaf Radke und Kaschnitz teilnehmen sollen. Um einen Raum kümmert sich Halberstadt. An die Tageszeitungen, die an der Marschstrecke liegen, wird ein Brief mit einer Stellungnahme zum Marsch geschickt.

12. Redner: Römer - Von Oetjen liegt noch nichts vor. Man wird ihn nochmals ansprechen. Kästner hat abgesagt. Es sollen nun angesprochen werden: Horst Kÿnast, Max van der Grün (Schriftsteller). Nikel soll um einen Hinweis für Redner gebeten werden. Offenbach - Segall soll evtl. angesprochen werden. Rüsselsheim - Entgegen der polizeilichen Anweisung soll versucht werden, die Genehmigung für eine Kundgebung auf dem Marktplatz zu erhalten.

13. Nächste Sitzung: Die nächste Sitzung des AA findet am 16. März 1964, 18.30 Uhr bei Klaus Vack statt.

605 Offenbach, 10. März 1964
Für die Protokollführung:
Fritz Straßs

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED718-23-319

pressedienst
nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

10.3.64
11.3.64

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner", Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Evangelische Pfarrer rufen auf zum Ostermarsch 1964

68 evangelische Pfarrer aus Hessen-Nassau und Kurhessen haben in einem Flugblatt ihre Unterstützung zu den Zielen der Kampagne für Abrüstung erklärt und zur Teilnahme am Ostermarsch 1964 aufgerufen.

In diesem Aufruf an alle Christen heißt es unter anderem: "... Jesus Christus hat euch zu Friedensstiftern berufen. Darum setzt eure gesamten Kräfte ein zur Befriedung der Welt und zur Beendigung des kalten Krieges. Der Friede kommt nicht von allein, er muß errungen werden durch unermüdliche Anstrengungen und durch die Bereitschaft zu Kompromissen bei allen Beteiligten ..."

Folgende Pfarrer aus Hessen und Nassau haben diesen Aufruf unterschrieben:

Pfr. Ackermann, Frankfurt; Pfr. Andres, Frankfurt; Pfr. Baumgart, Wiesbaden; Pfr. Boos, Nieder-Saulheim; Pfr. Borck, Kelsterbach; Pfr. Bormann, Nieder-Florstadt; Pfr. Brandt, Offenbach; Pfr. Chun, Frankfurt; Pfr. Conradi, Holzheim; Pfarrerin Herta Dietze, Bingen; Pfr. Dippel, Sprendlingen; Pfr. Eckerlin, Wauchenbuchen; Pfr. Eitel, Schlierbach; Pfr. Engel, Worms; Vikarin Emmerich, Oberhambach; Pfr. Falkenberg, Wiesbaden; Pfr. Farr, Frankfurt; Vikar Fey, Mörfelden; Pfr. Finkbeiner, Limburg; Pfr. Fischer, Bingen; Pfr. i.R. Fresenius, Frankfurt; Pfr. Frey, Herborn; Pfr. i.R. Dr. Freudenberg, Bad Vilbel; Pfr. Prof. Dr. Hahn, Darmstadt; Pfr. Hanstein, Diez; Pfr. Heinrich, Wiesbaden; Pfr. Hickel, Mainz; Pfr. Hildebrandt, Wörsdorf; Pfr. Hörr, Steinbach; Pfr. Hoffmann, Echzell; Pfr. Hofmann, Gettenau; Pfr. Jakobi, Oppstein; Pfr. Koch, Geisenheim; Pfr. Dr. Körner, Gießen; Pfr. Kraemer, Budenheim; Pfr. Kuhmann, Cramberg; Pfarrerin Küppers, Frankfurt; Pfr. Liefke, Rüsselsheim; Pfr. Matthies, Unnau; Pfr. Meisenzahl-Nickel, Mainz; Pfr. Meyer, Frankfurt; Pfr. Mochalski, Frankfurt; Pfr. Müller, Bad Nauheim; Pfr. Munk, Mainz; Pfr. Noll, Frankfurt; Pfr. Roessler, Frankfurt; Pfr. Semmelrock, Frankfurt; Pfr. Skambraks, Rockenberg; Pfr. Schemann, Dachsenhausen; Pfr. Schmidt, Rettert; Pfr. Schlunk, Dudenrode; Pfr. Dr. Schnebel, Bad Homburg; Pfr. Strack, Niederlahnstein; Pfr. Schweigart, Wiesbaden; Diakon Steuer, Spachbrücken; Pfr. Schnellbächer, Frankfurt; Pfr. Stroh, Ober-Saulheim; Pfr. Strohmeier, Frankfurt; Pfr. Tiedtke, Frankfurt; Pfr. Trautwein, Rodheim-Bieber; Pfr. Treblin, Alzey; Pfr. Weber, Sprendlingen; Pfr. Weber, Steinfurth; Pfr. Weimar, Offenbach; Pfr. Wilkens, Heusenstamm; Pfr. Winkler, Frankfurt; Pfr. Wisseler, Dausenau; Pfr. Zimmermann, Wehrda.

- 2 -

herausgeber: „ostermarsch der atomwaffengegner", hessischer ausschuß, 605 offenbach (main), waldstraße 99
ruf: 883764, postscheckkonto: ffm. 57648

Internationale Kommunistische - Archiv

Über 800 Pfarrer für Ostermarsch

Den Zentralen Aufruf der Kampagne für Abrüstung für den Ostermarsch 1964 unterzeichneten bereits mehr als 6 000 Persönlichkeiten. Darunter befinden sich 800 vorwiegend evangelische Pfarrer. Der Aufruf steht unter dem Motto:

Mitteleuropa - atomwaffenfrei
- militärisch verdünnte Entspannungszone
- Brücke zwischen Ost und West

Der Aufruf enthält Forderungen nach eigenen Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung und tritt ein für einen Verzicht auf Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und Zustimmung und Beitritt der Bundesregierung zu allen Vereinbarungen, die zum Verzicht auf Gewalt führen.

Offenbach, 10. März 1963 - Vack

11.3.64

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718 - 23 - 320

Nehmen Sie teil am Ostermarsch 64 von Wiesbaden zum Frankfurter Römer

Ostersamstag
- ▲ Wiesbaden
- ● Biebrich
- ● Mainz
- ● Kostheim
- ● Gustavsburg
- ● Rüsselsheim
- ▲ Mörfelden

Ostersonntag
- ▲ Mörfelden
- ● Langen
- ● Sprendlingen
- ● Neu Isenburg
- ▲ Offenbach

Ostermontag
- ▲ Offenbach
- ● Oberrad
- ● Sachsenhausen
- ● Ostpark
- ▲ Römerberg

Melden Sie sich bitte unverzüglich an, denn frühe Anmeldung erleichtert die Organisation. Die Teilnehmergebühr beträgt DM 20,- (Verpflegung, Notunterkunft, wenn Ihrerseits erforderlich Busfahrt nach Wiesbaden, Organisations- und Werbeanteil).

Falls Sie verhindert sind, am Ostermarsch 1964 teilzunehmen, kommen Sie bitte zur

Großkundgebung

auf dem Frankfurter Römerberg, Ostermontag, 16 Uhr

Es sprechen:
Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller,
Frank Allaun, britischer Unterhausabgeordneter und andere.

Hier abtrennen

Ich bin Gegner von Atomwaffen jeder Art und jeder Nation in West und Ost. Ich akzeptiere die „Grundsätze des Ostermarsches der Atomwaffengegner". Ich erkläre mich bereit zur Teilnahme am Ostermarsch 64 von Wiesbaden zum Frankfurter Römer unter dem Motto „Entspannungszone Mitteleuropa - Brücke zwischen Ost und West". Die Teilnehmergebühr von DM 20,— wird überwiesen.

Ich nehme teil: ja ○
nein ○
Samstag ○
Sonntag ○
Montag ○

Ich kann 1964 nicht teilnehmen, bitte aber um ständige Zusendung von Material.
ja ○
nein ○

Name
Vorname
Beruf
Alter Telefon
Anschrift

Bitte gut leserlich schreiben!

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß
Verantwortl. Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648. Plauein-Druck, Offenbach (Main)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Christen !!!

Erhebt eure Stimme! Schweigt nicht länger zu dem Wahnsinn eines selbstmörderischen Wettrüstens in Ost und West.

Jesus Christus hat euch zu Friedensstiftern berufen. Darum setzt eure gesamten Kräfte ein zur Befriedung der Welt und zur Beendigung des kalten Krieges. Der Friede kommt nicht von allein, er muß errungen werden durch unermüdliche Anstrengungen und durch die Bereitschaft zu Kompromissen bei allen Beteiligten.

Noch immer gibt es Kräfte in der Welt, die an der Rüstung und dem Kriege verdienen und die gewissenlos mit dem Sterben ganzer Völker Geschäfte machen. Noch immer glauben Menschen auch in unserem Volk, mit einer überholten Politik der Gewalt und der Stärke den Frieden sichern zu können. Noch immer erkennen diese nicht, daß das „Gleichgewicht des Schreckens" über Nacht in ein Ende mit Schrecken umschlagen kann.

Die Parteien wagen es nicht, dem Volk die volle Wahrheit zu sagen, weil sie keine Wählerstimme einbüßen wollen. Die Zeitungen haben Angst, ihre Inserenten zu verlieren, die an Rüstungsaufträgen verdienen.

Deshalb sind wir genötigt, auf die Straße zu gehen und die Öffentlichkeit durch friedliche Ostermärsche freier und unabhängiger Bürger vor der drohenden Gefahr einer atomaren Rüstung zu warnen.

Tausende deutscher Wissenschaftler, Ärzte, Pädagogen, Mütter und über 800 Pfarrer unterstützen den Aufruf der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - 1964, in dem es u. a. heißt:

Mitteleuropa - atomwaffenfrei
- militärisch verdünnte Entspannungszone
- Brücke zwischen Ost und West

Kirchenpräsident D. Niemöller erklärt zum Ostermarsch 1964:

„... Wir rüsten uns jetzt für die Ostermärsche 1964, und wir dürfen und sollen das mit getroster Zuversicht tun ..."

„... Wir wollen Menschen und Völker davon überzeugen, daß die Anwendung von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Menschlichkeit ist, dem sich alle Menschen entgegenstellen müssen. Das ist mit jedem Jahr deutlicher und wirksamer geworden, und so sollen auch die Ostermärsche 1964 einen Schritt vorwärts bedeuten ..."

Prof. Dr. H. Gollwitzer schreibt zum Ostermarsch 1964:

„Diejenigen Deutschen marschieren, die früher als die Menschheit bemerkt haben, worum es heute geht, diejenigen, die deshalb dem deutschen Mangel an Zivilkourage nicht mehr unterliegen, sondern auf die Straße gehen und trotz des Mißtrauens einer schlecht beratenen Obrigkeit. Es ist die Demonstration der Vernunft, der Freiheit und der wahren Vaterlandsliebe."

Die folgenden Pfarrer aus Hessen, Nassau und Kurhessen unterstützen die „Kampagne für Abrüstung" und rufen alle Christen zur Teilnahme am Ostermarsch 1964:

Pfr. Ackermann, Frankfurt · Pfr. Andres, Frankfurt · Pfr. Baumgart, Wiesbaden · Pfr. Baos, Nieder-Saulheim · Pfr. Bork, Kelsterbach · Pfr. Bormann, Nieder-Florstadt · Pfr. Brandt, Offenbach · Pfr. Chun, Frankfurt · Pfr. Conradi, Holzheim · Pfarrerin Herta Dietze, Pfr. Dippel, Sprendlingen · Pfr. Eckerlin, Wachenbuchen · Pfr. Eitel, Schlierbach · Pfr. Engel, Worms · Vikarin Emmerich, Oberhambach · Pfr. Falkenberg, Wiesbaden · Pfr. Farr, Frankfurt · Vikar Fey, Mörfelden · Pfr. Finkbeiner, Limburg · Pfr. Fischer, Bingen · Pfr. i. R. Fresenius, Frankfurt · Pfr. Frey, Herborn · Pfr. i. R. Dr. Freudenberg, Bad Vilbel · Pfr. Prof. Dr. Hahn, Darmstadt · Pfr. Hanstein, Diez · Pfr. Heinrich, Wiesbaden · Pfr. Hickel, Mainz · Pfr. Hildebrandt, Wörsdorf · Pfr Hörr, Steinbach · Pfr. Hoffmann, Echzell · Pfr. Jakobi, Eppstein · Pfr. Koch, Geisenheim · Pfr. Dr. Körner, Gießen · Pfr. Kroemer, Budenheim · Pfr. Kuhmann, Cramberg · Pfarrerin Küppers, Frankfurt · Pfr. Lieske, Rüsselsheim · Pfr. Matthies, Unnau · Pfr. Meyer, Frankfurt · Pfr. Müller, Bad Nauheim · Pfr. Munk, Mainz · Pfr. Noll, Frankfurt · Pfr. Skombraks, Rockenberg · Pfr. Schemmann, Dachsenhausen · Pfr. Dr. Schnebel, Bad Homburg · Pfr. Schweigart, Wiesbaden · Pfr. Steuer, Spachbrücken · Pfr. Stroh, Ober-Saulheim · Pfr. Strohmeier, Frankfurt · Pfr. Tiedtke, Frankfurt · Pfr. Trautwein, Rodheim-Bieber · Pfr. Treblin, Alzey · Pfr. Weber, Sprendlingen · Pfr. Weber, Steinfurth · Pfr. Weimar, Offenbach · Pfr. Wilkens, Heusenstamm · Pfr. Winkler, Frankfurt · Pfr. Wisseler, Dauseau

ED 718-23-321

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Protokoll zur Sitzung des Hessischen Ausschusses mit den Örtlichen Ausschüssen am 5. März 1964 in Frankfurt 10.3.64

Anwesend: Klaus Vack, Horst Maurer, Hans Joachim Arlt, Gerd Müller, Egon Becker, Willi Malkomes, Manfred Laus, Heinz Sauer, Rudi Hechler, Gerhard Herbert, Matthias Beltz, Rudolf Segall, Heiner Halberstadt, Heinz Richter, Karl-Heinz Mieth, Dieter Schober, Günter Beck, Karl-Heinz Eberhardt, Volker Prüfer, Edgar Weick, Norbert Winkler, Fritz Strass, Fritz Amann

es fehlten: a) Vom Hessischen Ausschuß:
Heinz Andres, Herbert Faller, Rudolf Farr, Klaus Eskuche, Brita Moritz, Dr. Hans Schenck
b) Von den Örtlichen Ausschüssen:
Bad Hersfeld, Bad Vilbel, Bad Wildungen, Borken, Fritzlar-Homberg, Gelnhausen-Büdingen, Ginsheim, Groß Gerau, Herborn, Kassel, Neu Isenburg, Oberursel, Offenbach, Pfungstadt, Rüsselsheim, Siegerland, Sprendlingen, Stockstadt, Wiesbaden

Tagesordnung

1) Bericht über örtliche Aktionen und Planungen
2) Autokorso am 14.3.1964
3) Anti-Atomkundgebung in Brüssel am 14./15.3.1964
4) Ostermarsch-Revue und Fackelzug am 21.3.1964
5) Weitere Agitation für den Ostermarsch
6) Verschiedenes

Zu Punkt 1

Hanau: Lichtbildervortrag am 27.2. (mittelmäßiger Besuch) Flugblattverteilung, Informationsstand am Markt, Dreieckständer

Dieburg: Die geplante Veranstaltung in Überau fand nicht statt. Sie wird am 10.3. wiederholt. Beteiligung am Autokorso am 14.3. Die Überlastung der HA-Mitglieder verbietet es, daß sich derartige Pannen wie in Überau noch einmal wiederholen.

Langen/Egelsbach: Veranstaltung am 6.3., Zeitungsinserate, Plakatierung

Der HA bittet die Örtl. Ausschüsse, bei ihren Veranstaltungen zu versuchen, einen wesentlich größeren Kreis als den der bekannten Ostermarsch-Anhänger anzusprechen und zur Teilnahme zu bewegen. Es wird hier auf den gut gelungenen Lichtbildervortrag verwiesen.

Mainz: Am 27.2., dem Jahrestag der vollständigen Zerstörung von Mainz, fand eine größere Flugblattaktion statt. Es werden drei Informationsständer aufgebaut. Am 7.3. findet die bereits früher besprochene OM-Revue im Kurfürstlichen Schloß statt. Beteiligung am Autokorso am 14.3. mit etwa 20 Wagen. Am 20.3. findet ein Filmabend mit Symanowski statt.

Mörfelden: 14.3. Lichtbildervortrag. Flugblattverteilung vor Opel. Der HA wird zur Kundgebung am Ostersonntagmorgen noch einen Referenten besorgen. Am Abend wird der Marsch vom Bürgermeister und wahrscheinlich auch dem DGB-Ortkartell begrüßt werden. Pfarrer Oeser bittet darum, daß sich einige Atheisten zur Diskussion beim Gottesdienst einfinden. Egon Becker erklärt sich bereit, teilzunehmen und einige Jugendliche der Mörfelder NFJ

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

anzusprechen.

Frankfurt: In der letzten Woche 'stop'-Verteilung, Versand von Briefen an Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute, Funktionäre der Frankfurter Gewerkschaftsstellen mit der Bitte um Unterzeichnung des Aufrufes und finanzielle Unterstützung. Eine Filmveranstaltung bei der Gewerkschaftsjugend Chemie Höchst war erfolgreich. Es wird ein örtl. Flugblatt mit Marschstrecke und dem Weg des Marsches durch die Stadt Frankfurt, auf der Rückseite Frankfurter Unterzeichner, hergestellt. Die Frankfurter Bürger sollen darin besonders eindringlich gebeten werden, sich bereits am Ostpark dem Marsch anzuschließen. 14.3. Straßenagitation am Roßmarkt und Lokalbahnhof, Filmveranstaltung am 19.3., 21.3. Veranstaltung in Höchst. Dem Frankfurter Ausschuß wird dringend nahe gelegt, in der Innenstadt (z.B. Hauptwache) einen Ständer aufzubauen.

Marburg: Eine erfolgreiche Unterschriftensammlung (9 Professoren) Der Marburger Ausschuß organisiert Busse nach Darmstadt und Frankfurt. Veranstaltung am 12.3. Am 20.3. 'stop'-Verteilung, Plakatierung.

Der HA bittet die Örtl. Ausschüsse, sich intensiv mit der Organisation von Busfahrten zur Schlußkundgebung zu befassen.

Offenbach: Es wird ein Informationsständer aufgebaut, Luftballon-Aktion, Flugblattverteilung. 7.3. Veranstaltung mit Lichtbildervortrag.

Giessen: Der Giessener Ausschuß klagt über Saalschwierigkeiten. Auch der Aufbau eines Informationsständers wird auf Schwierigkeiten stoßen. Flugblattverteilung und Plakatierung.

Friedberg: Hier finden zwei Veranstaltungen statt.

Bei der Plakatierung ist zu beachten, daß die behördlichen Überwachungsstellen dieses Jahr besonders stark gegen wildes Plakatieren auftreten werden. Sofern es zu rechtlichen Auseinandersetzungen kommt, ist damit ein großer Arbeitsaufwand für den Verantwortlichen, der im Impressum angegeben ist, verbunden.

Zu Punkt 2

Das Autokorso beginnt am 14.3., 14 Uhr in Wiesbaden. Der Treffpunkt steht noch nicht fest. Von hier wird die Marschstrecke abgefahren. Man rechnet damit, gegen 17 Uhr in Frankfurt einzutreffen. Die Örtl. Ausschüsse sollen für diese Angelegenheit noch einmal besonders stark werben. Eine Abordnung soll nach Dieburg entsandt werden.

Zu Punkt 3

Fritz Amann gibt einen Bericht über den Stand der Vorbereitung. Von der Kontaktstelle in Brüssel liegt eine offizielle Einladung vor. Die Übernachtungsmöglichkeit ist noch nicht geklärt. Alles weitere wird den gemeldeten Teilnehmern mitgeteilt.

Zu Punkt 4

Auftreten sollen: Hans Dieter Hüsch, Skiffle-Groups, Dieter Süverkrüp und Fasia. Von den letzten dreien liegt noch keine Zusage vor. Es ist ungewiss, ob die New-Orleans-Jazz-Babies teilnehmen werden. Pfarrer Symanowski hat für das Anfangsreferat abgesagt. Rudolf Rolfs, der um einen Beitrag angesprochen wurde, nimmt ebenfalls nicht teil. Der Auftritt von Kümmel, ein Spiritual-Sänger, wird erwogen. Die Verbindung könnte über Georg Paulus

Institut für Zeitgeschichte München

ED718-23-322

hergestellt werden. Zur Werbung für diese Veranstaltung sollen DIN A 6 Handzettel in einer Auflagenhöhe von 5 000 Stück hergestellt werden mit einer kleinen Programmangabe.

Zu Punkt 5

Klaus Vack gibt eine kurze Inhaltsangabe über die dritte Nummer 'stop'. Er weist darauf hin, daß es diesmal tatsächlich notwendig ist, die Verteilung noch weiter zu intensivieren. Er ergeben sich folgende Erhöhungen der Bestellzahlen: Marburg 10 000, berechnet werden 6 000; Giessen 3000, berechnet werden 1 000; Frankfurt bezieht 25 000, je nach den Umständen wird dem Frankfurter Ausschuß ein auf der Geschäftsstelle verbleibender Rest kostenlos übergeben. Walldorf bezieht 2 500 Stück, Dieburg, Offenbach, Mainz werden noch eine entsprechende Mitteilung an die Geschäftsstelle geben. Mörfelden scheint eine Verteilung von 12 - 15 000 möglich.

Zu dem Pfarrerflugblatt hat eine erhebliche Anzahl von Pfarrern bereits unterschrieben. Die Lieferung erfolgt bis Mitte nächster Woche. Dieses Flugblatt wendet sich in seiner Argumentation und Anlage besonders an evangl. Christen; es soll nach Gottesdiensten vor den Kirchen verteilt werden. Es wird angeregt, mit den entsprechenden Pfarrern ein Gespräch zu führen, damit sie dann vielleicht in ihrem Gottesdienst selbst auf die Verteilung hinweisen. Der Ausschuß Giessen bestellt 1 000 Stück, Mörfelden 500 Stück nach.

Das Flugblatt für Gastarbeiter wird von Halberstadt entworfen und an Klaus Vack am Samstag weitergegeben. Die Höhe der Bestellzahlen wird hier vollständig in das Ermessen der Örtl. Ausschüsse gestellt.

Wiesbaden-Römer-Plakat: Es liegen zwei Entwürfe von Schad und Hüther vor und man entscheidet sich für den Entwurf von Hüther, der sich auf das vorjährige Plakat stützt. Schad wird beauftragt, die Schrift hierzu umzugruppieren. Das Plakat enthält demnach das Ostermarsch-Enblem, den Frankfurter Römer, die Aufschrift Ostermarsch 64, von Wiesbaden zum Frankfurter Römer (Anfangsbuchstaben groß). Verantwortlich für den Inhalt ist Egon Becker.

Der HA beschließt, in der Frankfurter Rundschau die geplante Anzeige mit Marschskizze wegfallen zu lassen. Eine besondere Anzeige soll in der Frankfurter Rundschau auf der Offenbacher Seite erscheinen. Für Mörfelden ist eine Anzeige im Werte von 100.-- DM geplant. Weitere Anzeigen erscheinen in der Main-Spitze und im Wiesbadener Tagblatt. Der AA wird sich mit der Frage, ob in Wiesbaden eine Pressekonferenz stattfindet, befassen.

Testunterschriftenaktion: Klaus Vack stellt fest, daß mit der bisherigen Unterschriftenaktion ein halber Zustand erreicht wurde, da sich die Unterschriften nicht mehr nur aus prominenten Persönlichkeiten zusammensetzen, auf der anderen Seite aber der Charakter einer breiten Unterstützung durch einfache Leute fehlt. In einer ausführlichen Diskussion über Art, Sinn und Durchführung einer Testunterschriftenaktion kommt man zu keiner einheitlichen Auffassung. Die Delegierten des HA werden im ZA diese Frage anschneiden und anschließend im AA besprechen. Im vorigen Jahr wurde in England unter den Marschteilnehmern Trockenmilch gesammelt, die nach Algerien geschickt wurde. Diese Aktion fand in der Presse seinerzeit relativ großen Widerhall. Der Vorschlag, dieses Jahr etwas ähnliches beim Hessischen Marsch zu organisieren, stößt auf Ablehnung.

mit 6/-

Institut für Marxismus und Archiv

Auf unsere Anfrage, in wie weit nach einem Beschluß des Deutschen Jugendherbergswerkes kein OM-Teilnehmer in Jugendherbergen aufgenommen wird, wurde uns die Antwort erteilt, daß ein derartiger Beschluß nicht besteht und die Aufnahme mit den üblichen Bedingungen verbunden wäre. Daher wird der HA einen korporativen Beitritt in den Deutschen Jugendherbergsverband beantragen./Der Mörfelder Ausschuß wird sich besonders intensiv um ein Pferdefuhrwerk bemühen.

Die nächste Sitzung des HA mit den Örtl. Ausschüssen findet am 24. März in Frankfurt statt.

605 Offenbach, 6. März 1964
Für die Protokollführung:
Fritz Strass

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-323

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, d.6.3.64
Waldstr.99
Postfach 648 7.3.64

An die örtlichen Ausschüsse
und den hessischen Ausschuß

Liebe Freunde!

Wir möchten unsere gemeinsame Sitzung des Hessischen Ausschusses und der örtlichen Ausschüsse vom gestrigen Donnerstag auswerten. Deshalb dieses Rundschreiben, das wie alles, was Sie vor Ostern erhalten werden, sehr dringend ist und sofort ausgewertet werden sollte.

1. "stop" - Unsere Agitationszeitung soll in der letzten Nummer vor Ostern ganz auf den Ostermarsch 1964 zugeschnitten sein. Wir werden mit Artikeln, Bildern und Informationsmaterial die Leser auffordern, sich am Ostermarsch 64 zu beteiligen und die Eröffnungs- und Zwischenkundgebungen, vor allem aber die große Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römer zu besuchen. Wir werden kurze Artikel und Informationen bringen, über das berichten, was in den einzelnen Orten und Städten geschieht, durch die der Ostermarsch 64 kommt. Wir wollen in dieser "stop"-Nummer auch die örtlichen Unterschriften zum Aufruf 1964 abdrucken. Sollten Sie noch irgendwelches Material haben, das für diese "stop"-Nummer geeignet ist, schicken Sie es bitte unverzüglich an die Geschäftsstelle.

   "stop" wird bis spätestens 20. März bei allen örtlichen Ausschüssen sein. Bereiten Sie bereits heute die Verteilungsaktionen vor.

2. Wir weisen noch einmal darauf hin, daß beim Wild-Plakatieren darauf geachtet werden muß, daß keine Schwierigkeiten mit der Polizei entstehen können. Wenn z.B. Plakate an Gebäuden der Bundespost, der Bundesbahn oder auch anderer Eigentümer angebracht werden, droht dem im Plakat als verantwortlich Ausgegebenen eine Strafanzeige. Wir wissen, daß die Polizei in diesem Jahr besonders scharf gegen das Wild-Plakatieren vorgeht. Dies richtet sich nicht gegen den Ostermarsch, sondern gegen das wilde Plakatieren überhaupt.

3. Besonders wichtig - neben einem stattlichen Ostermarsch 1964 - wird die Schlußkundgebung auf dem Frankfurter Römerberg sein. Viele unserer Anhänger können nicht am Ostermarsch teilnehmen, da sie die damit verbundenen Strapazen nicht auf sich nehmen können oder möchten. Wir müssen in den örtlichen Ausschüssen deshalb dafür sorgen, daß diesen Freunden die Möglichkeit gegeben wird, an der Schlußkundgebung teilzunehmen. Alle örtlichen Ausschüsse, ob nah oder fern von Frankfurt, sollten gemeinsame Busfahrten zum Frankfurter Römer organisieren.

- 2 -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

4. Wir weisen noch einmal auf das Pfarrer-Flugblatt hin, das Anfang kommender Woche aus der Druckerei kommt. Wir haben für dieses Flugblatt über 50 Unterschriften von hessischen Pfarrern erhalten. Das Flugblatt dürfte eine ausgezeichnete, gezielte Werbung für unsere Kampagne für Abrüstung sein. Wo örtliche Ausschüsse bestehen, müßte es eigentlich vor allen evangelischen Kirchen verteilt werden. Es wird empfohlen, vor der Verteilung mit den ansässigen Pfarrern zu sprechen, damit sie vielleicht im Gottesdienst auf das Flugblatt aufmerksam machen. Es ist mit den Pfarrern zu vereinbaren, ob das Flugblatt vor oder nach dem Gottesdienst verteilt wird. Bei Kirchen, wo wir nicht mit Sympathie des Pfarrers, sondern vielleicht mit Ablehnung, zu rechnen haben, empfiehlt es sich, das Flugblatt nicht vor, sondern nach dem Gottesdienst zu verteilen, damit dem Pfarrer keine Möglichkeit gegeben wird, während des Gottesdienstes gegen das Flugblatt Stellung zu nehmen.

5. Merken Sie sich bitte für die nächste Sitzung der örtlichen Ausschüsse mit dem Hessischen Ausschuß den Dienstag, den 24. März 18.oo Uhr Haus der Jugend, Frankfurt, vor.

Das wäre für heute alles.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Klaus Vack

(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-324

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, den 6.3.64
Waldstr.99
Postfach 648

7. 3. 64

An die
örtlichen Ausschüsse

in Wiesbaden, Mainz, Rüsselsheim, Mörfelden,
Langen, Sprendlingen, Neu-Isenburg und Frankfurt

Liebe Freunde!

Wir haben bei unserer letzten Sitzung beschlossen, die 2. Seite der vor dem Ostermarsch 1964 erscheinenden Ausgabe "stop" auf der Rückseite so zu gestalten, daß ein Stimmungsbericht gegeben wird über die Situation in den Gemeinden und Städten, durch die der Ostermarsch 64 führt und darüberhinaus ausführliche Informationen, was der Ostermarsch dort veranstaltet und von welchen Persönlichkeiten er evtl. empfangen wird. Wir wollen in diesen örtlichen Kurzartikeln auch die Unterschriften örtlicher Persönlichkeiten veröffentlichen.

So gestaltet, wird "stop" neben der allgemeinen positiven Wirkung für den OM 64 auch eine spezielle Wirkung auf die Gemeinden und Städte haben, durch die der Ostermarsch 1964 kommt.

Natürlich ist es sehr leicht möglich, daß der Hess.Ausschuß nicht alles Material und nicht alle Unterschriften hat, die die örtl. Kurzartikel wirkungsvoller machen könnten.

Wir bitten Sie deshalb recht dringend, uns unverzüglich (bis spätestens kommenden Dienstag) alle entsprechenden Materialien, über die Ihr örtl. Aasschuß verfügt, zuzusenden.

Wenn bereits Zusagen von irgendwelchen Persönlichkeiten (Bürgermeister, Pfarrer, Ortskartellvorsitzender o.ä.) vorliegen, die den OM 64 in Ihrer Stadt oder Gemeinde begrüßen werden, bitten wir, dies ebenfalls mitzuteilen.

Wir hoffen auf Ihre Mitarbeit und unverzügliche Antwort.

Mit Freundlichen Grüßen

Ihr Klaus Vack
(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-325

pressedienst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und zum problemkreis der abrüstung

3. 3. 64

5. 3. 64

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner", Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Wer finanziert den Ostermarsch?

Immer wieder, in den Wochen, in denen wir den Ostermarsch vorbereiten, erhalten wir Anfragen von Zeitungen, Politikern, Außenstehenden und Freunden, wie unser so "aufwendige" Ostermarsch finanziert wird. Aufklärung tut not und wir glauben, daß es notwendig ist, in aller Öffentlichkeit darzulegen, daß die Kampagne für Abrüstung ihre Mittel nicht aus Gewässern schöpft, deren Quellen in mehr oder weniger bekannten Gefilden der Kaltkriegspropaganda West oder Ost liegen. Die Kampagne erhält Subventionen weder aus Ostberlin noch aus Bonn, sondern einzig und allein von den vielen tausend Anhängern, die ihren Marsch, ihre Schilder, die Flugblätter und Plakate - ja auch diesen Pressedienst - selbst bezahlen.

Rudolf Rolfs sagte auf einer Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg: "Der Ostermarsch wird von den Menschen bezahlt, die hier stehen. Aber persönliche Opfer, die man nicht steuerlich absetzen kann, hält man in unserem profitgierigen Land nicht mehr für möglich."

DM 62.864.50 für der Ostermarsch 1963

Der Ostermarsch 63 kostete mit allem, was dazu gehört, die stattliche Summe von über sechzigtausend Deutsche Mark. Jeder Teilnehmer zahlte neben den Strapazen und Unannehmlichkeiten, die ein dreitägiger Marsch mit sich bringt, eine Teilnehmergebühr von DM 20.--. Viele tausend Menschen können aus mancherlei Gründen nicht am Ostermarsch teilnehmen. Sie kamen aber zu den Kundgebungen und vor allen Dingen zur Schlußkundgebung zum Frankfurter Römerberg. Von diesen Anhängern der Kampagne für Abrüstung gehen Spenden ein und täglich weisen die Postscheckauszüge lange Zahlenkolonnen auf; aber nicht etwa große Einzelspenden, sondern vorwiegend Beträge, wie DM 3.--, DM 5.-- und DM 10.--.

Der Wille vieler Einzelner, die Veranstaltungen der Kampagne für Abrüstung zu finanzieren, wächst ständig und zeigt, wie die politischen Ziele der Kampagne im Volke mehr und mehr Anerkennung erringen.

- 2 -

herausgeber: „ostermarsch der atomwaffengegner", hessischer ausschuß, 605 offenbach (main), waldstraße 99
ruf: 88 37 64, postscheckkonto: ffm. 57648

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Die DM 62.864.50 an Ausgaben für den vorjährigen Ostermarsch gliedern sich wie folgt:

1) Flugblätter, Plakate, Anzeigen	DM	39.631.01
2) Bus- und Transportkosten	DM	1.506.40
3) Verpflegung und Übernachtungen	DM	9.032.50
4) Sachliche Kosten für die Kundgebungen	DM	5.161.57
5) Bürokosten (Porto, Telefon usw.)	DM	6.872.08
6) Div. Ausgaben (auch Gerichtskosten)	DM	660.94
	DM	62.864.50

Auch der Ostermarsch 64 finanziert sich selbst

Zur Vorbereitung des Ostermarsches 64 muß jeder einzelne Atomwaffengegner noch tiefer in die Tasche greifen als er es schon das Jahr über tut. So haben die Anhänger der Kampagne für Abrüstung durch Flugblatt-Finanzierung und Spenden bereits über DM 15.000.-- in den Monaten Januar und Februar aufgebracht.

Keine Gehälter und Spesen

Die Organisatoren der Kampagne für Abrüstung leisten ihre Arbeit ehrenamtlich. Jeder hat ein ordentliches Arbeitsverhältnis, ist Angestellter, Beamter, Arbeiter, Unternehmer, Pfarrer, Professor oder freischaffend tätig. Jeder kann nur wenige Stunden für den Ostermarsch opfern und zwar die Stunden seiner Freizeit. Deshalb fallen keine Gehälter an und auch keine Spesen.

Wir wissen, daß diese Darlegungen nicht unbedingt für jede Zeitung zur Veröffentlichung geeignet sind. Wir glauben aber, daß eine Offenlegung der Ostermarsch-Finanzen für die Presse, die verpflichtet ist, über die politischen Vorgänge in unseren Land objektiv zu berichten, sehr informativ sein dürfte.

Offenbach, 3. März 1964 - Vack

5. 3. 64

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-326

Ostermarsch der Atomwaffengegner Hessischer Ausschuß
6050 Offenbach (Main) 4, Postfach 648, Waldstraße 99

Teilnehmerkarte

für den Ostermarsch 1964

Name _____

Vorname _____ Alter _____

Adresse _____

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-327

KOMM MIT

für Entspannung,
für Abrüstung,
für Frieden in der Welt!

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

5. 3. 64 V.

Warum Ostermarsch ?

Mehr als 4 000 Bürger der Bundesrepublik rufen zum Ostermarsch 1964. Warum? Professoren, Betriebsräte, Pfarrer, Jugendliche, Hausfrauen, Lehrer, Schauspieler gehen auf die Straße. Warum?

Ein erster Schritt zur umfassenden Abrüstung ist getan: Die Einstellung der Atomwaffentests ist vereinbart. Der zweite Schritt muß folgen. Darum steht der Ostermarsch 1964 unter dem Motto:

Mitteleuropa – atomwaffenfrei
Mitteleuropa – Brücke zwischen Ost und West.

Im Aufruf zum Ostermarsch 1964 heißt es: „In der Bundesrepublik fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Mit dieser Forderung stimmen wir überein.

Wir schlagen vor:

- Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen,
- Zustimmung und Beitritt der Bundesrepublik zu allen Vereinbarungen, die zum Verzicht auf Gewalt führen,
- Initiative der Bundesrepublik zu Verhandlungen über ein atomwaffenfreies, militärisch verdünntes Sicherheitssystem in Mitteleuropa.

Hier ist ein anderer politischer Weg für Deutschland gezeigt, als ihn unsere Regierung zur Zeit immer noch geht. Um diese Alternative bekannt zu machen und durchzusetzen, gehen Ostern Bürger auf die Straße.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

UNSER NEIN

ZUR ATOMBOMBE

IST EIN JA

ZUR DEMOKRATIE

ED 743
23 -
328

Herbert Faller, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend Deutschlands auf einer Ostermarsch-Kundgebung.

Institut für Zeitgeschichte, München

Wer steckt dahinter ?

Das Kuratorium der Kampagne für Abrüstung: Frank Allaun (Abgeordn. d. britischen Unterh.), Stefan Andres (Schriftsteller), Hedwig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, Domherr L. John Collins, Herbert Faller (Bundesjugendleiter d. Naturfreunde), Prof. Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler (Schriftsteller), Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Dr. Werner G. Haverbeck, Prof. Gustav Heckmann, Heinz Hilpert (Intendant), Dr. Robert Jungk (Schriftsteller), Dr. Erich Kästner (Schriftsteller), Dr. Arno Klönne, Oberkirchenrat DD. Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Dr. Armin Prinz zur Lippe, Prof. Wilhelm Maler, Dr. Bodo Manstein, Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller, Prof. Katherina Petersen, Nobelpreisträger Bertrand Russell, Robert Scholl, Studentenpfarrer Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Prof. Johannes Ude, Prof. D. Heinrich Vogel, Prof. Fritz Wenzel, Prof. Ernst Wolf.

Den Aufruf zum Ostermarsch 1964 in der Bundesrepublik haben bis zum 15. Februar d. J. mehr als 4000 Bürger unterzeichnet.

Es unterzeichneten
183 Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, darunter:

Horst Kynast (Gewerkschaftssekretär), Kassel / Günther Schwarz (Gewerkschaftssekretär), Frankfurt / Günther Köpke (Gew.-Sekretär), Frankfurt / Horst Klaus (Gew.-Sekr.), Nürnberg / Karl Friedrich Hübsche (Gew.-Sekr.), Bochum / Günther Laß (Gew.-Sekr.), Bielefeld / Walter Müller (Gew.-Sekr.), Frankfurt / Heinz Puschnerus (Gew.-Sekr.), Gladbeck / Berthold Kiekebusch, Stuttgart / Ernst Wiechers (Gew.-Sekr.), Bochum / Jochen Müller (Gew.-Sekr.), Frankfurt / Peter Blechschmidt (Gew.-Sekr.), Dortmund / Josef Höning (Gew.-Sekr.), Moers / G. Kosanke (Gew.-Sekr.), Bochum / K. H. Gutzmann (Gew.-Sekr.), Duisburg / Heinz Raspini (Dipl.-Volkswirt), Lahr / Ernst Scholz (Gew.-Sekr.), Augsburg und Olaf Radke, Offenbach.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

464 Pfarrer und Geistliche verschiedener Konfessionen, darunter:

Klaus Lubkoll (Landesjugendpfarrer), Bremen / Pastor Udo W. Smidt, Bremerhaven / Dr. Günther Brear (Studentenpfarrer), Weidenau / Dr. Wolfgang Kratz (Stud.-Pfarrer), Frankfurt / Hans Bonnet (Stud.-Pfarrer), Mönchengladbach / Jürgen Eisenberg (Landesjugendpfarrer), Kassel / Pfarrer Gerold Jaspers, Dortmund / Dr. Robert R. Geis (Rabbiner), Düsseldorf / Theodor Immer (Landesjugendpfarrer), Leer / Pfarrer Horst Symanowski, Mainz / Martin Stöhr (Stud.-Pfarrer), Darmstadt / Pfarrer Hans Jürgen Roth, Höchst / Alexander Semmelrock (Stud.-Pfarrer), Frankfurt / Oberkirchenrat Helmut Rößler, Düsseldorf / Pfarrerin Herta Dietze, Bingen / Pater Franziskus Strathmann OP., Kloster Walberberg / Karl Giesen (kath. Pfarrer), Essen / Josef Krämer (kath. Pfarrer), Ockfen / Dr. Oskar Schroeder (kath. Geistl.), Duisburg / Dr. Reinhold Rieger (kath. Geistl.), Reilingen / Dr. Wilhelm Lenzen (kath. Geistl.), Mönchengladbach.

ED 718-23-329

155 Schriftsteller, Publizisten, Verleger, darunter:

Carl Amery, München / Günter Anders, Wien / Ernst Kreuder, Darmstadt / Erich Kuby, München / Dr. Fritz J. Raddatz, Hamburg / Karl Rauch, München / Rudolf Rolfs, Frankfurt / Hans A. Nikel, Frankfurt / Paul Schallück, Köln / Hans Martin Elster, München / Ulrike Marie Meinhof, Hamburg / Malte J. Rauch, Frankfurt / Wolfgang F. Haug, Berlin / Dr. Achim von Borries, Köln / Dr. Gustav Wyneken, Göttingen / Gerhard Zwerenz, Köln / Dr. Gerhard Szcesny, München / Gerd Hirschauer, München / Gösta von Uexküll, Hamburg / Rolf Hochhuth, Basel / Johannes W. Klefisch, Monschau / Ilse Aichinger, Bayrisch-Gmain / Ina Seidel, Starnberg / Prof. Friedrich Heer, Wien / Dr. Emil Martin, München / Günter Eich, Bayrisch-Gmain.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

98 Juristen und Staats- und Kommunalbeamte, darunter:

Dr. Erdmuthe Falkenberg (Regierungsdirektorin), Frankfurt / Ernst Kube (Regierungsdirektor), Hannover / Karl Appelmann (Bürgermeister), Offenbach / August Bangel (Stadtdirektor i. R.), Castrop-Rauxel / Walter Buckpasch (Stadtrat), Offenbach / Prof. Dr. Th. Gläß (Stadtrat), Frankfurt / Dr. Horst Günter Helmke (Oberregierungsrat), Bremen / Hans Alfken (Ministerialdirigent), Hannover / Albert Juschka (Ministerialrat), Ratingen / Herbert Burger (Rechtsanwalt), Düsseldorf / Dr. Paul Haag (Rechtsanwalt), Frankfurt / Heinrich Hannover (Rechtsanwalt), Bremen / Dr. Rolf Pietzker (Rechtsanwalt), Hamburg / Dr. Kurt Sternfeld (Rechtsanwalt), Erkrath.

287 Pädagogen,

144 Ärzte,

121 Professoren und Dozenten ...

... und zahlreiche andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter:

Trude Hesterberg (Schauspielerin), München / Prof. Otto Pankok, Brünen / Prof. Kurt Jaos (Choreograph), Essen / Prof. Ewald Mataré, Büderich / Gerhard Weber (CVJM-Sekretär), Hamburg / Gert Spindler (Fabrikant), Hilden / Herbert Sebald (Schauspieler), Bremen / Manfred Miller (Bühnenbildner), Bremen / F. O. Schöfer (Volkshochschuldirektor), Bochum / Manfred Liebel (1. Vors. SDS), Frankfurt.

(Die in Klammern mitgeteilten Berufs- und Funktionsangaben sollen Information zur Person geben, sie bedeuten nicht, daß in der entsprechenden Funktion unterzeichnet wurde.)

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED718-23-330

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1964: 20 Ostermärsche

1

MARSCH DUISBURG – DORTMUND

28. 3. Marscheröffnung 9.00 Uhr Schulhof Gutenbergstraße, Duisburg. Über Oberhausen nach Essen. Kundgebung 17.30 Uhr Kennedyplatz (früher Gildenplatz).

29. 3. Gottesdienst 10.00 Uhr Kennedyplatz, Essen. Abmarsch 11.00 Uhr über Gelsenkirchen nach Bochum. Kundgebung 17.30 Uhr Buddenbergplatz.

30. 3. Gottesdienst 10.00 Uhr Buddenbergplatz, Bochum. Abmarsch 11.00 Uhr über Werne nach Dortmund. Abschlußkundgebung gegen 17.30 Uhr. Marktplatz.

ANMELDUNG / INFORMATION: Kampagne für Abrüstung, OM der Atomwaffengegner, Regionalausschuß West, 463 Bochum, Wittener Str. 183, tel. 3 43 39.

2

MARSCH HERNE – BOCHUM

29. 3. 14.00 Uhr von Herne-Neumarkt nach Bochum, Buddenbergplatz. (Gemeinsame Kundgebung mit dem Marsch 1.

ANMELDUNG / INFORMATION: Alfred Neuhaus, 469 Herne, Düngelstr. 64.

3

MARSCH BIELEFELD – DORTMUND

28. 3. Marscheröffnung 12.00 Uhr Alter Markt, Bielefeld

29. 3. Abmarsch 10.00 Uhr Heessen.

30. 3. Abmarsch 10.00 Uhr Bahnhof Kamen. Marsch zur Abschlußkundgebung nach Dortmund.

ANMELDUNG / INFORMATION: Peter Roddey, 49 Bielefeld, Henschelstr. 21.

Archiv für Zeitgeschichte

4 MARSCH WIESBADEN – FRANKFURT

26. 3. Marscheröffnung 10.00 Uhr Marktplatz, Wiesbaden. Über Alt-Biebrich – Mainz – Kostheim – Gustavsburg – Bischofsheim – Rüsselsheim. Kundgebung 19.00 Uhr Marktplatz. (Busfahrt nach Mörfelden. Abendveranstaltung um 20.00 Uhr im Volkshaus.)

29. 3. Gottesdienst nach 8.00 Uhr. Marsch über Langen – Sprendlingen – Neu-Isenburg nach Offenbach. Kundgebung um 17.30 Uhr Robert-Koch-Schule.

30. 3. Marscheröffnung 9.30 Uhr Naturfreundehaus Rosenhöhe, Offenbach (Richtung Frankfurt). Marsch nach Frankfurt. Abschlußkundgebung 15.00 Uhr Römerberg.

ANMELDUNG / INFORMATION: Kampagne für Abrüstung, OM der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 6050 Offenbach, Waldstr. 99, Postfach 648.

5 MARSCH GÖPPINGEN – STUTTGART

29. 3. Marscheröffnung 11.00 Uhr auf der vorderen Karlsalee, Göppingen. Marsch über Faurndau – Uhingen – Ebersbach – Reichenbach nach Plochingen. Kundgebung 17.00 Uhr am Bad.

30. 3. Eröffnung 11.00 Uhr Marktplatz, Eßlingen. Marsch nach Stuttgart. Abschlußkundgebung 17.00 Uhr Schillerplatz.

6 MARSCH REUTLINGEN – STUTTGART

29. 3. Marscheröffnung 11.00 Uhr Marktplatz, Reutlingen. Marsch über Sondesfingen – Wendlingen – Wernau – Köngen nach Plochingen. (Gemeinsame Kundgebung mit Marsch 5.)

30. 3. Marscheröffnung 11.00 Uhr Marktplatz, Ludwigsburg. Marsch über Kornwestheim – Stammheim – Bad-Cannstatt zur Haußmannstraße. (Stuttgart)! Dort Vereinigung mit Marsch 5. (Gemeinsame Kundgebung.)

ANMELDUNG / INFORMATION: (Marsch 5 und 6) Alfred Riedel, 7 Stuttgart-Bad Cannstatt, Kienbachstr. 57.

ED 248-23-331

7

MARSCH KARLSRUHE – MANNHEIM

28. 3. Marscheröffnung 9.00 Uhr Festplatz (Stadthalle), Karlsruhe. Marsch über Durlach – Grötzingen – Weingarten – Bruchsal nach Langenbrücken.

29. 3. Gottesdienst 9.00 Uhr. Marsch über Mongelsheim – Wiesloch – Walldorf nach Hockenheim. OM-Party mit Kabarett.

30. 3. Weitermarsch 9.00 Uhr über Schwetzingen – Rheinau nach Mannheim. Abschlußkundgebung 16.00 Uhr Marktplatz.

ANMELDUNG / INFORMATION: Nordbaden: Dr. Hannelis Schulte, 6904 Ziegelhausen, Sitzbuchweg 14 – Mittelbaden: Irm de Ordanza, 75 Karlsruhe, Lammstraße 16 – Maingebiet: Kurt Schmidt, 876 Miltenberg, Hauptstraße 234.

8

MARSCH SAARBRUCKEN – MANNHEIM

28. 3. OM-Tag in Saarbrücken, Völklingen, Neunkirchen, Sulzbach, St. Ingbert. 17.00 Uhr deutsch-franz. Treffen „An der Goldenen Bremm" 18.00 Uhr Fackelzug durch Saarbrücken mit Kundgebung.

29. 3. Treffpunkt 10.00 Uhr Theaterplatz, Saarbrücken. Marsch und Fahrt über Dudweiler – Sulzbach – Neunkirchen – Homburg nach Kaiserslautern. Kundgebung 17.00 Uhr Stiftsplatz. 20.00 Uhr OM-Party mit Kabarett.

30. 3. Mit Bussen nach Frankenthal. Dort Abmarsch 11.00 Uhr über Ludwigshafen nach Mannheim. (Gemeinsame Kundgebung mit Marsch 7.)

ANMELDUNG / INFORMATION: Willi Meerfeld, 66 Saarbrücken, Koblenzer Straße 16.

9

MARSCH KUSEL – MANNHEIM

28. 3. Marscheröffnung 10.00 Uhr in Kusel. Marsch über Altenglan – Reichenbach nach Rotenbach.

29. 3. 11.00 Uhr ab Rotenbach über Siegelbach – Otterbach – Moorlautern nach Kaiserslautern. (Gemeinsame Kundgebung mit Marsch 8.)

30. 3. siehe Marsch 8.

ANMELDUNG / INFORMATION: Horst H. J. Oeffler, 6751 Siegelbach.

10

MARSCH FREIBURG – MANNHEIM

Die OM-Teilnehmer gehen am 28., 29. und 30. 3. teilweise mit Marsch 7 nach Mannheim. Gemeinsame Abschlußkundgebung der Märsche 7, 8, 9 und 10.

ANMELDUNG / INFORMATION: Christian Kemper, 78 Freiburg, Eichbergstraße 24.

11

MARSCH PEGNITZ – NÜRNBERG

28. 3. Marscheröffnung 9.30 Uhr am Bahnhof Pegnitz. Marsch über Weidensee – Betzenstein – Hetzendorf – Tettling nach Diepoldsdorf.
29. 3. Weitermarsch 11.00 Uhr über Neunkirchen nach Lauf. Kundgebung.
30. 3. Abmarsch 11.00 Uhr über Röthenbach – Schweig nach Nürnberg. Kundgebung 17.00 Uhr.

ANMELDUNG / INFORMATION: Horst Klaus, 85 Nürnberg, Heimgartenweg 58.

12

MARSCH TUTZING – MÜNCHEN

29. 3. Marscheröffnung 12.30 Uhr Tutzing Hbf. Marsch über Feldafing – Starnberg nach Gauting. Kundgebung 18.00 Uhr.
30. 3. Abmarsch 10.00 Uhr ab Gauting über Gräfelfing nach München. Kundgebung 16.00 Uhr im Alten Botanischen Garten.

ANMELDUNG / INFORMATION: Werner Fuchs, 8 München, Schwanthaler Straße 64/V, Tel. 53 08 21 App. 358.

13

MARSCH BRAUNSCHWEIG

28. 3. Niedersächsische OM-Teilnehmer veranstalten einen mehrstündigen Marsch durch Braunschweig. Eröffnung 8.30 Uhr Kohlmarkt (Jazzkonzert) und Kundgebung um 10.45 Uhr Nibelungenplatz, 14.00 Uhr Schloßplatz, 16.00 Uhr Rathaus, 17.00 Uhr Wollmarkt.

ANMELDUNG / INFORMATION: (Marsch 13, 14 und 15): OM der Atomwaffengegner, Arbeitsausschuß Hannover, 3 Hannover, Maschstr. 22, Raum 36 – Heinrich von Frieling, 3 Hannover, Geibelstr. 21 – Wolfgang Liebegeld, 33 Braunschweig, Wilhelm-Raabe-Straße 9.

Bundesarchiv - Pressearchiv
Z5/178-23-1
332

14 MARSCH HANNOVER

29. 3. Hannoveraner, Braunschweiger und Berliner veranstalten OM-Marsch durch Hannover. 11.00 Uhr Kundgebung auf dem Jahnplatz, 11.40 Uhr erster Teil des Stadtmarsches. 13.13 Uhr Kundgebung auf dem Stephansplatz, 14.30 Uhr zweiter Teil des Stadtmarsches. Abschlußkundgebung 16.30 Uhr auf dem Lindener Marktplatz.

15 MARSCH BRAUNSCHWEIG – HANNOVER – BREMEN

30. 3. OM-Teilnehmer aus Braunschweig, Hannover und Berlin vereinigen sich und fahren zur Abschlußkundgebung nach Bremen (Domshof).

16 MARSCH BERLIN – BRAUNSCHWEIG – HANNOVER – BREMEN

Westberliner Atomwaffengegner beteiligen sich selbständig am 28., 29. und 30. 3. an den Märschen 13, 14 und 15.

17 MARSCH OLDENBURG – BREMEN

28. 3. Marscheröffnung 9.30 Uhr Pferdemarkt, Oldenburg. Marsch über Wilhelmshaven – Ebkerlege nach Bremerhaven. Kundgebung 17.00 Uhr Ernst-Reuter-Platz, anschließend Fackelmarsch durch die Stadt.

29. 3. Eröffnung 8.30 Uhr Johanniswall (Landgerichtsgebäude), Verden/Aller: Marsch über Langwedel – Etelsen – Achim nach Bremen-Mahndorf.

30. 3. Eröffnung 8.30 Uhr Lesum-Brücke, Bremen-Burg und Busendstelle Bremen-Mahndorf. Abschlußkundgebung 11.30 Uhr Domshof.

ANMELDUNG / INFORMATION: Ostermarsch der Atomwaffengegner, Bremer Ausschuß, 28 Bremen 1, U. L. Frauenkirchhof 24/25 – Detlef Dahlke, 28 Bremen 2, Wilhelm-Wolters-Straße 50 a.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

18

MARSCH SCHLESWIG-HOLSTEIN – HAMBURG

28. 3. Eröffnung 9.00 Uhr Holstentor, Lübeck. Marsch über Groß-Grönau – Buchholz nach Ratzeburg. Veranstaltung gegen 18.00 Uhr,

29. 3. 9.00 Uhr ab Ratzeburg über Mölln nach Schwarzenbek.

30. 3. 9.00 Uhr ab Bezirksamt Bergedorf durch Hamburg. Abschlußkundgebung 17.30 Uhr Karl-Legien-Platz.

ANMELDUNG / INFORMATION: Jens Jacobs, 2 Hamburg-Fuhlsbüttel 2, Overn Block 32, Tel. 59 36 86.

19

MARSCH LUBECK – HAMBURG

Die Hamburger OM-Teilnehmer vereinigen sich mit den Teilnehmern aus Schleswig-Holstein auf der unter 18 angegebenen Marschstrecke.

20

MARSCH PARIS – LONDON – ROM – KOPENHAGEN – STOCKHOLM – BRUSSEL – AMSTERDAM

Aus vielen europäischen Hauptstädten nehmen Atomwaffengegner als Gäste an unseren Ostermärschen teil. Auch viele Gastarbeiter stoßen in selbständigen Gruppen zum Ostermarsch.

IZA

informationen zur abrüstung sollten Sie noch heute bestellen

herausgeber:
kampagne für abrüstung
– ostermarsch der atomwaffengegner –
bezugspreis: jährlich 6,— mark.

verlag und vertrieb:
dr. andreas buro, 8 München 55,
andreas-vöst-straße 5, telefon: 1 83 61
erscheinungsweise: 10- bis 12mal jährlich

ED 718-23-333

Wer unterstützt ?

Hier einige Ausschnitte aus vielen Erklärungen, die zur Unterstützung des Ostermarsches aufrufen:

6. Bundesjugendkonferenz der IG Metall

„... Die Delegierten begrüßen deshalb jede demokratische Initiative, die zum Ziel hat, die Öffentlichkeit aufzurütteln und aufzufordern zum Widerstand gegen Atomwaffen in Ost und West. Sie grüßen die jungen Menschen, die an dem englischen Aldermaston-Marsch und den Ostermärschen der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik und in anderen europäischen Ländern teilgenommen haben. Die jungen Mitglieder der IG Metall fordern wir auf, sich zu dieser demokratischen Aktivität zu bekennen und sie künftig durch ihre Teilnahme zu unterstützen."

5. DGB-Landesbezirks-Jugendkonferenz Hessen

„... Eine dieser demokratischen Kundgebungsformen ist der Ostermarsch, Kampagne für Abrüstung. Die Delegierten sind der Auffassung, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln an dieser demokratischen Bewegung beteiligen müssen, um sich hiermit zu ihren eigenen Forderungen zu bekennen ..."

6. Jugendkonferenz der IG Chemie

„Die Gewerkschaftsjugend unterstützt alle Protestaktionen gegen die atomare Aufrüstung. Die Delegierten der 6. Zentralen Jugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik fordern deshalb zukünftig eine offizielle Mitarbeit und Teilnahme der Funktionäre und Mitglieder der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften an den Ostermärschen der Atomwaffengegner."

Institut für Sozialgeschichte Archiv

Pfarrer Ritter auf einer Zwischenkundgebung beim West-Marsch.

ED 718 - 23 - 834
Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-335

6. 3. 64 Stgt/ZIVIL

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Warum Ostermarsch ?

Mehr als 4000 Bürger der Bundesrepublik rufen zum Ostermarsch 1964. Warum? Professoren, Betriebsräte, Pfarrer, Jugendliche, Hausfrauen, Lehrer, Schauspieler gehen auf die Straße. Warum?

Ein erster Schritt zur umfassenden Abrüstung ist getan: Die Einstellung der Atomwaffentests ist vereinbart. Der zweite Schritt muß folgen. Darum steht der Ostermarsch 1964 unter dem Motto:

Mitteleuropa – atomwaffenfrei
Mitteleuropa – Brücke zwischen Ost und West.

Im Aufruf zum Ostermarsch 1964 heißt es: „In der Bundesrepublik fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Mit dieser Forderung stimmen wir überein.

Wir schlagen vor:

Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen,

Zustimmung und Beitritt der Bundesrepublik zu allen Vereinbarungen, die zum Verzicht auf Gewalt führen,

Initiative der Bundesrepublik zu Verhandlungen über ein atomwaffenfreies, militärisch verdünntes Sicherheitssystem in Mitteleuropa.

Hier ist ein anderer politischer Weg für Deutschland gezeigt, als ihn unsere Regierung zur Zeit immer noch geht. Um diese Alternative bekannt zu machen und durchzusetzen, gehen Ostern Bürger auf die Straße.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Herbert Faller, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend Deutschlands auf einer Ostermarsch-Kundgebung.

ED 718-23-335a
Institut für Zeitgeschichte München

Wer steckt dahinter ?

Das Kuratorium der Kampagne für Abrüstung: Frank Allaun (Abgeordn. d. britischen Unterh.), Stefan Andres (Schriftsteller), Hedwig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, Domherr L. John Collins, Herbert Faller (Bundesjugendleiter d. Naturfreunde), Prof. Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler (Schriftsteller), Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Dr. Werner G. Haverbeck, Prof. Gustav Heckmann, Heinz Hilpert (Intendant), Dr. Robert Jungk (Schriftsteller), Dr. Erich Kästner (Schriftsteller), Dr. Arno Klönne, Oberkirchenrat DD. Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Dr. Armin Prinz zur Lippe, Prof. Wilhelm Maler, Dr. Bodo Manstein, Weltkirchenratspräsident D. Martin Niemöller, Prof. Katherina Petersen, Nobelpreisträger Bertrand Russell, Robert Scholl, Studentenpfarrer Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Prof. Johannes Ude, Prof. D. Heinrich Vogel, Prof. Fritz Wenzel, Prof. Ernst Wolf.

Den Aufruf zum Ostermarsch 1964 in der Bundesrepublik haben bis zum 15. Februar d. J. mehr als 4000 Bürger unterzeichnet.

Es unterzeichneten
183 Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, darunter:

Horst Kynast (Gewerkschaftssekretär), Kassel / Günther Schwarz (Gewerkschaftssekretär), Frankfurt / Günther Köpke (Gew.-Sekretär), Frankfurt / Horst Klaus (Gew.-Sekr.), Nürnberg / Karl Friedrich Hübsche (Gew.-Sekr.), Bochum / Günther Laß (Gew.-Sekr.), Bielefeld / Walter Müller (Gew.-Sekr.), Frankfurt / Heinz Puschnerus (Gew.-Sekr.), Gladbeck / Berthold Kiekebusch, Stuttgart / Erwin Wiechers (Gew.-Sekr.), Bochum / Jochen Müller (Gew.-Sekr.), Frankfurt / Peter Blechschmidt (Gew.-Sekr.), Dortmund / Josef Höning (Gew.-Sekr.), Moers / G. Kasatzki (Gew.-Sekr.), Bochum / K. H. Gutzmann (Gew.-Sekr.), Duisburg / Heinz Raspini (Dipl.-Volkswirt), Lohr / Ernst Scholz (Gew.-Sekr.), Augsburg und Olaf Radke, Offenbach.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 118-23-336

464 Pfarrer und Geistliche verschiedener Konfessionen, darunter:

Klaus Lubkoll (Landesjugendpfarrer), Bremen / Pastor Udo W. Smidt, Bremerhaven / Dr. Günther Breer (Studentenpfarrer), Weidenau / Dr. Wolfgang Kratz (Stud.-Pfarrer), Frankfurt / Hans Bonnet (Stud.-Pfarrer), Mönchengladbach / Jürgen Eisenberg (Landesjugendpfarrer), Kassel / Pfarrer Gerold Jaspers, Dortmund / Dr. Robert R. Geis (Rabbiner), Düsseldorf / Theodor Immer (Landesjugendpfarrer), Leer / Pfarrer Horst Symanowski, Mainz / Martin Stöhr (Stud.-Pfarrer), Darmstadt / Pfarrer Hans Jürgen Roth, Höchst / Alexander Semmelrock (Stud.-Pfarrer), Frankfurt / Oberkirchenrat Helmut Rößler, Düsseldorf / Pfarrerin Herta Dietze, Bingen / Pater Franziskus Strathmann OP., Kloster Walberberg / Karl Giesen (kath. Pfarrer), Essen / Josef Krämer (kath. Pfarrer), Ockfen / Dr. Oskar Schroeder (kath. Geistl.), Duisburg / Dr. Reinhold Rieger (kath. Geistl.), Reilingen / Dr. Wilhelm Lenzen (kath. Geistl.), Mönchengladbach.

155 Schriftsteller, Publizisten, Verleger, darunter:

Carl Amery, München / Günter Anders, Wien / Ernst Kreuder, Darmstadt / Erich Kuby, München / Dr. Fritz J. Raddatz, Hamburg / Karl Rauch, München / Rudolf Rolfs, Frankfurt / Hans A. Nikel, Frankfurt / Paul Schallück, Köln / Hans Martin Elster, München / Ulrike Marie Meinhof, Hamburg / Malte J. Rauch, Frankfurt / Wolfgang F. Haug, Berlin / Dr. Achim von Borries, Köln / Dr. Gustav Wyneken, Göttingen / Gerhard Zwerenz, Köln / Dr. Gerhard Szcesny, München / Gerd Hirschauer, München / Gösta von Uexküll, Hamburg / Rolf Hochhuth, Basel / Johannes W. Klefisch, Monschau / Ilse Aichinger, Bayrisch-Gmain / Ina Seidel, Starnberg / Prof. Friedrich Heer, Wien / Dr. Emil Martin, München / Günter Eich, Bayrisch-Gmain.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

98 Juristen und Staats- und Kommunalbeamte, darunter:

Dr. Erdmuthe Falkenberg (Regierungsdirektorin), Frankfurt / Ernst Kube (Regierungsdirektor), Hannover / Kurt Appelmann (Bürgermeister), Offenbach / August Bangel (Stadtdirektor i. R.), Castrop-Rauxel / Walter Buckpesch (Stadtrat), Offenbach / Prof. Dr. Th. Gläß (Stadtrat), Frankfurt / Dr. Horst Günter Helmke (Oberregierungsrat), Bremen / Hans Alfken (Ministerialdirigent), Hannover / Albert Juschka (Ministerialrat), Ratingen / Herbert Burger (Rechtsanwalt), Düsseldorf / Dr. Paul Haag (Rechtsanwalt), Frankfurt / Heinrich Hannover (Rechtsanwalt), Bremen / Dr. Rolf Pietzker (Rechtsanwalt), Hamburg / Dr. Kurt Sternfeld (Rechtsanwalt), Erkrath.

287 Pädagogen,

144 Ärzte,

121 Professoren und Dozenten ...

... und zahlreiche andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter:

Trude Hesterberg (Schauspielerin), München / Prof. Otto Pankok, Brünen / Prof. Kurt Joos (Choreograph), Essen / Prof. Ewald Mataré, Büderich / Gerhard Weber (CVJM-Sekretär), Hamburg / Gert Spindler (Fabrikant), Hilden / Herbert Sebald (Schauspieler), Bremen / Manfred Miller (Bühnenbildner), Bremen / F. O. Schöfer (Volkshochschuldirektor), Bochum / Manfred Liebel (1. Vors. SDS), Frankfurt.

(Die in Klammern mitgeteilten Berufs- und Funktionsangaben sollen Information zur Person geben, sie bedeuten nicht, daß in der entsprechenden Funktion unterzeichnet wurde.)

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ED 718-23-337

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

1964 : 20 Ostermärsche

1

MARSCH DUISBURG – DORTMUND

28. 3. Marscheröffnung 9.00 Uhr Schulhof Gutenbergstraße, Duisburg. Über Oberhausen nach Essen. Kundgebung 17.30 Uhr Kennedyplatz (früher Gildenplatz).

29. 3. Gottesdienst 10.00 Uhr Kennedyplatz, Essen. Abmarsch 11.00 Uhr über Gelsenkirchen nach Bochum. Kundgebung 17.30 Uhr Buddenbergplatz.

30. 3. Gottesdienst 10.00 Uhr Buddenbergplatz, Bochum. Abmarsch 11.00 Uhr über Werne nach Dortmund. Abschlußkundgebung gegen 17.30 Uhr. Marktplatz.

ANMELDUNG / INFORMATION: Kampagne für Abrüstung, OM der Atomwaffengegner, Regionalausschuß West, 463 Bochum, Wittener Str. 183, tel. 3 43 39.

2

MARSCH HERNE – BOCHUM

29. 3. 14.00 Uhr von Herne-Neumarkt nach Bochum, Buddenbergplatz. (Gemeinsame Kundgebung mit dem Marsch 1.

ANMELDUNG / INFORMATION: Alfred Neuhaus, 469 Herne, Düngelstr. 64.

3

MARSCH BIELEFELD – DORTMUND

28. 3. Marscheröffnung 12.00 Uhr Alter Markt, Bielefeld

29. 3. Abmarsch 10.00 Uhr Heessen.

30. 3. Abmarsch 10.00 Uhr Bahnhof Kamen. Marsch zur Abschlußkundgebung nach Dortmund.

ANMELDUNG / INFORMATION: Peter Roddey, 48 Bielefeld, Herrnholzstr. 21.

Archiv für Zeitgeschichte

4

MARSCH WIESBADEN – FRANKFURT

28. 3. Marscheröffnung 10.00 Uhr Marktplatz, Wiesbaden. Über W.-Biebrich – Mainz – Kostheim – Gustavsburg – Bischofsheim – Rüsselsheim. Kundgebung 19.00 Uhr Marktplatz. (Busfahrt nach Mörfelden. Abendveranstaltung um 20.00 Uhr im Volkshaus.)

29. 3. Gottesdienst nach 8.00 Uhr. Marsch über Langen – Sprendlingen – Neu-Isenburg nach Offenbach. Kundgebung um 17.30 Uhr Robert-Koch-Schule.

30. 3. Marscheroffnung 9.30 Uhr Naturfreundehaus Rosenhöhe, Offenbach (Richtung Frankfurt). Marsch nach Frankfurt. Abschlußkundgebung 15.00 Uhr Römerberg.

ANMELDUNG / INFORMATION: Kampagne für Abrüstung, OM der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, 6050 Offenbach, Waldstr. 99, Postfach 648.

5

MARSCH GÖPPINGEN – STUTTGART

29. 3. Marscheröffnung 11.00 Uhr auf der vorderen Karlsallee, Göppingen. Marsch über Faurndau – Uhingen – Ebersbach – Reichenbach nach Plochingen. Kundgebung 17.00 Uhr am Bad.

30. 3. Eröffnung 11.00 Uhr Marktplatz, Eßlingen. Marsch nach Stuttgart. Abschlußkundgebung 17.00 Uhr Schillerplatz.

6

MARSCH REUTLINGEN – STUTTGART

29. 3. Marscheröffnung 11.00 Uhr Marktplatz, Reutlingen. Marsch über Sondesfingen – Wendlingen – Wernau – Köngen nach Plochingen. (Gemeinsame Kundgebung mit Marsch 5.)

30. 3. Marscheröffnung 11.00 Uhr Marktplatz, Ludwigsburg. Marsch über Kornwestheim – Stammheim – Bad-Cannstatt zur Haußmannstraße. (Stuttgart)! Dort Vereinigung mit Marsch 5. (Gemeinsame Kundgebung.)

ANMELDUNG / INFORMATION: (Marsch 5 und 6) Alfred Riedel, 7 Stuttgart-Bad Cannstatt, Kienbachstr. 57.

ED 78-23-338

7

MARSCH KARLSRUHE – MANNHEIM

28. 3. Marscheröffnung 9.00 Uhr Festplatz (Stadthalle), Karlsruhe. Marsch über Durlach – Grötzingen – Weingarten – Bruchsal nach Langenbrücken.

29. 3. Gottesdienst 9.00 Uhr. Marsch über Mongelsheim – Wiesloch – Walldorf nach Hockenheim. OM-Party mit Kabarett.

30. 3. Weitermarsch 9.00 Uhr über Schwetzingen – Rheinau nach Mannheim. Abschlußkundgebung 16.00 Uhr Marktplatz.

ANMELDUNG / INFORMATION: Nordbaden: Dr. Hannelis Schulte, 6904 Ziegelhausen, Sitzbuchweg 14 – Mittelbaden: Irm de Ordanza, 75 Karlsruhe, Lammstraße 16 – Maingebiet: Kurt Schmidt, 876 Miltenberg, Hauptstraße 234.

8

MARSCH SAARBRÜCKEN – MANNHEIM

28. 3. OM-Tag in Saarbrücken, Völklingen, Neunkirchen, Sulzbach, St. Inabert. 17.00 Uhr deutsch-franz. Treffen „An der Goldenen Bremm" 18.00 Uhr Fackelzug durch Saarbrücken mit Kundgebung.

29. 3. Treffpunkt 10.00 Uhr Theaterplatz, Saarbrücken. Marsch und Fahrt über Dudweiler – Sulzbach – Neunkirchen – Homburg nach Kaiserslautern. Kundgebung 17.00 Uhr Stiftsplatz. 20.00 Uhr OM-Party mit Kabarett.

30. 3. Mit Bussen nach Frankenthal. Dort Abmarsch 11.00 Uhr über Ludwigshafen nach Mannheim. (Gemeinsame Kundgebung mit Marsch 7.)

ANMELDUNG / INFORMATION: Willi Meerfeld, 66 Saarbrücken, Koblenzer Straße 16.

9

MARSCH KUSEL – MANNHEIM

28. 3. Marscheröffnung 10.00 Uhr in Kusel. Marsch über Altenglan – Reichenbach nach Rotenbach.

29. 3. 11.00 Uhr ab Rotenbach über Siegelbach – Otterbach – Moorlautern nach Kaiserslautern. (Gemeinsame Kundgebung mit Marsch 8.)

30. 3. siehe Marsch 8.

ANMELDUNG / INFORMATION: Pfarrer H. J. Oeffler, 6751 Siegelbach.

Privat für Zeitgeschichte - Archiv

10

MARSCH FREIBURG – MANNHEIM

Die OM-Teilnehmer gehen am 28., 29. und 30. 3. teilweise mit Marsch 7 nach Mannheim. Gemeinsame Abschlußkundgebung der Märsche 7, 8, 9 und 10.

ANMELDUNG / INFORMATION: Christian Kemper, 78 Freiburg, Eichbergstraße 24.

11

MARSCH PEGNITZ – NÜRNBERG

28. 3. Marscheröffnung 9.30 Uhr am Bahnhof Pegnitz. Marsch über Weidensee – Betzenstein – Hetzendorf – Tettling nach Diepoldsdorf.

29. 3. Weitermarsch 11.00 Uhr über Neunkirchen nach Lauf. Kundgebung

30. 3. Abmarsch 11.00 Uhr über Röthenbach – Schweig nach Nürnberg Kundgebung 17.00 Uhr.

ANMELDUNG / INFORMATION: Horst Klaus, 85 Nürnberg, Heimgartenweg 58.

12

MARSCH TUTZING – MÜNCHEN

29. 3. Marscheröffnung 12.30 Uhr Tutzing Hbf. Marsch über Feldafing – Starnberg nach Gauting. Kundgebung 18.00 Uhr.

30. 3. Abmarsch 10.00 Uhr ab Gauting über Gräfelfing nach München. Kundgebung 16.00 Uhr im Alten Botanischen Garten.

ANMELDUNG / INFORMATION: Werner Fuchs, 8 München, Schwanthaler Straße 64/V, Tel. 53 08 21 App. 358.

13

MARSCH BRAUNSCHWEIG

28. 3. Niedersächsische OM-Teilnehmer veranstalten einen mehrstündigen Marsch durch Braunschweig. Eröffnung 8.30 Uhr Kohlmarkt [Jazzkonzert] und Kundgebung um 10.45 Uhr Nibelungenplatz, 14.00 Uhr Schloßplatz, 16.00 Uhr Rathaus, 17.00 Uhr Wollmarkt.

ANMELDUNG / INFORMATION: (Marsch 13, 14 und 15): OM der Atomwaffengegner, Arbeitsausschuß Hannover, 3 Hannover, Maschstr. 22, Raum 36 – Heinrich von Frieling, 3 Hannover, Geibelstr. 21 – Wolfgang Liebegeld, 33 Braunschweig, Wilhelm-Raabe-Straße 9.

ED 718-23-339

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

14

MARSCH HANNOVER

29. 3. Hannoveraner, Braunschweiger und Berliner veranstalten OM-Marsch durch Hannover. 11.00 Uhr Kundgebung auf dem Jahnplatz, 11.40 Uhr erster Teil des Stadtmarsches. 13.13 Uhr Kundgebung auf dem Stephansplatz, 14.30 Uhr zweiter Teil des Stadtmarsches. Abschlußkundgebung 16.30 Uhr auf dem Lindener Marktplatz.

15

MARSCH BRAUNSCHWEIG – HANNOVER – BREMEN

30. 3. OM-Teilnehmer aus Braunschweig, Hannover und Berlin vereinigen sich und fahren zur Abschlußkundgebung nach Bremen (Domshof).

16

MARSCH BERLIN – BRAUNSCHWEIG – HANNOVER – BREMEN

Westberliner Atomwaffengegner beteiligen sich selbständig am 28., 29. und 30. 3. an den Märschen 13, 14 und 15.

17

MARSCH OLDENBURG – BREMEN

28. 3. Marscheröffnung 9.30 Uhr Pferdemarkt, Oldenburg. Marsch über Wilhelmshaven – Ebkeriege nach Bremerhaven. Kundgebung 17.00 Uhr Ernst-Reuter-Platz, anschließend Fackelmarsch durch die Stadt.

29. 3. Eröffnung 8.30 Uhr Johanniswall (Landgerichtsgebäude), Verden/Aller. Marsch über Langwedel – Etelsen – Achim nach Bremen-Mahndorf.

30. 3. Eröffnung 8.30 Uhr Lesum-Brücke, Bremen-Burg und Busendstelle Bremen-Mahndorf. Abschlußkundgebung 11.30 Uhr Domshof.

ANMELDUNG / INFORMATION: Ostermarsch der Atomwaffengegner, Bremer Ausschuß, 28 Bremen 1, U. L. Frauenkirchhof 24/25 – Detlef Dahlke, 28 Bremen 2, Wilhelm-Wolters-Straße 50 a.

Zeitschriften-Archiv

18

MARSCH SCHLESWIG-HOLSTEIN – HAMBURG

28. 3. *Eröffnung 9.00 Uhr Holstentor, Lübeck. Marsch über Groß-Grönau – Buchholz nach Ratzeburg. Veranstaltung gegen 18.00 Uhr.*

29. 3. *9.00 Uhr ab Ratzeburg über Mölln nach Schwarzenbek.*

30. 3. *9.00 Uhr ab Bezirksamt Bergedorf durch Hamburg. Abschlußkundgebung 17.30 Uhr Karl-Legien-Platz.*

ANMELDUNG / INFORMATION: Jens Jacobs, 2 Hamburg-Fuhlsbüttel 2, Övern Block 32, Tel. 59 36 86.

19

MARSCH LÜBECK – HAMBURG

Die Hamburger OM-Teilnehmer vereinigen sich mit den Teilnehmern aus Schleswig-Holstein auf der unter 18 angegebenen Marschstrecke.

20

MARSCH PARIS – LONDON – ROM – KOPENHAGEN – STOCKHOLM – BRÜSSEL – AMSTERDAM

Aus vielen europäischen Hauptstädten nehmen Atomwaffengegner als Gäste an unseren Ostermärschen teil. Auch viele Gastarbeiter stoßen in selbständigen Gruppen zum Ostermarsch.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv
ED 718-23-340

VZ

informationen zur abrüstung sollten Sie noch heute bestellen

herausgeber:
kampagne für abrüstung
– ostermarsch der atomwaffengegner –
bezugspreis: jährlich 6,— mark.

verlag und vertrieb:
dr. andreas buro, 8 München 55,
andreas-vöst-straße 5, telefon: 1 83 61
erscheinungsweise: 10- bis 12mal jährlich

Wer unterstützt ?

Hier einige Ausschnitte aus vielen Erklärungen, die zur Unterstützung des Ostermarsches aufrufen:

6. Bundesjugendkonferenz der IG Metall

„... Die Delegierten begrüßen deshalb jede demokratische Initiative, die zum Ziel hat, die Öffentlichkeit aufzurütteln und aufzufordern zum Widerstand gegen Atomwaffen in Ost und West. Sie grüßen die jungen Menschen, die an dem englischen Aldermaston-Marsch und den Ostermärschen der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik und in anderen europäischen Ländern teilgenommen haben. Die jungen Mitglieder der IG Metall fordern wir auf, sich zu dieser demokratischen Aktivität zu bekennen und sie künftig durch ihre Teilnahme zu unterstützen."

5. DGB-Landesbezirks-Jugendkonferenz Hessen

„... Eine dieser demokratischen Kundgebungsformen ist der Ostermarsch, Kampagne für Abrüstung. Die Delegierten sind der Auffassung, daß alle gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln an dieser demokratischen Bewegung beteiligen müssen, um sich hiermit zu ihren eigenen Forderungen zu bekennen ..."

6. Jugendkonferenz der IG Chemie

„Die Gewerkschaftsjugend unterstützt alle Protestaktionen gegen die atomare Aufrüstung. Die Delegierten der 6. Zentralen Jugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik fordern deshalb zukünftig eine offizielle Mitarbeit und Teilnahme der Funktionäre und Mitglieder der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften an den Ostermärschen der Atomwaffengegner."

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Pfarrer Ritter auf einer Zwischenkundgebung beim West-Marsch.

ED 718 - 23 341

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-23-342

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Protokoll zur Sitzung des Arbeitsausschusses am 3.3.64 in Offenbach

5.3.64

Anwesend: Winkler, Vack, Amann, Arlt, Faller, Straß

es fehlten: Halberstadt, Andres, Farr

Übernachtung und Essen: In Mainz findet die Mittagsrast in der Nähe der Rhein-Brücke statt. Das Volkshaus Mörfelden wird in einem offiziellen Brief verständigt. Dabei ist auf Bitte um einen Nebenraum zu achten. Im Volkshaus sollen Tische und Stühle aufgestellt werden. Die Empore wird nur bestuhlt. Die Naturfreundegruppe in Neu-Isenburg wird davon verständigt, daß die Mittagsrast am 2. Tag auf dem Gelände des Naturfreundehauses stattfindet. Die Ortsgruppe der Naturfreunde in Offenbach wird gebeten, auch dieses Jahr wieder die Rosenhöhe zur Übernachtung bereitzustellen.

Antiatomkundgebung in Brüssel: Von unserer Kontaktstelle liegt eine Antwort vor; die Übernachtung ist noch nicht geklärt.

Das Pfarrerflugblatt hat bereits 37 Unterschriften. Der AA setzt die Drucklegung für den 5.3. fest.

Bei einer Gegenstimme beschließt der AA 500 Exemplare Abziehautokleber in der Art und Weise der bekannten VK-Abziehkleber zu bestellen und zu einem Preis von DM 1.-- zu verkaufen.

Zu dem Mitteleuropa-Plakat wird ein Überkleber hergestellt mit der Aufschrift "Fordern Sie Informationsmaterial über den Ostermarsch 64." Sofern der Druck bei Richter nicht möglich ist, vergibt die Geschäftsstelle den Auftrag.

Anzeige in der Frankfurter Rundschau: Bisher konnte nicht geklärt werden, ob es möglich ist, in Verbindung mit der Anzeige in der Frankfurter Rundschau einen Artikel über den Ostermarsch mit einer Marschskizze zu bringen. Gemäß des Beschlusses der letzten Sitzung wird jedoch auf alle Fälle eine Anzeige erscheinen.

Bis Ende dieser Woche sind die Slogans fertiggestellt. Winkler wird nochmals gebeten, bis zur nächsten Sitzung ein Motiv für die Ostermarsch-Postkarte, die beim Marsch verkauft werden soll, vorzulegen.

Die Teilnehmer-Plaketten sind bereits bestellt, in Plastikausführung (gelb mit silberner Schrift). Die Geschäftsstelle wird der entsprechenden Firma eine Bestätigung des Auftrages geben.

Ordner: Zu den bereits 15 vorhandenen Ordnern sollen Vack und Winkler weitere 10 Ordner benennen. Am Dienstag, 17.3.64, 19 Uhr, Haus der Jugend, Frankfurt, sollen die Ordner zu einer Besprechung zusammenkommen. Die "Hinweise für die Ordner" können aus dem Vorjahr übernommen werden. Es müssen 50 Stück Ordner-Binden vorhanden sein. (Strass)

Die Angelegenheit Pferdefuhrwerk wurde bekanntlich in das vergangene Rundschreiben aufgenommen. Dem Wunsch örtlicher Ausschüsse, an der Marschstrecke Begrüßung des Marsches durch die einheimische Bevölkerung noch durch einen örtlichen Spielmannszug zu ver-

Institut für Zeitgeschichte Archiv

stärken, wird entsprochen. Allerdings kommt diese Art und Weise nur für dörfliche Gegenden in Betracht.

Der AA ist sich darüber einig, daß auch über diesen Ostermarsch vorrangig ein Lichtbildervortrag im nächsten Jahr gezeigt werden soll. Herr Dörflinger soll beauftragt werden, dokumentarische Tonbandaufnahmen zu machen, während Gossfelder und Dampmann sich um Reportagen kümmern. Faller wird mit Malkomes über die Frage Ostermarsch-Film sprechen.

Die Delegierten des HA beim ZA sollen sich am kommenden Wochenende dafür einsetzen, daß ein Film auf Bundesebene zustandekommt.

Ähnlich der Unterschriftenaktion des Regionalausschusses West soll auch im südhessischen Raum ein Experiment gestartet werden. Man denkt daran, in einem Frankfurter Betrieb verkürzte Aufrufe mit der Möglichkeit zur Unterschrift und an die Kollegen weiterzugeben, zu verteilen. Es soll sich hierbei um einen Betrieb handeln, der bereits von uns bearbeitet wurde. Etwas ähnliches soll beim Offenbacher Informationsstand geschehen, bei dem ebenfalls verkürzte Aufrufe mit der Möglichkeit zur Unterschrift verteilt werden und außerdem Listen ausgelegt werden. Man beschließt, für beide Aktionen je 2000 Flugblätter herzustellen. (DIN A 4 gefaltet - 1. Seite Anschreiben, 2. und 3. Seite verkürzter Aufruf, 4. Seite Raum für Unterschriften).

Bei diesem Test soll geklärt werden, inwieweit die Unterschriftenaktion im nächsten Jahr auf anderer Grundlage verbreitert werden kann.

Die örtlichen Ausschüsse sollen gebeten werden, für die Nicht-Marschteilnehmer Busse zur Abschlußkundgebung in Frankfurt zu organisieren. In einem Rundschreiben, das kurz vor Ostern erscheint, werden die nicht angemeldeten Anhänger auf die Möglichkeit hingewiesen, gemeinsam Busse und Pkw's für die Fahrt zum Frankfurter Römer zu chartern.

Manfred Schad legt bis Donnerstag einen Entwurf zu dem Landeshauptstand-Römer-Plakat vor. Norbert Winkler wird beauftragt, sämtliche Polizeistellen, bei denen wir den Marsch angemeldet haben, nochmals anzuschreiben. Es soll ein Hinweis auf das kürzlich stattgefundene Gespräch im Innenministerium gegeben werden und die Polizei gebeten werden, unsere Anträge zu bearbeiten, da sich sonst für uns und auch für die Polizei organisatorische Schwierigkeiten ergeben. Bei der Wiesbadener Polizei soll nachgefragt werden, wieso die Anmeldung bisher unbeantwortet blieb, da offensichtlich der Platz der Anfangskundgebung innerhalb der Bannmeile des Hessischen Landtags liegt.

'stop': Auf der Rückseite der nächsten Nummer sollen die einzelnen Städte der Marschstrecke besonders hervorgehoben werden. Beispielsweise: der Marsch beginnt in Wiesbaden auf dem Marktplatz usw. -- es haben folgende Persönlichkeiten in Wiesbaden unterschrieben ... Haberstadt, Vack und Arlt werden 50 prominente Unterschriften auf Bundesebene heraussuchen, die ebenfalls in der nächsten 'stop' veröffentlicht werden sollen. Der Leitartikel befasst sich, nach dem Beschluß des AA, mit der Abschlußkundgebung auf dem Römerberg. Die Märsche im Bundesgebiet sollen ebenfalls erwähnt werden.

Institut für Zeitgeschichte, Archiv

ED718-23-343

Wiesbaden - Eröffnungskundgebung: Prof. Bartsch hat zugesagt. Jean Vinconz wurde gebeten, als Redner aufzutreten.

Mainz - hier sollen Faller und Symanowski sprechen, da es wenig sinnvoll erscheint, Prof. Bartsch nochmals sprechen zu lassen.

Rüsselsheim: Zusage von Günter Schwarz

Mörfelden: Leitung der Abendveranstaltung bei Faller.

Offenbach: Zusage von Rolfs, Absage von Jochen Müller

Frankfurt: Gläss übernimmt die Veranstaltungsleitung auf dem Römerberg nicht. Der AA beschließt, ohne sich auf Ort und Datum festzulegen, noch folgende Redner anzuschreiben: Dr. Siebel-Gießen; Horst Kienast-Kassel; Gert Lüdgers.

Ostermarsch-Revue: Von Rudolf Rolfs liegt eine Absage vor. Horst Schwarz soll als Redner gewonnen werden.

Die nächste Sitzung des AA findet am 9. März 1964, 18 Uhr in Offenbach statt.

Offenbach, 4. März 1964
Für die Protokollführung:
Fritz Strass

Institut für Zeitgeschichte - Archiv